

**Viktoria Waltz  
Joachim Zschesche**

# **Die Erde habt Ihr uns genommen**



**100 Jahre zionistische  
Siedlungspolitik in Palästina**

**Das Arabische Buch**

## DIE ERDE HABT IHR UNS GENOMMEN

### 100 Jahre Zionistische Siedlungspolitik in Palästina

(Dortmund/Berlin 1985/1986)

#### Kommentar zu dieser online-Ausgabe

***Es ist längst alles gesagt! Die Nakbe beginnt mit 1897! Die Instrumente: Raumplanung, Staatlicher Terror, Krieg***

Die vorliegende Untersuchung der zionistischen Kolonisierungspolitik in Palästina wurde bereits vor 25 Jahren beendet. Auf Grundlage des vorliegenden Materials war schon damals das heutige Drama sichtbar genug:

Die Vorbereitung der zionistischen Usurpation Palästinas

- die Enteignung und Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land mehr als die UN je beschlossen
- die Einkreisung der palästinensischen Städte und Dörfer durch israelische Koloniegürtel in West Bank (Gaza), Ost Jerusalem,
- die Bantustanisierung der West Bank (wie auch des Gaza Streifens) infolgedessen,
- die Abkoppelung Jerusalems von seinem palästinensischen Zusammenhang und ein intensives Programm der Judaisierung von den äußeren Kolonierungen bis hinein in das Zentrum der Altstadt.

Kaum 6% des einst palästinensischen Bodens gehören heute noch den Palästinensern in Israel; kaum 12% des ehemaligen Palästinas in Mandatsgröße steht den Palästinensern real noch zur Verfügung – Wasser, Luft und Boden kontrolliert Israel.

Die Verhältnisse haben sich komplett umgekehrt – gegen internationales Recht und die Menschlichkeit. Die palästinensische Identität, ihr Alltagsleben, ihre Kultur werden in einem erbitterten und entbehrungsreichen Verteidigungskampf und nur mit großen Anstrengungen aufrecht erhalten. Die große Mehrheit des palästinensischen Volkes ist vertrieben, zu Flüchtlingen außerhalb und innerhalb ihres eigenen Landes verurteilt.

# Palestinian loss of land 1946 to 2000

Palestinian and Jewish land 1946

UN Partition plan 1947

1949 - 1967

2000



Die Basis all dessen liegt in der zionistischen Ideologie begründet, die im Kern rassistisch und auf die Vertreibung der Nicht-Juden, also der Palästinenser hinauslaufen muss. Auch dies ist in der vorliegenden Untersuchung hinlänglich nachgewiesen worden.

Heute – wo der Friedensprozess zur allseits sichtbaren Farce geworden ist – wird auch die Rolle der Raum-Planung klar erkannt, die mit Bodenrecht, Planungsrecht, Siedlungsbau, Infrastrukturentwicklung und auch mit Denkmalschutz und Architektur nur ein Mittel zur Kolonisierung und Vertreibung ist. Vor allem das ist zentrales Thema der vorliegenden Arbeit gewesen und könnte längst Allgemeingut bei der Bewertung der Realität und der Auseinandersetzung um eine Friedenslösung geworden sein.

Es gibt sie inzwischen, die mit diesem Thema befassten Kritiker, Analysten – aber auch Stagnation. Denn selbst die Erkenntnis dass der Zionismus die Wurzel des Übels ist, wird bei der Beurteilung des heutigen Dramas nicht herangezogen, sondern um mehr oder weniger Bauten, mehr oder weniger A,B oder C herumgerdet. Kritische israelische Zionisten wie z.B. Leibowitz halten die heutige Situation ihres Staates zwar für gefährlich, weil sich offenbar Demokratie und Ethnokratie unter dem Fakt einer äußerst brutalen Besatzungspolitik schlecht vereinbaren lässt – die Gründung des Staates Israel mit Mitteln derselben Gewalt wird aber in Kauf genommen.

Es lohnt sich, mit dieser online Veröffentlichung noch einmal sich darüber Gewissheit zu holen, wie und dass das Anfangsszenario bereits den Kern des heutigen Dramas in Palästina beinhaltet.

Was in der Untersuchung von damals fehlte, war eine Betrachtung der Verhältnisse in Israel nach 1967. Heute wissen wir, dass der Enteignungsprozess, Zerstörung und Vertreibung der palästinensischen Minderheit, die heute fast ein Viertel der Bevölkerung ausmacht, auch dort und bis heute nicht halt gemacht haben. In Um El Fahem sind 70% der Bebauung als ‚illegal‘ eingestuft und können jederzeit abgerissen werden, weil es seit 1948 keinen Masterplan für die Stadt gibt, wie auch in anderen Städten nicht, in denen vor allem Palästinenser leben. In Jaffa und Akka wurden hunderte Bewohnern zwangsweise zu Mietern der israelischen Wohnungsbaugesellschaft gemacht und sind heute vom Hinauswurf bedroht, weil sie ‚illegal‘ (vielfach in ihren eigenen Häusern, die nach 1948 als ‚Abwesendenbesitz eingestuft wurden) ausgebaut und angebaut haben. Die Liste der Demütigungen und Entrechtungen in dieser ‚einzigen Demokratie des Nahen Osten‘ ist lang und wird in einer weiteren Veröffentlichung Thema sein.

Die aktuelle Aufregung und Empörung in Europa und den USA über Israels Weigerung, die Kolonisierung und Judaisierung Jerusalems zu stoppen kommt mir angesichts des Bekannten zynisch vor, denn längst könnte begriffen sein, dass es sich um eine Konsequenz des Zionistischen Modells handelt – die Zionistische Wurzel des Projektes Israel ist der Ursprung des Dramas.

Den Opfern Palästinas:  
all denen,  
die ihren Boden verloren haben,  
deren Häuser zerstört wurden,  
denen man das Wasser stahl;  
den Frauen,  
deren Söhne und Männer starben.  
All denen,  
die im Gefängnis sind,  
unter Folter leiden  
oder deportiert wurden;  
den Flüchtlingen.

Das vorliegende Buch wurde am 15. 2. 1985 an der Abteilung Raumplanung der Universität Dortmund als Dissertation mit dem Titel „Aggressive Raumplanung, 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina“ angenommen. Gutachter und Prüfer waren: Prof. A. Schölich, Erlangen, Prof. V. Kreibich, Dortmund, Prof. R. Ernst, Berlin und Dr. E. Schmidt, Dortmund.

© by Viktoria Waltz  
Alle Rechte vorbehalten.

In Kommission verlegt bei:  
Das Arabische Buch  
Wundtstraße 13/15  
1000 Berlin 19  
Tel.: 030/322 85 23

Umschlagfoto: Cornelia Suhan  
Grafiken: Ilse Zschiesche  
Satz: Merlin Fotosatz GmbH, Essen  
Druck: Montania Druck GmbH, Dortmund  
Printed in Germany, Dortmund 1986

Preis: 18,- DM. Überschüsse aus dem Verkauf werden an ein Projekt in einem Dorf der Besetzten Gebiete weitergegeben.

---

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Waltz, Viktoria:  
Die Erde habt ihr uns genommen: 100 Jahre zionist. Siedlungspolitik in Palästina / Viktoria Waltz; Joachim Ziesche. – Berlin: Das Arabische Buch, 1986.  
NE: Zschiesche, Joachim  
ISBN 3-923446-07-1

Wir danken allen Beteiligten und Betroffenen, die uns beim Erstellen dieser Arbeit unterstützt haben. Besonders danken wir den palästinensischen Institutionen in den Besetzten Gebieten und den palästinensischen Freundinnen und Freunden, die durch Hinweise, Ratschläge und Kritik zum Gelingen beigetragen haben.

Viktoria Waltz  
Joachim Zschesche

# Die Erde habt Ihr uns genommen

100 Jahre zionistische  
Siedlungspolitik in Palästina

**Das Arabische Buch**

Zu den Ortsnamen:

Es wurde im allgemeinen die bei uns übliche Schreibweise für die durch die Bibel bekannt gewordenen Ortsnamen verwendet und durch den lateinisierten, im Arabischen gebräuchlichen Namen, gegebenenfalls auch durch den in Israel gebräuchlichen Namen ergänzt.

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	11
<b>Kapitel I: Die Entstehung der zionistischen Ideologie und ihre Bedeutung für den Kolonisationsprozeß in Palästina</b>	
1. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Stellung der Juden im Europa des 19. Jahrhunderts und die Entstehung der Zionistischen Bewegung	20
2. Der Zusammenhang von Zionismus und europäischem Imperialismus	25
2.1 Das Bemühen der Zionisten um die Protektion des europäischen Imperialismus	25
2.2 Die Interessen der europäischen Großmächte	27
3. Der Plan vom ‚Erez Israel‘	29
4. Die zionistische Ideologie als Voraussetzung der planmäßigen Kolonisation Palästinas	31
<b>Kapitel II: Die zionistische Kolonisierung Palästinas bis zum Zeitpunkt der Gründung des Staates Israel</b>	
1. Palästina vor dem Beginn der zionistischen Kolonisierung	38
1.1 Geographische Lage Palästinas und Landnutzung zum Zeitpunkt des Beginns der zionistischen Kolonisierung	38
1.2 Ökonomische Situation der arabischen Landbevölkerung und Grundbesitzverhältnisse in Palästina als Voraussetzung der geplanten Landnahme	49
2. Der Beginn der zionistischen Kolonisation in Palästina	56
2.1 Die Rothschild-Ära	56
2.2 Die erste Stufe organisierter zionistischer Kolonisation, erste organisatorische, ökonomische und politische Voraussetzungen	59
2.3 Die Siedlungsentwicklung bis zum Ersten Weltkrieg	64
3. Die zionistische Kolonisierung Palästinas zur Zeit des Britischen Mandats	67
3.1 Die Schaffung von Machtinstrumenten durch die Zionistische Organisation	68
3.2 Jüdische Einwanderung und zionistischer Landerwerb	73
3.2.1 Die Etappe von 1919 bis 1939	73
3.2.2 Die Etappe von 1940 bis 1948	76

## Zu den Ortsnamen:

Es wurde im allgemeinen die bei uns übliche Schreibweise für die durch die Bibel bekannt gewordenen Ortsnamen verwendet und durch den lateinisierten, im Arabischen gebräuchlichen Namen, gegebenenfalls auch durch den in Israel gebräuchlichen Namen ergänzt.

3.3	Die Landerwerbs- und Siedlungsstrategie der Zionistischen Organisation in der Zeit von 1919 bis 1948	82
4.	Das Ende des britischen Mandats und der Kampf um Palästina	94
4.1	Die Teilungsresolution der Vereinten Nationen	94
4.2	Der Plan ‚Dalet‘ als Masterplan zur Eroberung Palästinas	97
4.3	Die Resultate des Krieges von 1947 bis 1949	103

### **Kapitel III: Von der Kolonisation in einem fremden Land zur ‚Inneren Kolonisation‘ in Israel**

1.	Strategische Ziele und Bedingungen der ‚Inneren Kolonisation‘	118
2.	Die Enteignung palästinensischen Bodens durch den zionistischen Staat als Voraussetzung für den Kolonisierungsprozeß	129
2.1	Das Problem der Landnutzung	129
2.2	Die ‚Legalisierung‘ des Landraubs	132
2.3	Resultate des ‚legalisierten Landraubs‘	136
3.	Siedlungspolitik im Rahmen der ‚Inneren Kolonisation‘ und demographische Veränderungen in Palästina bis zum Jahre 1967	141
3.1	Das Problem der Bevölkerungsverteilung	145
3.2	‚Innere Kolonisation‘ durch den Aufbau ländlicher Siedlungen	150
3.3	‚Innere Kolonisation‘ durch den Aufbau von dreißig ‚Neuen Städten‘	159
3.4	Zur Organisation der Planung: ‚Integrierte Planung‘ durch den Staat und die Jüdische Agentur	169
4.	Veränderungen durch ‚Innere Kolonisation‘ an einigen ausgewählten Beispielen im Zusammenhang mit der Bewässerungspolitik	174
4.1	Das Hule-Projekt	177
4.2	Das Lakhish-Projekt	182
4.3	Die Erschließung der Negev-Region	187
5.	Vorläufige Ergebnisse der ‚Inneren Kolonisation‘ in Israel am Vorabend des ‚Juni-Krieges‘ von 1967	190
5.1	Stand der demographischen Veränderungen in Israel	190
5.2	Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft	194
5.3	Zerstörung der Identität des palästinensischen Volkes durch gesellschaftliche Diskriminierung	196
	Schlußbetrachtung	198

### **Kapitel IV: Die de-facto-Annexion der im Jahre 1967 von Israel besetzten Gebiete Palästinas Westbank und Gaza-Streifen**

1.	Der Krieg von 1967 und die Lage in den besetzten Gebieten	206
1.1	Die Situation der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank	209
1.1.1	Die Situation im Gaza-Streifen	209
1.1.2	Die Situation in der Westbank	213
1.2	Politische, militärische und ökonomische Gesichtspunkte der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens	216
1.3	Die Vorstellungen der verschiedenen Regierungsblöcke zur Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten	222
2.	Der schleichende Zerstörungsprozeß der palästinensischen Gesellschaft als Voraussetzung der faktischen Annexion	230
2.1	Die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft	231
2.2	Die Zerstörung der politischen Grundlagen und Strukturen der palästinensischen Gesellschaft und der Versuch ihrer Ersetzung durch israelische	240
2.3	Die Zerstörung der kulturellen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft	245
3.	Die Enteignung des Bodens als Voraussetzung der Annexion	248
3.1	Pläne und Maßnahmen	249
3.2	Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen der Bodenenteignung und Strategien der Landnahme in den besetzten Gebieten	254
3.3	Ergebnisse der Landnahmepolitik in den besetzten Gebieten	258
4.	Die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ der Regionen Westbank und Gaza-Streifen durch die Errichtung israelischer Siedlungen	261
4.1	Die Siedlungspolitik des Arbeiterblocks in der Zeit von 1967 bis 1977	261
4.1.1	Der Allon-Plan als Siedlungskonzept des Arbeiterblocks	262
4.1.2	Die Errichtung von Siedlungen in der Westbank	264
4.1.3	Die Errichtung von Siedlungen im Gaza-Streifen	271
4.1.4	Weitere Siedlungspläne des Arbeiterblocks	273
4.2	Die Siedlungspolitik des Likud-Blocks	276
4.2.1	Der Sharon-Plan als regional-strategische Siedlungskonzeption des Likud-Blocks für die Westbank	283
4.2.2	Die Verfeinerung der Siedlungskonzeption durch die Entwicklung von Siedlungsblöcken	288

4.2.3 Die substantielle Festigung der israelischen Besiedlung durch Urbanisierung und Industrialisierung	292
4.2.4 Aufbau und Struktur der Siedlungsblöcke in der Westbank	295
4.2.5 Die regional-strategischen Funktionen der Siedlungsblöcke	309
5. Vorläufige Resultate der Kolonisierungspolitik in der Westbank und im Gaza-Streifen	319
5.1 Ergebnisse der zionistischen Siedlungspolitik	319
5.2 Strukturelle Veränderungen in den 1967 besetzten Gebieten	324
<b>Kapitel V: Die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ palästinensisch-arabischer Städte in den 1967 besetzten Gebieten Hebron (Khalil) und Jerusalem (Quds)</b>	
1. Hebron (Khalil) – der zionistische Versuch der Überfremdung einer Stadt	336
1.1 Die Gründung des Stadtteils Kiryat Arba durch israelische Siedler	338
2. Jerusalem (Quds) – die Umwandlung einer arabischen Metropole in eine jüdische Stadt	350
2.1 Die Internationalisierung und Teilung Jerusalems (Quds)	351
2.2 Die israelische Okkupation Ost-Jerusalems und die Zwangsvereinigung der Stadt	354
2.3 Die Veränderung des baulichen Charakters der Stadt	359
2.4 Die ‚Sanierung‘ der Altstadt von Jerusalem (Quds)	360
2.5 Das ‚Stadtentwicklungsprogramm‘ für Jerusalem (Quds)	365
<b>Schlußbetrachtung</b>	379
<b>Anhang</b>	
Anmerkungen	401
Abbildungsverzeichnis	426
Tabellenverzeichnis	429
Fotonachweis	430
Literaturhinweise	433

## Vorwort

### „Die Erde habt ihr uns genommen“...

dieser Satz wurde einer Erzählung von Mahmoud Darwish, einem bekannten palästinensischen Dichter entnommen; und er könnte weitergehen: „...aber das Land ist unser, und wir verteidigen es.“. In diesen beiden Zeilen spiegelt sich bereits alles wider, was Inhalt dieses Buches ist: Die Entstehung des Staates Israel auf Kosten und auf dem Boden des dort ansässigen palästinensischen Volkes.

Wir legen mit diesem Buch eine Untersuchung vor, die sich um geschichtliche Zusammenhänge, um die Ausbreitung und Bewertung von Fakten, statistischem Material und Kartenmaterial bemüht. Dabei bleibt die subjektive Seite derer, die Geschichte erleben, etwas zurück. Deshalb halten wir es in dieser Einführung für legitim, einen Dichter sprechen zu lassen, der auf sehr persönliche Weise die Geschehnisse in Palästina seit dem Eindringen der Zionistischen Bewegung lebendig werden läßt: den Verlust der Erde, der Heimat und der Identität für die Palästinenser – die Gewalt über den verlorenen Boden in der Hand Israels.

„Dein Freund sagt zu Dir: Laß uns ein Abenteuer suchen, denn die Berührung mit der Schönheit ist ein wahres Abenteuer. Im Süden Haifas, entlang der Straße am Mittelmeer, zündest du dir ein Zigarette an, um sie dann in deiner offenen Wunde auszudrücken. Der Wagen steuert ein bißchen nach links, und dann befindest du dich im Schoße des Paradieses. Am Eingang siehst du ein Schild, auf dem in Hebräisch steht: ‚Hier ist Ainhod‘. Der wahre Name dieses Dorfes lautet Ain-Hodd. Der Unterschied besteht also in einem -d-. So fällt die Heimat der Vergessenheit anheim, es fehlt nur ein Buchstabe.

Was für ein Dorf ist Ainhod?

Arabische Häuser, die äußerlich so geblieben sind, wie ihre Eigentümer sie verlassen haben. Jedes Haus ist hinter Bäumen versteckt und macht sich unabhängig von der Welt. Sie alle liegen in einem Tal, umgeben von Hügeln, und ein schmaler Serpentinpfad führt zum Meer. Die Bewohner des Dorfes wurden auf einen Hügel zwangsevakuiert, und sie leben auf diesem Hügel, der ihre Wunden immer offenhält. Warum dieser Sadismus? Sie sehen ihre Häuser, die neuen Bewohner und das Land, das sie verlassen mußten, und dennoch dürfen sie das Gras und die Steine nicht besuchen. Mehr noch, keiner erkennt ihre Erinnerung an.“<sup>1</sup>

Geteilte Geschichte, geteilte Erinnerung und geteilte Gegenwart – das ist die Realität des Konflikts. Wir zitieren die israelische und die palästinensische Presse, um die Geteiltheit selbst der Gegenwart sichtbar zu machen. In einem Informationsblatt des Immigrationsministeriums und der Jüdischen Agentur für Neueinwanderer wird dafür geworben, sich an Baumpflanzungen zu beteiligen:

„...Jetzt, wo Sie in Israel sind, ist Tu b'Shevat (Festtag für die Neuen Bäume, d.V.), genau die richtige Zeit, um die Sache in die eigene Hand zu nehmen und Ihren eigenen Baum zu pflanzen. Wenn Sie das tun, wird Ihr Baum einer von über 150 Millionen Bäumen sein, die inzwischen gepflanzt worden sind. Weil das Datum des Festes sich nähert, sollten Sie sich kümmern. Vielleicht wird in Ihrer Nähe ein Landausflug organisiert, um Bäume zu pflanzen. Wenn nicht, dann gibt es überall im Land zentrale Feierlichkeiten. Zum Beispiel werden solche in der Jerusalemer Gegend abgehalten, in der Nähe des Kibbuz Ramat Rachel, am Hadassah-Krankenhaus auf dem Mount Scopus und in der Nähe von Ma'ale Adumin (alles Gebiete der besetzten Westbank, d.V.). ... Vielleicht interessiert es Sie, daß es in manchen Gemeinschaften die Sitte gibt, die ersten Früchte dieser neugepflanzten Bäume zu essen und sie zu segnen.“<sup>2</sup>

In der israelischen Realität sind Bäume fast etwas Heiliges, wie für den palästinensischen Bauern der Olivenbaum ein Symbol seines Lebens und seiner Wurzeln darstellt. Aber dies gilt in Israel nur für „israelische Bäume“. Palästinensische Bäume sind von der Sorgfalt ausgenommen und werden gegebenenfalls beseligt. Ein Bericht aus der in der Westbank erscheinenden palästinensischen Zeitung Al Fajr vom 10. 1. 86:

„Israels Landbehörde und die „Grüne Patrouille“, eine Gruppe israelischer Naturschützer, starteten eine intensive 7-Tage-Kampagne, in der sie 6.000 Bäume auf einem 2.000 Dunum-Gelände in der Nähe des Dorfes Qattaneh ausrißten und niederhackten. Qattaneh liegt in der Westbank, etwa 15 Kilometer nordwestlich von Jerusalem. Die Israelis behaupteten, daß die Bäume von Qattaneh innerhalb der „Grünen Linie“, der Grenze von 1948, gepflanzt worden seien. Deshalb, so fordern sie, sei der Boden „Staatsland“. In dem folgenden Streit beschuldigten die israelischen Behörden die Bewohner von Qattaneh, die Bäume erst kürzlich gepflanzt zu haben, um Anspruch auf das Land zu erheben. Dagegen hielten die Bewohner von Qattaneh ihre Eigentumsdokumente, die ihnen das Eigentum an diesem Boden seit Jahrzehnten bescheinigen. ... Sie befürchten, daß die Israelis vorhaben, ihr Land zu beschlagnahmen und ihnen ihre Lebensgrundlage zu rauben. Die Bäume, deren Alter sie auf 20-50 Jahre schätzen, liegen nun völlig zerstört auf den Äckern. Die Dorfbewohner schätzen den Schaden auf mehr als 100.000 Jordanische Dinare (ca. 250.000 US-Dollar).“<sup>3</sup>

Die Boden- und Siedlungspolitik der Zionistischen Bewegung in Palästina seit nun etwa hundert Jahren, wenn man die Errichtung der Siedlung Rishon le Zion im Jahre 1882 als einen offiziellen Anfang nimmt, bleibt ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung und des Konflikts in Palästina. Bei einer Untersuchung dieser Politik muß die **Geteiltheit, die Doppelseitigkeit der Geschichte unbedingt berücksichtigt werden.** Die hier vorgelegte Darstellung zionistischer Boden- und Siedlungspolitik seit dem Ende des 19.

Jahrhunderts bezieht sich deshalb nicht allein auf das ‚Fortschreiten‘ dieser Politik und die materielle Besitzergreifung des palästinensischen Bodens und Raumes, sondern zugleich auf die Folgen dieses Prozesses für das palästinensische Volk.

Betrachtet man die Entwicklung in Palästina unter dem zuletzt genannten Blickwinkel, wird deutlich, daß die Gründung Israels auf palästinensischem Boden erstens nicht vor allem die notwendige Konsequenz der Verfolgung der Juden unter dem deutschen Faschismus gewesen ist, sondern das Ergebnis einer bis in das 19. Jahrhundert zurückreichenden, sorgfältigen Planung der Zionistischen Weltorganisation und der Zionistischen Bewegung als Antwort auf die in den vorausgegangenen Jahrhunderten gemachten Erfahrungen der Juden in ganz Europa. Und es wird zweitens deutlich, daß diese Zionistische Organisation und ihre führenden Politiker von Anbeginn ihrer Kolonisationspolitik in Palästina die Entwurzelung und Vertreibung des palästinensischen, ortsansässigen Volkes als Konsequenz dieser Politik erkannt hatten, ja sogar beabsichtigten (siehe Kapitel I) und sich der zukünftigen Konflikte vollständig bewußt waren. Alle denkbaren Maßnahmen wurden erwogen und erprobt, um den Konflikt zwischen ‚jüdischer‘ und palästinensischer Nationalität auf ein und demselben Boden so zu bewältigen, daß eine ‚jüdische‘ Kolonisierung zugunsten einer ‚jüdischen‘ Mehrheit im Lande Erfolg hätte. Militärischer Druck, physischer und psychischer Terror, ökonomische, politische und soziale Unterdrückung spielten dabei von Anbeginn eine praktische Rolle.

Von all dem will und soll man außerhalb Israels wenig wissen. Es wird allenfalls in der Presse die israelische Siedlungspolitik in der Westbank einer Kritik unterzogen – ein Zusammenhang mit der Besiedlung Israels vor 1967 oder gar Palästinas vor 1948 wird zumeist nicht hergestellt. Politisch möchte man eher feststellen, daß die Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten bereits einen derart endgültigen Charakter trage, daß die Errichtung eines palästinensischen Staates sehr erschwert sei. Auch die wissenschaftliche Untersuchung der Siedlungspolitik geht bruchstückhaft vor. Es gibt einzelne Untersuchungen zu den jeweiligen Epochen, zur Rolle einzelner Institutionen für den Kolonisationsprozeß oder zu einzelnen Siedlungsgebieten. Aber es gibt keine Untersuchung, die einerseits die Rolle dieser Politik für den Staatsaufbau Israels und die weitere Eroberung des palästinensischen Raumes für jüdische Besiedlung in historischem Zusammenhang behandelt und auch keine Untersuchung, die diese Entwicklung auch noch auf seine Folgen für die palästinensische Gesellschaft überprüft. Das versucht diese Arbeit.

Da wir Planer sind, interessierte uns jeweils der besondere Aspekt der Planung. Prinzipien, denen wir uns als Raumplaner verpflichtet fühlen, werden in Bezug auf Palästina/Israel zweideutig: Planung für die Bevölkerung –

aber für welche? Planung von unten – wer repräsentiert hier „unten“? Planung für den Aufbau und die Entwicklung einer besseren Gesellschaft – welche Gesellschaft und auf Kosten von wem? Planung neuer, humaner Lebensräume – welche und wessen Lebensräume?

Die Planer der Zionistischen Weltorganisation waren und sind nicht Planer im uns geläufigen Sinne: staatliche Angestellte, die Flächennutzungen, Bauarten, Gebietsentwicklungen und Sanierungsprogramme entwerfen und dies in Karten und Plänen niederlegen. Zwar gibt es auch diese im heutigen Israel, und sie entwerfen im Rahmen der oben genannten Zweideutigkeit eindeutig für die Israelisch-jüdische Gesellschaft (siehe Kapitel III). Sie wirken aber erst dann, wenn das Wichtigste schon geschehen ist: die Sicherung der Boden- und Siedlungsflächen. Diesen davorstehenden Prozeß besorgen und besorgen heute noch die Planer der Zionistischen Organisation; heute allerdings gestützt auf die staatliche und militärische Macht des Staates Israel und in enger Zusammenarbeit mit seinen Institutionen. Man kann also von zionistischen Planern und Plänen sprechen, von strategischen Planern, die den Blick dafür entwickelten und entwickeln, welche Flächen Palästinas zu erwerben, zu erobern, zu besiedeln und zu bebauen wären, und die, mit geographischen, geologischen, wirtschaftlichen und sozialen Kenntnisse ausgerüstet, die Politik der Zionistischen Organisation in die Tat umzusetzen halfen und noch helfen. Und man kann von Plänen sprechen, die die strategischen Ziele und möglichen Maßnahmen in Papieren, Programmen, Manifestationen und manchmal auch in Karten ausdrücken (siehe besonders Kapitel II und III).

Die physische Planung von Städten, Dörfern, Straßen, Universitäten oder Krankenhäusern ist vielfach beschrieben worden. Israel gilt in der Bewässerungspolitik als vorbildlich und hat im Städtebau zu verwirklichen versucht, was vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Europa als vorbildlich galt: Entflechtung der Ballungsräume, New Towns, Gartenstädte. In verschiedenen Publikationen ist dies auch gewürdigt worden. Allerdings kommt in diesen Veröffentlichungen niemals die palästinensische Seite der Angelegenheit zur Sprache – sie existiert gar nicht.<sup>4</sup>

Deshalb ist die vorliegende Untersuchung der erste wissenschaftliche Versuch, sowohl historische Zusammenhänge zwischen Siedlungspolitik, Staatsbildung und Besetzung in Palästina zu untersuchen, als auch diesen Prozeß in Hinblick auf die ausschließenden Konsequenzen für das palästinensische Volk darzustellen. Die bittere Wahrheit ist, daß Israel das Produkt einer aggressiven Kolonialpolitik ist, nicht nur der Zionistischen Organisation, sondern vor allem gestützt durch die europäischen imperialen Mächte, vor allem England. Schlimmer noch, Israel betätigt sich weiterhin als Kolonialmacht, besetzt fremden Boden, unterdrückt die ‚besetzte‘ Bevölkerung und betreibt weiterhin eine aggressive, imperiale Boden- und

Siedlungspolitik. Heute kann dies deshalb immer noch geschehen, weil die USA das Land in jeder Hinsicht unterstützen.

Eine Lösung für den Palästina-Konflikt haben wir nicht vorzulegen. Es wird aber aus dem Analysierten deutlich, daß Israel endlich den Schritt tun muß, das palästinensische Volk in seiner nationalen Existenz und mit seinen legitimen nationalen Rechten in Palästina anzuerkennen. Israel muß die Siedlungspolitik aufgeben und auf jede Annexion und Expansion verzichten. Dieser Schritt muß von dem Verzicht auf die zionistische Ideologie als Grundlage des Staates begleitet sein. Die zionistische Definition des „Jüdischen Staates“ birgt nämlich in sich schon die Vertreibung der Nicht-Juden im Lande und ihre Herabwürdigung auf eine bedeutungslose, gedemütigte Minderheit. Es ist leicht einzusehen, daß dies keine Perspektive sein kann. Das palästinensische Volk ist anwesend. Es lebt dort und wird seinen Willen zu überleben niemals aufgeben. Israel wird daher letztendlich gezwungen sein, die Verantwortung für die Folgen der zionistischen Kolonisierung Palästinas für das palästinensische Volk auf sich zu nehmen und seine Bereitschaft zu zeigen, diese Schritt für Schritt rückgängig zu machen. Erst dann wird es ein Aufeinanderzugehen geben können. Diesen Prozeß möchten wir befördern und Argumente vortragen, die gegen eine Unterstützung Israels und seiner imperialen Ansprüche im Nahen Osten sprechen. Gerade darin sehen wir auch unsere Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte.

## Kapitel I

---

### Die Entstehung der Zionistischen Ideologie und ihre Bedeutung für den Kolonisationsprozess in Palästina

### Die Entstehung der Zionistischen Ideologie und ihre Bedeutung für den Kolonisationsprozess in Palästina

Wir möchten mit diesem Kapitel eine kurze Einführung in die Grundzüge des Zionismus an den Anfang unserer Untersuchung setzen. Denn in der Entstehungsgeschichte der ideologischen Grundgedanken dieser Bewegung meinen wir die Wurzel all der Probleme erkennen zu können, die durch den zionistisch orientierten, jüdischen Staatsaufbau bis heute entstanden sind.

Der Zionismus entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts als nationalistische Bewegung, die sich die jüdische Kolonisierung Palästinas zum Ziel gesetzt hatte. Mit der Forderung nach einer Eigenstaatlichkeit des Judentums in Palästina griff Theodor Herzl, der führende Ideologe der zionistischen Vorstellungen, die brennenden sozialen Fragen der Juden in Europa Ende des vergangenen Jahrhunderts auf. Mit der Idee einer Kolonisierung Palästinas befand er sich im Einklang mit den imperialistischen Interessen der damaligen europäischen Großmächte, die ihren Einfluß auf die Gebiete des Osmanischen Reiches im Nahen Osten ausdehnen wollten. Mit Hilfe dieser Großmächte, vor allem Großbritanniens, gelangte die Zionistische Bewegung schließlich an ihr Ziel, diesen Raum zu kolonisieren, den jüdischen Staat dort zu errichten und die große Mehrheit der dort ansässigen Palästinenser zu verdrängen. Die Entstehungsgeschichte des Zionismus hängt also eng mit der europäischen Geschichte zusammen. Wir fassen kurz das für unsere Untersuchung Wichtigste zusammen, wobei wir uns im wesentlichen auf die Ausführungen von Nathan Weinstock und Abraham Leon beziehen <sup>1</sup>.

## 1. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Stellung der Juden im Europa des 19. Jahrhunderts und die Entstehung der Zionistischen Bewegung als nationale Bewegung

In der vorkapitalistischen Epoche, die in Westeuropa etwa bis zum 17. Jahrhundert dauerte, sich in Osteuropa aber noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hinzog, erlangten die nach Europa eingewanderten Juden großen Einfluß und Reichtum durch ihre Stellung im Rahmen der noch vorhandenen, feudalen Wirtschaftsstrukturen. Sie agierten als Vertreter des vorkapitalistischen Handels- und Kaufmannskapitals und standen als Händler und Geldverleiher als eine gesonderte Schicht zwischen den Feudalherren, den Bauern und Handwerkern.

Mit der Ausbreitung der Warenproduktion und der Warenzirkulation in Westeuropa verloren sie jedoch ihre Händler- und Mittlerfunktion. Es bildeten sich nicht-jüdische, einheimische Händler- und Kaufmannsschichten heraus, die die ökonomische Basis der Juden untergruben. Diese sogenannten ‚Kaufmannsjuden‘ waren allerdings in der Regel wohlhabend geworden, so daß sie gegenüber der sich entwickelnden neuen Mittelschicht und sogar gegenüber dem Adel als Kapitalgeber auftreten konnten. Allmählich wurden sie auch dort aus dieser Funktion vom Bürgertum verdrängt, so daß dieser jüdischen Mittelschicht der wirtschaftliche und soziale Abstieg drohte. Die ehemaligen jüdischen Händler und Kaufleute wurden zum Teil durch Gesetze in ihren Aktivitäten beschränkt, und zum Teil in die Rolle von Wucherern gedrängt, die sie in Gegensatz vor allem zum Bürgertum, ihren Klienten, brachte. Als schließlich in Westeuropa die Wucherei verboten wurde, verließ ein großer Teil der Juden Westeuropa und siedelte sich in verschiedenen Ländern Osteuropas an, um in den dortigen Nischen der noch vorhandenen Feudalgesellschaft im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeiten ein Auskommen zu finden.

Von den Juden, die in Westeuropa blieben, wurden einige in die Rolle von Hausierern, Lumpensammlern und fahrenden Händlern gezwungen, was sie in die weitere gesellschaftliche Isolation drängte. Andere dagegen gliederten sich in die aufstrebende kapitalistische Gesellschaft ein, Teile von ihnen wurden Mitglieder der westeuropäischen Finanzbourgeoisie. Im Ver-

lauf dieses Eingliederungsprozesses nahmen sie die Gepflogenheiten der Völker an, in deren Ländern sie nun schon seit Jahren lebten, und, wie A. Leon feststellt, „wo immer sich die Juden in die Kapitalistenklasse integrieren, erfolgt auch ihre Assimilierung. Der Jude als Großunternehmer und Aktionär der Indisch-Holländischen oder der Indisch-Englischen Kompagnie schreckt auch vor der Taufe nicht zurück, einer Schwelle, die er mit großer Leichtigkeit überschreitet. Der Fortschritt des Kapitalismus geht Hand in Hand mit der Assimilierung der Juden in Westeuropa“<sup>2</sup>.

Die Juden, die sich in Osteuropa angesiedelt hatten, konnten ihre traditionellen Tätigkeiten in den dort andauernden feudalen Gesellschaftsverhältnissen zunächst weiter ausüben. Mit dem Niedergang des Feudalismus und der damit einhergehenden fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern veränderte sich auch dort die Lage. Die Juden wurden Opfer der kapitalistischen Widersprüche, ihre Existenz war erneut bedroht, sie wurden verfolgt und sahen sich schließlich wie zuvor in Westeuropa antisemitischen Programmen ausgeliefert. Einschneidende Gesetze zur Aussonderung der Juden wurden erlassen, die ihnen kaum noch Arbeits- und Lebensmöglichkeiten boten, so daß den osteuropäischen Juden nur noch wenig Chancen blieben, aus dieser Situation zu entkommen. Einige von ihnen schlossen sich den sozial-revolutionären Bewegungen an und kämpften mit diesen gegen die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihrer Unterdrückung. Der größte Teil aber wanderte um die Jahrhundertwende nach Westeuropa zurück, und so waren es etwa vier Millionen Juden, die zwischen 1880 und 1929 aus Osteuropa emigrierten<sup>3</sup>, wobei die Vorfahren dieser Auswanderer zum überwiegenden Teil in den Jahrhunderten zuvor von Westeuropa gekommen waren. Vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse entstand gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts in Osteuropa eine jüdisch-nationalistische Ideologie und Bewegung.

Der jüdische Nationalismus entwickelte sich beschleunigt in direktem Zusammenhang mit den antisemitischen Gesetzen und Programmen, die im Jahre 1881 in Rußland nach der Ermordung des Zaren Alexander des Ersten ins Leben gerufen wurden. Vor allem solche jüdischen Kreise, Intellektuelle und Studenten, die ihre kleinbürgerlichen Privilegien nach dem Erlaß der Aussonderungsgesetze nicht mehr aufrecht erhalten konnten und den sozialen Abstieg befürchteten, sahen in einer nationalistischen Lösung den einzigen Ausweg für sich. Sie orientierten sich dabei ideologisch an den nationalen Bewegungen der Völker, die durch das zaristische Regime in Rußland oder durch die Monarchie in Österreich-Ungarn unterdrückt wurden. Vorausgesetzt wurde dabei das Vorhandensein eines einzigartigen, wenn auch verstreuten, jüdischen Volkes.

Somit erscheint der entstehende jüdische Nationalismus als eine beson-

dere Variante europäischer Nationalstaatsideologien, die vor allem auf dem Hintergrund der besonderen wirtschaftlichen Rolle, die die Juden im Laufe der Jahrhunderte eingenommen hatten, erklärbar wird.

Einer der bekanntesten Ideologen der jüdisch-nationalistischen Bewegung, Leo Pinsker, schlug im Jahre 1882 in seinem Buch ‚Autoemancipation‘<sup>4</sup> die räumliche Zusammenfassung aller Juden der Welt auf einem nationalen Territorium zur Lösung der sogenannten ‚Judenfrage‘ vor. Auf der Grundlage solcher nationalistischen Bestrebungen bildeten sich in Europa verschiedene Gruppierungen überwiegend intellektueller Juden heraus, die als Vorläufer zionistischer Siedlergruppen gelten können, denn ihr Ziel war die Rückkehr nach ‚Zion‘. Die Gruppe ‚BILU‘ zum Beispiel wollte die ökonomische Wiedergeburt der Juden in Palästina erreichen, verschiedene ‚Hibat-Zion‘-Gruppen gründeten eine ‚Gesellschaft zur Unterstützung jüdischer Ackerbauern und Handwerker in Syrien und Palästina‘<sup>5</sup>.

Vor Leo Pinsker entwickelte Moses Hess vor allem in seinem 1862 herausgegebenen Buch ‚Rom und Jerusalem‘ unter Hinweis auf die Erfolge anderer europäischer nationaler Bewegungen die Idee von einem eigenen Nationalstaat für das ‚jüdische Volk‘ in Palästina<sup>6</sup>. Hess stellt bereits die später von Herzl weiter verfolgte These auf, in der Menschheit sei latent die Tendenz zum Antisemitismus vorhanden, wodurch es den Juden in aller Welt auf Dauer unmöglich sei, sich in anderen Ländern zu assimilieren. Und er stellte vor allem die besondere weltgeschichtliche Bedeutung der ‚jüdischen Rasse‘ heraus, die jedoch nur durch die ‚territoriale Wiedergeburt Israels‘ zur Geltung kommen könne. „Im Exil kann das Judentum nicht regeneriert, kann es durch Reformen und philanthropische Bemühungen höchstens zur Abtrünnigkeit gebracht werden. ... Die jüdische Volksmasse wird sich an der großen geschichtlichen Bewegung der modernen Menschheit erst dann beteiligen, wenn sie ein jüdisches Vaterland haben wird“<sup>7</sup>.

Mit dieser Schlußfolgerung versuchte Hess, die jüdische Gemeinschaft vor allem Osteuropas von der Notwendigkeit der Auswanderung nach Palästina zu überzeugen. Daß für den angestrebten Nationalstaat der Juden nur Palästina in Frage kommen könne, begründete er einerseits mit dem Hinweis auf die biblische Verheißung vom ‚Gelobten Land‘, andererseits mit der günstigen strategischen Lage Palästinas an der sogenannten Indienroute<sup>8</sup>. Gerade dieser Hinweis zeigt deutlich, daß die Gründung eines jüdischen Nationalstaates von Hess, wie auch später von Herzl, in direktem Zusammenhang mit den kolonialistischen Interessen der europäischen Großmächte gesehen wurde – während in Osteuropa die Nationalstaatsbewegungen ja gerade gegen deren Vormachtbestrebungen und koloniale Unterdrückung kämpften. Hess schwebte in erster Linie eine Verbindung mit Frankreich vor, das zur damaligen Zeit an einer Sicherung der Region um den Suez-Kanal durch europäische Siedler großes Interesse zeigte<sup>9</sup>.

In ‚Rom und Jerusalem‘ wurde zum ersten Mal die zionistische Idee in ihren grundsätzlichen Aussagen skizziert: Errichtung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina unter Berufung auf Nationalstaatsbestrebungen in Europa und im Einklang mit den Interessen der europäischen imperialistischen Mächte.

Theodor Herzl, Begründer des politischen Zionismus, führte in seinem 1896 in Wien veröffentlichten Buch ‚Der Judenstaat‘ den Nationalstaatsgedanken fort und entwickelte ihn zum politischen Programm<sup>10</sup>. Wie Moses Hess vertrat er die Auffassung, der Antisemitismus sei eine unumgängliche Erscheinung, der nur durch die nationale Organisation der Juden im Rahmen eines eigenen Territoriums zu begegnen sei. „Die Judenfrage besteht überall, wo Juden in merklicher Anzahl leben. Wo sie nicht ist, da wird sie durch hinwandernde Juden eingeschleppt. Wir ziehen natürlich dahin, wo man uns nicht verfolgt; durch unser Erscheinen entsteht dann die Verfolgung. Das ist wahr, muß wahr bleiben, überall, selbst in hochentwickelten Ländern – Beweis Frankreich –, solange die Judenfrage nicht politisch gelöst ist“<sup>11</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation war Herzl bemüht, die Unterstützung der europäischen Großmächte zur Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk zu erlangen. Herzl hielt „die Judenfrage weder für eine soziale, noch für eine religiöse, wenn sie auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird“<sup>12</sup>.

Herzl war es anfangs gleichgültig, auf welchem Territorium sich die jüdische Eigenstaatlichkeit verwirklichen sollte. Nannte er zu Beginn seiner Überlegungen Gebiete wie Argentinien oder das ‚Heilige Land‘, so war er später auch geneigt, die zionistische Kolonisation, wo immer sie ihm angeboten wurde, auf Zypern, in Uganda oder auf dem Sinai durchzuführen. Der Besiedlung Palästinas stand er sogar mit gemischten Gefühlen gegenüber, denn: „Gegen Palästina spricht Nähe Rußlands und Europas, Mangel an Ausbreitung, sowie Klima, dessen wir schon entwöhnt. Dafür, die mächtige Legende“<sup>13</sup>.

Den ersten Erfolg seiner politischen Bemühungen konnte Theodor Herzl im Jahre 1897 mit der Einberufung des Ersten Zionistischen Weltkongresses nach Basel verzeichnen, zu dem 204 Delegierte aus aller Welt erschienen. Dieser Kongreß, auf dem der Zionismus als nationale und politische Bewegung festgeschrieben wurde, gab der zionistischen Ideologie den organisatorischen Rahmen und wurde dadurch zum Ausgangspunkt der zionistischen Weltbewegung. Die Delegierten dieses Kongresses sprachen sich für Palästina als Territorium für einen zukünftigen jüdischen Staat aus.

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-

rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles erwägt der Kongreß folgende Maßnahmen:

- Die Förderung der Kolonisation Palästinas durch jüdische Einwanderer aus Landwirtschaft und Industrie nach sachgemäßen Richtlinien,
- die Organisation und den Zusammenschluß des Gesamtjudentums durch entsprechende lokale und internationale Einrichtungen, welche mit den Gesetzen der jeweiligen Länder in Einklang stehen,
- die Stärkung und Pflege des zionistischen Volksgedankens und -bewußtseins,
- erste Schritte mit dem Ziel, die Genehmigung der Regierungen zu erlangen, sofern diese den Zielen des Zionismus notwendig erscheinen<sup>14</sup>.

Damit war der Grundstein für die Kolonisierung Palästinas gelegt worden. Die ‚Rückkehr der Juden als Nation in das Gelobte Land‘ wurde jedoch von einer großen Mehrheit der europäischen Juden zu jener Zeit abgelehnt. Insbesondere die westeuropäischen und amerikanischen Juden, die sich seit längerem als Bürger ihrer Heimatländer verstanden, kritisierten die zionistischen Ideen und sahen in der zionistischen Forderung nach einer Eigenstaatlichkeit des Judentums eher eine Gefährdung ihrer gesicherten sozialen und ökonomischen Stellung in der westlichen Gesellschaft. Allerdings ging auch von dem immer größer werdenden Flüchtlingsstrom osteuropäischer, nicht-‚assimilierter‘ Juden eine Gefahr für sie aus. Insbesondere die westeuropäische jüdische Bourgeoisie befürchtete ein erneutes Aufblühen des Antisemitismus durch die Zusammenballung der mittellosen Flüchtlinge und sie suchte nach Möglichkeiten, um diese Gruppen abzudrängen. In diesen Zusammenhang gehören die Aktivitäten der europäischen Barone Rothschild, Hirsch und Montefiore, Bankiers und Fabrikanten, die größere Ländereien in Palästina, Argentinien und Brasilien aufkauften und dort Plantagen errichteten, auf denen das osteuropäische jüdische Proletariat neue Existenzbedingungen finden sollte.

Diese Lösung schwebte den zionistischen Politikern um Herzl allerdings nicht vor. Sie lehnten die Initiative der Barone als ineffektiv ab und begannen seit dem Beschluß des Ersten Zionistischen Weltkongresses, die Kolonisierung Palästinas konkret in Angriff zu nehmen, indem sie Schritt für Schritt Organisationen aufbauten, die die Anwerbung von Siedlern, die Finanzierung ihrer Übersiedlung, die Entwicklung von landwirtschaftlichen und städtischen Siedlungen und den Aufbau von Landwirtschaft und Industrie fördern sollten. Damit begann auch die Auseinandersetzung um den Raum Palästina, der um die Jahrhundertwende von etwas mehr als einer halben Million Palästinensern, jüdischen, christlichen, aber in ihrer Mehrheit islamischen Palästinensern besiedelt wurde<sup>15</sup>.

## 2. Der Zusammenhang von Zionismus und europäischem Imperialismus

### 2.1 Die Bemühungen der Zionistischen Organisationen um die Protektion des europäischen Imperialismus

Herzl sah seine Hauptaufgabe im Anschluß an den Ersten Zionistischen Kongreß darin, die europäischen Großmächte für die Kolonisierung Palästinas durch jüdische Siedler zu gewinnen. Er setzte all seine diplomatischen Bemühungen dafür ein, daß der zionistischen Bewegung international das Recht zuerkannt würde, Palästina zu besiedeln. Er erkannte, daß er auch die jüdische Großbourgeoisie gewinnen würde, stellte sich das zionistische Unternehmen eindeutig in den Dienst des europäischen Expansionismus. Mit seinem diplomatischen Vorgehen unterschied sich Herzl allerdings von anderen zionistischen Politikern, die die faktische Besiedlung Palästinas direkt in Angriff nehmen wollten – ohne eine rechtliche Absicherung gegenüber den europäischen Großmächten. Sie vertraten die Auffassung, daß erst nach geschaffenen Tatsachen eine offizielle Anerkennung der Kolonisierung zu erreichen sei. Herzl konnte sich aber in der ersten Etappe durchsetzen. Er bediente sich eindeutig kolonialistischer Argumente, um England, Frankreich und Deutschland von einem gemeinsamen Interesse zu überzeugen. „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen“<sup>16</sup>. Auch der osmanischen Regierung wurden Angebote gemacht, und es fanden Verhandlungen mit dem türkischen Sultan statt. Herzl notierte am 9. 6. 1896 über seine Vorbereitungen: „Der Sultan gebe uns das Stück Land, und dafür werden wir ihm alles in Ordnung bringen, seine Finanzen regeln und die öffentliche Meinung der ganzen Welt für ihn stimmen“<sup>17</sup>. Der Sultan lehnte jedoch ab. Aber noch auf dem 7. Weltzionistenkongreß im Jahre 1905 machte Max Nordau folgendes Angebot angesichts der wachsenden Unruhen der von der osmanischen Regierung beherrschten Völker gegen den Sultan: „Bei dieser Sachlage könnte es dann der türkischen Regierung einleuchten, daß es für sie von außerordentlichem Wert wäre, in Palästina und Syrien ein zahlreiches, kräftiges und wohlorganisiertes Bevölkerungselement zu besitzen, das ... keine Angriffe auf die Autorität des Sultans dulden, sie vielmehr mit dem Aufgebot aller Kräfte verteidigen würde“<sup>18</sup>.

Im Herbst 1898 besuchte Herzl mit einer zionistischen Delegation Palästina. Er bemühte sich um ein Gespräch mit dem gerade dort weilenden Deutschen Kaiser und versuchte, auch diesen für die zionistischen Kolonisationspläne zu gewinnen. Herzl notierte aus einem Gespräch mit dem Großherzog von Baden „Wir brauchen ein Protektorat – das deutsche wäre uns demnach das liebste“<sup>19</sup>.

Trotz der ablehnenden, zumindest aber zögernden Haltung der um Unterstützung ersuchten Regierungen ging die konkrete Umsetzung der zionistischen Kolonisation in Palästina voran. Die erste Voraussetzung für die angestrebte Staatsgründung war der Besitz von Boden. Im Jahre 1901 wurde auf dem 5. Zionistischen Kongreß der ‚Jüdische Nationalfonds‘ (JNF) gegründet, eine Einrichtung zum Kauf von Boden, zur Verwaltung des Bodens und zur Finanzierung von Siedlungen auf dem Boden. Boden, der einmal durch den Jüdischen Nationalfonds erworben worden war, sollte nicht wieder in Privatbesitz übergehen können, sondern ‚unveräußerliches Eigentum‘ des ‚jüdischen Volkes‘ werden<sup>20</sup>. Im Jahre 1908 wurde die ‚Palestine Land Development Company‘ (PLDC – Palästina Landentwicklungsgesellschaft) gegründet, die landwirtschaftliche Siedlungsprojekte vorbereiten und durchführen sollte. Damit besaß die Zionistische Organisation in Palästina die ersten wichtigsten Einrichtungen für den praktischen Kolonisierungsprozeß. Es kamen Banken und weitere wirtschaftliche und politische Einrichtungen hinzu – was aber fehlte, war immer noch die gewünschte politische Charta, die die Kolonisierung international decken sollte.

Deshalb bemühte sich Herzl auch weiterhin um die Hilfe der europäischen Regierungen. Schließlich wurden aus Kreisen der englischen Regierung Zypern und Uganda als mögliche Kolonien vorgeschlagen. Nach Herzls Tagebuchaufzeichnungen von 1903 wurde das Projekt zunächst auch in Erwägung gezogen. „So viel steht indessen ... fest: daß dieses Territorium fruchtbar und zur Ansiedelung von Europäern wohl geeignet ist. Es kann daher angenommen werden, daß der langgesuchte Zufluchtsort für die materielle Not leidenden und heimatlos umherirrenden Unglücklichsten unserer Stammesgenossen gefunden ist, obwohl dies, wie ich in meiner Eröffnungsrede bemerkte, ‚Zion nicht ist und auch nie werden kann‘“<sup>21</sup>. Deshalb wurde auf dem 6. Zionistischen Kongreß im Jahre 1903 auch eine Kommission damit beauftragt, die Frage zu prüfen. Unter dem Einspruch vor allem russischer Zionisten wurde das ganze Unternehmen jedoch fallengelassen und Palästina erneut als der einzige Ort der jüdischen Staatsgründung bekräftigt.

Nachdem Herzls diplomatische Bemühungen vorerst erfolglos geblieben waren, setzten sich innerhalb der zionistischen Bewegung mehr und mehr die sogenannten ‚praktischen Zionisten‘ durch. Endgültig vollzog sich der

Übergang auf dem letzten Zionistischen Kongreß vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1913. Bevor wir aber auf die folgenden praktischen Schritte der Kolonisierung eingehen, soll hier noch auf den Zusammenhang zwischen Zionismus und Europäischen Großmächten von seiten der Großmächte eingegangen werden, wobei insbesondere die Rolle Großbritanniens für den Prozeß der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina beleuchtet werden wird.

## 2.2 Die Interessen der europäischen Großmächte

Schon lange vor der Entstehung des ‚politischen Zionismus‘ hatten die imperialistischen Mächte Westeuropas den Einsatz jüdischer Siedler zu Gunsten ihrer Interessen im Nahen Osten in Erwägung gezogen. Man besprach allgemein in den Parlamenten die ‚Orient-Frage‘ und meinte damit die Zurückdrängung des Osmanischen Reiches und die Einflußsicherung im Nahen Osten. In einer Korrespondenz aus den Jahren 1840/41 gab Großbritannien seinem Botschafter in der Türkei Richtlinien, die Niederlassungen der Juden in Palästina zu begünstigen „um jeden Versuch des Pascha von Ägypten, Mehmet Ali, zu verhindern, die Vereinigung Ägyptens mit Syrien zu verwirklichen“<sup>22</sup>. Auch Benjamin Disraeli, langjähriger Vorsitzender der britischen Konservativen und britischer Premierminister von 1874 bis 1880, hatte in seiner 1874 erschienenen Novelle ‚Tancred‘<sup>23</sup> die Idee von einem jüdischen Staat in Palästina als Bindeglied zwischen Asien und Europa entwickelt. Disraeli hatte mit dem Ankauf der Suez-Aktien im Jahre 1876 die Vorbedingungen für die spätere Okkupation Ägyptens geschaffen. Der englische Historiker Harold Temperley schilderte die damaligen britischen Interessen mit dem Hinweis auf besondere Gründe, die die britische Regierung „dazu gedrängt haben, sich für die von ihr in Palästina betriebene Politik zu entscheiden. Diese Gründe werden deutlich, wenn man den Vorteil sehen will, der damals darin bestand, den Suez-Kanal im Osten von einem Land gedeckt zu sehen, dessen Bevölkerung von der Hilfe wußte, die ihr Großbritannien zuteil werden ließ, und der daran gelegen war, weiter in ihren Genuß zu kommen, und das neben der Unterstützung, die sie sicherlich auch von den Juden der ganzen Welt erhalten würde“<sup>24</sup>.

Der britische Imperialismus war also besonders darum bemüht, seine Kolonialpolitik im Nahen Osten gegenüber der imperialistischen Konkurrenz zu sichern. Aus diesem Grund ging letztlich die britische Regierung darauf ein, sich offiziell für die ‚Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina‘ zu verwenden. Die ‚Balfour-Erklärung‘ aus dem Jahre 1917, gerichtet an den Baron Rothschild, war nichts anderes als ein Schritt

zur Konsolidierung der britischen Interessen im arabischen Raum. Für die zionistische Bewegung war sie das entscheidende Dokument, die Charta, eine Art Freibrief für alle praktischen Initiativen zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Die ‚Balfour-Erklärung‘ hatte folgenden Inhalt:

„Lieber Lord Rothschild,  
ich habe die große Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurde.  
„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles zu fördern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, das nichts geschieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaft oder den Rechten und dem politischen Status der Juden in anderen Ländern Abbruch tun könnte“.  
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten.

Der Ihrige  
(gez) A.W. James Balfour“<sup>25</sup>

Mit diesem Wortlaut hatte sich Großbritannien zur Schutzmacht für die zionistische Kolonisation in Palästina erklärt. Britische und zionistische Interessen deckten sich in Hinblick darauf, mit Hilfe jüdischer Besiedlung den arabischen Raum zu spalten und den westeuropäischen Einfluß im Nahen Osten zu sichern.

### 3. Die Planmäßigkeit der Kolonisierung Palästinas als Folge der zionistischen Ideologie

Es war vom Beginn der Diskussion um die Kolonisierung Palästinas den zionistischen Politikern klar, daß der Schaffung eines jüdischen Staates auf palästinensischem Boden die dort ansässige Bevölkerung im Wege stehen würde. Ideologisch gesehen stand der Zionismus auf der Seite der europäischen Kolonialmächte und bediente sich auch entsprechender Rechtfertigungen für die Zulässigkeit der Kolonisierung einer in europäischen Augen ‚unterentwickelten‘ Region. Da es im Rahmen der Zionistischen Kolonisierung Palästinas auch um nationale Konkurrenz ging, – denn auch das palästinensische Volk stand Ende des 19. Jahrhunderts vor einem nationalstaatlichen Bewußtwerdungsprozeß – mußte das Problem der konkurrierenden, bereits anwesenden Bevölkerung auch in Angriff genommen werden.

Es gab verschiedene praktische Überlegungen, dieses Problem zu lösen. Israel Zangwill, der gegen eine Staatenlösung in Palästina war, benannte treffend die denkbaren Handlungsspielräume: „Palästina hat bereits seine Einwohner ... deshalb müssen wir uns darauf vorbereiten, die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt ...“<sup>26</sup>. Ber Borochov, Begründer des sogenannten ‚Arbeiterzionismus‘, hoffte auf eine friedliche Lösung und darauf, daß sich die palästinensische Bevölkerung assimilieren werde.<sup>27</sup>

Aber auch von Vertreibung wurde gesprochen, und diese Politik setzte sich letztlich mehrheitlich immer wieder durch. Schon Herzl schrieb am 12. Juni 1895 in sein Tagebuch: „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muß – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird ihnen nichts“<sup>28</sup>. Mit Zartheit und Behutsamkeit also wollte Herzl das Problem der ansässigen Bevölkerung lösen, nicht aber ohne vorher für sie noch einige wichtige Aufgaben vorgesehen zu haben. „Ziehen wir in eine Gegend, wo es für die Juden ungewöhnlich wilde Tiere gibt – große Schlangen usw. – so benütze ich die Eingeborenen, bevor ich sie in den Übersiedlungsgebieten beschäftige, dazu, diese Tiere auszurotten“<sup>29</sup>.

Die menschenverachtende und, wenn auch nicht so definierte, in ihrer Konsequenz doch immer rassistisch wirkende Komponente der zionistischen Ideologie kommt auch in einer Äußerung von Dr. Eder, einem Mitglied des Zionistischen Komitees, zum Ausdruck, der im Jahre 1921 bemerkte: „Es kann in Palästina nur eine nationale Heimstätte geben, und die muß jüdisch sein, zwischen Juden und Arabern ist keine Gleichheit möglich, sondern nur ein jüdisches Übergewicht, das sich dann einstellen wird, wenn die Vertreter unserer Rasse sich genügend vermehrt haben“<sup>30</sup>.

Ben Gurion, erster Präsident Israels und führender zionistischer Politiker des sogenannten Arbeiterflügels, äußerte 1937: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner ... Wenn man sagt, daß Erez Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt ... Palästina muß und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt“<sup>31</sup>.

Dieser Exklusivitätsgedanke bestimmte die Taktik der Kolonisierung. Sie mußte sich einerseits auf die Anwesenheit einer konkurrierenden Bevölkerung mit konkurrierenden Eigentumsansprüchen einlassen, entsprechende Mittel der Einengung dieser Anwesenheit entwickeln und eine umfassende Sicherung der zionistisch-jüdischen Anwesenheit und den Ausbau derselben ermöglichen. Dem diente die geplante Siedlungspolitik. Franz Oppenheimer, deutscher Zionist, beschrieb das Vorgehen deutlich genug: „Nun, meine Freunde, wir sollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannen will, so schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen diesen Haken starke Stricke, dann knüpft man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischenwirken feinerer Fäden zu immer feineren Maschen ausgestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen“<sup>32</sup>.

Es bleibt noch zu klären, welche räumlichen Vorstellungen die Zionistische Organisation letztlich für ein ‚Erez Israel‘ verfolgte.

#### 4. Der Plan von ‚Erez Israel‘ im Raum Palästina

Zum Zeitpunkt der ‚Balfour-Erklärung‘ lebte der Initiator der zionistischen Diplomatie, Theodor Herzl, nicht mehr. Er hatte aber mit seinen Aufzeichnungen, die beständig um die konkrete Umsetzung des großen ‚Plan vom Erez Israel‘ kreisten, eine Fülle praktischer Hinweise für den Prozeß der Staatsgründung hinterlassen, die nur aufgegriffen zu werden brauchten. Nach Herzls Tod gewannen endgültig die Vertreter eines ‚praktischen Zionismus‘ die Mehrheit in der Zionistischen Bewegung. Chaim Weizmann faßte auf dem 8. Zionistenkongreß 1907 die Absicht dieser Richtung zusammen. „Unsere diplomatischen Bemühungen sind wichtig, doch sie werden noch wichtiger, wenn wir in Palästina tatsächlich etwas zustande bringen ... Es ist selbstverständlich notwendig, unsere Sache vor dem Welttribunal zur Sprache zu bringen, aber wirksam wird dieser Schritt nur in Verbindung mit Einwanderung in Palästina, Kolonisation und Aufbau“<sup>33</sup>. Kolonisation meinte dabei nicht nur Besiedlung, sondern auch wirtschaftliche und politische Durchdringung. Denn es war der Zionistischen Bewegung klar, daß es de facto leichter werden würde, territoriale Ansprüche auf Palästina zu erheben, wenn auch das wirtschaftliche Leben des Landes unter jüdischen Einfluß gebracht wäre, der eintretende ökonomische Fortschritt der jüdischen Initiative zugeschrieben werden müsse und wenn entsprechende politische Organe die Vertretung der jüdisch-zionistischen Ansprüche übernehmen könnten. Deshalb wurde 1908 auch das ‚Palästina Büro‘ geschaffen, die in Palästina ansässige außenpolitische Vertretung der Zionistischen Organisation für Palästina. Auch die quasi illegale Kolonisierung Palästinas wurde gegenüber den europäischen Großmächten noch moralisch gerechtfertigt. Max Nordau sagte: „Wir gedenken nach Palästina als Bringer von Gesittung zu kommen und die moralischen Grenzen Europas bis an den Euphrat herauszurücken“<sup>34</sup>. Hierin drücken sich auch Vorstellungen über die mögliche Größe von ‚Erez Israel‘ aus. Aber die Größenvorstellungen der Zionistischen Bewegung oder der Organisation lassen sich nur schlecht fassen. Je nach den politischen Gegebenheiten wurden und werden auch heute noch ganz unterschiedliche Argumente für zukünftige Grenzverläufe des jüdischen Staates hergenommen. Im einen Fall muß die Bibel herhalten, im anderen Fall werden pragmatische Gründe genannt, um Raumvorstellungen zu begründen.

Eine genauere Definition des gewünschten Grenzverlaufes, die auch heute noch die Handlungen des israelischen Staates bzw. seiner Armee zu leiten scheint, legte die Zionistische Organisation 1919 bei den Mandatsverhandlungen der Versailler Friedenskonferenz vor, in der Hoffnung, daß die Man-

datsaufteilung sich ihren Vorstellungen anschließen und das englische Mandat auf diesen beanspruchten Raum ausgedehnt werden würde. Die dort nach den in Europa üblichen Vorstellungen von der Größe Palästinas ausgerichteten Gebietsvorstellungen reichten in den südlichen Libanon, nach Syrien, entlang der Hedscha-Bahn nach Jordanien und umfaßten einen Teil der Sinai-Halbinsel bis El Arish. Theodor Herzl bediente sich vor allem pragmatischer Begründungen für zukünftige Grenzen. „Wir müssen wegen unseres zukünftigen Welthandels am Meer liegen und müssen für unsere maschinenmäßige Landwirtschaft im Großen weite Flächen zur Verfügung haben“<sup>35</sup>; oder „Als Ruf auszugeben: Palästina wie zu Davids und Salomons Zeit!“<sup>36</sup>; und schließlich „Gebiet: vom Bach Ägyptens bis an den Euphrat“<sup>37</sup>. In einem Gespräch mit dem deutschen Reichskanzler Fürst Hohenlohe im Jahre 1898 äußerte sich Herzl zur erwünschten Größe Erez Israels offen: „Wir verlangen, was wir brauchen – je mehr Einwanderer, desto mehr Land“<sup>38</sup>.

Wir verlangen, was wir brauchen, dieses Prinzip ist im Verlauf der zionistischen Geschichte zu einem Leitmotiv zionistischer Expansion im Nahen Osten geworden. Praktisch hat sich die Zionistische Organisation und hat sich Israel bis heute einer konkreten, endgültigen Definition seiner Grenzen verweigert, was die Expansionsabsichten immer wieder unberechenbar und im wahrsten Sinne des Wortes ‚grenzenlos‘ erscheinen läßt.



Halten wir uns abschließend noch einmal die wichtigsten Charakteristika der zionistischen Bewegung vor Augen, die die von der Zionistischen Organisation beschlossene und umgesetzte Kolonisierung Palästinas bestimmen.

- Die Entstehung des Zionismus hing eng mit den Nationalstaatsentwicklungen und Nationalstaatsideen des 19. Jahrhunderts in Europa zusammen. Aus diesem Zusammenhang entnahm der Zionismus einen Teil seiner Legitimation. Im Gegensatz zu diesen Bewegungen war der jüdische Nationalismus eine Fiktion, denn es fehlten ihm wesentliche Grundlagen. Es fehlte zu seiner Realisierung im Rahmen einer Staatsgründung sowohl der Boden, also die Basis eines nationalen Territoriums, und es fehlte die autochthone, auf diesem Boden vorfindliche Bevölkerung. Beides mußte künstlich beschafft werden und diese Besonderheit mußte sich zwangsläufig negativ für die vorhandene autochthone Bevölkerung, die Palästinenser, und auf deren Bodennutzung und Bodenbesitz auswirken. Konkurrenz und Kampf waren vorprogrammiert, die zionistisch geführte jüdische Bevölkerung konnte nur als Eindringling und Aggressor begriffen werden und wirken.
- Im Zusammenhang mit den Kolonialansprüchen der europäischen Weltmächte, die der Zionismus zu den seinen machte, und sich damit in eine kolonialistische Tradition stellte, war eine weitere Legitimation für die Kolonisierung Palästinas der ‚zivilisatorische Auftrag‘ der zionistischen Bewegung in Palästina. Damit war die Haltung gegenüber der autochthonen, palästinensischen Bevölkerung, wenn auch nicht definitorisch, so doch praktisch rassistisch. Für die Zionistische Organisation war klar, daß die ansässige Bevölkerung Palästinas als minderwertig und unkultiviert zu betrachten sei und zu Recht den jüdischen Nationalstaatsansprüchen zu weichen hatte.
- Die nationalistische und kolonialistische Seite des Zionismus zusammengekommen, mußte erst recht unter dem Anspruch, eine **exklusiv jüdische** Heimstätte errichten zu wollen, zu einer quasi rassistischen Ausrichtung führen. Dies würde im Verlauf der Geschichte die Handlungen der Zionistischen Organisation bestimmen, aber auch des israelischen Staates, der als Staat das Erbe des Zionismus antrat und die Politik bewußt fortführt. Unter quasi rassistisch verstehen wir eine Politik, die die arabischen Menschen in Palästina, seien es Christen, Moslems oder Drusen, enteignet, benachteiligt, vertreibt und auch tötet, weil sie Palästinenser sind<sup>40</sup>.

Da Bodenbesitz die erste Voraussetzung für eine spätere Staatsgründung zu sein hatte, wurde die Landnahme zur ersten grundlegenden Aktivität der Zionistischen Organisation. Unter den oben genannten Bedingungen

mußte Landnahme vom ersten Kauf an mit Gewalt verbunden sein. Schließlich sollte Landnahme nur der erste Schritt sein zu einer Entwicklung, die die räumliche, demographische, ökonomische und politische Umkehrung der Verhältnisse von palästinensischen in jüdische beabsichtigte. Herzl hatte das vorausgesehen.

## **Kapitel II**

---

Die Zionistische Kolonisierung  
Palästinas bis zum Zeitpunkt  
der Gründung des Staates Israel

# 1. Palästina vor dem Beginn der Zionistischen Kolonisierung

Israel Zangwill hatte Palästina als ein ‚Land ohne Volk für ein Volk ohne Land‘ bezeichnet, und die Eignung dieses Gebietes für das zionistische Vorhaben damit zu unterstreichen versucht. Wie wir gesehen haben, wurden auch kolonialistische Argumente zur Rechtfertigung benutzt: die jüdische Einwanderung bringe den in Palästina lebenden, auf niedriger Stufe stehenden Arabern Kultur und technischen, wie gesellschaftlichen Fortschritt und diene also auch dem Wohle der ansässigen Bevölkerung und hebe das Land auf eine neue Zivilisationsstufe.

Die Floskel vom wirtschaftlich und kulturell unterentwickelten Palästina, dem die einwandernden Juden Fortschritt und Entwicklung bringen würden, dient noch heute den Vertretern zionistischer Ideologie zur Rechtfertigung der Landnahme in Palästina, etwa durch die Behauptung, die Juden hätten das palästinensische Ödland in einen paradiesischen Garten verwandelt. Ben Gurion stellt zum Beispiel noch im Alter in seinem Buch ‚Erinnerung und Vermächtnis‘ fest: „Die erste Aliyah (Einwanderung, d.V.) kam in ein menschenleeres, hier und dort mit elenden Hütten bebautes Land. Jerusalem war ein verfallenes Dorf, wo Slums mit vernachlässigten Denkmälern abwechselten. Die Erde Palästinas trug so gut wie nichts, und seine Bewohner waren in der Hauptsache wandernde Stämme, die, ohne Grenzen zu beachten, die verödeten Teile des Nahen Ostens durchzogen“<sup>1</sup>. Daß diese und ähnliche Äußerungen zionistischer Politiker den Tatsachen in keiner Weise gerecht werden und eher Zweckpropaganda zu sein schelnen, soll der folgende Exkurs über die geographische Situation und die Landnutzung in Palästina zum Zeitpunkt des Beginns der zionistischen Kolonisierung aufzeigen.

## 1.1 Geographische Lage Palästinas und Landnutzung zum Zeitpunkt des Beginns der zionistischen Kolonisierung

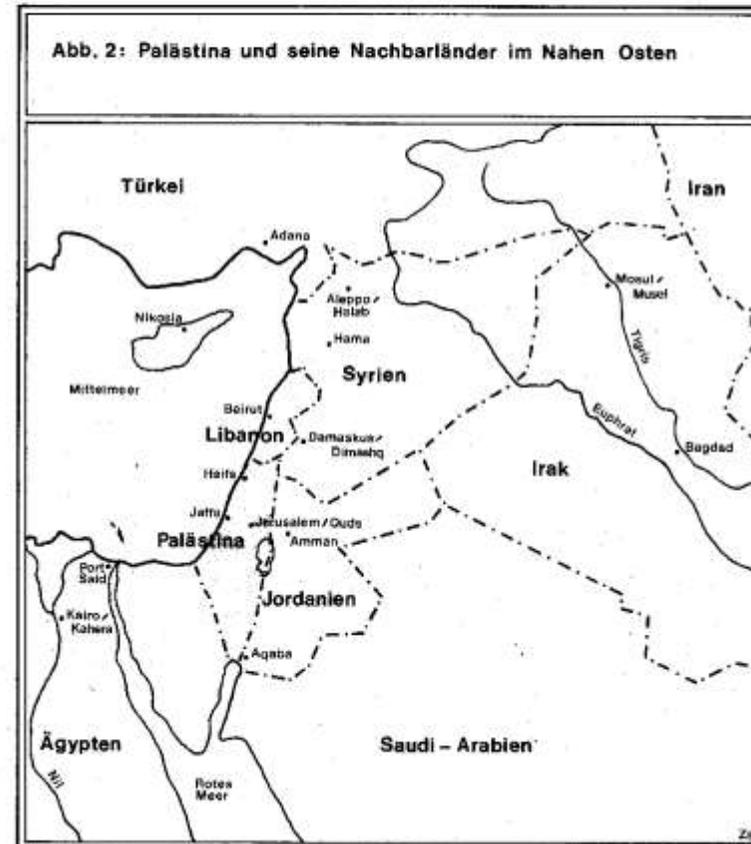
Wir beziehen uns hier vor allem auf die Ausführungen und Darstellungen von Werner Richter<sup>2</sup>. Das Gebiet von Palästina, in dem um 1895 etwa 453.000 Palästinenser, in ihrer Mehrzahl Bauern, lebten, umfaßt eine Fläche von 27.027 km<sup>2</sup> (oder 27,027 Mio. Dunum). Die Landfläche umfaßt dabei 26.332 km<sup>2</sup> (97,4%), während 705 km<sup>2</sup> (2,6%) von Seen eingenommen

werden. Zu nennen sind hier der See Tiberias (arabisch *Taberiya*, 160 km<sup>2</sup>), der Hula See (13 km<sup>2</sup>) und die Hälfte des Toten Meeres, dessen andere Hälfte zu Jordanien gehört.

Aufgrund seiner Bodenbeschaffenheit kann Palästina in vier Teilräume untergliedert werden, und zwar in:

### a. Die Ebenen der Küstenregion

Die Böden in den Ebenen der Küstenregion sind sehr fruchtbar und durch ihre reichen Grundwasservorkommen und häufigen Niederschläge äußerst gut für eine ständige landwirtschaftliche Nutzung geeignet.



### b. Die zentrale Bergregion

Die Böden dieser Region sind überwiegend felsig, erlauben aber bei der Anlage von Terrassen die Pflanzung von Laubbäumen. Den landwirtschaftlichen Hauptertrag dieser Region liefert die Olive. Im Winter werden in weiten Teilen der Bergregion Weizen und Gerste angebaut, im Sommer dagegen Mais, Tomaten und andere Gemüsearten, und zwar in der Feldbauweise regenarmer Gebiete.

### c. Das Jordantal

Diese Region liegt unter dem Meeresspiegel und ist für jeglichen landwirtschaftlichen Anbau von tropischen Früchten und von Zitrusfrüchten gut geeignet. Wegen der nur geringen Niederschlagsmenge im Jahresdurchschnitt ist man in dieser Region jedoch bei der Bewirtschaftung des Bodens auf künstliche Bewässerung angewiesen.

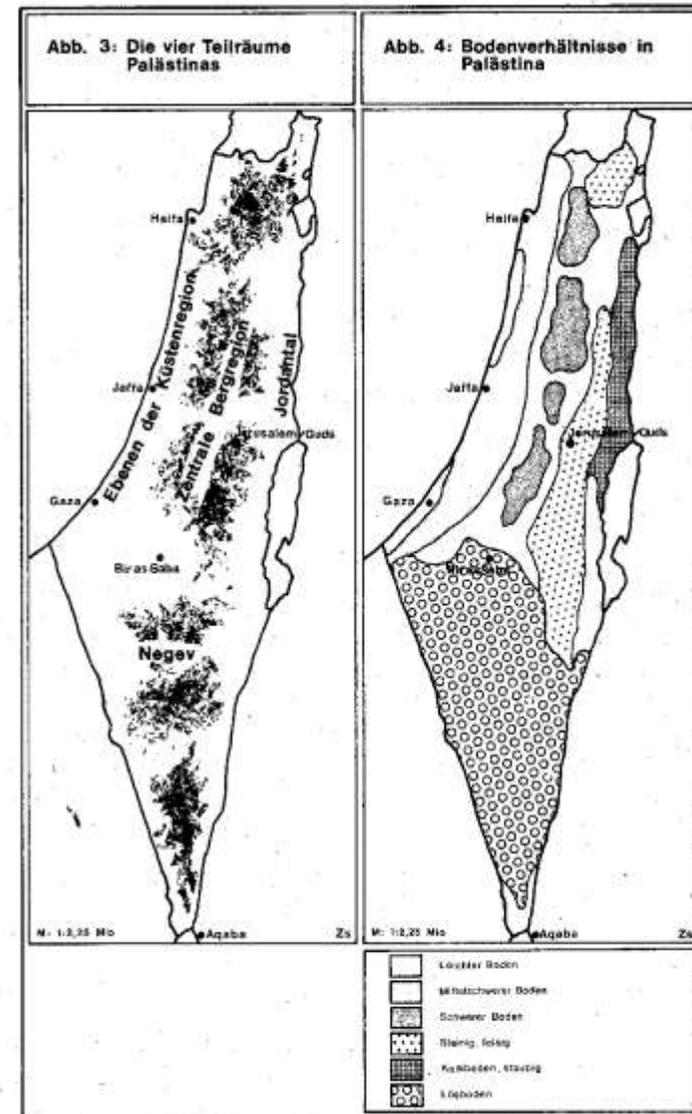
### d. Die südliche Wüste (Negev)

Dieses Gebiet im Süden Palästinas nimmt fast die Hälfte der gesamten Landfläche ein. Der nördliche Teil der Negev-Region weist relativ gute Böden auf und kann bei künstlicher Bewässerung landwirtschaftlich genutzt werden. Der südliche Negev dagegen besteht zum überwiegenden Teil aus nicht nutzbarer Wüstenfläche, abgesehen von einigen kleinen, unregelmäßig verteilten Gebieten, die bei ausreichendem Niederschlag sporadisch genutzt werden können. Eine Ausnahme bildet die Araba im östlichen Negev, die durch künstliche Bewässerung für die Landwirtschaft erschlossen werden kann.

Der überwiegende Teil der landwirtschaftlich nutzbaren Böden befindet sich also in den nördlichen und zentralen Regionen Palästinas, und hier vor allem in den Ebenen der Küstenregion, in den Tälern der zentralen Bergregion, im Jordantal und im nördlichen Teil des Negev, der über weite Flächen teilweise mehrere Meter hoch mit Löß bedeckt ist.

Palästina weist aufgrund seiner geographischen Lage mediterranes und teilweise auch subtropisches Klima auf. Die Winter sind, vor allem in den nördlichen Landesteilen, überwiegend regenreich, die Sommer dagegen sind trocken und heiß. Insbesondere in den Ebenen der Küstenregion und im Jordantal begünstigen die klimatischen Bedingungen den landwirtschaftlichen Anbau, so daß selbst die Kultivierung von Pflanzen wie Baumwolle und Bananen, die viel Wärme benötigen, möglich ist. In der zentralen Bergregion allerdings, die von den Bodenverhältnissen her auch für landwirtschaftlichen Anbau geeignet ist, lassen die klimatischen Verhältnisse den Anbau von weniger wärmeliebenden Pflanzen zu.

Die Niederschlagsmengen verringern sich in Palästina von Norden nach Süden. Während im nördlichen Teil der zentralen Bergregion Jahresniederschläge um 1.000 mm üblich sind, fallen in den nördlichen Teilen der



Küstenregion nur noch rund 400 bis 600 mm Niederschlag. In den südlichen Teilen der Küstenebene erreichen die jährlichen Niederschläge nicht einmal 300 mm, im Negev sinken sie schließlich bis auf 30 mm ab. Südlich der Stadt Bir as Saba (später Beersheba) verläuft dann die agronomische Trockengrenze, von der an nur noch mit Hilfe künstlicher Bewässerung eine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Ebenso wie die Niederschlagsmengen variieren auch die mittleren Temperaturen in den einzelnen Regionen Palästinas relativ stark, so daß auch dieses Klima-Element erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Nutzung in den verschiedenen Landesteilen hat.

Palästina kann damit in vier Vegetationszonen eingeteilt werden:

**a. Die mediterrane Zone**

Diese Zone umfaßt die Ebenen der Küstenregion und die inneren Täler der zentralen Bergregion. Sie nimmt flächenmäßig hinter der saharo-sindischen Zone in Palästina den zweiten Platz ein und ist der bedeutendste Agrarraum des Landes.

**b. Die irano-turanische Zone**

Diese Zone erstreckt sich über den südwestlichen Teil Palästinas und besteht zumeist aus trockener Steppe oder Wüstensteppe.

**c. Die saharo-sindische Zone**

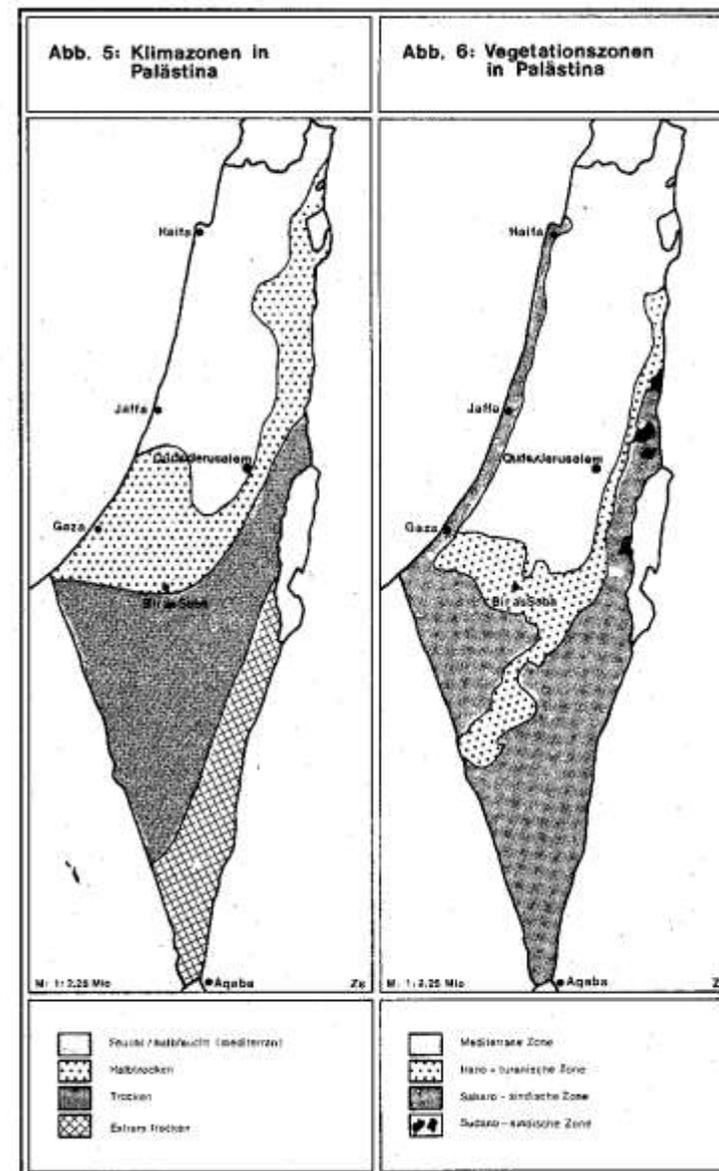
Diese Zone ist flächenmäßig die größte Zone Palästinas und umfaßt den überwiegenden Teil der Wüste Negev.

**d. Die sudano-sindische Zone**

Diese Zone gehört in den Bereich tropischer Vegetation und ist in Palästina nur in einem geringen Maß vertreten, überwiegend im Jordantal.

Es läßt sich also schon aus den verschiedenen Angaben zur Bodenbeschaffenheit, zum Klima und zur Vegetation ersehen, daß Palästina keineswegs allein aus Ödland und Wüste bestanden haben kann, als die Zionistische Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts damit begann, ihre ersten Siedlungen zu gründen.

Und es waren nicht nur gute natürliche Voraussetzungen für eine entwickelte Wirtschaft vorhanden, sondern sie wurden auch genutzt. Palästina, westlich des Jordan gelegen, war mit diversen landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkten ein wichtiger Handelspartner des Vorderen Orients, und etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch mit diversen Produkten am Export nach Europa beteiligt. Bezogen auf die wichtigsten Handelsstädte Palästinas beschreibt dies Alexander Schölich<sup>3</sup>. Jaffa, Haifa und Akka (später Akko) waren die Umschlagshäfen für Weizen, Gerste, Mais, vor allem aber auch für Sesam und Olivenöl. Jaffa exportierte in besonderem Maße Seife, Wolle und Orangen, bei beständig steigenden Ausfuhrmengen seit etwa 1850.

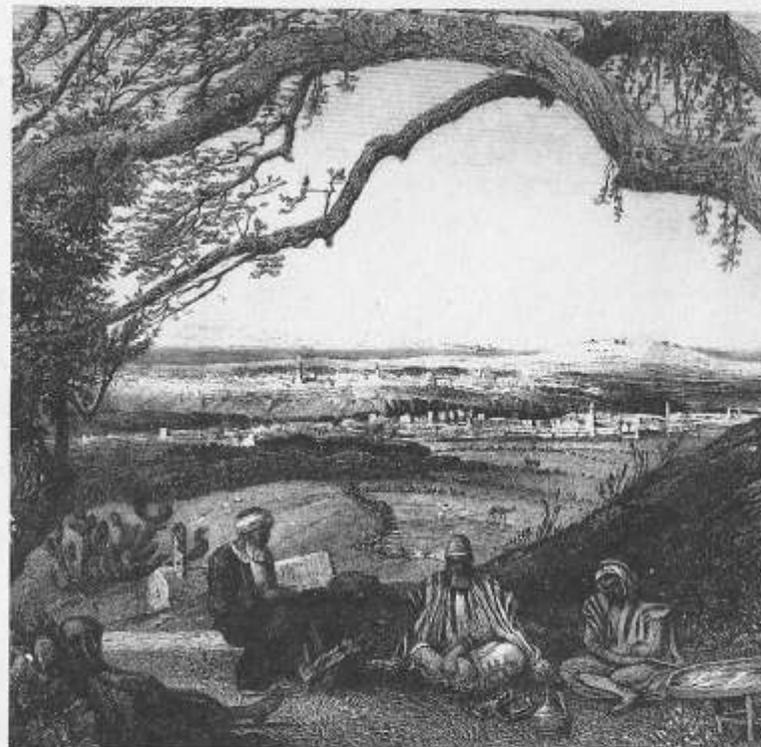


Der Entwicklungsprozess in der Landwirtschaft war zum Teil auf die zunehmende Bewässerung, auf entwickelte Anbaumethoden und die steigende Integration in den Weltmarkt überhaupt zurückzuführen, die die Nachfrage erhöhte und auch ausländische Investoren in das Land brachte. Werner Richter beschreibt die Lage in der Landwirtschaft folgendermaßen:

„Bewässerung fand im Jordantal, vor allem aber in der Küstenebene statt. Im Bergland beschränkte sich die Bewässerung auf wenige Stellen, z.B. bei Jerusalem. Hier zeigten die Gemüsegärten ein gutes Beispiel für die terrassenförmige Anlage des Bewässerungslandes. Bewässert wurden hauptsächlich Aprikosen, Granatäpfel, Tomaten, Paprika, Gurken, Kartoffeln und Karotten. Im Beit-Shean-Tal (arabisch: *Beisan-Tal*, d.V.) leitete man das Quellwasser in offenen Kanälen auf die Felder. Hier bewässerte man hauptsächlich Weizen, Gerste, Mais, Hirse, Sesam, Gemüse und Bananen. Weiter südlich bei Jericho befand sich die größte zusammenhängende Bewässerungsfläche in der gesamten Grabensenke. Hier wurden vor allem Getreide, Gemüse, Citrus, Bananen und Datteln bewässert. In der Küstenebene bewässerte man vor allem die Orangen. Schon im Februar bereitete man die Citruskulturen für die Bewässerung vor, indem man nach dem üblichen Auflockern des Bodens um jeden Baum herum Gräben aushob, in die mit zunehmender Trockenheit im Sommer verstärkt Grundwasser aus Brunnen eingeleitet wurde“<sup>4</sup>.

Aber nicht nur die Landwirtschaft dehnte sich aus. Auch die städtische Ökonomie entwickelte sich im gleichen Zeitraum und nahm an der generellen Entwicklung des Landes teil. Jerusalem (arabisch: *Quds*), Bethlehem (*Beithlam*), Nazareth (*Nasira*), Jaffa und Haifa waren im Zusammenhang mit ihrer religiösen und kulturellen Bedeutung für die Europäer relativ wichtige städtische Zentren mit bekannten Produktionszweigen. Und selbst die kleineren Städte hatten wegen ihrer speziellen Produkte teils regionale, teils überregionale Bedeutung: Hebron (*Khalil*) wegen seines Weinbaus, der Herstellung von Wassersäcken und Glaswaren, Gaza wegen seiner Töpfer- und Webwaren, Nablus wegen seiner Seifenmanufaktur und der Baumwollverarbeitung<sup>5</sup>.

Es ist bis hierhin wohl deutlich geworden, daß in Palästina alle Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung und Entwicklung in Landwirtschaft und Industrie vorhanden waren, wenn auch das Niveau der Produktion und der Stand der Produktivkräfte mit denen in Europa nicht zu vergleichen war. Soweit es um die Bearbeitung des Bodens ging, konnten die zionistischen Bodenkäufer also praktisch an jeder Stelle des Landes – mit Ausnahme der Wüstengebiete – nutzbaren und genutzten Boden vorfinden. Was aber die Besiedlung des Bodens mit jüdischen Siedlern anging, würde die Aneignung des Bodens mit Sicherheit überall dort Konflikte bringen, wo die palästinensische Bevölkerung ihren Hauptsiedlungs- und Landwirtschafts-



1. Gaza 1875-80



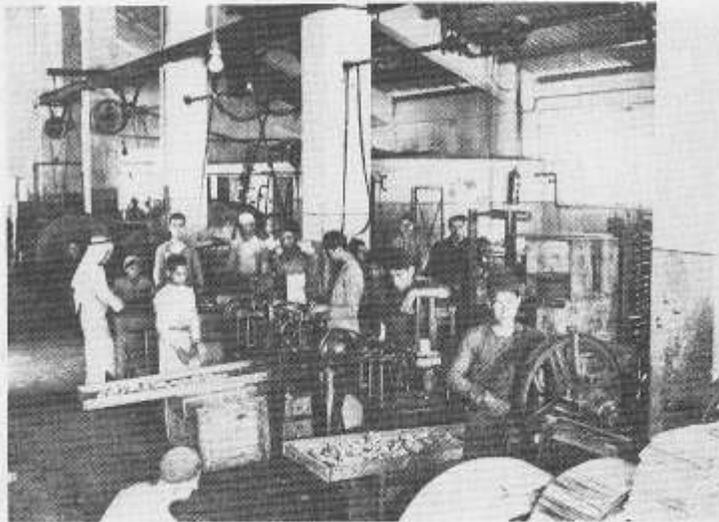
3. Orangenverkauf 1930

4. Melonenmarkt Mitte 1930





5. Tabakmanufaktur 1930



6. Streichholzfabrik 1940

raum hatte: in der Umgebung der großen Städte und in den Städten an der Küste, sowie im Gebiet der zentralen Bergregion vom Nordnegev bis zur Grenze des Süd-Libanon. Die praktische Besiedlungspolitik würde in der ersten Phase der Kolonisierung Palästinas diese Gebiete ausklammern müssen. Der Kauf von Boden, der in dieser Epoche das erste Mittel der Landnahme darstellte, würde hier nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen können.

Unter welchen Umständen die Landnahme durch Bodenkauf in gewissem Umfang dennoch gelang, soll im folgenden zusammengefaßt vorgetragen werden.

## 1.2 Ökonomische Situation der arabischen Landbevölkerung und Grundbesitzverhältnisse in Palästina als Voraussetzung der zionistisch geplanten Landnahme

Wir haben uns bis hierhin mit der Behauptung beschäftigt, Palästina sei vor allem ein ödes, verlassenes und rückständiges Gebiet gewesen. Ein anderes Vorurteil gehört in diesen Zusammenhang, das ebenfalls vor allem von den Bodenpolitikern der Zionistischen Organisation in Palästina benutzt wurde, um die von ihnen beschriebene Rückständigkeit der palästinensischen Landwirtschaft zu begründen. Es wird nämlich das sogenannte Musha-System, nach dem in den Dörfern Gemeindeland für einen bestimmten Zeitraum immer wieder anderen Familien zur Nutzung übergeben wird, dafür verantwortlich gemacht, daß die palästinensischen Bauern, wie auch mögliche Investoren kein Interesse an langfristigen Verbesserungen auf ihren Feldern gehabt hätten<sup>6</sup>. Gemeineigentum an Land hat es jedoch nur in begrenztem Maße gegeben, vor allem in den Küstengebieten und Ebenen. In den dichtbesiedelten Berggebieten Palästinas herrschte im Prinzip Privatbesitz vor und damit kein Musha-System. Die Küstenebenen sind aber wegen ihres Zitrusfrüchteanbaus z.B. von großer ökonomischer Bedeutung für den Export aus Palästina gewesen, also keineswegs rückständig.

Wie dennoch – bei relativer Prosperität – Bauernland an die Zionistische Organisation gelangte und dazu noch mit der Konsequenz der Landnahme auf Kosten der ansässigen Bauern, wollen wir im folgenden anhand einer zusammenfassenden Darstellung der Änderungen im Bodenrecht im Rahmen der osmanischen Herrschaft zeigen.

Auch nach Schölch<sup>7</sup> beginnen diese später so wichtig werdenden Änderungen Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Eindringen ausländischer Interessenten für Investitionen auf palästinensischem Boden, bei gleichzeitigem Interesse der osmanischen Regierung an höheren Steuerleistungen ihrer palästinensischen Untertanen. In doppelter Hinsicht bestand also aus wirtschaftlichem Interesse ein Bedürfnis nach Kodifizierung des Bodenbesitzes und der Eigentumsrechte und an der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche außerhalb der besiedelten Gebiete. Drei größere Gesetze sind von Bedeutung.

Das bekannteste, das Land-Gesetz von 1858 fixierte erstmals schriftlich die bis dahin geltenden Rechtsnormen, die im Rahmen des Islamischen Rechts entstanden waren. Das Islamische Recht war von dem Gedanken geprägt, den Erhalt an bebaubarem Boden zu sichern, sowie seine Nutzung zu garantieren und daneben Land für staatliche Projekte zur allgemeinen Nutzung bereitzustellen. Nach dem osmanischen Land-Gesetz von 1858 gab es demnach folgende Hauptformen an Bodenbesitz<sup>8</sup>:

**Mulk**, privat besessenes Land (ehemals von der osmanischen Regierung als erobertes Land privat verliehen); Mulk herrscht in den besiedelten Räumen vor, also in den Städten und Dörfern, umfaßt alle bebauten Grundstücke sowie Grundstücke von unter einem halben Dunum, Gärten und kleine landwirtschaftliche Flächen, die innerhalb der dörflichen und städtischen Grenzen genutzt werden.

**Miri**, Staatsland (der größte Teil dieses Landes, sofern er bebaubar war, zur Nutzung an Private vergeben); diese Form des quasi privat genutzten Miri-Landes herrscht außerhalb der Städte und Dörfer vor und bildet die Grundlage für die Erweiterung einer landwirtschaftlichen und sonstigen wirtschaftlichen Nutzung des Bodens. Das Nutzungsrecht beinhaltet auch Nutzungspflicht. Wer drei Jahre den ihm verliehenen Boden nicht bebaut, verliert sein Nutzungsrecht, der Boden kann an einen Dritten weitergegeben werden. Nach 15 Jahren regelmäßiger Nutzung allerdings kann Miri-Land zu Mulk-Land, also quasi privat besessen werden. Dieses Nutzungsrecht ist in gewissem Maße vererbbar und übertragbar, wenn es auch nicht wirklich privat wird, sondern letztlich Staatsland bleibt. Miri-Land bleibt die Haupteinnahmequelle an Steuern für die osmanische Regierung; über fest definierte Nutzungserwartungen und Verpflichtungen schöpft die Regierung in Form des ‚Zehnten‘ oder anderen Pachtzinses einen Teil der Bodenrente ab; sie ist deshalb an Erhöhung der Bodenrente durch neue Investitionen interessiert.

Neben diesem quasi privat genutzten Miri-Land gibt es Staatsland noch in verschiedenen Formen; uns interessiert das sogenannte „**Mewat**“-Land, sogenanntes „Totes“ Land, das als unbebaubar eingestuft ist, und das

sogenannte „**Metruki**“-Land, zurückgegebenes, vorher verliehenes Land, das für öffentliche Zwecke (Straßen, Kanäle ...) oder Gemeinschaftszwecke (Dreschplatz z.B.) genutzt werden soll. Mewat-Land, etwa 1,5 Meilen außerhalb der bebauten Gebiete, darf „wild“ benutzt, das heißt darauf gegrast, geerntet oder geweidet werden. Allerdings ist die Regierung bestrebt, sobald ein Gebiet intensiver genutzt zu werden scheint, dieses Land in Miri oder Metruki zu verwandeln, um Rente ziehen zu können.

Neben diesen wichtigsten Eigentumsformen gibt es noch das sogenannte „**Waqf**“-Land, Land, das den Islamischen Institutionen zu religiösen Zwecken gewidmet wurde und im Prinzip aus Mulk entstand, denn nur echte Besitzer können Bodenbesitz weitergeben. Wenn es nur um die Weitergabe des Nutzungsrechtes geht, kann auch Miri-Land der Waqf-Nutzung übergeben werden.

Das Land-Gesetz von 1858 sieht neben der Kodifizierung der verschiedenen Rechtstitel auf Boden auch eine erstmalige Registrierung des Miri-Bodens vor, sowie der darauf produzierenden Pächter und damit auch die Vergabe von Nutzer-Dokumenten durch eine Landregistrierungsverwaltung. Mit diesen Verwaltungsmaßnahmen – auch wenn sie nur langsam umgesetzt werden können – setzt im Grunde der Prozeß einer Säkularisierung des Islamischen, osmanischen Rechts ein in Richtung der Schaffung von Privateigentum zur Mobilisierung der Erhöhung der Bodennutzung und damit der Steuereinnahmen.

Die darauf folgenden Gesetze beschleunigen diesen Prozeß. Mit dem Land-Gesetz von 1867 werden die Erbrechte von Miri-Land-Nutzung im Rahmen der bestehenden Quasi-Besitzer erweitert. Von großer Bedeutung ist die Erweiterung des Landbesitzes auf Fremde im Rahmen der geltenden osmanischen Gesetze. Mit den folgenden verschiedenen, das Erbrecht erweiternden Gesetzen werden mit dem Gesetz von 1872 die Beleihung von Boden, mit dem Gesetz von 1874 die Verleihung von Eigentumstiteln und -dokumenten von Mulk-Land-Besitzern und in dem Gesetz von 1876 die Registrierung und Titelverleihung auch für Waqf-Besitz ermöglicht. Mit dem Gesetz von 1887 werden Miri-Nutzern erweiterte Rechte für die Nutzung anderer als bisher geltender Kulturen und die Ausbeutung von Rohstoffen aus dem Boden zugestanden, sowie Nicht-Islam-Angehörigen die Gleichbehandlung in bezug auf Kauf und Weiterverkauf von Miri-Land zugesichert.

Zum vorläufigen Abschluß kommt der „Säkularisierungsprozeß“ des Bodenrechts nach der sogenannten ‚Jung-Türken-Revolution‘ im Jahre 1908 durch die Verabschiedung eines Gesetzespaketes von 1913 und 1914, das alle bisherigen Änderungen neu zusammenfaßt, allerdings ohne die vorherigen Gesetze ausdrücklich außer Kraft zu setzen.

Das **Erste Landgesetz** benennt juristische Personen wie Regierung, Handelsorganisationen, Wohltätigkeitsorganisationen und osmanische Körperschaften als mögliche Privatbesitzer.

In der späteren Zeit wird Miri-(Staats-)Land vom Staat Israel als israelisch-jüdisches „Staatsland“ übernommen und führt die Anwendung weiterer ehemals islamischer Bestimmungen, wie z.B. die Weitergabe brachliegenden Bodens an neue Nutzer, zu weiterer, quasi rechtlich gesicherter Landnahme.

Noch ein anderer Umstand wirkt sich im Laufe der Kodifizierung privater Besitzrechte an Boden positiv für die zionistische Landnahme vor der Staatsgründung im Jahre 1948 aus, der an dieser Stelle erwähnt werden muß. Selbst Mulk-Land, sowie Miri-Land, das wie privat besessenes Mulk-Land genutzt wurde und als privates oder übertragenes Eigentum in den Landkataster eingetragen werden sollte, wurde in den meisten Fällen nicht auf den Namen der tatsächlichen Nutzer eingetragen, sondern stellvertretend auf den Namen des Familienoberhauptes der größten und einflussreichsten Familie eines Dorfes oder einer Dorfgruppe. Das entsprach durchaus der Tradition, nach der diese Familie auch den Schutz der Dorfgemeinden nach außen garantierte, die Verteidigungskräfte befahlte und die Abwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nach außen übernahm. Außerdem wollten die einzelnen Bauern oft deshalb den Boden nicht auf ihren Namen überschrieben haben, weil sie selbst nichts mit der Steuerbehörde zu tun haben wollten. Über diesen Umstand gelangten später einige Familien in den förmlich überschriebenen Besitz großer Ländereien, ja förmlich in den Besitz von ganzen Dörfern, was das Land angeht – die Bauern, die das Land bearbeiteten, wurden zu ihren Pächtern. Solange diese Großgrundbesitzer selbst an Landwirtschaft und den daraus zu ziehenden Gewinnen interessiert waren, förderten sie deren Entwicklung und nahmen sie ihre Verpflichtungen gegenüber den Dörfern und Bauern wahr, was den Schutz dieser Gemeinschaften betraf. Den Bearbeitern des Bodens geschah deshalb auch kein Schaden daraus, daß sie nicht die förmlichen Eigentümer ihres Landes waren. Sobald aber Boden zur Ware wurde, und die bisherigen Grundeigentümer mit den aus Europa kommenden Produktionsmethoden nicht mehr Schritt zu halten vermochten, sobald also der Verkauf des Bodens mehr einbrachte als seine produktive Nutzung, waren diese nun zu „abwesenden Landlords“ gewordenen Grundbesitzer bereit, selbst das Existenzrecht der palästinensischen Bauern auf ihrem Boden zu verkaufen. Die berühmteste Affäre dieser Art ist der Verkauf großräumiger Ländereien in der Ebene Marj Ibn Amar (später Yezreel) vor allem durch die Familie Sursuq aus Beirut <sup>9</sup>.

Bis zur Jahrhundertwende hatte sich die Bodenfrage also folgendermaßen entwickelt: Insgesamt war die Privatisierung von Boden und die Vergabe

von Eigentumstiteln an Bodenbesitz vorangeschritten. Das Musha-System, das es vor allem in den Ebenen gab, dehnte sich mit der fortgeschrittenen Nutzung ehemaligen Brachlandes aus. Die Registrierung von Eigentumstiteln und die faktische, wenn auch nicht immer juristisch entsprechend fixierte Umwandlung von Miri- zu Mulk-Land, also von Staats- zu Privatland, hatte sich ebenfalls vergrößert und die Möglichkeit, Boden zu erwerben und zu verkaufen, war dadurch enorm gestiegen.

Die Kommerzialisierung des Bodens war Produkt der beschriebenen Bodengesetze im Zusammenhang mit dem Einfluß ausländischer kapitalistischer Interessenten in der landwirtschaftlichen Produktion. Durch die Übertragung der Eigentumsrechte an einzelne, die faktisch Großgrundbesitzer geworden waren, war auch ein Angebot an größeren Bodenflächen möglich geworden.

Boden stand aus verschiedenen Gründen zur Verfügung. Einerseits bot die Regierung das als unkultiviert eingestufte Land zum Verkauf an, andererseits konnten die Großgrundbesitzer ganze Dörfer verkaufen, und wenn der neue Besitzer z.B. bereit war, die Schulden der Pächter auszulösen, ihre Steuerrückstände und die Verantwortung gegenüber den staatlichen Behörden übernahm, ging all dies ohne den Protest der Bauern. Dieser Prozeß vollzog sich bis in die späten 70er Jahre des letzten Jahrhunderts in größerem Maße. Zu dieser Zeit entstanden solche Großgrundbesitzer wie Sursuq, der in den 60er Jahren große Teile der Ebene Marj Ibn Amar kaufen konnte. Später zwangen Mißernten und die Steuerbelastungen aus dem türkisch-russischen Krieg auch die mittleren und kleineren Bauern, ihr Land zu verkaufen, um sich ihrer Schulden zu entledigen.

Wer konnte den Boden erwerben?

Die veränderte Bodenrechtssituation ermöglichte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts praktisch jedem Geldgeber den Erwerb von Boden; in erster Linie erwarben die reichen Großfamilien Boden. Daneben begann die im 19. Jahrhundert rasch anwachsende, palästinensische Handelsbourgeoisie in den Küstenstädten, aber auch solche libanesischer, syrischer und europäischer Herkunft, in der Umgebung der großen Städte und an der Küste, Boden zu erwerben – entweder von der Regierung angebotenes Land oder in der späteren Zeit aufgegebenes Land verschuldeter Bauern in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten. Als dritte Bodenkäufer schließlich kamen die Siedler in Frage, die aus religiösen Gründen im „Heiligen Land“ Boden erwarben, um dort als Templer oder Juden religiös orientierte Kolonien zu errichten.

Wir können für das 19. Jahrhundert kein genaues Bild davon geben, wie die Bodensituation im einzelnen ausgesehen hat und wie sie sich im Laufe der neuen Bodengesetzgebung veränderte <sup>10</sup>. Sicher ist, daß ein großer Teil der Bauern, die in Familienproduktion seit Jahrhunderten ihr Land bearbei-

teten, nicht in den Besitz von Eigentumsurkunden gekommen waren und daß die Konzentration von großen Landflächen in der Hand einzelner Besitzer zugenommen hatte und ihre private Kapitalisierung bevorstand. Nach den offiziellen Daten des Landkatasters können wir erst für 1909 einen ersten Überblick geben.

**Tabelle 1:**  
**Prozentualer Anteil des Grundeigentums der Fellachen am bearbeiteten Boden verschiedener Regionen Palästinas um die Jahrhundertwende <sup>11</sup>**

Region	Anteil in Prozent
„Transjordanien“	15
„Galiläa“	20
„Judäa“	50
(Nordsyrien)	(20 – 30)

Nach offiziellen Angaben türkischer Statistiken aus dem Jahre 1909 besaßen in den drei Verwaltungsbezirken (*Sandschaks*) von Jerusalem, Nablus und Akka rund 16.910 in der Landwirtschaft tätige Familien zusammen nur knapp 185.000 Dunum Land (1 Dunum = 0,1 ha). 144 Großgrundbesitzer verfügten dagegen zum gleichen Zeitpunkt über genau 3.131 Millionen Dunum Land. Insgesamt besaßen im Jahre 1909 nur 250 Familien rund 4.143 Millionen Dunum Land, ebensoviel wie die Gesamtheit aller arabischen Kleinbauern in Palästina zu dieser Zeit <sup>12</sup>.

Im Jahre 1930 waren nach den Ergebnissen der Johnson-Crosbie-Untersuchung <sup>13</sup> 65,9 Prozent der bäuerlichen Familien Palästinas im Besitz von Land, während 29,4 Prozent der Fellachen Pächter oder Landarbeiter waren. Fast zwei Drittel (64%) des verpachteten Bodens waren Eigentum der ‚absentee landlords‘, der sich in den Städten aufhaltenden Großgrundbesitzer.

Eine Analyse der Struktur des arabischen Grundeigentums aus dem Jahre 1936 untersucht 322 palästinensische Dörfer mit einer Gesamtfläche von genau 3.252.735 Dunum. Welchen Raum der Großgrundbesitz im Jahre 1936 bereits eingenommen hatte, veranschaulicht die nachfolgende Tabelle.

**Tabelle 2:**  
**Struktur des arabischen Grundeigentums in Palästina 1936 <sup>14</sup>**

Größe der Grundstücke	Zahl der Grundstücke	Anteil der Grundstücke in Prozent	Anteil an der Gesamtfläche in Prozent
Unter 100 Dunum	65 933	91,8	36,7
100 – 1.000 Dunum	5 706	8,0	35,8
Über 1.000 (darunter über 5.000 Dunum)	150 (13)	0,2 (0,01)	27,5 (19,2)

Bemerkenswert an dieser Aufstellung ist vor allem, daß allein die dreizehn Ländereien mit einer Ausdehnung von über 5.000 Dunum mehr als die Hälfte der Fläche einnahmen, die die Gesamtheit der 65.933 Grundstücke unter 100 Dunum ausmachten.

Einer der berühmtesten Landverkäufe war, wie bereits angesprochen, der des Tales Marj Ibn Amar im Norden Palästinas, dessen Boden 1869 von der Regierung mitsamt seinen 17 Dörfern an fünf große Geschäftsleute verkauft wurde <sup>15</sup>. Der berühmteste unter ihnen, Niqula Sursuq aus Beirut, erhielt den größten Teil. Nach einigen Käufen besaß die Familie Sursuq allein 230.000 Dunum Land und begann, dieses Gebiet zu entwickeln. Es bestand sogar ein Plan, von Akka über Haifa eine Eisenbahnlinie nach Damaskus zu bauen, der allerdings nicht verwirklicht werden konnte. So zogen die Sursuqs bis zum Beginn des Englischen Mandats über Palästina entsprechende Profite aus diesem landwirtschaftlich reichen Gebiet, bis sie es an die Jüdische Agentur verkauften <sup>16</sup>.

Die jüdischen Siedler, wohlwissend, daß das Land fruchtbar war und gute Entwicklungsmöglichkeiten bot, führten im Laufe der Zeit eine rentablere Produktionsweise, moderne Produktionstechniken und neue Produktionsmittel in Palästina ein. „Sie schufen kapitalistische Produktionsverhältnisse in einer arabischen Region, die noch feudalistisch strukturiert war und dem sozio-ökonomischen Entwicklungsvorsprung der Juden nichts entgegenzusetzen hatte. Daraus hat der Zionismus dann die missionarische Überlegung abgeleitet, daß seine kolonialisatorische Arbeit in Palästina für die Araber von Wohl und Nutzen gewesen ist“ <sup>17</sup>.

Die Zionistische Bewegung wollte palästinensisches Land zu jüdischem Territorium machen, was die Anwesenheit der ansässigen Fellachen ausschloß. Deshalb wechselten unter diesen Umständen nicht nur die Besitzer und Pachteintreiber, sondern die Existenzbedingungen überhaupt: Die ehemaligen Nutzer des Bodens wurden letztlich vertrieben, ihr Land genommen; Rückkauf wurde ausgeschlossen.

## 2. Der Beginn der Zionistischen Kolonisation in Palästina

Palästina war schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum Ziel jüdischer Besiedelung geworden, doch blieben diese ersten Kolonisierungsversuche vereinzelt und waren nur mit der massiven finanziellen Unterstützung durch europäische jüdische Kapitalgeber überhaupt lebensfähig. Insbesondere der Baron Rothschild finanzierte einige frühe Siedlungsprojekte, um die von Osteuropa zurückströmenden Juden in entfernt gelegene Regionen abzudrängen. Diese ersten jüdischen Siedlungsaktivitäten in Palästina verliefen jedoch uneffektiv und chaotisch, was sich erst änderte, als sich die Zionistische Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre eigenen Organisationen schuf und mit Losungen wie ‚Eroberung des Bodens‘ und ‚Eroberung der Arbeit‘ die systematische, jüdische Kolonisierung Palästinas einleitete. Erst von diesem Zeitpunkt an kann von einer planvollen Okkupation durch Besiedelung Palästinas gesprochen werden.

### 2.1 Die Rothschild-Ära

Wenn auch im Jahre 1850 insgesamt rund 11.000 Menschen jüdischer Religion unter den etwa 400.000 Einwohnern Palästinas lebten, so existierten doch bis Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts noch keine Siedlungen rein jüdischen Charakters. Der jüdische Bevölkerungsanteil lebte zum überwiegenden Teil in den größeren Städten des Landes, vor allem aber in Jerusalem (*Quds*), in Safad und in Tiberias (*Taberiya*)<sup>18</sup>.

Erst im Verlauf der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts begann sich diese Situation allmählich zu ändern. So wurde in der Umgebung der Stadt Jaffa im Jahre 1870 eine landwirtschaftliche Schule gegründet, die der Ausbildung jüdischer Siedler, die in der Landwirtschaft tätig werden wollten, dienen sollte. Im Jahre 1878 entstand dann mit Petach Tikva die erste, rein jüdische Ansiedlung Palästinas, die, ebenfalls in der Nähe von Jaffa, von frommen Juden aus Jerusalem (*Quds*) gegründet wurde. Diese Siedlung bestand allerdings nur sehr kurze Zeit, da finanzielle Schwierigkeiten und verschiedene Krankheiten die Siedler bald zu einer Aufgabe des Projektes zwangen. Sie wurde später erneut gegründet, auf dem Boden des palästinensischen Dorfes Malb.

Abgesehen von diesem mißglückten Versuch im Jahre 1878 entstand dann im Jahre 1882 tatsächlich die erste beständige, zionistisch-jüdische Ansiedlung in Palästina. Es war Rishon le Zion, eine landwirtschaftliche Siedlung südlich der Stadt Jaffa. Gegründet wurde sie von osteuropä-

schen Juden, fast ausschließlich Handwerker und Intellektuelle, die nach dem Ausbruch der Judenprogrome von 1881 ihre Heimatländer Rußland, Rumänien und Polen verlassen hatten. Ein Teil der Auswanderer verstand ihre Siedlungstätigkeit als Rückkehr nach Zion. Sie waren stark beeinflusst von den jüdisch-nationalistischen Ideen der damaligen Zeit und wollten auf der Basis landwirtschaftlicher Tätigkeit die jüdische Nation in Palästina errichten. Insofern ist dieser Teil Einwanderer bereits Vertreter einer Zionistischen Idee, wenn auch der organisierte Zionismus als politische Bewegung erst ab 1897 existiert.

Im Rahmen dieser Zielsetzung gründeten sie in den Jahren 1882 und 1883 fünf weitere landwirtschaftliche Siedlungen, die zum Teil in den Ebenen der Küstenregion, zum Teil in der Nähe des Jordantals lagen. Doch schon im Jahr der ersten Siedlungsgründungen mußten die jüdischen Einwanderer aus Osteuropa feststellen, daß ihr Vorhaben zur Katastrophe zu werden drohte. Die nach Palästina gekommenen ‚Pioniere der landwirtschaftlichen Kolonisation‘ verfügten nicht über die erforderlichen landwirtschaftlichen Kenntnisse, so daß die Siedlungen, kaum waren sie gegründet, schon vor dem finanziellen Ruin standen. Hier konnte nur Unterstützung aus dem Ausland helfen, die dann schließlich im Jahre 1883 vom französischen Baron Edmond de Rothschild gewährt wurde. Der jüdische Baron stellte die Siedlungen unter seine Verwaltung und ließ bis zum Jahre 1899 weitere 14 Siedlungen in Palästina errichten. Diese Siedlungen, in denen im Jahre 1899 4.983 jüdische Siedler, zumeist aus Osteuropa, lebten, nahmen eine Fläche von insgesamt 275.000 Dunum ein<sup>19</sup>.

Trotz allen finanziellen Aufwands und des Einsatzes von französischen Agrarfachleuten gelang es der Rothschild'schen Verwaltung jedoch nicht, die bestehenden 19 Siedlungen auf eine wirtschaftlich gesunde Basis zu bringen. Immer häufiger verließen daher, vor allem nach Auseinandersetzungen mit der oft korrupten Verwaltung, die Bewohner ihre Siedlungen, um in die Städte zu ziehen. Nach fünfzehnjähriger Leitung trat Baron Rothschild schließlich im Jahre 1899 die unter seiner Verwaltung stehenden jüdischen Siedlungen an die ‚Jüdische Kolonisations-Gesellschaft‘ (Jewish Colonization Association, J.C.A.) ab, die im Jahre 1893 als offizielle jüdische Siedlungsgesellschaft gegründet worden war. Bis zum Jahre 1899 hatten sich in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit von Boden drei Siedlungsschwerpunkte herausgebildet, von denen aus sich dann im 20. Jahrhundert die zionistische Kolonisierung Palästinas weiter ausbreiten sollte.



## 2.2 Die erste Stufe organisierter zionistischer Kolonisation, erste organisatorische, ökonomische und politische Voraussetzungen

Mit der Übernahme der jüdischen Siedlungen durch die J.C.A. (Jewish Colonization Association) erhielt die Kolonisierung Palästinas ihren planvollen und systematischen Charakter. Die Zionistische Organisation konnte seitdem direkt in das Siedlungsgeschehen eingreifen und schuf sich innerhalb kurzer Zeit das dazu erforderliche Instrumentarium. Als erstes wurden Einrichtungen für den Bodenkauf geschaffen. 1898 wurde die ‚Jüdische Kolonial-Treuhand-Gesellschaft‘ gegründet, mit der eine Kolonialbank für alle erforderlichen Transaktionen nach Palästina zur Verfügung stand. Der ‚Jüdische Nationalfonds‘ (JNF, Jewish National Fond) wurde 1901 auf dem 5. Zionistischen Kongreß für den Landkauf ins Leben gerufen und begann im Jahre 1905 mit den ersten Landerwerbs-Aktionen in Palästina, bevor er 1907 offiziell als englische Gesellschaft eingetragen wurde. 1902 wurde mit der ‚Anglo-Palästina-Bank‘ (Anglo Palestine Bank) ein weiteres Finanzinstitut eröffnet, das für die Beschaffung von Krediten für die Gründung weiterer Siedlungen in Palästina zuständig war und unter der Kontrolle der Zionistischen Organisation stand. Fünf Jahre später wurde in Jaffa das ‚Palästina-Amt‘ (Palestine Office) gegründet, das als Büro der Zionistischen Organisation in Palästina fungierte und direkt dem Exekutiv-Komitee der Zionistischen Organisation unterstellt war. Dieses Palästina-Amt schuf noch im selben Jahr die ‚Palästina-Land-Entwicklungsgesellschaft‘ (PLDC, Palestine Land Development Company), die für die Zentralisierung und Koordination der Siedlungsvorhaben in Palästina zuständig war. Damit konnte der Erwerb von Boden nach strategischen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Die Kolonisierung Palästinas entglitt also mehr und mehr dem Einfluß reicher Privatpersonen (Rothschild, Hirsch u.a.) und wurde in zunehmendem Maße von der Zionistischen Organisation selbst gesteuert <sup>21</sup>.

Des weiteren mußten die Siedler für ihre landwirtschaftliche Tätigkeit qualifiziert werden, um Rückschläge wie unter Rothschild zu vermeiden. Die J.C.A. begann ihre Kolonisationsvorhaben in Palästina mit dem Aufbau einer Musterfarm zur Vorbereitung der neuen jüdischen Siedler auf ihre landwirtschaftliche Tätigkeit, wie mit der Vergabe von Darlehen an jüdische Siedlungen für landwirtschaftliche Projekte. Ziele dieser Vorhaben waren einerseits die Abschaffung der bis dahin in den Siedlungen bestehenden landwirtschaftlichen Monokulturen und deren Ersetzung durch die Diversifizierung des landwirtschaftlichen Anbaus, sowie andererseits die Initiierung eines eigenen Kolonisationsprogrammes in Palästina. Zur Durchfüh-

rung dieser Maßnahmen waren allerdings bedeutende finanzielle Mittel erforderlich, über die die Zionistische Organisation nicht verfügte. Trotz großer propagandistischer Aktionen unter den Juden in aller Welt flossen die Spendengelder nur spärlich, so daß Arthur Ruppin, Leiter des Palästina-Amtes, klagte, daß für den J.N.F. beispielsweise im Jahre 1908 nur 100.000 Mark für die Kolonisation zusammengekommen waren <sup>22</sup>.

Siedlungswillige Juden gab es allerdings zu dieser Zeit genug, und es stand die Zionistische Organisation vor großen Schwierigkeiten, als mit dem Aufkommen von Judenprogromen in Rußland und Polen eine große Zahl von Juden zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Heimatländer verließ und nach Palästina einwanderte. Die Kassen der Zionistischen Organisation waren relativ leer, die Einwanderer brachten kaum finanzielle Mittel mit. Man konnte nicht einmal damit rechnen, daß die aus Osteuropa kommenden Einwanderer in der Lage waren, Land auf eigene Rechnung zu erwerben. So wurden, um die Vision von der zionistischen Umwandlung Palästinas in einen ‚Nationalstaat der Juden‘ nicht schon im Anfangsstadium aufgeben zu müssen, über den jüdischen Nationalfonds Ländereien aufgekauft, die den Siedlern in langfristiger Erbpacht für 49 Jahre übergeben wurden. Auf diese Weise erhöhte sich die Zahl der jüdischen ländlichen Siedlungen in Palästina auf 32 im Jahre 1908, wobei der überwiegende Teil dieser Siedlungen in den Ebenen der Küstenregion sowie in der Nähe des Sees Tiberias (*Taberija*) angelegt war, dort also, wo Boden zu jener Zeit verfügbar war.

Ein wichtiger Schritt zur Territorialisierung dieses Bodens war darin eingeschlossen: Der gesamte, vom jüdischen Nationalfonds aufgekaufte Boden wurde zum Nationaleigentum des jüdischen Volkes erklärt und wurde damit nach zionistischer Auslegung für immer unveräußerlich. Pächter konnte nur ein Jude sein <sup>23</sup>.

Die Mandatsregierung kam in einer Untersuchung zu dem Schluß: „Das Resultat der Landkäufe in Palästina durch den jüdischen Nationalfonds ist, daß das Land exterritorial geworden ist. Es hat aufgehört, Land zu sein, aus dem der Araber jetzt oder in Zukunft Vorteil ziehen kann. Es ist nicht damit getan, daß er niemals mehr hoffen kann, das Land zu pachten oder zu bebauen, sondern er wird – gemäß den stringenten Vorschriften der Pachtverträge des Jüdischen Nationalfonds – für immer von jeder Beschäftigung auf diesem Boden ausgeschlossen („deprived“). Auch ist es unmöglich, dieses Land zurückzukaufen und der allgemeinen Benutzung wieder zur Verfügung zu stellen. Das Land ist unverkäuflich und unveräußerlich. Es ist dies ein Grund, daß die Araber die zionistischen Bekundungen von Freundschaft und gutem Willen bezweifeln; denn die Politik, die die Zionistische Organisation bewußt angenommen hat, widerspricht diesen Bekundungen“ <sup>24</sup>.

Auch wurden beim Kauf alle Methoden der Bestechung gegenüber den

Katasterbeamten und selbst Druck angewendet. Daß die zionistischen Landaufkäufer auch selbst Druckmittel gegen die Besitzer des von ihnen begehrten Bodens einsetzten, beschrieb Elias Auerbach, ein aktives Gründungsmitglied der Gemeinde Haifa. Er zitierte Henkins als den bekanntesten und gerissensten Landaufkäufer der ‚Palästina-Land-Entwicklungsgesellschaft‘, der einen unwilligen palästinensischen Grundbesitzer mit folgenden Worten zum Verkaufen gebracht haben soll: „Ich reise nächste Woche nach dem Süden. Bis in 7 Tagen von heute an bin ich noch bereit, dir den Preis zu zahlen, den ich dir angeboten habe. Nachher kaufe ich nicht mehr von dir – aber vielleicht von deinem Sohn. Wir werden um dein Grundstück herum bauen, lauter jüdische Häuser, lauter jüdische Straßen. Du wirst jedesmal, wenn du deinen Boden betreten oder verlassen willst, für unsere Straße einen Franc bezahlen, so auch dein Sohn und deine Enkel, bis die 20.000 Franc bezahlt sind, die ich dir jetzt anbiete. Überlege es dir gut“ <sup>25</sup>. Der arabische Grundbesitzer überlegte es sich und stimmte nach drei Tagen dem Vorschlag zu.

Wer aber verkaufte den Boden?

Die nachstehende Tabelle, die sich auf 55,4% des gesamten jüdischen Landbesitzes bezieht, gibt folgenden Überblick (1914 waren etwa 620.000 Dunum in jüdisch-zionistischem Besitz <sup>26</sup>):

**Tabelle 3:**  
**Herkunft des jüdischen Grundeigentums nach Art der Verkäufer (1878-1914)** <sup>27</sup>

Verkaufsperiode	Großgrundbesitzer, nicht auf seinen Gütern ansässig	Großgrundbesitzer auf seinen Gütern ansässig	Verschiedene (Staat, Kirchen, Einzelpersonen)	Fellachen
1878-1890	–	28,0%	72,0%	–
1891-1900	39,7%	6,1%	11,5%	42,7%
1901-1914	31,6%	33,8%	30,3%	4,3%

Diese Aufstellung zeigt deutlich, daß es in der überwiegenden Zahl der Fälle die Großgrundbesitzer waren, die den zionistischen Gesellschaften ihre Ländereien verkauften.

Beim Erwerb von Grund und Boden ging die zionistische Landkauf-Organisation von Anfang an planmäßig und systematisch vor. Zwar war der Land-

kauf auch davon abhängig, daß Land überhaupt als Ware zur Verfügung stand, jedoch wurden nach Möglichkeit solche Ländereien aufgekauft, die von ihrer räumlichen Lage her geeignet waren, als Ausgangspunkte für die zionistische Expansion in Palästina zu dienen. Zu diesem Zweck wurden von der Zionistischen Organisation jeweils die Ziele und die Gesichtspunkte entworfen, die die ‚Palästina-Land-Entwicklungsgesellschaft‘ bei dem Erwerb von Land berücksichtigen sollte, denn „wäre die jüdische Einwanderung nur auf die Städte und die industrielle Beschäftigung beschränkt worden, so hätte der Judenstaat nie das Licht der Welt erblickt. Der entscheidende Faktor war die Eroberung des Landes im metaphorischen und buchstäblichen Sinne. Ohne den Besitz der strategischen Schlüsselpositionen entlang des Küstengürtels, im Tal von Jesreel und den Grenz-Außenposten, die über Galläa, Judäa und Negev verstreut waren, wären die Juden nicht in der Lage gewesen, sich selbst zu verteidigen“<sup>28</sup>. Damit sind die strategischen Eckpfeiler benannt, um die es beim Kauf von Boden und bei der Besiedlung gehen sollte.

Die ‚Verteidigung‘ des von zionistischen Siedlern okkupierten Bodens war für diese zu einer zentralen Aufgabe geworden, denn bereits in der ersten Phase der zionistischen Kolonisation wehrten sich die palästinensischen Bauern entschieden gegen die jüdischen Siedler und erkannten relativ bald die territorialen, sie ausschließenden Absichten. Und sie hatten allen Grund dazu. Hatte ein großer Teil von ihnen seinen Grund und Boden schon an die arabischen Großgrundbesitzer abtreten müssen, so konnten sie doch bis zum Eintreffen der zionistischen Siedler weiterhin als Pächter auf ihrem ehemaligen Land verbleiben. Die Zionisten aber wollten das Land nicht nur aufkaufen, sie wollten es dazu auch noch von allen nicht-jüdischen Menschen, die auf ihm oder von ihm lebten, ‚befreien‘. Ein Weg, dies zu erreichen, bestand darin, die Kaufverträge nur unter der Bedingung abzuschließen, daß die Pächter das Land verlassen, und das schmutzige Geschäft der Vertreibung den arabischen Großgrundbesitzern zu überlassen.

Losungen wie ‚Befreiung des Bodens‘ und ‚Eroberung des Bodens‘ sprachen hier eine deutliche Sprache. Allein schon diese zionistische Terminologie läßt erkennen, in welche Richtung sich die Kolonisierung Palästinas weiterentwickeln würde; es ging seit Beginn der zionistischen Kolonisation nicht einfach um die Siedlungen als solche, sondern um das Sichern territorialer Ansprüche zugunsten von Juden.

Was die Verwendung des derart erworbenen und von den palästinensischen Bauern geräumten Landes angeht, errichteten die Einwanderer ihre Siedlungen, übernahmen die Felder der ehemaligen Pächter, legten neue Obstplantagen und Getreidefelder an. Im Gegensatz zu den zionistischen Ideologen waren die Siedler allerdings nicht immer interessiert, selber auf ihren Ländereien zu arbeiten, denn die arabische Arbeitskraft war überall

im Lande billig und reichlich zu haben. „Die Juden fühlten sich mehr als Unternehmer denn als selbständig wirtschaftende Bauern und entfremdeten sich zunehmend von der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Besonders die Pflanzungskolonien in der Küstenebene, unter anderem Petah Tiqwa, Rehovot und Hadera, zeigten immer mehr privatwirtschaftlich-kapitalistische Züge mit ausgeprägtem Spekulationscharakter, wobei es den Juden mehr auf Gewinnmaximierung als auf ein eigenständiges bäuerliches jüdisches Leben ankam“<sup>29</sup>, bemerkt Richter.

Als im Jahre 1904 die zweite große zionistische Einwanderungswelle einsetzte, mit der insgesamt rund 35-40.000 osteuropäische Juden, unter ihnen eine große Zahl junger Leute aus dem russischen und polnischen Kleinbürgertum, nach Palästina kamen, entstand in ihren Reihen die Parole der ‚Eroberung der Arbeit‘. ‚Eroberung der Arbeit‘ meinte die Schaffung einer eigenständigen jüdischen Wirtschaft in Palästina, die Schritt für Schritt – gemäß der zionistischen Ideologie – durch die Gründung einer rein jüdischen Arbeiterklasse und unter striktem Ausschluß der palästinensischen Arbeiter aufgebaut werden sollte. Besonders die Mitglieder der zionistischen Arbeiterbewegung ‚Poale-Zion‘ waren es, die diese Parole vehement vertraten und später auch für ihre Durchsetzung sorgten. Sie gründeten die ersten zionistischen Arbeitersiedlungen in Palästina und achteten dabei auf völlige Distanz zur arabischen Umgebung<sup>30</sup>. Zur Parole von der ‚Eroberung des Landes‘ war die Parole von der ‚Eroberung der Arbeit‘ hinzugekommen, sozusagen als zweiter Grundpfeiler der zionistischen Strategie zur Errichtung eines jüdischen ‚Nationalstaates‘ in Palästina. „Diese neue Nation sollte ihre eigenen sozialen Klassen und damit auch eine Arbeiterklasse haben. Infolgedessen waren die Arbeiter nicht dazu ausersehen, ausgebeutet, sondern in ihrer Gesamtheit ersetzt zu werden“<sup>31</sup>.

Obwohl sich die zionistischen Politiker in Palästina in der Folgezeit darum bemühten, das Prinzip der ‚jüdischen Arbeit‘ in den verschiedenen Siedlungen einzuführen, stießen sie zunächst bei einem großen Teil der Siedler auf erhebliche Widerstände, denn sie profitierten von der billigen arabischen Arbeitskraft. Häufig holten sich die zionistischen Siedler sogar ganze Beduinenstämme aus weit abgelegenen Landesteilen zur Erledigung saisonal anfallender, landwirtschaftlicher Arbeiten in ihre Kolonien. Erst als die Zionistische Organisation im Jahre 1910 dafür sorgte, daß Tausende orientalischer Juden aus dem Jemen nach Palästina gebracht wurden, um dort in den jüdischen Siedlungen die Arbeiten zu verrichten, die bis dato von den palästinensischen Landarbeitern durchgeführt wurden, änderte sich die Einstellung vieler Siedler, zumal sich schnell herausstellte, daß man die Glaubensbrüder aus dem Jemen noch schlechter für ihre Arbeit entlohnen konnte als zuvor die palästinensischen Landarbeiter<sup>32</sup>.

Zu erwähnen ist noch die Lebensweise in den jüdischen Siedlungen. Ganz

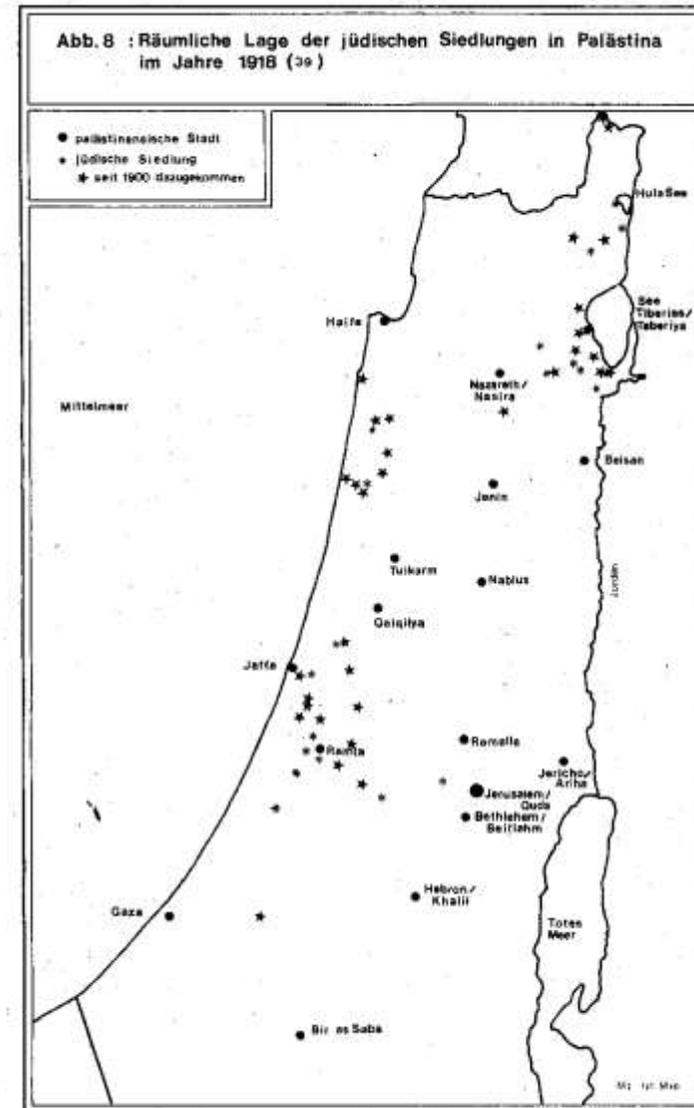
bewußt wurden kollektive Wohn- und Lebensstrukturen in den zionistischen Siedlungen eingeführt, nicht etwa – wie häufig behauptet wird – als Ausdruck der sozialistischen Gesinnung der jüdischen Siedler, sondern vor allem als Mittel zur Stärkung der zionistischen Machtposition gegenüber der arabischen Mehrheit des Landes. Um die Konkurrenz des arabischen Lohnarbeiters nicht fürchten zu müssen, wurde Lohnarbeit überhaupt zu vermeiden gesucht, nicht deshalb, weil die Zionistische Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung bei sich und bei den Palästinensern gewesen wäre.

Die Kollektiv-Siedlungen, wie ‚Kibbuzim‘ und ‚Kvutzah‘, hatten außerdem die Funktion von Wehrdörfern zu erfüllen. Sie dienten einerseits der Bewachung und Verteidigung der von den Siedlern bearbeiteten Ländereien, andererseits waren sie die strategischen Ausgangspunkte für eine weitergehende Besiedlung des palästinensischen Landes. Für Weizmann war der ‚Kibbuz‘ der Embryo des zukünftigen jüdischen Staates, während A. Ruppin, damals Leiter des Palästina-Amtes in Jaffa, ihn in oben genanntem Sinne als Instrument zur Ersetzung der billigen arabischen Arbeitskraft durch billige jüdische sah <sup>33</sup>.

Alle sozialen Hilfseinrichtungen, wie Mensa, Kindergärten, Stützungsfonds, Kreditanstalten etc., die die zionistische Gewerkschaftsbewegung aufgebaut hatte, dienten vor allem der Verbilligung der jüdischen Arbeitskraft.

### 2.3 Die Siedlungsentwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Bis zum Jahre 1908 war die Zahl der jüdischen Siedlungen in Palästina auf 32 angewachsen. Durch die Judenverfolgung in Osteuropa und durch die gezielte Propaganda der Zionistischen Organisation schritt die zionistische Besiedlung des Landes relativ schnell voran. Hatten im Jahre 1882 erst 24.000 Juden in Palästina gelebt, so erhöhte sich diese Zahl bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf 85.000, was in etwa zwölf Prozent der gesamten Bevölkerung Palästinas entsprach. Zwischen 1882 und 1914 waren insgesamt etwa 55-70.000 Juden nach Palästina eingewandert, von denen jedoch rund die Hälfte das Land nach kurzer Zeit wieder verließ <sup>34</sup>. In den Siedlungen verblieben in der Regel diejenigen Juden, die die zionistischen Ziele selbst verfolgten und in Herzls Sinne als ‚Pioniere‘ die Umwandlung Palästinas in einen ‚Judenstaat‘ erreichen wollten. Aus verschiedensten anderen Gründen, wie Krankheiten und die Politik der osmanischen Regierung gegenüber den Siedlern, war die Gesamtzahl der in Palästina lebenden Juden im Jahre 1918 wieder auf 56.000 abgesunken, gegenüber ca. 644.000 Palästinensern <sup>35</sup>.



Zwischen 1909 und 1919 errichteten die zionistischen Gesellschaften weitere 21 ländliche Siedlungen, so daß zum Beginn der britischen Mandatszeit insgesamt 53 zionistische Siedlungen in Palästina existierten. Die Kolonisationsgesellschaften hatten vornehmlich ihre drei Siedlungsschwerpunkte weiter ausgebaut, wie aus der vorstehenden Abbildung zu entnehmen ist. Allein 28 jüdische Siedlungen waren bis zum Jahre 1919 in den Ebenen der Küstenregion angelegt worden, davon zehn in der Ebene südlich von Haifa und achtzehn südlich der Stadt Jaffa. 24 Siedlungen befanden sich im nördlichen Teil Palästinas und zwar in der weiteren Umgebung des Sees Tiberias (*Taberiyä*). Im Jahre 1907 hatte A. Ruppin, lange Jahre Leiter der Zionistischen Landentwicklungsgesellschaft, in einem Memorandum an das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation darauf hingewiesen, daß vor allem in der Region Tiberias, sowie in der Region zwischen den Städten Gaza, Hebron (*Khalil*), Jaffa und dem Nordrand des Toten Meeres schwerpunktmäßig Siedlungen errichtet werden sollten. Ruppin hielt es aus ökonomischen Gründen für absolut notwendig, die Landkäufe vorläufig regional zu beschränken: „Nicht für ganz Palästina sollen wir Autonomie zu erhalten suchen, sondern nur für gewisse Gebiete von Palästina. Und da ergibt ein Blick auf die Lage der jüdischen Ansiedlung in Palästina, daß sich dafür am besten zwei Gebiete eignen, nämlich ein Teil Judäas und das Gebiet um den Tiberias-See“<sup>36</sup>.

Im Jahre 1914 befanden sich bereits über 400.000 Dunum arabischen Landes in jüdischem Besitz<sup>37</sup>. Zu Beginn des britischen Mandats über Palästina im Jahre 1919 war der Anteil des jüdischen Grundbesitzes schließlich auf rund 650.000 Dunum gestiegen, was in etwa 2,5 Prozent der gesamten Landesfläche Palästinas entsprach<sup>38</sup>. Mit der Übernahme Palästinas unter britische Verwaltung und vor allem mit der ‚Balfour-Erklärung‘ aus dem Jahre 1917, die der Zionistischen Organisation die lang ersehnte Unterstützung des britischen Imperialismus zusicherte, wurden für die Zionistische Organisation die Rahmenbedingungen geschaffen, innerhalb derer sie endlich beginnen konnte, in Palästina systematisch ihren eigenen Machtapparat aufzubauen. Die räumliche Basis dafür waren die bis dahin bestehenden Siedlungen, von denen aus die Zionistische Organisation ein Siedlungs-Netz über ganz Palästina zu spannen gedachte.

Die Planung für die Errichtung des jüdischen Staates konnte Gestalt annehmen, die Vertreibung eines Teiles der palästinensischen Bauern von ihrem bisher bearbeiteten Land war, wie wir gesehen haben, die erste Konsequenz der zionistischen Kolonisierung zu ihren Lasten.

### 3. Die Zionistische Kolonisierung Palästinas zur Zeit des Britischen Mandats

Als Großbritannien im Jahre 1922 Palästina als Mandat übernahm, verfügten die palästinensischen Araber noch über 97,5% ihres Bodens, während nur ca. 2,5% des Landes in der Hand jüdischer Besitzer waren. Der 660.641 nicht-jüdischen Palästinensern standen etwa 88.000 Juden gegenüber, was einem Bevölkerungsanteil von 11,7% entsprach. Während die einheimische palästinensische Bevölkerung überwiegend in den Bergregionen lebte und dort nach traditionellen Methoden landwirtschaftlicher Anbau betrieb, hatten sich die jüdischen Siedler vor allem in den fruchtbaren Ebenen der Küstenregion angesiedelt, wo sie moderne, auf den Weltmarkt ausgerichtete Plantagenwirtschaft betreiben konnten<sup>40</sup>.

Hatte die britische Regierung das zionistische Vorhaben schon durch die ‚Balfour-Erklärung‘ einen erheblichen Schritt weitergebracht, so verdeutlichte sie nun schon während der Errichtung des Mandats, daß sie auch in der Praxis die zionistische Kolonisierung Palästinas zu unterstützen gedachte. Der Wortlaut der ‚Balfour-Erklärung‘ wurde in die Präambel zum Mandatstext aufgenommen, der bezeichnenderweise die arabische Bevölkerung Palästinas, die immerhin 91,8 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes ausmachte, als solche nicht erwähnt.

Als am 1. Juli 1920 eine Zivilverwaltung in Palästina installiert wurde, erhielten britische Zionisten wichtige Funktionen in ihr. Mit der Errichtung des englischen Mandats über Palästina waren also günstige Rahmenbedingungen für die zionistische Kolonisierung geschaffen.

Zusätzlich begünstigten neue, durch die Mandatsverwaltung erlassene Bodengesetze noch die Landnahme durch die Zionistische Organisation. So wurden beispielsweise Pachtgesetze<sup>41</sup> geschaffen, die die Renditen aus arabischem Grundeigentum verringerten, was die einheimischen Großgrundbesitzer dazu brachte, ihre Ländereien an die zionistischen Gesellschaften zu verkaufen.

Im Schutze der Mandatsmacht konnte die Zionistische Organisation neben dem Ankauf des Bodens und neben der Besiedlung des Bodens mit jüdischen Menschen auch noch den Aufbau jüdischer Gesellschaftsstrukturen, jüdischer Wirtschaftsinstitutionen und jüdischer Machtorgane betreiben.

Während die britischen Imperialisten kein Interesse daran hatten, Palästina – eine Kolonie unter vielen – ökonomisch zu entwickeln, nutzten die Zioni-

sten die Gelegenheit, um einen eigenen jüdischen Wirtschaftssektor aufzubauen. Unter dem Prinzip der ‚jüdischen Arbeit‘ errichteten sie rein jüdische Betriebe, in denen ausschließlich jüdische Arbeiter beschäftigt wurden. Ebenso wurden jüdische Waren bevorzugt, während die arabischen Produkte, die zumeist billiger waren, boykottiert wurden <sup>42</sup>.

### 3.1 Die Schaffung von Machtinstrumenten durch die Zionistische Organisation

Der Zionistischen Organisation und ihren führenden Politikern war klar, daß der Aufbau einer jüdischen Gesellschaft als kleine Minderheit innerhalb der arabischen Gesellschaft ohne straffe Organisationsformen niemals möglich sein würde, um die angestrebten Machtpositionen in Palästina zu erreichen. Es wurde zu diesem Zweck ein Genossenschaftswesen geschaffen, mit dessen Hilfe neue Siedlungen überall im Land errichtet und der jüdische Wirtschaftssektor ausgebaut wurde. Sämtliche Genossenschaften wurden in der zionistischen Einheitsgewerkschaft ‚Histadrut‘ zusammengefaßt, welche im Jahre 1920 gegründet wurde. Diese ‚Gewerkschaft‘, vom zionistischen Arbeiterflügel der zionistischen Bewegung gegründet, um die zionistische Kolonisation zu stärken, entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Machtinstrumente des Zionismus in Palästina. Schon im Jahre 1920 umfaßte die Gewerkschaft 4.433 stimmberechtigte Mitglieder. 1930 waren es bereits 27.478, womit über 70 Prozent aller jüdischen Arbeiter in der ‚Histadrut‘ organisiert waren <sup>43</sup>.

Diese Gewerkschaft hatte nicht etwa die wirtschaftlichen Ziele der jüdischen Arbeiterschaft zu vertreten, sondern war ihrer Funktion nach nichts anderes als eine Institution der Zionistischen Organisation zur Mobilisierung der jüdischen Arbeiter für die zionistischen Ziele. Die ‚Histadrut‘ propagierte besonders konsequent die Parole von der ‚jüdischen Arbeit‘ und forderte mit aller Schärfe den Ausschluß ‚arabischer Arbeitskräfte‘ aus den jüdischen Betrieben. Im Verlauf der britischen Mandatszeit entwickelte sich die ‚Histadrut‘ zu einem gewaltigen Wirtschaftskomplex, dem Fabriken, Banken, Baugesellschaften, Versicherungen, militärische Ausbildungsstätten, Sozialhilfeeinrichtungen etc. angehörten. Sie wurde zum Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Macht innerhalb der zionistischen Politik in Palästina <sup>44</sup>.

Vor dem Hintergrund der angestrebten schnellen Entwicklung der jüdischen Wirtschaft in Palästina wurde im Jahre 1920 der Palästina-Gründungsfonds (‚Keren Hayesod‘) errichtet, der zur Finanzierung weiterer Siedlungen in Palästina dienen sollte. Gleichzeitig baute man den jüdischen Nationalfonds weiter aus, erweiterte das landwirtschaftliche Kredit-

wesen und schuf neue Banken und Kreditanstalten zur Förderung der ländlichen und nun auch der urbanen Kolonisation.

Darüber hinaus fand der systematische Aufbau von eigenen politischen Machtorganen der jüdischen Siedlergesellschaft statt. Bestätigt durch die ‚Balfour-Deklaration‘ und die damit verbundene britische Unterstützung gingen die Zionisten zielgerichtet daran, sich durch Wahlen ein quasi-staatliches Repräsentationsorgan zu schaffen, das ihre Ansprüche auf das palästinensische Territorium bekunden und durchsetzen und damit die Staatsbildung vorbereiten sollte. Im Jahre 1917 wurde als erstes parlamentarisches Organ eine Art Übergangs-Komitee, das ‚Temporary Organization Committee‘ ins Leben gerufen, das die Aufgabe hatte, die jüdische Siedlungsverwaltung und eine jüdische Miliz aufzubauen <sup>45</sup>.

Im Jahre 1921 existierte dann ein erstes gewähltes Organ der jüdischen Verwaltung in Palästina, die ‚Gewählte Versammlung‘ (Elected Assembly), in der über zwanzig verschiedene Parteien und Gruppierungen vertreten waren. Die ‚Elected Assembly‘ wählte noch im gleichen Jahre den ‚Nationalrat‘, der als Regierung begriffen wurde und dementsprechend weitgehende Aufgaben erhielt, wie beispielsweise die Erhebung von Steuern, die Organisation nationaler Wahlen sowie die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für die interne Selbstverwaltung der Juden in Palästina. Im Jahre 1922 verabschiedete der ‚Nationalrat‘ verschiedene ‚Gesetze‘ und richtete Verwaltungsdistrikte in Palästina ein. Im gleichen Jahr entstand aus dem ‚Palästina-Amt‘ die ‚Jüdische Agentur‘ (Jewish Agency), die für die zionistische Weltorganisation den Aufbau der zionistischen Selbstverwaltung in Palästina organisieren sollte. Die ‚Jüdische Agentur‘ war bis zur Staatsgründung das außen- und innenpolitische Vertretungsorgan der jüdisch-zionistischen Gesellschaft in Palästina.

Im Jahre 1925 legte schließlich eine zweite ‚Gewählte Versammlung‘ die zukünftige, nur für Juden geltende ‚Verfassung‘ in einer endgültigen Form vor, die nach der Verabschiedung durch den ‚Nationalrat‘ auch vom britischen Hochkommissar als sogenannte ‚Verordnung‘ (‚Regulation‘) gebilligt wurde. Seit 1925 bestand also unterhalb der Mandatsregierung ein quasi-staatliches Verwaltungsorgan der jüdischen Bevölkerung. Schon Anfang der 20er Jahre wurden Vorkehrungen zur Verteidigung der Kolonien getroffen. Die ‚Haganah‘, Vorläufer der späteren israelischen Armee, wurde als Selbstverteidigungsorgan der Kibbuzim vom Arbeiterflügel der zionistischen Bewegung aufgebaut. Daneben gab es die Gruppe der militanten ‚Revisionisten‘ um Jabotinsky. „Jabotinsky wollte“, so ein jüdischer Chronist, „die jüdische Ethik militarisieren, gegen die englischen Besatzer aufbegehren, die arabischen Mitbewohner unterjochen und die Grenzen des zukünftigen Judenstaats über den Jordan hinausrücken“ <sup>46</sup>. Später wurden unter der Leitung dieser ‚militärischen Zionisten‘, wie Jabotinsky, selb-

ständig arbeitende Terrororganisationen wie ‚Irgun Zwar Leumi‘ und ‚Stern‘ aufgebaut, zwei Gruppen, die bis zur Gründung des israelischen Staates Terroraktionen gegen die sich immer häufiger wehrenden Palästinenser, gegen die britische Regierung und auch gegen solche Juden durchführten, die der zionistischen Politik negativ gegenüberstanden. Schritt für Schritt schuf sich die zionistisch geführte jüdische Gemeinde, streng abgekapselt von ihrer arabischen Umwelt, ihre eigenen Machtstrukturen, die ihr später zur Besetzung ganz Palästinas von Nutzen sein sollten.

Interessant scheint uns noch das Verhältnis von ländlicher zu städtischer Besiedlung zu sein. Denn in dieser ersten Phase der britischen Mandatszeit bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges setzte eine qualitativ neue Stufe der zionistischen Kolonisierung Palästinas ein, als vor allem in den dreißiger Jahren verstärkt jüdisches Kapital nach Palästina floß. So brachten im Zeitraum von 1919 bis 1939 jüdische Einwanderer umgerechnet rund 375 Millionen Dollar mit nach Palästina. Von diesem Kapital wurden 315 Millionen allein in der Zeitspanne von 1933 bis 1939 eingeführt, vor allem von jüdischen Flüchtlingen aus dem faschistischen Deutschland, nachdem die Zionistische Organisation mit den deutschen Faschisten über eine Kapitaltransfer-Regelung einig geworden war <sup>47</sup>.

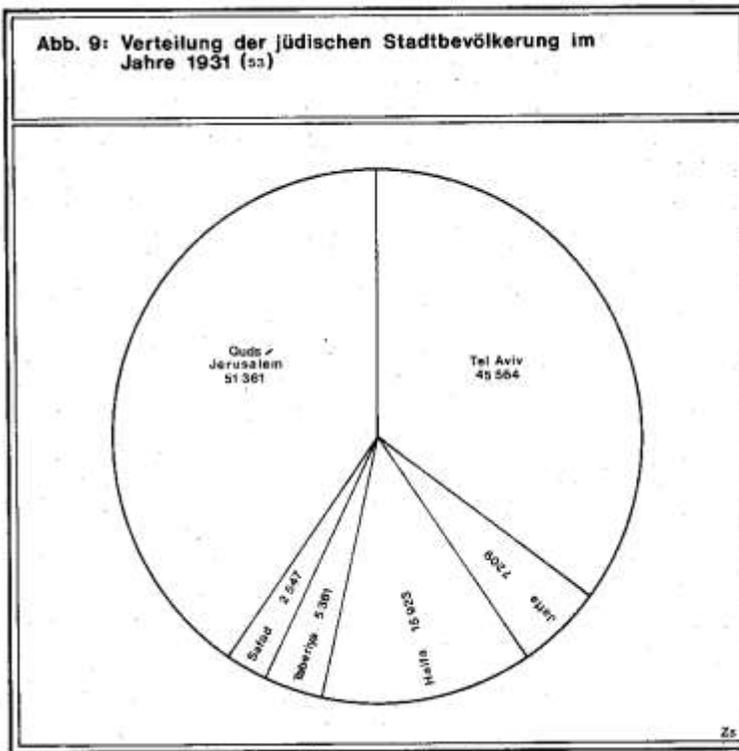
Schon lange vor dem Einströmen jüdischen Kapitals nach Palästina hatte die Zionistische Organisation sich Gedanken darüber gemacht, wie die später zur Verfügung stehenden Finanzmittel am besten zur Errichtung neuer Machtpositionen verwendet werden könnten. So äußerte Arthur Ruppin treffend auf dem 15. Zionisten-Kongreß (1927): „Unser Aufbauwerk gleicht dem Vormarsch einer Armee. Keine Truppengattung darf allein vorrücken. Nur im Zusammenhang mit den anderen Truppengattungen ist ihr Vorgehen möglich. Ohne den Schutz der schwer beweglichen Artillerie sind Infanterie und Kavallerie ohnmächtig. Unsere Artillerie ist die Landwirtschaft. Sie bestimmt durch das Tempo ihres Vorrückens auch das aller unserer anderen Tätigkeitszweige. Mit einer gesunden Landwirtschaft als Basis werden sich auch Industrie, Handel und Bauwesen in den Städten entwickeln“ <sup>48</sup>. Und gemäß dieser Leitlinie vollzog sich auch die Kolonisierung. Nachdem sich die Zionisten durch ihre Fußtruppen mit dem Aufbau ländlicher Siedlungen überall im Lande verhältnismäßig feste Strukturen geschaffen und regelrechte Stützpunkte aufgebaut hatten, konzentrierten sie sich nun auf den Vormarsch der anderen ‚Truppengattungen‘. Der steigende Kapitalimport nach Palästina diente der Industrialisierung des Landes sowie einer zunehmenden Urbanisierung.

Die Industrialisierung Palästinas wurde begonnen mit der Produktion von Textilien, Lederwaren, Druck- und Papiererzeugnissen, elektrischen Waren, Holzprodukten und Industrieausstattungen, wobei der Wert der industriellen Produktion von 2,5 Millionen palästinensischen Pfund im Jahre 1929

über knapp 4,5 Millionen im Jahre 1933 auf über 9,9 Millionen Pfund im Jahre 1937 anstieg <sup>49</sup>. Mit dem Aufbau der industriellen Produktion, der sich nach dem Prinzip der ‚jüdischen Arbeit‘ und damit unter Ausschluß arabischer Arbeitskräfte vollzog, kam es zur Herausbildung eines jüdischen wirtschaftlichen Sektors, der sich isoliert von dem traditionellen Wirtschaftsgefüge der arabischen Gesellschaft entwickelte und es letztlich bedrohen mußte. Während die palästinensische Bevölkerung von der sich entwickelnden Industrie keinerlei Vorteil zu erwarten hatte, bildete sie für den zionistischen Aufbau nur ein weiteres Mittel zur Stärkung der eigenen Machtpositionen. Diese Situation wurde noch durch die Politik der britischen Mandatsregierung verschärft, weil sie dem jüdischen Kapital einen Sonderstatus einräumte, mit dem die zionistischen Organisationen die Kontrolle über sämtliche Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der Infrastruktur erhielten. Projekte im Bereich des Straßenbaus, der Elektrifizierung, des Hafenausbaus und der Wasserversorgung wurden ausschließlich jüdischen Unternehmen übertragen, so daß vergleichbare Möglichkeiten des arabischen Sektors in erheblichem Maße verringert wurden. So waren die Zionisten mit britischer Hilfe auf dem besten Wege, im Rahmen der Industrialisierung des Landes auch ihre ökonomische Macht in Palästina weiter zu festigen, „selbst wenn der größere Erfolg, das wichtigste Industriezentrum des Nahen Ostens zu werden, nicht verwirklicht würde, wäre doch der kleinere, aber für den Zionismus lebenswichtigere Erfolg, das Land zu beherrschen, erreichbar. In einem industrialisierten Palästina würden die Zionisten die Macht haben“ <sup>50</sup>.

Die Entwicklung eines jüdischen industriellen Sektors hatte erhebliche Urbanisierungstendenzen zur Folge. So organisierte das zionistische ‚Dezeranat für städtische Siedlungen‘ „den raschen Bau von Gartenstädten, von städtischen Arbeitersiedlungen, Kleinwohnungen in den Städten u.a.; zionistische Baufonds, Baukooperativen und Bauplanungsstellen entstanden. Die zionistische Bautätigkeit, die 1931 noch 347 Zimmer und 20 Geschäfte realisiert hatte, brachte es 1933 auf 3.833 Zimmer und 173 Geschäfte und 1934 auf 5.540 Zimmer und 202 Geschäfte ...“ <sup>51</sup>. Entsprechend dieser Tendenz wuchs die städtische jüdische Bevölkerung in den Jahren 1922 bis 1931 von 68.622 auf 128.467 Personen, wogegen die ländliche von 15.172 auf 46.143 Personen anstieg <sup>52</sup>.

Abb. 9: Verteilung der jüdischen Stadtbevölkerung im Jahre 1931 (53)



Wir können feststellen, daß die zionistisch geführte jüdische Einwohnerschaft in Palästina spätestens seit dem Jahre 1925 über die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Organe verfügte, die der Errichtung halbstaatlicher Machtorgane einer separaten Gesellschaft gleichkamen. Mit ihnen konnten der Landerwerb, die Koordinierung der Bevölkerungsverteilung und die Besiedlung gefestigt und einigermaßen planvoll organisiert werden. Damit hatte sich die Zionistische Organisation auch entsprechend starke Verhandlungsorgane für ihre Auseinandersetzungen mit der Mandatsmacht geschaffen.

Die palästinensische Gesellschaft dagegen hatte gar nicht erst die Chance für die Herausbildung einer nationalen Organisation erhalten. Sie war im Tausch mit der osmanischen Besetzung direkt der Mandatsmacht unter-

stellt worden – ohne Garantie einer Form nationaler Selbstbestimmung. Ihre Repräsentanten und ihre Vorstellungen von einer Selbstverwaltung, die sie als Bevölkerungsmehrheit auch entsprechend berücksichtigte, waren nicht akzeptiert worden, wogegen den Juden ausdrücklich Rechte zugesagt worden waren. Die palästinensische Bevölkerung war also politisch gesehen von vornherein in einer schwächeren Position. Sobald die Zionistische Organisation und die Siedler ihre bewaffneten Formationen gegen sie einsetzten, war sie absolut unterlegen und schutzlos.

Im folgenden soll die Politik der Landnahme und Bevölkerungsverteilung untersucht werden. Man kann vorab zwei Etappen der Besiedlung feststellen: Die Etappe von 1919 bis 1939, dem Jahre des ‚Weißbuchs‘, welches die Mandatsverwaltung anlässlich heftiger Kämpfe von Seiten der arabischen Bevölkerung herausgab und die Phase danach bis zum Ende des britischen Mandats.

### 3.2 Jüdische Einwanderung und zionistischer Landerwerb

#### 3.2.1 Die Etappe von 1919 bis 1939

Obwohl mit der ‚Balfour-Deklaration‘ und mit dem Beginn des britischen Mandats günstige Bedingungen für die zionistische Besiedlung Palästinas geschaffen waren, blieben doch anfangs die Einwanderungsraten relativ gering. Die in den europäischen Ländern lebenden Juden waren mehrheitlich daran interessiert, sich dort zu assimilieren und zeigten daher in ihrer Gesamtheit nur wenig Interesse, der Propaganda der Zionistischen Organisation zu folgen. So wanderten von 1919 bis 1923 nur etwa 35.000 Juden, in den Jahren 1924 bis 1931 rund 82.000 Juden nach Palästina ein. Erst mit dem Beginn des Hitler-Faschismus und dem organisierten Anti-Semitismus in Europa stieg die Zahl der jüdischen Einwanderer sprunghaft an. Allein von 1932 bis 1938 kamen 213.000 jüdische Flüchtlinge nach Palästina<sup>54</sup>. Es liegt auf der Hand, daß diese starke Einwanderungswelle nicht auf das plötzliche Interesse der europäischen Juden für die zionistischen Ideen zurückging, sondern ihre Ursache in den Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten hatte. Den zionistischen Politikern in Palästina allerdings kam dieser Menschenstrom sehr gelegen, wie auch die verschiedenen Geheimverhandlungen der Zionistischen Organisation mit führenden Vertretern des deutschen Nationalsozialismus über den Transfer des Kapitals deutscher Juden nach Palästina belegen<sup>55</sup>.

Im Jahre 1939 lebten schließlich 445.457 Juden in Palästina, während sich die Zahl der einheimischen Bevölkerung auf 997.498 belief. Damit betrug der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung des Landes etwa 30 Prozent. Wie sehr diese Entwicklung im Sinne der zionistischen Ideologen war, bekräftigte Arthur Ruppin im Jahre 1929 auf dem 16. Zionisten-Kongreß mit den Worten: „Ich habe seit zehn Jahren wiederholt meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es bei einer ernsthaften Kraftanstrengung der gesamten Judentum möglich ist, die Zahl der Juden in Palästina in den nächsten 10-15 Jahren auf eine halbe Million und in weiteren 10-15 Jahren auf eine Million zu bringen“<sup>56</sup>.

Der enorme Anstieg der jüdischen Einwanderungsrate war für die zionistischen Organe in Palästina das Signal zur verstärkten Aneignung von Boden für den Bau neuer Siedlungen. Von besonderer Bedeutung für die zunehmenden Landkäufe waren drei von der britischen Mandatsverwaltung geschaffene Gesetze, die die Versprechungen der ‚Balfour-Erklärung‘ in die Praxis umsetzen halfen. Gemeint sind hier das 1920 verabschiedete ‚Gesetz zur Korrektur der Grundbücher‘, das 1925 verabschiedete ‚Gesetz über die Bodentransaktionen‘ und schließlich das 1928 verabschiedete ‚Gesetz zur Bodenregulierung‘. Vor allem das ‚Gesetz zur Bodenregulierung‘ verhalf den Kolonisatoren zu erheblichen weiteren Ländereien, denn es beschleunigte durch die Aufteilung des Gemeindelandes den Zerfall der traditionellen dörflichen Gemeinschaften, so daß die zionistischen Landkauf-Gesellschaften die Möglichkeiten bekamen, innerhalb der dichter besiedelten palästinensischen Gemeinden Land aufzukaufen<sup>57</sup>.

Die durchschlagende Wirkung dieses Gesetzes läßt sich aus der nachfolgenden Tabelle ablesen.

**Tabelle 4:**  
**Herkunft des jüdischen Grundbesitzes nach**  
**Art der Verkäufer (1920-1936)**<sup>58</sup>

Verkaufsperiode	Großgrundbesitzer, nicht auf seinen Gütern ansässig	Großgrundbesitzer, auf seinen Gütern ansässig	Fellachen
1920-1922	75,4%	20,8%	3,8%
1923-1927	86,0%	12,4%	1,6%
1928-1932	45,4%	36,3%	18,3%
1933-1936	14,9%	62,6%	22,5%

Waren bis zum Jahre 1927 fast ausschließlich die Großgrundbesitzer diejenigen, die den zionistischen Gesellschaften Land anboten, so verkauften seit 1928 in zunehmendem Maße auch die Kleinbauern, genötigt durch wirtschaftlichen Druck, die ihnen nach dem Gesetz zugefallenen Parzellen des ehemaligen Gemeindelandes.

Wenn auch der Anteil des von den Fellachen abgegebenen Landes sich ab 1928 vergrößerte, so kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch weiterhin vor allem die Großgrundbesitzer waren, die der zionistischen Organisation ihre Ländereien zur Verfügung stellten.

In der Regel eigneten sich die Zionisten Land in den fruchtbarsten Regionen Palästinas an, sodaß von den insgesamt etwa 10 Millionen Dunum, die in irgendeiner Form landwirtschaftlich nutzbar waren, im Jahre 1927 bereits rund 12 Prozent in Händen der jüdischen Siedler waren<sup>59</sup>.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die zionistischen Gesellschaften in dieser Phase der Kolonisation mehr Land aufkauften, als sie tatsächlich unter Nutzung nehmen konnten. Es wurde also, eine weiterhin starke Entwicklung der jüdischen Einwanderung vorausplanend, strategisches Reserveland erworben.

**Tabelle 5:**  
**Landerwerb der verschiedenen zionistischen Organisationen**  
**und Siedler in der Zeit von 1882 bis 1936**<sup>60</sup>

Jahr	Jüdischer Landbesitz in Dunum			
	JCA	JNF	Private	Gesamt
1882	–	–	22.500	22.500
1900	145.000	–	73.000	218.000
1914	233.000	16.000	167.000	416.000
1927	323.000	147.000	345.000	815.000
1936	435.000	370.000	426.000	1.231.000

Befanden sich also im Jahre 1914 rund 416.000 Dunum Land im Besitz der zionistischen Gesellschaften und Siedler, so erhöhte sich, wie die Tabelle zeigt, dieser Anteil bis zum Jahre 1927 auf 815.000 Dunum und bis zum Jahre 1936 sogar auf 1.213.000 Dunum. Damit hatte die zionistische Organisation rund 4,5 Prozent der gesamten Landesfläche Palästinas in Besitz genommen. Das war – angesichts der weitreichenden Pläne – nicht viel.

Bei der Bevölkerungsverteilung war die Lage jedoch etwas angespannter, denn 30% der Bevölkerung waren bereits Juden<sup>61</sup>. Kein Wunder, daß die zionistische Siedlungspolitik auf massive Widerstände der einheimischen

Bevölkerung traf, die schließlich nach einem sechsmonatigen Generalstreik der Palästinenser im Jahre 1936 zu dreijährigen, schweren Auseinandersetzungen führten. Mit Hilfe auch der zionistischen Milizen gelang es schließlich der Mandatsmacht, die Aufstände brutal zu zerschlagen, wobei Tausende Araber getötet wurden. Als Folge dieser Auseinandersetzungen erarbeitete die britische Regierung im Jahre 1939 ein ‚Weißbuch‘, in dem festgelegt wurde, die Einwanderung von Juden nach Palästina zu beschränken. Das leitete eine neue Etappe ein.

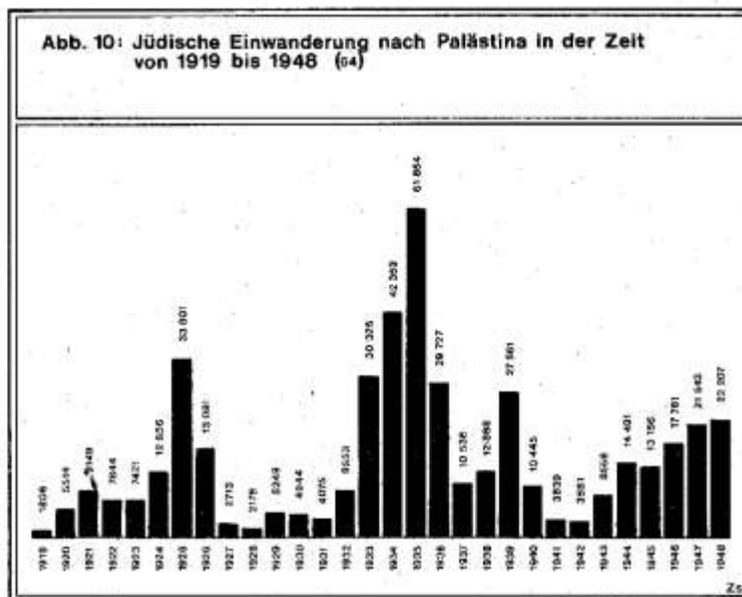
### 3.2.2 Die Etappe von 1940 bis 1948

Die britische Regierung erklärte in ihrem ‚Weißbuch‘ von 1939 die in der ‚Balfour-Erklärung‘ erwähnte ‚jüdische nationale Heimstätte‘ als geschaffen. Der Jüdischen Agentur wurde noch einmal eine Einwanderungsquote von 75.000 Juden bis zum Jahre 1944 zugestanden, anschließend sollte dann ohne die ausdrückliche Zustimmung der palästinensischen Araber kein einziger Jude mehr nach Palästina einwandern dürfen<sup>62</sup>. Die Antwort der Zionistischen Organisation auf diese neue britische Politik war neben einer verstärkten Einwanderung, die Ausrufung der Etappe des ‚militärischen Zionismus‘ durch Ben Gurion. Die verschiedenen zionistischen Gruppen begannen, in Palästina ihre Terroraktionen auch gegen Einrichtungen der Briten durchzuführen, wobei sich der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin als Führer der ‚Irgun‘ durch besondere Brutalität hervortat. Es wurde vor allem von den Gruppen der Zionistischen Revisionisten die Parole ausgegeben, Palästina endgültig von allen Arabern und Briten zu ‚befreien‘, und die schon in den Jahren zuvor geschaffenen, paramilitärischen Organisationen begaben sich daran, diese Parole in die Praxis umzusetzen. Während des Zweiten Weltkrieges stellte die Zionistische Organisation die Terroraktionen gegen die britischen Einrichtungen weitgehend ein und rief gar zur Unterstützung Großbritanniens auf. Die Zeit des Krieges an der Seite der britischen Truppen wurde von den Zionisten für ausgiebige Waffenbeschaffung genutzt, um die eigenen Organisationen auszurüsten. Mit dem Ende des Krieges häuften sich die zionistischen Terroraktionen dann wieder, an denen außer den Gruppen der ‚Irgun Zwa Leumi‘ und der ‚Stern-Gruppe‘ auch die ‚Haganah‘ beteiligt waren. Die ‚Jüdische Agentur‘ hatte sogar eine Abteilung für psychologische Kriegsführung eingerichtet. Sie sorgte schließlich auch für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht<sup>63</sup>.

Im Jahre 1940 und in den folgenden Kriegsjahren war die ‚legale‘ jüdische Einwanderung nach Palästina fast vollständig unterbrochen. Die Zahl der Juden, die gezwungen waren, vor dem nationalsozialistischen Terror der deutschen Faschisten zu fliehen, wuchs unaufhörlich an, doch fanden sich zu dieser Zeit kaum Länder, die gewillt waren, die verfolgten Juden aufzu-

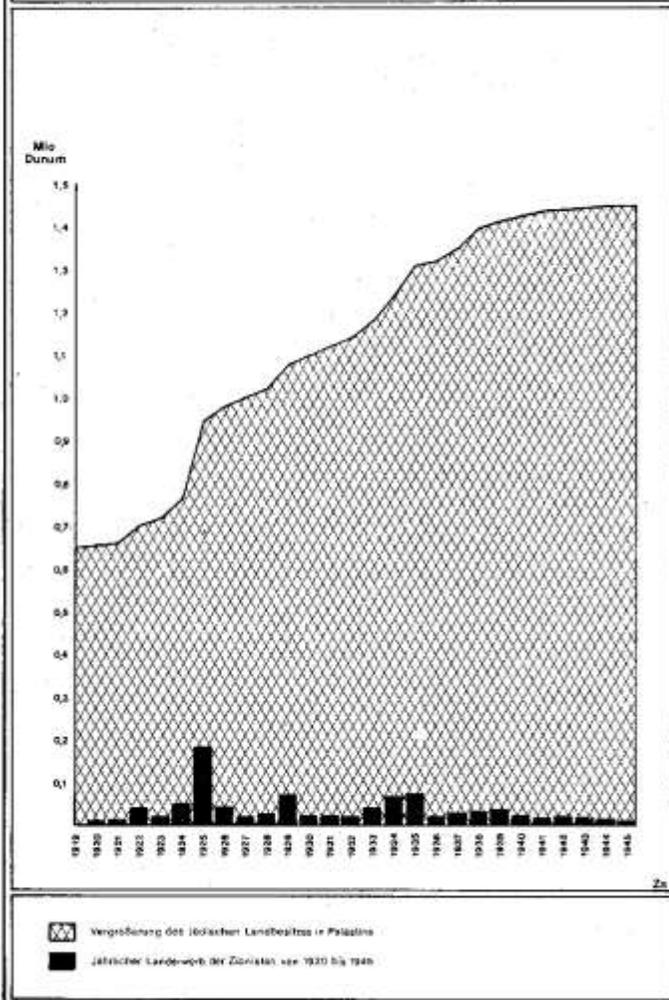
nehmen. Diese Tendenz setzte sich auch nach dem Kriege fort, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt, die die jüdische Einwanderung drastisch auf ein Kontingent von 25.000 Personen für die Jahre 1945 bis 1948 beschränkten. So ist es wenig erstaunlich, daß die Propaganda der Zionistischen Organisation bei den betroffenen Juden auf offene Ohren stieß und sich allein im Jahre 1946 über zwei Millionen Juden der Zionistischen Bewegung anschlossen. Die Zionistische Organisation begann zu Anfang der 40er Jahre mit der Durchführung einer großangelegten, illegalen Einwanderungsaktion, die dazu führte, daß im Jahre 1948, kurz vor der Gründung des israelischen Staates, der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina auf rund 650.000 Personen angestiegen war, was rund 32 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach (siehe die folgende Abbildung).

Abb. 10: Jüdische Einwanderung nach Palästina in der Zeit von 1919 bis 1948 (64)



Zwar hatten die Zionisten erreicht, daß der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina in den 40er Jahren auf rund 30 Prozent gestiegen war, doch hatten sie sich trotz aller Anstrengungen bis zum Jahre 1940 nur knapp 6 Prozent des arabischen Bodens aneignen können. Zunehmend stießen sie auf den Widerstand der einheimischen Bevölkerung Palästinas, die die zionistischen Pläne in ihrem ganzen Ausmaß zu erkennen begann und nicht mehr

Abb.11: Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina von 1919 bis 1945 (es)



gewillt war, den fremden Eindringlingen größere Ländereien zu veräußern. Zudem hatte sich auch die britische Regierung in ihrem ‚Weißbuch‘ für eine Beschränkung des zionistischen Landerwerbs ausgesprochen, so daß den zionistischen Gesellschaften nur noch rund 5 Prozent der Landesfläche Palästinas zum freien Erwerb von Boden zur Verfügung gestellt wurden. Die Zionistische Organisation allerdings versuchte mit allen Mitteln, diese britischen Restriktionen zu umgehen, indem sie insgeheim Land aufkaufte, zum überwiegenden Teil in den Gebieten, die außerhalb der von den Briten zugestanden Zone lagen. Auf diese Weise kauften die zionistischen Landkauforganisationen zwischen 1940 und 1947 weitere 130.000 Dunum Land in Palästina auf, so daß sie schließlich im Jahre 1947 im Besitz von knapp 7 Prozent des gesamten palästinensischen Bodens waren.

Tabelle 6:  
Landerwerb der Zionistischen Organisation in Palästina in der Zeit von 1939-1945 <sup>66</sup>

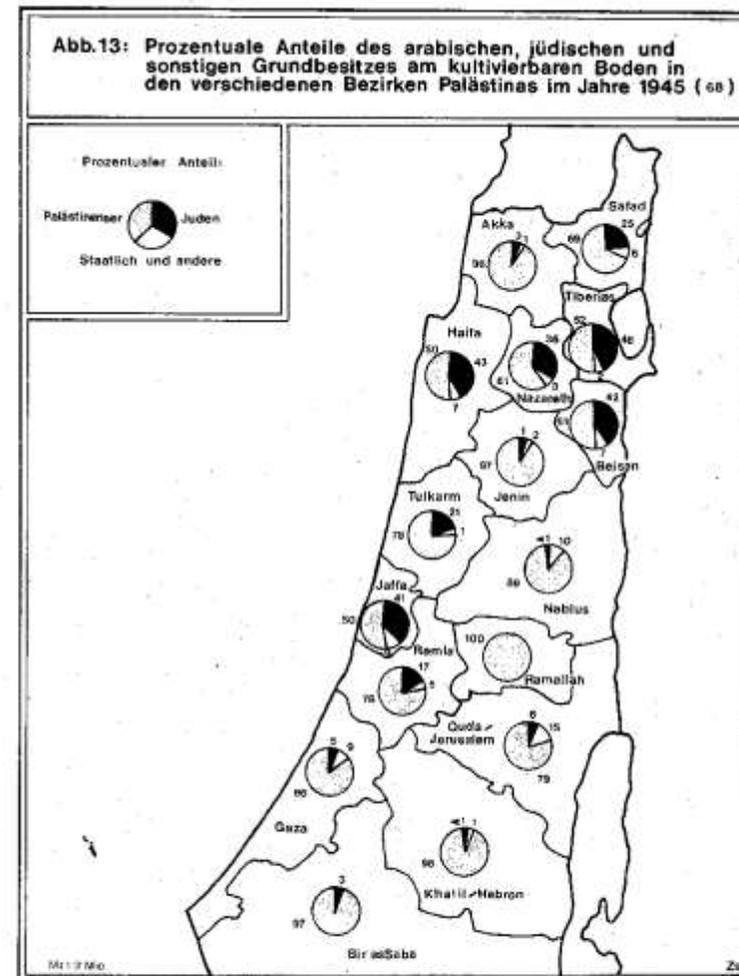
Jahr des Landerwerbs		Fläche in Dunum
Bestand	1939	1.414.198
	1940	22.481
	1941	14.530
	1942	18.810
	1943	18.035
	1944	8.311
	1945	1.100
Bestand	1945	1.497.465

Wie sich der jüdische Landbesitz über Palästina verteilte, zeigt die nachfolgende Abbildung, die für die einzelnen Verwaltungsbezirke des Landes den Prozentsatz des arabischen, jüdischen und sonstigen Eigentums an Grund und Boden im Jahre 1945 angibt.

Es fällt auf, daß selbst in den bevorzugten Siedlungsgebieten der Küstenebene der Anteil des jüdischen Bodenbesitzes nur maximal 39 Prozent ausmachte.

Für die langfristige Kolonisierung war von Bedeutung, wie groß der Anteil des jüdischen Bodenbesitzes an kultivierbarem Boden war. Da aus den genannten Gründen die Ebenen vorzugsweise gekauft werden konnten, die im Prinzip bei entsprechender Nutzung fruchtbar waren, war der Anteil

des jüdischen Landbesitzes am kultivierbaren Boden in der Regel höher als der Anteil an Grund und Boden insgesamt, wie ein Vergleich der Abbildungen 12 und 13 zeigt.



Die relativen ‚Fortschritte‘ beim Bodenerwerb und dem Bevölkerungswachstum zugunsten der Zionisten waren kein Zufallsergebnis. Geld, Ideen und Organisation waren in strategisch ausgerichtete Planungen investiert

worden, die von der Zionistischen Organisation entworfen und gesteuert wurden. Das Ziel, ein ‚Erez Israel‘ zu schaffen, wurde niemals aus den Augen verloren, Schwierigkeiten wurden bekämpft, umgangen oder beseitigt, je nach Möglichkeit. Im folgenden betrachten wir noch einmal gesondert die Planmäßigkeit, mit der die Besiedlung letztlich vor sich ging.

### 3.3 Die Landerwerbs- und Siedlungsstrategie der Zionistischen Organisation in der Zeit von 1919 bis 1947

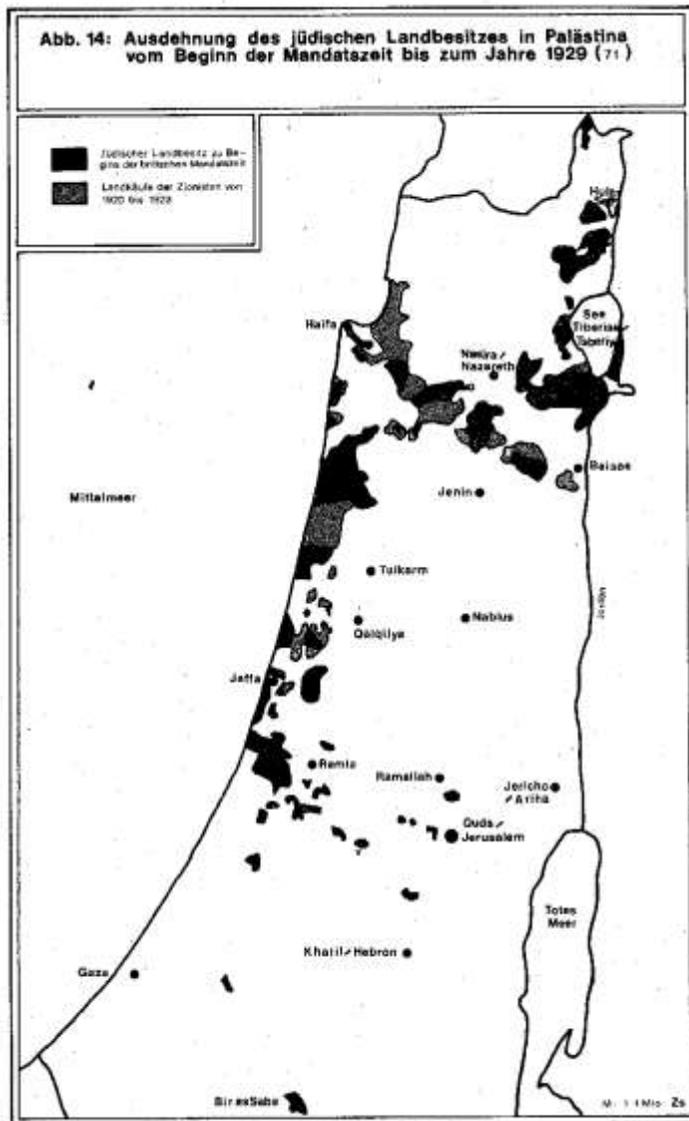
Rund 334.000 Juden waren in den ersten zwanzig Jahren der britischen Mandatszeit von 1919 bis 1939 nach Palästina eingewandert, ein Umstand, der den Plänen der Zionistischen Organisation sehr entgegenkam, konnte doch dadurch in weitaus größerem Maßstab mit dem Erwerb von Land und der Errichtung jüdischer Siedlungen in Palästina fortgefahren werden. Die Ansiedlung der Einwanderer wurde hauptsächlich von der ‚Jüdischen Agentur‘ übernommen, die planmäßig die Verteilung der Siedlungen und der Bevölkerung vornahm. Im Ergebnis kam dabei für die zwanziger Jahre die Zusammenfassung der jüdischen Bevölkerung Palästinas in einigen Siedlungsschwerpunkten heraus, denn „nur auf diese Weise können wir schon heute in gewissem Umfang das erreichen, was wir erstreben, nämlich ein jüdisches Milieu und einen geschlossenen jüdischen Wirtschaftskreis, in dem Konsument, Zwischenhändler und Produzent sämtlich Juden sind. Unsere Taktik bei der Ansiedlung ist dadurch vorgezeichnet“<sup>69</sup>.

Hauptziel der ‚Jüdischen Agentur‘ war zunächst einmal der weitere Ausbau der schon vor der Mandatszeit bestehenden Siedlungsschwerpunkte, um damit die bisher erreichten Positionen zionistischer Macht in Palästina zu sichern. Zu diesem Zweck wurde in den zwanziger Jahren mit der Verdichtung des Siedlungsnetzes in der Küstenebene zwischen den Städten Haifa und Jaffa begonnen, wo die zionistischen Gesellschaften den jüdischen Landbesitz in großem Umfang ausdehnten. In dieser Etappe der Kolonisation wurden vor allem im zentralen und südlichen Teil dieser Ebene zahlreiche neue Siedlungen angelegt. Ebenso wurden, vor allem zu Beginn der zwanziger Jahre, große zusammenhängende Ländereien südlich der Stadt Jaffa aufgekauft und in der Folgezeit besiedelt, so daß schon bis zum Ende der zwanziger Jahre ein großer Teil der strategisch bedeutsamen und darüber hinaus landwirtschaftlich ausgezeichnet nutzbaren Ebenen der Küstenregion in der Umgebung der Stadt Jaffa von jüdischen Siedlungen durchsetzt war.

Überwiegend in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erwarben die zionistischen Gesellschaften dann auch in der Bucht von Haifa große Ländereien und begannen von dort aus einen ersten Vorstoß ins Landesinnere, indem sie zahlreiche Bodenkäufe südlich und westlich der Stadt Nazareth (*Nasira*) durchführten. Hier wurden verschiedene Siedlungszentren angelegt, die nach den Vorstellungen der Zionistischen Organisation als Stützpunkte für den Aufbau eines geschlossenen Siedlungsgürtels zwischen der Stadt Haifa und dem Jordantal bei Beisan dienen sollten, was eine Durchschneidung des von Norden nach Süden verlaufenden arabischen Siedlungsgebietes bedeutete und den Zugang von der Küste zum Jordan öffnen sollte.

Außerhalb dieser Schwerpunkte der zionistischen Landerwerbs- und Siedlungsstrategie wurden in den zwanziger Jahren kaum Siedlungsaktivitäten durchgeführt, abgesehen von wenigen Ausnahmen im nördlichsten Teil von Palästina und in der Umgebung der Stadt Jerusalem. Die von den Arabern am dichtesten besiedelten Regionen des Landes blieben weitgehend frei von jüdischen Ansiedlungen. Wie wir im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bodenrechts gezeigt hatten, war hier vorläufig kein Boden für den Kauf verfügbar. Allerdings verfolgte die Jüdische Agentur sehr genau die Eintragungen von Privateigentum und die Bewegungen zwischen Miri- und Mulk-Land im Bodenkataster<sup>70</sup>. Vorerst stand nur Staatsland und der Großgrundbesitz der sogenannten ‚absentee landlords‘ zur Verfügung, die sich in den Ebenen des Landes konzentrierten. In diesem Rahmen bewegte sich die Planung der Zionistischen Organisation.

Die folgende Karte zeigt die räumliche Verteilung des von den Zionisten in den zwanziger Jahren erworbenen Bodens.



In der ersten Hälfte der dreißiger Jahre setzten die zionistischen Kolonisatoren die Landerwerbs- und Besiedlungsstrategie der zwanziger Jahre fort. Sie zielte in erster Linie darauf ab, einen dichten Gürtel jüdischer Siedlungen zwischen die bedeutenden Hafenstädte Haifa und Jaffa zu legen. In den Ebenen der Küstenregion wurden demzufolge weitere Grundstücke aufgekauft und besiedelt. So gelang es schließlich durch eine große Anzahl neuer Siedlungen in diesem Gebiet, durch die Gründung weiterer Siedlungen nördlich und östlich der Stadt Haifa, sowie durch eine verstärkte Ansiedlung von Einwanderern in den beiden großen Städten, einen langen und durchgehenden Streifen der fruchtbaren Küstenebene in jüdischen Besitz zu nehmen.

Darüber hinaus wurde der zweite Siedlungsgürtel im ‚Marj Ibn Amar‘ zwischen dem Jordantal und der Küstenebene bei Haifa weiter ausgebaut. Vor allem in der Umgebung der Stadt Beisan (später Beit Sche’an) erwarben die Landkaufgesellschaften große Grundstücke, sodaß nun auch das schon bestehende Siedlungsgebiet südlich des Sees Tiberias (*Taberiyah*) an diesen Gürtel gebunden werden konnte. In den folgenden Jahren wurden mehrere Siedlungen in diesem Gebiet gegründet, sodaß eine regelrechte Siedlungskette zwischen dem Jordantal bei Beisan und der Küstenebene bei Haifa entstand. Diese Kette zerschnitt den arabischen Siedlungsraum und bot neue Möglichkeiten für weitere expansionistische Vorhaben.

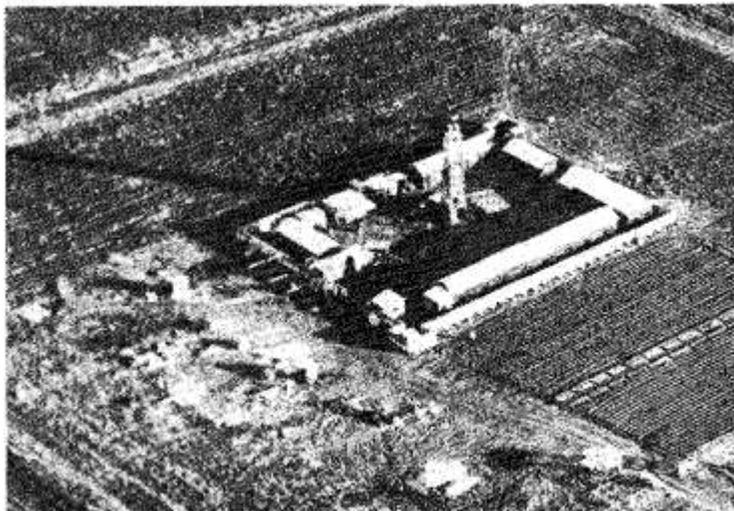
Ab Mitte der dreißiger Jahre konnte sich die Zionistische Organisation durch die Situation auf dem Bodenmarkt darauf verlegen, einzelne, kleinere, über das ganze Land verteilte Grundstücke zu erwerben und darauf einzelne Siedlungen zu errichten, die losgelöst von den bis dahin bestehenden Siedlungsketten und -schwerpunkten waren. Der Nutzen dieser Käufe bestand in der Schaffung von Verbindungslinien zwischen verstreut liegenden Siedlungen, um diese in das bis dahin existierende Geflecht mit einzu beziehen. Die Absicht dabei war, größere Landstriche Palästinas mit jüdischen Siedlern zu durchsetzen und somit auch in die von den Arabern dichter besiedelten Regionen des Landes einzudringen. In Gebieten, in denen bisher noch kaum jüdische Siedlungen existierten, wie beispielsweise im Hula-Tal in Nordpalästina, wurden neue Siedlungsschwerpunkte errichtet.

Neben den strategischen Zielen mußte die zionistische Landerwerbspolitik jedoch auch die größer werdenden Widerstände der arabischen Grundbesitzer berücksichtigen. Dem trug A. Ruppin auf dem 19. Zionisten-Kongreß im Jahre 1935 Rechnung, indem er in seinem Bericht an den Kongreß folgendes ausführte: „Es bleibt die Frage, woher wir den Boden für die zukünftigen Ansiedlungen bekommen werden. Sie wissen, daß der Kauf von Boden in Palästina immer schwieriger wird und daß, wenn Boden auf den Markt kommt, exorbitante Preise verlangt werden. Wir setzen zwar unsere Bemühungen in bezug auf Bodenkauf fort und lassen auch Transjordanien

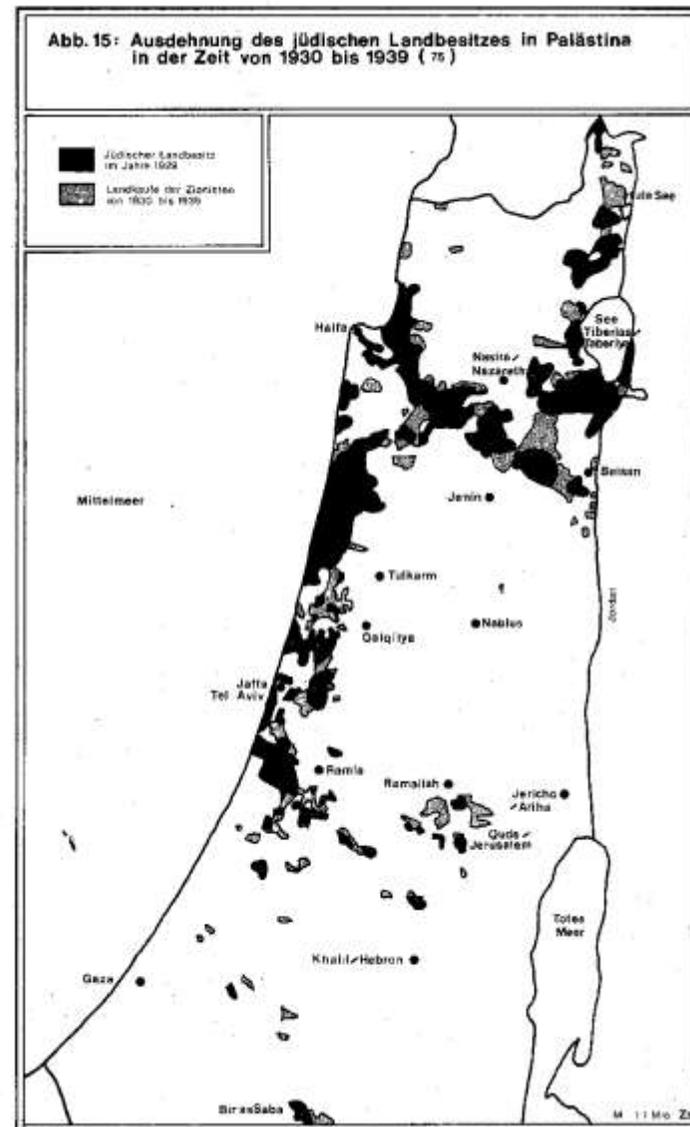
nicht aus den Augen. – Aber ich glaube, wir müssen zu gleicher Zeit ernsthaft nach neuen Wegen suchen, Boden für unsere Ansiedlung verfügbar zu machen“ 72.

Solche Überlegungen wurden immer dringlicher wegen der in den Jahren 1936 bis 1939 stattfindenden, massiven Erhebung der einheimischen arabischen Bevölkerung Palästinas gegen die zunehmende zionistische Durchdringung ihrer Heimat 73. Im Verlauf der militanten Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und den fremden Eindringlingen bildeten die britischen Behörden eine Untersuchungskommission, die im sogenannten ‚Peel-Bericht‘ im Jahre 1937 den Vorschlag einbrachte, Palästina zur Behebung des Konfliktes in zwei Hälften aufzuteilen: „Die palästinensische Ebene, allerdings ohne den Hafen Jaffa und die Städte Akko, Nazareth, Tiberias und Safed, sollten – so stand es später im ‚Peel-Bericht‘ – den 258.000 Juden zugeschlagen, der Rest des Landes, wiedervereinigt mit Transjordanien, ein Araber-Staat werden“ 74.

Ein solcher Plan war für die palästinensische Bevölkerung unannehmbar, und entsprechend heftig waren die arabischen Reaktionen auf den britischen Vorschlag. Doch auch die Zionistische Organisation war nicht zufrieden, das Land war zerschnitten und entsprach nicht ihren 1920 geäußerten Vorstellungen. Um weitere ‚Ansprüche‘ auf das von ihnen gewünschte Territorium Palästinas geltend machen zu können, errichtete sie in aller Eile wei-



7. ‚Stockage and tower‘



tere Siedlungen überall im Land und gründete dazu gegen Ende der dreißiger Jahre in strategisch wichtigen Regionen regelrechte Wehrdörfer mit Wachtürmen und hohen Zäunen („stockage and tower“), um von diesen vorgeschobenen Posten aus nun auch in die Gebiete expandieren zu können, die noch vollständig in der Hand der einheimischen Bevölkerung Palästinas waren.

Allein in den Jahren 1936 bis 1939 wurden auf diese Weise 55 Siedlungen gegründet. Über die räumliche Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina zum Ende der dreißiger Jahre gibt die vorstehende Karte Auskunft.

Das ganze Ausmaß der zionistischen Besitzergreifung von Palästina kommt in der nachfolgenden Aufstellung zum Ausdruck, die die zunehmende Zahl der ländlichen jüdischen Siedlungen in Palästina für den Zeitraum von 1919 bis 1939 angibt.

**Tabelle 7:**  
**Anzahl der ländlichen jüdischen Siedlungen in Palästina (1919-1939) <sup>76</sup>**

Jahr	Zahl der Siedlungen
1919	54
1922	71
1927	104
1931	110
1935	180
1936	203
1939	231

Da die zionistischen Landkaufgesellschaften wegen der schon erwähnten arabischen Aufstände und der britischen Restriktion in den vierziger Jahren nicht mehr in der Lage waren, zusammenhängende Ländereien in größerem Maßstab aufzukaufen, veränderte die Zionistische Organisation ihre Landerwerbsstrategie. Sie konzentrierte sich in der Folgezeit darauf, Land nahe den Grenzen Palästinas zu erwerben, um den jüdischen Siedlungsraum möglichst weit zu streuen und somit im Falle einer Teilung Palästinas Ansprüche auf möglichst große Teile des Landes anmelden zu können, und um eventuell notwendig werdende, militärische Stützpunkte zu besitzen.

So erwarb die Zionistische Organisation in den letzten Jahren vor der Gründung des israelischen Staates neues Land vor allem nach solchen strategi-

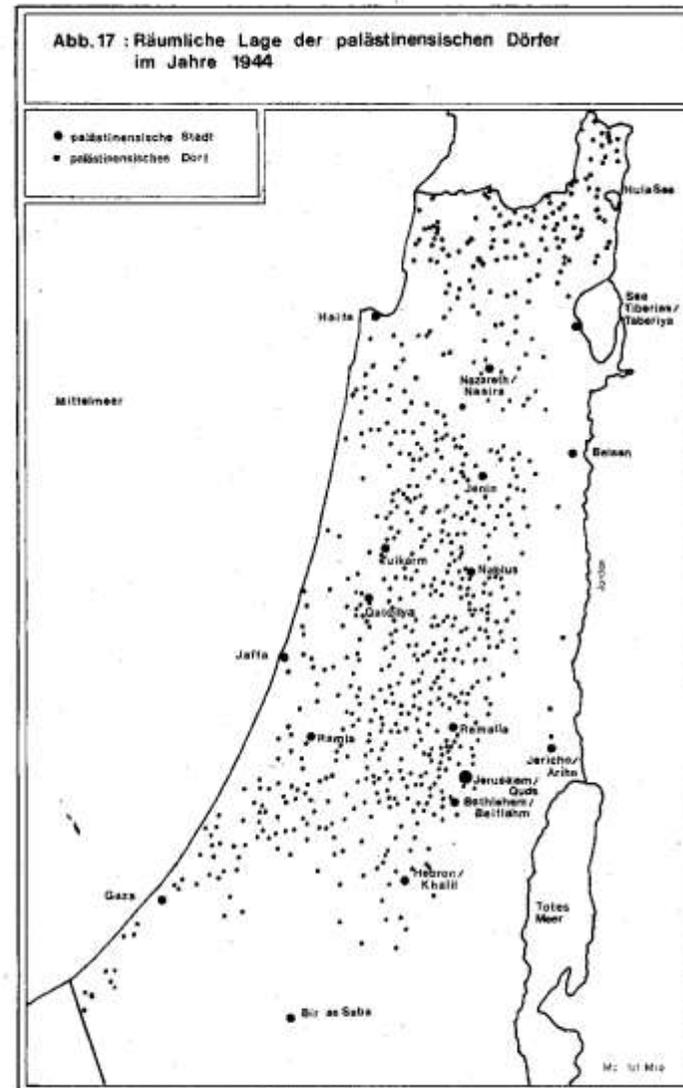
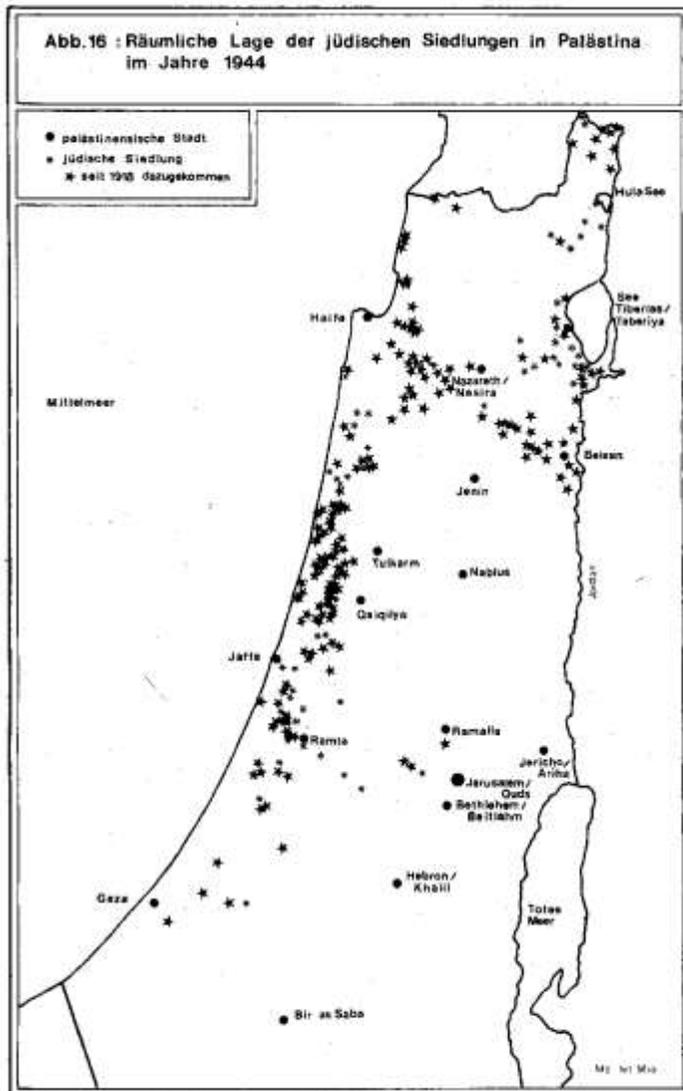
sehen Gesichtspunkten. Das jüdische Siedlungsgebiet in den Ebenen der Küstenregion zwischen den Städten Haifa und Jaffa wurde weiter verdichtet, im nördlichen Teil Palästinas, vor allem im Hula-Tal, wurden große Stücke Land gekauft, und südlich des Sees Tiberias (*Täberiya*) erwarben die zionistischen Gesellschaften weitere Ländereien entlang des Jordan-Flußlaufes.

Ebenso kam es zu Landkäufen an der Einmündung des Jordans in das Tote Meer sowie an dessen westlichem Ufer. Im Gebiet um Jerusalem (*Quds*) und in der Umgebung der Stadt Bir as Saba wurde der jüdische Grundbesitz erweitert, im nördlichen Negev und in der Region Gaza wurden weitere Grundstücke aufgekauft.

Entsprechend der Strategie, den zionistischen Einfluß auf die palästinensischen Grenzregionen auszudehnen, wurden in den vierziger Jahren vor allem im nördlichen Teil der Negev-Region, in der Küstenebene südlich der Stadt Jaffa und in den nördlichen Landesteilen Palästinas, also überall dort, wo sich bislang nur wenige jüdische Ansiedlungen befunden hatten, neue Siedlungen errichtet. Die Zahl der von der Zionistischen Organisation gegründeten Siedlungen stieg damit auf 259 im Jahre 1944 und schließlich auf insgesamt 277 bis zum Jahre 1948, dem Jahr der Gründung des ‚Staates Israel‘ <sup>77</sup>.

Diese in den vierziger Jahren neugegründeten Siedlungen hatten fast ausschließlich den Charakter von Wehrsiedlungen. Ihre Funktion war einerseits die weitestmögliche Durchsetzung des Landes und damit die Schaffung vollendeter Tatsachen in Hinsicht auf die sich abzeichnende Teilung Palästinas, andererseits sollten diese Siedlungen als Stützpunkte für eine weitere zionistische Expansion in Palästina dienen. Die Vorhaben der zionistischen Politiker zielten nun darauf ab, in groß angelegten Operationen nach Möglichkeit das gesamte palästinensische Territorium unter militärische Kontrolle zu bringen.

Wenn wir einerseits feststellen müssen, daß die zionistischen Organisationen für den Landkauf spontan und schnell zu kaufen gezwungen waren, sobald der Landerwerb auf prinzipielle Schwierigkeiten stieß, so können wir andererseits doch ebenso sicher sagen, daß jeder Kauf auch ein Mosaiksteinchen in der planmäßigen Landnahme für den Aufbau des zionistischen Staates darstellte und nicht ziellos war. Im folgenden ein Überblick über die Lage der zionistischen Siedlungen im Vergleich mit der Lage der verbliebenen palästinensischen Dörfer im Jahre 1944 <sup>78</sup>.

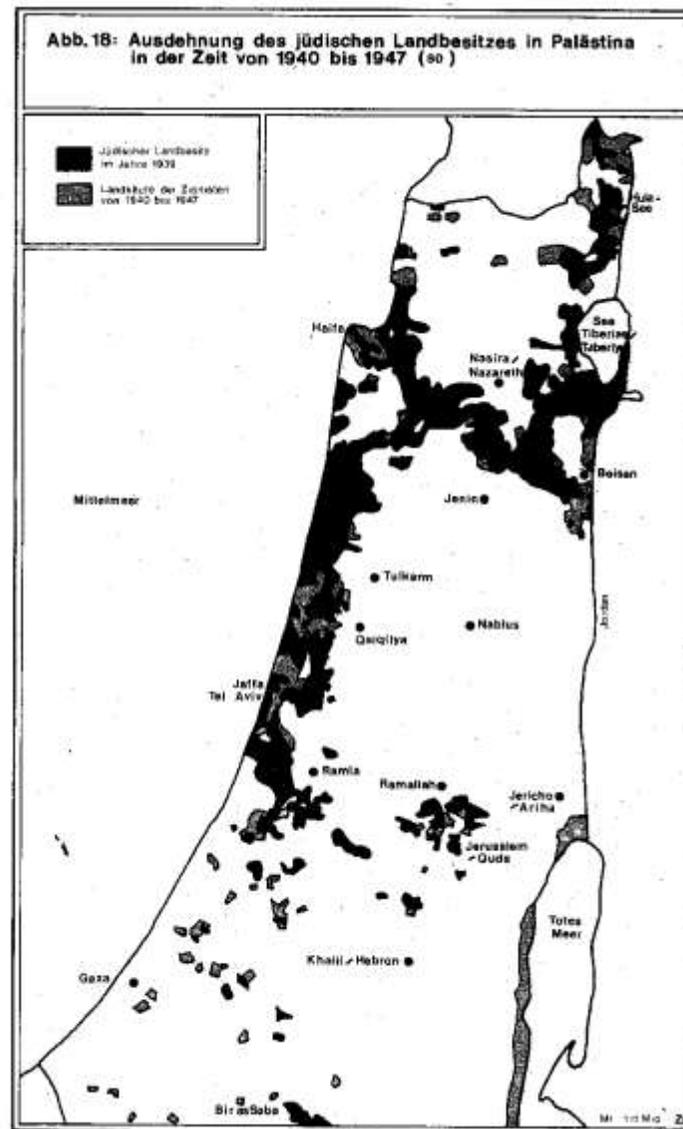


Abraham Granott (Granowsky), einer der Verantwortlichen des jüdischen Nationalfonds und zuständig für den Erwerb von Land in Palästina, beschrieb im nachhinein die zionistische Strategie in aller Deutlichkeit: „Käufe wurden ausdrücklich an entfernteren Ost- und Westgrenzen unternommen, und die jüdischen Grenzlinien im Negev wurden mit viel Energie und Beharrlichkeit expandiert. Der Lauf der Ereignisse rechtfertigte später diese Aktivitäten völlig, die große Anstrengung und genaue Voraussicht verlangten. Als der große Tag kam und die Vereinten Nationen entschieden, einen jüdischen Staat zu errichten, waren jene, die für die Bestimmung der Grenzen verantwortlich zeichneten, durch die Realitäten gezwungen, jenes Land, das die Juden gekauft hatten, zusammen mit den Siedlungen, die sich darauf befanden, einzuschließen. Die Grenzen des neuen Staates, die in einer so merkwürdig gewundenen Weise verlaufen, waren weitgehend ein Erfolg der Juden, ‚faits accomplis‘ (vollendete Tatsachen, d.V.) geschaffen zu haben“ 79.

Setzt man Landerwerb und Besiedlung ins Verhältnis, so wird deutlich, daß jeweils mehr Land erworben wurde, als besiedelt werden konnte. Schaut man sich die Lage der gekauften Flächen an, so wird die Kaufstrategie offenkundig, die in diversen Äußerungen zionistischer Kolonisateure bereits anklang: Der Bodenkauf diente der Teilung, Spaltung und Einkreisung der palästinensischen Siedlungsgebiete und ganz Palästinas. Tatsächlich war zum Ende des Mandats Palästina zerstückelt, was dann erst zu den absurden Teilungsplänen führen konnte. Der zerstörerische Charakter der zionistischen Siedlungs-Planung kommt durch diesen Aspekt sehr deutlich zum Ausdruck und damit der Doppelcharakter dieser ganzen Planung. Die Schaffung zusammenhängender Siedlungsgebiete für Juden schien nur Mittel zum Zweck zu sein, nämlich sichere Ausgangspunkte für die Erdrosselung jeglicher territorialer Ansprüche durch die Palästinenser zu schaffen.

Mit dem Ende des britischen Mandats wurde die Aggression gegenüber dem Boden und den Menschen Palästinas zur Hauptseite aller Planung. Es sollten die entscheidenden Weichen für den jüdischen Staat geschaffen werden.

Abb. 18: Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina in der Zeit von 1940 bis 1947 (90)



## 4. Das Ende des britischen Mandats und der Kampf um Palästina 1947-1949

### 4.1 Die Teilungsresolution der Vereinten Nationen

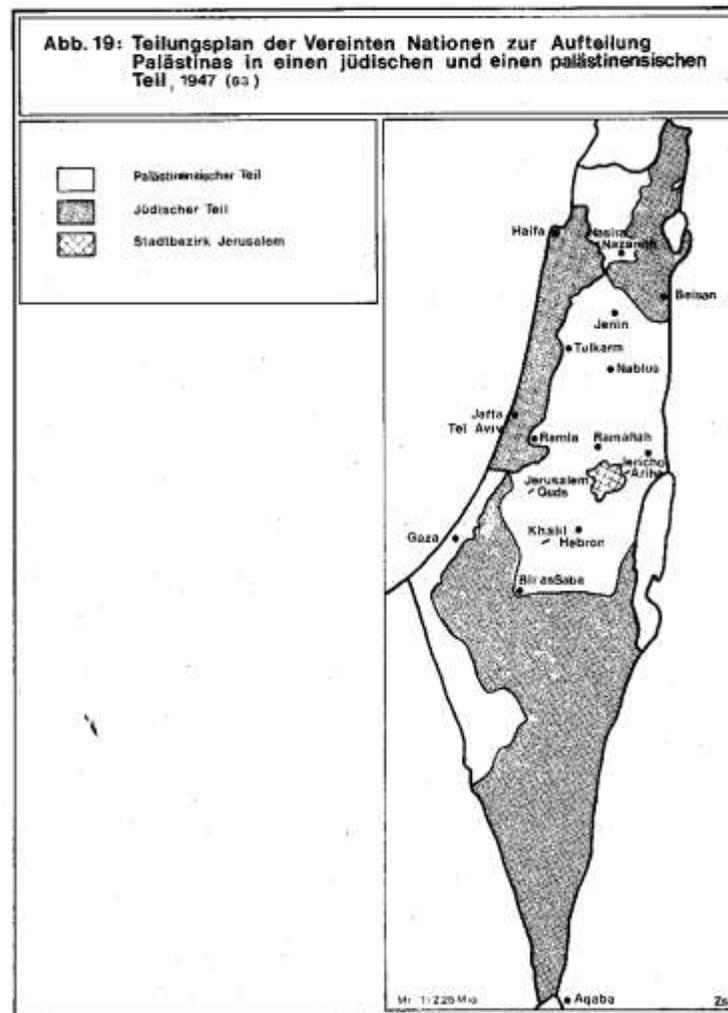
Das Ende der britischen Mandatszeit in Palästina wurde im Februar 1947 eingeleitet, als der britische Außenminister erklärte, die Regierung Seiner Majestät habe erkannt, daß sich „das Mandat in der Praxis als undurchführbar herausgestellt hat, daß die Verpflichtungen, welche den beiden Gemeinschaften gegenüber übernommen wurden, sich als unvereinbar gezeigt haben“<sup>81</sup>.

Am 2. April 1947 beantragte Großbritannien, die Palästina-Frage zum Thema der nächsten UNO-Vollversammlung zu machen. Darüber hinaus schlug es vor, ein Sonderkomitee der UNO zur Vorbereitung der Palästina-Debatte einzurichten. Dieses Sonderkomitee, die UNSCOP, wurde im Mai 1947 gebildet und erarbeitete schließlich zwei unterschiedliche Pläne für den zukünftigen Status Palästinas. Während einer der Pläne sich dagegen aussprach, das Palästina-Problem mit dem Problem der jüdischen Flüchtlinge und Opfer des Nazi-Terrors zu verknüpfen, empfahl der andere Plan, der schließlich die Mehrheit der UNO-Vollversammlung fand, die Teilung des palästinensischen Territoriums in einen arabischen und einen jüdischen Staat. Ungeachtet der Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt den 1,38 Millionen Arabern nur etwa 609.000 Juden gegenüberstanden, sollte der arabische Staat nur 42,88 Prozent der Gesamtfläche Palästinas umfassen, der jüdische dagegen 56,47 Prozent. Der Großraum Jerusalem sollte zu einer Zone unter internationaler Kontrolle ernannt werden<sup>82</sup>.

Während die einheimische Bevölkerung Palästinas und die arabischen Staaten den Teilungsplan von Grund auf ablehnten, fand er bei den führenden Zionisten prinzipielle Zustimmung, sollte doch Herzls Vision eines „Judenstaates“ endgültig wahr werden und der jüdische Anteil am Boden Palästinas mit einem Schlag von knapp 7 Prozent auf über 56 Prozent erhöht werden. Zwar hatten die zionistischen Institutionen weiterhin die Okkupation ganz Palästinas nicht aus den Augen verloren, sahen aber in der Teilungsresolution die besten Chancen für eine weitere Expansion. Besonders der damals führende Arbeiterflügel der Zionistischen Bewegung sprach sich für eine Anerkennung der Pläne aus.

Nachdem die UNO zuvor in einer knappen Abstimmung mit 21 gegen 20 Stimmen beschlossen hatte, für eine Teilung Palästinas das richtige Gre-

mium zu sein und diese Teilung einzuleiten, wurde schließlich am 29. November 1947 die Palästina-Teilungsresolution beschlossen.



Wie sehr der Teilungsplan der Vereinten Nationen die vollendeten Tatsachen, die die zionistische Kolonisation Palästinas bis dahin geschaffen hatte, berücksichtigte, zeigt ein Vergleich der Karten 17, 18 und 19. Fast alle Gebiete, in denen die zionistischen Gesellschaften bis zu diesem Zeitpunkt Land erworben und Siedlungen errichtet hatten, wurden dem ‚jüdischen Staat‘ zugeordnet. Darüber hinaus umfaßte das jüdische Territorium einen erheblichen Teil des Negev einschließlich der bedeutsamen Südspitze, deren Besitz den Staat in die Lage versetzen würde, über den Golf von Aqaba Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten. Das den Palästinensern verbleibende Territorium dagegen war, wie die Karte verdeutlicht, unzusammenhängend und in drei Teile zerschnitten. Zudem umfaßte es überwiegend die schwerer kultivierbaren Landesteile, wohingegen das der Zionistischen Organisation zugesprochene Areal mit Ausnahme der Negev-Region die fruchtbarsten Gebiete Palästinas beinhaltete.

Die Zionistische Organisation setzte aber seit dem UN-Beschluß alles daran, um ihre Machtposition in Palästina und das zukünftige Territorium noch weiter auszudehnen. Ziel der Zionistischen Organisation war die Vertreibung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung aus den als ‚jüdisches Gebiet‘ ausgewiesenen Territorien, und sie versuchte darüber hinaus, durch schnelle militärische Operationen weitere Teile Palästinas zu okkupieren, noch bevor der ‚Staat Israel‘ offiziell gegründet werden würde. Der ‚Judenstaat‘ sollte rein jüdisch werden, doch dem standen zu dieser Zeit noch die 497.000 arabischen Palästinenser entgegen, die neben den 498.000 Juden in den nun ‚jüdischen Gebieten‘ lebten.

‚Die arme Bevölkerung mit Zartheit und Behutsamkeit über die Grenze zu schaffen‘, so war die Vorstellung Herzls, als er sich über die Behandlung der einheimischen Bevölkerung nach der Errichtung eines ‚Judenstaats‘ ausließ. Über die Grenze geschafft wurden die Palästinenser in der Folgezeit, aber unbemerkt blieben die Aktionen der Zionisten nicht. Auch gingen die zionistischen Vertreibungs-Kommandos weder zart noch behutsam vor, sondern mit Terroraktionen, die in ihrer Brutalität kaum zu übertreffen waren. Höhepunkt dieses Terrors war der Überfall der ‚Irgun‘ auf das Dorf Deir Yassin, in dem unter dem Kommando von Menachin Begin sämtliche Häuser gesprengt und alle 254 Bewohner, die Hälfte von ihnen Frauen und Kinder, ermordet wurden. Durch dieses und ähnliche Massaker an der palästinensischen Bevölkerung wollten die zionistischen Milizen die Massenflucht der Araber aus den ‚jüdischen Gebieten‘ erreichen, was ihnen schließlich auch wegen der außerordentlichen Brutalität ihrer Maßnahmen gelang. Zynisch genug war die zionistische Propaganda, die die Flucht Tausender von Palästinensern vor den brutalen Massakern immer wieder als ein ‚freiwilliges Verlassen der Dörfer auf Geheiß der arabischen Führer‘ bezeichnete. Mit aller Macht sollte bisher nicht Erreichtes durchgesetzt

werden: Die vollständige Eroberung des palästinensischen Bodens und die vollständige Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung von diesem Boden.

## 4.2 Der ‚Plan Dalet‘ als ‚Masterplan‘ zur Eroberung Palästinas

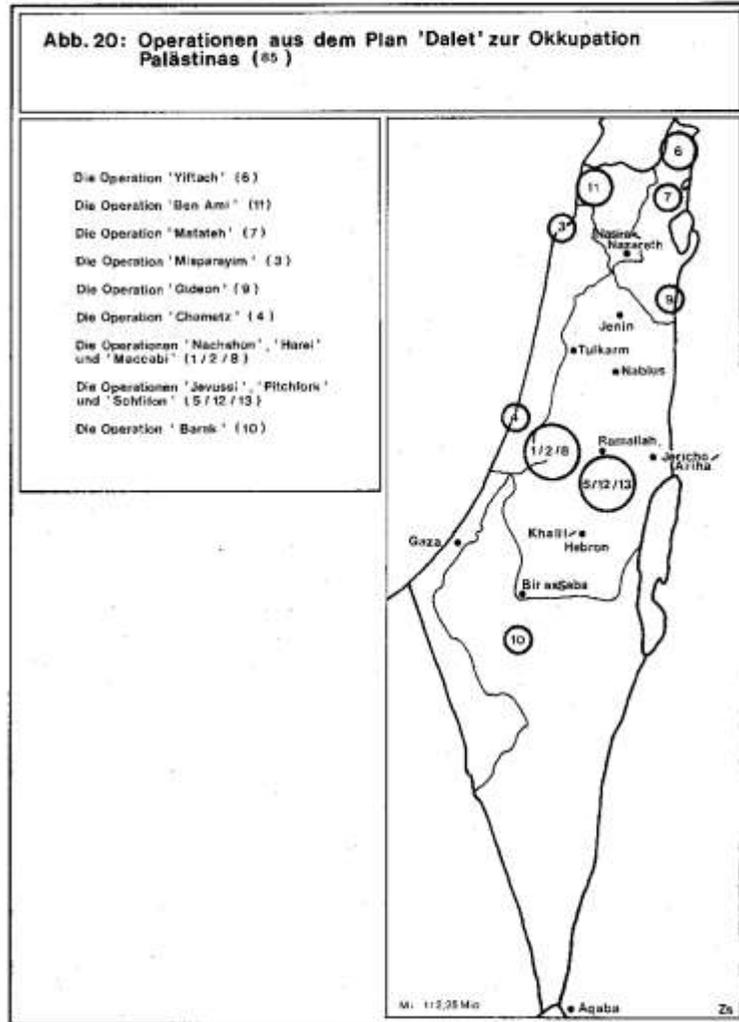
Die zionistischen Aktionen in der Zeit kurz vor der Gründung des ‚Staates Israel‘ waren schon zuvor geplant worden. Es existierte ein gewisser Plan ‚Dalet‘<sup>84</sup>, der als Masterplan zur Okkupation ganz Palästinas einzuschätzen ist. Dieser Plan enthielt eine ganze Reihe von militärischen Aktionen, die dem Zweck dienten, die palästinensischen Araber aus ihrer Heimat zu vertreiben und möglichst das gesamte palästinensische Territorium zu besetzen.

Hatten die zionistischen Politiker nach der Verabschiedung der UNO-Teilungsresolution zuerst befürchtet, daß die britischen Truppen noch bis zur Übergabe des Landes die militärische Kontrolle über Palästina behalten würden, so konnten sie bald feststellen, daß die britische Verwaltung zwar de jure noch die Herrschaft über Palästina ausübte, de facto aber ihre Verbände Schritt für Schritt aus den verschiedenen Regionen des Landes abzog. Ohne daß also arabische Truppen die Möglichkeit gehabt hätten, zur Sicherung der Rechte der arabischen Bevölkerung nach Palästina einzurücken, konnten die zionistischen Terrororganisationen ihre Aktionen ohne Schwierigkeiten auch auf diejenigen Teile Palästinas ausdehnen, die ihnen die UNO nicht zugesprochen hatte.

Wären alle Aktionen, die der Plan ‚Dalet‘ vorsah, erfolgreich verlaufen, so hätte die Zionistische Organisation auf einen Schlag ganz Palästina besetzen können. Einige der Operationen scheiterten jedoch, vor allem, als arabische Verbände schließlich doch nach Palästina einziehen konnten.

Die nachfolgende Karte zeigt auf, in welchen Gebieten Palästinas die Operationen nach dem Plan ‚Dalet‘ durchgeführt wurden. Die einzelnen Operationen sind numeriert und werden nachfolgend detaillierter beschrieben.

Im einzelnen umfaßte der Plan ‚Dalet‘ dreizehn verschiedene Operationen, deren Namen und Ziele der nebenstehenden Auflistung entnommen werden können.



- 1. Operation Nachshon vom 1. April 1948**  
 Diese Operation sollte einen Korridor zwischen Tel Aviv und Jerusalem schaffen und damit den Hauptteil des den Palästinensern zugesprochenen Gebietes in zwei Teile zerschneiden. Die Operation mißglückte jedoch.
- 2. Operation Harel vom 15. April 1948**  
 Diese Operation war eine Fortsetzung der Operation Nachshon und diente damit ebenso der Schaffung eines Korridors zwischen Tel Aviv/Jaffa und Jerusalem (Quds). Allerdings konzentrierte sich diese Aktion in erster Linie auf palästinensische Dörfer in der Nähe der Stadt Latrun. Auch diese Operation scheiterte.
- 3. Operation Misparayim vom 21. April 1948**  
 Im Rahmen dieser Operation besetzten die zionistischen Verbände die Stadt Haifa und vertrieben die palästinensische Bevölkerung.
- 4. Operation Chametz vom 27. April 1948**  
 Die zionistischen Verbände zerstörten palästinensische Dörfer rund um die Stadt Jaffa. Ziel der Operation war die Isolierung Jaffas, um die Stadt später besetzen zu können.
- 5. Operation Jevussi vom 27. April 1948**  
 Diese Operation sollte die Stadt Jerusalem (Quds) durch die Zerstörung der sie umgebenden Dörfer von den übrigen Landesteilen abschneiden. Vorgesehen war außerdem, die Hauptausfallstraßen Jerusalem – Ramallah, Jerusalem – Jericho (Ariha) und Jerusalem – Bethlehem (Beitlahm) unter zionistische Kontrolle zu bringen. Bei einem Gelingen dieser Aktion wäre die gesamte Stadt Jerusalem in die Hände der Zionisten gefallen, was verheerende Auswirkungen auf die Situation der Palästinenser im Westjordanland gehabt hätte. Die Operation mißlang jedoch.
- 6. Operation Yiftach vom 28. April 1948**  
 Die Zionisten vertrieben im Rahmen dieser Operation die in Ost-Galiläa (Jalil) lebenden Palästinenser.
- 7. Operation Matateh vom 3. Mai 1948**  
 Palästinensische Dörfer, die die Stadt Tiberias (Taberiya) mit Ost-Galiläa (Jalil) verbanden, wurden durch zionistische Überfälle zerstört.
- 8. Operation Maccabi vom 7. Mai 1948**  
 Im Rahmen dieser mißlungenen Operation war die Zerstörung palästinensischer Dörfer in der Umgebung von Latrun, sowie ein zionistischer Einmarsch in den Bezirk Ramallah vorgesehen.
- 9. Operation Gideon vom 11. Mai 1948**  
 Die Zionisten besetzten die Stadt Beisan und vertrieben die halbseßhaften Beduinen aus der Umgebung.

**10. Operation Barak vom 12. Mai 1948**

Ziel dieser zum Teil erfolgreichen Operation war die Zerstörung von palästinensischen Dörfern in der Nähe von Bureir (Negevregion).

**11. Operation Ben Ami vom 14. Mai 1948**

Diese Operation führte zur Vertreibung der Palästinenser aus West-Galiläa (*Jalil*) und zur Okkupation der Stadt Akka.

**12. Operation Pitchfork vom 14. Mai 1948**

Die Zionisten besetzten die palästinensischen Viertel in der Neustadt von Jerusalem (*Quds*).

**13. Operation Schifon vom 14. Mai 1948**

Vergeblich versuchten die Zionisten die Besetzung der Altstadt von Jerusalem (*Quds*).

Um das Vorgehen der zionistischen Einheiten etwas detaillierter beschreiben zu können, werden nachstehend zwei der dreizehn Operationen aus dem Plan ‚Dalet‘ nach Plänen der zionistischen Militärs graphisch dargestellt. Es handelt sich hierbei um die Operation ‚Jevussi‘, durch die die Stadt Jerusalem (*Quds*) in die Hände der Zionisten fallen sollte, sowie um die Operation ‚Yiftach‘ zur Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem östlichen Galliläa (*Jalil*). Man erkennt als Angriffsziele die umliegenden Dörfer und Zufahrtsstraßen nach Jerusalem (*Quds*). Jüdische Siedlungen waren Ausgangsbasen; die palästinensischen Zentren sollten von außen, durch verschiedene, gleichzeitig stattfindende Operationen zersplittert, isoliert und die Bevölkerung vertrieben werden.

Durch die Operationen nach dem Plan ‚Dalet‘ gelang es schließlich, das Gebiet für den Siedlerstaat bis zum 15. Mai 1948, dem Tage der Staatsgründung, von den durch UNO-Beschluß festgesetzten 56 Prozent auf rund 77 Prozent der gesamten Landesfläche Palästinas auszudehnen. Vom Mittel des Landkaufs war die Zionistische Organisation zum Mittel des Landraubs übergegangen.

**Abb. 21 : Die Operation Jevussi**

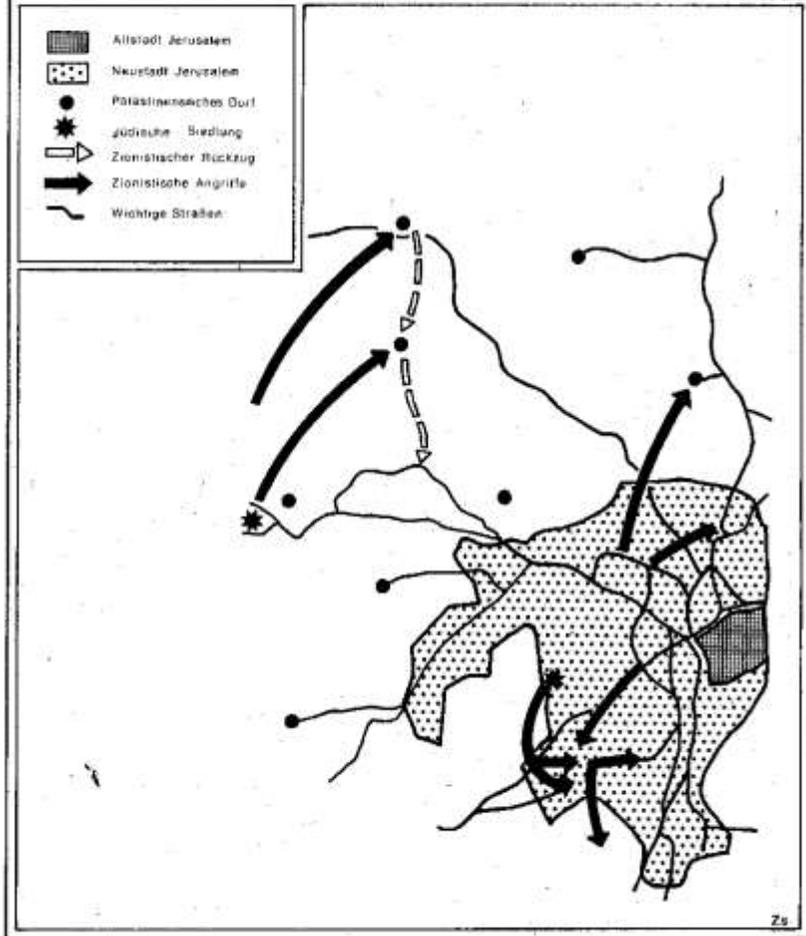
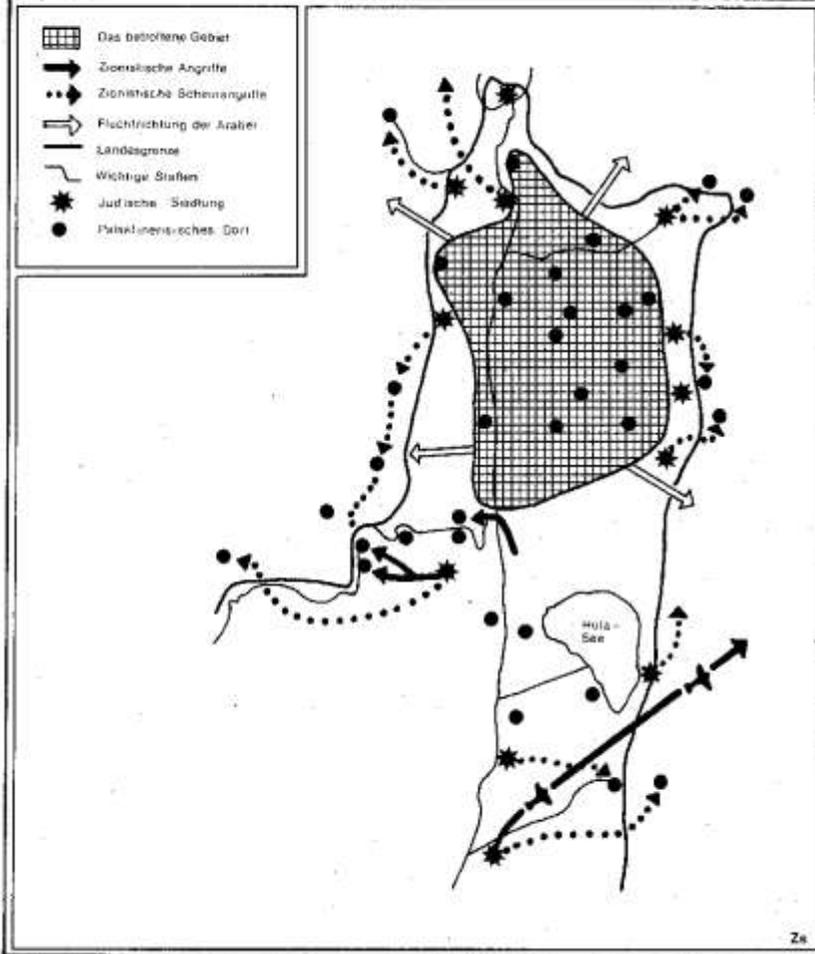


Abb. 22: Die Operation Yiftach



### 4.3 Die Resultate des Krieges von 1947 bis 1949

Als am 15. Mai 1948 der israelische Staat ausgerufen wurde, konnten die zionistischen Politiker und Militärs auf eine Reihe blutiger Massaker zurückblicken, mit deren Hilfe sie dem ‚Anspruch‘ auf ganz Palästina Nachdruck verliehen hatten. Daß es ihnen nicht auf ein Miteinander mit der einheimischen Bevölkerung ankam, sondern auf eine möglichst wirkungsvolle Vertreibung der Palästinenser, drückte Begin in einem Rückblick auf die damaligen Ereignisse so aus, daß er die Sache so bewertete, mit dem Massaker in dem Dorf Deir Yassin Entscheidendes für den Staatsaufbau bewirkt zu haben.

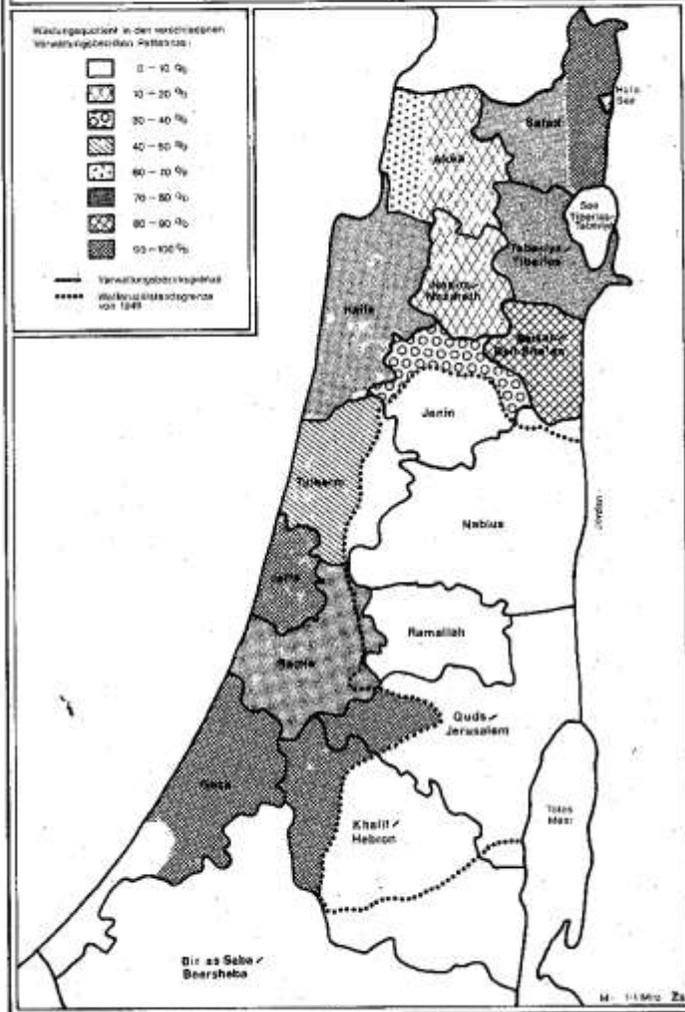
„Im Rest des Landes begannen die Araber in Panik zu fliehen, noch bevor sie mit der Jüdischen Armee überhaupt in Berührung gekommen waren. Nicht das, was in Deir Yassin geschah, sondern was mit Deir Yassin beabsichtigt war, half uns, unseren Weg zum endgültigen Sieg auf dem Schlachtfeld zu bahnen“<sup>86</sup>.

Das ganze Ausmaß der Vertreibung der palästinensischen Bewohner läßt sich aus der nachfolgenden Abbildung entnehmen. Es wird dabei deutlich, daß vor allem im Bezirk Jaffa, im Gebiet um den Hula-See, sowie in einem breiten Korridor vom Mittelmeer bis nach Jerusalem (*Quds*) fast alle palästinensischen Dörfer vernichtet worden waren<sup>87</sup>.

Abb. 23: Räumliche Lage der palästinensischen Dörfer nach 1949



Abb. 24: Die Wüstung arabischer Dörfer in den verschiedenen Verwaltungsbezirken Palästinas zwischen 1947 und 1950 (ss)





8. Überreste des arabischen Dorfes Al-Mas'udiya, dessen Einwohner (etwa 1.500) 1948 vertrieben wurden. Heute liegt es an einer der Hauptstraßen Tel Avivs und wird von jüdischen Bürgern bewohnt. Rechts im Hintergrund das Gebäude der Histadrut-Zentrale, die auf dem Boden dieses Dorfes erbaut wurde.



9. Überreste des arabischen Dorfes Scheich Muwanis, dessen Einwohner (etwa 2.500) 1948 vertrieben wurden. Heute leben dort jüdische Bürger in Elendsquartieren. Das Gelände liegt inmitten des Tel Aviver Stadtbezirks Ramath Aviv. Rechts im Hintergrund Gebäude der Universität Tel Aviv.

Abdallah Frangi, dessen Familie Opfer der terroristischen Aktionen in der Stadt Bir as Saba (später Beersheba) wurde, beschreibt die Ereignisse wie folgt: „Das Vorgehen war immer das gleiche: die jüdischen Einwanderer umzingelten die Dörfer, erschossen alle Bewohner oder sprengten sie mit sämtlichen Häusern in die Luft; und dies oft, wenn die Männer bei der Arbeit waren, sodaß die Opfer meist Frauen und Kinder waren. Bei diesen Angriffen wurden (zwischen dem 12. Dezember 1947 und dem 20. April 1948) rund 600 palästinensische Zivilisten ermordet, Hunderte von Häusern gesprengt, Tausende von Menschen verletzt.

Zwei berühmte Beispiele:

Am 30. Dezember 1947 griff eine ‚Palmach‘-Gruppe (zionistische Miliz) das Dorf Bald-al-Shaikh an. 60 Palästinenser wurden in den Häusern ermordet. Die Angreifer steckten alle Häuser in Brand. Zahlreiche Frauen und Kinder starben anschließend in den Flammen. Am 9. April überfielen Kommandos von Irgun und Stern das Dorf Deir Yassin. Nach dem grausamen Massaker entdeckten Angehörige des Roten Kreuzes die Leichen von 254 Männern, Frauen und Kindern“<sup>88</sup>.

Abdallah Frangi schildert auch die zionistischen Aktionen in den palästinensischen Städten: „Am 22. April 1948 griffen die jüdischen Truppen Haifa nach Mitternacht an, besetzten Häuser und Straßen – 30 Araber wurden getötet, 200 verletzt, die übrigen Bewohner evakuierten in Panik ihre Familien nach Accra (Akka, d.V.). Auf dem Wege nach Accra wurden nochmals 100 Palästinenser getötet und 200 verletzt. Am 25. April bombardierten die Zionisten Jaffa. In Panik flohen die Bewohner auf allen möglichen Wegen. Die jüdischen Streitkräfte sprengten Häuser und Wohnungen ... Schon am 30. April begann der Großangriff der Haganah auf Jerusalem“<sup>89</sup>.

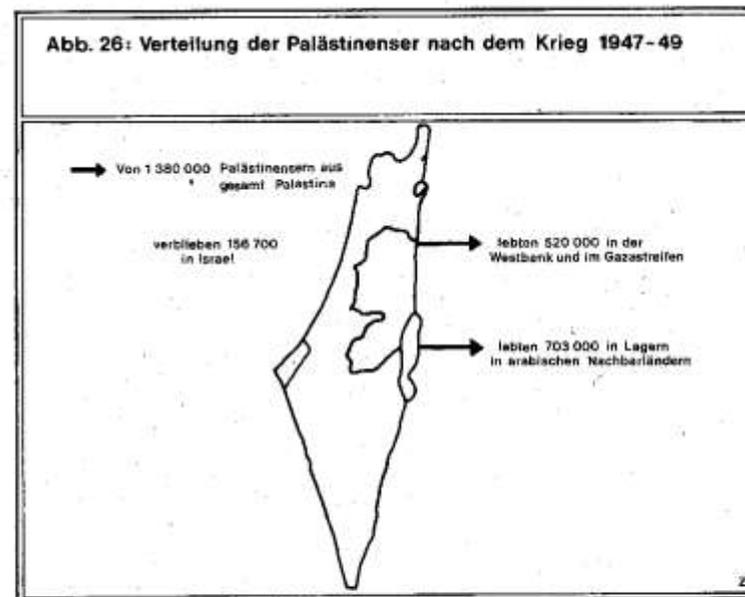
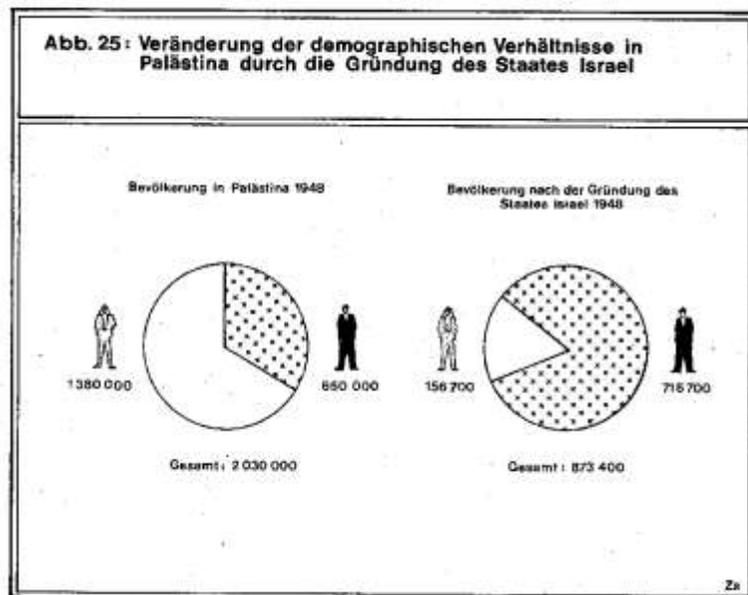
Solche Aktionen dienten nicht allein der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Sie brachten auch mit sich, daß die Felder, Häuser, Werkstätten und Geschäfte der Palästinenser verlassen wurden und damit den zionistischen Eroberern zufielen. Selbst wenn später einzelne geflohene Besitzer zurückkehrten, so blieb es doch bei hohen materiellen Verlusten für die arabische Bevölkerung. So war beispielsweise der Landbesitz des Dorfes Qaliba infolge des Krieges auf die Hälfte reduziert worden. Die Waffenstillstandslinie wurde mitten durch das Dorf gezogen, und als das Dorf dann schließlich vom jüdischen Staat annektiert wurde, verblieb dessen westlicher Teil in jüdischem Besitz. Circa 7.000 Dunum Land wurden somit allein in diesem Falle als Kriegsbeute einbehalten. Die Regierung bot später als Ersatz lediglich eine sehr niedrige Entschädigung an, die die palästinensischen Bauern jedoch in der Mehrzahl nicht annahmen, da sie den Landraub nicht akzeptieren wollten<sup>90</sup>.

Zur Wirkung der Vernichtung arabischer Dörfer durch zionistische Kommandoaktionen äußerte sich Moshe Dayan in einer Rede vor Studenten der

Technischen Hochschule in Haifa im Jahre 1969 folgendermaßen: „Wir kamen in dieses Land, das bereits von Arabern bewohnt war, und errichteten hier einen hebräischen, das heißt jüdischen Staat ... Jüdische Dörfer entstanden an Stelle der arabischen Dörfer. Ihr kennt nicht einmal die Namen dieser Dörfer und ich werfe euch das nicht vor, da die entsprechenden Erdkundebücher nicht mehr existieren. Nicht nur die Bücher existieren nicht, auch die Dörfer gibt es nicht mehr ...“<sup>91</sup>.

Doch nicht allein die palästinensischen Dörfer waren verschwunden. Die Zionisten hatten auch die Ländereien der Palästinenser verwüstet und okkupiert, sowie einen großen Teil der ansässigen Bevölkerung zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen. Die nachfolgenden Daten geben einen Überblick über die Resultate des zionistischen Terrors.

Zum Ende der britischen Mandatszeit hatte ganz Palästina rund 1,3 Millionen arabische Einwohner, von denen 850.000 in Dörfern, 400.000 in Städten sowie rund 50.000 als Nomaden oder Halbnomaden lebten.



Nach der Staatsgründung Israels verblieben nur noch 156.700 arabische Einwohner im Staatsgebiet, während 750.000 Palästinenser vertrieben wurden. Rund 700.000 Palästinenser verblieben in Palästina außerhalb der Staatsgrenzen Israels. Den 156.700 arabisch-palästinensischen Einwohnern standen nun 716.700 jüdische Einwanderer auf dem Gebiet des zionistischen Staates gegenüber, womit eine massive jüdische Mehrheit erreicht worden war<sup>92</sup>.

Insgesamt mußten rund 80% der im Staatsgebiet lebenden Palästinenser fliehen. 70% der in den Libanon und nach Syrien geflüchteten Palästinenser stammten aus Nordpalästina. 80% der nach Jordanien und in die Westbank geflohenen Palästinenser kamen aus Zentralpalästina. 80% der in den Gazastreifen geflohenen Palästinenser lebten zuvor in Jaffa und in den südlichen Bezirken Palästinas. Die überwiegende Mehrheit aller Flüchtlinge lebt heute in der Westbank und im Gazastreifen, der sich zum größten Flüchtlingslager der Welt entwickelte<sup>93</sup>.

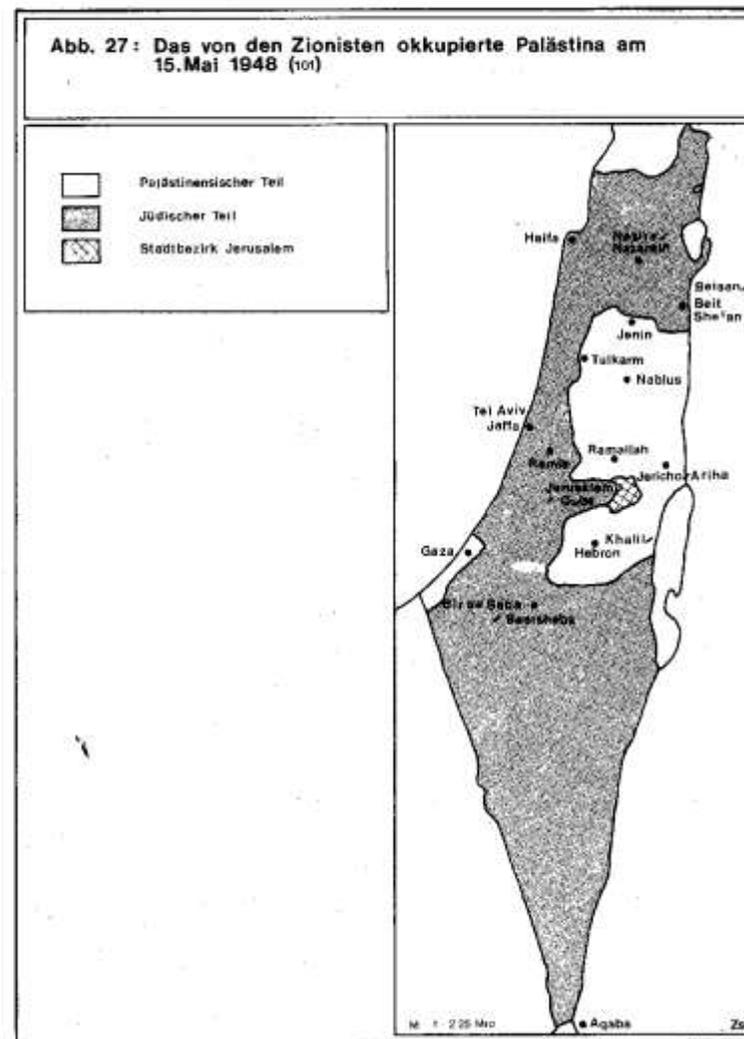
Von den 364 palästinensischen Dörfern, die zum Ende der Mandatszeit im Staatsgebiet gezählt wurden, verblieben nach den zionistischen Aktionen nur noch 100. Ihre Zahl veränderte sich auch in der Folgezeit nicht mehr. Ihre Lage konzentrierte sich auf Nordpalästina und auf die Gebiete an der Westgrenze zur zentralen Hügelregion. Nach israelischen Schätzungen betrug das von der palästinensischen Bevölkerung verlassene und dann den Juden zugefallene kultivierbare Land das Doppelte dessen, was die Zionisten bis dahin, also seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, erworben hatten. Was die gesamte Fläche des zionistischen Staates betrifft, umfaßte Israel nach dem Krieg von 1947-49 fast  $\frac{4}{5}$  des Bodens von Palästina in seiner Ausdehnung während der Mandatszeit<sup>94</sup>. Im einzelnen sah die Verteilung des kultivierbaren Bodens folgendermaßen aus: Rund 1,8 Millionen Dunum befanden sich bis zum Jahre 1947 in jüdischem Besitz<sup>95</sup>. Etwa 4,5 Millionen Dunum Land geflüchteter Palästinenser war in jüdischen Besitz übergegangen<sup>96</sup>. Nur rund 800.000 Dunum kultivierbaren Bodens verblieben in arabischem Besitz<sup>97</sup>. Circa 3,6 Millionen Dunum wurden einer israelischen Treuhandgesellschaft übergeben, da die Grundbesitzer ihr Land ‚kurzzeitig‘ verlassen hatten. Diese Ländereien wurden später nicht zurückgegeben<sup>98</sup>, sondern Teil der nationalen, sogenannten ‚Israel-Böden‘.

Von den insgesamt 10,5 Millionen Dunum kultivierbaren Landes waren demnach nur noch 800.000 Dunum in palästinensischem Besitz verblieben, während die Zionisten 9,9 Millionen Dunum okkupiert hatten. 90% dieses Landes wurden vom israelischen Staat nationalisiert, circa 4,8 Millionen Dunum des ehemaligen palästinensischen Grundbesitzes wurden dem ‚Jüdischen Nationalfonds‘ übereignet<sup>99</sup>. Der damalige Wert des von den Zionisten geraubten Landes belief sich nach UN-Schätzungen auf insgesamt rund 100.383.784 Pfund Sterling<sup>100</sup>.

Durch die Aggression zum Ende der Mandatszeit hatte sich die Zionistische Organisation entscheidende Grundlagen für den Aufbau und die Konsolidierung ihres zukünftigen Staates verschafft: Über die bereits besiedelten und in Beschlag genommenen Gebiete – die Küstenebenen, das Tal zwischen Haifa und Beisan und Teile des nördlichen Jordantals – hinaus gelang es ihr, das Hula-Tal und das Gebiet um Beisan, also das nördliche Jordantal, praktisch zu ‚entarabisieren‘. Ebenso waren die Städte Haifa und Jaffa fast völlig von ihrer palästinensischen Bevölkerung verlassen. Das ‚jüdische Territorium‘ reichte nun bis an die arabisch dicht besiedelten Gebiete in Nord-Palästina und in der zentralen Hügelregion heran. Die Bevölkerungszusammensetzung im israelischen Staat war radikal geändert worden: Waren die jüdischen Kolonisatoren im Jahre 1947 noch in der Minderheit gewesen, so hatten sie nach 1949 im zionistischen Staat die Mehrheit inne. Sie besiedelten die fruchtbarsten Landstriche und hielten mit dem Hula-Tal das Quellgebiet des Jordans unter Kontrolle.

Die Gründung des Siedlerstaates Israel auf dem Boden Palästinas war nur

der letzte Schritt einer systematischen Entwicklung, die bereits mit dem Aufkommen des Zionismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Durch eine Politik der vollendeten Tatsachen und nicht zuletzt durch



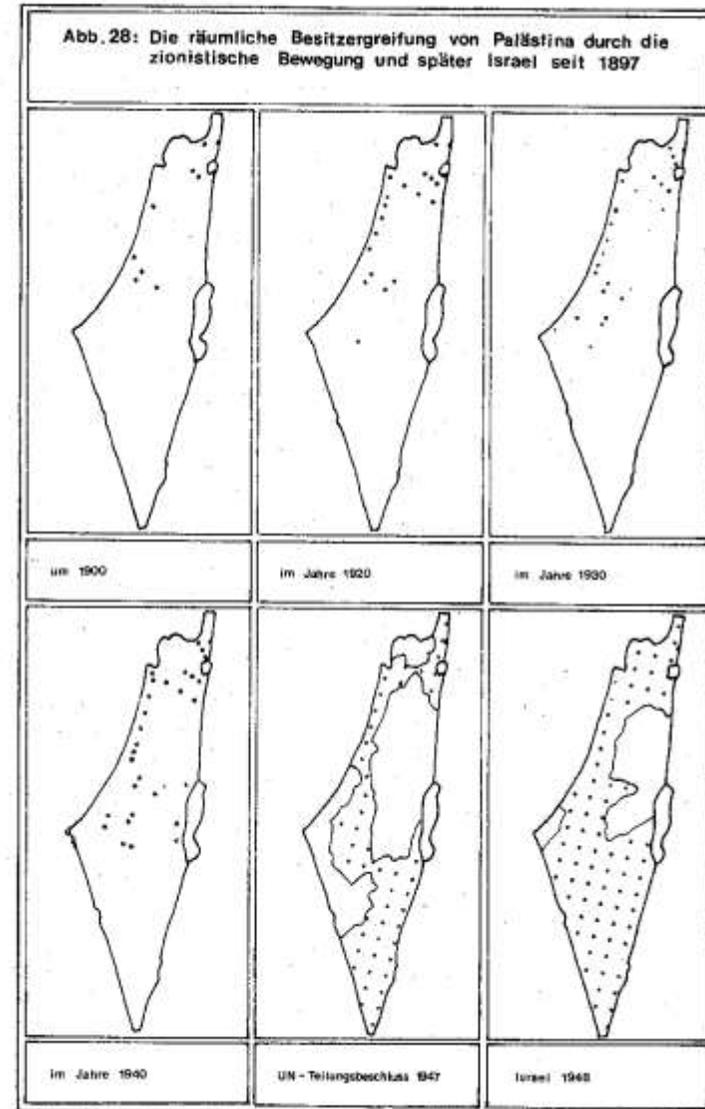
die massive Unterstützung des britischen Imperialismus hatte es die Zionistische Organisation innerhalb kurzer Zeit geschafft, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen Machtpositionen in Palästina zu errichten und palästinensische erst gar nicht entstehen zu lassen.

Auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung war ein eigener, kapitalistischer Wirtschaftssektor entstanden. Die Palästinenser waren mit der Losung von der „Jüdischen Arbeit“ aus diesem Produktionsprozeß vollständig ausgeschlossen worden. Es waren eigene Institutionen aufgebaut worden, von der ersten Genossenschaft und der Histadrut über verschiedene Parteien, Schulen, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, Justizorgane und paramilitärische Organisationen bis hin zur Jüdischen Agentur, die sich als eine Art zionistische Gegenregierung entwickelte. Kurz gesagt: Die Zionistische Organisation hatte sich unter dem Schutz der britischen Mandatsverwaltung einen Staat im Staate geschaffen.

Nachdem die Zionistische Organisation im Krieg 1947-49 große Teile des Bodens, den sie nicht durch ihre planmäßige Kaufpolitik gewinnen konnte, dazu erobert und einen großen Teil der palästinensischen Bevölkerung daraus vertrieben hatte, erreichte sie auch noch die legale Anerkennung und Zusprechung dieser Fläche als jüdisches, israelisches Territorium. Das erste Etappenziel war erreicht worden, ein jüdischer Staat konnte entstehen.

In den folgenden Abbildungen zeigen wir noch einmal im Überblick das räumliche Ausmaß der Kolonisierung bis zum Jahre 1944, also vor dem Krieg, und schließlich den gesamten Prozeß bis zur Staatsgründung.

Von anfänglich individualistisch angelegten Siedlungen über Großkaufaktionen an Boden und gezielte Ansiedlungen von Juden aus aller Welt bis zu militärisch gestütztem Landraub war das Raumkonzept der zionistischen Bewegung spätestens seit 1918 zielstrebig und planmäßig umgesetzt worden. In Etappen wurde das räumliche Konzept von der Inbesitznahme des fruchtbaren Küstenstreifens mit entsprechenden ländlichen und städtischen Siedlungskonzentrationen nach Osten, Norden und Süden umgesetzt, so wie es die jeweilige Lage auf dem Bodenmarkt zuließ. Mit Kauf, Besiedlung und zuletzt militärischer Eroberung – unter dem Schutz des britischen Mandats und zuletzt unter Billigung der UNO – gelang es der jüdischen, zionistischen Gesellschaft nach 30 Jahren gezielten Vorgehens, die Küste zwischen Haifa und Jaffa, die großen Küstenstädte, einen breiten Korridor von der Küste nach Jerusalem (*Quds*), einen breiten Korridor von der Küste bis zum Jordantal und dem See Tiberias (*Taberiyä*) und das gesamte Quellgebiet des Jordan im nördlichen Hula-Tal, die Ränder des Toten Meeres, die Wüste Negev im Norden und einen Teil der Grenze zum Libanon zu beherrschen. Von der Küste aus war das „Netz“ von Siedlungen und nicht bebauten Ländereien derart gespannt worden, daß die palästi-



nensischen Dörfer und Städte von allen Seiten durch jüdisch-zionistische Gebiete eingegrenzt waren, das Land in drei Teile gespalten schien, in den Norden, die zentrale Bergregion und die Bergregion um Hebron (*Khalil*), und außerdem das palästinensische Volk für die Entwicklung seiner Lebensbedingungen zentral notwendige Gebiete verloren hatte, wie das wasserreiche Hula-Tal, die fruchtbare Küstenebene und den Zugang zum Roten Meer.

Seit Erscheinen des ‚Weißbuches‘ 1939 und spätestens mit Beginn der terroristischen Aktionen zionistischer Organisationen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung Anfang des Jahres 1940 waren die Mittel der zionistischen Landnahme rein gewaltmäÙig geworden. Wer bis dahin geglaubt hatte, es könne ein Nebeneinander von Juden und Arabern geben, wurde von der Zionistischen Bewegung eines Besseren belehrt. Sie hatte den anderen Weg gewählt, die zionistische Ideologie führte konsequent zur Vertreibung der Palästinenser und zur Zerstörung ihrer Existenz. Um diesen Preis war der israelische, jüdische Staat entstanden. Wie würde es aber weitergehen? Noch lebten ca. 150.000 Palästinenser in ‚Israel‘, konzentriert im Norden, im Bezirk Nazareth (*Nasira*) und in dem sogenannten Dreieck Al-Muthallath. Noch war der palästinensische Boden nicht in vollständigem Besitz der Zionistischen Bewegung und ihres Staates. Sollte jetzt unter eindeutigen Mehrheiten für die Juden ein Nebeneinander möglich sein?

## Kapitel III

---

### Von der Kolonisation in einem fremden Land zur ›Inneren Kolonisation‹ in Israel

## Kapitel III

---

Von der Kolonisation in einem fremden Land zur ›Inneren Kolonisation‹ in Israel

## Von der Kolonisation in einem fremden Land zur ›Inneren Kolonisation‹ in Israel

Mit der Errichtung des jüdischen Staates war für die Zionistische Bewegung das territoriale Problem noch nicht gelöst. Für die folgende Etappe wurde die faktische Umwandlung dieses vor allem mit Hilfe von Gewalt eroberten Gebietes in jüdisches Gebiet zur zentralen Aufgabe der Planung. Was bisher neben und teilweise unter dem Schutz der Mandatsregierung organisiert worden war, konnte nun öffentlich, per staatlicher Macht geschehen: der Aufbau und die Festigung der jüdischen, nun israelischen Gesellschaft einerseits und die Verdrängung, ja Zerstörung der Reste der palästinensischen Gesellschaft andererseits. Das Ziel aller Planungen wird beibehalten; die Mittel zur Aneignung des Bodens, zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse und zum Aufbau jüdischer Machtstrukturen, werden nun ‚legale‘ sein. Diese erste Etappe staatlich organisierter ‚Judaisierung‘ des palästinensischen Bodens fassen wir bis 1967.

## 1. Strategische Ziele und Bedingungen der Inneren Kolonisation

Nicht alle Gebiete, die durch den vorausgegangenen Krieg dem Staatsgebilde Israel zufielen, waren zu hundert Prozent ‚entarabisiert‘ worden. Der neue Staat richtete deshalb all seine Planung darauf aus, diesem Ziel näher zu kommen. Die Bevölkerungsmehrheiten waren zwar für die Juden unterschieden, die Anteile am Bodenbesitz reichten jedoch noch nicht, sie sollten zugunsten der jüdischen Bevölkerung geändert werden. Der palästinensische Raum und die palästinensische Gesellschaft sollten durch jüdische Strukturen ersetzt werden. Granovsky (Granott) beschrieb diese Aufgabe folgendermaßen: „Nicht die Anzahl der Dunam, die in den jüdischen, ja sogar in den Keren Kajemeth-Besitz übergegangen sind, wird das Land jüdisch machen, sondern die Zahl der arbeitenden und produzierenden jüdischen Menschen. Ginge durch ein Wunder der gesamte freie Boden Palästinas sofort und formell in jüdischen Besitz über, so wäre damit die Frage der jüdischen Heimstätte noch keineswegs gelöst. Die entscheidende Frage des Aufbaus – das sollten wir nicht vergessen – ist die Bildung der jüdischen Mehrheit im Lande“<sup>1</sup>.

Das Problem der jüdischen Bevölkerungsmehrheiten war nicht schwierig zu lösen. Die zwischen 1948 und 1952 in ihrer großen Mehrheit aus dem Orient kommenden 700.000 Einwanderer ermöglichten es der neuen Regierung, eine entsprechende Bevölkerungsverteilung zu planen und den Prozeß der ‚Judaisierung‘ mit ihrer Hilfe zu beschleunigen. Für diese Menschen mußten Boden und Siedlungsraum beschafft werden. Die Jüdische Agentur drängte darauf, neue Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen zu erschließen, auf denen die Neueinwanderer die Basis für eine unabhängige, jüdische Wirtschaftsstruktur schaffen sollten. Alle natürlichen Ressourcen, vor allem der verfügbare Boden und die Wasserreserven des Landes, wurden einer sorgfältigen Prüfung und Planung unterworfen. Die Entwicklungsprojekte schlossen sich dabei konsequent an die Besiedlungspolitik von vor 1948 an. Die Küstengebiete sollten weiterentwickelt und durch Handelsstädte ergänzt werden. Die arabisch dicht besiedelten Gebiete, vor allem Nordpalästina, sollten mit jüdischen Siedlungen durchdrungen werden. Die begonnene Besiedlung der Gebiete zwischen Jaffa/ Tel Aviv und Jerusalem (*Quds*), sowie zwischen Haifa und Beit She’an (*Beisan*) sollte fortgesetzt werden. Hinzu kam die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen, die Sicherung der Bodenschätze und vor allem die Sicherung und Erweiterung der Wasserversorgung. Sogenannte ‚Sicher-

heitsbedürfnisse‘ ließen die Besiedlung der Grenzgebiete zu den arabischen Nachbarländern, zum Gazastreifen und zur Westbank notwendig erscheinen.

Verschiedene besondere Bedingungen des israelischen Staates begünstigten die Umsetzung dieser Projekte. Die eine schon erwähnte Bedingung war der große Einwandererstrom in den ersten 3 Jahren nach der Staatsgründung. Die aus Europa stammenden Flüchtlinge bildeten vor allem eine moralisch-ideologische Stütze, die der konkreten Politik zum Erfolg verhalf. Der überwiegende Teil dieser Menschen, die dem Tod in den faschistischen Konzentrationslagern gerade entkommen waren, beteiligte sich mit großem Enthusiasmus an der Unterwerfung des palästinensischen Bodens. Für sie war Israel zur ‚rettenden Heimstätte‘ geworden, die sie verteidigen würden. Allen Juden der Welt sollte diese ‚Heimstätte‘ von nun an offenstehen, wie es Ben Gurion beschrieb: „Unsere erste Pflicht ist heute nach wie vor die Sammlung der Verbannten. Niemand kann voraussagen, wieviel verstreute Gemeinden sich in Zion sammeln werden ... die Aufnahme dieser Gemeinschaften und ihre Eingliederung in das israelische Leben sind seit der Schaffung des Staates und auch heute die größte, gebieterische, dringende Aufgabe, der sich Israel widmet. Von dem ganzen Volk verlangt diese Sammlung der Verbannten eine ungeheure kolonatorische und erzieherische Anstrengung. Die Rückkehr des Volkes ist tatsächlich an die Rückkehr zum Boden gebunden“<sup>2</sup>.

Rückkehr zum Boden bedeutete auch die Fortsetzung des Aufbaus von Kibbuzim und Moshavim. Der Kollektivgedanke dieser Siedlungsformen (im Kibbuz sind Konsum und Produktion, im Moshav nur die Produktion kollektiv organisiert) ermöglichte es den relativ armen Neuankömmlingen, mit nur geringen Mitteln eine neue Existenzgrundlage aufzubauen, ohne daß der Staat allzu große Investitionen tätigen mußte<sup>3</sup>.

Für einen beschleunigten Judaierungsprozeß war vor allem der staatliche Zentralismus Israels günstig. Nicht nur die politische, auch die ökonomische Macht befand sich, seitdem der Zionismus zur Staatsideologie geworden war, in den Händen des Staatsapparates. Damit knüpften die staatlichen Organisationen an die Traditionen der vorstaatlichen Zeit an. Die politischen Machtorgane waren im Kern weiterhin nur Ausführer der Ziele des organisierten Weltzionismus. Der Staat wurde zu großen Teilen von der Weltorganisation finanziert, so daß er im Grunde nicht den reinen, kapitalistischen Wettbewerbsbedingungen unterliegen mußte, er hatte zum größten Teil nur Spenden zu ‚verwalten‘. Den größten Anteil am Staatshaushalt machten beispielsweise im Jahre 1960 die Zahlungen des jüdischen Nationalfonds aus, die 621,2 Mio. US-Dollar betragen und damit 53,5 Prozent zum gesamten Staatshaushalt beitrugen<sup>4</sup>. Dazu kamen dann noch die Wiedergutmachtungszahlungen der BRD, sowie diverse Entwicklungshilfen.

Unter solchen Bedingungen konnten sämtliche Elemente der räumlichen Neuordnung, die Wirtschafts-, die Siedlungs-, die Boden- und die Wohnpolitik dem Judaisierungsprozeß unterworfen werden. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Staat und der jüdischen Agentur sollte darüber hinaus dafür sorgen, daß der Aufbau der jüdischen Gesellschaft auch den zionistischen Vorstellungen entsprach. Da der Boden zum ‚unveräußerlichen Eigentum der jüdischen Nation‘ deklariert worden war und auf diesem Boden hauptsächlich genossenschaftlich oder staatlich produziert wurde (privatkapitalistische Unternehmungen gab es nur in der Textil-, Diamanten- und Lebensmittelverarbeitungsbranche), konnte die Ökonomie vollständig dem Primat der (zionistisch orientierten) Politik unterstellt werden.

Die erste politische Aufgabe des Staates bestand darin, den Boden Palästinas im Rahmen der 1948 von Israel gesetzten Grenzen faktisch zu israelisieren, legal anzueignen über die bisher ‚gekauften‘ 7% hinaus. Die Eroberung des Bodens und die Änderung der Bevölkerungsanteile waren das Entscheidende für den zionistischen Staatsaufbau. A. Böhm, ein österreichischer Zionist, hatte bereits im Jahre 1917 erklärt: „Überall in der Geschichte zeigt sich, daß ein Land nur dauernd von einem Volk besessen und in seinem Charakter bestimmt wird, das es tatsächlich bebaut. Nicht der Besitzer des Bodens, sondern der Bearbeiter nationalisiert das Land“<sup>8</sup>. Es reichte also nicht einmal, war die These, den formalen Besitztitel durch die Staatsbildung innezuhaben. Die Verwandlung des ehemals oder noch palästinensischen Bodens in jüdisches Territorium mußte erst in Angriff genommen werden. Die neu gewonnene, staatliche Macht in Palästina ermöglichte der zionistischen Regierung allerdings einen gewaltigen Sprung nach vorn bei der Aneignung und Besiedlung des palästinensischen Bodens.

Dies nicht vor allem aus zionistisch-ideologischen Gründen. Eine wichtige Begründung liegt darin, daß unter den gegebenen Bedingungen der israelische Staat als jüdisch deklariertes Staat nur dort von einem gesicherten Territorium ausgehen konnte, wo dieser Boden auch ‚Terra‘, nämlich jüdisch benutzt und bebaut, wurde. Überall dort, wo und solange noch Boden von palästinensischen Bauern und Bewohnern genutzt wurde und wird, war und ist quasi exterritorialer Raum, war und ist der jüdische Staat nicht vollständig realisiert.

Der jüdisch-nationale Anspruch auf den palästinensisch-arabischen Boden konnte nur durch beide Faktoren, die staatliche Herrschaft einerseits und die vollständige, konkrete Nutzung des Bodens andererseits, eingelöst werden. Der Widerspruch zwischen ‚Terra und Territorium‘<sup>9</sup>, der zugunsten der jüdischen Bevölkerung gelöst werden sollte, mußte deshalb bei der staatlichen Planung berücksichtigt werden. Umgekehrt ist heute

auch erklärbar, warum das palästinensische Volk die Frage des Bodens zum zentralen Punkt seines Widerstandes erhebt und den ‚Tag des Bodens‘ seit 1976 jährlich als Tag des Widerstandes begeht. Denn die Absicht, ein jüdisches Territorium zu schaffen, mußte zwangsläufig das palästinensische Volk ausgrenzen. Für eine andere als die ‚jüdische Nation‘ war nach zionistischer Ideologie, wie wir gesehen haben, kein Raum in Palästina, ein Aspekt, den Borochow schon im Jahre 1932 wie folgt zusammenfaßte: „Die nationale Konkurrenz ist kein gewöhnlicher Kampf zwischen zwei Gruppen, vielmehr verkörpert sie in der Regel das Streben einer Nation, die materielle Basis einer anderen Nation zu erobern und sie aus ihren Positionen zu verdrängen“<sup>7</sup>.

Und Ben Gurion kommentierte die Staatsgründung folgendermaßen: „Es ist kein jüdischer Staat durch die einfache Tatsache, daß die Juden die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sondern weil der Staat für den Juden ist, der sich darin niederzulassen begehrt“<sup>8</sup>.

Diese Logik bestimmte die Pläne und Programme des zionistischen Staates hinsichtlich der Beherrschung des Bodens. Den Boden zu besetzen, zu enteignen, zu besiedeln und ihn unter den Pflug zu nehmen, wurde zum Hauptinhalt der Planungen auf dem Lande und in den Städten. Es ging jedoch bei der ‚Judaisierung‘ nach wie vor nicht nur um das Staatsgebiet Israels in den Grenzen von 1948. Das ‚Gesetz der Rückkehr‘, eines der ersten neuen Gesetze<sup>9</sup>, das allen Juden der Welt die ‚Rückkehr‘ nach Israel ermöglichen sollte, sowie die Staatsproklamation beinhalteten bereits den unausgesprochenen Wunsch nach potentieller Ausdehnung des Gebietes über die ‚Waffenstillstandslinie‘ von 1948 hinaus. Efraim Orni, israelischer Landwirtschaftsexperte, faßte zusammen: „Die Existenz des Staates Israel garantiert erst das physische Überleben des jüdischen Volkes. Deshalb ist der Staat beauftragt, neben der Schaffung aller notwendigen Dinge für seine gegenwärtigen Bewohner, deren Kinder und Nachkommen, Israel zum Zentrum und Heimathafen jedwedes Juden zu machen, der zu irgendeiner Zeit an irgendeinem Ort der Welt wünscht, in Israel als Bürger zu leben ... Dieses gleiche Prinzip ist der ‚Israel Land Authority‘ und den in ihr repräsentierten Körperschaften auferlegt, die Verpflichtung, Boden verfügbar zu machen, der als Infrastruktur benötigt wird, um sowohl alle Neuankömmlinge aufzunehmen, als auch das Wohl der jetzigen Bewohner zu befördern“<sup>10</sup>.

Wie wichtig die demographischen Verhältnisse für die israelische Staatsbildung waren, wurde nach der ersten Volkszählung im November 1948 deutlich. Zwar waren die Mehrheitsverhältnisse nach dem Krieg entschieden, denn den inzwischen auf 716.700 angewachsenen jüdischen Einwohnern standen nur noch 156.700 palästinensische Einwohner gegenüber<sup>11</sup>, die in der Statistik als ‚Minderheiten‘ ausgewiesen wurden. Aber die Verteilung

der Bevölkerung war ungleich und für zionistische Vorstellungen ungünstig. Die arabische Bevölkerung konzentrierte sich praktisch auf drei Zentren: auf Nordpalästina, auf das sogenannte ‚Dreieck‘ zwischen Haifa, Tel Aviv/Jaffa und Tulkarm, sowie auf den Negev. In diesen drei Gebieten lebten etwa 90% der palästinensischen Bevölkerung Israels, 63% von ihnen allein in Nordpalästina. Das bedeutete, daß hier die Umwandlung von ‚Terra in Territorium‘ ernsthafte Schwierigkeiten bereiten würde. Die nationale Planung mußte sich daher bevorzugt auf diese Gebiete konzentrieren, die als ‚Notstandsgebiete‘ bzw. ‚unbewohnt‘ und ‚leer‘ bezeichnet wurden, wie es Simon Peres, ehemaliger israelischer Verteidigungsminister, formulierte: „Es gibt unbewohnte Flächen in Israel, die von der israelischen Ansiedlungspolitik besonders berücksichtigt werden müssen. Die arabischen Staaten wollen diese von Juden besetzten Gebiete zurückerhalten, deswegen ist die Frage der unbewohnten Gebiete bzw. nicht von Juden bewohnten Landgebiete ein sehr wichtiges Problem, für das unbedingt eine Lösung gefunden werden muß“<sup>12</sup>.

Im ‚Nationalplan für die Neuverteilung der Bevölkerung und für die Erbauung neuer Städte‘ von 1950 wird dieses Problem zur Kernfrage. „Israels Nationalplan sieht für die ländlichen Bezirke und Notstandsgebiete ... eine ausreichende Bevölkerungsdichte und Wohnungsversorgung ... vor“<sup>13</sup>. Wohnungsbau und Kreditvergabe sollten im Rahmen dieses Plans zwischen 1948 und 1951 die Ansiedlung von ca. 700.000 Neueinwanderern beschleunigen. Denn es war „die Not der Zeit, die die Chance der Masseneinwanderung, jetzt oder nie für die Neugründung (von Siedlungen, d.V.) zu nützen hatte“, wie sich E. Spiegel ausdrückte<sup>14</sup>. Die Siedlungsprogramme konzentrierten sich folgerichtig auf Nordpalästina, den Negev und das sogenannte ‚Dreieck‘. Ländliche Siedlungen und kleine Mittelstädte, die sogenannten ‚Neuen Städte‘, sollten „das gesamte Land, einschließlich der Grenzgebiete zu Libanon, Syrien, Jordanien und zum Gazastreifen mit einem engmaschigen jüdischen Siedlungsnetz ... überziehen“, interpretiert W. Richter die Nationalplanung<sup>15</sup>. Mit der Sicherung der Grenzen waren auch die militärischen Gesichtspunkte der Siedlungsplanung angesprochen, und so fehlten sie nicht in der Nationalplanung. „Die Verteidigungsplanung versucht, die industriellen Standorte der Feindeinwirkung möglichst zu entziehen und fordert eine Unterordnung der wirtschaftlichen Standortwahl unter die strategischen Überlegungen. Wirtschaftlichkeit und Sicherheit müssen in Israel wegen der gefährdeten politischen Lage für den industriellen Standort mit der Bevölkerungsverteilung und Wohnungsversorgung optimal kombiniert werden. Kibbuzim, Farmen, Dörfer und Städte in den Grenzgebieten bilden vor den Industriestandorten die erste Verteidigungslinie, weil ein Standortwechsel wegen der geringen räumlichen Entfernung im Kriegsfall unmöglich ist“<sup>16</sup>.

Zur Lösung der genannten Probleme wurde 1948 kurz nach der Staats-

gründung eine Kommission für Stadt- und Regionalentwicklung unter der Leitung des Bauhaus-Architekten Arie Sharon eingerichtet. Ab 1949 hieß sie Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung im Arbeitsbereich des Premierministers, der damals David Ben Gurion war. Diese Abteilung arbeitete den ersten Nationalplan für die Entwicklung des Landes aus, der 1950 in der Knesset, dem israelischen Parlament, beschlossen wurde.

Zwar wurde das Amt 1952 noch einmal geteilt und im Bereich der National- und Regionalentwicklung dem Bereich des Premierministers, im Bereich der lokalen und Distriktplanung dem Innenministerium unterstellt, im Prinzip arbeitete man aber zur Durchsetzung der im Nationalplan aufgestellten nationalen Entwicklungsziele weiterhin eng zusammen. Wie A. Sharon berichtet, war das Hauptproblem der Nationalentwicklung die Bevölkerungsverteilung: weg von den Ballungszentren an der Küste, hinein in das sogenannte ‚Hinterland‘<sup>17</sup>. Industrieentwicklung, landwirtschaftliche Entwicklung, Städteplanung, Wasserbewirtschaftung, Erholungs- und Freizeitplanung und die Verkehrsplanung waren diesem Ziel untergeordnet und sollten vor allem der Ansiedlung und Versorgung der Bevölkerung in den neuen Standorten dienen. Das Gebiet von Israel wurde zu diesem Zweck in 24 Planungsregionen aufgeteilt.

In einer Ausstellung im Jahre 1950 in Tel Aviv wurden die zentralen Probleme aus der Sicht der Planungsgruppe und die Ziele der Planung der Öffentlichkeit vorgestellt. Daraus die folgende Darstellung<sup>18</sup>.

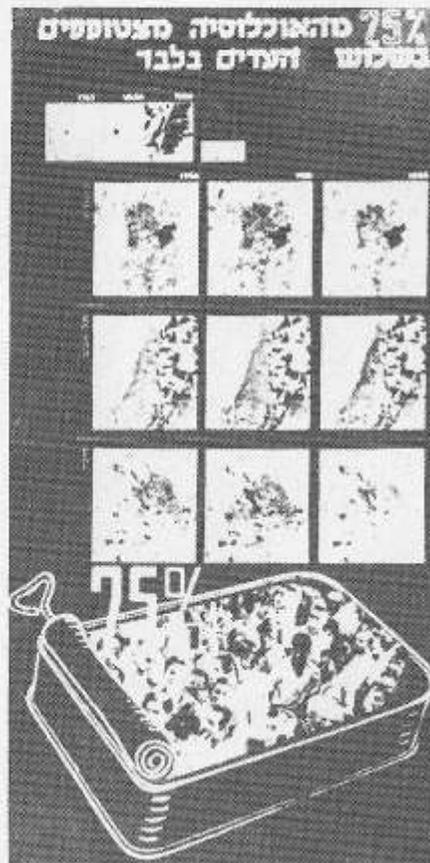
### 1. Bevölkerungsverteilung

Unter dem Motto »Planung oder Laissez-faire?« wurde das Problem einer sinnvollen Bevölkerungsverteilung aufgeworfen, weg von einer Konzentration von 80% der jüdischen Bevölkerung an der Küste.

11.



12.



### 2. Entballung der Städte

Zum Problem der überfüllten Städte wurde die Frage gestellt: Erweiterung der bestehenden Städte, willkürliches Ausuferern oder gezieltes Planen „neuer organisch gewachsener Stadtteile?“ Und sollte die Industrie in den Städten die Umwelt weiterhin belasten, oder nicht nach den damaligen, städtebaulich international gültigen Vorstellungen die Industrie in getrennten Bezirken abseits von den Wohnzentren angesiedelt werden?

13.



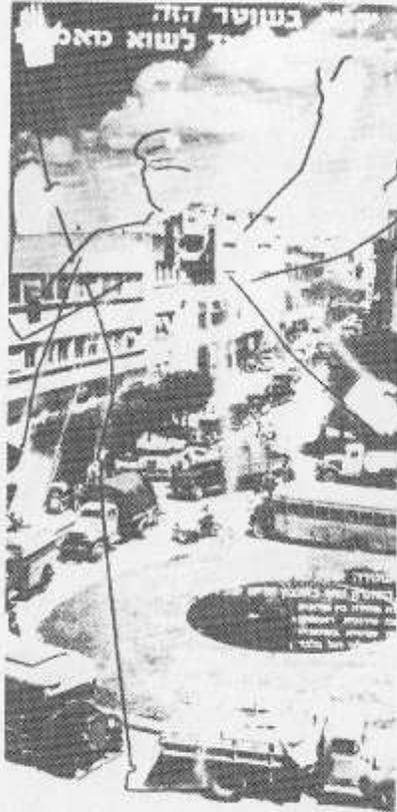
14.



### 3. Verkehr und Freizeit

Verkehrsprobleme sollten im Zusammenhang mit den „organisch gewachsenen“ Städten ebenfalls gelöst werden. Und die Küste, der Strand sollten für die Freizeit und die Erholung freibleiben.

15



16.



### 4. Wohnungsversorgung für die Einwanderer

1.000 Immigranten pro Tag im Jahre 1950 bildeten ein immenses Problem, denn für sie Wohnung, Arbeitsmöglichkeiten und Versorgungseinrichtungen zu schaffen, erforderte ungeheure Anstrengungen vom Staat und seinen neuen Bewohnern. Aber diese Masseneinwanderung bot auch erst die Möglichkeit, eine Bevölkerungsmasse zu „verteilen“, wie es die Planung vorsah. Viele Einwanderer wurden zunächst in Zelten untergebracht, bis sie feste Wohnhäuser beziehen konnten.

17.



18.



Wie bereits bis hierher deutlich wird, befaßte sich die israelische Planung nach der Staatsgründung ausschließlich mit dem Problem der jüdischen Gesellschaft. Die palästinensischen Räume wurden nur als Hintergründe neu zu planender Städte, Dörfer, Wälder, Freizeiteinrichtungen oder Straßen begriffen.

Welche Rolle würde die Raumplanung also für die Umwandlung von ‚Terra in Territorium‘ spielen? Welcher Mittel würde sie sich bedienen? Wenn Raumplanung auch im Rahmen des Stabilisierungsprozesses des jüdischen Staates eine zentrale Rolle spielen sollte, dann läge ihr Auftrag in der Änderung der demographischen Verhältnisse, vor allem im palästinensischen Norden des Landes, in der Verfügbarmachung des Bodens und in der Schaffung der Voraussetzungen für die konkrete Umwandlung des Bodens durch Besiedlung mit jüdischen Einwohnern und seine Bebauung durch jüdische Bauern. Raumplanung würde dann zu einem wichtigen Element der Staatskonsolidierung und zum führenden Faktor der nun einsetzenden „inneren Kolonisierung“.

Als erste Aufgabe bestand die Verfügbarmachung des Bodens, der sich bis dahin ja noch größtenteils und offiziell in arabischem Besitz befand.

## **2. Die Enteignung des palästinensischen Bodens durch den zionistischen Staat als Voraussetzung für den Kolonisierungsprozeß**

### **2.1 Das Problem der Landnutzung**

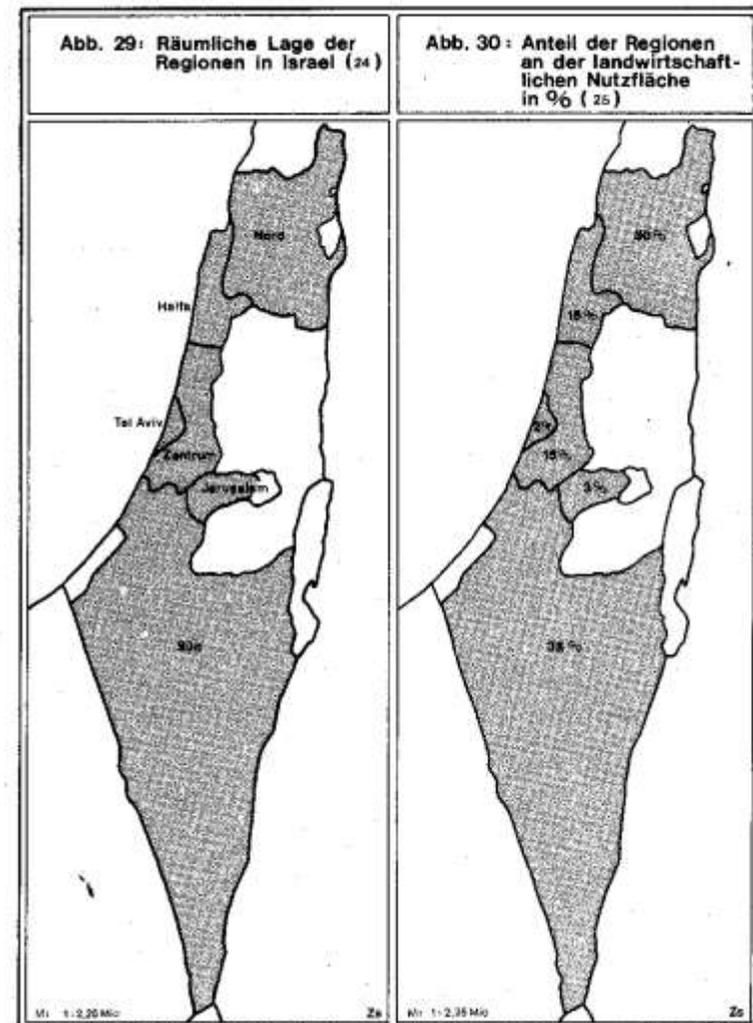
Im Jahre 1948 lebten nur etwa 15 Prozent der jüdischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. In rund 260 Siedlungen bearbeiteten sie ‚jüdischen Boden‘, wogegen die arabische Gesellschaft fast ausschließlich an die Landwirtschaft gebunden war<sup>19</sup>. Damit bestand bei der konkreten Unterwerfung des palästinensischen Bodens unter jüdische Hoheit und seine Umwandlung in jüdisch-israelisches Territorium für die zionistische Planung eine ungünstige Ausgangssituation. Die Kolonisationspolitik verfolgte deshalb das Ziel, den von den Palästinensern landwirtschaftlich genutzten Boden durch Landnahme zu verringern und schließlich auf dem den Palästinensern entrissenen Boden jüdische Farmen zu errichten. Schließlich versuchte man, neue landwirtschaftliche Flächen, noch nicht genutztes Land, zu erschließen.

Um die landwirtschaftliche Nutzfläche der Palästinenser zu verringern, wurde ein ausgeklügeltes Instrumentarium von Enteignungsgesetzen entwickelt. Um neue landwirtschaftliche Flächen auszuloten, wurde ein ‚Regierungsamt für Bodenerhaltung‘<sup>20</sup> eingerichtet, das die Aufgabe hatte, die Grenzen jüdischer Landbewirtschaftung möglichst weit auszuweiten. Zu diesem Zweck führte es in allen außerhalb der Wüste gelegenen Landesteilen eine sorgfältige Bestandsaufnahme der land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Böden durch. Die Untersuchung ergab, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche im Prinzip um 9,5 Millionen Dunum erweitert werden könnte, davon ca. 3,1 Millionen Dunum in der Küstenebene, 0,2 Millionen Dunum im unteren und oberen Jordantal, 4,0 Millionen Dunum Land im nördlichen Negev<sup>21</sup>, für deren Nutzung eine Erweiterung der künstlichen Bewässerung notwendig war. Bei entsprechenden Maßnahmen waren mehr als 50 Prozent dieser Flächen, nämlich insgesamt rund 5,5 Millionen Dunum sogar für intensiven landwirtschaftlichen Anbau geeignet. Von Bedeutung ist die Tatsache, daß allein 34 Prozent dieses intensiv nutzbaren Bodens sich in der Nordregion Palästinas, dem Hauptsiedlungsgebiet der palästinensischen Bevölkerung, befanden. Das ‚Regierungsamt für Bodenerhaltung‘ schlug vorerst vor, Programme zur Entwässerung von Sumpfland, zum Terrassenbau in den Bergländern und zur Bodenerhaltung im Negev, sowie in den Küstendünengebieten durchzuführen. Die Trocken-

legung des Hula-Tals, des Beit She'an (*Beisan*)-Tals und des Tals zwischen Haifa und Beit She'an (*Beisan*), sowie der Sümpfe in der Küstenebene südlich von Haifa wurde vorgeschlagen. Ein weiteres Projekt betraf die Bewässerung des mittleren und unteren Jordantals im Zusammenhang mit der Bewässerung des nördlichen Negev. Außerdem bestand die Absicht, die grundwasserführende Araba und das Westufer des Toten Meeres zu erschließen<sup>22</sup>.

Die Mehrzahl dieser Projekte mußte jedoch zwangsläufig mit den Interessen der palästinensischen Bevölkerung in Konflikt geraten. Sollten sie doch gerade in den Regionen durchgeführt werden, die die Schwerpunkte palästinensischer Besiedlung darstellten und darüber hinaus den größten Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche aufwiesen: in Nordpalästina, im ‚Dreieck‘ und im Nord-Negev.

Im Jahre 1948 war das für diese Projekte benötigte Land jedoch nicht einfach verfügbar, weil es sich weiterhin in arabischer Nutzung und offiziell in arabischem Besitz befand. Granott beklagte die Situation: „Das bisherige Land des jüdischen Nationalfonds war praktisch sämtlich ausgenutzt für Siedlungs- und Wohnungsbau und die Siedlungsbehörde hatte kaum noch freies oder disponibles Land. Die Siedlungsabteilung der Jewish Agency plante den Aufbau von Hunderten neuer Siedlungen, deren Durchführung das fruchtbare Land benötigte“<sup>23</sup>. Der private Besitz und die private Nutzung des Bodens durch palästinensische Bauern war zum echten Hindernis für die weitreichenden zionistischen Landnutzungsprogramme geworden. Es mußte eine Lösung gefunden werden. Mit Hilfe der staatlichen Macht konnte dieses Problem jetzt gelöst werden.



## 2.2 Die ›Legalisierung‹ des Landraubs

Bis zur Staatsgründung Israels war es vor allem eine Frage des Geldes, um unter dem britischen Mandat die Exklusivität der jüdischen Gesellschaft gegenüber der arabischen Gesellschaft aufzubauen und zu behaupten. „Mit der militärischen Herbeiführung der israelischen Staatlichkeit durch den Palästina-Krieg 1948/49 und der damit erfolgten Formalisierung ethnisch-exklusiver Souveränität brauchte die materielle Substanz hoheitlicher Gewalt sich nicht mehr hinter der ökonomischen Form zu verbergen. Der Zionismus als Staatsmacht konnte die Gewalt direkt und legal anwenden. Konfiszierung von sich in arabischem Eigentum befindlichem Boden, sowie der Ausschluß arabischer Arbeiter aus den nur Juden vorbehaltenen, wirtschaftlich erschlossenen, Bereichen wurden über die administrative Militärverwaltung, der die Araber Israels mehrheitlich unterworfen waren, exekutiert“, interpretiert Dan Diner die neue Situation <sup>26</sup>. Die jüdische Staatlichkeit war nur über Stofflichkeit, den Boden, realisierbar. Die palästinensische Bevölkerung war Besitzer und Nutzer des Stofflichen, was ihre gewaltsame politische und ökonomische Ausgrenzung zwingend machte. Die Anwendung von Gewalt und Terror gegenüber den Palästinensern fand ihren legalen Ausdruck in den Militärgesetzen, die bis 1967 gültig waren und die teilweise aus der Mandatszeit übernommen bzw. erweitert wurden. Der Nord-Negev, das ‚Dreieck‘ und Nordpalästina wurden zu Militärzonen erklärt. Die palästinensischen Bewohner unterstanden damit zu 90% der Kontrolle und den Anordnungen der israelischen Militärregierung. Massaker und Vertreibungen wurden unter diesem Regime ganzen Dörfern gegenüber ausgeführt. Dem Massaker von Iqrit (bei Akka) im Jahre 1951 folgten Massaker in Al-Tira (bei Ramla) und Abu Gosh (bei Quds) im Jahre 1953, sowie die Massaker in Akka und Kufur Kassem (bei Tulkarm) im Jahre 1956. Solche Aktionen verfolgten allein den Zweck, den Palästinensern Grund und Boden wegzunehmen und sie zur Flucht zu bewegen <sup>27</sup>.

Die wirksamste Methode zur Enteignung der arabischen Bauern bestand jedoch in der Anwendung der zum Teil extra für diesen Zweck geschaffenen Gesetze. Angesichts der Beschwerden palästinensischer Bauern vor den Vereinten Nationen über den Landraub sollten die Gesetze den Anschein von Legalität erwecken. Moralisch fühlten sich die Zionisten sowieso im Recht, wie die folgenden Berichte zeigen.

„Als ein arabischer Bauer zu einem Beamten der israelischen Landverwaltung sagte: ‚Wie könnt ihr abstreiten, daß ich der Eigentümer bin? Dieses Land ist mein Eigentum. Ich ererbte es von meinen Vätern und Großvätern und ich habe ein Besitzrecht darauf‘, antwortete der Beamte: ‚wir haben ein bedeutenderes Besitzrecht darauf. Wir haben Besitzrecht von Dan (im

Norden) bis Eilat (im Süden)‘. Als ein anderer Bauer zu einem anderen Beamten sagte: ‚Was ist das schon, was Ihr mir bietet? Nur 200 Pfund für ein Dunum?‘, antwortete der Beamte: ‚Dies ist nicht Dein Land. Es gehört uns. Wir bezahlen Dir Deinen Lohn als Nachtwächter. Du bist nur ein Nachtwächter; Du hast zweitausend Jahre auf unser Land aufgepaßt und wir bezahlen Dir Lohn. Aber das Land gehört uns“ <sup>28</sup>.

Grundlage aller rechtlichen Enteignungsvorgänge war die Militärgesetzgebung, der die arabische Bevölkerung Israels von 1948 bis 1967 unterworfen wurde <sup>29</sup>. Die 1945 durch die britische Mandatsmacht erlassene **Verteidigungs- und Notstandsgesetzgebung** („Defence Regulation“) beruhte auf der Ausnahmegesetzgebung von 1936, die gegen die sich erhebenden Araber gerichtet war. Sie blieb nach der Staatsgründung in Kraft und bot dem Staat Israel mit ihren 170 Bestimmungen jede Möglichkeit, sich in alle Angelegenheiten des Individuums einzumischen. Sie betrafen u.a. die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Bewegungsfreiheit etc.. Für die Bodenfrage war der Artikel 125 entscheidend.

Nach **Artikel 125** der ‚Defence Regulation‘ (1948) konnte der Militärgouverneur ein Gebiet zur Sperrzone erklären und damit das Betreten oder Verlassen eines Gebietes von einer schriftlichen Genehmigung abhängig machen. Aufgrund dieser Bestimmung wurden die Hauptwohngebiete der palästinensischen Bevölkerung in Nordpalästina, im ‚Dreieck‘ und im Negev zu Sperrgebieten erklärt. Die Bedeutung der Sperrgebiete für den Landraub wurde erst im Zusammenhang mit anderen Gesetzen und Verordnungen deutlich, die die Enteignung nicht genutzten Landes ermöglichten. Simon Peres, Direktor des Verteidigungsministeriums, schätzte 1962 die Bedeutung dieses Artikels so ein: „Die fortwährende Anwendung des Artikels ist ein kontinuierlicher Kampf zur Ansiedlung von jüdischen Immigranten.“ oder Ben Gurion: „Die militärische Herrschaft wurde aufgebaut, um im ganzen Land das Recht auf jüdische Ansiedlungen zu verteidigen“ <sup>30</sup>.

Die **Verordnung über die verlassenen Gebiete** (1948 Abandoned Area's Ordinance) regelte die Übernahme der Ländereien in jenen Gebieten, die durch den Krieg verwüstet und verlassen worden waren. Offiziell galt diese Verordnung als Maßnahme zum Schutz des verlassenen arabischen Eigentums und wurde einem sogenannten ‚Treuhandler‘ unterstellt. Im Zusammenhang mit weiteren Erlassen wurde aber sehr bald deutlich, daß es sich auch hier nur um die Vorbereitung der Konfiszierung des Eigentums sogenannter ‚Abwesender‘ handelte.

Im Rahmen der Notstandsgesetzgebung wurde im Jahre 1949 das **Gesetz zur Notbeschlagnahme von Land** (Emergency Land Requisition Law) verabschiedet. Absatz 2 dieses Gesetzes ermächtigte die israelische Regierung, den örtlichen Behörden Landbeschlagnahme zu erlauben, „wenn die Erteilung des Befehls notwendig ist für die Verteidigung des

Staates, die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Versorgung und von wichtigen öffentlichen Einrichtungen, für die Ansiedlung von Immigranten und von ehemaligen Soldaten oder Kriegsbeschädigten“<sup>31</sup>.

Einscheidend war die Wirkung der ebenfalls 1949 eingeführten **Verordnung über die Kultivierung von Brachland** (Emergency Regulations of waste-uncultivated Land). Offiziell wurde vertreten, daß das Gesetz dazu dienen sollte, den Landeigentümern zu helfen, ihre Felder zu bebauen. In Wahrheit diente es in Verbindung mit Artikel 125 der Notverordnung ebenfalls der Enteignung arabischen Landes. Land, das mindestens ein Jahr brach lag, konnte durch die obige Verordnung dem bisherigen Nutzer weggenommen und dann den jüdischen Siedlern übergeben werden. Brachland entstand aber erst über die Anwendung von Artikel 125 und die Errichtung von Sperr- und Sicherheitszonen. Sie hinderten nämlich die palästinensischen Bauern daran, ihr Land zu betreten.

1950 wurde dann im **„Gesetz über die Besitztümer Abwesender“** (The Absentees Property Law) die rechtliche Situation des Eigentums derjenigen, die ihr Land ‚verlassen‘ hatten, geklärt. Ein ‚abwesender Besitzer‘ ist: „(1) jede Person, die – zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 29. November 1947 und dem Tag, an welchem eine Erklärung veröffentlicht wird (das war dann 1950, d.V.) ..., die den durch den provisorischen Staatsrat verkündeten Ausnahmezustand für beendet erklärt ... – ein Bürger Palästinas war und seinen normalen Wohnsitz in der Absicht verlassen hat, um a) vor dem 1. September 1948 außer Landes zu gehen, b) in den Teil Palästinas zu gehen, der von den Mächten besetzt ist, die die Gründung des Staates Israel verhindern wollen bzw. nach seiner Gründung gegen ihn kämpfen“<sup>32</sup>. Mit Hilfe dieses Gesetzes wurde das Eigentum sogenannter ‚Abwesender‘ konfisziert, und die Eigentümer durften nicht wieder zurückkehren. Nach der Volkszählung aus dem Jahre 1947 gab es seltsamerweise nur noch ca. 100.000 ‚anwesende‘ Palästinenser. Rund 60.000 Palästinenser, die aus persönlichen und geschäftlichen Gründen oder einfach als Ergebnis der Vertreibungsaktionen der Zionisten nicht auf ihrem Boden anwesend waren, sich aber trotzdem im israelischen Teil Palästinas aufhielten, waren plötzlich zu ‚Abwesenden‘ erklärt worden. Von nun an gab es also zwei Kategorien von Palästinensern in Israel, die ‚Anwesenden Anwesenden‘ und die ‚Abwesenden Anwesenden‘. Granott berichtet von einer Gesamtsumme von über 5,7 Millionen Dunum Land, das unter die Kategorie braches oder ‚Abwesenden‘-Land fiel. Allein das zu den Dörfern gehörige, bewässerte Land wird von ihm mit 1.373.000 Dunum beziffert. Lustick zitiert die Enteignung von über 1.000.000 Dunum als ‚verlassen‘ eingestuftes Land in den palästinensischen Dörfern. Der Verlust palästinensischen Landes wird demnach auf ca. 80% der genutzten landwirtschaftlichen Fläche und 20% des städtischen Bodens geschätzt<sup>33</sup>.

Aufgrund der bisher genannten Gesetze und Verordnungen ging zwar ein

großer Teil des palästinensischen Bodens in israelisch-jüdische Verwaltung und Nutzung über, jedoch blieb er formaljuristisch noch das Eigentum der palästinensischen Araber. Um diesem Mangel abzuwehren, wurde 1953 das **„Gesetz über den Landerwerb“** (Land Acquisition Law) verabschiedet. Nach diesem Gesetz wurde der Finanzminister ermächtigt, bereits durch andere Maßnahmen konfisziertes Land zu israelischem Staatsland zu erklären und Entschädigungen an die Eigentümer zu zahlen. Teilweise wurden jedoch gar keine Entschädigungen gezahlt, und selbst wenn es Entschädigungen geben sollte, so waren sie in der Regel sehr niedrig, weil sie sich auf den Geldwert von 1950 bezogen. Die palästinensischen Landbesitzer lehnten in aller Regel solche Zahlungen ab, schon weil sie die Enteignung nicht akzeptieren wollten. Man muß also feststellen, daß dieses Gesetz de facto dazu diente, die entschädigungslose Enteignung des palästinensischen Bodens zu verschleiern. 250 palästinensische Dörfer und 1.250.000 Dunum Land gingen über diese ‚gesetzliche‘ Maßnahme in den Besitz des zionistischen Staates über<sup>34</sup>.

Den Abschluß der Enteignungsgesetze bildete 1958 das sogenannte **„Ersitzungsgesetz“** (auch inscription/Einschreib- oder Verjährungsgesetz). Um es zu verstehen, sei hier auf das osmanische Gesetz von 1858 und das englische Gesetz von 1928 verwiesen, wonach geregelt war: „Jedem, der ein Stück Land 10 Jahre lang bearbeitet hat, steht das Recht zu, nach Ablauf dieser 10 Jahre (Verjährung) dieses Land im Grundbuch auf seinen Namen eintragen zu lassen“<sup>35</sup>. Mit dem neuen ‚Ersitzungsgesetz‘ sollte die Frist auf 50 Jahre verlängert werden, um es den palästinensischen Bauern unmöglich zu machen, noch in absehbarer Zeit ihren Eigentumstitel zu erwerben. Auf den Protest dieser Bauern hin mußte jedoch die Frist auf 15 Jahre ‚herabgesetzt‘ werden. Alle Palästinenser aber, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes keine Eintragung im Grundbuch vorweisen konnten – und das war ja, wie bereits geschildert, aus verschiedenen Gründen unterblieben – wurden enteignet. Jedes Fleckchen palästinensischen Bodens, das nicht registriert war, wurde im Rahmen dieses Gesetzes genommen. Dadurch gelang es dem Staat an vielen Stellen, bisher zusammenhängende Gebiete aufzusplitten und das jüdisch-israelische ‚Eigentum‘ darin zu etablieren.

Ein weiteres, geplantes Flurbereinigungsgesetz, das ebenfalls Möglichkeiten der Landenteignung schaffen sollte, konnte aufgrund massiver Proteste nicht mehr durchgesetzt werden. Jedoch reichten die bis hierhin geschaffenen Instrumente bereits aus, um den Palästinensern den größten Teil ihres Bodens wegzunehmen. Durch Gesetze der Forstwirtschaft war ihnen dazu noch die gesamte Waldfläche abgenommen worden, die Anpflanzung neuer Wälder wurde ihnen verboten. Durch Planungsgesetze, vor allem die **„Stadtplanungs-Verordnung“** (Town-Planning-Ordinance) und durch die Anwendung des 1943 erlassenen **„Gesetzes über den**

**Erwerb von Grundstücken für öffentliche Zwecke'** wurden zusätzliche Möglichkeiten der Enteignung geschaffen. So konnten Bauverbote und Änderungssperren verordnet, als 'illegal' erklärte Bauten abgebrochen und über die Anwendung der vorangegangenen Gesetze der Enteignungsprozeß in Gang gesetzt werden. Die noch aus der Mandatszeit stammende 'Town Planning Ordinance' ermöglichte z.B. den lokalen Planungsbehörden die Enteignung von Flächen, die für Flughäfen, Parkplätze, Märkte, Friedhöfe, Schlachthäuser, Parks sowie Erholungs- und Sportflächen<sup>36</sup> vorgesehen waren. Es bestand also ein umfassender Katalog an Enteignungsmöglichkeiten durch den Staat.

1960 wurde dann das Ergebnis der gesamten Landnahme festgehalten und im sogenannten **'Basis-Gesetz'**<sup>37</sup> das enteignete und gekaufte Land (worum unter der Boden des Staates, des JNF und der Landentwicklungsbehörde zu verstehen war) in seiner Summe als die sogenannten „Israel-Böden“ als unveräußerlich nationalisiert. Ihre Verwaltung wurde einer neu zu errichtenden Israel-Böden-Verwaltung übergeben, der „Israel Land Authority“, deren Direktor dem Landwirtschaftsministerium unterstellt wurde. Außerdem wurde ein „Israel-Böden-Rat“ eingerichtet, an dem die verschiedenen mit Landfragen beschäftigten Einrichtungen des Staates durch ihre Vertreter, die Zionistische Organisation und andere gesellschaftliche Einrichtungen, wie die Histadrut, beteiligt wurden, der die Politik im Bereich der Landfrage Finanzierungsanforderungen und entsprechende Maßnahmen gegenüber der Regierung zu bestimmen hatte und hat.

So gelang es dem israelischen Staat durch eine gezielte Anwendung bereits vorhandener, ehemals zum Teil osmanischer, von der Mandatsmacht übernommener und aktualisierter oder neu formulierter Gesetze, die Landnahme fortzusetzen und den palästinensischen Bodenbesitzern und -nutzern – seien sie geflüchtet, zu Nachbarn gezogen oder noch auf ihrem Boden anwesend – den größten Teil ihres besessenen und genutzten Bodens abzunehmen.

### 2.3 Resultate des 'legalisierten Landraubs'

Den größten Teil des bis 1950 enteigneten Landes machte das Land der 'Abwesenden' aus, wodurch 4,18 Millionen Dunum in israelische Verfügung übergegangen waren<sup>38</sup>. Von den zwischen 1948 und 1953 errichteten 370 neuen jüdischen Siedlungen waren allein 320(!) auf dem Land von 'Abwesenden Anwesenden' erbaut worden. Mehr als ein Drittel aller jüdischen Siedler und ungefähr ein Drittel der in den Städten lebenden jüdischen Neusiedler hatten sich auf dem konfiszierten Eigentum 'Abwesender' niedergelassen<sup>39</sup>.

Der folgenden Abbildung läßt sich entnehmen, auf welche Gebiete sich der zionistische Landraub konzentriert hatte. Es läßt sich im Vergleich mit dem jüdischen Bodenbesitz im Jahre 1944 klar feststellen, daß der erste Schwerpunkt auf die im Palästinakrieg 1947-49 'verlassenen' Gebiete gelegt wurde, nämlich auf das Hulatai (bis zu 90% verwüstet), auf die Umgebung von Beit She'an (*Beisan*) (bis zu 88% verwüstet) und das Gebiet zwischen Jaffa, Gaza und Jerusalem (*Quds*) (bis zu 100% verwüstet). Der zweite Schwerpunkt lag in den arabischen Zentren Nordpalästinas, dessen Bergränder immer enger eingekreist wurden, im 'Dreieck', in dem bis zu 80% des Bodens enteignet worden war, sowie im Nordwesten des Negev, wo den Beduinen Weideland als 'Staatsland' abgenommen worden war.

Abb. 31 : Räumliche Verteilung des Bodens im Besitz des Jüdischen Nationalfonds in Israel/Palästina im Jahre 1956 (40)



Schaut man sich das Ergebnis der Bodenpolitik für die palästinensische Bevölkerung an, so muß man feststellen, daß der Enteignungsprozeß katastrophale Ausmaße angenommen hatte und die Existenz der Gesellschaft in hohem Maße bedrohte. Große Teile der Beduinen im Negev waren ihrer Weideflächen beraubt worden. Sie waren dazu verurteilt, als Tagelöhner auf jüdischen Plantagen ihren Unterhalt zu verdienen. Nicht besser erging es den palästinensischen Bauern. Die folgende Tabelle zeigt, daß zwei Jahre ausgereicht hatten, um den palästinensischen Dörfern zwischen 50 und 80% ihres Bodens zu rauben.

Tabelle 8:  
Enteignung von palästinensischem Land in ausgewählten Dörfern zwischen 1947 und 1950 <sup>41</sup>

Name des Dorfes	Landbesitz 1947 (in Dunum)	Landbesitz 1950 (in Dunum)
Jatt	12.000	9.000
Qalansawe	18.850	6.780
Jaljuliah	14.000	800
Tira	40.000	8.000
Taibeh	45.000	13.000
Ara-Arrara	26.000	7.000
Kfar Bara	4.000	2.000
Baka-el-Gharbiyeh	22.000	7.000
Kufur Kassem	12.000	9.000
Um el-Fahm	125.000	25.000
Pekeln	14.000	5.500
Deir el Assad, Binah, Nahaf	16.000	7.000
Beit Jarin	26.500	13.000
Yirka	55.000	18.000
Sakhnin	55.000	30.000
Arrabe	95.000	11.350
Deir Hana	16.000	9.500
Majd el-Krum	20.000	7.000
Gesamt:	616.350	188.930

Im Jahre 1963 besaßen als Folge dieses Landraubs 72 Prozent aller palästinensischen Bauern im Durchschnitt nur noch höchstens 3,1 Dunum Land <sup>42</sup>.

Wie groß der Sprung bei der jüdisch-israelischen Landaneignung zum Zeitpunkt der Anwendung der genannten Bodengesetze war, läßt sich an der Entwicklung des Landbesitzes des Jüdischen Nationalfonds ablesen. 1947 besaß der JNF „nur“ 45.395 Dunum, im Jahre 1952 bereits 2,373 Millionen Dunum<sup>43</sup>. Umgekehrt war den Palästinensern nur noch etwa 28% ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche verblieben<sup>44</sup>.

Knapp 13 Jahre nach der Errichtung des zionistischen Staates in Palästina waren die Eigentumsverhältnisse wirklich umgekehrt worden. Bis zum Jahre 1947 hatten die zionistischen Siedler und ihre Organisationen nur etwa 6-7% des palästinensischen Bodens in Besitz genommen. Im Jahre 1962 kontrollierte der Staat Israel schon 92,3% des palästinensischen Bodens in Israel oder über 60% des gesamten palästinensischen Bodens<sup>45</sup>.

Im Jahre 1954 wurde der Jüdische Nationalfonds durch einen Staatsvertrag zum exklusiven Beauftragten für staatliche Neulanderschließung erklärt und war von da an für diesen Bereich der staatlichen Planung zuständig<sup>46</sup>.

### **3. Siedlungspolitik im Rahmen der ›Inneren Kolonisation‹ und demographische Veränderungen in Israel bis zum Jahre 1967**

Parallel zur Bodenpolitik wurde nach 1948 auch der Prozeß planmäßiger Besiedlung in Gang gesetzt. Die enteigneten Gebiete sollten bebaut und besiedelt werden; die sogenannten ‚Problemgebiete‘, die judaisiert werden sollten, wurden als erstes in Angriff genommen. Dabei sollten die demographischen Verhältnisse nachhaltig verändert werden. Praktisch befaßte sich die territoriale Planung in erster Linie mit der Bevölkerungsverteilung, die die Maßstäbe für die räumlichen Programme setzt.

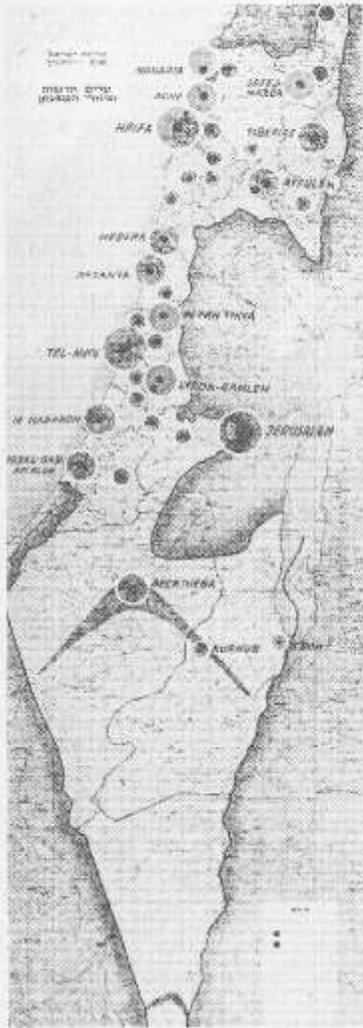
Der Nationalplan von 1950 sah eine integrierte Planung in 24 Planungsräumen vor<sup>47</sup>, die, von der Verteilung der Bevölkerung ausgehend, den Ausbau ländlicher Siedlungen und Gebiete, den Aufbau ‚Neuer Städte‘ nach englischem Vorbild als Zentren dieser ländlichen Gebiete, die Entwicklung von Industriezonen innerhalb und außerhalb der Städte und die Verteilung bestimmter Industriebranchen und Weiterverarbeitungszentren im Lande, die Bevorratung und Verteilung der vorhandenen Wasserressourcen und den Schutz vorhandener und den Aufbau neuer Naturschutz- und Erholungszonen berücksichtigte.

Im folgenden zeigen wir Abbildungen aus der bereits genannten Ausstellung zum Nationalplan über die Schwerpunkte der Planung:

**National Plan 1950**

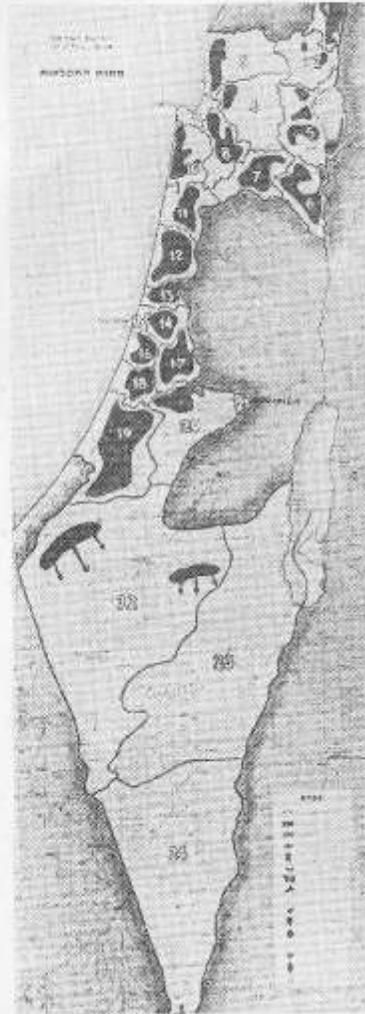
**1.:**  
Verteilung der Bevölkerung auf neue Städte und den südlichen Negev

19.



**2.:**  
Planung landwirtschaftlicher Gebiete bis herab zum nördlichen Negev

20.



**3.:**  
Ansiedlung der Industrie: die industrielle Expansion wird in Entwicklungsgebiete und Städte gelenkt

21.



**4.:**  
Industriegebiete für neue Industrien, in unmittelbarer Nähe der Entwicklungsstädte geplant

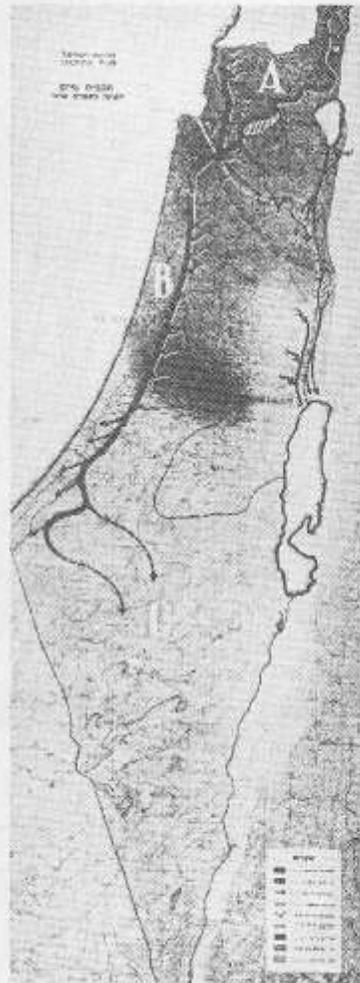
22.



5.:

Der staatliche Wasserbewirtschaftungsplan: Wasser aus den Überschußgebieten im Norden wird in den Süden geleitet

23.



6.:

Nationalparks: an landschaftlich markanten Punkten, Naturschutzgebieten und historischen Stätten

24.



### 3.1 Das Problem der Bevölkerungsverteilung

Die Bestandsaufnahme nach dem Zensus aus dem Jahre 1948 offenbarte, daß mehr als Dreiviertel der jüdischen Bevölkerung, nämlich 77,5%, auf nur 11,1% der Fläche des Staates Israel konzentriert waren. Auf die beiden ihrer Fläche nach größten Regionen, die Nord- und die Süd-Region, entfielen zusammen nur 8,3% der jüdischen Bevölkerung. Auf die Süd-Region, die ca. 70% der Fläche Israels ausmachte, entfielen sogar weniger als 1% der jüdischen Bevölkerung<sup>48</sup>. Im Süden standen 6.000 Juden 15.000 Palästinensern gegenüber. Die große Mehrheit der bis 1948 eingewanderten Juden hatte sich auf die städtischen Regionen Haifa und Tel Aviv/Jaffa, sowie auf die Küstenzone der Zentral-Region verteilt. Allein auf Tel Aviv entfielen 42,1% der jüdischen Bevölkerung. Die palästinensisch-arabische Bevölkerung war dagegen zu 60% in Nordpalästina konzentriert<sup>49</sup>. Zum Überblick die folgende Tabelle:

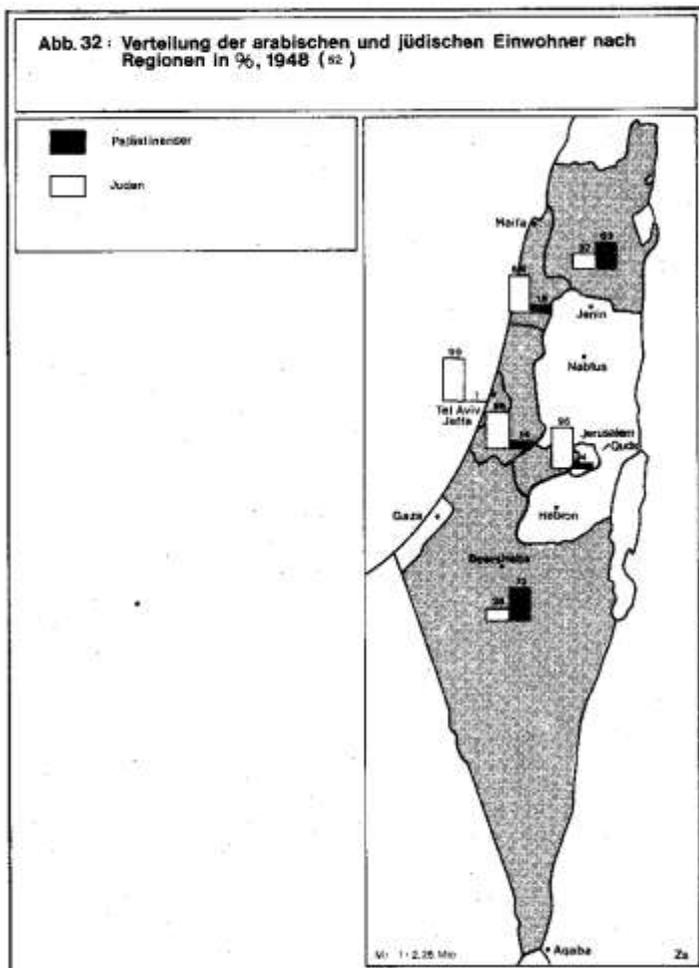
**Tabelle 9:**  
Bevölkerung nach Regionen, 1948<sup>50</sup>

Region	Juden absolut	in % der Region	Palästinenser absolut	in % der Region
Haifa	147.728	84	27.400	16
Tel Aviv	302.050	99	3.600	1
Jerusalem	80.201	96	2.900	4
Zentralregion	106.190	86	16.000	14
Nordregion	53.410	37	90.600	63
Südregion	5.967	28	15.400	72

Die bereits vor 1948 vorhandenen Schwierigkeiten, die jüdischen Siedlungen in arabisch dicht besiedelte Gebiete vorzutreiben, blieben also weiterhin bestehen. Die zionistische Siedlungsplanung konzentrierte sich daher nach der Staatsgründung zuerst auf die Lösung dieses Problems. Auf der Basis des ‚legalisierten‘ Landraubs trugen die Siedlungsplaner dafür Sorge, daß gerade in diesen Gebieten gesiedelt wurde. Hier sollten sich aktuell und konkret die Mehrheitsverhältnisse ändern.

Die ungleiche Bevölkerungsverteilung barg noch einen weiteren Widerspruch in sich. Während die jüdische Bevölkerung auf die Städte konzentriert war und damit auch die städtische Ökonomie in ihren Händen hielt, war die palästinensische Bevölkerung mit mehr als 75% auf dem Lande ansässig. Mit einem Gesamtanteil von nur 22% an der Gesamtbevölkerung stellte sie damit fast die Hälfte der Landbevölkerung, nämlich 49%<sup>51</sup>. Dazu muß noch erwähnt werden, daß die jüdisch-städtische Besiedlung

sich räumlich auf die Küstenzone beschränkte, das ‚Hinterland‘ dagegen unbesiedelt oder palästinensisch besiedelt war. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht diese Verhältnisse noch einmal.



Die Judaisierung Nordpalästinas gehörte zu den ersten Vorhaben zionistischer Raumplanung nach 1948. Ebenso wurden das relativ dicht von Palästinensern bewohnte sogenannte ‚Dreieck‘, sowie der Nordnegev zu Schwerpunkten der Siedlungspolitik erklärt. Dabei bediente sich die Planung immer auch der militärischen Unterstützung. Planung und Politik arbeiteten Hand in Hand.

Die bereits erwähnte Maßnahme zur faktischen Einnahme dieser Teilgebiete war ihre Erklärung zu Militärzonen. Die Verwaltung hatte dementsprechend das Militär inne, das Gebiet wurde in das sogenannte ‚Nordkommando‘, das Nordpalästina inklusive der Stadt Haifa umfaßte, das ‚Zentralkommando‘, das das ‚Dreieck‘ zwischen Haifa, Tel Aviv/Jaffa und Tul-karm kontrollierte, sowie das ‚Südkommando‘, das den Nord-Negev betraf, unterteilt. Die Bevölkerung des Negev wurde einer zusätzlichen Einschränkung unterworfen. Die von ehemals ca. 66.000 auf 11.000<sup>53</sup> reduzierten, im Negev lebenden Beduinen durften sich im Nord-Negev nur noch im Gebiet um die Stadt Beersheba (*Bir as Saba*) aufhalten. Sie durften, wie alle unter der Militärverwaltung lebenden Palästinenser, dieses ‚Reservat‘ nur mit Genehmigung des Militärgouverneurs verlassen.

Nordpalästina war in über 50 kleine, räumliche Einheiten zerteilt worden, die für die palästinensischen Einwohner ebenfalls Aufenthaltsgrenzen darstellten. Genehmigungen, beispielsweise um ein Nachbardorf zu besuchen, wurden zumeist nur für Arbeitszwecke erteilt. Der Bewegungsraum der Palästinenser sollte auf ein Minimum beschränkt bleiben. Sam Davison, ehemaliger ‚Regierungsberater für arabische Angelegenheiten‘, sprach deutlich aus, was die Regierung und die zionistischen Politiker befürchteten: „Bedenken Sie, was geschehen würde, wenn wir die Restriktionen aufhoben. Die Araber, die in den leeren Dörfern normalerweise gelebt haben, würden zurückkehren und sich auf ihre Ruinen hocken und ihr Land zurückfordern. Was sollte daran gut sein? Ihr Land wird doch bearbeitet. Und dann, wenn sie möglichst viel Unruhe über die Enteignung ihres Landes verbreitet hätten, dann würden sie auch noch anfangen, die Rückkehr der Geflohenen zu fordern. Sie würden, geführt und organisiert durch die Kommunisten, Organisationen, Parteien und Fronten aufbauen, alles, um Unruhe zu stiften“<sup>54</sup>.

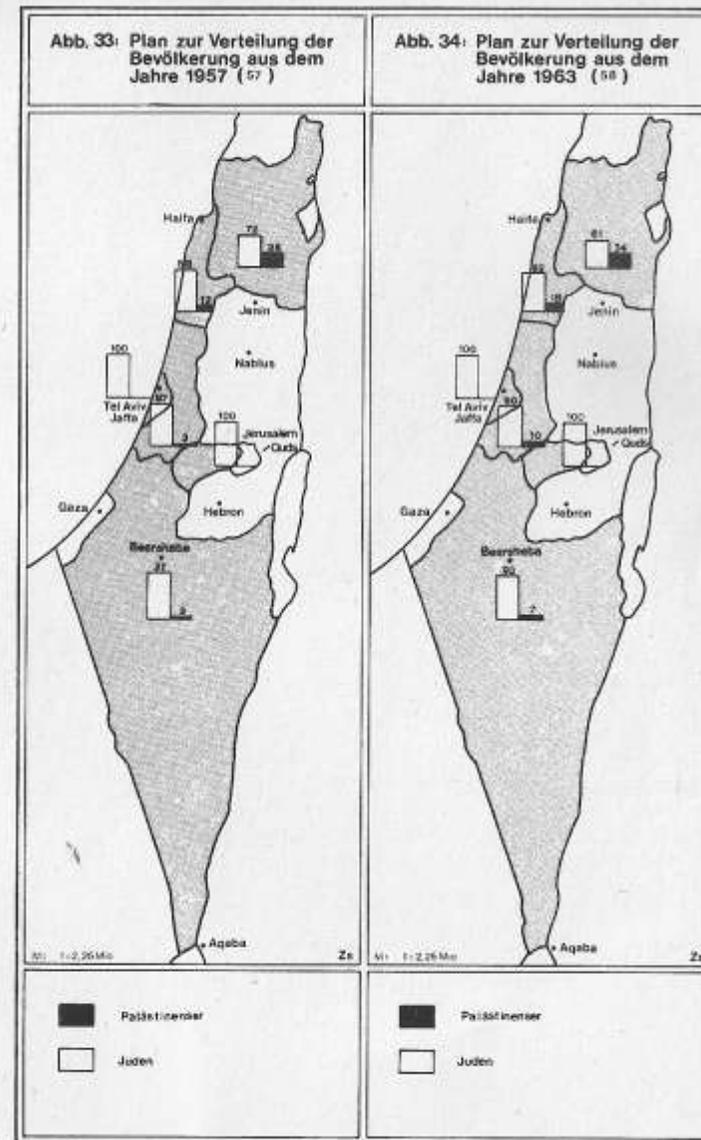
Die zweite Maßnahme bestand in der sofortigen Besiedlung der enteigneten Flächen. In der Furcht vor Landeinbußen durch eventuelle Friedensverhandlungen sollten äußerst schnell neue Fakten geschaffen werden, wie schon vor 1948. Vertreter des Verteidigungsministeriums drängten darauf, den gerade erst okkupierten Boden zu besiedeln, weil auch die Vereinten Nationen die durch militärische Aktionen geschaffenen Grenzen nicht ohne weiteres anerkennen wollten. Aus einem entsprechenden Gespräch berichtete Ben Gurion im Jahre 1948: „Sie sagten uns, daß es notwendig

sei, neue Siedlungen im Negev zu errichten, um zu beweisen, daß Israel diese Gegend wirklich kontrolliert. Am 6. November traf ich mit Josef Weitz (Direktor der Land- und Aufforstungsabteilung des Jüdischen Nationalfonds) und Levi Eshkol (Direktor der Besiedlungsabteilung des JNF) zusammen, um über die Ansiedlung der ersten 300 Juden in Beersheba (in der Stadt gab es bis dahin keinen einzigen Juden), sowie weitere Siedlungen in der Nachbarschaft zu beraten. Wir sprachen ebenso über den Bau neuer Siedlungen in Ober-Galiläa, entlang der Libanon-Grenze im Norden. Die Etablierung von Siedlungen im Negev und in Galiläa (Israel hatte auch noch keine Kontrolle über das ‚Dreieck‘) war nicht weniger wichtig als der militärische Erfolg<sup>55</sup>. Der zionistische Staat reagierte schnell. Schon im Juni 1948 wurde das ‚Nationale Planungsamt‘ eingerichtet und ein detaillierter Bevölkerungsverteilungsplan entworfen<sup>56</sup>. Die Haupttendenzen dieses Planes waren der Abbau jüdischer Bevölkerungsdichte in der Küstenregion und in den Städten, die Förderung der Besiedlung des Nordens und des Südens, sowie die Stärkung der Landwirtschaft in diesen Gebieten.

Die Abbildungen 33 und 34 stellen die Bevölkerungsverteilungspläne aus den Jahren 1957 und 1963 im Vergleich dar.

Vergleicht man die Pläne noch einmal mit der Bevölkerungsverteilung von 1948 (Abb. 32), so wird die beabsichtigte Änderung deutlich. In der Nordregion sollte die palästinensische Bevölkerung im Jahre 1948 von 63 Prozent auf 28 Prozent im Jahre 1957 sinken, die jüdische Bevölkerung dagegen von 37 auf 72 Prozent angehoben werden. In der Zentralregion sollte der Anteil der palästinensischen Bevölkerung von 14 Prozent im Jahre 1948 auf 3 Prozent im Jahre 1957 gesenkt werden, der Anteil der jüdischen Bevölkerung umgekehrt von 86 Prozent auf 97 Prozent steigen. Die gewaltigste Änderung sollte in der Südregion vorgenommen werden. Hier war geplant, die Beduinen von einem Anteil von 72 Prozent im Jahre 1948 auf einen Anteil von 3 Prozent im Jahre 1957 herabzudrücken. Die Planziffern für 1963 wurden niedriger angesetzt, was darauf hindeutet, daß diese Ziele nicht problemlos erreicht werden konnten. Für die Regionen Nord, Zentrum und Süd wurden daher die Ziele etwas zurückgenommen, denn offenbar konnte auch die Absicht, die Städte in der Küstenebene zu entflechten, nicht so konsequent durchgehalten werden, wie im Jahre 1950 erhofft worden war.

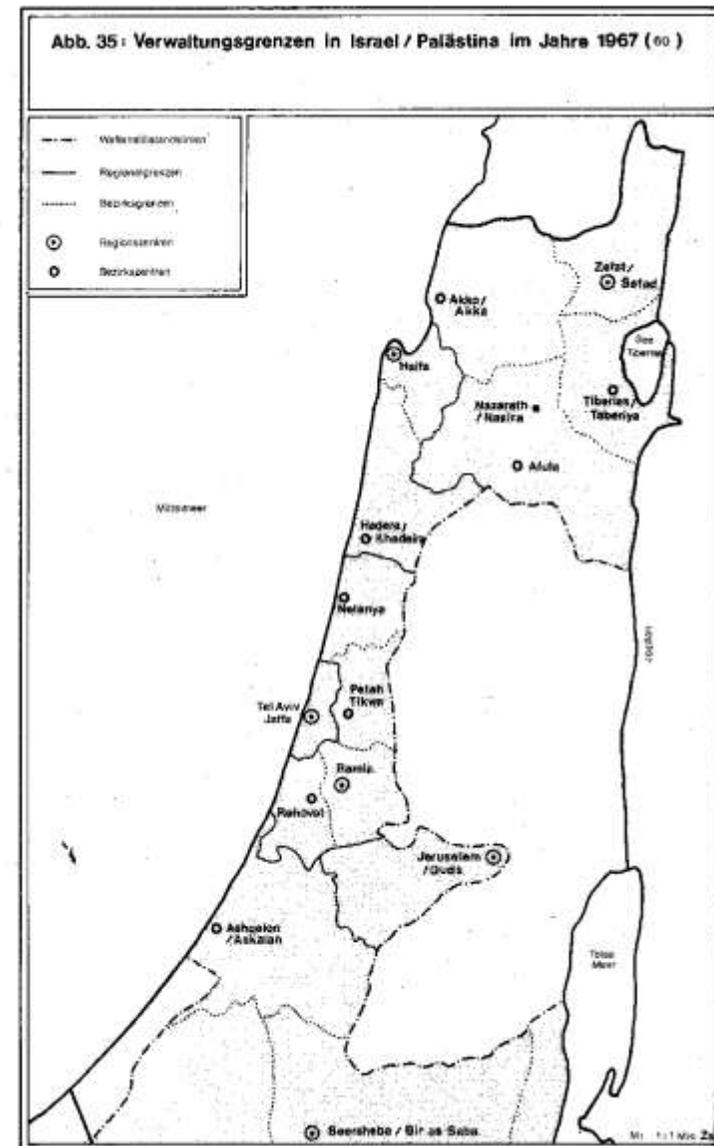
Mit ländlichen Siedlungen und dem Aufbau ‚Neuer Städte‘ in den ländlichen Gebieten sollte die Veränderung der demographischen Strukturen zugunsten der jüdischen Bevölkerung durchgesetzt werden.



### 3.2 ›Innere Kolonisation‹ durch den Aufbau ländlicher Siedlungen

„Mit dem Einsatz massenhafter Immigration seit 1948 wurde eine geplante Siedlungspolitik in Angriff genommen und die Immigranten, auch wenn sie zeitweilig teilweise in Lagern hausen mußten, wurden endgültig in neue Städte und ländliche Siedlungen überführt ... Das war eine kontrollierte Masseneinwanderung. Die Gründung neuer Städte und Dörfer wurde von der zentralen Idee geleitet, die Bevölkerung über das ganze Land zu streuen, von dem ein Teil bis dato völlig oder schrecklich unterbevölkert war“, so beschreibt Berler <sup>59</sup>, ein israelischer Stadtplaner, die erste Etappe zionistischer Siedlungspolitik nach der Staatsgründung Israels.

Israel wurde in verschiedene Verwaltungseinheiten untergliedert (s. Abb. 35) und im Rahmen von ‚Nationalplänen zur Bevölkerungsverteilung‘ in enger Verzahnung von zentralen und lokalen Planungsbehörden die Kolonisierung des ‚Hinterlandes‘ durch den Aufbau von Städten und ländlichen Siedlungen vorgenommen.



Die Verteilung der ländlichen Siedlungen auf die Region zeigt die noch ungleiche Dichte des jüdischen Siedlungsnetzes. Im Jahre 1948 waren sie wie folgt auf die Regionen verteilt:

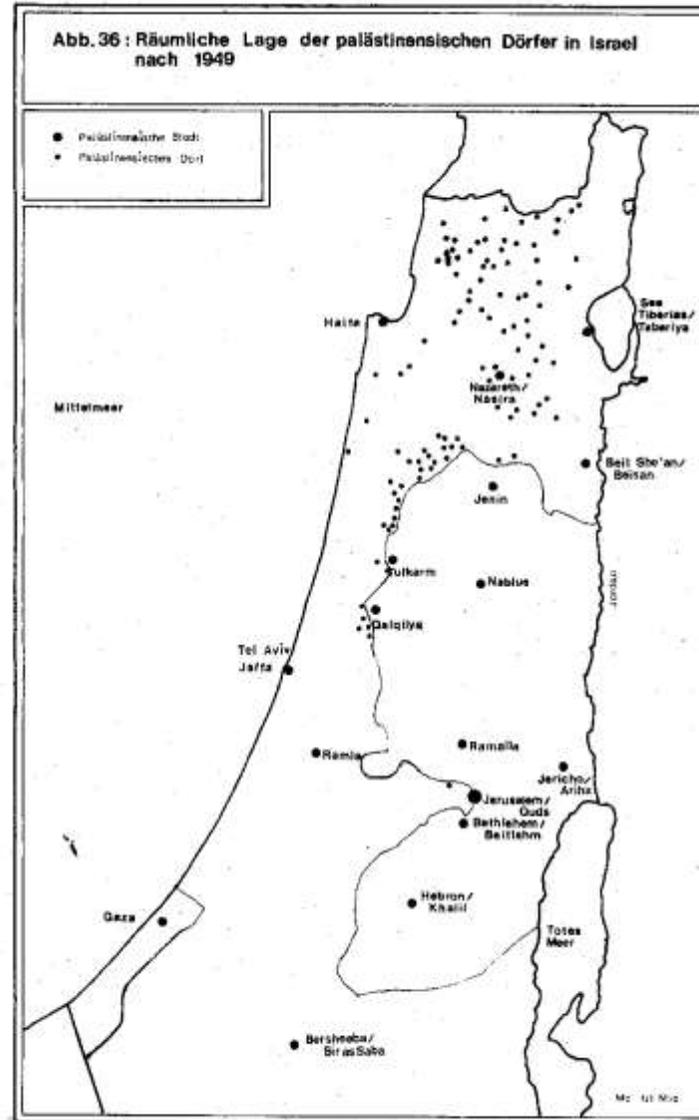
**Tabelle 10:**  
Verteilung der ländlichen, jüdischen Siedlungen nach Regionen, 1948 <sup>61</sup>

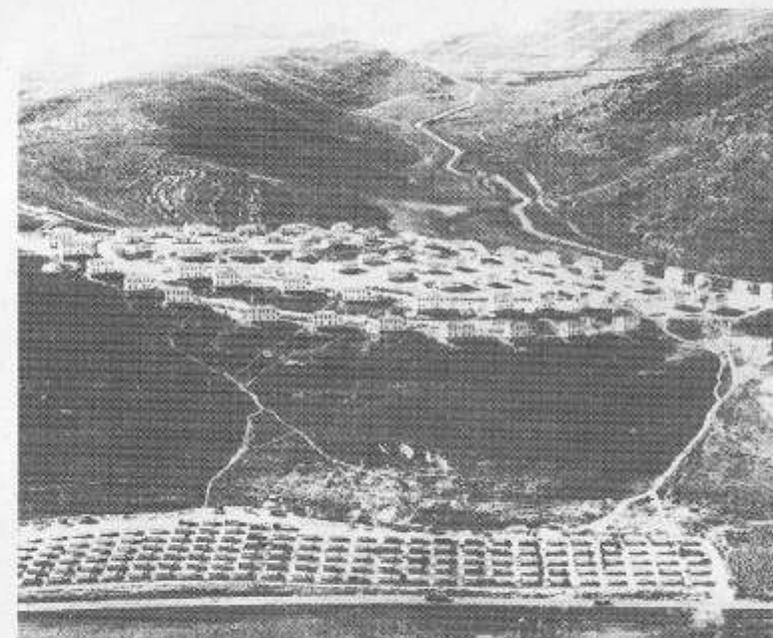
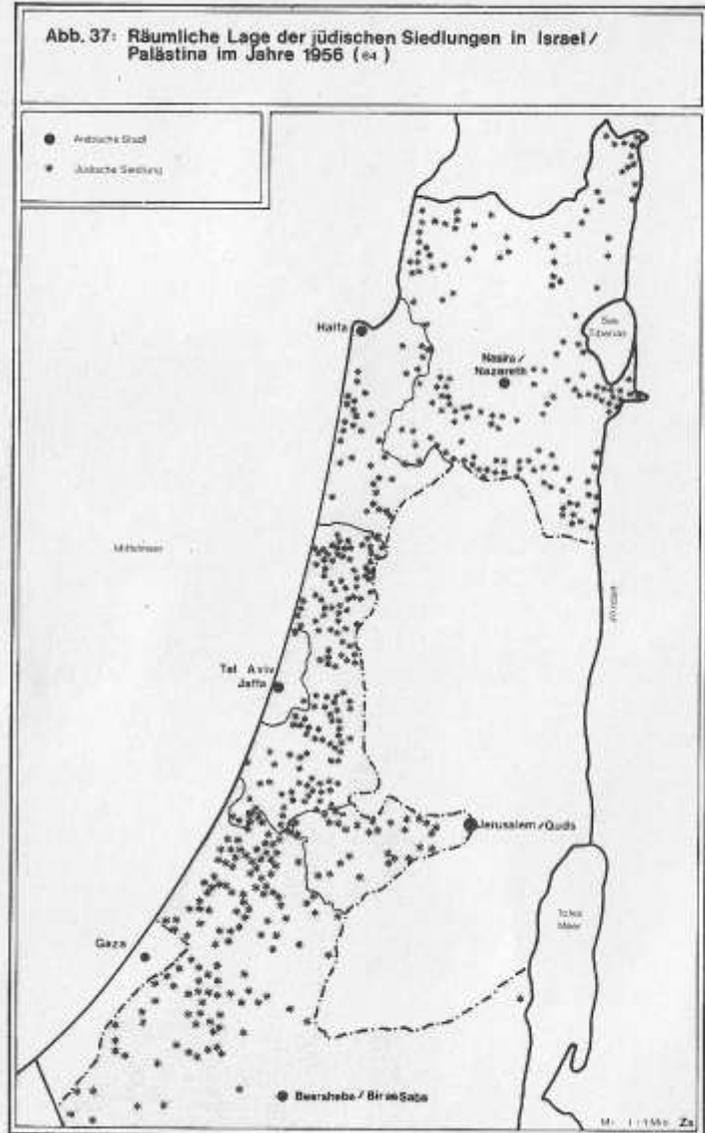
Region	Anzahl der jüdischen, ländlichen Siedlungen
Nord	152
Haifa	56
Zentral	120
Tel Aviv	6
Jerusalem	15
Süd	38
zusammen	387

Die zionistischen Kriterien der Planung erforderten vorrangig für die Südregion eine Verdichtung mit ländlichen Siedlungen. Die Nord- und Zentralregion besaßen zwar schon 1948 eine große Anzahl ländlicher, jüdischer Siedlungen, aber die Verteilung der palästinensischen, ländlichen Siedlungen offenbarte, daß hier gleichzeitig die Palästinenser konzentriert waren (siehe Abb. 36). Aus Gründen der Siedlungsverteilung wurde also die staatliche Planung von ländlichen Siedlungen auch auf diese Region ausgerichtet. Im folgenden noch einmal eine Übersicht über die räumliche Verteilung der im Gebiet von Israel verbliebenen palästinensischen Dörfer <sup>62</sup>.

Die Errichtung neuer, ländlicher Siedlungen wurde jeweils systematisch in die Pläne zur landwirtschaftlichen Entwicklung eingebettet und durch kleine Städte ergänzt, die als Versorgungszentren dieser Gebiete dienen sollten. Diese neuen Mittelstädte, 'New Towns', übernahmen in der Regel die Funktion von Verwaltungszentren und Verkehrsknotenpunkten der sie umgebenden Bezirke.

Beim Aufbau der neuen ländlichen Siedlungen waren zwei größere Etappen erkennbar: die Periode von 1948 bis 1955 und die von 1956 bis 1961. Danach, bis zum hier betrachteten Zeitraum (1967) gab es nur noch wenige Neugründungen ländlicher Siedlungen, die fast ausschließlich der 'Sicherung' der Grenzen dienten.





Im Vordergrund provisorische Bauten von Immigranten, im Hintergrund ein Stadtteil der Stadt Yok'na'am

In der Phase von 1948 bis 1955 existierten drei Siedlungsschwerpunkte: die Errichtung von Siedlungen zur Verdichtung der bereits besiedelten ‚jüdischen Räume‘ im Küstengebiet, die ‚Auffüllung‘ der ‚entleerten‘ Räume im Nordnegev und im Gebiet zwischen Gaza, Tel Aviv/Jaffa und Jerusalem (Quds), sowie die Einkreisung und Durchdringung der arabisch dicht besiedelten Gebiete im ‚Dreieck‘ und in Nordpalästina. In dieser Etappe wuchs die Anzahl jüdischer Siedlungen von 387 im Jahre 1948 auf 700 im Jahre 1956<sup>63</sup>. Die räumliche Verteilung der Siedlungen bis 1956 ist der folgenden Abbildung zu entnehmen.

In der Phase von 1956 bis 1961 wurde der Schwerpunkt ländlicher Besiedlung auf die Verdichtung in den Grenzgebieten zur Westbank und zum Gazastreifen gelegt. Ebenso verdichtete man das Netz der Siedlungen in Nordpalästina im Umkreis der arabischen Bevölkerungsschwerpunktgebiete.

Im Zeitraum von 1962 bis 1967 wurden nur noch acht neue Siedlungen an den Grenzen zum Gazastreifen und zum Libanon errichtet. 1961 war der Prozeß der Vernetzung des vom Staat Israel 1948 besetzten Palästinas damit mehr oder weniger abgeschlossen. Die Zahl der ländlichen, jüdischen Siedlungen in Israel bewegt sich seitdem um 800.

Für den Kolonisationsprozeß spielten Kibbuzim und Moshavim auch weiterhin eine charakteristische Rolle. Für die Immigranten war das gemeinschaftliche Wirtschaften in den Kollektivgemeinschaften die idealste Form, mit geringen Mitteln Wohnung und Arbeit zu erhalten. Im Jahre 1950, dem Höhepunkt der Masseneinwanderung, führte die Regierung das sogenannte ‚Ma‘abarot-System‘ ein. Die Neueinwanderer wurden in Übergangsdörfern in Zelten und Hütten aus Wellblech, Asbest oder Zink an der Stelle ihrer künftigen Siedlung so lange untergebracht, bis sie die notwendigen Häuser selbst erbauen konnten. 123 solcher Auffanglager bildeten im Jahre 1950 ein regelrechtes Netzwerk über den gesamten Raum Israels. In ihnen konnten 227.000 Menschen auf einmal untergebracht werden, womit auch die faktische Besitzergreifung des palästinensischen Bodens ohne große Umstände ermöglicht wurde <sup>65</sup>.

Kibbuzim und Moshavim bildeten für diese Phase auch als Teile des von ihnen aufgebauten, kollektiven landwirtschaftlichen Sektors einen „Kernpunkt im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufbau des Staates“ <sup>66</sup>. Dem sogenannten Kollektivismus verdankten diese Siedlungen ihren sozialistischen Ruf. Sie waren jedoch Teil einer ganz normalen, in den kapitalistischen Weltmarkt eingegliederten Wirtschaftsstruktur. Der Kollektivismus erlaubte ihnen eher, die Rolle des ‚Expansionsvortrupps‘ zu übernehmen, wenn es um die Aneignung palästinensischen Bodens ging. Ebenso bedeutend wurden sie für die verbleibenden Aufgaben der ländlichen Kolonisierung, vor allem für die Neuerschließung von ehemals nicht genutztem Land. Richter stellt fest: „Bei der Besiedlung der unwirtlichen Gebiete in der Wüste Negev und im Grenzbereich ist der Kibbuz auch in der Gegenwart noch von großer Bedeutung, da den privaten Siedlern hier aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen das Errichten neuer Dörfer erschwert wird ... Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die landwirtschaftliche Entwicklung größtenteils von den Kibbuzim vorangetrieben wird ...“ <sup>67</sup>. Praktisch setzten die Kibbuzim ihre vorstaatliche Rolle als ‚Front‘-Siedlungen im kolonialen Sinne fort <sup>68</sup>.

Wie weit der zionistische Siedlungsprozeß durch die Errichtung jüdischer, ländlicher Siedlungen bis zum Jahre 1967 fortgeschritten war, verdeutlicht die nachfolgende Abbildung. Bis 1967 war praktisch der größte Teil des Landes besiedelt und bewirtschaftet, der landwirtschaftlich genutzt werden konnte. Nach 1967 kamen nur noch ein paar wenige Siedlungen hinzu (s. Abb. 38). Die Nordregion, Problemgebiet erster Ordnung, war jedoch nicht so erfolgreich besiedelt worden.

Heute konzentriert sich die Planung mit zionistischem Charakter vor allem auf den Norden des Landes, auf Galiläa (*Jalil*), und da vor allem auf die Umgebung von Nazareth (*Nasira*). Nachdem der ehemalige Militärgouverneur für den Nord-Distrikt, Israel König, in seinem nach ihm benannten Report auf die demographische und territoriale Gefährdung des Nordens durch die palästinensische Bevölkerungsmehrheit hingewiesen und scharfe Maßnahmen gegenüber dieser gefordert hatte, sind zumindest mehrere Pläne im Bereich der ländlichen Besiedlung, der New Towns, des Tourismus und des Verkehrs zu dem Zweck erstellt worden, die jüdisch-israelische Durchdringung des Nordens zu verstärken und eine Isolierung der palästinensischen Gemeinden zu erreichen <sup>69</sup>.

Heute bietet sich in Galiläa (*Jalil*) ein ähnliches Bild wie in den 1967 besetzten Gebieten: Wehrsiedlungen kränzen die Hügel zwischen den palästinensischen Dörfern, Militär beherrscht die Straßen, neue Verbindungsstraßen zwischen den Siedlungen bilden eine neue jüdisch-israelische Infrastruktur, deren Folge die Vernachlässigung der alten palästinensischen ist und mit deren Hilfe neue Landenteignungen vorgenommen werden.

26.



Diese Siedlung gegenüber dem palästinensischen Dorf Maqar erhält nach den statistischen Angaben des Staates Israel mit seinen 50 (!) Einwohnern das gleiche Haushaltsbudget wie Maqar mit 5.000 (!) Einwohnern.



Im Zeitraum von 1948 bis 1967 wurde eine weitere Form der Eroberung des palästinensischen Raumes wirksam: die Errichtung 'Neuer Städte'. Dies wollen wir im folgenden behandeln.

### 3.3 »Innere Kolonisation« durch den Aufbau von dreißig »Neuen Städten«

Der Zustrom an Immigranten ließ sich nicht nur in die ländlichen Gebiete lenken. Der Anteil der Einwanderer, der nach wie vor in den Städten der Küstenregion blieb, war erheblich. Zwischen 1948 und 1960 lebten dort immerhin 76,7% aller Immigranten<sup>71</sup>. Anknüpfend an das Konzept der 'New Towns'<sup>72</sup> sollte der Aufbau dieser Städte die landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete für die jüdischen Siedler attraktiv machen und die Bevölkerungsverteilung im Zusammenhang mit dem Aufbau ländlicher Siedlungen nach den zionistischen Vorstellungen ausrichten.

Der Aufbau von Städten stand nicht im Vordergrund zionistischer Vorstellungen für die Kolonisierung Palästinas. Zwar hatte Herzl sich auch mit dem Aufbau von Städten befaßt und sich dabei das Prinzip der Gartenstadt vorgestellt<sup>73</sup>, doch sollte die 'Wiedergeburt' eines jüdischen Staates auch nach seiner Ansicht vor allem als Prozeß der Selbstverwirklichung auf dem landwirtschaftlichen Boden geschehen. Die produktive Verbindung mit dem Boden durch Landwirtschaft war so sehr Bedingung für den Territorialisierungsprozeß der ersten Phase, daß die dogmatisch zionistischen Planer und Politiker sich das zukünftige Leben nur auf dem Dorf vorstellen wollten und die Städte an der Küste als Konzentrationspunkt der Händler und Intellektuellen nur mit Mißtrauen betrachten konnten. Für sie standen die Städte im Widerspruch zu ihren Grundvorstellungen<sup>74</sup>. Praktisch gab es auch in der Kolonisationsphase bis 1948 nur eine neue jüdische, städtische Siedlung: Tel Aviv. Obwohl Tel Aviv sich rasch zu einer Großstadt entwickelte, führten Diskussionen über den Aufbau von Satellitenstädten zur Entlastung der Küstenstadt zu keinem praktischen Ergebnis, und wenn es überhaupt um den Aufbau neuer Städte ging, dann immer mit der Ausrichtung, diese Städte nur als Zentren einer ländlichen Entwicklung zu begreifen. „(Es versteht sich von selbst), daß die nationale Existenz einer Nation in einem Lande von der Frage abhängt, ob sie bei der Bearbeitung des Bodens erfolgreich ist. Die Stadt orientiert sich selbstverständlich auf das Land .... Wenn wir gezwungen wären, uns zwischen Stadt und Land entscheiden zu müssen, müssen wir trotzdem im Kopf behalten, daß die Entscheidung auf dem Lande fällt und daß die Stadt sich nach dem Lande richten muß“<sup>75</sup>.

Mit dem großen Strom von Immigranten nach dem Ende des Weltkrieges wurde der Aufbau und der Ausbau größerer städtischer Siedlungen eine Notwendigkeit, denn Wasser und Land standen nicht unermesslich zur Verfügung. Eine Konzentration der Siedlungsaktivitäten wurde unvermeidlich. Dennoch blieb der Gedanke der Gartenstadt als Kompromiß die führende Idee, also die städtischen Zentren in den ländlichen Regionen zum Nutzen dieser Regionen aufzubauen.

Die Änderung der demographischen Verhältnisse in den ‚leeren‘ und ‚unterentwickelten‘ Räumen war aber auch bei der Planung der ‚Neuen Städte‘ das entscheidende Moment. Das Verhältnis von jüdischer zu palästinensischer Bevölkerung sollte Maßstab und Kriterium der Ausdehnung und räumlichen Verteilung der ‚Neuen Städte‘ sein. Es handelte sich also um ein zionistisches ‚New-Town‘-Konzept. Der gleichen Logik wie bei der Planung von landwirtschaftlichen Siedlungen folgend, wurden die ‚Neuen Städte‘ vor allem in Nordpalästina, im Nordnegev, sowie im ‚entleerten‘ Gebiet zwischen Gaza, Tel Aviv/Jaffa und Jerusalem (*Quds*) errichtet.

Das nationale Programm sah bis zum Jahre 1965 den Bau von 30 ‚Neuen Städten‘ vor. In der ersten Etappe, von 1948 bis 1951, wurden 18 dieser ‚Neuen Städte‘ errichtet. Sieben von ihnen lagen in der Nordregion, sechs in der Südregion, während sich die übrigen fünf Städte im Gebiet zwischen Jerusalem (*Quds*), Gaza und Tel Aviv/Jaffa befanden (s. Abb. 39). Mehr als die Hälfte dieser Städte, nämlich Tiberias (*Taberiyā*), Zefat (*Safad*), Afula, Beit She’an (*Beisan*), Akko (*Akka*), Lod (*Lud*), Ramla, Beersheba (*Bir as Saba*) und Ashqelon (*Askalan*) wurden auf den Ruinen teilzerstörter oder zerstörter palästinensischer Städte aufgebaut bzw. neben bestehenden palästinensischen Zentren errichtet. E. Spiegel erkannte darin den Grund, warum zuerst mit dem Bau von Städten im Norden begonnen wurde, nämlich, „... weil die Mehrzahl der alten Stadtkerne im Norden und in der Mitte des Landes gelegen waren, während im Süden nur das frühere Maiyda (Ashqelon) und die dürftigen Überreste von Beersheba zur Verfügung standen und auch die weitere verkehrsmäßige und wirtschaftliche Erschließung, ohne die an die Stadtgründung nicht zu denken war, erst Mitte der fünfziger Jahre in Gang kam“<sup>76</sup>.

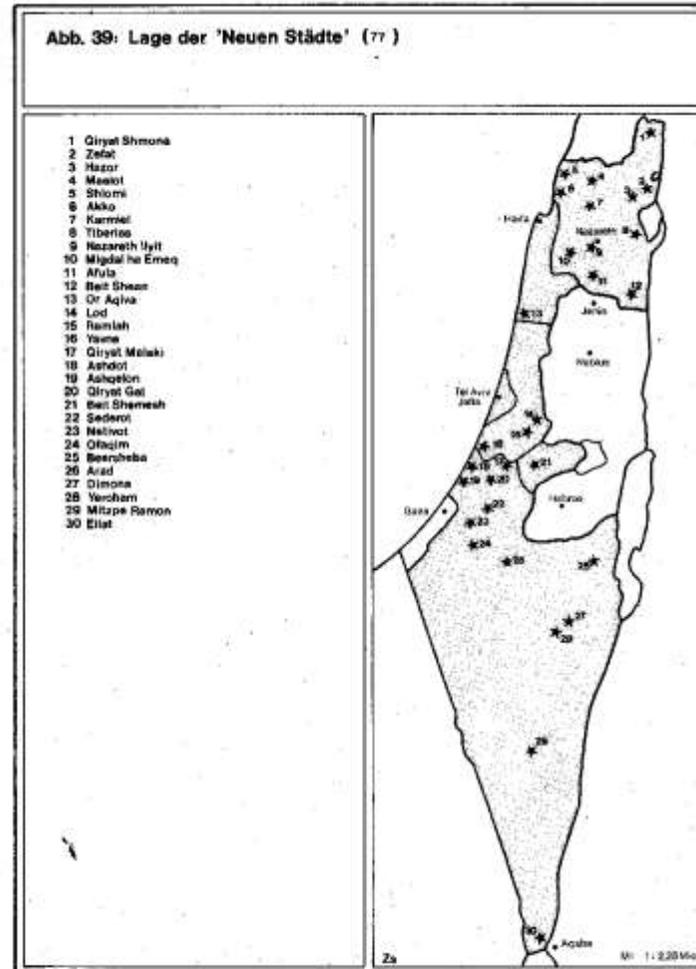
In der Phase zwischen 1952 und 1957 wurden weitere 10 Städte errichtet (s. Abb. 41). Außer Nazareth Ilyit, das wie eine drohende Festung gegenüber dem arabischen Nasira (Nazareth) entstand, waren diese Städte Neugründungen. Vier von ihnen lagen in der Nordregion, sechs in der Südregion.

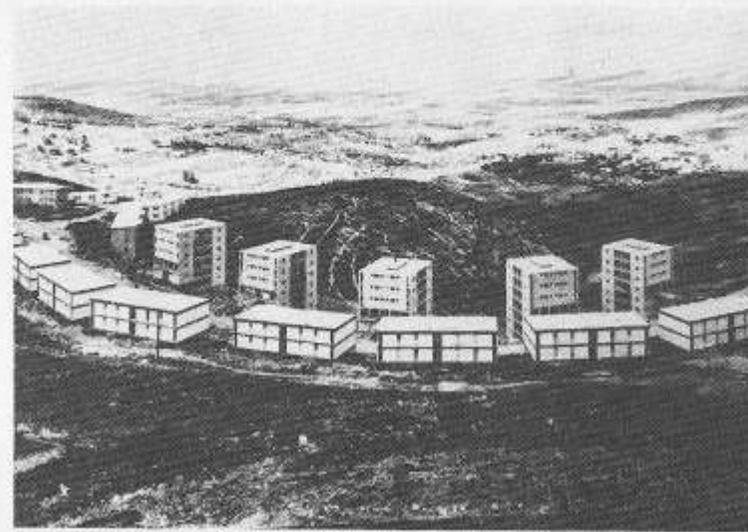
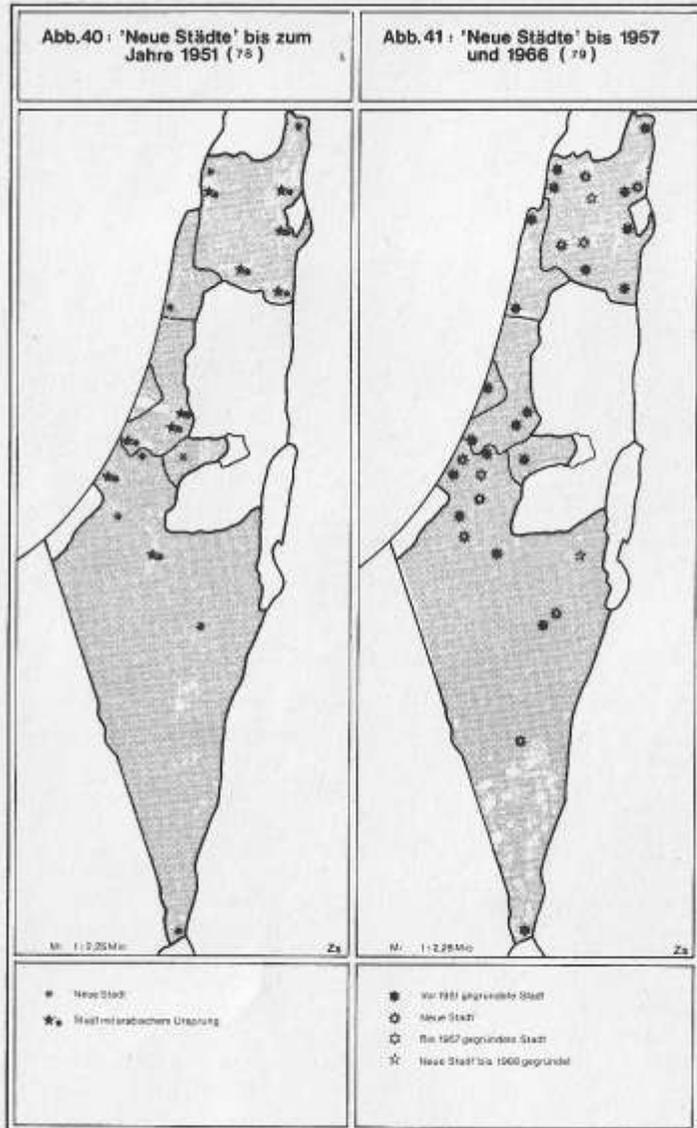
Zwischen 1957 und 1964 kamen dann die Städte Karmiel im Norden und Arad im Süden hinzu. Diese Städte waren Neugründungen (s. Abb. 42).

Bodenprobleme gab es bei der Errichtung der ‚Neuen Städte‘ schon nicht mehr. Die Standortwahl konnte sich nach den jeweiligen örtlichen Bedingungen richten. Da die Städte Mittelpunkt ländlicher Erschließungsräume werden sollten, gab es nur die einschränkende Festlegung, daß möglichst wenig fruchtbarer Boden für den Bau der ‚Neuen Städte‘ verbraucht werden sollte, und weil sie auch Kontrollfunktion über das jeweilige Gebiet erfüllen sollten, wurden sie zumelst auf Hügeln angelegt, wie an Neu-Nazareth besonders markant zu sehen ist.

Im übrigen hatte der ‚legalisierte‘ Landraub alle Voraussetzungen für eine Bebauung des Bodens geschaffen, wie E. Spiegel kommentiert: „In den

Abb. 39: Lage der ‚Neuen Städte‘ (77)





Neu-Nazareth – Blick von oben aus Nasira

meisten Fällen genügte es, eine bestimmte Fläche abzustecken und sie dann durch den hierfür zuständigen Innenminister zum Stadtplanungsgebiet erklären zu lassen“<sup>90</sup>.

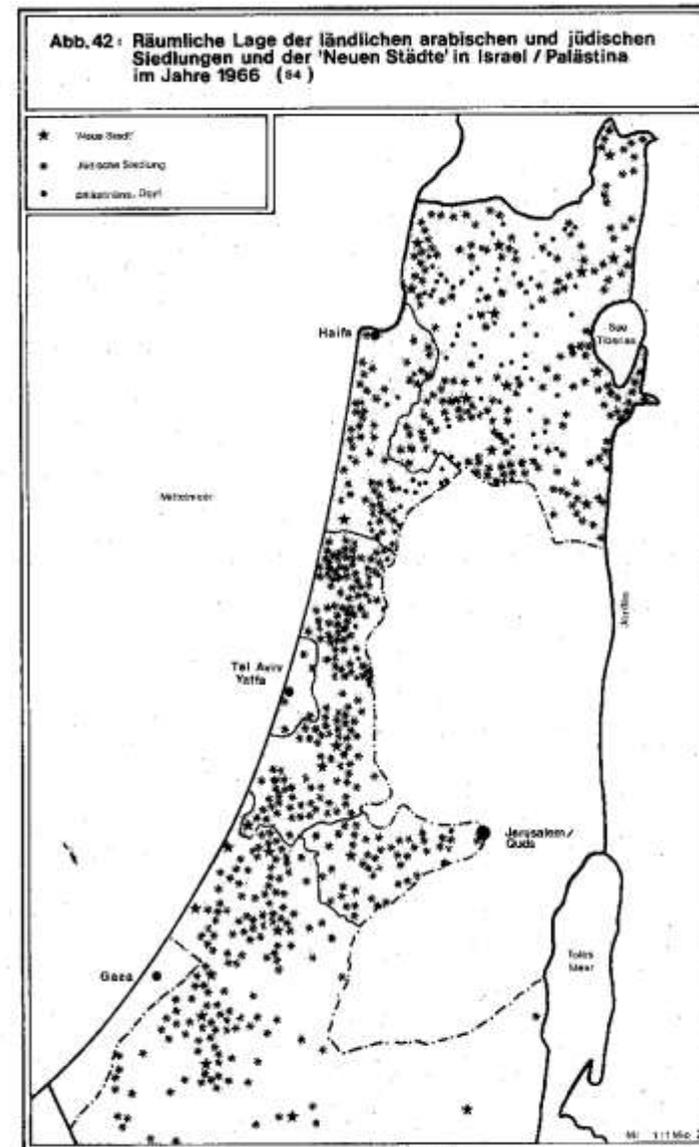
Die ‚Neuen Städte‘ sollten ganz erheblich zur Veränderung der Bevölkerungsverteilung beitragen. Der Plan für die ‚Neuen Städte‘ sah vor, daß sich deren Bevölkerungsanteil an der gesamten städtischen Bevölkerung des Landes von 15,7 Prozent im Jahre 1948 auf 42,3 Prozent im Jahre 1957 erhöhen sollte. Bis zum Jahre 1965 sollte sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sogar um 36 Prozent bewegen. Auch dieses Vorhaben konnte nur mit Hilfe großer Einwanderungsquoten verwirklicht werden. Mit Hilfe der Jüdischen Agentur wurden die Neueinwanderer beispielsweise über Wohnungs- und Ansiedlungsprogramme oder über Programme zur Förderung junger Familien in die ‚Neuen Städte‘ geschleust. Im Jahre 1957 betrug in 12 von 28 Städten daher auch der Anteil der Neueinwanderer mehr als 96 Prozent. In den Großstädten der Küstenzone dagegen betrug ihr Anteil im gleichen Zeitraum nur 62,2 Prozent<sup>91</sup>. Die palästinensische Bevölkerung jedoch hatte in den ‚Neuen Städten‘ keinen Platz. Die wenigen

Palästinenser, die in den ehemals palästinensischen Städten verblieben waren, stellten in den ‚Neuen Städten‘ nur noch einen Anteil von 4,1 Prozent <sup>82</sup>.

Auch im Rahmen dieser Städte hat sich in den Jahren nach 1967 und besonders seit Übernahme der Regierung durch die Likud-Parteien eine verstärkte Planungspolitik zu Lasten der verbliebenen palästinensischen Bewohner durchgesetzt. Beispielsweise sehen sich die Bewohner der Stadt Akka – ehemals ein blühendes arabisches Handelszentrum, nach 1948 von aus dem Süden strömenden, palästinensischen Flüchtlingen dicht bevölkert, aber seitdem dem Verfall preisgegeben – seit den 70er Jahren einer verschärften Enteignungs- und Ansiedlungspolitik ausgesetzt. Akka soll – neben der sterilen ‚Neuen Stadt‘ Akko ein romantisch schönes, arabisches Stadtbild präsentierend – zu einem touristischen Zentrum ausgebaut werden. Dafür sollen die palästinensischen Bewohner hinausgeworfen werden und jüdisch-israelische Händler, Juweliere, Hoteliers und andere Touristik-Betreibende an ihre Stelle treten. Mit Hilfe einer auch hierzulande bekannten Sanierungsstrategie, die Vernachlässigung der Baustruktur, Abriß, Zwangsräumung, unzumutbare Mietsteigerung nach Renovierung und diverse Gewaltakte umfaßt, ist es bisher gelungen, über 50% der seit 1948 und davor ansässigen palästinensischen Bevölkerung aus der Stadt zu vertreiben, was nicht nur als der uns bekannte Sanierungsprozeß zu bewerten ist, sondern, wie man sieht, wiederum rassistische Züge trägt. Denn es sind palästinensische Bewohner, die auf diese Weise ihre Wohnungen und ihren Lebensraum verlieren <sup>83</sup>.

Mit dem Aufbau der ‚Neuen Städte‘ und der Errichtung der ländlichen Siedlungen im Rahmen der Programme von 1948 bis 1965, wurde das Netz jüdisch-israelischer Besiedlung immer kompakter. Der Lebensraum der palästinensischen Bevölkerung wurde immer weiter eingeschnürt (s. Abb. 42).

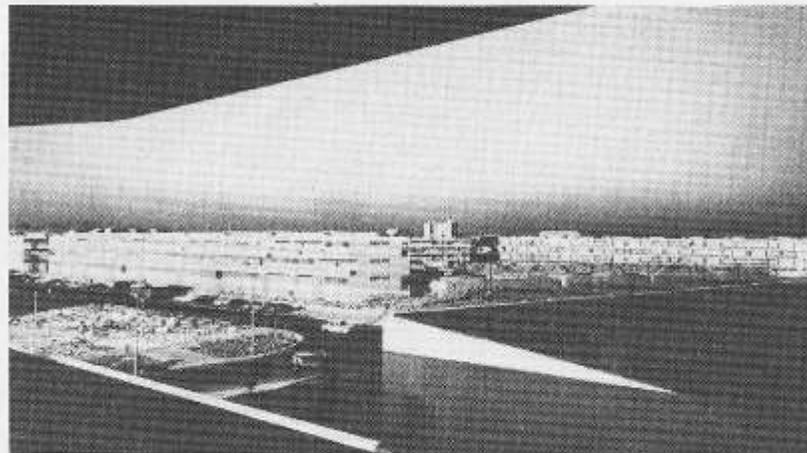
Ein weiteres Element der Planung bestand in der Bewässerungspolitik. Beispielhafte Großprojekte erlaubten großräumiges Voranschreiten bei der jüdischen Raumeroberung und führten gleichzeitig zur Einschränkung des palästinensischen Siedlungsraumes. Im folgenden werden die zentralen Projekte dargestellt. Mit ihrem Aufbau, ihrer Siedlungsdichte, ihren gesamten Infrastruktureinrichtungen, ihren wirtschaftlichen Aktivitäten sollte der Prozeß der Umwandlung des angeeigneten Bodens in praktisch besessenes, jüdisches Territorium gefestigt werden.





Beersheba 1951

29.



Mustersiedlung in Beersheba: 4-geschossige Blocks und Teppichbebauung

166



Akko

167

32.



33.



34.



Akka 1985: „Kaputt“, „saniert“

### 3.4 Zur Organisation der Planung, Integrierte Planung durch den Staat und die Jüdische Agentur

Wie für andere Bereiche des staatlichen Handelns galt auch im Bereich der Planung, daß die Gesetze und Institutionen aus der Mandatszeit nach 1948 weiterhin gültig waren. Das blieb in diesem Falle sogar bis 1965 so, denn erst dann wurde ein eigenes Planungsgesetz „The Planning and Building Law“<sup>85</sup> verabschiedet. Bis dahin galt die Stadtplanungsverordnung aus dem Jahre 1936, die „Town Planning Ordinance“<sup>86</sup>. Diese Verordnung bestimmte drei Elemente der räumlichen Planung, die quasi Gesetzescharakter besaßen: die **Bau- und Stadtplanungskommissionen** (Building and Town Planning Commissions) auf nationaler, regionaler (Distrikt) und lokaler Ebene; die **Stadtplanungszonen** (Town Planning Areas) Haifa und Tel Aviv und die **Stadtentwicklungspläne** (Town Planning Schemes), die sich noch einmal in Bauleitplänen (Detailed Schemes) unterteilten. Wo keine Planungen vorhanden oder möglich waren, konnten zusätzliche Kommissionen der höheren Ebenen durch sogenannte Zusatzgesetze (By-Laws) die Planungsaufgaben übernehmen.

Um die dringendsten Aufgaben zu bewältigen, wurde neben diesen vorhandenen Instrumenten eine nationale Planungskommission beim Minister für Arbeiten und Wohnen einberufen, deren Mitglieder, vor allem Architekten und Ingenieure, Pläne und Programme für die nationale Raumentwicklung entwerfen sollten. Wie wir bereits bei Arie Sharon erfahren haben, waren diese Planer der ‚Ersten Stunde‘ eng mit den Stadtentwicklungsideen in Europa und den USA verbunden und brachten in die Vorlagen entsprechende Konzeptionen ein, wie die Gartenstadtidee, die Favorisierung von New Towns als Entlastungsstädte und die Funktionstrennung zwischen Wohnen, Arbeiten und Erholen in den Städten. Sie standen auch in engem Kontakt zu englischen Stadtplanern und tauschten sogar Erfahrungen mit diesen aus<sup>87</sup>. 1949 wurden die ersten Grundzüge der Raumplanung durch das Innenministerium genehmigt. 1950 wurde der von der Planungskommission begonnene, durch das 1949 errichtete Nationale Planungsamt beim Premierminister fertiggestellte erste Nationalplan von der Knesset genehmigt.

Es wurden folgende Ziele durch diesen Plan verabschiedet:

- Entballung des Küstenraumes,
- Erschließung der Entwicklungsgebiete,
- konstruktive Besiedlungspolitik, die die neuen Einwanderer mit Hilfe der Öffentlichen Wohnungswirtschaft in den ‚Neuen Städten‘ und in den landwirtschaftlichen Siedlungen unterbringen soll<sup>88</sup>.

Seit 1952 wurde die nationale Planung aufgeteilt. Ein Bereich blieb dem Premierminister unterstellt, nämlich die generelle Planung, das heißt die Nationalpläne und die Regionalplanung. Die lokalen Planungen, die von den Distrikt- und Stadtkommissionen durchgeführt wurden, die mit der räumlichen Entwicklung zu tun hatten, wurden dem Innenministerium unterstellt bzw. der dort angesiedelten Planungsabteilung. Trotz dieser Teilung versuchten die entsprechenden Planungsverantwortlichen jedoch, wie A. Sharon berichtet, die lokale und die nationale Planung zusammenzuhalten<sup>89</sup>.

Mit dem **Planungs- und Baugesetz von 1965** wurden die verschiedenen Ebenen der Planung und die jeweiligen Planungen auf diesen Ebenen auch gesetzlich verankert<sup>90</sup>. An erster Stelle steht seitdem der **Nationale Planungsrat**, dem die Verantwortlichen für die Landesentwicklung aus den verschiedenen Ministerien, lokalen Behörden und nationalen Institutionen angehören, wie:

- der Innenminister,
- 7 Vertreter der verschiedenen Ministerien nach dem jeweiligen Bedarf,
- Planungsexperten für die jeweiligen Planungsaspekte aus dem Ministerium des Inneren und dem Ministerium für Wohnungsbau,
- die Bürgermeister der Städte Jerusalem, Haifa und Jaffa,
- sowie Vertreter der Ingenieur- und Architektenverbände, der Frauenorganisationen, der Technischen Hochschule Haifa, der Siedlungsinstitutionen der Jüdischen Agentur und von den kleinen Kommunen ohne Planungshoheit.

Darunter folgen ‚Unterkommissionen‘ (Sub-comitees) je nach Bedarf für Sonderprojekte, die Planungs- und Baukommissionen der Distrikte, in denen wiederum Vertreter der Ministerien für Wohnung, Arbeit, Verteidigung, Gesundheit, Landwirtschaft, Transport und Justiz, sowie Vertreter der lokalen Behörden zusammenarbeiten, und schließlich lokale Planungs- und Baukommissionen, die im Rahmen und unter der Kontrolle der Distrikte lokale Planungsvorhaben regeln können. Daneben können auch Sonderplanungszonen eingerichtet werden, in denen Projekte mit nationalem Vorrangcharakter durchgeführt werden sollen.

Die Ziele des 1965 verabschiedeten Planungsgesetzes bezogen sich im wesentlichen darauf,

- die nationale Planung einerseits gesetzlich zu verankern und zu zentralisieren,
- Regional- und Landespläne gesetzlich zu verankern und auch ihr Gewicht zu stärken,
- die lokalen Selbstverwaltungsorgane zu stärken,
- Sonderregelungen für die Entwicklung von Projekten zur Neulanderschließung zu ermöglichen und alle denkbaren Beteiligten in die Planung zu integrieren.

Da eine nationale Planung nur integriert denkbar war, um den Zielen der Jüdisierung des Landes, der Umwandlung von Terra in Territorium, gerecht zu werden, war die Regierung auch bestrebt, die vielen, oftmals nebeneinander planenden und auf die räumliche Entwicklung Einfluß nehmenden Institutionen zu gemeinsamer Arbeit zu führen. Es ist nicht einfach, einen Überblick über die möglichen Beteiligten zu erhalten. Planung betrieben und betreiben im weitesten Sinne:

- das Ministerium für Handel und Industrie, wenn es um die Verteilung von Industriestandorten und die Finanzierung von Industrieprojekten geht,
- die Israelische Bank, vor allem, wenn es um Wohnungsbauprojekte geht, die sie finanziert,
- die Gewerkschaft Histadrut, die Wohnungspolitik, die Gesundheitsversorgung und sogar landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte betreibt, denn sie ist Träger der Kibuzzim und fördert im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion auch die Weiterverarbeitungsindustrie,
- das Finanzministerium, wenn es um die Bereitstellung von Geldern für den Wohnungsbau geht,
- das Tourismusministerium, wenn es um Parks, Naturschutzgebiete, antike Stätten und den Ausbau von entsprechender Infrastruktur geht,
- das Ministerium für Arbeit und Wohnen, weil dieses für den Bau von Wohnungen mitsamt der dazugehörigen Infrastruktur zuständig ist, und zwar in den Städten und in den ländlichen Siedlungen,
- das Landwirtschaftsministerium, wenn es bei der Entwicklung neuer landwirtschaftlicher Flächen um die Planung der Flächennutzung und die Verteilung von Siedlungs- und Verkehrsflächen geht,
- die Wasserbehörde, sobald Großprojekte im Zusammenhang z.B. mit Landgewinnung anstehen,
- das Innenministerium, weil es für die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsverteilungspläne zuständig ist; außerdem ist das Innenministerium die oberste Planungsbehörde für die Entwicklungspläne der Gemajnden und Distrikte,
- die Jüdische Agentur immer dann, wenn Neulandentwicklung geplant ist, und das ist bei allen landwirtschaftlichen Projekten der Fall.

Die Einhaltung der nationalen Ziele, die jüdisch-israelische Territorialisierung des palästinensischen Bodens durch Besiedlung und Bearbeitung, konnte nicht alleine Aufgabe des Staates Israel sein. Nach der Staatsgründung mußte eine Entscheidung hinsichtlich der weiteren Rolle der Jüdischen Agentur und ihrer Institutionen, die den Staatsaufbau bisher getragen hatten, getroffen werden. Mit der Gründungserklärung stellte sich der Staat Israel deutlich in die zionistische Tradition<sup>91</sup> und betrachtete sich als Fortsetzer und Vollender der zionistischen Idee. Die Jüdische Agentur übergab ihre Funktionen 1948 der Jüdischen Volksversammlung. Da sie aber zum Beispiel noch eigenständige Rechte auf Boden innehatte, mußte eine

weitere Kompetenzregelung erfolgen. 1952 wurde das „Gesetz über den Status der Weltorganisation der Zionisten“ von der Knesset verabschiedet, dem 1954 das „Abkommen zwischen der Regierung Israel und der Jüdischen Agentur“ folgte – mit dem Gesetz über die „Israel-Böden“ war die Nationalisierung der Böden der Jüdischen Agentur bereits geregelt worden<sup>92</sup>. Danach blieben die zentralen, in Vertretung des Staates ausgeführten Aufgaben der Jüdischen Agentur:

- die Einwanderung nach Israel ständig zu fördern und sich heimatloser und verfolgter Juden anzunehmen,
- Bindeglied zwischen dem Weltjudentum und der Diaspora und dem Staat Israel zu bilden und
- die Judenfrage zu lösen.

In diesem Rahmen sollte sie folgende Tätigkeiten weiterhin ausführen:

- a) die Werbung, Auslese und den Transport einreisewilliger und verfolgter Juden,
- b) die Wohnungsversorgung und Eingliederung dieser Einwanderer in den Wirtschaftsprozess,
- c) die Leitung eines Hilfswerks für Kinder und Jugendliche,
- d) die Erschließung von Neuland, Landkauf, landwirtschaftliche Besiedlung.

Im Rahmen des letzten Punktes arbeitete für den Staat Israel als Vertretung der Jüdischen Agentur weiterhin der Jüdische Nationalfonds (JNF) und der Immigrations- und Kolonisationsfonds (IKF). Der JNF, der 1901 für den Bodenerwerb, die Bodenurbarmachung und die Bodenerschließung und Aufforstung gegründet worden war, erfüllte seine Aufgabe weiterhin als quasi staatliche Agentur für die Bodenmelioration und Aufforstung in sogenannten Entwicklungsgebieten. Der IKF, der 1921 zur Finanzierung der Einwanderung und des Aufbaus des Landes mit Ausnahme des Bodenerwerbs gegründet worden war, sollte weiterhin die Organisation der Einwanderer, ihren Transport nach Israel und ihre erste Versorgung bis hin zur ersten Ansiedlung in die Hand nehmen. Damit hatte die Jüdische Agentur automatisch entscheidende Raumentwicklungsaufgaben verantwortlich übernommen.

Der Vertrag zwischen der israelischen Regierung und dem Jüdischen Nationalfonds regelte auch, daß die betreffenden Aktivitäten mit der israelischen Regierung bzw. mit den entsprechenden Behörden abzustimmen seien, um eine möglichst hohe Identität von Zielen und Umsetzung zu erreichen und zu erhalten<sup>93</sup>. Die gemeinsame Planung spiegelte sich in den wichtigsten Institutionen der Landerschließung wider: der Wasserbehörde und der Landbehörde.

Über die Dienstleistungsaktivitäten der Zionistischen Organisation war damit auch eine enge Ausrichtung der israelischen Entwicklung und Pla-

nung an den Vorstellungen der Zionistischen Bewegung nach wie vor möglich – und das gilt bis heute. Nicht von ungefähr wird die Charakterisierung ländlicher Siedlungen durch die Jüdische Agentur als zum Beispiel „konsolidiert“ im allgemeinen Planungssprachgebrauch übernommen oder werden die Entwicklungsziele der Jüdischen Agentur für neue Siedlungen übernommen, zum Beispiel, sie für das Molkereiwesen zu spezialisieren<sup>94</sup>. Über die RASSCO (Rural and Suburban Settlement Company Ltd.), eine 1934 gegründete zionistische Gesellschaft für die Entwicklung des Landes, greift die Jüdische Agentur praktisch in alle Bereiche der Planungs- und Bauentwicklung mit ein. Die RASSCO

- erstellt schlüsselfertige Farmen auf dem Lande sowie schlüsselfertige Wohnungen in den Städten für Neueinwanderer,
- desgleichen für einkommensschwache und einkommensstarke Bevölkerungsschichten im Rahmen von Sonderprogrammen,
- errichtet Kultur- und Dienstleistungszentren wie Theater und Krankenhäuser,
- ist inzwischen auch bei der Modernisierung von Altbauten im Geschäft,
- betreibt und erbaut eigene landwirtschaftliche Großbetriebe im Bereich zum Beispiel der Schafzucht und bei der Zitrusproduktion,
- betreibt und errichtet schlüsselfertige Handwerksbetriebe, Hotels, Kliniken, Schulen, Banken, ja sogar ein Staudammprojekt und auch Verteidigungsbauten.

Ihre Tochtergesellschaften sind beschäftigt mit

- Wohnungsverwaltung und Wohnungserhaltung,
- Bauland- und Baureserveverschließung und Vorhaltung,
- Bodenmelioration,
- Bauproduktion, vor allem im Bereich von Fertigteilbauten,
- Baumaschinen<sup>95</sup>.

Auf diese Weise ist die Zionistische Organisation nach wie vor an der Ausrichtung der Territorialisierung Palästinas zu einem ‚Erez Israel‘ beteiligt, formal durch den Vertrag zwischen der Regierung und der Jüdischen Agentur, inhaltlich und praktisch an jeder Stelle der städtischen und ländlichen Entwicklung und bei allen Neulanderschließungsprojekten.

#### 4. Veränderungen durch ›Innere Kolonisation‹ an einigen ausgewählten Beispielen im Zusammenhang mit der Bewässerungsplanung

Der Erfolg der ‚Inneren Kolonisierung‘ hing auch davon ab, ob es im Rahmen der zionistischen Besiedlung gelang, für diese eine ausreichende ökonomische Basis zu schaffen und die Ausnutzung des Bodens optimal zu gestalten. Das ‚Regierungsamt für Bodenerhaltung‘ hatte verschiedene Projekte zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion vorgeschlagen. Gleichzeitig war aber festgestellt worden, daß die Erweiterung der Bodennutzung nur mit Hilfe großräumiger Bewässerungsprojekte zu erreichen war. Ohne künstliche Bewässerung war eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Fläche undenkbar; ohne künstliche Bewässerung war auch kein Ausbau des jüdischen Besiedlungsraumes in Palästina möglich. Die geplanten Bewässerungsprojekte sollten also ebenfalls zur Kolonisierung Palästinas beitragen. Die bereits 1950 in Angriff genommenen Projekte umfaßten die Nutzung der Grundwasserreserven in der Küstenebene, die Trockenlegung verschiedener Sumpfbereiche und schließlich die Kanalisierung und Umleitung der verschiedensten Flüsse und Wasserreservoirs vom oberen Jordantal bis in den Nordnegev. Es kamen in den späteren Jahren Meerwasserentsalzungsprojekte und die Ausbeutung der Grundwasserreserven der Araba im Süd-Ost-Negev hinzu.

Das geplante Verbundsystem von Wasserleitungen, Pumpstationen, Stauseen, Staudämmen und unterirdischen Wasserreservoirs (Abb. 43) sollte eine intensivere jüdische Besiedlung ermöglichen. Im Jahre 1950 wurden die ersten Vorbereitungen zur Nutzung des Jordanwassers getroffen. Im Jahre 1956 wurde dann das ‚Jordan-Negev-Projekt‘ in Angriff genommen, womit der entscheidende Schritt für die weitere israelisch-jüdische Erschließung Nordpalästinas, sowie des Gebietes zwischen Gaza, Tel Aviv/Jaffa und Jerusalem (*Quds*) getan wurde. Die Leitungen, die das obere Jordantal mit dem Nordnegev verbinden, sollten jährlich ca. 320 Millionen m<sup>3</sup> Wasser über eine Strecke von mehr als 250 km befördern. Ende der 50er Jahre wurde dieses zentrale Projekt fertiggestellt und damit bereits erreicht, daß ca. 90% aller Wasserreserven von der staatlichen Wasserversorgung erfaßt und kontrolliert werden konnten.

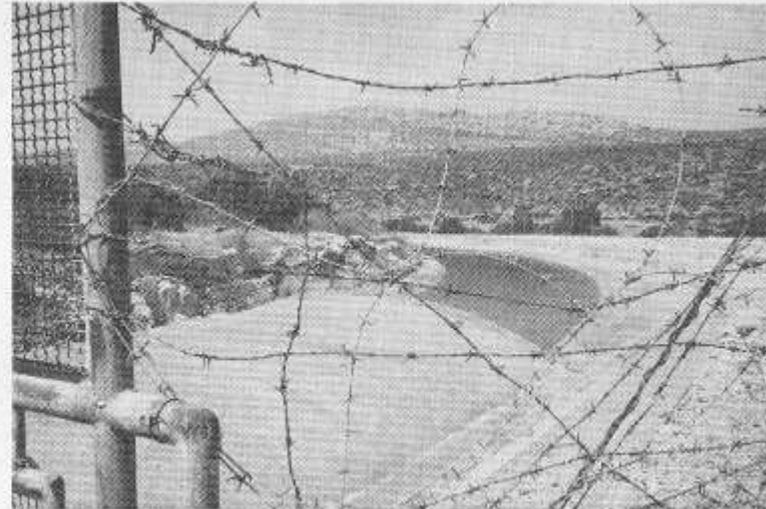
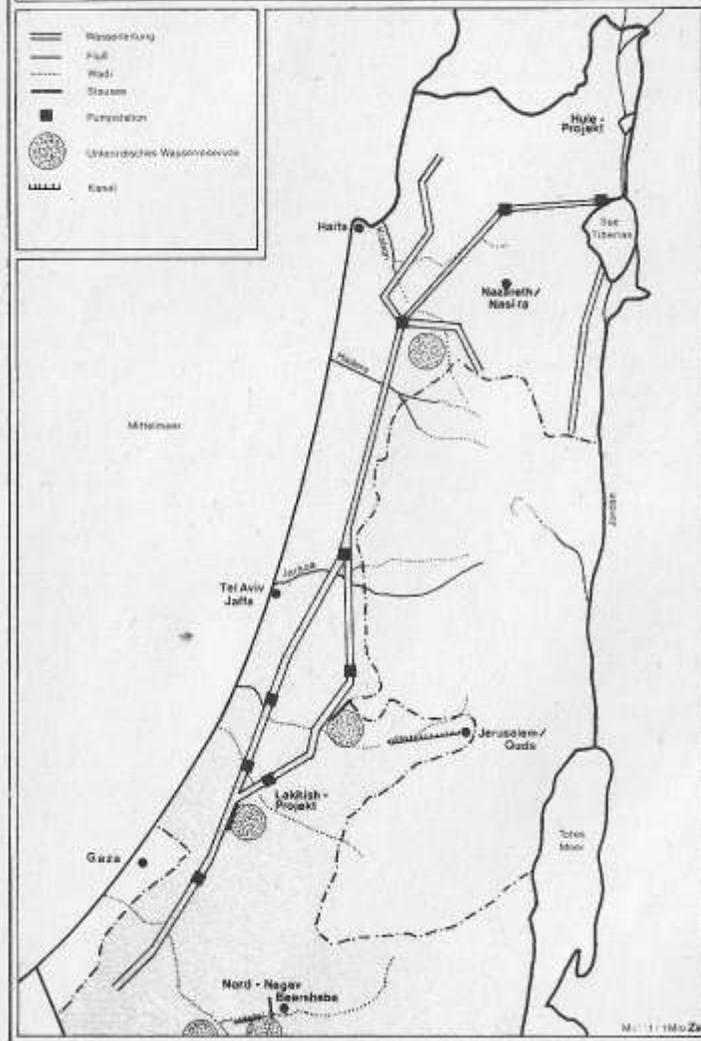
Dieser Umstand hatte gewaltige Folgen für die Dörfer. In einem Bericht des Magazins ‚Palestine‘ heißt es dazu: „Die Dörfer Saknin, Arraba und Deir

Hanna in Galiläa leiden unter Wasserknappheit, seitdem die Behörden sie von jeglicher Wasserversorgung abgekoppelt haben. Die israelische Wasserbehörde hatte vor kurzem das Wasser dieser Dörfer dem ‚Regionalprojekt zur Entsalzung von Wasser‘ zugeführt“<sup>95</sup>. Einerseits verloren die palästinensischen Dörfer einen Teil ihres fruchtbaren Bodens, andererseits wurde ihnen durch die neuen Projekte das bisher von ihnen genutzte und kontrollierte Wasser entzogen. Ihre Brunnen reichten nicht mehr aus, die eigene Versorgung zu sichern, weil der zionistische Staat entweder für die nationalen Wasserprojekte Grundwasser ableitete oder aber die Brunnen für die jüdischen Siedlungen tiefer bohrte als die palästinensischen Dorfbrunnen, was jenen das bisher verfügbare Wasser entzog. Da die palästinensischen Dörfer nicht im nationalen Plan berücksichtigt waren und ihnen sogar Bohrverbote auferlegt bzw. Genehmigungen versagt wurden, konnten sie auch nicht ihre Versorgung verbessern. Das vorhandene Wasser reichte nicht mehr aus, dem steigenden Wasserverbrauch einer wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden, womit die Intensivierung der palästinensischen Landwirtschaft mit Hilfe künstlicher Bewässerung nicht mehr möglich war. Der Kampf um Wasser wurde damit auch zum Kampf um die Existenz der palästinensischen Dörfer.

Dagegen machte die Intensivierung der Landwirtschaft des israelisch-jüdischen Sektors erhebliche Fortschritte. Ausgeklügelte und wissenschaftlich sorgfältig getestete Bewässerungsmethoden wie die ‚drip-irrigation‘ (eine Methode, die Wasser einspart und die Pflanzen optimal bewässert) ermöglichten eine sehr intensive Ausnutzung des Bodens. Die Steigerung der Erträge ließ durchschnittlich eine Senkung profitabler Farmgrößen von vorher 150 bis 500 Dunum auf nunmehr 20 bis 25 Dunum zu. Dadurch konnte gleichzeitig eine dichtere Besiedlung, das eigentliche Ziel der zionistischen Bewässerungspolitik, vorgenommen werden<sup>97</sup>.

Wir wollen im folgenden den Kolonisierungsprozeß an drei Wasserbauprojekten aufzeigen, die zentrale Bedeutung für die Errichtung des nationalen Bewässerungsnetzes hatten: die Entwässerung des Hula-Tals, das ‚Lakhish-Projekt‘ und die Erschließung des Nord-Negev. Im Detail wird noch einmal deutlich, wie der Aufbau jüdischer Raumstrukturen zwangsläufig zur Zerstörung der palästinensischen führt.

Abb. 43: Bewässerungsanlagen und -projekte in Israel / Palästina bis zum Jahre 1966 (98)

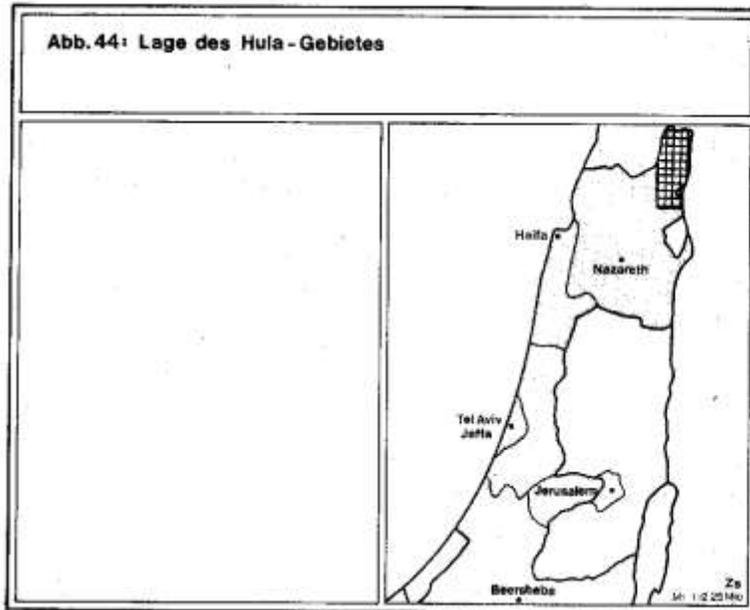


Projekt der Mekerot-Wassergesellschaft in Jalil (Galläa), Kinnereth-Projekt'

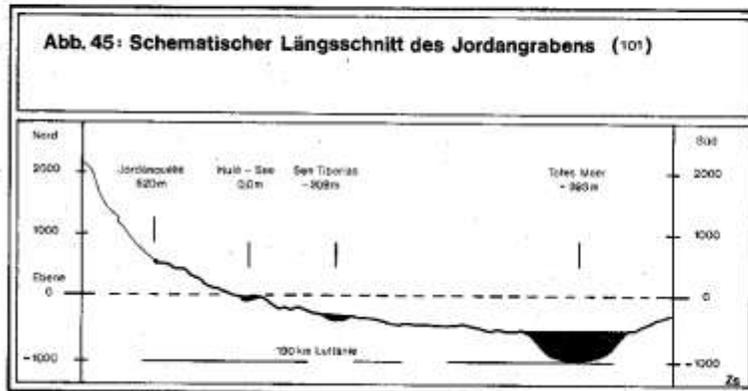
#### 4.1 Das Hule-Projekt

Das Hula-Tal in Nordpalästina ist eines der Gebiete, die im Krieg 1947-49 zu hundert Prozent verwüstet worden waren. Im Plan ‚Dalet‘ gehörte es zu jenen Gebieten, die ‚entarabisiert‘ werden sollten. Zionistische Politiker verbreiten über das Hula-Tal (hebr.: Hule) gern das Bild, daß es sich um völlig sumpfiges, von Malaria heimgesuchtes Gebiet gehandelt habe. Erstaunlicherweise gab es in diesem Gebiet jedoch vor dem Jahre 1948 insgesamt 35 palästinensische und eine Anzahl jüdischer Siedlungen <sup>99</sup>.

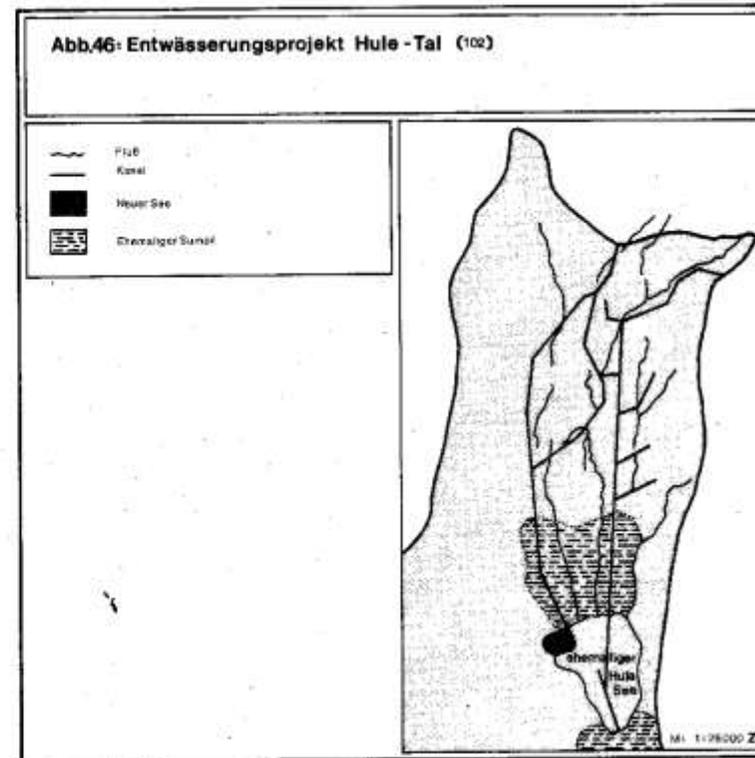
Der rund 200 Quadratkilometer umfassende Planungsraum, in dem sich die Quellflüsse des Jordans vereinigen, führte beträchtliche Wassermengen. Das Hule-Projekt hatte drei Funktionen zu erfüllen. Zuerst sollte es der Entwässerung der sumpfigen und überschwemmten Teile dieses Gebietes dienen. Darüber hinaus sollten die zusammengefaßten, ‚überschüssigen‘ Wassermengen dem Jordan-Negev-Projekt zugeführt werden. Außerdem war geplant, mit Hilfe der Wasserregulierung etwa 12.500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche neu zu erschließen <sup>100</sup>. Vor allem die Höhenverhält-



nisse im Jordantal erlaubten eine günstige Einbindung in das Zentralprojekt, denn der Jordan weist auf seinem rund 190 Kilometer langen Lauf ein Gefälle von ca. 920 Metern auf, wie das folgende Schema zeigt.

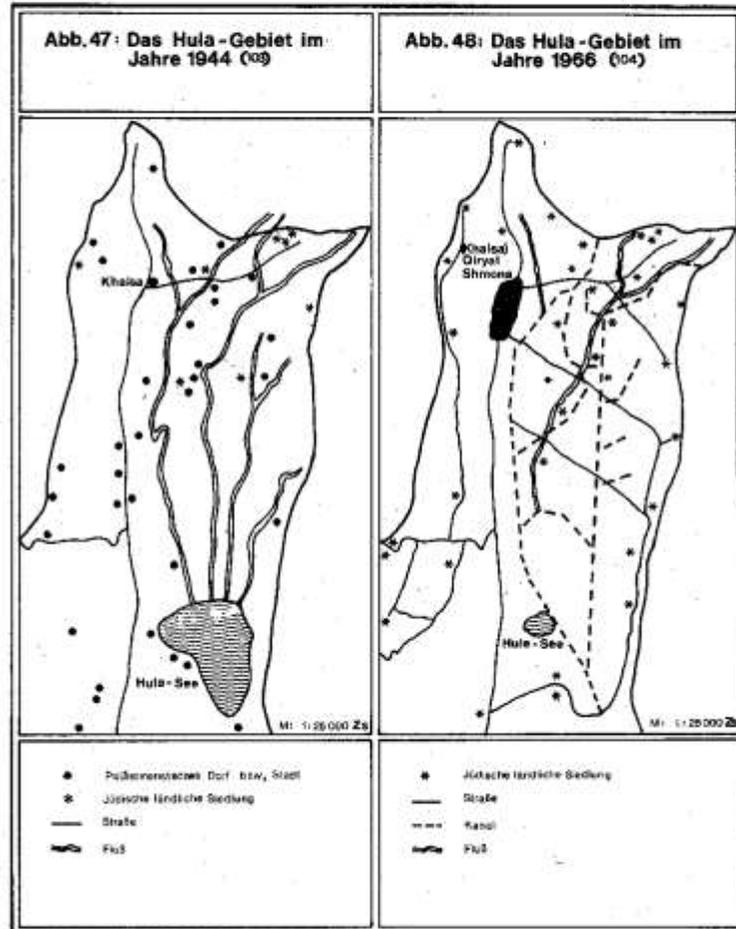


Schon unter der türkischen Besatzungszeit war versucht worden, das Gebiet zu entwässern, um fruchtbares Neuland zu gewinnen. Der zionistische Staat nahm diese Versuche wieder auf und begann im Jahre 1951 mit der Umbettung des Jordans. Danach wurden Haupt- und Nebenanäle zur Entwässerung gebaut und schließlich der See trockengelegt, wie die folgende Abbildung verdeutlicht. Die Nutzung des Jordanwassers wurde neben der Siedlungspolitik eine der einschneidendsten Maßnahmen der ‚Inneren Kolonisierung‘.



Nach der Fertigstellung des Hule-Projektes war das Gebiet bereits vollständig umgewandelt, und bis zum Jahre 1966 waren hier 37 jüdische, ländliche Siedlungen errichtet worden. Dazu kamen die beiden ‚Neuen Städte‘ Qiryat Shmona und Hazor, die jeweils auf den Ruinen einer ehemals palästinensi-

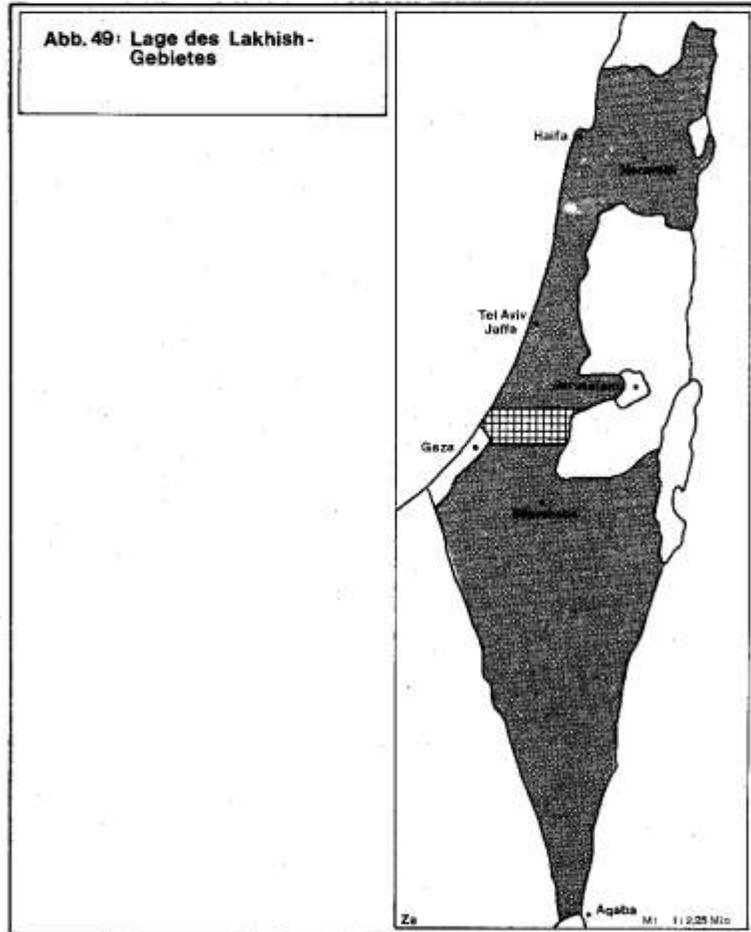
schen Stadt gegründet wurden. Rund 10.000 jüdische Siedler bewohnten das Land. 24.000 Dunum Neuland wurden als Staatsfarm von der Hule-Entwicklungsgesellschaft (Hule-Development-Corporation) bewirtschaftet, die sich zu 50 Prozent im Besitz des israelischen Staates befand, zu 30 Prozent der Jüdischen Agentur und zu 20 Prozent dem Jüdischen Nationalfonds gehörte. Etwa 40 Prozent des Fischbedarfs Israels und ein erheblicher Teil der Obst- und Gemüseversorgung werden heute hier produziert.



Man muß aber feststellen, daß diese territoriale Umwandlung des Hule-Tales nur auf der Basis der Vertreibung der arabischen Bevölkerung erreicht worden ist. Die Natur wurde umfassend umgestaltet, die Besitzverhältnisse geändert; Kibbuzim und Moshavim haben das Land mit ihren Strukturen überzogen. Die palästinensische Gesellschaft ist vollständig verschwunden.

## 4.2 Das Lakhish-Projekt

Auch das Lakhish-Gebiet war eines der fruchtbarsten Gebiete Palästinas, die im Verlauf des Krieges von 1947-49 vollständig zerstört und von palästinensischer Bevölkerung ‚befreit‘ worden waren.



Die Lakhish-Region wurde als Vorranggebiet zur Wassergewinnung und zur Neulanderschließung behandelt, und im Jahre 1955 wurde mit der Planung begonnen<sup>105</sup>. Das Planungsgebiet umfaßte eine Fläche von rund 750.000 Dunum Land, wovon etwa 40 Prozent landwirtschaftliche Nutzfläche guter Qualität und etwa 60 Prozent Weideland waren. Auch hier konnte die Qualität der Nutzung und die Erweiterung der Siedlungsfläche nur durch zusätzliche Bewässerung erreicht werden. Diese Bedingungen wurden im Jahre 1955 durch die Fertigstellung der sogenannten ‚Yarkon-Linie‘ im Rahmen des Jordan-Negev-Projektes (Abb. 43) erfüllt. Über ein neues Leitungssystem können jährlich rund 100 Millionen Kubikmeter Wasser von der Küstenebene in die südlichen Landesteile gepumpt werden. Da die Erschließung von Neuland in den Aufgabenbereich der Jüdischen Agentur gehörte, konnte von vornherein eine straffe, zentralistische Vorgehensweise gesichert werden. Die Planung des Lakhish-Gebietes sollte zum Modellfall für den Aufbau neuer jüdischer Regionen werden. Die Planung sah Bewässerung, Landgewinnung, Besiedlung mit landwirtschaftlichen Siedlungen und den Bau einer ‚Neuen Stadt‘, Qiryat Gat, vor. Das folgende Planungsschema für die Lakhish-Region zeigt die beabsichtigte, idealtypische Struktur.

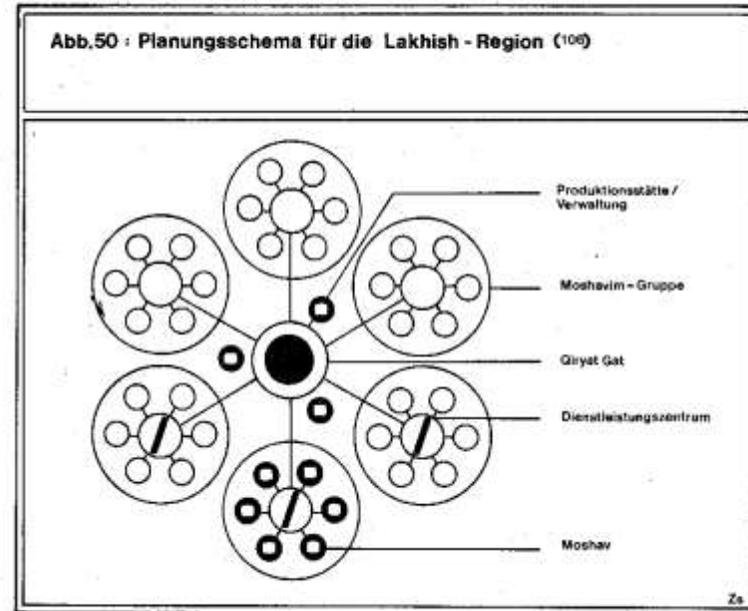
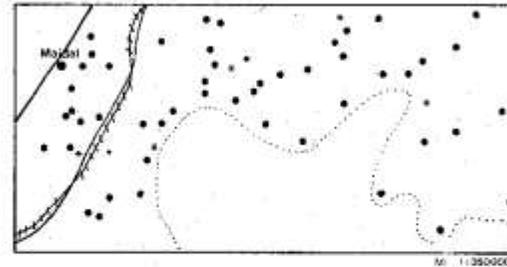


Abb. 51: Gruppe von Dörfern in der Lakhish-Region (107)



- bebaut Fläche
- Gemeinschaftsfläche
- Erweiterungsfläche
- Straßen

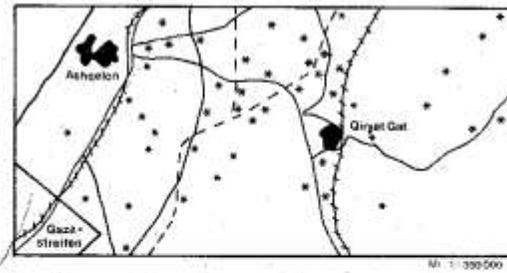
Abb. 52: Besiedlung der Lakhish-Region im Jahre 1944 (108)



- Arabisches Dorf
- Jüdische Siedlung
- Straße
- Eisenbahn
- Siedlungsgrenze

Zs

Abb. 53: Besiedlung der Lakhish-Region im Jahre 1966 (109)



- Jüdische Siedlung
- Neue Stadt
- Straße
- Eisenbahn
- Kanal

Zs

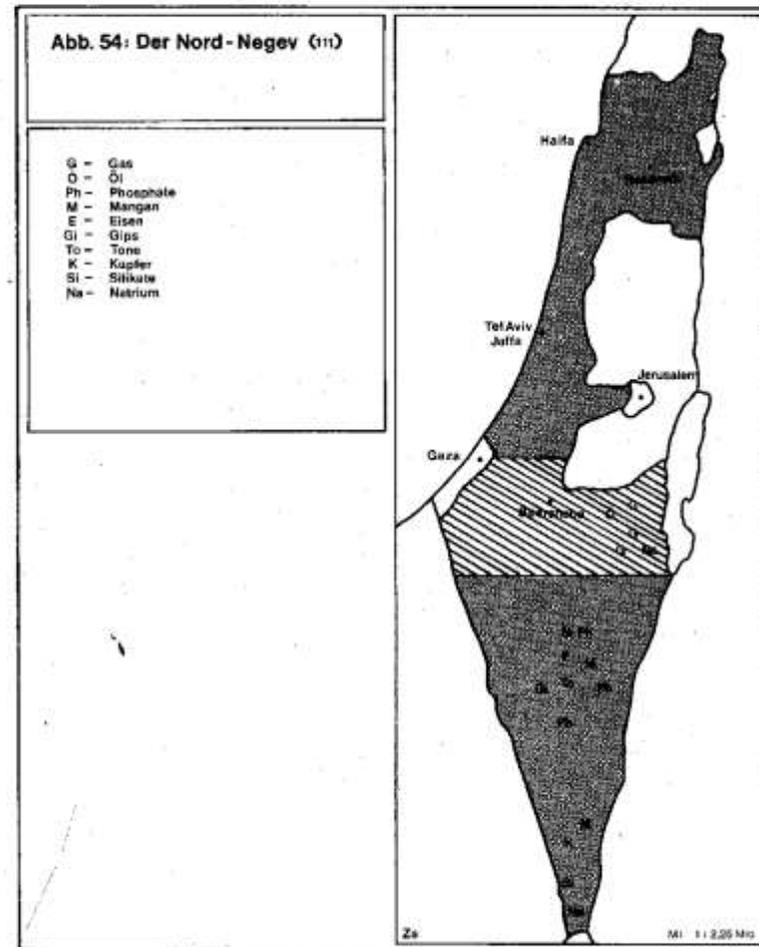
Qiryat Gat sollte als Verwaltungs- und Handelszentrum für die landwirtschaftlichen Produkte der Region aufgebaut werden. In Qiryat Gat befanden sich demnach die Selbstverwaltungsorgane, die Planungs- und Entwicklungsbehörden; hier entstanden Einkaufs- und Handelszentren für Produkte von überregionaler Bedeutung und hier sollten die landwirtschaftlichen Produkte der Region gelagert, verarbeitet und vermarktet werden. Auf dem neu gewonnen Land wurden Baumwolle, Zuckerrüben, Erdnüsse und Ölsaaten angebaut, außerdem wurde Vieh- und Geflügelzucht betrieben.

Auch für die Dörfer gab es idealtypische Vorstellungen: jeweils 80 bis 100 Höfe mit jeweils etwa 40 Dunum sollten auf genossenschaftlicher Basis ein Dorf (Moshav) bilden. Vier bis sechs Moshavim mit 1.500 bis 2.000 Einwohnern sollten ein gemeinsames Dienstleistungszentrum erhalten und eine Dorfgruppe bilden (siehe Planungsschema). Während in jedem Dorf ein Kindergarten, Vorschulklassen, die Synagoge, eine Erste-Hilfe-Station und ein Verwaltungsbüro vorhanden sein sollten, erhielten die Dienstleistungszentren darüber hinaus vollständige Volksschulen, größere Ambulanzen mit fachärztlicher Betreuung und einer Mütterberatungsstation. Außerdem gab es dort das Postamt, Garagen und Reparaturwerkstätten für die Landwirtschaftsmaschinen, Handwerksstätten, das Lagerhaus und Geschäfte. Je nach Möglichkeiten der Dörfer kamen Veranstaltungsräume, Kinos, Sportstätten, Theater oder Büchereien dazu. In diesen Zentren wurden die landwirtschaftlichen Produkte gesammelt und von dort aus zur Weiterverarbeitung nach Qiryat Gat transportiert <sup>110</sup>.

Der ‚Judaisierungsprozeß‘ in der Lakhish-Region war mit dem Bau der Stadt Qiryat Gat abgeschlossen. Wie im Hula-Tal hatte er mit der Zerstörung der palästinensischen Dörfer und der Vertreibung ihrer Bewohner begonnen. Während es 1944 nur 7 jüdische Siedlungen in diesem Gebiet gegeben hatte, waren es 1967 über 50. Vor 1948 gab es dagegen über 50 palästinensische Dörfer in diesem Gebiet, doch 1968 gab es kein einziges mehr. Bis 1967 war die Lakhish-Region gänzlich nach den Bedürfnissen der jüdisch-israelischen Gesellschaft umgeformt.

### 4.3 Die Erschließung der Negev-Region

Die Besiedlung der Negev-Region war aus verschiedenen Gründen von strategischer Bedeutung für den Prozeß der ‚Inneren Kolonisation‘ in Palästina. Im Nordost-Negev gibt es verschiedene Bodenschätze wie Gas, Öl, Phosphate; im südlichen Negev Kupfer, Eisen und Mangan. Diese Vorkom-

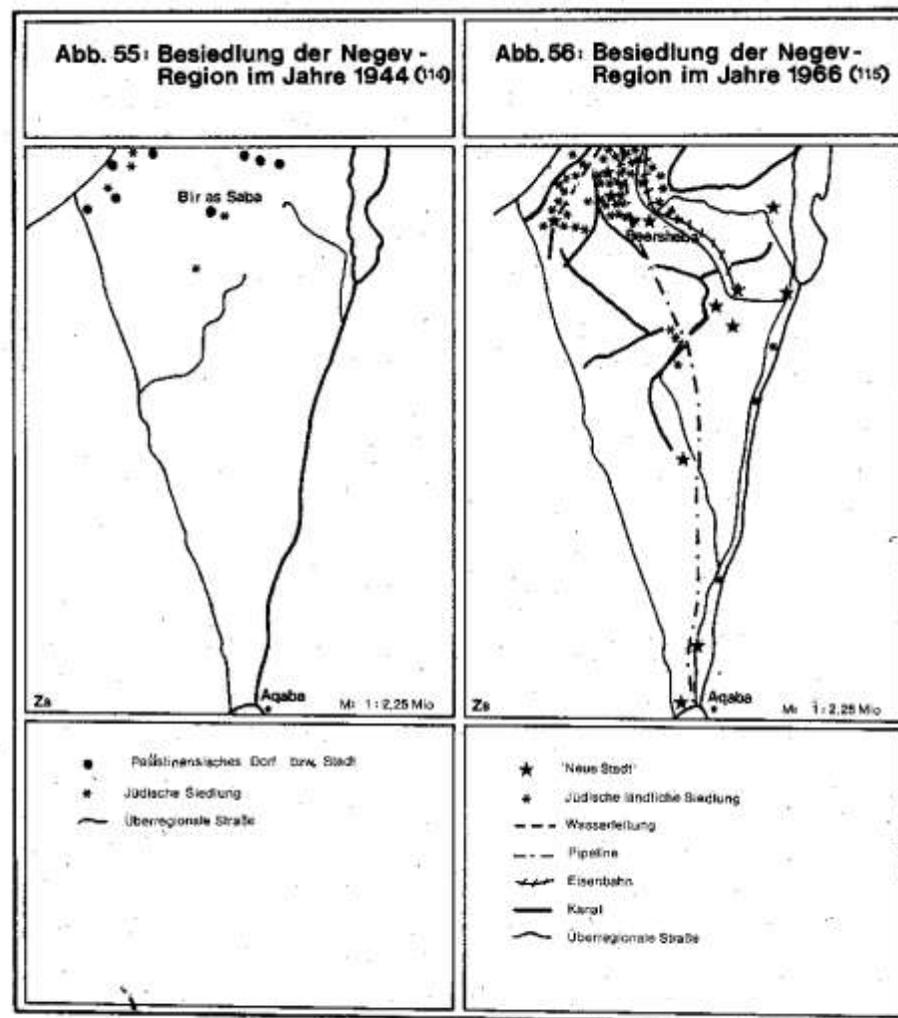


men sind zwar nicht sehr umfangreich, doch sollten sie zum Aufbau der israelischen Wirtschaft beitragen und daher kontrolliert und verfügbar gemacht werden <sup>112</sup>.

Für den Handel mit den afrikanischen Märkten war der Zugang zum Golf von Aqaba von zentraler Bedeutung, und so zielte der ‚Zion-Plan‘ darauf ab, eine sichere Verbindung zwischen der Zentralregion und dem Hafen von Eilat herzustellen. Vor allem aber hatte das ‚Amt für Bodenerhaltung‘ die Erschließung des Nord-Negev zur zentralen Aufgabe für die Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzungs- und Siedlungsfläche im Süden Palästinas erklärt. Damit stellte der Nord-Negev ein Schlüsselprojekt für die Erweiterung der zionistischen Besiedlung und den ‚Inneren Kolonisierungsprozeß‘ dar. Solange künstliche Bewässerung noch eben vertretbar war, wurde die Besiedlung der Wüstenrandzone durch Kibbuzim, Straßenbau und Wasserbau vorangetrieben.

Der Nord-Negev war jedoch nicht so einfach kolonisierbar, wie die beiden vorangestellten Gebiete. Die Zahl der Beduinen war im Krieg von 1947-1949 zwar erheblich dezimiert worden, doch existierten noch, wie gesagt, etwa 11.000 Beduinen, die ihren Anspruch auf das von ihnen genutzte Weideland heftig verteidigten und Nutzungsrechte vorweisen konnten. Und solange die Enteignung des Bodens noch nicht vollständig erreicht war, mußte sich das Besiedlungsprogramm im großen und ganzen auf die Errichtung und Sicherung des Straßennetzes, auf die Errichtung von Wehrdörfern entlang der Grenzen und auf die Ausdehnung der Bewässerung im Rahmen des ‚Jordan-Negev-Projektes‘ beschränken. Mit Hilfe der Bewässerung konnten jedoch im Nord-Negev weitere ländliche Siedlungen errichtet werden.

Die ‚Neue Stadt‘ Beersheba (*Bir as Saba*) wurde das Zentrum dieses Besiedlungsprozesses. Der Ausbau Beershebas als jüdische Stadt nahm für den Kolonisierungsprozeß des Negev eine Schlüsselstellung ein. Die Stadt wurde als Festung im Kampf gegen die Beduinen begriffen, als Keil, mit dem in den Negev vorgestoßen werden sollte. „Ber Sheba ist Ausgangspunkt, Hauptquartier und Nachschubdepot dieses Vorstoßes zugleich“ <sup>113</sup>.



## 5. Vorläufige Ergebnisse der ›Inneren Kolonisation‹ in Israel am Vorabend des ›Juni-Krieges‹ 1967

### 5.1 Stand der demographischen Veränderungen in Israel

Im Jahre 1948 war die israelische Regierung mit dem Ziel angetreten, in kürzester Zeit die ‚Judaisierung‘ Palästinas – vorläufig in den Grenzen Israels – zu erreichen. Der Boden sollte nationalisiert werden, was mit Hilfe des ‚legalisierten‘ Landraubs im Jahre 1961 bis zu über 90 Prozent gelungen war. Außerdem sollten die Bevölkerungsmehrheiten vollständig umgekehrt werden. Vor allem in der Nordregion und in der Südregion sollten die Palästinenser von einer 1948 noch recht großen Mehrheit in eine kleine Minderheit verwandelt werden.

Projekte der Raumplanung, wie der Aufbau ländlicher Siedlungen, der Bau der ‚Neuen Städte‘ und die nationalen Bewässerungsprogramme sollten dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Über die Stärkung der ländlichen Gebiete sollte sich auch die gesamte Bevölkerungsverteilung ändern; größere Anteile der jüdischen Bevölkerung plante man von den Stadtzentren in der Küstenregion in die palästinensisch dicht besiedelten Gebiete zu verlagern. Aber diese Absicht konnte nicht so ohne weiteres verwirklicht werden.

Noch 1976 sah sich Israel König, bis dahin Regionalkommissar der Region Nord, wie bereits erwähnt, veranlaßt, ein Dokument herauszubringen, das enthüllte, daß in der Nordregion eine demographische ‚Bereinigung‘ zwischen Palästinensern und Juden nur unzulänglich gelungen war. Seine Hauptaussage war, daß die palästinensische Bevölkerung in gefährlicher Weise angewachsen sei und drohe, Mehrheiten zu bilden, und er forderte die Regierung in dem sogenannten ‚Königs-Report‘ auf, noch viel größere Anstrengungen bei der Ansiedlung jüdischer Siedler zu unternehmen, auch viel schärfer gegen die arabische Bevölkerung vorzugehen und alle nur denkbaren und schon vorhandenen Mittel einzusetzen, um die Palästinenser zum Auswandern zu bewegen. Voller Haß und Angst vor der heranwachsenden palästinensischen Intelligenz forderte er: „Außerdem müssen Möglichkeiten eruiert werden, es ihnen zu erleichtern, ins Ausland zum Studium zu gehen, und gleichzeitig Maßnahmen herbeizuführen, die es ihnen erschweren werden, zurückzukehren und Arbeit zu finden; diese Politik könnte auch ihre Emigration erleichtern“<sup>116</sup>.

Es gab zwei Gründe für die unerwünschte Entwicklung: das höhere Bevölkerungswachstum bei der palästinensischen Bevölkerung und der Rückgang der Immigrationszahlen, eine Tendenz, die sich bereits im Jahre 1967 andeutete. Die demographischen Änderungen waren unter dem Eindruck der Masseneinwanderung zwischen 1948 bis 1951 viel zu optimistisch eingeschätzt worden. Die Pläne mußten jeweils reduziert werden, weil sie den erkennbaren Realitäten schon nicht mehr entsprachen.

Im Jahre 1948 bestand, wie vorher dargestellt, in der Nordregion ein Verhältnis von palästinensischer zu jüdischer Bevölkerung von 63% zu 37%. Der schon reduzierte Plan von 1963 sah eine Umkehrung dieses Verhältnisses von 39% für die palästinensische und 61% für die jüdische Bevölkerung vor. Wie man den folgenden Abbildungen entnehmen kann, war dieses Verhältnis selbst 1970 noch nicht erreicht: die palästinensische Bevölkerung stellte noch einen Anteil von 46% gegenüber 54% jüdischer Bevölkerung dar. Abbildung 58 verdeutlicht, daß bestimmte Räume sogar palästinensische Bevölkerungsanteile von bis zu 95% aufweisen. Ähnlich war die Lage im ‚Dreieck‘: noch 1977 stellte die palästinensische Bevölkerung bis zu 100% der Gesamtbevölkerung. Nur in Bezug auf die gesamte Nordregion konnte von einer Umwandlung der demographischen Verhältnisse gesprochen werden. Die jüdische Bevölkerung bildete 1970 eine knappe Mehrheit von 54%.

Grundlegendere Änderungen waren in der Südregion zu verzeichnen. Die Beduinen konzentrierten sich aufgrund der Erlasse der Militärverwaltung im Reservat um Beersheba (*Bir as Saba*) und bildeten im Jahre 1970 im Negev 35% der Bevölkerung. In Gesamt-Israel hatte sich das Verhältnis von ehemals 72% zu 28% zugunsten der palästinensischen Bevölkerung auf ein Verhältnis von 83% zu 17% zugunsten der israelischen Juden gewandelt, denn die Zahl der jüdischen Siedler hatte sich bis zum Jahre 1970 auf 2,56 Millionen erhöht, wogegen die palästinensische Bevölkerung nur auf 439.900 angewachsen war. Die drastischen Pläne, die palästinensische Bevölkerung auf eine Minderheit von unter 10% herabzudrücken, konnten zwar nicht realisiert werden, doch der Trend, in jeder Region jüdische Mehrheiten herzustellen, konnte fast durchgesetzt werden. Nordpalästina aber blieb palästinensisches Gebiet. 59% der palästinensischen Bevölkerung in Israel waren hier konzentriert, und Shaf Amr war eine rein palästinensische Stadt geblieben<sup>117</sup>.

In der Zeit von 1948 bis 1967 waren Planung und Politik des Staates Israel vorrangig auf den Aufbau der jüdischen Gesellschaft ausgerichtet worden. Wenn Israel auch nach wie vor auf Unterstützung von außen angewiesen war und dieser Aufbau praktisch zu einem großen Teil aus Wiedergutmachungszahlungen der BRD, Entwicklungshilfe aus den USA und den Spensammlungen der Zionistischen Weltorganisation bezahlt worden war,

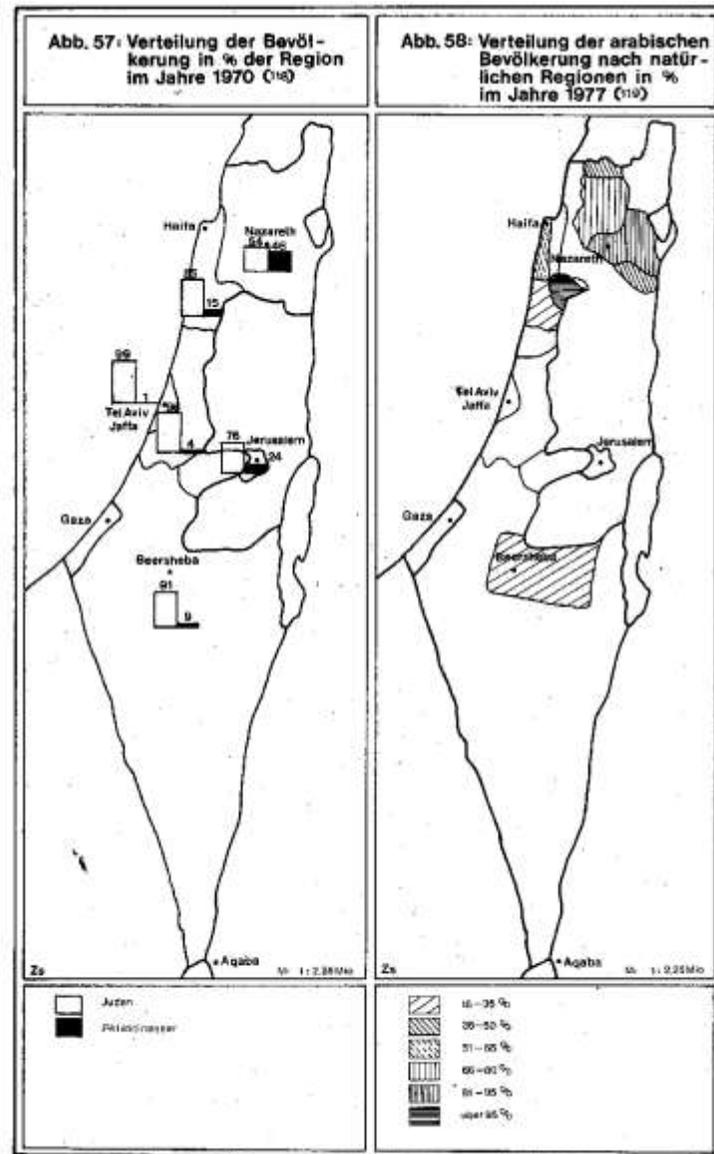
so schien die Hauptseite der zionistischen Planung konstruktiv gewesen zu sein. Neue Städte, Dörfer und Siedlungen waren aufgebaut worden, Industrie und Landwirtschaft standen auf einem viel moderneren Entwicklungsniveau als in sämtlichen arabischen Nachbarländern. Die israelische Landwirtschaft gehörte sogar zu den entwickeltesten der Welt. Bei der Bewässerung von Trockenzonen hatte Israel unerreichte Erfolge zu verzeichnen.

Dennoch läßt sich, wie wir gezeigt haben, die andere Seite dieser Entwicklung nicht übersehen. Das Aufblühen Israels war auf der Zerstörung Palästinas entstanden, das palästinensische Volk war radikal enteignet worden. Die Errichtung von jüdischen Städten, Dörfern, Siedlungen und Bewässerungssystemen implizierte die Zerstörung und Bedrängung der palästinensischen Städte, Dörfer, Siedlungen und Wasserressourcen. Die Planung hatte ihren destruktiven Beitrag hierzu geleistet.

Sie hatte, wie vor 1948, die Funktion, den Prozeß der ‚Inneren Kolonisierung‘ zu organisieren und zu festigen. Sie trug entscheidend zur Entwicklung und Stabilisierung des zionistischen Staates sowie überhaupt zur Staatsbildung bei, indem sie die Maßnahmen zur Landnahme, Landnutzung und Bevölkerungsverteilung durch Siedlungspläne entwickelte und umsetzte.

Mag der einzelne Planer oder Architekt auch subjektiv die Augen vor diesem Zusammenhang geschlossen haben, objektiv hat die Umsetzung ihrer technisch-planerisch vielleicht fortschrittlich gemeinten Ideen den Zielen des Zionismus gedient. Die Tatsache, daß es für die Architekten und Planer offensichtlich die arabisch-palästinensische Gesellschaft überhaupt nicht gab, muß stutzig machen, denn letztlich diente ihre ‚Aufbauarbeit‘ der endgültigen Vernachlässigung, Umwandlung und Vernichtung der noch vorhanden gewesenen palästinensischen Raumstrukturen. Das kann niemandem entgangen sein. Mindestens muß man ihnen die grob fahrlässige Verletzung der Interessen des palästinensischen Volkes vorwerfen. Im Verbund mit Militärgesetzen und Gewaltmaßnahmen behielt die Planung ihren aggressiven und Doppelcharakter bei.

Aber nicht nur das; der Aufbau der israelisch-jüdischen Gesellschaft hatte auch die ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen der palästinensischen Gesellschaft zerstört. Auch dieser Prozeß war ein Ergebnis bewußt geplanter Maßnahmen und stand in engem Zusammenhang mit der kolonialen Eroberung des palästinensischen Raumes durch Israel.



## 5.2 Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft

Unter den geschilderten Bedingungen der Land- und Wasserentwendung durch die zionistische Besiedlungspolitik war es der palästinensischen Gesellschaft nicht möglich, ihre ökonomischen Bedingungen zu sichern oder gar zu verbessern, zumal der israelisch-jüdische Sektor eine erhebliche Konkurrenz bei der landwirtschaftlichen Produktion darstellte. Einerseits war er bereits technisch weiter entwickelt, andererseits erhielt nur er staatliche Unterstützung.

Folglich blieb die palästinensische Bevölkerung an die Landwirtschaft gebunden, und im Jahre 1967 waren immer noch 41% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt – im Gegensatz zu nur 12,5% der jüdischen Bevölkerung. Eine neue, eigene Industrie konnte im arabischen Sektor nicht aufgebaut werden, dazu fehlten sämtliche Ressourcen, vor allem auch das notwendige Kapital. Außerdem war es der palästinensischen Bevölkerung in vielen Sektoren der jüdischen Wirtschaft gar nicht möglich, Fuß zu fassen. So wurde die palästinensische Bevölkerung, da die Landwirtschaft nicht mehr zur Sicherung der Existenz ausreichte, die Reservearmee für billige Arbeitskräfte auf dem israelisch-jüdischen Arbeitskräftemarkt.

**Tabelle 11:**  
Palästinensische und jüdische Bevölkerung nach Art der Beschäftigung im Alter über 14 Jahre, 1967 in % <sup>121</sup>

Branche	Arbeitskräfteverteilung	
	jüdisch	nicht-jüdisch (palästinensisch)
Landwirtschaft	12,5	41,2
Industrie	24,6	15,2
Bauindustrie/Öffentliche Arbeiten	7,6	16,1
Elektrizität/Wasser	2,2	1,2
Handel/Finanzen	13,5	8,2
Transport	7,4	5,6
Öffentliche und private Dienste	24,1	8,8
Personaldienst	8,1	3,2

Die Mehrheit der Arbeiter fand in der Bauindustrie Beschäftigung, wovon die vorstehende Übersicht einen Eindruck vermittelt. Im Bereich der Armee und in allen als Sicherheitsbereiche deklarierten Arbeitsgebieten fanden und finden mit Ausnahme der Drusen keine Palästinenser eine Beschäftigung. In allen höher qualifizierten Arbeitsbereichen haben sie, wie auch im Öffentlichen Dienst, so gut wie keine Chance<sup>121</sup>.

Wirtschaftliche Krisen, Arbeitslosigkeit und Armut trafen und treffen die palästinensische Bevölkerung jeweils härter als die jüdische, denn die palästinensischen Arbeiter, wenn sie formell auch ‚gleichbehandelt‘ zu werden scheinen, befanden und befinden sich doch mehrheitlich in den untersten Lohnkategorien und in den ungelerten Berufen.

Ein Vergleich zwischen dem palästinensischen und dem jüdischen Sektor der landwirtschaftlichen Produktion zeigt einen erschreckend großen Unterschied. Auf rund 79,7% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Israel produzierten im Jahre 1967 die israelischen Siedler ca. 94,5% des gesamten landwirtschaftlichen Ertrages. Auf den verbliebenen 20,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die die palästinensischen Bauern bearbeiteten, erbrachten diese nur 5,5% des landwirtschaftlichen Gesamtproduktes. Praktisch blieb der palästinensische Sektor der Landwirtschaft als Subsistenzwirtschaft reduziert <sup>122</sup>.

Ein ganz entscheidender Grund dieser Rückentwicklung lag in der Unterversorgung mit Wasser und dem Mangel an künstlicher Bewässerung. 1967 galten ca. 50% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Israels als

**Tabelle 12:**  
Entwicklung der bewässerten Landwirtschaftsfläche in Israel von 1951 bis 1976 nach palästinensischer und israelisch-jüdischer Landwirtschaft in 1.000 Dunum <sup>123</sup>

Jahr	jüd.-isr. Landwirtschaft		palästinens. Landwirtschaft			
	insges.	bewässert in %	insges.	bewässert	in %	
1950/51	2.705	464	17,0	645	10	1,5
1954/55	2.965	873	29,4	625	17	2,7
1958/59	3.350	1.209	36,1	755	26	3,4
1962/63	3.325	1.464	44,0	860	31	3,6
1966/67	3.273	1.548	47,3	565	40	4,6
1970/71	3.387	1.682	49,7	773	53	6,9
1974/75	3.455	1.750	50,6	895	75	8,4
1975/76	3.455	1.800	52,1	855	65	7,5

künstlich bewässert. In der palästinensischen Landwirtschaft wurden aber nur 4,5%, nämlich 40.000 der insgesamt 875.000 Dunum landwirtschaftlicher Fläche bewässert<sup>124</sup>. Kein Wunder, daß das Ergebnis der landwirtschaftlichen Produktion im jüdisch-israelischen Sektor um einiges höher lag als im palästinensischen Sektor.

**Tabelle 13:**  
**Entwicklung der Anbauflächen und des Werts der Agrarproduktion von 1950 bis 1976 nach israelisch-jüdischer und palästinensischer Landwirtschaft**<sup>125</sup>

Jahr	Anbaufläche in 1.000 Dunum		Ertragswert in 1.000 Isr. Pfund		Ertragswert in Isr. Pfund pro Dunum	
	jüd./Isr.	pal.	Jüd./Isr.	pal.	jüd./Isr.	pal.
1950/51	2.705	645	65.172	5.798	24,09	8,99
1954/55	2.965	625	353.237	24.168	119,13	38,67
1958/59	3.350	755	671.245	41.767	200,36	55,32
1962/63	3.185	820	1.102.997	58.330	346,31	71,13
1966/67	3.273	865	1.516.272	98.563	463,27	113,95
1970/71	3.387	773	2.393.200	116.700	706,58	150,97
1973/74	3.385	885	5.095.700	307.000	1.505,37	346,89
1975/76	3.455	855	11.204.300	508.900	3.242,92	595,20

### 5.3 Zerstörung der Identität des palästinensischen Volkes durch die gesellschaftliche Diskriminierung

Die Beibehaltung der Militärgesetzgebung für die palästinensische Bevölkerung bis zum Jahre 1967 bedrohte über die ökonomischen Grundlagen hinaus auch die politische und kulturelle Identität des palästinensischen Volkes. Zwar wurde die palästinensische Bevölkerung als solche formell in diesen Gesetzen nicht gesondert behandelt, doch wurde das Militärrecht ausschließlich gegen sie verwendet. Ihre nationale Existenz wurde verleugnet und der Staat Israel zur exklusiven jüdischen ‚Heimstätte‘ erklärt. Das ‚Rückkehrgesetz‘ und das ‚Gesetz über die Staatsbürgerschaft‘ begründeten und zementierten diese ethnisch-religiöse Exklusivität. Nach diesen Gesetzen konnten selbstverständlich nur Juden ‚Rückkehrer‘ sein, wäh-

rend die palästinensischen Flüchtlinge aus den Jahren 1947 bis 1949 kein Recht auf Rückkehr in ihre Dörfer und Städte erhielten.

Gegenüber den Palästinensern wurde Militärgewalt ausgeübt. Die Artikel 108 und 109 der Notstandsgesetzgebung ermächtigten den Militärgouverneur, die Rechte jedes einzelnen vollständig einzuschränken und aufzuheben, wie folgender Auszug verdeutlicht:

- „1. Der Militärgouverneur hat das Recht, einen Befehl zu erteilen, daß eine Person einige Zeit, nicht über ein Jahr, unter Polizeiaufsicht gestellt wird.
2. Von einer Person, die sich in einer solchen Lage befindet, kann verlangt werden:
  - a. stets an dem Ort zu bleiben, den der Militärgouverneur bestimmt hat,
  - b. sie darf den Wohnsitz ohne Genehmigung der Polizeibehörden nicht wechseln,
  - c. sie muß dem Inspekteur der Polizei stets angeben, wenn sie ihren Wohnsitz verläßt und muß hinterlassen, wo sie sich befindet,
  - d. die Person muß sich bei Aufforderung unverzüglich beim Polizeirevier melden,
  - e. sie darf eine Stunde nach Sonnenuntergang bis zum Sonnenaufgang den Wohnsitz nicht verlassen. Die Polizeibehörden haben das Recht, diese Person zu jeder Zeit in ihrer Wohnung aufzusuchen.
3. Jeder Polizist und jeder Soldat hat das Recht, Personen zu inhaftieren, gegen die Anweisungen laut Artikel 110 (Absatz 1 und 2) erlassen wurden.
4. Wenn eine Person die für sie ausgestellten Anweisungen nicht erfüllt, macht sie sich strafbar<sup>126</sup>.“

Diese Anordnungen zielten auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Pressefreiheit, der Freiheit politischer Meinungsäußerung und der Ausübung der eigenen Kultur – also auf die Einschränkung von Grundrechten. Jährlich waren Hunderte von Intellektuellen, Schülern, Lehrern und politisch aktiven Palästinensern von diesen Verordnungen betroffen. Arbeitsverbot, Reiseverbot und Hausarrest waren nur die geringeren Maßnahmen bei Verstößen gegen die Anordnungen. Ausweisung und Deportation, Gefängnishaft, die Zerstörung von Häusern und Wohnungen, die Ausübung von Folter und Schikanen wurden für viele Palästinenser zur alltäglichen Praxis der Militärs<sup>127</sup>.

Das Ziel all dieser Maßnahmen kennzeichnen zionistische Politiker weiterhin knapp und klar: „Wir müssen ihre Freiheiten einschränken und ihr Land beschlagnahmen. Jeder Araber, der das Gymnasium beendet hat oder einen Universitätsgrad erworben hat, sollte daran gehindert werden, eine Arbeit zu finden. Laßt ihn jahrelang Arbeit suchen, solange, bis er begreift, daß für ihn kein Platz in diesem Lande ist und er woanders Arbeit suchen muß. Wir müssen die Araber davon abbringen, arabischen Rundfunk zu

hören. Wir müssen sie vollkommen von der arabischen Kultur abschneiden und sie unter den Einfluß der jüdischen Kultur stellen“<sup>128</sup>.

Letztlich ging es vor allem darum, die palästinensische Bevölkerung zur Flucht zu bewegen, alle Reste palästinensischer Anwesenheit zu eliminieren, bis auch der geringste palästinensische Anspruch auf diesen Raum keine Grundlage mehr finden würde.

## Schlußbetrachtung

Wie wir gesehen haben, kam die zionistische Raumplanung auch in ihrer ersten staatlichen Etappe nicht ohne militärischen Flankenschutz aus. Die Anwendung militärischer Gesetzgebung zur Bodenenteignung und die militärische Unterdrückung demokratischer Rechtsausübung durch die Palästinenser dienten vor allem der Einschränkung des täglichen palästinensischen Lebens und, um weiterzugehen, ihrer Vertreibung, um auf diese Weise der Lösung der demographischen Frage nachzuhelfen.

Raumplanerisch solide erscheint der Katalog der Maßnahmen zur Besiedlung des angeeigneten Bodens. Ein Netz landwirtschaftlicher Siedlungen, ein Netz von New Towns zur Erschließung und Stabilisierung des ländlichen Raumes konnten im Zusammenhang mit diversen wohnungspolitischen Maßnahmen eine annähernd gleichgewichtige, alle Ressourcen des Landes nutzende und den natürlichen Gegebenheiten angepaßte Raumentwicklung ermöglichen. Israel schien fast idealtypisch entwickelt zu sein. Im Städtebau vorbildlich, in der Regionalplanung beispielhaft, im Wasserbau einmalig auf der Welt, schien die Planung Israels nachahmenswert auch in der Anwendung neuester Techniken und Methoden und der Verwissenschaftlichung des Planungsprozesses, vor allem aber in der gewollten Verbindung von Planung und Politik. Raumplanung war direkt und praktisch wirksam den Zielen des nationalen Aufbaus verpflichtet und konnte entsprechende Erfolge vorweisen.

Aber reicht diese Betrachtung? Bedeutete nicht jeder ‚Erfolg‘ israelischer Planung gleichzeitig und automatisch Abbau und Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Siedlungsstruktur der palästinensischen Bevölkerung? Fassen wir noch einmal zusammen.

Bis 1967 war, gemessen an den Ausgangsbedingungen seit 1897, die zionistische Bewegung in der Umsetzung ihrer raumordnenden Vorstellungen schon sehr weit gekommen. Mit der Fertigstellung der ‚Neuen Städte‘ ging im Jahre 1966 auch die erste Etappe der Kolonisation im zionistischen Staat zu Ende. Die Regierung hatte sämtliche politischen, administrativen und militärisch-gewaltsamen Mittel erfolgreich angewandt und die palästinensische Bevölkerung zu einer politisch entmündigten, wirtschaftlich unbedeutenden und abhängigen Minderheit herabdrücken können. Über 90% des palästinensischen Bodens in Israel konnten jüdisch ‚nationali-

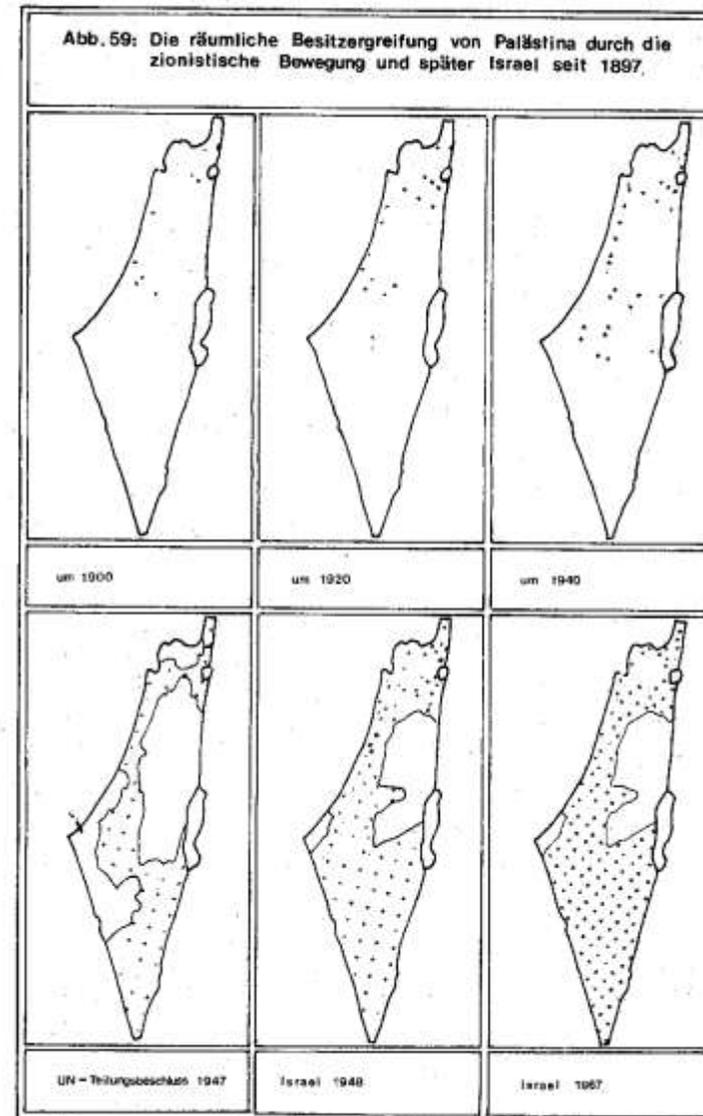
siert‘, und über 90% der gesamten Wasserreserven des Landes unter die Kontrolle des jüdischen Staates gebracht werden, womit die israelischen Siedler die Verfügungsgewalt über sie erhielten. Die fast vollständige Kontrolle über das Wasser hatte es der Planung ermöglicht, mit Hilfe aufwendiger und weiträumiger Bewässerungsprojekte ein enges Netz ländlicher Siedlungen und mittlerer Städte in ganz Israel zu errichten. Die jüdische Besiedlung Palästinas hatte sich deshalb in den von den Palästinensern ‚gesäuberten‘ Landesteilen weiter ausbreiten können. Sie war sogar in Gebiete vorgedrungen, die in früheren Zeiten aus Wassermangel nur beschränkt besiedelbar gewesen waren, und sie war weit in die palästinensischen Zentren Nordpalästinas vorgestoßen. Nach den gegebenen Bedingungen war auch das mögliche Ausmaß an landwirtschaftlicher Nutzfläche nutzbar gemacht worden.

Ebenso waren die demographischen Verhältnisse grundlegend geändert worden. Die jüdische Bevölkerung befand sich in der Mehrheit, die palästinensische Bevölkerung stellte kaum mehr als zehn Prozent der gesamten Bevölkerung. Dieser ‚Erfolg‘ war allerdings nur relativ, denn es war trotz intensiver Bemühungen dabei nicht gelungen, die dichtbesiedelten Gebiete in Nordpalästina und im ‚Dreieck‘ zu entvölkern oder umfassend zu durchsetzen. Der Judaisierungsprozeß war in diesen Gebieten auf Grenzen gestoßen, die die zionistische Planung weiter beschäftigen würden. Es war in diesem Zusammenhang auch nur begrenzt gelungen, das Verhältnis von Stadtbevölkerung zu Landbevölkerung so zu ändern, daß das Schwergewicht nicht mehr auf den Küstenstädten lag. Die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung beharrte in den Städten, aus den ‚Neuen Städten‘ gab es Abwanderungen. Der Nachschub an Neueinwanderern war nur noch gering, so daß auch nicht mehr damit zu rechnen war, mit ihrer Hilfe größere Bevölkerungsumschichtungen durchführen zu können. Dennoch konnten und mußten die zionistischen Politiker mit dem Ergebnis ihrer Siedlungspolitik zufrieden sein. Selbst in der Region Nordpalästina war es gelungen, insgesamt eine jüdische Mehrheit zu schaffen, wenn es auch Teilgebiete gab, in denen die Palästinenser bis zu 90 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Abschließend betrachtet hatten die Regierenden in Israel bis zum Jahre 1967 ihre wesentlichen Ziele erreicht. Es hatte sich ein nationaler, ethnisch-religiös beschränkter Staat herausgebildet, dessen jüdische Bevölkerung sich als Volk und Nation zu verstehen begonnen hatte, und die durch Kolonisation und Bearbeitung den Boden Palästinas zu ihrem nationalen Territorium hatte werden lassen. Für die regierenden Zionisten war also die Frage der ‚Jüdischen Nation‘, des ‚Jüdischen Staates‘ und des ‚Jüdischen Territoriums‘ gelöst. Das waren günstige Voraussetzungen für den im Juni 1967 begonnenen Krieg. Der politisch und ökonomisch relativ gefestigte Staat

Israel konnte die Startbasis bieten, von der aus die Vereinnahmung weiteren palästinensischen Bodens fortgesetzt werden konnte.

Während jedoch bis hierher der militärische Arm in der Regel Begleiter oder Vollender der Planung gewesen war und neben juristisch offiziell geregelten Vorgehensweisen wie Kauf oder Inkrafttreten von staatlichen Gesetzen eingesetzt wurde, konnten von nun an Raumansprüche nur noch auf der Basis militärischer Intervention durchgesetzt werden und unter Verletzung internationaler Abmachungen. Der Krieg von 1967 war deshalb unvermeidlich geworden, solange die zionistischen Raumvorstellungen von einem jüdischen ‚Erez Israel‘ in den Ausmaßen der 1919 von der Zionistischen Organisation vorgelegten Pläne nicht offiziell revidiert wurden und inoffiziell offenbar weiterbestanden. Ein friedliches Zusammenleben mit dem palästinensischen Volk war unmöglich und von Seiten der Zionisten ausgeschlossen worden.



## Kapitel IV

---

Die de-facto-Annexion  
der im Jahre 1967 von  
Israel besetzten  
Gebiete Palästinas:  
Westbank und  
Gazastreifen



„Unsere Väter haben die Grenzen erreicht, die im Teilungsplan von 1947 anerkannt wurden. Unsere Generation erreichte die Grenze von 1949. Aber die Sechs-Tage-Generation war in der Lage, Suez, den Jordan und die Golan-Höhen in Syrien zu erreichen ... Dies ist nicht das Ende; denn nach den augenblicklichen Waffenstillstandslinien wird es neue Linien geben. Aber diese werden über den Jordan hinausreichen, vielleicht in den Libanon, vielleicht nach Zentralsyrien ...“, Moshe Dayan am 5. 7. 1968 vor der Kibbuzim-Jugendorganisation.

(siehe Times vom 25. 6. 1969)

# Die de-facto-Annexion der im Jahre 1967 von Israel besetzten Gebiete Palästinas: Westbank und Gaza-Streifen

## 1. Der Krieg 1967 und die Lage in den besetzten Gebieten

Im Juni 1967 wurden Ägypten, Jordanien und Syrien von Israel in einem kurzen Überraschungskrieg überfallen. Die zionistische Regierung ‚entschuldigte‘ später die Notwendigkeit dieses Krieges mit ‚Sicherheitsgründen‘. Die neuen Siedler, die im Gefolge des Militärs nach Kriegsende mit der Besetzung des palästinensischen Bodens begannen, nannten andere Gründe für die israelische Aggression. Ihr Ziel war es, „dem Zionismus neue Horizonte (zu) erschließen“<sup>1</sup>.

Diese ‚neuen Horizonte‘ umfaßten die Sinai-Halbinsel, die syrischen Golanhöhen, sowie die Westbank und den Gaza-Streifen als palästinensische Gebiete, die im Jahre 1967 unter jordanischer bzw. ägyptischer Verwaltung gestanden hatten.

Der Krieg von 1967 markierte den vorläufigen Schlußpunkt einer Serie von israelischen Angriffen gegen die arabischen Nachbarländer, die einerseits als Vergeltungsmaßnahmen deklariert worden waren, aber immer auch mit der Absicht geführt wurden, sich in den Nachbarländern einzumischen und eine neue Grenzüberschreitung und Landeroberung einzuleiten. Als 1954 in Ägypten General Nasser das alte Regime ablöste und in israelischen Regierungskreisen über ein mögliches Vordringen nach Sinai und ebenfalls nach Syrien diskutiert wurde, soll Ben Gurion einen alten Plan wieder hervorgeholt haben: „Daß Israel Anstrengungen oder Aktionen unternehmen müsse, den Zusammenbruch des Libanon herbeizuführen und im Süden die Gründung eines christlich-maronitischen Staates zu betreiben, der sich mit Israel verbünden solle“<sup>2</sup>.

Mag dieser Ausspruch auch keinen Beweis für die tatsächlichen Absichten Israels darstellen, so belegt er doch, daß israelische Politiker seit der Grün-

dung Israels strategische Überlegungen gegenüber den Nachbarländern hatten. Sicher ist, daß sich Israel 1967 in keiner Notlage befand und sich nicht gegen einen Angriff verteidigen mußte. Aber für das zionistische Israel besteht, solange der Staat keine konkreten Landesgrenzen anerkennt, ein beständiger Zwang zur Raumausdehnung. Die bestehenden Grenzen, nur als Waffenstillstandslinien definiert, und die Definition des nicht-jüdischen Nachbarn als natürlichen Feind zwingen faktisch beständig zur Grenzüberschreitung, zur Neudefinition der Grenze der Auseinandersetzung, zur militärischen Kontrolle beidseitig des „Grenzsaumes“, zum Vorstoß in das Feindesland, das unausgesprochen als jüdisches Territorium beansprucht wird oder einer geplanten Grenzziehung im Wege steht. Nur so sind die vielen Überfälle auf libanesisches, jordanisches, syrisches und ägyptisches Gebiet zu verstehen<sup>3</sup>. Die Grenzvorstellungen der Zionistischen Organisation von 1919 scheinen noch immer gültig zu sein.

Für die palästinensische Bevölkerung brachte der Krieg von 1967 erneutes Leid. Mit grauenvoller Parallelität wiederholten sich für tausende von Palästinensern die Erlebnisse von 1948 und 1949. Wie schon damals, so beherrschten auch jetzt Terror und Gewalt das Geschehen. Wieder wurden ganze Dörfer systematisch zerstört, wieder wurden die Menschen in Panik versetzt und zur Flucht gezwungen. Die Ereignisse waren vergleichbar, die Geschichte wiederholte sich auf makabre Weise. Korrespondenten der internationalen Presse berichteten über die verschiedenen Stationen des Krieges<sup>4</sup>.

In Qalqilya, einer Stadt mit 16.500 Einwohnern an der Nordwestgrenze der Westbank, zerstörte das israelische Militär 2/3 der Stadt mit Tanks und Bulldozern, sprengte oder verminten einen Teil der Wohnungen, nachdem man zuvor die Bewohner vertrieben hatte. Ein Offizier drückte das hochmütig so aus: „Das war Kalkilya, jetzt ist es Kfar Saba (nahegelegener jüdischer Ort).“ Ein großer Teil der Einwohner von Qalqilya waren Flüchtlinge des Jahres 1948. Und über Amuas, Yuli Beit und Beit Nuba, palästinensische Dörfer mit jeweils etwa 4.000 Einwohnern in der Umgebung von Latrun, wurde berichtet, daß die Israelis mit Minen und Sprengungen die Häuser in diesen Dörfern zerstört haben. Der Beschluß zur Zerstörung der Dörfer dieses Sektors beruhte nach israelischen Angaben auf drei taktischen und Sicherheitsgründen: 1. die Grenze in Latrun sollte ausgeglichen werden (Latrun liegt in einer Enklave, wie man der Karte entnehmen kann, d.V.), 2. die Stützpunkte bewaffneter Palästinenser in der Nähe sollten bestraft werden und 3. man wollte gegen mögliche Infiltrationsbasen in der Zukunft vorbeugen.

Nach der Zerstörung der Dörfer wurden die Traktoren der Bauern in den Nachbarkibbuz gebracht, um damit wenige Tage später das Land durch Israelis zu bebauen. Für Araber wurde das Gebiet zum ‚Geschlossenen Gebiet‘ erklärt.

Brutal wurde auch die palästinensische Bevölkerung Jerusalems angegriffen<sup>5</sup>. Die Bevölkerung wurde vertrieben, um die Grundlagen zu schaffen, ganz Jerusalem zur jüdischen Hauptstadt deklarieren zu können. „Am 17. Juni um vier Uhr morgens befahl das Militär den Einwohnern des alten jüdischen Stadtteils und der umliegenden Häuser, den Ort innerhalb von vierundzwanzig Stunden zu verlassen“<sup>6</sup>. Der Teil nahe der Klagemauer wurde mitsamt seinen beiden Moscheen durch die Bulldozer dem Erdboden gleich gemacht. Man rechnet, daß ungefähr vierhundert arabische Familien oder ca. sechstausend Menschen dabei heimat- und wohnungslos wurden<sup>7</sup>.

„Selbst Flüchtlingslager wurden angegriffen. In der Nacht zum 9. Juli wurde das Flüchtlingslager von Daishe (Deheishe, in der Nähe von Jerusalem, d.V.) auf der Straße nach Hebron brutal von israelischen Truppen überfallen und in Jenin eröffnete man das Feuer ohne jeden Grund, nur um die Bevölkerung zu terrorisieren. In Bethlehem wurde die arabische Bevölkerung offen zum Auszug aufgefordert und bedroht. 100.000 Flüchtlinge wurden im Gebiet von Jericho vertrieben. Innerhalb von Stunden war das größte Flüchtlingslager leergefegt“<sup>8</sup>.

Nicht anders wurde mit den Beduinen umgegangen. Im Dezember 1967 bekannte ein Sprecher der israelischen Militärregierung, daß mehrere hundert Beduinen aus der Gegend von Jericho ‚verlegt‘ worden waren<sup>9</sup>.

Es wird offensichtlich, daß das Vorgehen von den gleichen Zielen beherrscht war, wie schon im Krieg von 1947/49: die neu besetzten Gebiete sollten, wie damals in Nordpalästina und in den Küstengebieten geschehen, bereits während der militärischen Auseinandersetzungen durch Aktionen der Armee von palästinensischer Bevölkerung ‚entleert‘ werden. Auch hier schien die Logik zu herrschen: je weniger Palästinenser übrigbleiben würden, desto weniger könnten Ansprüche an den palästinensischen Boden stellen; je geringer die Zahl palästinensischer Bauern sein würde, desto schneller wäre die Bodenfrage und damit die Judaisierung der Westbank zu lösen.

Das Ergebnis des Krieges war angesichts solch weitreichender Ziele erschreckend genug. 10.000 Tote waren am Ende dieses 6 Tage dauernden Krieges zu beklagen. 900.000 Palästinenser hatten bis 1967 in der Westbank und im Gaza-Streifen gelebt: nach dem Krieg waren es nur noch etwa 450.000. Rund 350.000 Einwohner dieser Gebiete waren nach Ägypten oder Jordanien geflohen, die übrigen in andere Länder. Sie ließen darüber hinaus Ländereien, Wohnungen und Häuser, Werkstätten und Geschäfte zurück und damit Werte, die die israelischen Behörden – wenn die Militärs nicht alles zerstört hatten – in Beschlag nahmen und einer jüdischen Verwendung zuführten. Es wurden keine Entschädigungen gezahlt, und in der Regel konnte auch niemand zurückkehren. Wie 1949 wurden die ‚Anwesenden‘ einer Zählung unterworfen und damit alle ‚Abwesenden‘ und ‚abwe-

senden Anwesenden‘ zu Abwesenden erklärt – ohne Anspruch auf ihr Eigentum oder auf Rückkehr. Sämtliche bekannten Militärgesetze und Verordnungen kamen ebenso wieder zur Anwendung wie das ‚Gesetz über das Eigentum von Abwesenden‘. Begründet wurden alle diese Aktionen mit ‚Sicherheitserfordernissen‘. Und wie schon im Jahre 1948 so halfen auch nun wieder Terroraktionen, die angestrebte schnelle Veränderung der demographischen Situation und der Bodenbesitzverhältnisse voranzubringen. Nur durch den Druck internationaler Institutionen gestatteten die israelischen Behörden schließlich etwa 21.000 Palästinensern die Rückkehr in die 1967 besetzten Gebiete. Insgesamt hatten allerdings 170.000 Menschen einen Antrag auf Rückkehr in ihre Heimat gestellt – es war noch nicht einmal die Hälfte aller Geflüchteten<sup>10</sup>.

So hatten die Zionisten praktisch alles wieder zertört, was die palästinensische Bevölkerung nach ihrer ersten Vertreibung im Jahre 1949 an neuem gesellschaftlichem Leben aufzubauen versucht hatte.

## 1.1 Die Situation der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank

### 1.1.1 Die Situation im Gaza-Streifen

Der Gaza-Streifen ist ein künstliches Produkt der erzwungenen Staatsbildung Israels im Jahre 1949. Dennoch hat dieser Küstenstreifen eine besondere Entwicklung genommen, und die Besiedlung dieses eigentlich zur semi-ariden Zone zu rechnenden Gebietes ist anders als im übrigen Palästina verlaufen. Die geophysischen Bedingungen erlaubten eine Besiedlung des mittleren, parallel zur Küste verlaufenden und tiefer gelegenen Streifens. Eingebettet zwischen dem Sanddünenstreifen entlang der Küste und der steinigen Hügelkette am Ostrand waren hier auch die Anbaubedingungen für landwirtschaftliche Produkte günstig, weil diese Senke sowohl über relativ fruchtbaren Boden, als auch über ausreichendes Grundwasser verfügte. Anders als im übrigen Palästina konzentrierte sich die Besiedlung in Dörfern und Städten auf die niederen Zonen. Das wurde neben den geophysischen Bedingungen noch begünstigt durch die geopolitische Lage dieser Senke. Durch sie führte die historische ‚Via Maris‘, die Verbindung nach Ägypten, die das Rückgrat der Siedlungsentwicklung zu bilden vermochte.

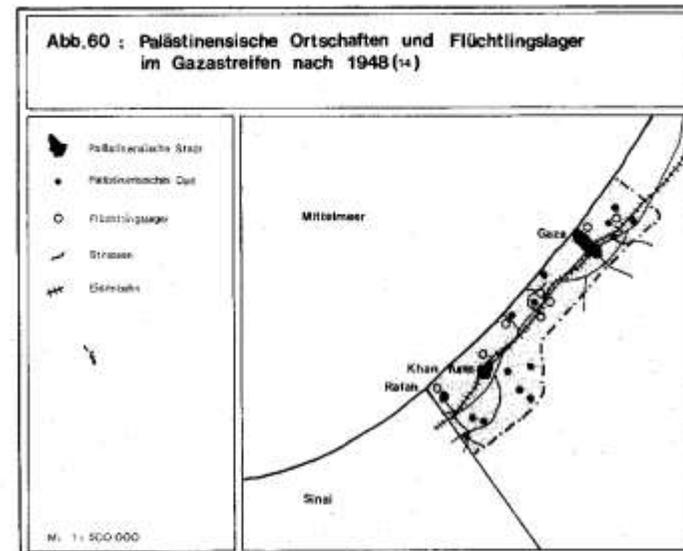
Am Ende des britischen Mandats hatten sich im Gaza-Streifen neben etwa 15 kleinen und mittleren Dörfern die beiden Städte Gaza mit 34.250 Einwohnern und Khan Yunis mit 11.200 Einwohnern herausgebildet<sup>11</sup>. Diese beiden Städte bildeten auch die Zentren der landwirtschaftlichen Besied-

lung. Relativ dicht entlang der großen Verkehrsachse gruppierten sich um die Städte die Dörfer, wovon als größere die Dörfer Yabaliya, Del-El-Balah, Bani Suheila, Abasan und Rafah zu nennen sind. Nach einer Zählung aus dem Jahre 1945 lebten im Gaza-Streifen 69.700 Menschen; etwa 65% von ihnen in den beiden Handels- und Verkehrszentren Gaza und Khan Yunis. Während Gaza Ausgangspunkt für die Verbindung nach Jaffa war, diente Khan Yunis als Zentrum für die Beziehung zur Sinai-Halbinsel und zu Ägypten. Nach der künstlichen Heraustrennung des Gaza-Streifens aus Palästina waren zumindest für Gaza die historisch gewachsenen Austauschbedingungen zur nördlichen Küste Palästinas und in den Nordnegev vorerst abgeschnitten <sup>12</sup>.

Der Krieg von 1947-49 machte den Gaza-Streifen zu dem, wofür er seine traurige Berühmtheit erlangt hat: zum größten Flüchtlingslager der Welt. Im Jahre 1948 war die Zahl der Einwohner im Gaza-Streifen bereits auf 140.000 angewachsen. Die großen Vertreibungsaktionen in Nordpalästina, sowie im Gebiet von Majdal und Askalan (Ashqelon), ließen die Flüchtlingszahlen noch einmal auf das Doppelte ansteigen. Bis zum Sinai-Krieg im Jahre 1956 wuchs die Bevölkerung im Gaza-Streifen auf etwa 400.000 Menschen an – eine Folge der zionistischen Politik der ständigen Bedrohung und Landnahme gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Israel <sup>13</sup>. Da die ägyptische Regierung der palästinensischen Selbstverwaltung relativ freie Hand ließ, war es nur konsequent, daß die Palästinenser, die in Israel ihre Existenzgrundlage verloren hatten, sich hier niederzulassen suchten. Allerdings hieß das für die meisten von ihnen, ein Flüchtlingsdasein zu führen, in Lagern untergebracht zu sein und von fremder Hilfe leben zu müssen.

Noch im Jahre 1980 teilte die UNWRA mit, daß von den etwa 450.000 im Gaza-Streifen lebenden Menschen insgesamt 367.995 Flüchtlinge waren, von denen noch immer 204.103, also zwei Drittel, in Lagern lebten. Man muß sich vorstellen, daß der Zustrom von Flüchtlingen eigentlich nie abebbte und das winzige Stückchen Land von gerade 363 Quadratkilometern total überlastete. Denn obwohl die Abwanderung von Geflüchteten in die arabischen Nachbarländer ebenfalls groß war, blieb doch die Bevölkerungsdichte in den Flüchtlingsgebieten des Gaza-Streifens mit 850 Flüchtlingen pro Quadratkilometer im Jahre 1965 die höchste der Welt. Bis zum gleichen Zeitpunkt war die Gesamtbevölkerung des Gaza-Streifens auf 462.000 Menschen angewachsen <sup>15</sup>.

Trotz dieser Bedingungen konnte im Rahmen der palästinensischen Selbstverwaltung die Landwirtschaft in bescheidenem Maße entwickelt werden. Sandboden wurde urbar gemacht, Zitrusfrüchte wurden angebaut und sogar exportiert.





Gaza, 'Beach Camp' – Verwüstung durch israelische Bulldozer



Balata Camp, Nablus – Westbank

### 1.1.2 Die Situation in der Westbank

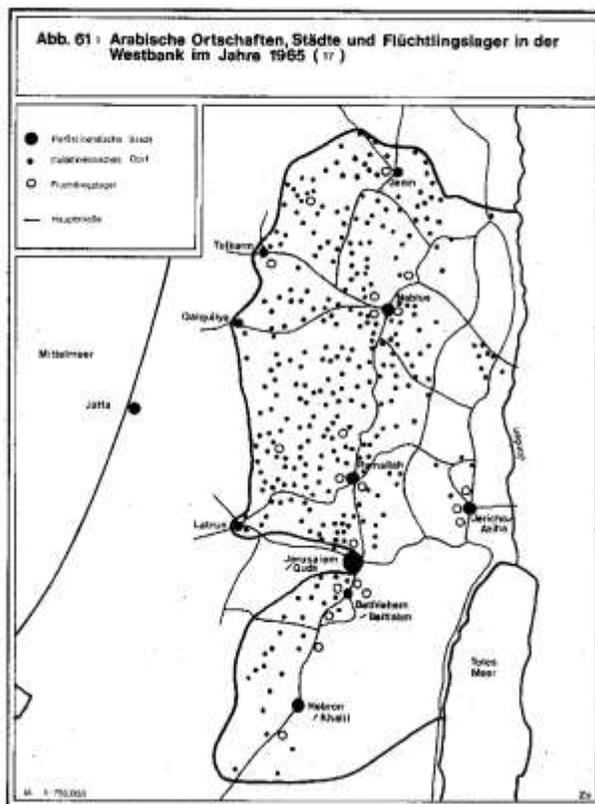
Auch die Westbank war ein künstliches Produkt der erzwungenen israelischen Staatsbildung. Räumlich umfaßte das Gebiet der Westbank das zentrale palästinensische Bergland – bis auf den von den Israelis ‚Jerusalem-Korridor‘ genannten Keil, den die zionistischen Milizen im Krieg 1947-49 strategisch weitsichtig mit Hilfe der Zerstörung von 20 Dörfern unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

Die arabische Besiedlung des palästinensischen Berglandes konzentrierte sich auf das Hauptkammgebiet und die westlich davon abfallenden Höhenrücken und Täler. Hier wurde intensiver Regenbau betrieben, Oliven, Wein und Gemüse produziert. Dagegen war die Ostseite des Berglandes, also der abfallende Jordan-Grabenbruch, weniger besiedelt, und es herrschte Weidewirtschaft vor. Denn einerseits war der jährliche Niederschlag gering, andererseits waren die Böden im südlichen Teil von Versalzung bedroht. Die Oasenräume ließen dagegen den Anbau von Bananen, Datteln und Zitrusfrüchten zu.

Die Westbank war bis 1949 das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet der palästinensischen Bevölkerung gewesen. Neben Jerusalem (*Quds*) waren hier einundzwanzig Städte entstanden, darunter die sieben Bezirksstädte Tulkarm, Jericho (*Ariha*), Hebron (*Khalil*), Bethlehem (*Beitlahm*), Ramallah, Nablus und Jenin. Dazu kamen etwa 300 arabische ländliche Siedlungen. In diesen Städten und Dörfern lebten vor dem Krieg von 1947-49 etwa 550.000 Menschen.

Von der 5.900 qkm (5,9 Mio. Dunum) umfassenden Fläche der Westbank wurde etwa die Hälfte, nämlich 3.200 qkm (3,2 Mio. Dunum) kultiviert, womit eine gut entwickelte, die Gesellschaft tragende Landwirtschaft ermöglicht wurde, die über die reine Subsistenzwirtschaft hinausging<sup>18</sup>.

Ebenso wie der Gaza-Streifen wurde auch die Westbank schwer durch die Ergebnisse des Krieges von 1947-49 belastet. Die palästinensische Bevölkerung wuchs auf rund 750.000 Menschen an, mußten doch etwa 200.000 vertriebene Palästinenser aufgenommen werden. Diese Flüchtlinge stammten hauptsächlich aus dem sogenannten ‚Jerusalem-Korridor‘



und konzentrierten sich nun vor allem in den großen Lagern in der Nähe von Bethlehem (*Beitlahm*), Jerusalem (*Quds*) und Ramallah<sup>18</sup>.

Doch war in der Westbank die Ausgangssituation für die Palästinenser anders als im Gaza-Streifen, da Jordanien sich tatsächlich als die beherrschende Macht verhielt. Während Ägypten praktisch keine eigene hoheitliche Verwaltung aufbaute und somit den Gaza-Streifen nicht als ägyptisches Verwaltungsgebiet betrachtete, begann die jordanische Regierung, die Westbank unter jordanisches Recht und jordanische Verwaltung zu stellen. Für die Palästinenser hatte das zur Folge, daß die soziale und ökonomi-

sche Entwicklung der Westbank insgesamt unter die Interessen des jordanischen Königreiches gestellt wurde. Obwohl die Westbank durch den großen Flüchtlingsstrom nun im ökonomischen und sozialen Bereich 200.000 Menschen zusätzlich verkräften mußte, so erhielt sie doch keine besondere Unterstützung durch Jordanien, sondern diente dem benachbarten Königreich im Gegenteil als Obst-, Korn- und Gemüseammer.

Jordanien verfügte seit der Einverleibung der Westbank über eine Fläche von 97.000 Quadratkilometern, von den knapp 13% (12.500 qkm) als kultivierbar galten. 90% des verbleibenden Landes waren Wüste, und somit war knapp ein Viertel der kultivierbaren Fläche Jordaniens Teil des Bodens der Westbank. Nach der Art des landwirtschaftlichen Anbaus befanden sich aber sogar 80% des mit Obst bebauten Landes, 45% des mit Gemüse bebauten Landes und 25% der Getreideanbaufläche in der Westbank. Seit 1949 versorgte die Westbank das jordanische Königreich mit 90% des Obstes, 65% des Gemüses und 30% des Getreides.

Ähnlich verhielt es sich auch mit dem Handwerk und der Kleinindustrie, die hauptsächlich Konsumgüter produzierte. 48 Prozent aller Betriebe Jordaniens befanden sich in der Westbank. Östlich des Jordans dagegen war die Zement- und Phosphatindustrie konzentriert, die auf die Produktion von Ausfuhrprodukten ausgerichtet war. In den insgesamt 3.200 Betrieben der Westbank arbeiteten allein 14.000 Arbeiter, somit also 37% aller jordanischen Arbeiter. 6.000 Handelsfirmen hatten ihren Standort in der Westbank, gegenüber nur 1.100 entsprechenden Firmen in Jordanien. Sie beschäftigten 44 Prozent der gesamten Arbeitskräfte Jordaniens<sup>19</sup>.

Dabei waren die Ausgangsbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Westbank nach dem Krieg von 1947/49 denkbar schlecht gewesen. Durch die israelische Grenzziehung hatte rund ein Viertel aller Westbank-Arbeiter seinen Arbeitsplatz verloren, denn die Mehrheit der nicht in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte der Westbank arbeitete zuvor in der Ölraffinerie und im Hafen von Haifa. Sie bildeten nun nach 1949 gemeinsam mit der großen Zahl der Flüchtlinge eine enorme, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen drückende Reservearmee. Da auch die traditionellen Absatzmärkte für die landwirtschaftlichen Produkte durch die künstliche Teilung Palästinas verlorengegangen waren, nahm in diesem Sektor der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit zu.

Der Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzmärkten konnte durch die Orientierung auf Jordanien nur bedingt ausgeglichen werden. Etwa 45% der Bevölkerung in der Westbank verfügte nicht über eine ausreichende Existenzgrundlage und mußte unter dem Existenzminimum ein Leben in Lagern und armseligen Dörfern fristen. Die Wirtschaftsstruktur blieb deformiert. 40% aller Beschäftigten arbeiteten im Jahre 1965 im Dienstleistungssektor und erwirtschafteten damit 60% des Bruttoinlandproduktes, wäh-

rend 22,2% der Beschäftigten, nämlich die in der Industrie arbeitenden, nur etwa 13% des Bruttoinlandproduktes erwirtschafteten <sup>20</sup>.

Im Dienstleistungssektor nahm das Ausbildungswesen der palästinensischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert ein. Die Westbank war mit Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen versorgt, bildete Lehrer und qualifizierte Arbeitskräfte aus, was sie in gewissem Maße zum Exporteur von Ausbildung und Wissen werden ließ.

Ökonomisch aber blieben die Westbank und der Gaza-Streifen schwach. Die Teilung des Landes und die Bedingungen einer fremden Verwaltung ließen keine grundlegenden Neuerungen und Entwicklungen zu.

Jamil Hilal kam in einer Studie für das PLO-Forschungszentrum in Beirut zu dem Schluß, den auch israelische Forscher teilen, daß die Wirtschaft der Westbank zwischen 1948 und 1967 regelrecht erstickt worden sei durch die jordanischen Politiker, die nur an der Entwicklung der ‚Eastbank‘ interessiert gewesen seien <sup>21</sup>.

## 1.2 Politische, ökonomische und militärische Gesichtspunkte der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens

„Soldaten, wir Israelis haben keine Eroberungsgelüste. Wir müssen nur verhindern, daß die arabische Armee unser Land erobert. Wir müssen die Schlinge, die uns um den Hals gelegt wurde, zerschneiden ...“ erläutert Moshe Dayan, Verteidigungsminister, am 5. Juni 1967 seinen Soldaten das Kriegsziel vor dem israelischen Rundfunk <sup>22</sup>. Das betraf also das ‚Sicherheitsargument‘.

Derselbe Dayan sagte etwas später, nach Beendigung des Feldzuges: „Wir sind zu den Heiligen Stätten zurückgekehrt, um sie nicht mehr zu verlassen“ <sup>23</sup>. Das Berufen auf die ‚Heiligen Stätten‘ läßt vermuten, daß das Sicherheitsargument nur vordergründig benutzt worden war. Die Politik Israels gegenüber den Nachbarstaaten heute gibt Anlaß genug zu glauben, daß es allein um die Eroberung neuen palästinensischen Bodens und seine ‚Judaisierung‘ ging. Vor der Staatsgründung hatten die Vertreter der Zionistischen Weltorganisation vor allem aus pragmatischen Gründen der Teilstaatslösung zugestimmt, ohne offiziell die Idee aufzugeben, daß langfristig auch der Gaza-Streifen und die Westbank zu einem zukünftigen Staat Israel gehören müßten <sup>24</sup>. Wie bereits dargestellt, hatte die WZO 1919 vor dem Völkerbund erklärt, daß nur das gesamte Palästina ein ausreichendes

Territorium für die politische und ökonomische Entwicklung des jüdischen Staates bieten würde. Außerdem beanspruchten die orthodoxen Zionisten dieses Gebiet, ‚Samaria und Judäa‘, als zentrales Ursprungsgebiet des Judentums.

Mit dem Krieg war offensichtlich beabsichtigt worden, diesem Anspruch Nachdruck zu verleihen und mit militärischen Mitteln Fakten zu schaffen.

Uri Avnery, israelischer Journalist und Kritiker der Annexionspolitik, glossiert anschaulich den Vorgang der ideologisch-politischen Rechtfertigung des Annexionskrieges, als ein ‚Geschäft‘ der Ideologen Israels, die über das ‚Recht‘ der Juden auf ganz Palästina zu wachen haben <sup>25</sup>.

Er beschreibt die Vielschichtigkeit der Argumente, die zur Begründung des Krieges herangezogen werden. Sie reichen von religiös bis archäologisch ‚nachgewiesenen‘ Ansprüchen auf den Golan, die Westbank und den Gaza-Streifen und sollen wohl den unterschiedlichsten israelischen Bevölkerungsgruppen die angemessenen Rechtfertigungen bieten.

Wenn auch die territoriale Seite Hauptanliegen der zionistischen Politiker in diesem Krieg gewesen sein mußte, so hatte dieses Unternehmen doch auch eine ökonomische Seite. Wir bemühen noch einmal Moshe Dayan: „Wirtschaftlich werden sich das Westufer und der Gaza-Streifen in unterprivilegierte israelische Kolonien verwandeln, je mehr die israelische Einmischung dort fortschreitet“ <sup>26</sup>. Dayan war der Befürworter einer ökonomischen Integration von Westbank und Gaza-Streifen, er war gegen eine nur ‚halbherzige‘ Besetzung dieser Gebiete.

Die israelische Wirtschaft konnte von einer solchen Integration nur profitieren: nach langen Jahren relativ stetiger Expansion befand Israel sich im Jahre 1967 auf dem Höhepunkt einer ökonomischen Krise, gekennzeichnet durch einen Rückgang der Produktion, durch ein relatives Sinken der Löhne und eine mit 21% sehr hohe Arbeitslosenquote <sup>27</sup>. Israel brauchte somit die neu eroberten, wirtschaftlich schwächeren Gebiete, um die eigene Ökonomie zu stärken und weiterzuentwickeln. Mehrere Aspekte waren dabei für die israelische Industrie und Landwirtschaft von Nutzen. Israel interessierte sich für die Ölvorkommen auf der Sinai-Halbinsel, von deren Ausbeutung man sich eine Reduzierung der eigenen Ölimporte um etwa dreißig Prozent versprach. Die Eroberung der ‚Heiligen Stätten‘ bot die Möglichkeit, den Tourismussektor durch den Bau neuer Straßen und Hotels zu erweitern, um somit dem gesamten Tourismusgewerbe neue Impulse zu verschaffen. Jerusalem (*Quds*) konnte zu einem großen, internationalen Tourismuszentrum ausgebaut werden und ausländische Besucher und Devisen nach Israel ziehen. Den Haupteffekt aber würde die Ausdehnung des Absatz- und Arbeitskräftemarktes bringen. Fast eine Million Menschen konnte nun zwangsläufig zu Abnehmern israelischer Produkte gemacht werden; die Ausbeutung der viel billigeren und arbeitsrechtlich ungesicherten arabi-

schen Arbeitskräfte konnte als nützliche Konkurrenz zur jüdischen Arbeitskraft erhalten und die eigenen Produktionskosten senken <sup>28</sup>.

Die israelischen Planungsinstitutionen hatten sich schon vor 1967 sehr sorgfältig mit den sozialen und ökonomischen Bedingungen ganz Palästinas befaßt. Bereits im Jahre 1967 veröffentlichte die ökonomische Planungsabteilung beim Premierminister eine Untersuchung, die eine Menge Anhaltspunkte für die Nützlichkeit einer wirtschaftlichen Integration der Westbank bot. Allein der Vergleich zwischen der israelischen und der arabischen Landwirtschaft konnte genügend Hinweise auf die Konkurrenz- und Absatzbedingungen israelischer Produkte in der Westbank liefern. So zum Beispiel der Vergleich zwischen den Hauptprodukten der Landwirtschaft:

**Tabelle 14:**  
Anteil der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte in % der Gesamtproduktion in Israel und der Westbank im Jahre 1966 <sup>29</sup>

Produkt	Westbank	Israel
Feldfrüchte (Getreide)	16,9	17,3
Gemüse	21,5	9,5
Obst	23,7	29,9
Viehwirtschaft	34,3	43,3

Obst und Gemüse waren die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte in der Westbank. Aus einer anderen Übersicht ist zu entnehmen, daß auch der Verbrauch an Obst und Gemüse pro Person in der Westbank höher lag als in Israel. Die Schlußfolgerung lag nahe, in diesen Bereich der Produktion einzudringen. Allerdings würde sich eine Konkurrenz mit israelischen Produkten zerstörerisch auf die palästinensische Produktion auswirken. Denn die palästinensische Landwirtschaft in der Westbank war in den Anbaumethoden der israelischen Landwirtschaft unterlegen. Israel verfügte zu diesem Zeitpunkt bei einer bebauten landwirtschaftlichen Fläche von etwa 4 Millionen Dunum über 11.000 Traktoren, die Westbank bei einer Fläche von 2 Millionen Dunum nur etwa über 1.000. Ebenso schlecht ging der Vergleich zwischen Israel und der Westbank bei der bewässerten landwirtschaftlichen Fläche für die Westbank aus, und entsprechend niedriger war vergleichsweise der Ertrag, wie die folgende Tabelle zeigt.

**Tabelle 17:**  
Erträge bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in Tonnen per Dunum in Israel und der Westbank im Jahre 1966 <sup>30</sup>

Produkt bewässert/ nicht bewässert	Westbank	Israel	
		Jüd. Bauern	Arab. Bauern
Weizen, nicht bewässert	0,110	0,240	0,100
Gerste, nicht bewässert	0,110	0,210	0,100
Tomaten, bewässert	1,350	3,340	1,610
Kartoffeln bewässert	1,440	2,150	-
Tafeltrauben	0,300	1,030	0,350
Bananen	0,620	2,100	-

Ebenso sorgfältig wurde der Zustand der industriellen Produktion in der Westbank erhoben. Für die Industrie in der Westbank war die Nutzung ungelernter Arbeitskräfte bei gleichzeitig niedrigem Kapitaleinsatz charakteristisch. Die Betriebe waren klein; es gab nur zwei Betriebe, die über hundert Arbeiter beschäftigten. Israel dagegen wies 225 solcher Betriebe auf. In der industriellen Produktion nahm das Bauwesen in der Westbank den größten Raum ein. Aber der Vergleich mit Israel zeigt, wie gering die industrielle Produktion insgesamt entwickelt war, denn im Jahre 1964 wurden in der Westbank 180 Kubikmeter pro tausend Einwohner umbaut, in Israel dagegen 1.750. Im Jahre 1965 betrug das Industrieprodukt pro Kopf in Israel 2.300, in der Westbank nur 120 israelische Pfund <sup>31</sup>.

Es lohnte sich also, den Westbank-Markt mit israelischen Produkten zu überschwemmen und die palästinensische landwirtschaftliche und industrielle Produktion auszuschalten. Es lohnte sich auch, die arbeitslosen bzw. durch die israelische Infiltration arbeitslos werdenden Landarbeiter, Bauern und Handwerker in die israelische Produktion zu holen, wie der folgende Vergleich zeigt.

**Tabelle 16:**  
**Monatslöhne nach Berufszweigen in Israel und in Jordanien**  
**im Jahre 1965 in Israelischen Pfund** <sup>32</sup>

Berufszweig:	Akade- miker	Klempner	Fahrer	Buch- halter	Hilfs- arbeiter
Israel	1.200	430	360	690	300
Jordanien	1.200	120-180	210	670	120

Besonders lohnend schien die Nutzung der einfachen Arbeitskraft zu werden, die in der Westbank vor allem im Bauhandwerk anzutreffen war, dem gewerblichen Bereich, der in der Westbank als nächster expandieren würde, wenn erst mit den Siedlungsprogrammen begonnen würde.

Die Grundvoraussetzung für die Durchführung der geplanten Siedlungsprogramme, die ‚Judaisierung‘ des im Jahre 1967 okkupierten palästinensischen Bodens in der Westbank und im Gaza-Streifen, konnte jedoch nicht so einfach vor sich gehen, wie es in Israel nach 1948 unter den Rahmenbedingungen eines gerade gegründeten Staates möglich war. Damals konnte die ‚Entarabisierung‘ des palästinensischen Bodens, der Raub palästinensischen Eigentums mit Hilfe innerstaatlicher Gesetze und Machtmittel ohne jegliche internationale Kontrolle und Einmischung erfolgen, sobald die im Krieg von 1947-49 eroberten Gebiete als staatliches Territorium innerhalb der Grenzen Israels anerkannt worden waren.

Das war im Prinzip im Gaza-Streifen und in der Westbank – ebenso wie auf den Golan-Höhen, im Libanon und Sinai, Gebiete, die wir hier nicht näher betrachten, weil sie nicht zum Palästina des 20. Jahrhunderts gehören – nicht möglich. Der Gaza-Streifen und die Westbank waren nach internationalem Recht besetzte Gebiete, in denen der jeweiligen Besatzungsmacht nach der Genfer Konvention von 1949, die auch von Israel unterzeichnet worden ist, nicht erlaubt ist, die sozialen, ökonomischen, rechtlichen, demographischen oder räumlichen Bedingungen zu verändern, es sei denn im Namen von Sicherheitsinteressen. Israel mußte also versuchen, die Frage des Bodens und die Frage der demographischen Mehrheiten in den 1967 besetzten Gebieten unterhalb offizieller Regelungen zu lösen und/oder das Sicherheitsargument so weit wie irgend denkbar anzuwenden und zu ‚strapazieren‘.

Noch ein weiteres Moment erschwerte eine umstandslose Übernahme der Praxis aus den Jahren nach 1948. Im heutigen Israel hatte der dreijährige Terror in den Jahren 1947 bis 1949 eine führungslose, entwurzelte und unsichere palästinensische Bevölkerung zurückgelassen, die noch nicht

imstande war, sich zu wehren und den staatlichen Angriff auf den Boden und ihre Existenz zurückzuweisen und zu verhindern. Teile der palästinensischen Bevölkerung mußten als ‚abwesende Anwesende‘ getrennt von ihrem Boden leben. In manchen Teilen des Landes war es sogar gelungen, alle Spuren palästinensischen Lebens auszulöschen <sup>33</sup>.

Die Westbank und der Gaza-Streifen dagegen hatten inzwischen zwanzig Jahre gesellschaftlichen Aufbaus hinter sich, wenn auch durch Flüchtlingsdasein und in der Westbank durch die jordanische Kontrolle in den Möglichkeiten beschränkt. Dennoch bestand eine relativ entwickelte Selbstverwaltung, funktionierte die Selbstversorgung, gab es ein entwickeltes Sozialwesen, kulturelles Leben und politische Institutionen. Die Widerstandskraft dieser Menschen mußte als Hindernis bei den Kolonisierungsabsichten einkalkuliert werden. Mit der Enteignung des Bodens würde es nicht so einfach gehen, mit Terror allein auch nicht. Boden enteignen und besiedeln, wenn überhaupt genügend siedlungswillige Juden dafür zur Verfügung standen, würde nicht ausreichen. Die palästinensische Gesellschaft, ihre Ökonomie, die Kultur, die politischen Strukturen würden im Wege stehen, um das palästinensische Territorium in jüdisches zu verwandeln. Schwieriger noch würde es werden, die demographischen Verhältnisse – ganz Palästina betrachtet – im Griff zu behalten, die sich durch die Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens wieder zugunsten der Palästinenser zu gestalten begannen. Denn den ca. 2,7 Millionen Juden in Israel standen jetzt nicht nur die ca. 600.000 arabischen Palästinenser in Israel gegenüber, sondern eine weitere Million Araber aus den 1967 besetzten Gebieten, so daß die palästinensische Bevölkerung etwa 40 Prozent der Bevölkerung des gewünschten ‚Erez Israel‘ auszumachen begann. Da erfahrungsgemäß die Geburtenrate der palästinensischen Bevölkerung höher als die israelische war, drohte auch von daher die Gefahr eines zukünftigen, demographischen Übergewichts durch die Palästinenser. Eine Gefahr, der man sich bewußt war. „Im Laufe einer Generation würde in Groß-Israel (also plus Judäa und Samaria) die arabische Bevölkerung die Majorität erreichen, und selbst in ‚Klein-Israel‘ würde die Annexion allein des arabischen Teils von Jerusalem den Palästinensern innerhalb von nur 60 Jahren die Majorität verschaffen“ <sup>34</sup>.

Bei der Annexion dieser Gebiete würde man also mit diesem Problem besonders beschäftigt sein. Darüberhinaus bestanden palästinensische Eigentumsverhältnisse, klarer als im Palästina zur Mandatszeit, und diese Bedingungen zu beseitigen, würde unter Besatzungsstatut auch auf Schwierigkeiten und Konflikte mit dem internationalen Recht stoßen müssen. Daß aber die Politik der Vertreibung und Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung weiterhin auf dem Programm stand, drückte Moshe Dayan auf die Frage ‚Endet der Zionismus an der Grünen Grenze‘ klar und deutlich aus: „In der Yezreel-Ebene haben einst alle Orte arabische Namen

getragen. Ganz ohne die Verdrängung von Arabern ist es unmöglich, einen jüdischen Staat zu erhalten" <sup>35</sup>.

Raumplanung, sollte sie weiterhin Hebel für die Judaisierung der neu eroberten Gebiete Palästinas sein, sah sich angesichts der geschilderten Verhältnisse noch weit diffizileren Problemen gegenüber.

### 1.3 Die Vorstellungen der verschiedenen Regierungsblöcke zur Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten

„In ihrer Einstellung zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes gibt es keinen fundamentalen Unterschied zwischen den beiden wichtigsten politischen Blöcken in Israel, Maarach und Likud. Beide halten an ihrer Auffassung fest, wonach das jüdische Volk in aller Welt, einschließlich der Nichtjuden, die zum Judentum übertreten, die rechtmäßigen Besitzer von Erez Israel seien, inklusive der Westbank und des Gazastreifens. Das ist Zionismus.

Aber während Maarach die Lösungsmöglichkeiten des palästinensischen Problems im Rahmen eines jordanisch-palästinensischen Staates sieht, obgleich ein Teil der besetzten Gebiete annektiert werden soll, entspricht es dem Programm der Cherut, das gesamte palästinensische Territorium zu annektieren und überall jüdische Siedlungen zu etablieren, wobei die Expansion des Staates sogar über den Jordan hinaus anvisiert wird" <sup>36</sup>. Soweit Mordechai Avi Schaul, der Präsident der „Liga für Menschen- und Bürgerrechte in Israel“ zu den unterschiedlichen Haltungen zwischen dem Linksbündnis Maarach und dem rechten Block Likud zu den 1967 besetzten Gebieten.

In der Tat sind die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden politischen Hauptströmungen des heutigen Zionismus in Hinsicht auf die Zukunft der besetzten Gebiete groß. Gemeinsam ist ihnen die religiös verbrämte Ideologie, die auf der biblischen Vergangenheit heutige Realitäten schaffen will. Gemeinsam ist ihnen auch die zionistische Grundlage, beide fühlen sich als Fortsetzer der einst durch die Zionistische Organisation gesteckten Ziele. Wir müssen daher unterstellen, daß es beiden Blöcken letztendlich darum geht, in Gesamt-Palästina einen ausschließlich jüdischen, „araber-reinen“ Staat zu errichten. Beide Blöcke haben es bisher vermieden, über endgültige Grenzen zu sprechen – keiner hat die Vorstellungen von 1919 je revidiert.

Gemeinsam ist ihnen schließlich der Wunsch, das demographische Problem der palästinensischen Bevölkerung endgültig zugunsten der isra-

elisch-jüdischen Bevölkerung zu lösen, denn sie stand im Jahre 1967 der direkten Annexion von Westbank und Gaza-Streifen im Wege. Die palästinensische Bevölkerung sollte möglichst aus ihrer Heimat verschwinden, denn nichts fürchten die zionistischen Politiker mehr als eine palästinensisch-arabische Bevölkerungsmajorität in ihrem Staat. Selbst ein Funktionär der zionistischen Gewerkschaft Histadrut, Dov Ben Meir, vertritt: „Aus Eigeninteresse wollen wir keine Annexion der besetzten Gebiete, ... denn dann haben wir einen bi-nationalen Staat, dem wir nicht zustimmen werden, selbst wenn das Arafat tut, denn in 50, 80 Jahren würde es eine arabische Mehrheit in einem solchen Staat geben, aber wir sind hierher gekommen, um einen jüdischen Staat für Juden zu errichten, und das soll auch so bleiben" <sup>37</sup>.

Prinzipiell verfolgen beide zionistischen Fraktionen die gleichen Ziele. Allein in nach unserer Meinung untergeordneten, strategischen Fragen lassen sich einige Unterschiede feststellen. So wollen beide Strömungen der zionistischen Bewegung unter allen Umständen die politische und territoriale Kontinuität des palästinensischen Volkes verhindern. Beide sprechen sich strikt gegen palästinensische Autonomie über palästinensischen Boden und gegen einen eigenen palästinensischen Staat auf palästinensischem Boden aus. Beide Blöcke wollen bisher keinen Boden zurückgeben und keine Siedlung aufgeben müssen.

Der Arbeiterblock zielt dabei auf eine Teil-Annexion von Westbank und Gaza-Streifen ab, wobei den Palästinensern einige klar eingegrenzte Regionen für eine ‚begrenzte Autonomie‘ belassen werden sollen. Maßgebliches Dokument dieser Strategie des Arbeiterblocks ist der sogenannte ‚Allon-Plan‘, der 1967 von Yigal Allon vorgelegt wurde.

Die in diesem Plan vorgesehene ‚begrenzte Autonomie‘ unter ständiger Bewachung durch Israel wäre ebenso effektiv wie die ‚Autonomie‘ amerikanischer Indianer in ihren Reservaten oder diejenige der Afrikaner in den Homelands des südlichen Afrika. Ziel dieser Strategie ist die räumliche Segregation der arabischen Bevölkerung durch die Schaffung von ‚Palästinustans‘, palästinensischen Gettos in einer ansonsten ‚araber-reinen‘, jüdischen Umgebung.

Diese ‚Palästinustans‘ sollen darüberhinaus zu einer Konföderation mit dem benachbarten Königreich Jordanien zusammengeschlossen werden, was Dov Ben Meir folgendermaßen zu begründen sucht. „Wir sagen, die meisten Bewohner Jordaniens sind ohnehin Palästinenser, und es ist deshalb egal, ob Hussein König der Palästinenser in den besetzten Gebieten ist oder Arafat der Präsident der Jordanier in Jordanien" <sup>38</sup>.

Auch Yitzhak Rabin geht von der Notwendigkeit einer Konföderation der geplanten palästinensischen Enklaven mit Jordanien aus: „Ich stelle mir vor, daß die Eastbank Bestandteil dieses Staates sein wird ... Die Eastbank

ist deshalb notwendig, weil dort etwa ebensoviele Palästinenser wie in der Westbank und im Gaza-Streifen leben, und dieser meiner Meinung nach anzuvisierende Staat ohne die Territorien der Eastbank keinen Platz hat, um insbesondere die Flüchtlinge aus Syrien und Libanon anzusiedeln ... Wenn dieser Staat nun beschließen sollte, in den ihm zugehörigen Teilen der Westbank und des Gaza-Streifens Kantone einzurichten, so hätte ich nichts dagegen, sofern es bei einer Staatsbürgerschaft bliebe“<sup>39</sup>.

Jordanisches Staatsgebiet östlich des Jordans soll also dazu genutzt werden, die von der israelischen Armee vertriebenen, palästinensischen Flüchtlinge anzusiedeln. Ein geschickter Schachzug zionistischer Strategen, um die Palästinenser aus den Grenzen Palästinas fernzuhalten, denn, so Allon, „die arabische Bevölkerung ... muß eine Minderheit in Israel bleiben“<sup>40</sup>.

Die Likud-Fraktion dagegen fordert offenheraus die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ der besetzten Gebiete, sowie deren vollständige Annexion. Sie negiert die Existenz des palästinensischen Volkes und dessen Recht, auf palästinensischem Boden zu leben. „Palästina besteht geographisch und historisch aus Israel und Jordanien. In Palästina leben heute zwei Völker, Juden und Araber, und beide Völker haben heute in Palästina ihren eigenen und unabhängigen Staat. Die Araber haben ihre Unabhängigkeit 1946 in Jordanien erhalten, die Juden 1948 in Israel. Und das ist der Grund, warum es in Palästina keinen zweiten, arabischen Staat geben wird, denn es gibt bereits einen: Jordanien“. Unverfroren verdreht Arye Leon Dulzin, Vorsitzender der ‚Jüdischen Agentur‘, die Tatsachen und er fährt fort: „Es hat niemals etwas wie Palästina gegeben. Niemals“<sup>41</sup>.

Ebenso wie für die Vertreter des Arbeiterblocks steht es auch für den Likudblock außer Zweifel, daß eine rein jüdische Natur von Israel angestrebt werden muß. Doch zielt der Likud nicht auf eine räumliche Segregation der Palästinenser in Reservaten ab, sondern vielmehr auf eine institutionalisierte, innere, rassistische Segregation durch Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen, gekoppelt mit einer starken demographischen Überfremdung durch massive jüdische Besiedlung in den Zentren palästinensisch-arabischer Bevölkerung.

Aufschluß über die Absichten der heutigen Zionisten gibt der folgende Auszug aus einer Studie der Zionistischen Weltorganisation, in der Matitiah Drobles, Leiter der Siedlungsabteilung der ZWO, in detaillierter Form die Strategie, Politik und Planung der Besiedlung der Westbank für den Zeitraum von 1980 bis 1985 beschreibt: „Im Licht der laufenden Verhandlungen über die Zukunft von Judäa und Samaria wird es für uns notwendig, einen Wettlauf gegen die Zeit zu führen. In diesem Zeitraum wird alles hauptsächlich bestimmt durch die Tatsachen, die wir in diesem Gebiet schaffen, und weniger durch andere Überlegungen. Dies ist deshalb die beste Zeit, ein

intensives und umfassendes Siedlungsprogramm vorzutragen, insbesondere auf den Hügelketten von Judäa und Samaria, die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht leicht zugänglich sind und die im Osten das Jordantal überragen und im Westen die Küstenebenen.

Es ist deshalb von Bedeutung, heute zu betonen, hauptsächlich durch Aktionen, daß die Autonomie sich weder jetzt noch in Zukunft auf die Gebiete bezieht, sondern nur auf die dortige arabische Bevölkerung. Dies sollte im wesentlichen seinen Ausdruck darin finden, daß Tatsachen auf diesem Boden geschaffen werden. Deshalb sollte das staatseigene Land und das nicht kultivierte Land von Judäa und Samaria sofort beschlagnahmt werden mit dem Zweck, die Gebiete zwischen den Zentren und um die Zentren herum, die von den Minderheiten besetzt sind, zu besiedeln, um so die Gefahr der Errichtung eines zusätzlichen arabischen Staates in diesem Gebiet auf ein Minimum zu reduzieren.

Wenn die Minderheitsbevölkerung durch die jüdischen Siedlungen voneinander abgeschnitten ist, wird sie es schwierig finden, eine territoriale und politische Kontinuität zu bilden. Es darf auch nicht den Schatten eines Zweifels über unsere Absicht geben, die Gebiete um Judäa und Samaria zu behalten. Andernfalls könnte die Minderheitsbevölkerung in einen Zustand wachsender Unruhe geraten, die eventuell in erneuten Anstrengungen resultieren würde, einen zusätzlichen, arabischen Staat in diesem Gebiet zu errichten. Die beste und effektivste Methode, jeden Schatten eines Zweifels über unsere Absicht, Judäa und Samaria für immer in unserer Hand zu halten, beseitigend, besteht darin, den Siedlungsboom in diesen Gebieten zu beschleunigen“<sup>42</sup>.

Das Dokument erübrigt einen Kommentar, er spricht für sich. Bleibt noch anzumerken, daß Drobles, wenn er in seinen Ausführungen von der ‚Minderheitsbevölkerung‘ der besetzten Gebiete spricht, nicht etwa die heute knapp 26.000 jüdischen Siedler in der Westbank meint, sondern die rund 900.000 dort lebenden Palästinenser.

Wenn Matitiah Drobles von einem Wettlauf mit der Zeit spricht, spielt er damit in erster Linie auf die Vereinbarungen von Camp David an. Der in Camp David im Jahre 1978 von Carter, Begin und Sadat erarbeitete ‚Rahmen für den Frieden im Nahen Osten‘, der parallel zum Separat-Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vereinbart wurde, ist für die zionistischen Siedler in der Tat eine günstige Gelegenheit, forciert mit den Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten fortzufahren. Denn in Hinsicht auf die Zukunft des palästinensischen Volkes, auf die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen, enthält das Vertragswerk nur vage Formulierungen, die viel Spielraum und eine freie Hand für die Schaffung weiterer vollendeter Tatsachen lassen: „Ägypten, Israel und Jordanien sollen die Modalitäten für die Errichtung der gewählten Selbstverwaltungsbehörden

auf dem Westufer und in Gaza vereinbaren. Die Delegationen Ägyptens und Jordaniens können Palästinenser vom Westufer und von Gaza oder, in gegenseitigem Einvernehmen, auch andere Palästinenser einschließen. Die Parteien werden vereinbaren, welche Befugnisse und Verantwortungen die Selbstverwaltung auf dem Westufer und in Gaza ausüben soll" 43.

Nicht ein einziges Mal erwähnt die Vereinbarung von Camp David das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf seine Selbstbestimmung in einem eigenen palästinensischen Staat. Nicht ein einziges Mal wird der Abzug der israelischen Besatzertruppen aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert. Nicht ein einziges Mal wird die Existenz eines palästinensischen Volkes erwähnt. Die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes, die PLO, wird von den Verhandlungen über die Zukunft Palästinas ausgeschlossen.

Zugebilligt wird den Palästinensern lediglich ein ‚Verwaltungsrat‘, der das Instrument der palästinensischen Selbstverwaltung in der Westbank und im Gaza-Streifen darstellen soll. Ein Instrument jedoch ohne reale Machtbefugnisse und kontrolliert von der zionistischen Besatzungsmacht und, wie auch Benvenisti feststellt, neben einer weiter bestehenden Militärmacht, die ihre Befugnisse nur in untergeordneten Dingen an die sogenannte Zivilverwaltung abgegeben hat und die nach wie vor dieser Militärregierung untersteht 44.

Die Vereinbarungen über die palästinensische ‚Selbstverwaltung‘ in den besetzten Gebieten haben in Israel letztlich große Befriedigung ausgelöst, in der Hoffnung, mit dieser Konzeption könnte die Entstehung eines unabhängigen palästinensischen Staates verunmöglicht werden. Wozu braucht ein Volk, das sich selbst verwaltet, noch seine nationale Selbstbestimmung und seinen eigenen Staat? Hat man mit dieser Formulierung nicht endlich eine passende Rechtfertigung für die zionistische Kolonisationspolitik auch im internationalen Rahmen gefunden?

Abdallah Frangie stellt zu Recht fest: „Im internationalen Recht gibt es unter den Umständen der fremden Besatzung keinen Raum für den Begriff der ‚Selbstverwaltung‘. Die Verwirklichung der Selbstverwaltung erfordert die Anerkennung einer Zentralregierung. Und die Anerkennung einer solchen Regierung käme der Zustimmung zu einer fremden Besatzung gleich. Die ‚Selbstverwaltung‘ ist deshalb nichts anderes als ein erster Schritt zur Annexion der besetzten Gebiete. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wäre damit umgangen“ 45.

Daß dieses den Kern der zionistischen Überlegungen trifft, bestätigte Menachem Begin nur wenige Monate nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Camp David, indem er ausführte: „Jeder gibt Erklärungen ab, aber wir sind hier! Und wenn wir sagen, es wird keinen palästinensischen Staat geben, so ist das entscheidend. Kein Teil des Landes wird von der jüdischen Besiedlung ausgenommen“ 46.

Der endgültige Status der besetzten Gebiete soll nach einem Übergangszeitraum von fünf Jahren geklärt werden. Fünf Jahre Zeit also für die Zionisten, mit einem Crash-Programm die Kolonisierung in Westbank und Gaza-Streifen weiter voranzutreiben und damit Fakten zu schaffen, die der israelischen Regierung nach dem Ablauf der Übergangszeit die Basis geschaffen haben werden, nun ihrerseits ‚Souveränitätsansprüche‘ auf die okkupierten Territorien geltend zu machen, besser gesagt: nach den Golanhöhen und Jerusalem dann auch die Westbank und den Gaza-Streifen formal zu annektieren.

Benvenisti kommt in seiner aktuellen Untersuchung über die Situation in der Westbank zu dem Schluß: „Nach allem, was praktisch beabsichtigt ist, scheint die Annexion der Westbank und des Gaza-Streifens nur eine Frage der Zeit zu sein. Theoretisch gesehen mag dieser Prozeß ‚rückgängig‘ machbar sein, aber eine realistische Einschätzung der Kräfte, die für die Annexion arbeiten, gegenüber denen, die dagegen opponieren, läßt einen zu der Schlußfolgerung ein, daß für die überschaubare Zukunft ganz Palästina von einer israelischen Regierung beherrscht werden wird ...“ 47.

In keiner Hinsicht ist an eine Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes gedacht, im Gegenteil: es ist offensichtlich, daß die israelische Politik in den besetzten Gebieten von dem Wunsch geleitet wird, diese Gebiete schließlich nach einer Zeit des Übergangs vollständig zu annektieren.

Durch eine forcierte Besiedlung von Westbank und Gaza-Streifen will man das palästinensische Volk weiter seines Bodens berauben, die Grundlagen der palästinensischen Landwirtschaft zerstören, die Palästinenser so weit wie möglich zum Verlassen des Landes bringen und sie schnellstmöglich durch jüdische Siedler ersetzen. Durch die Unterdrückungsmaßnahmen der zionistischen Militärverwaltung stieg die Abwanderung von Palästinensern aus den besetzten Gebieten ständig. Zwischen 1967 und 1982 verließen 136.500 Palästinenser die Westbank und 8.900 den Gaza-Streifen, im Durchschnitt also 9.100 bzw. 600 pro Jahr, das bedeutet 46 bzw. 49% des jeweiligen natürlichen Wachstums. Besonders verhängnisvoll ist noch die Tatsache, daß es sich bei der Mehrheit der Emigranten um die aktive Arbeitsbevölkerung handelt 48.

Daß es sich dabei nicht um Zufälligkeiten handelt, sondern um das Resultat systematisch angelegter Politik, liegt auf der Hand. Und auch für den Fall, daß die Palästinenser durch den Prozeß der täglichen Unterdrückung nicht dazu gebracht werden könnten, ihre Heimat ‚freiwillig‘ zu verlassen, hat man sich ein Konzept überlegt. So erklärte beispielsweise der israelische General Yariv im Jahre 1980: „Es bestehen Meinungen dahingehend, eine Kriegssituation auszunutzen, um 700.000 bis 800.000 Araber zu vertreiben. Derartige Meinungen sind weit verbreitet. Man spricht darüber und hat entsprechende Maßnahmen vorbereitet“ 49. Dahinter steht weiterhin das Ziel, die demographische Struktur von Westbank und Gaza-Streifen so ent-

scheidend zu verändern, daß einerseits die Gründung eines unabhängigen und eigenständigen Staates nicht mehr möglich und andererseits eine eventuell international geforderte Räumung der zionistischen Siedlungen in den besetzten Gebieten undurchführbar erscheint.

Es sind die bekannten zionistischen Raumvorstellungen, von denen wir also bei der weiteren Untersuchung von Zielen, Vorgehensweisen und Methoden der raumordnenden Planung in der Westbank und dem Gaza-Streifen auszugehen haben. Konsequenter wird die Judaisierung dieses neu eroberten Raumes auf dem Programm stehen. Wird man sich der ‚bewährten‘ Praktiken bei der Landenteignung und Bodennahme bedienen? Wie soll die jüdische Besiedlung dieses arabischen Kernlandes vor sich gehen? Kann es überhaupt gelingen, diesen Raum zu durchdringen, ihn demographisch und geographisch nach den jüdisch-zionistischen Vorstellungen vollständig zu verändern?

Ein ernstes Hindernis müßte die relative Stabilität der palästinensischen Gesellschaft und ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur bilden. Ohne gleichzeitige Zerstörung dieser Strukturen würde es sicher schwerfallen, Boden- und Besiedlungsprogramme zum Erfolg zu führen. Man kann voraussehen, daß die gesellschaftliche Unterdrückung eine Schlüsselstellung in der folgenden Etappe jüdischer Annexion palästinensischen Territoriums einnehmen, die Planung des Raumes noch konsequenter, aggressiver, militärischer durchgesetzt werden wird.

39.



Leben unter Besetzung

40.



Militärstützpunkt vor Jerusalem (Quds)

41.



Besetztes Stadtgebiet, Hebron (Khalil)

## 2. Der schleichende Zerstörungsprozeß der palästinensischen Gesellschaft als Voraussetzung der faktischen Annexion

Die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft mit Hilfe aller denkbaren Mittel, den politischen, kulturellen und ökonomischen Lebensraum der Palästinenser einzuschränken, zu erdrosseln und durch israelisch-jüdische Strukturen zu ersetzen, wurde zur Schlüsselfrage der Besatzungsmacht. ‚Erez Israel‘ konnte nach zionistischem Weltbild nur jüdisch sein – das erzwang notgedrungen eine Bereinigung in der Bodenfrage und eine Lösung des Mehrheiten-Minderheiten-Problems. Alle Mittel waren und sind erlaubt, alle Mittel recht, das hat die vorausgegangene Geschichte gezeigt. Ökonomische Vorteile, die für den zionistischen Staat bei der Zerstörung der palästinensischen, gesellschaftlichen Strukturen mit abfielen, konnten israelischen Politikern recht sein, denn der zionistische Staat wollte sich gegenüber seinen arabischen Nachbarländern behaupten und seine erträumte Elite-Funktion – man erinnere sich an Herzls Visionen – unter Beweis stellen.

Unter den israelischen Kritikern der zionistischen Besatzungspolitik gibt es einige, die keinen ökonomischen Zweck in der Eroberung der besetzten Gebiete sehen und die Besatzung eher als ein Verlustgeschäft betrachten, da der Aufbau der Siedlungen und die Stationierung des Militärs immense Summen erfordern. Diese Kritiker wollen die Besetzung Palästinas allein oder vor allem ideologisch rechtfertigen und als eine ‚Rückkehr‘ der Juden zu ihren ‚Heiligen Stätten‘ begreifen. Es ist aber offensichtlich und historisch betrachtet durchgängig, daß der Prozeß der Raumeroberung durch den Zionismus notgedrungen sowohl ideologisch zielstrebig, als auch konkret ökonomisch, politisch und kulturell umformend ist, wobei Politik, Ökonomie und Kultur nur verschiedene Seiten der zionistischen Strategie konkretisieren. Die religiösen und fanatischen Nationalisten unter den Zionisten, die die Besetzung und faktische Eroberung Palästinas als ihr Hauptgeschäft betrachten, waren und sind keine extremen Spinner, sondern sie forcierten und forciieren immer nur die Verfolgung des eigentlichen zionistischen Zwecks: den Staat der Juden zu errichten und zu festigen. Die ökonomische Festigung des zionistischen Staates und die Zerstörung der ökonomischen Strukturen der palästinensischen Gesellschaft bedingen sich und waren und sind die Aufgabe verschiedener zionistischer Gruppen und Institutionen.

## 2.1 Die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft

Die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft war und ist also nicht der eigentliche Zweck der zionistischen Politik in den 1967 besetzten Gebieten, sondern nur ein Aspekt in der Gesamtstrategie zur Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und zur Schaffung von grundlegenden Bedingungen für die umfassende Judalisierung von ‚Gaza, Samaria und Judäa‘, der eigentlichen ‚Heimat des jüdischen Volkes‘.

Aber schon die zwangsweise Koppelung der Wirtschaft der 1967 besetzten Gebiete an die israelische Wirtschaft bei gleichzeitiger Beschneidung der traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten zog einen vernichtenden Mechanismus nach sich. Es trafen nämlich plötzlich zwei sehr unterschiedliche Wirtschaftsräume aufeinander: die stark subventionierte und in breitem Umfang geschützte und intensiv kapitalisierte Wirtschaft Israels und die arabische Wirtschaft, die zwar im Handwerk entwickelt, jedoch kapitalarm und arbeitskräftintensiv aufgebaut war und von vornherein in der Konkurrenz schwächer sein mußte, zumal sie dazu noch durch die Besatzungsbedingungen unter jordanischer Herrschaft geschwächt war. Der notwendigerweise einsetzende ‚ungleiche‘ Tausch führte zum Ausverkauf der einheimischen Arbeitskraft, zur Unterhöhlung jeder arabischen ökonomischen Planung und Bautätigkeit. Der entstehende Mangel an Arbeitskräften und ökonomischen Ressourcen führte darüberhinaus vor allem zur Behinderung der bisherigen zentralen ökonomischen Tätigkeit und Lebensgrundlage der besetzten Gebiete: der Landwirtschaft<sup>50</sup>. Mußte aber die Landwirtschaft aufgegeben werden, so war das Brachliegen des Bodens, die Zerstörung des Bodens abzusehen, und es würde große Anstrengungen kosten, den Anspruch auf den Boden und seine Nutzung zu verteidigen. Flucht mochte als eine Rettung für vor allem junge und ausgebildete Menschen erscheinen und würde weiter an den wirtschaftlichen Grundlagen zehren.

Seit dem Beginn der Besatzung wurde die palästinensische Landwirtschaft dem israelischen Markt unterworfen, und es wurde versucht, eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion zu erzwingen, die den Interessen dieses Marktes entsprach.

So verhängten die israelischen Behörden verschiedene Sanktionen gegen den Export palästinensischer Produkte, die wegen ihres niedrigen Preises in Konkurrenz zu israelischen Produkten geraten konnten, welche im Schnitt rund 25% teurer waren. Die Ausfuhrbeschränkungen bezogen sich,

Je nach Jahres- und Erntezeit, auf die verschiedensten landwirtschaftlichen Produkte, wie z.B. Weintrauben aus Hebron (*Khalli*), Datteln aus El Arish, Fisch aus Gaza<sup>51</sup>. Gleichzeitig wurde der Warenaustausch mit den traditionellen arabischen Nachbarmärkten behindert und kanalisiert. Der Handel mit Ägypten wurde völlig unterbrochen, der Handel mit Jordanien wurde im Laufe der Zeit mit scharfen Kontrollen auf den Jordanbrücken belegt und dadurch zumindest eingeschränkt und der Willkür der zionistischen Behörden unterworfen, wie auch der jordanischen, die ebenso vor allem die Interessen der eigenen Landwirtschaft zu schützen gedachten.

Darüberhinaus wurde die Umstrukturierung der traditionellen, auf Subsistenzfrüchten basierenden palästinensischen Landwirtschaft angestrebt und durch gezielte Mittelvergabe oder erforderliche Genehmigungsverfahren erzwungen. Es sollten hauptsächlich solche Früchte angebaut werden, die für Israel entweder für den eigenen Verbrauch attraktiv waren, oder aber für den israelischen Export dienen konnten<sup>52</sup>. So wurde beispielsweise im Gaza-Streifen den palästinensischen Bauern die Neupflanzung von Zitruskulturen untersagt. Ebenso sollte die Produktion von Wassermelonen stark gesenkt werden. Durch den Druck der israelischen Behörden bei der Kreditvergabe für den Kauf von Düngemitteln oder landwirtschaftlichen Geräten sowie bei anderen landwirtschaftlichen Investitionen erreichte man mit Hilfe der verschiedenen Maßnahmen im Zeitraum von 1966 bis 1980, daß in der Westbank die Anzahl der Dunum, auf denen Wassermelonen angebaut wurden, von 71.000 auf 12.000 gesenkt wurde, die bei Gemüse von 110.000 auf 34.000 und die für Getreide von 850.000 auf 528.000. In allen übrigen Bereichen gab es zunächst keine Steigerungen bzw. geringe Einbrüche.

Im Gaza-Streifen sank der Anteil des mit Getreide bebauten Bodens an der landwirtschaftlich genutzten Fläche von 75% (1966) auf 10% (1979). Heute ist Gaza Spezialgebiet für die 'jüdische' Zitrus-Produktion<sup>53</sup>. Insgesamt betrachtet sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von allen in der Westbank Beschäftigten von 42% 1968 auf 30% im Jahre 1980 und im Gaza von 33 auf 18,2%. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt sank in der gleichen Zeit in der Westbank von 34,8% auf 29,2%, also nicht so sehr, in Gaza jedoch von 28,1% auf 12,3%. Daß, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, der Anteil der Landwirtschaft zumindest in der Westbank mit ca. 30% relativ stabil geblieben ist, liegt nach Benvenisti an der erhöhten Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch höheren Maschinen- und Chemieeinsatz, allerdings, wie Benvenisti ebenfalls zugeben muß, auf private Kosten. Die palästinensischen Bauern kommen kaum in den Genuß der Subventionen, die für die Siedler bereitgestellt werden<sup>54</sup>. Eine selbständige und unabhängige Ernährungsgrundlage der arabischen Dörfer wird damit ernsthaft gefährdet; die palästinensischen Bauern werden bei der Sicherung ihrer Lebensmittel immer mehr vom israelischen Markt abhängig.

Eine der schwerwiegendsten Folgen der Schwächung der palästinensischen Landwirtschaft durch die Koppelung an den israelischen Markt war und ist jedoch der Abzug landwirtschaftlicher Arbeitskräfte. Die palästinensischen Bauern konnten und können nicht annähernd so viel Lohn an die Landarbeiter zahlen wie die israelischen Betriebe. Allerdings werden die abwandernden Arbeitskräfte weniger von der israelischen Landwirtschaft als vielmehr von der Industrie, vor allem der Bauindustrie, aufgesaugt.

Zusätzlich zu der ökonomisch ungleichen, ja kolonialen Marktsituation werden die palästinensischen Bauern durch Schikanen und Terrormaßnahmen unter Druck gesetzt. „Im letzten Jahr haben sie 2 Tage lang die Jordanbrücke gesperrt“, sagt ein Bauer aus Jericho, „meine ganze Tomatenernte ist auf dem Lastwagen verfault. Ich habe Felder verkaufen müssen, damit wir leben können“<sup>55</sup>.

Eine ernsthafte Bedrohung und Behinderung der palästinensischen Landwirtschaft bestand und besteht aber vor allem in der Wasserpolitik der israelischen Behörden und durch den Raub an Wasser durch die israelischen Siedler. Gegen alle Versuche zu behaupten, daß der Zusammenschluß der Westbank mit Israel sich nur zugunsten der Palästinenser ausgewirkt habe, sprechen die Zahlen. Der Anteil der bewässerten Fläche an dem gesamten kultivierten Land in der Westbank ist zwischen 1966 und 1981 lediglich von 48 auf 49 um 1% gestiegen, wobei die kultivierte Fläche in etwa gleich geblieben ist. In Gaza ist diese Fläche im Zeitraum zwischen 1966 und 1979 von 40 auf 45% gestiegen. Der Wasserverbrauch in der Westbank im palästinensischen Sektor ist zwar seit 1967 um 20% gestiegen, bleibt aber seit Jahren auf diesem Niveau. Die Ursachen für diese Stagnation sind verschieden, sie beruhen aber alle auf der Besatzung:

- das Land, das sich für die Erhöhung der Produktion durch Bewässerung eignen würde, ist enteignet worden und wird von jüdisch-israelischen Siedlern genutzt: das Westjordanufer,
- die jüdisch-israelischen Siedlungen und die israelische Wasserbehörde haben der Westbank durch eigene und tiefere Bohrungen das Wasser entzogen,
- die palästinensischen Bauern und Gemeinden dürfen eigene, tiefere Brunnen nur mit Genehmigung der Militärverwaltung betreiben - Genehmigungen werden nicht erteilt.

So kommt es zu der Situation, daß zwar genügend Wasser vorhanden wäre, aber daß von den 500.000 Dunum bewässerbaren Landes nur 100.000 bewässert werden können. Das zusätzlich benötigte Wasser müßte von den israelischen Siedlungen kommen. Die Palästinenser nutzen bis heute etwa nur 25% ihrer eigenen Wasserressourcen, weil der Rest ihnen enteignet wurde. Das Wasser ist praktisch in jüdisch-israelisches und palästinensisches geteilt worden. Also können palästinensische Bauern ihre Ernäh-

rungs- und Einkommensgrundlage nicht wesentlich verbessern, sie müssen im Prinzip bei extensiver Landwirtschaft bleiben und sind in entscheidendem Maße weiterhin von der Natur abhängig – Dürren wirken sich als Katastrophen aus<sup>56</sup>. Für manche Dörfer bedeutete die israelische Wasserpolitik den totalen Ruin. Al Oja, eine für ihr Wasser und ihren Obstreichtum (Bananen) bekannte Oase im Jordangraben nördlich von Jericho (*Ariha*), mußte nach Tiefbohrungen israelischer Siedler den Verlust von 1.000 Dunum Bananenstauden und 250 Dunum Zitrusfrüchten beklagen. Heute ist das Dorf fast verlassen, die Bewässerungsgräben sind ausgetrocknet<sup>57</sup>.

Die Zerstörung der palästinensischen Landwirtschaft ist die eine Seite der zionistischen Wirtschaftspolitik in den 1967 besetzten Gebieten. Die andere Seite besteht in Programmen zur Förderung und Unterstützung der jüdischen Konkurrenzbetriebe. Besonders unter der Likudregierung wurden großmaßstäbliche Sofortprogramme eingeleitet, die im Gaza-Streifen die Umwandlung von ehemals mit Oliven-, Mandel- und Feigenbäumen bestandenen arabischem Hügelland in israelische Zitrus-Plantagen oder in große Areale mit Gewächshauskulturen für Nelken, Gladiolen und Tomaten bezwecken. Den palästinensischen Bauern wurde der Anbau von Zitrusfrüchten verboten, den jüdischen Siedlern wurde der Anbau subventioniert. In der Westbank wurden palästinensische Melonenkulturen zugunsten von Pfeffer eingeebnet, im Gaza-Streifen legen jüdische Siedler mit Staatssubventionen große Melonenplantagen an. Im Rahmen der Planungen der Zionistischen Weltorganisation wurden den Siedlern Sonderpenden für „Experimentelle Landwirtschaft“ im Rahmen des Aufbaus und der Kolonisierung der 1967 besetzten Gebiete gewährt. Sonderanbauprogramme werden von der Jüdischen Agentur und dem Landwirtschaftsministerium in die nationalen Pläne Israels eingebracht<sup>58</sup>. Der Staat Israel subventioniert die Konkurrenz der israelischen Tierprodukte, z.B. zwischen 1978 und 1979 die jüdisch-israelischen Eier mit 35% des Preises, Geflügel mit 17% und Milch mit 55,5%. Dagegen wurde die palästinensische Viehhaltung in der Westbank drastisch reduziert. Nach Angaben des Landwirtschaftsexperten Abd Al-Rahman Abu Arrafeh, der sich mit der Entwicklung des Viehbestandes in der Westbank beschäftigt, ist zum Beispiel der Viehbestand zwischen 1966 und 1980 bei Kühen von 40.000 auf 5.000, bei Ziegen und Schafen von ca. 830.000 auf ca. 400.000 gesunken<sup>59</sup>. Dramatisch ist die Entwicklung auch bei Geflügel. 1966 gab es noch 316.400 Legehühner und 8.000.000 Brathähnchen, ihre Zahl ist bis 1983 auf 87.500 bzw. 1.170.000 gesunken<sup>60</sup>. Politische Aktionen gegenüber den palästinensischen Weiterverarbeitern der landwirtschaftlichen Produkte erschweren zusätzlich die Erweiterung oder gar Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion<sup>61</sup>.

Zwischen 1966 und 1981 verringerte sich die palästinensische, landwirtschaftlich genutzte Fläche um rund 20 Prozent, nämlich um 408.000

Dunum<sup>62</sup>. Die Zahl der palästinensischen Bauern und Landarbeiter reduzierte sich zwischen 1967 und 1983 um fast 50 Prozent.

Die Bedingungen bei der Industrientwicklung sind nicht anders. Benvenisti sieht die Situation so, daß die Industrie und die Landwirtschaft der Westbank zerquetscht werden „zwischen dem israelischen Hammer und dem jordanischen Amboss“<sup>63</sup>. Während es in der Westbank 1967 noch 3.261 Betriebe (ohne Ölpresen, aber im Prinzip Manufakturbetriebe) gab, ist ihre Zahl bis 1980 auf 2.106 gesunken, was einem Verlust von 35% entspricht. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum ebenfalls von 12.129 auf 8.497 um etwa 30% gesunken<sup>64</sup>. Während Mansour von einem Rückgang des Anteils der Industrie am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1970 und 1979 von 9,4 auf 5,9% spricht, nennt Benvenisti für 1968 9% und 1980 6,5% und spricht von einer Stagnation der Beschäftigtenzahl um 15.000<sup>65</sup>. Auf jeden Fall ist diese Industrie auf dem relativ einfach entwickelten Stand geblieben wie zur Zeit vor der Besetzung und hat keine Impulse für Erneuerung und Vergrößerung erhalten – entweder weil die Handels-, Finanzierungs- und Steuerpolitik von israelischer Seite dies beschränkt hielten oder weil selbst die eigenständigen Versuche palästinensischer Unternehmer, mit Hilfe inländischer oder ausländischer Gelder von im Ausland lebenden Palästinensern eine neue, moderne Industrie aufzubauen, an mangelnden Genehmigungen durch die Militärbehörden scheitern und die notwendigen Arbeitskräfte durch Emigration und mangelnde Qualifikation zunehmend fehlen<sup>66</sup>. Also stagniert auch die Struktur der vorhandenen Industrie. Von den ca. 2.000 Betrieben beschäftigten 1980 nur 3 über 100 Arbeiter, 60 mehr als 20, die übrigen weniger. Ihre Produktion blieb daher auf den einheimischen, palästinensischen Markt und die dortigen Bedürfnisse ausgerichtet. Der Teil der Produktion allerdings, der nicht vor allem dem heimischen Konsum dient und dem Export und damit zunehmenden Einkünften dienen könnte, ist in der Hauptsache vom israelischen Markt abhängig.

Die israelische Unternehmenspolitik, was diesen Teil der palästinensischen Produktion angeht, ist eindeutig auf die Nutzung der billigeren palästinensischen (Frauen-)Arbeitskraft ausgerichtet. Etwa ein Drittel der Industriebetriebe sind als Subunternehmen für israelische Produktionen tätig und umfassen auch etwa ein Drittel der Beschäftigten. 469 Betriebe sind in der Textilproduktion, 218 in der Lederwaren-, vor allem Schuhproduktion aktiv. Auch dieser Zweig der palästinensischen Produktion bleibt strukturell auf dem Niveau der Manufakturbetriebe. Bis 1973 reduzierten die Unternehmen die Produktion auf die Fertigstellung von halbfertigen Waren, seitdem arbeiten die Westbank-Betriebe im Auftrag israelischer Betriebe nach israelischen Mustern<sup>67</sup>.

In dem gegebenen Rahmen hat sich auch die Branchenstruktur kaum ver-

ändert. Nach Benvenisti ist die Aufteilung bei den Beschäftigten kaum verändert. 22% der Beschäftigten arbeiten in Ölpresen, 18% in der Textilbranche, 18% in Steinbrüchen, 10% im Lebensmittelbereich, 4–6% im Metallbereich (Schlosser) und 14% in Zimmermanns- und anderen Handwerken<sup>68</sup>.

Jede industrielle Entwicklung findet dagegen im israelisch-jüdischen Sektor statt. Bis 1983 hat die israelische Regierung in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Agentur 6 Industrieparks im Umkreis der größeren jüdischen Siedlungen errichtet. 1981 wurden allein 400 Millionen US-Dollar vom israelischen Staat in diese Projekte investiert. Dabei wurden 2.500 hochspezialisierte Arbeitsplätze geschaffen, deshalb auch die meisten ‚für Juden‘. Bis 1986 sollen weitere 8.700 Arbeitsplätze ‚für Juden‘ und 2.200 für Palästinenser entstehen! Dafür werden für 5 Jahre 250 Millionen US-Dollar investiert. Das Ziel der ZWO ist sogar, bis 2010 108.000 ‚jüdische Arbeiter‘ in der Westbank zu beschäftigen. Jüdisch-israelische Investoren werden in jeglicher Hinsicht unterstützt. Sie erhalten massive finanzielle Hilfe, großzügige Abfindungen für die Aufgabe ihrer Betriebe in Israel, freie Grundstücke mit gut hergerichteter Infrastruktur und verschiedene weitere Anreize. Für die israelische Regierung gehört die Industrialisierungspolitik in der Westbank insgesamt zu dem zionistischen Besiedlungs- und Okkupationsplan<sup>69</sup>.

Gegenüber der palästinensischen Industrie und dem palästinensischen Sektor heißt es im Masterplan der ZWO für die Entwicklung von Industrieunternehmen, der in Vertretung der Regierung im Rahmen der ihr übertragenen Entwicklungsaufgaben 1982 verabschiedet wurde: „Keine Politik – die arabische Entwicklung wird ignoriert und ist nicht von Interesse ... Keine Beteiligung, Finanzierung und Investition. ... Restriktionen gegenüber der Industrialisierung in den städtischen Zentren Nablus, Ramallah, Tul Karm, Jenin, Bethlehem, Jericho, Hebron verhindern die Entwicklung (arabischer) Industriezonen in der Nähe der städtischen Zentren“<sup>70</sup>.

Für die palästinensische Gesellschaft geht es unter den geschilderten Umständen um das reine Überleben. Eine relativ Erfolg versprechende Strategie bestand im Aufbau von industriellen und landwirtschaftlichen Kooperativen. In diese flossen die weniger kontrollierbaren Gelder von denen, die im Ausland arbeiteten. Aber auch diese Kooperativen mußten und müssen gegen jede Art Behinderung kämpfen. Sie benötigen eine Erlaubnis der Militärbehörde und müssen sich registrieren lassen. Mit Hilfe der Besteuerungsgesetze wird versucht, ihr Wachstum zu verhindern. Seitdem die arabische Gipfelkonferenz 1979 beschlossen hat, solche Aktivitäten zu unterstützen, versuchen die israelischen Behörden, die Kooperativen total einzuschränken. Zu den 76 Kooperativen, von denen 25 landwirtschaftliche Produktion betreiben, sind seitdem keine mehr dazugekommen. 43 Bewerbungen um Registrierungen standen 1984 aus<sup>71</sup>.

Besonders entscheidend wirkt sich die Konkurrenz zwischen der palästinensischen und der jüdisch-israelischen Ökonomie auf die palästinensische Arbeitskraft aus. Die folgende Übersicht, auch wenn sie nicht vollständig über alle Gesichtspunkte Auskunft gibt, vermittelt einen Eindruck über das Ausmaß der Pendler von den 1967 besetzten Gebieten nach Israel.

1983 sind in den besetzten Gebieten Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem 164.500 Arbeitskräfte nach den statistischen Angaben Israels vorhanden. Fast 50% von ihnen sind in der Wirtschaft Israels beschäftigt<sup>72</sup>. Die Situation dieser Arbeiter ist durch folgende Entwicklung gekennzeichnet:

**Tabelle 18:**  
**Zahl der pal. Arbeitskräfte (AK) in Israel aus Westbank (WB) und Gaza und Entwicklung der Löhne im Vergleich, 1970 – 1980<sup>73</sup>**

Jahr	Summe AK in Israel, aus Gaza und WB	Tageslohn der WB-AK, gezahlt in IL		Monatslohn der AK in Israel, gezahlt in IL an	
		in Israel	in WB	isr. AK	WB/Gaza-AK
1970	20.600	11,8	6,8	688	256
1971	33.800	13,5	8,6	801	268
1972	52.400	17,0	11,5	912	381
1973	61.300	21,8	15,1	1.163	464
1974	68.700	24,1	22,0	1.584	691
1975	66.300	44,6	35,3	2.205	981
1976	64.900	53,5	47,0	2.920	1.354
1977	63.000	72,0	64,9	4.342	1.757
1978	48.200	112,1	99,5	6.693	2.743
1979	75.200	198,7	166,0	12.730	5.518
1980	71.900	394,0	337,0	28.700	12.600

Einige Tendenzen sind ablesbar: die zwar steigende Entwicklung der in Israel beschäftigten, palästinensischen Arbeitskräfte, aber auch die Tatsache, daß sie Schwankungen unterliegt. Ein Vergleich mit der Arbeitslosenstatistik in Israel zeigt, daß das Anziehen und Abstoßen palästinensischer Arbeitskräfte sehr eng mit der Bewegung der Arbeitslosenkurve in Israel selbst zusammenhängt. Darin zeigt sich schon die Unsicherheit der Existenz der palästinensischen Arbeitskraft auf einem israelischen Arbeitsplatz<sup>74</sup>. Die obige Übersicht kennzeichnet aber auch deutlich die zwangsläufige Anpassung des Preises der palästinensischen Arbeitskraft an die Kosten der AK in Israel. Das muß sich negativ auf die Beschäftigung in der palästinensischen Industrie auswirken, weil diese, unter ungünstigeren Bedingungen arbeitend, den gleichen Preis kaum aufbringen kann.

Die neueren Entwicklungen zeigen eine weiter steigende Tendenz der

Beanspruchung palästinensischer Arbeitskräfte in Israel. 1983 wurden 81.200 Arbeitskräfte in Israel registriert. Daneben sollen aber noch etwa 30.000 nicht registrierte „schwarze“ Arbeitskräfte aus Westbank und Gaza in Israel beschäftigt sein, was einem Viertel aller dieser Beschäftigten entsprechen würde, sowie weitere 8.000 Arbeitskräfte aus Ost-Jerusalem, die nicht in der Statistik für die 1967 besetzten Gebiete geführt werden, weil Ost-Jerusalem inzwischen von Israel „eingemeindet“ worden ist. Alle in Israel tätigen Arbeitskräfte aus den 1967 besetzten Gebieten zusammengekommen, sind 119.200 Menschen oder 67% aller in Gaza, Westbank und Ost-Jerusalem vorhandenen Arbeitskräfte dem einheimischen Markt entzogen <sup>75</sup>.

Die voranstehende Tabelle zeigt auch, daß im Durchschnitt die palästinensische Arbeitskraft in Israel weniger als die Hälfte einer israelischen verdient hat und verdient. Offiziellen Angaben zufolge werden israelische und palästinensische Arbeitskräfte zwar nach dem Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit beschäftigt. Die Zahlen lassen dies aber in Zweifel ziehen und sind zumindest ein Indiz dafür, daß die palästinensischen Arbeitskräfte vor allem in unteren Lohnkategorien beschäftigt sein müssen. Nach Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) aus den Jahren 1978 und 1979 steht fest: „Die Mehrheit der arabischen Arbeitnehmer aus den besetzten Gebieten steht auf der Berufsleiter nach wie vor ganz unten und verrichtet viele der unbefriedigenden Gelegenheits- und Saisonarbeiten, von denen sich die israelischen Arbeitnehmer immer mehr abzukehren scheinen. ... Die Mission möchte erneut auf die Gefahren aufmerksam machen, die ... von einer Teilung des Arbeitsmarktes ausgehen, die sich nicht nur nach den Beschäftigungsmerkmalen richtet, sondern die sich auch weitgehend mit den ethnischen Unterschieden deckt“ <sup>76</sup>. Diese Tendenz spiegelt sich in den Branchen wider. 1980 waren etwa 21% der palästinensischen Arbeiter in der Industrie beschäftigt, 18% in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen, 11% in der Landwirtschaft und 50% im Baugewerbe! Das Baugewerbe mit seiner in Israel und den 1967 besetzten Gebieten expansiven Entwicklung im Rahmen der fortschreitenden Besiedlungspolitik ist der zentrale Beschäftigungsbereich. Während im Durchschnitt 1980 die palästinensischen Arbeitskräfte nur etwa 5,4% der gesamten Beschäftigten Israels ausmachten, in der Industrie mit 4,8% unter dem Durchschnitt lagen und in der Landwirtschaft – konzentriert im Zitrus-Plantagen-Bereich – 10,8% ausmachten, war ihr Anteil an den im Baugewerbe Beschäftigten immerhin 30% – rechnet man die palästinensischen Arbeiter aus Israel hinzu, sogar 50% <sup>77</sup>!

Die palästinensischen Arbeitskräfte befinden sich nicht nur in den untersten Lohn- und Beschäftigungsgruppen; als Hilfsarbeiter sind sie jederzeit durch andere ersetzbar. Ihre Situation ist auch dadurch völlig ungesichert, daß sie ohne wirklichen gewerkschaftlichen Schutz und ohne Arbeitsplatz-

sicherheit dastehen! Das IAA berichtet zum Beispiel über die Arbeitsvertragsituation: „Die Arbeitsgenehmigung wird vom Bestehen eines Arbeitsverhältnisses abhängig gemacht; wenn das Arbeitsverhältnis endet, ist der Arbeiter aus den besetzten Gebieten nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert; er kann sich um eine Beschäftigung in den besetzten Gebieten bemühen (wo die Möglichkeiten begrenzt sind), er kann in die arabischen Länder auswandern ...“ Zu dieser Bemerkung sah sich das IAA veranlaßt, nachdem herausgefunden wurde, daß die Arbeitsgenehmigungen bis 1978 nur für einen Monat ausgestellt wurden, seitdem für vier Monate. Die große Mehrheit der palästinensischen Arbeiter wird ohne Kontrakt im Tagelohnverhältnis beschäftigt, jederzeit kündbar bzw. nicht weiterzubeschäftigen. So leben diese Arbeiter in großer Ungewißheit, sind Wanderarbeiter mit langen Anfahrts- und Wartezeiten, die ihren Arbeitstag bis zu 16 Stunden verlängern, und als „schwarze“ Arbeiter auch noch durch Kontrollen und Bestrafungen bedroht <sup>78</sup>.

Bedenkt man die hohen Inflationsraten in Israel, so ist außerdem fraglich, ob die Lohnarbeit in Israel, auch wenn sie zu einem zunehmenden Bestandteil der Einkommen in den 1967 besetzten Gebieten geworden ist, überhaupt dazu dienen könne, ein einigermaßen gesichertes Leben zu führen. Eher scheint der Teufelskreis von Unterdrückung und Abhängigkeit nicht enden zu wollen: Landwirtschaft und Industrie in den besetzten Gebieten werden weiterhin ihrer notwendigen Arbeitskräfte beraubt, die besetzten Gebiete als Ganzes und ihre Bevölkerung vollständig bei den notwendigen Lebensmitteln von Israels Wirtschaft abhängig. Brian von Arkadie stellt fest: „Die Westbank – und ebenso der Gazastreifen – sind eine israelische Kolonie im wahrsten Sinn des Wortes geworden. Die Ökonomie der Westbank ist darauf zugeschnitten worden, daß sie den Investitionsbedürfnissen der israelischen Ökonomie und des israelischen Kapitals dienen kann. Die israelische Besatzung hat die Westbank zu einer Art abhängiger Spezialisierung gezwungen. ... Die Westbank ist von Grund auf in den Handel mit Israel verstrickt worden, während ihre eigenen internen Märkte beschränkt und rückständig bleiben mußten, und den eigenen ökonomischen Aktivitäten fehlte jeglicher Zusammenhang. Dies kann nur mit der Integration der Westbank in die israelische Ökonomie erklärt werden“ <sup>79</sup>.

## 2.2 Die Zerstörung der politischen Grundlagen und Strukturen der palästinensischen Gesellschaft und der Versuch ihrer Ersetzung durch israelische

Unter jordanischer Herrschaft von 1951 bis 1967 gab es in den Städten und Dörfern der Westbank eine gewählte und anerkannte politische Vertretung, die sogenannten Dorf- und Stadträte. Das änderte sich entschieden mit der Besetzung, die beständig die Selbstverwaltungsrechte der Palästinenser zu beschneiden versuchte, bis heute, wo die meisten Bürgermeister abgesetzt sind und eine sogenannte Zivilverwaltung der Israelis für „Ordnung“ sorgt.

Am 7. 6. 1967 erklärte der Militär-Kommandeur für die Westbank und Gaza in seiner zweiten Proklamation: „Jede Regierungsmacht im Hinblick auf Gesetzgebung, den Erlass von Maßnahmen und Verwaltung in Bezug auf die Region und die Bewohner ist bis auf weiteres mir zu übertragen und kann nur von mir oder den von mir zu diesem Zweck benannten Personen ausgeübt werden“<sup>82</sup>. Darüberhinaus wurde festgestellt, daß das Weiterbestehen der Autoritäten, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gemäß jordanischem Recht dem Internationalen Recht nach dem Artikel 43 der Haager Konferenz und Artikel 64 der 4. Genfer Konvention für besetzte Gebiete entspreche, obwohl Israel die Anwendung dieser Regeln nicht für angebracht halte. Einerseits hält Israel diese Gebiete nicht für „feindlich“, „kriegerisch“ besetzte Gebiete, andererseits stellt es fest, daß auch der vorherige Status unter der Souveränität Ägyptens oder Jordaniens kein international anerkannter gewesen sei. Dennoch hat Israel erklärt, diese Konventionen zu berücksichtigen, was letztlich aber dazu geführt hat, daß mehrere Formen der Kontrolle, Entmachtung, Änderung gesetzlicher Tatbestände und anderes mehr mit den verschiedensten Begründungen nebeneinander stehen: reines Militär- und Besatzungsrecht, Entlassungen von gewählten Vertretern, Enteignungen und Zerstörungen von Grundstücken aus „Sicherheitsgründen“, Ergänzungen und Nuancieren im jordanischen Gesetz „zum Wohle der Bevölkerung“, die allesamt letztlich zu Ungunsten und zum Nachteil der palästinensischen Bevölkerung wirken und wirken sollen. Daneben gibt es die direkte militärische oder durch Siedlergruppen ausgeübte Aggression. Ganz unabhängig davon ist in den 1967 besetzten Gebieten die Installierung und Realisierung israelischen Rechts und israelischer Tatbestände durch die schrittweise Besiedlung mit allen ihren Konsequenzen forciert worden<sup>81</sup>.

Spätestens seit der Übernahme der Regierung in Israel durch den Likud-

Block im Jahre 1977 ist klar, daß die zionistischen Ziele permanenter Kontrolle und faktischer Annexion der Gebiete Ziel aller militärischen und quasi legalen Handlungen israelischer Militärs und Verwaltungen ist. Seitdem agiert die Militärmacht nur noch mit dem Ziel, diese endgültige Lösung für die Territorien zu erreichen. Um gegenüber internationalem Recht abgesichert zu sein, wurde zwar der Schein „nur militärischer“, also Sicherheitsaufgaben, aufrechtzuerhalten versucht, aber die Ziele sind doch klar politisch, nämlich in der Region zu siedeln und ‚Eine erneute Teilung von ‚Erez Israel‘ zu verhindern‘. Benvenisti stellt klar: „Jedwede Regierungsmacht in Bezug auf Recht, Erlasse und Verwaltung stand allein den Organisationen jüdischer Besiedlungspolitik und den jüdischen Siedlern zur Verfügung“, und Begin erklärte 1979: „Die jüdische Bevölkerung in Judäa, Samaria und Gaza untersteht dem Israelischen Gesetz“<sup>82</sup>.

Die in Camp David im Jahre 1979 verabredete Autonomielösung innerhalb der darauffolgenden 5 Jahre wurde von Israel folgendermaßen interpretiert: „Die Quelle, die der Autonomie ihre Autorität und ihre Macht verleiht, muß ausschließlich israelisch sein“<sup>83</sup>. Seitdem sind die Anstrengungen Israels nur auf eines gerichtet: eine israelisch-jüdische Struktur über den 1967 besetzten Gebieten zu errichten, wie es Oppenheimer schon Anfang des Jahrhunderts beschrieben hatte. Um dies zu erreichen, wurde eine Registrierung des unbebauten Landes und des sogenannten Staatslandes vorgenommen, um es besser und konfliktfreier, weil quasi legal, enteignen zu können; es geschah ein ungeheurer Aufmarsch von Militär; es wurde die Besiedlung massiv durch Wohnungsbauten und Infrastruktur gefördert; die Versorgung und Entsorgung bei Strom, Gas und Wasser wurde vollständig israelischen Behörden übertragen; das Entwicklungsbudget für die palästinensischen Gemeinden wurde gestrichen. Seit 1981 wurden jüdische Regional- und Gemeinde-Räte für die jüdischen Siedlungen wie in Israel aufgebaut, die nach den gleichen Bedingungen arbeiten wie die israelischen, und eine entsprechende Gerichtsbarkeit eingeführt. Schließlich wurde 1981 die sogenannte Zivilverwaltung errichtet.

Die israelisch-jüdischen Verwaltungsorgane handeln nur und im allgemeinen Interesse der jüdischen Siedler und für die Annexion, während die Militärverwaltung, die nach wie vor existiert und die Zivilverwaltung als parallelen Arm neben sich hat, sich vollkommen der militärischen, politischen und verwaltungsmäßigen Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung widmen kann. Darüberhinaus haben sich die Siedler eine quasi unabhängige Verteidigungsmacht aufgebaut – im Militärjargon spricht man deshalb auch von „Konfrontations-Siedlungen“ statt von „Front-Siedlungen“. Sie sind mit allen militärischen, finanziellen, rechtlichen und verwaltungsmäßigen Mitteln ausgestattet<sup>84</sup>.

Im Jahre 1976 hielt die Arbeiterblock-Regierung letztmals Kommunalwah-

len in 23 Städten der Westbank ab. Anders als erhofft, wurden ausschließlich Bürgermeister und Stadträte gewählt, die sich gegen die israelische Besatzung aussprachen und für die PLO, und die für das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser und für das Recht auf einen eigenen Staat eintraten. Im Gegensatz zu den Städten wurden in den Dörfern keine Gemeindevertretungen gewählt. Hier wurden die ‚Volksvertreter‘ direkt von den israelischen Behörden ernannt, und später wurde versucht, sogenannte ‚Dorf-Ligen‘ mit ‚kompromißbereiten‘ Bauern aufzubauen, was aber letztlich relativ unwirksam blieb.

1981 also führte die Likud-Regierung unter Begin per Militär-Verordnung 947 die sogenannte Zivilverwaltung ein – eine einseitige, ohne die Palästinenser zustandegekommene Entscheidung. Formal gesehen sind seitdem Militär- und Zivilverwaltung getrennt. Allerdings wird der Chef der Zivilverwaltung vom Militär-Kommandeur ernannt, das Budget der Zivilverwaltung ist Teil des Verteidigungshaushaltes in Israel. Die Befugnisse des Chefs der Zivilverwaltung umfassen sowohl die Handhabung der jordanischen Gesetze als auch der „Sicherheitsgesetzgebung“, die Fortsetzung der Militär-Anordnungen. Das alles bedeutet nicht, daß das Militärregime abgeschafft ist, sondern eher nur eine Umbenennung durch Federstrich, die Personen sind sowieso zum Teil dieselben. Im Gegenteil, die Verordnung 947 verfestigt noch den Status, indem sämtliche Militärverordnungen, jene „Sicherheitsgesetzgebung“, in selbständige Gesetze verwandelt wurden und als integraler Bestandteil der aktuell gültigen Gesetzgebung anzusehen sind, neben dem offiziell gültigen (und nach Genfer Konvention auch nicht ausschaltbaren) jordanischen Recht. Deshalb schätzt Benvenisti auch ein, daß hier von einem neuen Charakter gesprochen werden muß, von der „Transformation eines Übergangssystems in einen Dauerzustand“<sup>85</sup>.

Weil die palästinensischen, gewählten Bürgermeister nicht bereit waren, mit diesen Behörden zusammenzuarbeiten, wurden 6 von ihnen, die Vertreter der größten Städte, von Israel entlassen. Sie wurden zudem noch von israelisch-zionistischen Terrorgruppen angegriffen und lebensgefährlich verletzt. So gilt auch weiterhin das Faustrecht der bewaffneten Siedler, die nicht ernsthaft von israelischen Gerichten verfolgt werden, während über 1.000 Militärverordnungen das Leben der Palästinenser einschnüren.

Täglich wird nach wie vor aus ‚militärische Gründen‘ enteignet, zerstört, vertrieben und wird auf palästinensischem Territorium israelisches Recht für die in den 1967 besetzten Gebieten siedelnden Zionisten angewendet. So existieren heute zwei politische Verwaltungen: eine quasi-zivile, militärische Administration für die Besetzten und eine separate jüdische Verwaltung für die Besatzer, die sich wie israelische Bürger bewegen, so daß für sie die ‚Grüne Grenze‘ nicht mehr existiert.

Praktisch wurden und sind die Palästinenser aller demokratischen Rechte beraubt. Alle politischen Parteien sind verboten, Gewerkschaften, Studentenvereine, kulturelle Vereine dürfen nur mit Genehmigung der Behörden arbeiten und sind deshalb häufig illegalisiert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung besteht praktisch nicht. Die in Ost-Jerusalem für die 1967 besetzten Gebiete herausgegebenen arabischen Zeitungen unterliegen der Zensur. Verhaftungen von Redakteuren und Korrespondenten der arabischen Zeitungen drohen immer wieder. 1982 wurden der Chefredakteur und zwei Korrespondenten der Jerusalemer Tageszeitung ‚Al-Shaap‘ verhaftet. Nachrichtensperren werden verhängt, anti-israelische Parolen an Häuserwänden führen zu Verhaftungsaktionen großen Ausmaßes. Die Palästinenser dürfen nicht demonstrieren, nicht streiken, nicht einmal ihre Geschäfte als Zeichen des Protestes schließen. Jede Zuwiderhandlung zieht schärfste Vergeltungsmaßnahmen nach sich, die allesamt, wie einem UNO-Sonderkommissionsbericht zu entnehmen ist, die Menschenrechtsbestimmungen der Genfer Konvention verletzen und der totalen Einschüchterung der palästinensischen Bevölkerung und letztlich ihrer Vertreibung dienen sollen<sup>86</sup>.

Darüberhinaus besteht kaum ein gesetzlicher Schutz für die palästinensische Bevölkerung. Die jordanische Gesetzgebung in der Westbank und auch die britische Mandatsgesetzgebung im Gaza-Streifen wurden nach und nach durch Maßnahmen und Erlasse der Militärgouverneure verändert, so daß letztlich die israelische Gesetzgebung in der Form von Militärverordnungen, die quasi alle Lebensbereiche regeln, auch in den 1967 besetzten Gebieten Einzug gehalten hat. Die zivilen, örtlichen jüdischen Gerichte, die im Rahmen dieser Erlasse Recht sprechen sollen, sind keine selbständigen Organe. Viele Verfahren werden zudem vor israelischen Militärgerichten abgewickelt. Prinzipiell haben die Besetzten die Möglichkeit, als letzte Instanz den Obersten Gerichtshof in Israel anzurufen, aber auch das ist erfahrungsgemäß hoffnungslos<sup>87</sup>.

Somit läßt den Palästinensern in den 1967 besetzten Gebieten jedes Recht auf Selbstbestimmung genommen. Wo es sich noch behauptet, in den Städten, in Form der gewählten Räte und Bürgermeister, wird zur Unterdrückung immer wieder direkte Repression angewendet. Die Räte und Bürgermeister dürfen ihre Städte nicht verlassen, dürfen keine Reisen in arabische Staaten unternehmen, werden entlassen, erhalten Hausarrest oder werden – ohne Anklage – verhaftet und deportiert, wie die Bürgermeister von Nablus, von Hebron (*Khalil*), von Ramallah, von Jenin, von Halhul usw. ... Nach den Amtsenthebungen im Frühjahr und Sommer 1982 blieb nur ein einziger gewählter Bürgermeister, E. Freij von Bethlehem (*Beitlahm*) im Amt<sup>88</sup>. Wo Amtsenthebung den Fanatikern nicht reichte, wurde mit Mordanschlägen zionistischer Gruppen nachgeholfen<sup>89</sup>.

Auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Selbstverwaltungsorgane wurden beschnitten. Der Haushalt für die arabischen Dörfer und Städte, z.B. die Ausgaben für Infrastrukturverbesserungen, wurden seit der Beginn-Regierung beständig gekürzt. Im Jahre 1981 betragen die Infrastruktur- und Verwaltungsmaßnahmen für die rund 800.000 Palästinenser in der Westbank nur 15 Millionen US-Dollar, wogegen die 26.000 israelischen Siedler mit 21,5 Millionen bedacht wurden<sup>90</sup>. Am 3. 10. 1979 haben die Stadträte der Westbank angekündigt, gegen diese Aushungerungspolitik zu streiken. Die wirtschaftliche Lage war so zugespitzt, daß nicht einmal mehr die Gehälter für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten ausgezahlt werden konnten, geschweige denn irgendwelche notwendigen Projekte in Angriff genommen werden konnten.

Zusätzlich war und ist es den Stadträten verboten, Gelder, die in irgendeiner Weise mit der PLO etwas zu tun haben,<sup>91</sup> anzunehmen. Das ist deshalb besonders gravierend, weil die Stadtverwaltungen und Organisationen in den 1967 besetzten Gebieten inzwischen auf die regelmäßigen Zahlungen des PLO-Jordanien-Komitees angewiesen sind. Die Finanznot der palästinensischen Gemeinden wird noch dadurch gravierend vergrößert, daß sie beispielsweise bei der Wasserversorgung von Israel kräftig zur Kasse gebeten werden. Ihnen ist ja der Ausbau ihres Wassernetzes verwehrt, die israelischen Institutionen graben ihnen das Wasser ab und verkaufen ihnen das notwendige Wasser wieder.

Die politische Annexion durch die Zionisten verlangt Verwaltungsorgane, die die Doppelexistenz von Palästinensern und Israelis, unterschiedliches Recht und kontrollierte ‚Autonomie‘ akzeptieren. 1977 beschloß die israelische Regierung, die ‚soziale Gleichstellung für die Bewohner der Westbank‘. Sie konnte das aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes, das bereits zu Beginn der Besetzung verabschiedet, bisher aber nur im Fall von Ost-Jerusalem angewendet worden war. Die Gleichstellung der Öffentlichen Dienste war vor allem eine Förderung der Siedler, die mit gleichen Mitteln für das Bildungswesen, bei der Krankenversorgung usw. ausgestattet werden wollten wie die israelischen Gemeinden. Für die Palästinenser aber bedeutete dieses Gesetz politische Unterstellung unter die Verwaltungsstruktur Israels und hatte z.B. zur Folge, daß sehr viel höhere Steuern als bisher oder hohe Summen zum Eintritt in die Krankenkassen gezahlt werden mußten, wogegen sie von der sozialen Infrastruktur kaum positiv betroffen wurden. Das Gleichstellungsgesetz brachte auch eine konkrete kulturelle Bedrohung mit sich. Es verschaffte offiziell den Juden unter dem Begriff der ‚Religionsfreiheit‘ Zugang zur Ibrahim-Moschee in Hebron (*Khalil*), die für beide Religionen Bedeutung hat. Von den fanatischen Zionisten-Gruppen von Kiryat Arba wurde dieses Gesetz begierig aufgenommen. Sie erzwangen sich Betzeiten in der Ibrahim-Moschee, räumliche Abtrennung von jüdischen Gläubigen und ließen die Palästinenser nicht einmal mehr

dort in Ruhe<sup>92</sup>. Dieses Gesetz bekam seine volle Wirkung erst durch die Einrichtung der ‚Zivilverwaltung‘.

Für das Maß an Annexion spielt auch die kulturelle Unterdrückung eines Volkes eine große Rolle. Die Zerstörung der kulturellen Identität befördert, ebenso wie die wirtschaftliche und politische Unterdrückung, die Absicht der Zionisten, die Palästinenser von ihrem Boden zu vertreiben und ihnen den nationalen Anspruch zu rauben.

### 2.3 Die Zerstörung der kulturellen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft

Israel König, Distriktkommissar für die nördliche Region in Israel und erfahrener „Arabist“, also mit den Palästinensern lange beschäftigt, soll hier zitiert werden, denn seine Gedanken sind leider typisch für den Umgang israelischer, offizieller Stellen mit der palästinensischen Bevölkerung, sei das in Israel selbst oder in den besetzten Gebieten von 1967. In seinen 1976 schriftlich formulierten Äußerungen schlägt er z.B. gegenüber den palästinensischen Studenten folgende Behandlung vor: „Außerdem müssen Möglichkeiten eruiert werden, es ihnen zu erleichtern, ins Ausland studieren zu gehen und gleichzeitig Maßnahmen herbeizuführen, die es ihnen erschweren werden, zurückzukehren und Arbeit zu finden; diese Politik könnte auch ihre Emigration erleichtern“<sup>93</sup>. Dieser Vorschlag ist eine Reaktion auf die Erfahrung, daß gerade Studenten und die Ausgebildeten häufig die Initiative ergreifen, gegen die Unterdrückung der nationalen und kulturellen Rechte zu streiten, sich politisch zu äußern und zu organisieren. Deshalb gehört es in Israel und vor allem in den besetzten Gebieten von 1967 zu einem Teil der Politik, sich in das Ausbildungssystem an den Schulen und Hochschulen einzumischen.

Es besteht keine Lehr- und Lernfreiheit. Das Lehrprogramm, die Bücher müssen genehmigt werden. Die Hochschullehrer mit jordanischem oder ausländischem Paß müssen regelmäßig ihre Arbeitsgenehmigung neu einholen. Jede Äußerung gegen die Besetzung, jede Handlung gegen die Vorschriften und Erlasse bringt zudem die Möglichkeit der Entlassung, Ausweisung oder Deportation. So stehen Schüler, Lehrer und Studenten beständig unter Druck. Hinzugekommen ist finanzieller Druck: wer gegen die Gesetze verstößt, muß hohe Geldstrafen bezahlen, selbst Schüler und Studenten. Die Studenten müssen neuerdings Ausweise als Passierscheine für das Betreten der Universitäten vorweisen, die sie regelmäßig überprüfen und erneuern lassen müssen. Das ist aber nur die äußere Repression. Die Zerstörung der Identität des Volkes geschieht über die Kontrolle der Lehrinhalte. 3.000 Bücher stehen in der Westbank für die Schulen auf dem

Index und sind verboten, z.B. solche Bücher wie „Die arabische Gesellschaft und die Palästina-Frage“ oder „Geographie des arabischen Vaterlandes“ für das 12. Schuljahr. Geographische Aufzeichnungen, die das Wort Palästina verwenden, dürfen nicht benutzt werden. Das Wort Palästina wird durch ‚Israel‘ ersetzt. Es wird Geschichte Israels gelehrt und praktisch alles unterdrückt, was die Kenntnisse und das Gefühl über die nationale Zugehörigkeit, die Geschichte des palästinensischen Volkes und die Verbindung mit dem Boden und der Heimat stärken könnte. Daneben gibt es auch materielle Beschneidung. In den Schulen fehlt es vor allem an naturwissenschaftlichem Unterrichtsmaterial. Nach einer Untersuchung der Bethlehem-Universität besitzen nur 35% der 740 Schulen in der Westbank Bibliotheken, nur 47% Laborinstrumente. Die ausgewiesenen Mittel für Laboreinrichtungen in den Schulen von Bethlehem (*Beitlahm*) und Jericho (*Ariha*) betragen 1982 140 israelische Shekel, d.h. 4 Jordanische Dinare <sup>84</sup>.

In den Bildungseinrichtungen, vor allem in den Universitäten, regt sich naturgemäß der Widerstand gegen das gesamte Besatzungssystem am heftigsten. Dagegen wird hart durchgegriffen. Zwischen 1967 und 1981 sind fast 6.700 Lehrer durch die Okkupationsbehörden entlassen worden, was sie arbeitslos machte und viele zwang auszuwandern. Schüler und Lehrer werden immer wieder verhaftet. Jahr für Jahr werden die Schulen nach Demonstrationen oder anderen Widerstandsaktionen für einige Zeit geschlossen, was die Schüler und Studenten Zeit kostet, sie in Prüfungsschwierigkeiten bringt und das Ausbildungssystem immer wieder schwächt. 1982, als in der größten der drei Westbank-Universitäten, der Bir-Zeit-Universität bei Ramallah, aus Anlaß des Libanonkrieges große Protestveranstaltungen stattfanden, schlossen die Behörden die Uni kurzerhand für fast ein halbes Jahr. Ihr Rektor wurde deportiert.

Von Ausweisung und Deportation sind zur Zeit alle Hochschullehrer mit jordanischen und anderen ausländischen Pässen bedroht, seien sie Palästinenser oder Fremde aus Frankreich oder Großbritannien, wenn sie nicht eine Erklärung unterschreiben, daß sie nicht mit der PLO oder anderen ‚israelfeindlichen‘ Organisationen zusammenarbeiten oder sympathisieren. Andernfalls erhalten sie die Arbeitsgenehmigung nicht, werden ausgewiesen oder kommen an der Grenze erst gar nicht in die Westbank hinein. 3 Professoren der Bir-Zeit-Universität und 18 der Al-Naja Universität in Nablus sind allein 1982 in diesem Zusammenhang deportiert worden <sup>85</sup>.

Wir hatten eingangs gesagt, daß es – anders als 1948 – für die zionistische Regierung in Israel darum gehe, nach der militärischen Eroberung der Westbank und des Gaza-Streifens für die Eroberung des Bodens und seine Umwandlung in jüdisch-israelisches Territorium die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft voranzutreiben. Alle beschriebenen Maßnahmen sind dazu angetan, das Verlassen des eigenen Bodens zur letzten Alter-

native für die Palästinenser werden zu lassen, die Palästinenser einer eigenen Ausdrucksform zu berauben und durch eine israelische zu ersetzen, bzw. diese darüberzustülpen und letztlich die palästinensische zu erdrücken. Zur Flucht, zur Preisgabe ihres Anspruchs auf Heimat und Boden wurden viele gezwungen. Durchschnittlich haben jährlich etwa 15.000 Palästinenser <sup>86</sup> die 1967 besetzten Gebiete verlassen. Noch sind es aber über 1 Million Menschen, die bleiben und nach ihren Kräften Widerstand leisten und an ihrem Boden festhalten.

In der Bodenfrage konnten die Zionisten, seien das die Jüdische Agentur, die ‚Siedler‘, das Militär oder die israelische Regierung, bis heute große Änderungen erzwingen. Die Landnahme ist so weit fortgeschritten, daß sich inzwischen mehr als die Hälfte des palästinensischen Bodens in israelischer Hand befindet. Mit der forcierten Besiedlung dieses Bodens wollen die Zionisten die entscheidenden Fakten für die Anerkennung dieses Gebietes als israelisches Staatsgebiet schaffen. Die allumfassende faktische Annexion ist in ihren Plänen die Vorstufe zur de-jure-Annexion von Westbank und Gaza-Streifen.

### 3. Die Enteignung des Bodens als Voraussetzung der Annexion

„Wir sollten den Amerikanern und allen übrigen klar machen, daß wir beabsichtigen, hier für immer zu bleiben, und damit es ganz klar wird, wir müssen die bereits bestehenden Siedlungen stärken und neue bauen“<sup>97</sup>, konstatiert Dayan 1978.

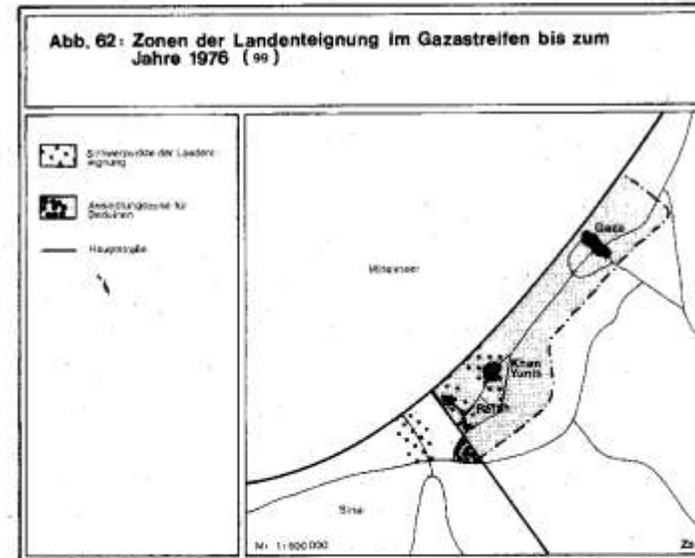
Um eine wie auch immer geartete Anerkennung von zionistischen Besitzansprüchen auf palästinensischen Boden durchsetzen zu können, mußte man wie nach 1948 danach streben, den Boden zu gewinnen, zu bearbeiten und ihn damit faktisch in Besitz zu nehmen. Die faktische Inbesitznahme palästinensischen Bodens soll zu einer de-jure-Anerkennung der zionistischen Ansprüche auf ganz Palästina führen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis hat den zionistischen Politikern bereits in den vierziger Jahren die Durchsetzung ihrer vorläufigen territorialen ‚Ansprüche‘ für das ‚jüdische Volk ohne Raum‘ ermöglicht. Erster Abschluß dieser zionistischen Strategie war damals die Gründung des israelischen Staates gewesen. Diese Erfahrungen wurden auch in den 1967 besetzten Gebieten angewendet; das Instrumentarium war das gleiche. Die militärische Eroberung, die geplante und zielstrebig durchgeführte Terrorisierung und Vertreibung der Bevölkerung haben wir bereits erwähnt. Auf diesem Wege fiel der zionistischen Armee fast ein Viertel des gesamten Bodens der neu besetzten Gebiete in die Hände. Es folgte der Einsatz des jahrzehntelang in Israel erprobten Instrumentariums an legalen und halblegalen Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen, durch Anwendung von Notstandsverordnungen, durch Erlass von Militärverordnungen und durch Anwendung und Interpretation des Bodenrechts. Allerdings gilt die Einschränkung, daß der Besatzungsstatus dies eigentlich verbot, weil demographische und Eigentumsänderungen die Folge waren.

Deshalb waren hilfswiese sogenannte ‚Sicherheitsinteressen‘ in der ersten Zeit die am häufigsten angegebenen Gründe für die Vertreibung und Deportation von Palästinensern von ihrem Boden, für die Zerstörung und das Unbewohnbarmachen von Häusern, das Erlassen von Zutrittsverboten zu den Feldern und letztendlich für die Enteignung. So fügte sich über die inzwischen 18 Jahre währende Besatzungszeit Bodenflecken an Bodenflecken zu einem ‚Mückenlederflickenteppich‘, wie es Abdallah Frangi in einem Interview bezeichnete, der sich inzwischen zu einem unzerreißbar erscheinenden Gitternetz über den palästinensischen Boden breitet und nach den verschiedensten Schätzungen einen israelischen Bodenbesitz zwischen 40 und über 50%<sup>98</sup> am palästinensischen Boden in den 1967 besetzten Gebieten repräsentiert. Der Begriff ‚Flickenteppich‘ läßt allerdings den Schluß zu, es handele sich vielleicht um zufällig zusammengetra-

gene Stücke palästinensischen Bodens. Für Zufälligkeiten war jedoch im zionistischen Sinne kein Raum. Sowohl unter der Arbeiterblock-Regierung, als auch unter dem Likud-Block war planmäßiges Vorgehen für die Enteignung des palästinensischen Bodens notwendig, wenn auch auf die jeweiligen Bedingungen Rücksicht genommen werden mußte.

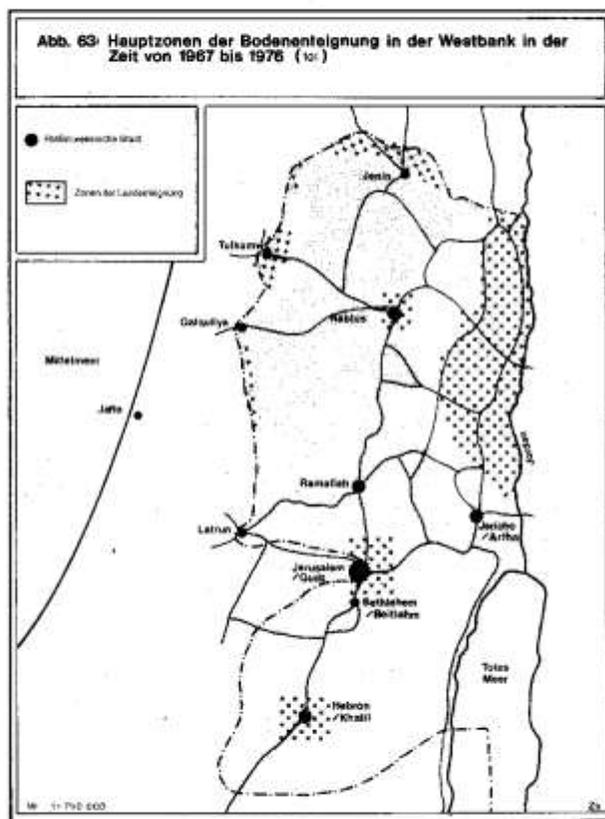
#### 3.1 Pläne und Maßnahmen

Die Arbeiterregierung war strategisch gesehen zuerst bemüht, die Grenzen der neu eroberten Territorien abzusichern. Das Hauptsiedlungsgebiet lag am Anfang im Jordan-Tal, wo sich vorrangig das sogenannte Staatsland (‚Miri‘) befand. Daneben wurde ein ‚Schutzstreifen‘ zwischen Gaza und dem Sinai ‚israelisiert‘. Größere, zusammenhängende Planungsprojekte lagen für Hebron (Khalil) und Jerusalem (Quds) vor. Jerusalem wurde ausgebaut, um die jüdischen Hauptstadtansprüche zu manifestieren. Hebron (Khalil) wurde als ‚Heilige Stätte‘ der jüdischen Geschichte begriffen und mit jüdischen Siedlungen umbaut. Die Enteignungspolitik konzentrierte sich vor allem auf diese Gebiete.



Im Gaza-Streifen wurden drei militärische Gürtel geschaffen, im Gebiet von Khan Yunis, dem von Rafah, das insgesamt zu einer Sicherheitszone erklärt worden war, und parallel dazu ein Grenzstreifen zur Sinai-Halbinsel.

Es handelt sich bei dem dort enteigneten Boden sowohl um sogenanntes ‚Staatsland‘, um Land arabischer Bauern, das aus ‚Sicherheitsinteressen‘ beschlagnahmt worden war, als auch vor allem um Land, das den Beduinen gehörte und von ihnen seit Jahrhunderten genutzt worden war <sup>100</sup>.



Flüchtlinge, Bauern und Beduinen mußten weichen. Es gab größere Umsiedlungsaktionen; Flüchtlinge wurden in die Westbank deportiert oder in andere Lager umgesiedelt. Bauern wurden Flüchtlinge, und die Beduinen wurden in einer Sonderzone in der Nähe von Rafah zwangsangesiedelt. Zynisch genug war häufig die Erklärung für die Zwangsmaßnahmen: die elenden Verhältnisse in den Lagern und Dörfern sollten beseitigt und damit den Bewohnern neue und bessere Lebensumstände geboten werden.

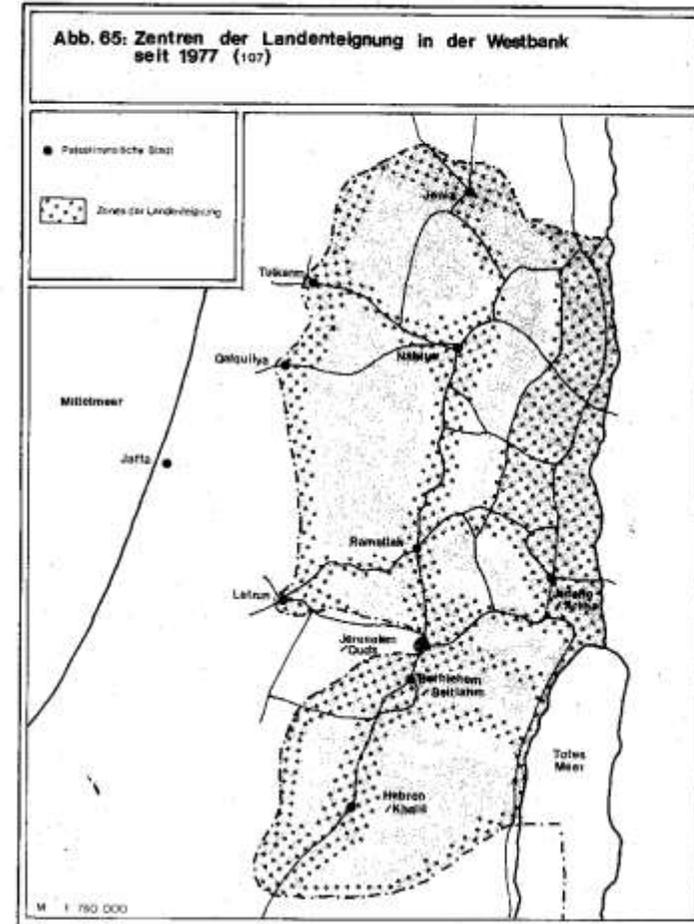
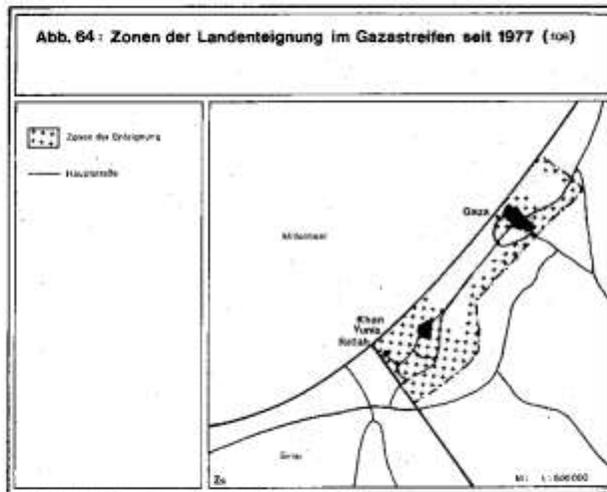
In der Westbank konzentrierte sich die Bodenpolitik in den ersten Jahren der Besetzung auf das Jordantal und die weniger dicht besiedelten Westhänge des palästinensischen Berglandes, sowie auf die Städte Jerusalem (Quds) und Hebron (Khali). Im Jahre 1971 begann zusätzlich die Landnahme um Nablus und ab 1974 in den Gebieten entlang der Nordwest-Grenze und der Süd-Grenze in der Nähe der größeren Städte.

Handelte es sich im Jordantal zumeist um die ‚Übernahme‘ von Staatsland, so wurden die Siedlungsflächen für die seit 1973 forciert in Angriff genommene ‚Judaisierung‘ des okkupierten Jerusalem (Quds) ausnahmslos zwangsgeräumt und zwangsenteignet. 64.000 Dunum waren es allein im Jahre 1973. ‚Sicherheitsinteressen‘ waren das Hauptargument auch für die Landnahme in der Westbank. Daher nahm die Besiedlung neuer Flächen in der Regel den Umweg über die Militarisierung des Bodens; die Besetzung des Bodens durch militärische Nahal-Siedlungen ging fast immer der Nutzung des Bodens durch Landwirtschaft und zivile Siedlungen voraus <sup>102</sup>.

Die Arbeiterblock-Regierung versuchte demnach, in der Bodenfrage eine direkte Konfrontation mit den Palästinensern um das von ihnen bebaute Land zu vermeiden. Wenn irgend möglich, wurde der Aufbau der militärischen Siedlungen auf solche Gebiete beschränkt, die als ‚jordanisches Staatsland‘ galten und im Jahre 1967 in israelischen Staatsbesitz überführt worden waren. Daneben wurde auch das als ‚verlassen‘ eingestufte Land verwendet, dessen Bewohner und Besitzer im Jahre 1967 geflüchtet, im Zuge der 1967 durchgeführten Volkszählung als ‚abwesend‘ bezeichnet und nach dem israelischen ‚Abwesenheits‘-Gesetz direkt enteignet worden waren <sup>103</sup>.

Eine radikale Verschärfung der Landnahme-Praktiken setzte unter der Likud-Regierung seit dem Jahre 1977 ein. Die ‚Sicherheit‘ Israels war nun sozusagen überall ‚gefährdet‘. Zur Festigung dieser Sicherheit entwarfen die zionistischen Planer ein enormes Koordinatensystem von Straßen, Siedlungen, Siedlungszentren, Siedlungsblöcken, Industriezonen und militärischen Einrichtungen, und sogar Naturschutzgebiete mußten zur Begründung für die zionistischen Enteignungsaktionen herhalten. Hand in Hand ging der Prozeß der Enteignung und Besiedlung des Landes mit der Entwicklung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. Erforderliche Gelder und notwendige Pläne wurden von der Knesset genehmigt und

dann entweder als gesetzliche Voraussetzung für die Landnahme oder aber zur nachträglichen Sanktionierung bereits erfolgter Enteignungsaktionen verwendet. Die Regierungspläne beschränkten sich auch nicht mehr auf Gebiete, in denen nur geringe Konfrontationen mit der palästinensischen Bevölkerung zu erwarten waren. Im Gegenteil: Alle arabischen Städte und Dörfer wurden nun als Objekte der „Judaisierung“ freigegeben, und neben Hebron (*Khalil*) und Jerusalem (*Quds*) stand nun auch die Einkreisung von Nablus, Jenin, Ramallah, Qalqilya, Bethlehem (*Beitlahm*), Tulkarm und Jericho (*Ariha*) auf dem Programm<sup>104</sup>. Je mehr Juden in den 1967 besetzten Gebieten angesiedelt wurden, desto größer wurden auch die ‚Sicherheitsinteressen‘. Verkehrsknotenpunkte, die Höhen des Berglandes, Wasserprojekte, Industrieprojekte, Kibbuzim und Trabantenstädte – alles bedurfte nun des besonderen ‚Schutzes‘ durch den israelischen Machtapparat. Die Sicherung jüdisch-israelischer Einrichtungen lag in höchstem staatlichen Interesse, und entsprechende Landenteignungen für den Straßenbau, für neue Siedlungen, militärische Einrichtungen, landwirtschaftliche und industrielle Projekte wurden zwangsläufig notwendig und unumgänglich. Ariel Sharon, der sich als Landwirtschaftsminister im Jahre 1978 zu einer Besichtigungsreise in die 1967 besetzten Gebiete aufmachte, gab mitreisenden Journalisten die folgende Erklärung für die israelische Siedlungstätigkeit: Die Siedlungen seien allesamt als Ergebnisse sorgfältiger Studien und Pläne an Kreuzungen und auf Berghöhen erbaut worden, wie es die Sicherheitsinteressen diktierten<sup>105</sup>.



Die Durchsetzung der Pläne zur Enteignung von Boden geschah nach internationaler Konvention außerhalb des Rechts. Für die Palästinenser war es illegaler Raub. Für den zionistischen Staat lief jedoch alles korrekt: Enteignungen wurden ‚vorzeitig‘ angekündigt, es gibt Einspruchsrechte, aber auch Beweislasten für die Eigentümer. Handelt es sich nicht um diese ‚legalen‘ Enteignungsvorgänge, dann sind es ‚Vergeltungsmaßnahmen‘ im Namen der ‚Sicherheit‘, die die militante Landnahme, Zerstörung, Deportation und Vertreibung der Palästinenser von ihrem Boden rechtfertigen sollen. Über das im zionistischen Sinne ‚legale‘ Vorgehen bei der Landnahme soll in folgenden berichtet werden.

### 3.2 Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen der Bodenenteignung und Strategien der Landnahme in den 1967 besetzten Gebieten

Die Politik der Landnahme in den 1967 besetzten Gebieten gleicht in vieler Hinsicht der Politik der israelischen Regierung im Gebiet von Israel seit 1948. Das Militär und die israelischen Behörden machten sich erneut die vorherrschenden Bodengesetze zunutze, und wendeten sie wie schon einmal bestehende oder neu zu erlassende Sicherheits- und Militärverordnungen an, die entweder eine quasi legale Enteignung zur Folge hatten oder direkte Konfiszierung von Boden und Gebäuden bedeuteten.

In der Westbank herrschten 1967 weiterhin die während der englischen Mandatszeit veränderten osmanischen Bodengesetze. Das heißt, daß die wichtigsten Formen des Eigentums die folgenden waren:

- Waqf* – im Besitz der islamischen Institutionen,
- Miri* – Staatsland, das in der Nähe der Städte teilweise von den Einwohnern genutzt wurde, und sich dann konkret privater Nutzung näherte,
- Metruki* – Staatsland, für öffentliche Zwecke bereitgestellt,
- Mewat* – Staatsland, unbebaut, Brache,
- Mulk* – Privatbesitz.

Nach verschiedenen Schätzungen nahm auch in der Westbank das Miri-Staatsland den größten Teil ein, zwischen 50 und 70% <sup>108</sup>. Die jordanische Regierung hatte an diesen Verhältnissen kaum Änderungen vorgenommen, mit Ausnahme der Beförderung einer Weiterentwicklung der Privatisierungsmöglichkeiten von ehemals privatem Boden, eine Fortsetzung des Trends seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, wie wir bereits gezeigt haben. So führte die jordanische Regierung 1953 ein Gesetz ein, das die Übertragung von Miri- in Mulk-Land erweiterte, und ein Gesetz, das das Mewat-Land ausdrücklich als Staatsland definierte und die Privatisierung derart privat genutzten Landes – was das osmanische Gesetz erlaubt hatte – nur

dann anerkannte, wenn diese private Nutzung über mindestens 10 Jahre nachgewiesen werden konnte. Dann erhielt der Besitzer auch formale Eigentumstitel. Wie im Palästina des 20. Jahrhunderts bis zur Staatsgründung in Israel war aus den verschiedenen, bereits genannten Gründen vielerorts die Eintragung von über Jahrhunderten privat genutztem Miri-Land nicht in die Kataster übertragen worden und besaßen die entsprechenden Besitzer keine Dokumente. Diese Bedingungen machte sich die israelische Regierung wie schon einmal zunutze und legalisierte die Landnahme unter Bezugnahme auf die vorgefundenen Rechtsverhältnisse. Angeblich war nur etwa ein Drittel des privat genutzten Landes registriert <sup>109</sup>.

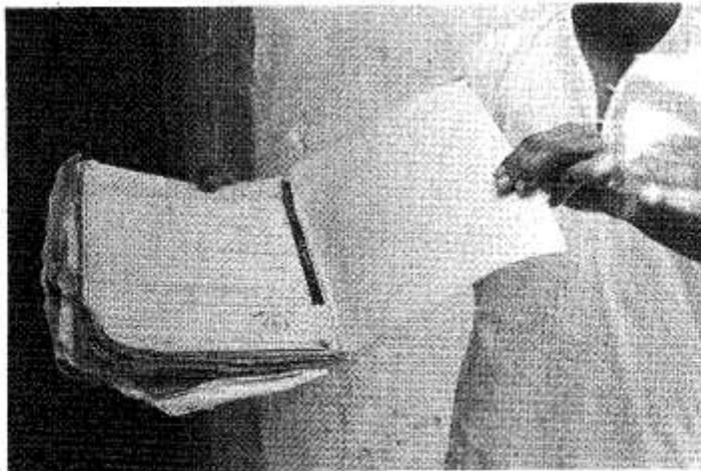
Die israelischen Behörden enteigneten als erstes die Böden des sogenannten registrierten Staatslandes. In gewisser Weise konnte die israelische Regierung dadurch vermeiden, in beständiger Auseinandersetzung mit privaten Eigentümern zu stehen. Immerhin hat die Arbeiterregierung aber bis 1977 nach Schätzungen etwa 1.600.000 Dunum Boden in der Westbank vor allem als Staatsland und aus militärischen und Sicherheitsgründen konfisziertes Land in israelisch-jüdische Nutzung oder israelischen Besitz überführt <sup>110</sup>. Seine Lage konzentrierte sich vor allem auf das Gebiet des Jordangrabens, östlich und westlich des Gebirgskammes des Jordanriffs.

Seitdem der Likud-Block die Regierungspolitik bestimmt, hat sich die Landnahme enorm beschleunigt. Die Likud-Regierung hatte in Ariel Sharon einen parforce-Vertreter für die Durchsetzung des Gush-Emunim-Siedlungsplanes, nachdem diese Bewegung bereits einige illegale Siedlungen und faktische Enteignungen durchgeführt hatte. Der Gush-Emunim-Siedlungsplan wurde 1977 offizielle Politik der Zionistischen Weltorganisation in Form des Planes von Matitiahn Drobles, Leiter der Siedlungsabteilung der ZWO, der die aktuellen Landnahmeaufgaben folgendermaßen beschrieb: „... wir müssen uns sofort das Staatsland und Brachland aneignen, um zwischen den Gebieten mit hoher Konzentration der Minderheitsbevölkerung (!) und um sie herum Siedlungen zu errichten, mit dem Ziel, die Möglichkeiten, einen anderen arabischen Staat dort zu errichten, auf ein Minimum zu senken“ <sup>111</sup>.

1979 wurde zur Vereinfachung der Bodenkonfiszierung und in Änderung der Taktik eine Verordnung (Nr. 59) erlassen, die alle Böden zu Staatsböden erklärte, auf denen die Eigentumstitel nicht eindeutig festgestellt wurden und die nicht im Landkataster eingetragen waren. Den Eigentumsnachweis hat der Betroffene selbst zu erbringen, dafür stand und steht ihm nur eine Frist von 21 Tagen zur Verfügung, was nach den Erfahrungen vor allem der Bauern, die das betrifft, unmöglich ist <sup>112</sup>. Sharon, damals Landwirtschaftsminister, richtete genau für dieses Problem ein Komitee ein, das dazu da war, eine Übersicht über die nicht kultivierten und die nicht registrierten Flä-

chen zu erstellen. Nachdem sich dieses Bemühen aber als schwierig herausgestellt hatte, ging man dazu über, einfach alle Flächen, die nicht durch den Jordanischen Staat in irgendeiner Form erfaßt worden waren, zu öffentlichen, also Staatsflächen zu erklären<sup>113</sup>. Diese Taktik war notwendig geworden, nachdem sich im Falle der Siedlung Elon Moreh die palästinensischen Eigentümer juristisch vor dem Obersten Gericht in Israel gegen die für die Enteignung angegebenen Sicherheitsgründe hatten durchsetzen können.

42.



Selbst Eigentumsdokumente nützen meistens nichts

Neben den genannten Entwicklungen bei der Landnahmepolitik kamen die bereits 1948 erprobten Sondergesetzgebungen im Rahmen von Militärverordnungen zum Einsatz.

Mit der Verordnung Nr. 59 wurde in Kopie der Politik nach 1948 in Israel auch der Besitz sogenannter ‚Abwesender‘ dem israelischen Treuhänder übergeben. Wichtig ist, sich noch einmal zu erinnern, daß als ‚Abwesender‘ nicht galt, wer tatsächlich außer Landes war, sondern jeder, der sich am Tage der Volkszählung zeitweilig nicht an seinem Wohnort befunden hatte. So gingen automatisch die Besitztümer der im Krieg Vertriebenen zuerst an einen Treuhänder, später dann an den zionistischen Staat über. Zurückgekehrten Flüchtlingen wurde die Verfügungsgewalt über ihr Grundeigentum verwehrt, und die Verordnung verfolgte den einzigen Zweck, die Landkonfiszierung zu beschleunigen. Für die 1967 besetzten Gebiete, stellt Benvenisti zwar heraus, sei keine Enteignung erfolgt, der Treuhänder verpachtete die ‚Abwesenden‘-Böden z. B. an Verwandte der Abwesenden. Aber er gibt das Land auch an jüdische Siedler, und letztlich ist es dem Eigentümer doch entzogen<sup>114</sup>.

In großem Maßstab erfolgte die Landnahme im Rahmen der Anwendung der Militärgesetzgebung, wie schon in der Zeit von 1948 bis 1967 in Israel; und zwar durch Militärverordnungen, eine Sammlung von über 1.000 einzelnen Maßnahmen, die sich mit der Zensur, Bewegungsfreiheit, Redefreiheit, dem Journalismus, der Beaufsichtigung der Verkehrsmittel, der Regulierung des Waffengebrauchs und anderen Aspekten der Besetzung befassen. Um diese Gesetze anzuwenden, wurden Militärgerichte geschaffen, die direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt sind. Der Verteidigungsminister konnte Militärgouverneure ernennen, die letztlich unbegrenzte Befugnisse im Rahmen dieser Militärgesetze besitzen, womit praktisch die Militärherrschaft der Briten zur Zeit des Zweiten Weltkrieges kopiert wurde<sup>115</sup>.

Die mit dem Artikel 125 der ‚Verteidigungsgesetze‘ zu vergleichende Verordnung Nr. 52 bildete auch in den 1967 besetzten Gebieten eine der Grundlagen bei der Landnahme. Der Militärgouverneur hat damit das Recht, per Befehl Häuser, Plätze und sogar ganze Ortschaften abzuriegeln.

Weit wirkungsvoller war und ist die Umsetzung der Verordnung Nr. 3 für die Errichtung von geschlossenen Zonen für militärisches Übungsgelände. Darüber ist fast ein Viertel des Bodens in der Westbank verlorengegangen<sup>116</sup>, denn in vielen Fällen hat die Errichtung dieser Zonen auch zu direkter Enteignung geführt.

Neben den militärisch und mit Sicherheitsproblemen begründeten Landnahmen wurde über weitere Verordnungen auch die Landnahme für sog. ‚öffentliche Zwecke‘, wie in Israel im Jahre 1953, ermöglicht.

Eine weitere, wenn auch nicht so umfangreiche Landnahme besteht in der

Übernahme von Land, das vor 1948 jüdischen Bewohnern gehört hatte und von den jordanischen Behörden als Besitz des Feindes registriert worden war <sup>117</sup>.

### 3.3 Ergebnisse der Landnahmepolitik in den 1967 besetzten Gebieten

Es ist nicht ganz einfach, das tatsächliche Ergebnis der Landnahme durch die zionistische Militärmacht und die Siedler zu erhalten. Die Zahlen differieren, je nachdem von welchem Standpunkt aus sie zusammengetragen wurden. Es macht in der Dimension des Landraubs nämlich einen Unterschied, ob das von den Palästinensern genommene Land das sogenannte 'jordanische' Staatsland mit einschließt oder ob nur das Land gezählt wird, das sich die zionistischen Institutionen konkret mit Hilfe von 'Enteignung' angeeignet haben.

Nach der Benvenisti-Studie setzt sich die faktische Enteignung palästinensischen Bodens wie folgt zusammen <sup>118</sup>:

1967	umfaßte das Gebiet der Westbank:	5.800.000 Dunum
	umfaßte das Gebiet des Gaza-Streifens:	363.000 Dunum
	umfaßten die besetzten Gebiete insgesamt also:	6.163.000 Dunum
seit 1967	gingen davon als registriertes 'jordanisches Staatsland' in den Besitz des israelischen Staates über:	750.000 Dunum
	wurden nach der Volkszählung als verlassenes Land von 'Abwesenden' deklariert:	430.000 Dunum
	wurden für 'Militärische und Sicherheitszwecke' enteignet:	35.000 Dunum
	wurden zu 'Geschlossenen Zonen' für 'Militärische Übungszwecke' deklariert:	1.150.000 Dunum
	wurde als ehemals 'Jüdischer Besitz' genommen:	30.000 Dunum
	sind seit 1980 per Gesetz als 'Erklärtes Staatsland' sogenannte Brachflächen übernommen worden in der Höhe von:	300.000 Dunum
	sind, seitdem 1979 auch der private Kauf von Land ermöglicht wurde, von Privaten oder Institutionen erworben worden:	100.000 Dunum
	wurden für 'Öffentliche Zwecke' enteignet:	(ohne Angabe)

Ohne die Enteignung für Öffentliche Zwecke, also Straßen, öffentliche Gebäude, Parks etc. rechnen zu können, ist die Landnahme also bis 1983 bereits in einer Größenordnung von fast 50% erfolgt, nämlich in einer Höhe von 2,8 Millionen Dunum.

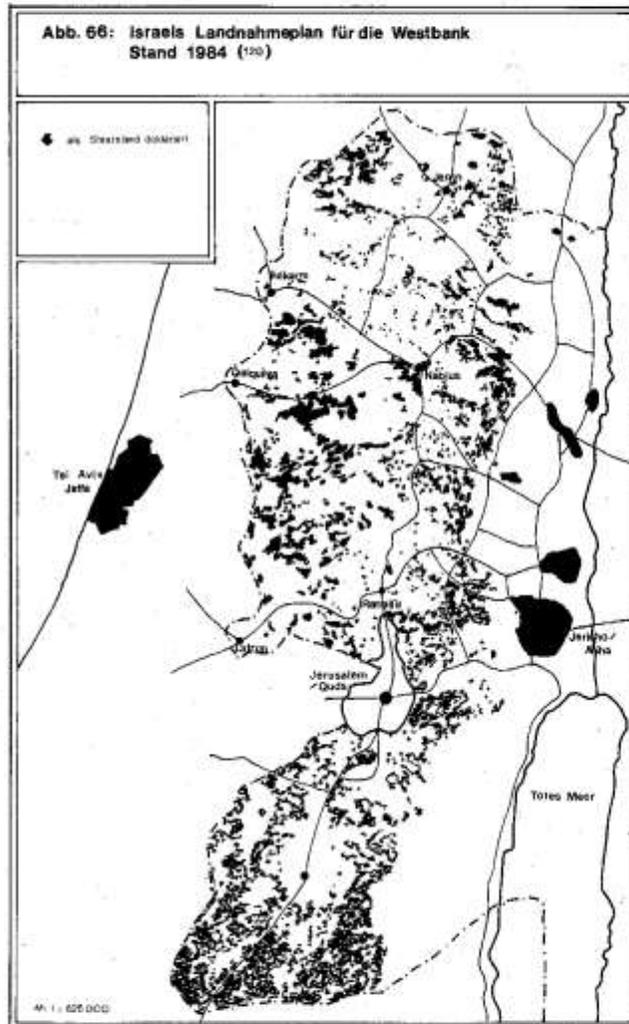
Die folgende Karte zeigt die Gebiete, die von der israelischen Land-Behörde, einer Einrichtung der Jüdischen Agentur, als 'Brachland' klassifiziert wurden. Nach dem neuen Gesetz könnte Israel all dieses Land als erklärtes 'Staatsland' übernehmen. Auch wenn bei einem Vergleich mit den dicht besiedelten und landwirtschaftlich genutzten Flächen es so scheint, als seien diese zu enteignenden Flächen tatsächlich ungenutzt, so muß man doch erstens berücksichtigen, daß ein Teil dieses so identifizierten Landes zum Beispiel als Weideland genutzt wurde und wird, also Privatbesitz gleichkommt. Und nicht zu übersehen ist, daß der Zweck dieser Enteignung ja eine jüdisch-israelische Besiedlung ist und die faktische Annexion durch Siedlungen und demographische Änderungen dadurch entscheidend vorbereitet werden soll. Nicht anders sind auch die neuesten Verordnungen zu verstehen, die bei Strafe verbieten, Obstbäume anzupflanzen, Gemüse anzubauen, wenn nicht eine Genehmigung vorliegt und wenn nicht Eigentumsdokumente vorliegen (Verordnungen Nr. 1015 und 1039 von 1983).

Im gleichen Sinne arbeitet der Jüdische Nationalfonds, der ja für die Neulanderschließung zuständig ist, an einem Plan für die Enteignung von Boden für Aufforstung, für Erholungsgebiete und für neues Weideland. 31.900 Dunum sollen für die Aufforstung bereitgestellt werden und 140.000 Dunum für Weideland <sup>119</sup>.

Schaut man noch einmal zurück auf die Grundlagen des Osmanischen Bodenrechts, die ja noch immer eine Rolle spielen, so hat sich die Situation vollständig verkehrt. Das Osmanische Recht diente im Prinzip der Sicherung des Bodens durch Nutzung und Kultivierung. Nur der, der das Land auch nutzte, sollte es behalten und konnte auf längere Sicht auch Eigentumstitel erwerben. Das gilt scheinbar immer noch. Jedoch, der palästinensische Bauer wird bei Strafe daran gehindert, Boden neu zu entwickeln und zu kultivieren, damit es von den jüdisch-israelischen Siedlern genommen und dann gegen ihn für andere, ihm feindliche Interessen bebaut werden kann.

Der Prozeß der faktischen Aneignung des palästinensischen Territoriums ist bis heute so weit gegangen, daß die Chancen des palästinensischen Volkes, zumindest in den 1967 besetzten Gebieten mit dem Aufbau eines eigenen Staates beginnen zu können, immer geringer geschätzt werden. Mit dem gleichzeitigen Angriff auf die palästinensische Gesellschaft und dem einsetzenden Zermürbungsprozeß soll, wenn es nach den Vorstellungen der Zionisten ginge, der juristischen Annexion 'Rest'-Palästinas bald nichts

mehr im Wege stehen. Die faktische Annexion schlägt sich aber vor allem in der praktischen Siedlungspolitik nieder, der die Landnahme vorausgeht.



#### 4. Die Entarabisierung und Judaisierung der Regionen Westbank und Gaza-Streifen durch die Errichtung israelischer Siedlungen

Die Besiedlung von Westbank und Gaza-Streifen läßt sich grob in zwei Etappen untergliedern. Während die ersten zehn Jahre der Besetzung von 1967 bis 1977 durch die Siedlungspolitik des Arbeiterblocks Maarach bestimmt waren, zeichnet seit 1977 der Likud-Block für den Aufbau von Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten verantwortlich.

Trotz der schon beschriebenen graduellen Unterschiede in den politischen Aussagen beider Fraktionen verlief die Besiedlung der Westbank und des Gaza-Streifens bis auf den heutigen Tag durchgehend planmäßig und aufeinander aufbauend und im Einklang mit den Vorstellungen der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation. Bestimmende Elemente der Siedlungspolitik in den beiden Etappen waren zwei Generalpläne: der ‚Allon-Plan‘ und der ‚Sharon-Plan‘. Während der Allon-Plan die strategische Umsetzung der Ziele des Arbeiterblocks beinhaltet, ist der Sharon-Plan Leitlinie der Siedlungspolitik des Likud-Blocks<sup>121</sup>.

##### 4.1 Die Siedlungspolitik des Arbeiterblocks in der Zeit von 1967 bis 1977

Die ersten zehn Jahre der zionistischen Besatzungspolitik nach dem Krieg von 1967 standen im Zeichen der Koalitionsregierungen unter Führung der Arbeiterpartei. Unmittelbar nach der militärischen Okkupation der Westbank, des Gaza-Streifens, der Golan-Höhen und des Sinai begann die israelische Regierung unter Premierminister Levi Eshkol mit der Errichtung von Siedlungen. Die nachfolgenden Regierungen des Arbeiterblocks unter den Premiers Golda Meir und Yitzhak Rabin setzten die Politik der Besiedlung fort. Richtschnur für die Besiedlungspolitik war in den ersten zehn Jahren nach 1967 ein Plan von Yigal Allon – ehemals Außenminister der Rabin-Regierung –, in dem die Ziele der zionistischen Siedlungspolitik und die bevorzugten Standorte enthalten waren. Typisch ist, daß dieser so bedeutende Allon-Plan von der Knesseth 1968 nur als Siedlungskonzept, nicht aber als endgültiger Territorialplan gebilligt wurde. Doch zeigt der Verlauf der Besiedlung der besetzten Gebiete in der Zeit von 1967 bis 1977, daß sich die damaligen Regierungen an diesem Generalplan orientierten.

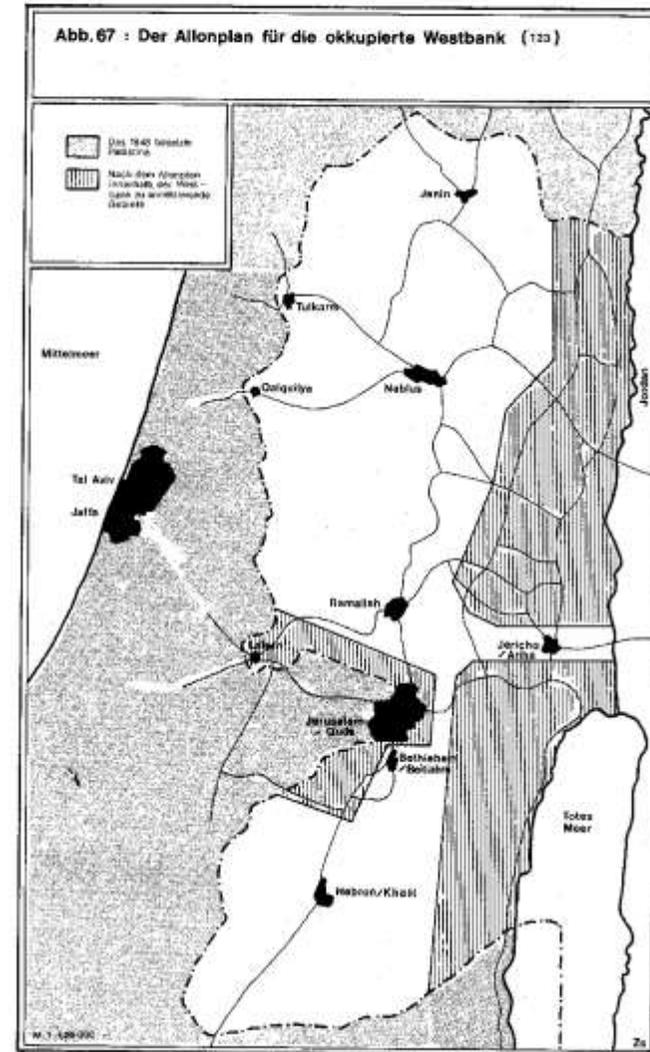
#### 4.1.1 Der Allon-Plan als Siedlungskonzept des Arbeiterblocks

Der Allon-Plan entstand unmittelbar nach dem 67er Krieg und beinhaltete das Konzept des Arbeiterblocks, eine Teil-Annexion der besetzten Gebiete vorzunehmen, während der übrigbleibende Teil wieder unter die jordanische Verwaltung kommen sollte. Die Kernforderungen des Allon-Plans waren die Schaffung eines 115 km langen und rund 20 km breiten israelischen ‚Siedlungsstreifens‘ entlang des Jordans, die Annexion von Gesamt-Jerusalem, sowie die Errichtung von jüdischen Siedlungen an strategisch wichtigen Punkten an verschiedenen Stellen der Westbank. Die Besiedlung wurde mit ‚Sicherheit‘ begründet, wobei Sicherheit nur erzielt werden könne, wenn die militärischen Grenzen auch politische seien, also territoriale. Also sollten jüdische Siedler den Boden auch bebauen. Deshalb sind die Allon-Siedlungen Kibbuzim und die paramilitärischen, paralandwirtschaftlichen Nahal<sup>122</sup>.

In der Westbank sollten nach diesem Plan für die Palästinenser nur zwei klar abgegrenzte Gebiete unter jordanischer Verwaltung verbleiben: der dicht bevölkerte nördliche Teil der Westbank von Ramallah über Nablus nach Jenin und im südlichen Teil der Westbank die Stadt Bethlehem (*Beitlahm*) sowie die Stadt Hebron (*Khalil*) und die sie umgebende Bergregion. Diese beiden ‚Reservate‘ sollten nach dem Allon-Plan durch einen schmalen Korridor östlich von Jerusalem miteinander verbunden sein, während ein weiterer, enger Korridor über die Stadt Jericho (*Ariha*) den Anschluß an Jordanien herstellen sollte. Deutlich ist auf der Karte erkennbar, in welche räumliche Isolation die Realisierung des Allon-Plans die palästinensische Bevölkerung der Westbank gebracht hätte.

Einer der wesentlichen Aspekte des Allon-Plans war die Schaffung eines Siedlungsstreifens entlang des Jordans. Mit diesem bis zu 20 km breiten Streifen, der den gesamten östlichen Teil der Westbank einnehmen sollte, gedachte man, mehrere Ziele gleichzeitig zu erreichen. Einerseits sollte die besetzte Westbank räumlich vom benachbarten Jordanien getrennt werden, so daß jeglicher Kontakt zum Ostufer des Jordans unterbunden werden konnte. Die zionistischen Politiker zielten dabei sowohl auf die Unterbrechung der ökonomischen Beziehungen ab, als auch auf die Verhinderung des Einströmens derjenigen Palästinenser, die während der militärischen Okkupation der Westbank im Jahre 1967 von den israelischen Truppen aus ihren Dörfern nach Jordanien vertrieben worden waren.

Andererseits gedachte man, die in der Westbank verbliebene palästinensische Bevölkerung besser unter Kontrolle halten zu können, indem man sie in räumlich klar eingegrenzte Regionen aufteilen konnte. Waren die in der Westbank liegenden, dicht von Palästinensern bevölkerten Gebiete schon seit 1948 von Norden, Westen und Süden durch den zionistischen Staat umgeben, so sollte sich nun nach 1967 mit dem geplanten Siedlungsstreifen der Kreis auch von Osten schließen.



#### 4.1.2 Die Errichtung von Siedlungen in der Westbank

Unter diesen beiden Aspekten wurden im Jordantal und auf den westlichen Hängen des Jordan-Riffs zwei lange Siedlungsgürtel angelegt. Der erste Siedlungsgürtel umfaßte 13 israelische Siedlungen, die sich vom mittleren Teil des Toten Meeres bis zur nördlichen Grenze der Westbank hinziehen. Sie alle liegen an der östlichen Hauptstraße, die, aus dem Negev kommend, über Jericho (*Ariha*) nach Tiberias (*Taberiya*) führt. Die Siedlungen in diesem ersten Siedlungsgürtel waren ursprünglich fast ausschließlich Wehrsiedlungen, deren Bewohner Angehörige der israelischen Armee waren. Sie hatten einerseits die Aufgabe, die okkupierten Gebiete militärisch nach Osten hin abzusichern, auf der anderen Seite sollten sie den Grundstein für eine jüdische, später dann zivil organisierte, landwirtschaftliche Produktion legen, die auf dem Anbau von Obst und Gemüse in Intensivkultur basiert.

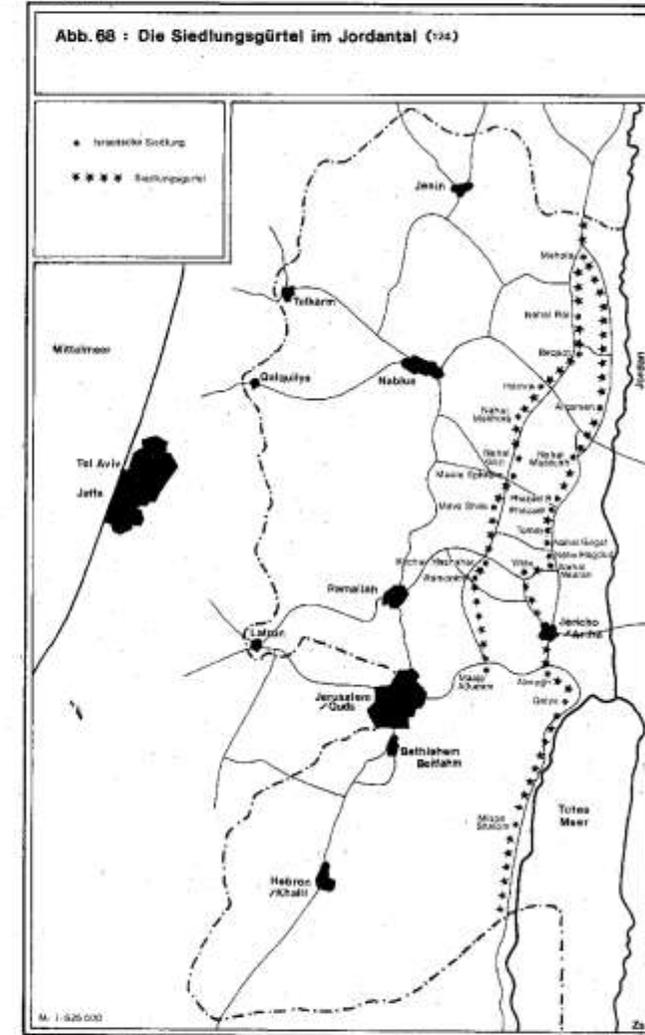
Der zweite Siedlungsgürtel umfaßte zehn jüdische Siedlungen, die an der ‚Limit of Settlement Line‘, etwa 8 bis 25 km von der jordanischen Grenze entfernt, angelegt waren. Die Funktion des zweiten Gürtels war die Absteckung der Grenze nach innen und damit die Markierung des Gebietes, das im Rahmen der geplanten Teil-Annexion genommen werden sollte. Darüberhinaus diente er der Zerschneidung der östlichen Westbank in zwei Streifen, ein Effekt, der durch den Bau der 48 km langen ‚Allon-Straße‘ noch verstärkt wurde. Mit dem Bau dieser Straße, die parallel zum Jordan verläuft und das Gebiet zwischen den Achsen Jericho – Tiberias und Jerusalem – Nablus zweiteilt, wurde im Jahre 1974 begonnen. Sie erschließt die Siedlungen des zweiten Siedlungsgürtels und soll eventuell im Norden bis Galiläa (*Jalil*) und im Süden bis in den Negev verlängert werden.

Die Siedlungen beider Gürtel sind im übrigen durch in west-östlicher Richtung verlaufende Nebenstraßen und durch ein ausgedehntes Infrastrukturnetz (Wasserversorgung, Stromversorgung, Telefonleitungen etc.) miteinander verbunden. Während die im Jordantal liegenden Siedlungen eher landwirtschaftlichen Zwecken dienen, beherbergen die auf dem Jordan-Riff gelegenen Siedlungen auch kleinere Industriebetriebe, beispielsweise zur Verpackung der im Jordantal angebauten Agrarprodukte.

Die Siedlungen des ersten, direkt im Jordantal gelegenen Gürtels waren: Mehola (1968), Argaman (1968), Nahal Massua (1969), Phatzael (1971), Phatzael B (1977), Tomer (1976), Nahal Gilgal (1970), Nativ Hagdud (1976), Nahal Na'aran (1970), Yativ (1970), Almogh (1977), Qalya (1968) und Mizpe Shalom (1970).

Die Siedlungen des zweiten Gürtels, auf dem Jordanriff gelegen, waren: Nahal Ro'i (1974), Beqa'ot (1972), Hamra (1971), Nahal Mekhora (1974), Nahal Gitit (1972), Ma'ale Ephraim (1970), Mevo Shilo (1977), Kochav Hasahar (1975), Ramonim (1977) und Ma'ale Adumin (1974).

Die nachfolgende Abbildung zeigt die räumliche Lage der obengenannten Siedlungen:



Während die Siedlungspolitik für längere Zeit auf das Jordantal und das Riff beschränkt blieb, errichtete der Arbeiterblock in den letzten beiden Jahren seiner Regierungszeit verschiedene Siedlungen direkt an der Westgrenze der Westbank. Es handelt sich hierbei um die Siedlungen: Malkishua (1976), Reihana (1977), Zur Nathan (1977), Pe'erin (1977), Mevo Horon (1970), Mevo Horon B (1977), Yattir (1977).

Während die Siedlungen Malkishua und Yattir als abgelegene Außenposten die Funktion hatten, strategische Stützpunkte im Norden und Süden des besetzten Territoriums zu bilden, sollten mit den Siedlungen an der Westgrenze die zionistischen Annexionsvorstellungen auf die Region um Latrun sowie auf kleinere Gebiete in der Umgebung der Städte Tulkarm und Qalqilya, die man als grenznahe, palästinensische Bevölkerungsschwerpunkte gern in das israelische Staatsgebiet integriert hätte, konkreter werden.

Ein weiterer Siedlungsschwerpunkt des Arbeiterblocks lag in der Beit Ummar-Region, südwestlich von Bethlehem (*Beitlahm*). Dort wurden insgesamt fünf Siedlungen gegründet: Elazar (1975), Rosh Zurim (1969), Allon Shevot (1969), Kfar Etzion (1967) und Tekoa (1975).

Kfar Etzion war die erste jüdische Siedlung, die nach dem 67er Krieg in der Westbank errichtet wurde. Ihre Lage ist in unmittelbarer Nachbarschaft der im Krieg von 1948 zerstörten jüdischen Siedlung Etzion; ihrer Gründung kam daher besondere, symbolische Bedeutung zu. Die Siedlungen der Beit Ummar-Region, die bis auf Tekoa räumlich auf ein kleines Gebiet konzentriert sind, wurden verwaltungsmäßig zu einem ersten einheitlichen Siedlungsblock, dem Gush-Etzion-Block, zusammengefaßt, eine Tendenz, die nach der Machtübernahme der Likud-Fraktion auf die gesamte Westbank übertragen werden sollte.

Strategisch diente der Gush-Etzion-Block der Unterbrechung der Verbindung von Jerusalem (*Quds*) nach Hebron (*Khalil*) sowie der Kontrolle über die gesamte Hebron-Region, die nach den Plänen des Arbeiterblocks später im Rahmen der Teil-Annexion als palästinensische Enklave verbleiben sollte. Das Gebiet der Beit Ummar-Region allerdings wollte man dem israelischen Staatsgebiet zuschlagen. Mit der Gründung der grenznah gelegenen Siedlungen und dem Aufbau des ‚Gush-Etzion-Blocks‘ wurde offensichtlich innerhalb des Territoriums der Westbank ein Siedlungsring um das gesamte Gebiet geschlossen, wenn dieser auch in den nicht so wichtigen westlichen Regionen anfangs noch recht lückenhaft war. Die zionistischen ‚Ansprüche‘ auf die Latrun-Enklave wurden im Jahre 1976 durch die Gründung des ‚Canada-Parks‘ in diesem Gebiet untermauert.

Neben dem Aufbau der ländlichen israelischen Siedlungen, die sich zumeist weitab von den größeren arabischen Städten befanden, gab es zur Zeit der Arbeiterblock-Regierungen jedoch auch Siedlungsbestrebungen

#### Gush-Etzion-Block

43.



Siedlung Efrat auf dem Boden von Toqas

44.



Siedlung Tekoa (*Toqas*)

im städtischen Bereich. Beispiel dafür sind die Gründung der Siedlung Kiryat Arba im Osten der Stadt Hebron (*Khalil*), sowie die Errichtung von fünf jüdischen Stadtteilen und weiteren fünf israelischen Vororten im Bereich der Stadt Jerusalem (*Quds*). Auf die ‚Judaisierung‘ palästinensischer Städte soll jedoch später noch detaillierter eingegangen werden.

Zu den bis jetzt erwähnten Siedlungen, die unter der Regie des Arbeiterblocks in der Westbank errichtet wurden, kamen noch drei weitere Siedlungen hinzu, die von der fanatischen Siedlerbewegung ‚Gush Emunim‘ in ‚wilden‘ Siedlungsaktionen gegründet wurden. Obwohl die Regierung diese Siedlungsaktivitäten tolerierte, wurden die ‚Gush Emunim‘-Siedlungen doch erst nach dem Regierungswechsel vom Likud-Block legalisiert. Es handelt sich um die Siedlungen: Ofra (1975), Elon Moreh (1975) und Kad-dum (1977). Alle drei Siedlungen liegen außerhalb der vom Arbeiterblock vorgesehenen Siedlungsgebiete, bzw. innerhalb derjenigen Regionen, die nach dem Allon-Plan den Palästinensern als Reservate verbleiben sollten. Sie müssen damit als erste zionistische Stützpunkte in den Bevölkerungszentren der Palästinenser bezeichnet werden und sie weisen damit schon in die Richtung, die der Likud-Block nach den Wahlen im Jahre 1977 gehen würde.

45.

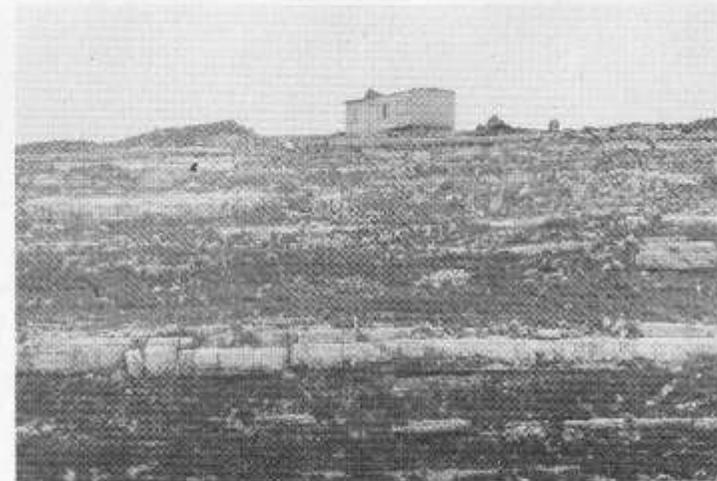


Maale Adumin

268

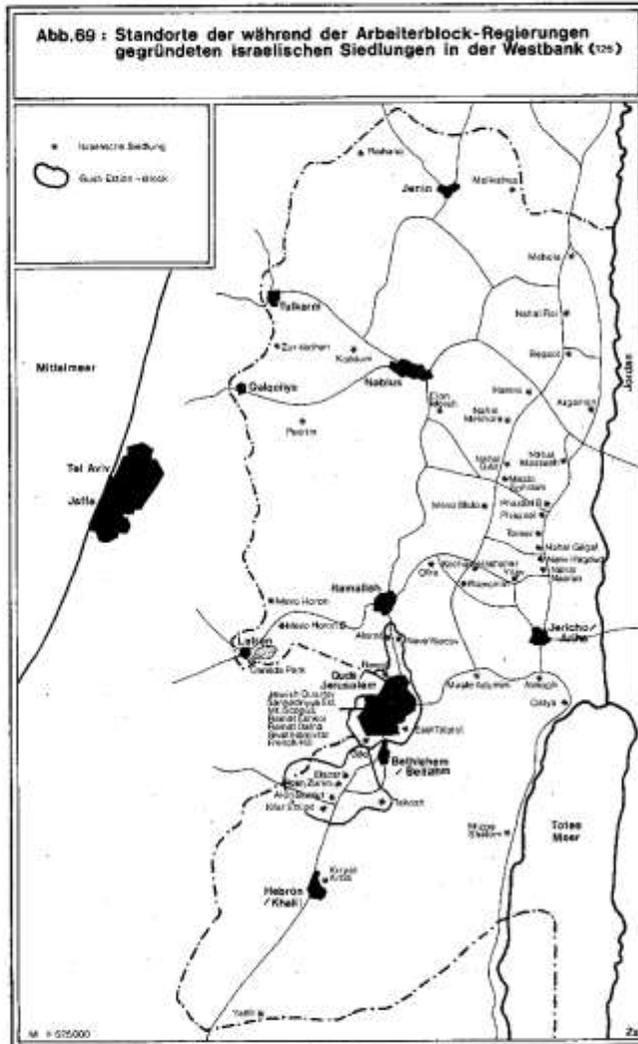
Elon Moreh und Kaddum liegen südlich und westlich der Stadt Nablus, während Ofra, die erste Siedlung von ‚Gush Emunim‘ in der Westbank, nordöstlich von Ramallah in direkter Nachbarschaft zur arabischen Stadt Al-Bireh angelegt wurde. Durch ihre räumliche Lage werden diese drei Siedlungen später im Rahmen des Sharon-Plans eine wichtige Rolle bei der Einkreisung der arabischen Westbank-Städte spielen. Insgesamt entstanden somit in der Etappe von 1967 bis 1977 allein in der Westbank 39 israelische Siedlungen, von denen allerdings drei noch nicht durch die Regierung legalisiert wurden. Dazu kamen zwölf Siedlungsgründungen in und um Ost-Jerusalem.

46.



Beginn einer Siedlung durch einen Provokateur westlich von Jerusalem (*Quds*) bei Qataana

269

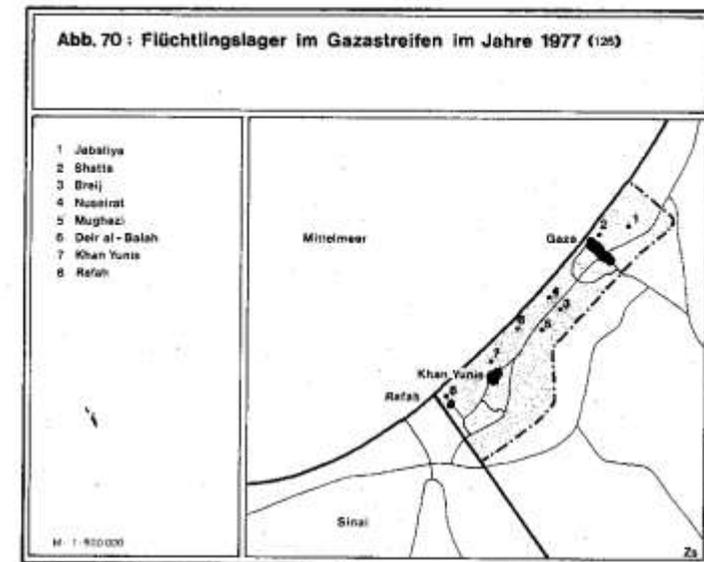


#### 4.1.3 Die Errichtung von Siedlungen im Gaza-Streifen

Neben den Siedlungen in der Westbank entstanden auch israelische Siedlungen im Gaza-Streifen, dem zweiten, im Jahre 1967 besetzten Gebiet von Palästina. Der Gaza-Streifen war, wie wir bereits dargestellt haben, nach dem Krieg von 1947/49 zu einem großen Auffangbecken für die palästinensischen Flüchtlinge, vor allem aus der Küstenebene, geworden.

Da es neben den beiden Städten Gaza und Khan Yunis dort keine weiteren größeren, palästinensischen Ansiedlungen gab, mußten die zahlreichen geflüchteten Palästinenser in acht großen Flüchtlingslagern untergebracht werden. Insgesamt lebten im Jahre 1971 noch immer über 370.000 palästinensische Araber im Gaza-Streifen.

Die Flüchtlingslager verteilen sich wie folgt:



370.000 Palästinenser, deren größter Teil durch die Vertreibungsaktionen der Zionisten heimatlos geworden war, stellen natürlich, konzentriert auf ein derart kleines Gebiet südlich der israelischen Grenze von 1948, einen

großen ‚Unsicherheitsfaktor‘ für den zionistischen Staat dar. Das israelische Ziel war daher, den Gaza-Streifen durch jüdische Besiedlung in der Form von Wehrsiedlungen unter Kontrolle zu bringen. Die von 1970 bis 1977 im Gaza-Streifen gegründeten vier Wehrsiedlungen wurden dementsprechend so angelegt, daß sie das gesamte Gebiet in vier Sektoren unterteilten, die jeweils ein bis zwei palästinensische Flüchtlingslager und eine palästinensische Stadt oder aber mehrere Flüchtlingslager beinhalten. Dazu wurden die israelischen Siedlungen alle an der einzigen bedeutenden Hauptverkehrsverbindung des Gaza-Streifens angelegt, so daß die räumliche Mobilität der Palästinenser erheblich eingeschränkt werden konnte. Die israelischen Siedlungen, die bis 1977 im Gaza-Streifen gegründet wurden, tragen die Namen: Netzarin (1972), Kfar Darom (1970), Nahal Katif (1973) und Nahal Morag (1972).

Die Siedlungstätigkeit im Gaza-Streifen hatte auch Sicherheitscharakter gegenüber Sinai und Ägypten. So sollte der Gaza-Streifen auch in dieser Hinsicht militär-strategisch gesichert werden, wozu in der Regierungszeit des Arbeiterblocks im okkupierten Sinai, nordwestlich vor der Grenze zum Gaza-Streifen, ein Sperr-Riegel von 11 Wehrsiedlungen angelegt wurde. Dieser Sperr-Riegel, im israelischen Sprachgebrauch Pithat Rafiah genannt, sollte einerseits als vorgeschobener militärischer Außenposten dienen, andererseits im Falle einer Verhandlungslösung mit Ägypten die israelischen ‚Ansprüche‘ auf den Gaza-Streifen verdeutlichen. Denn gerade für den Fall einer Verhandlungslösung mit Ägypten über die Zukunft des Sinai sollte der Gaza-Streifen durch seine räumliche Lage und durch seine hohe palästinensisch-arabische Bevölkerungsdichte als Pufferzone dienen.

Im Rahmen dieses Sperrgürtels errichtete Israel auf ägyptischem Territorium die folgenden Siedlungen: Talmaj Josef (1977), Ori'eil (1977), Merkaz Avshalom (1973), Netiv Ha'asara (1973), Ogda (1975), Yamit (1973), Sufa (1974), Holit (1977), Sadot (1971), Nir Avraham (1977) und Dikla (1969).

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Standorte der vier israelischen Wehrsiedlungen im Gaza-Streifen, sowie die elf bestehenden Siedlungen des sogenannten Pithat-Rafiah-Sperrgürtels im nördlichen Sinai:



#### 4.1.4 Weitere Siedlungspläne des Arbeiterblocks

In den zehn Jahren der Regierungszeit des Arbeiterblocks wurden insgesamt 95 israelische Siedlungen in den 1967 besetzten arabischen Gebieten gegründet, wobei hier auch die syrischen Golan-Höhen und die ägyptische Sinai-Halbinsel mitgerechnet werden, die wir hier nicht behandeln. Von diesen 95 Siedlungen befanden sich im Jahre 1977 48 in der Westbank, 4 im Gaza-Streifen, 11 in der Region Pithat Rafiah im nördlichen Sinai, 7 in sonstigen Regionen der Sinaihalbinsel sowie 25 Siedlungen auf den Golan-Höhen.

Insgesamt lebten maximal 10.000 Siedler in den israelischen Siedlungen, so daß diese mit durchschnittlich 120 Einwohnern pro Siedlung nur äußerst schwach belegt waren. Ostjerusalem dagegen verzeichnete als große Ausnahme einen jüdischen Bevölkerungszuwachs von 45.-50.000 Einwohnern<sup>128</sup>.

In aller Regel wurden die israelischen Siedlungen zuerst als militärisch-landwirtschaftliche Pionereinheiten aufgebaut, aus denen später dann größere Ansiedlungen, jüdische Städte oder Industriekomplexe werden sollten. So errichtete man beispielsweise auf den Golan-Höhen nach einer

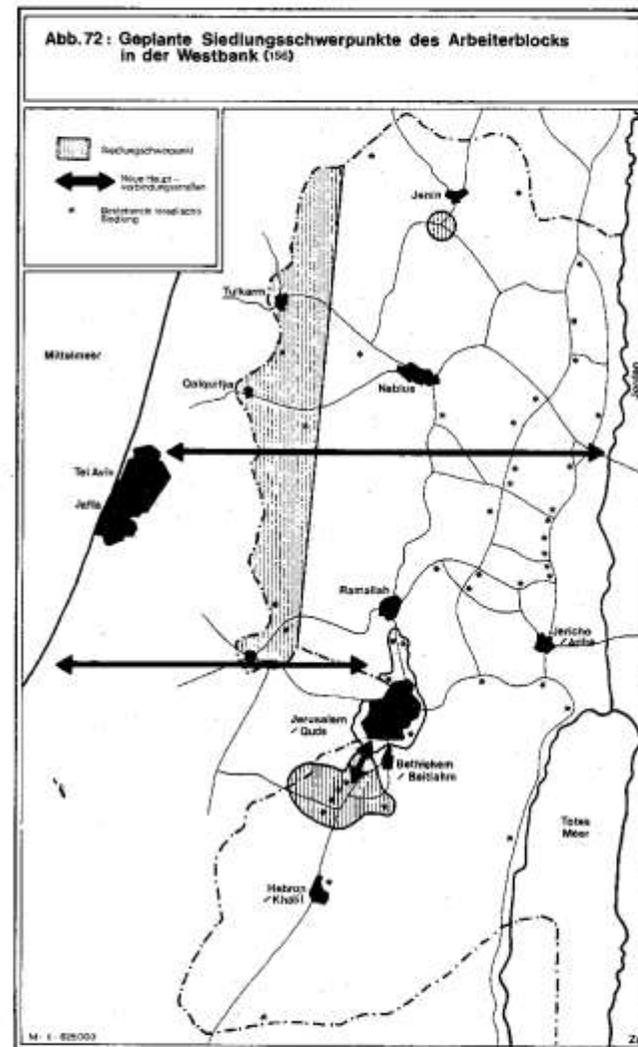
ersten Phase der Gründung militärisch-landwirtschaftlicher Siedlungsposten ein umfangreiches Netz israelischer Siedlungen mit eigener Kleinindustrie, mit Elektronikfabriken und mit einer Gummi- und Kunststoff-Verarbeitungs-Anlage. Rund 15 Millionen DM wurden in die Infrastruktur einer jeden Golan-Siedlung investiert; die Siedlung Merom Golan wurde sogar mit einer computergesteuerten Bewässerungsanlage ausgestattet. Der Arbeiterblock plante auf den Golan-Höhen die Errichtung einer Stadt und die Gründung von fünfzehn weiteren Industriedörfern, in denen insgesamt 40.000 Juden neu angesiedelt werden sollten <sup>129</sup>.

Genau wie in der Westbank und im Gaza-Streifen fehlen auch auf den syrischen Golan-Höhen jegliche Anzeichen für eine nur vorübergehende Besetzung. Die enormen Investitionen der zionistischen Regierungen in die einzelnen Siedlungsprojekte sprechen eine deutliche Sprache. Die Annexion der syrischen Golan-Höhen konnte nur noch eine Frage der Zeit sein.

Vor den Wahlen zum israelischen Parlament im Jahre 1977, die schließlich zur Machtübernahme durch den Likud-Block führten, gab die Regierung unter Yitzhak Rabin ihre weiteren Pläne für die Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete bekannt <sup>130</sup>. Für den nördlichen Teil der Westbank plante sie die Errichtung eines dritten Siedlungsgürtels unmittelbar entlang der Waffenstillstandslinie von 1949. Dieser Siedlungsgürtel sollte bis zu acht Kilometer in das Gebiet der Westbank eindringen und Israel somit um einen beträchtlichen Streifen Land einschließlich der Städte Tulkarm und Qalqilya erweitern. Zusätzlich sollte auch im Dotan-Tal, südwestlich der Stadt Jenin, ein neuer israelischer Siedlungsvorposten errichtet werden. Die beiden Siedlungsgürtel im Jordantal und auf den Höhen des Jordan-Riffs sollten weiter verdichtet und infrastrukturell besser ausgestattet werden. Geplant waren auch zwei neue Hauptverbindungsstraßen in west-östlicher Richtung: Eine Schnellstraße von der Mittelmeerküste durch den zentralen Teil der Westbank bis zum Jordantal, so daß der Distrikt Nablus vom Distrikt Ramallah abgetrennt wäre, sowie eine weitere Schnellstraße von der Mittelmeerküste über Latrun nach Jerusalem (Quds).

Im südlichen Teil der Westbank war vorgesehen, den Gush-Etzion-Siedlungsblock um weitere Siedlungen zu vergrößern und ihn durch eine neue Schnellstraße über die Siedlung Gilo mit Jerusalem (Quds) zu verbinden. Diese neue Straße sollte nun innerhalb desjenigen Gebietes liegen, das der Allon-Plan für eine Annexion vorgesehen hatte. Darüberhinaus sollte in der Nähe der Siedlung Yattir im Süden der Westbank eine neue Siedlung entstehen.

Was Jerusalem (Quds) betrifft, so sah die israelische Planung keine bedeutenden Bauvorhaben im westlichen Teil der Stadt vor. In Ost-Jerusalem jedoch war die Errichtung von 18.000 neuen Wohneinheiten in den Vororten Ramot, East Talpilot und Gilo sowie zwischen den Vororten French Hill und



Neve Ya'acov vorgesehen. Die einzelnen Vororte Jerusalems (*Quds*) sollten zu einer geschlossenen städtischen Einheit zusammengeschweißt werden.

Die Pläne der Rabin-Regierung sahen vor, in einer großangelegten Siedlungs-Kampagne bis zum Jahre 1985 insgesamt 48 neue Siedlungen in der Westbank zu gründen, wobei der überwiegende Teil im nördlichen Bereich der Westbank und in der Umgebung von Jerusalem (*Quds*) liegen sollte.

In der Region Gaza-Streifen/Pithat Rafiah schließlich plante die Arbeiterblock-Regierung den Bau einer neuen Schnellstraße entlang der Küste, durch die die Siedlungen im Gaza-Streifen mit denen von Pithat Rafiah im nördlichen Sinai besser verbunden werden sollten. Bis zum Jahre 1990 sollten in Pithat Rafiah fünf weitere Siedlungen errichtet werden; die Siedlung Yamit wollte man zu einer Küstenstadt mit vorerst 6.000 Einwohnern ausbauen<sup>132</sup>.

Die Arbeiterblock-Ära ging jedoch frühzeitiger zu Ende. Die politische Lage in Israel erzwang eine härtere und aggressivere Siedlungs- und Besatzungspolitik in der Westbank und im Gaza-Streifen.

## 4.2 Die Siedlungspolitik des Likud-Blocks seit 1977

In Israel führten die Parlamentswahlen von 1977 zu einem Machtwechsel, bei dem der Likud-Block unter Premierminister Menachem Begin die Regierungsgewalt übernahm. Wenn auch beide Parteienblöcke zionistisch ausgerichtet sind, wenn auch beide als Regierungen eng mit der zionistischen Organisation zusammenarbeiten, so begann doch mit der Regierungsübernahme durch den Likud-Block eine aggressivere Phase in der Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete.

Nach Meinung der neuen Regierung war die Besiedlungspolitik der Arbeiterblock-Regierung bei weitem nicht ausreichend gewesen, um die ideologischen und strategischen Ziele des Zionismus in die Praxis umzusetzen. Vor allem hielt die Begin-Regierung nichts von der im Allon-Plan vorgesehenen Option ihrer Vorgänger, Teile der Westbank eventuell im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung über die ‚Teilautonomie‘ an Jordanien abzutreten. Westbank und Gaza-Streifen sind im Sprachgebrauch der Likud-Regierung ‚befreite Gebiete‘ und ein ‚Teil von Erez Israel‘, womit die umfassende Besiedlung der besetzten Gebiete zur praktischen Wahrnehmung der ‚historischen Rechte der Juden‘ wird.

Das Ziel der Likud-Regierung war und ist die vollständige Integration der okkupierten Territorien in ihrer gesamten Ausdehnung durch die faktische Annexion. Um diesen Aspekt ihrer Politik weiter zu untermauern, erließ die Begin-Regierung ein Gesetz, nach dem die einmal errichteten jüdischen Siedlungen niemals wieder abgerissen oder aufgelöst werden dürfen,

nicht einmal im Falle eines Friedensvertrages<sup>133</sup>. Der israelische Kabinetts-Sekretär Naor erklärte dazu, daß die Likud-Regierung ‚zu gegebener Zeit‘ auch für die Eingliederung von Westbank und Gaza-Streifen in den israelischen Staat sei, wobei man allerdings nicht von einer Annexion sprechen könne, denn annectieren könne man schließlich nur, was einem nicht gehöre.

Yehuda Ben Meir, einer der Führer der National-Religiösen Partei im Likud-Block, rechtfertigte die Likud-Politik schließlich damit, daß man nach Wegen suche, die israelische ‚Koexistenz‘ mit den Arabern der Westbank und des Gaza-Streifens zu verbessern, um so den Weg zu einer endgültigen Integration der besetzten Gebiete in den israelischen Staat zu erleichtern<sup>134</sup>.

Was in der Terminologie dieser Zionisten unter dem Begriff der ‚Koexistenz‘ zu verstehen ist, beschreibt Amos Elon, einer der bekanntesten israelischen Schriftsteller und Sozialkritiker, in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin ‚Newsweek‘ folgendermaßen: „Es ist dieselbe Koexistenz wie zwischen einem Reiter und seinem Pferd ... Sie meint die Herrschaft eines Volkes über ein anderes“<sup>135</sup>.

Zur Verbesserung der israelisch-palästinensischen ‚Koexistenz‘ wurden schon im Juli 1977, nur kurze Zeit nach dem Wahlsieg des Likud-Blocks, die drei israelischen Siedlungen in der Westbank legalisiert, die von der alten Regierung nur ‚toleriert‘ wurden. Im September 1977 wurden dann elf neue Siedlungen in der Westbank angelegt, von denen einen Monat später sechs den Charakter ziviler israelischer Ansiedlungen erhielten. Es war der Auftakt zu einer neuen Etappe der zionistischen Kolonisation.

Kritik an ihrer Siedlungspolitik haben Begin und seine Regierung im eigenen Lande kaum zu erwarten. Der Likud-Block kann sich auf eine breite Basis in der israelischen Bevölkerung stützen, befürworteten doch nach einer Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts Pori aus dem Jahre 1978 über zwei Drittel der Israelis die Errichtung von Siedlungen in der Westbank und im Gaza-Streifen. 67,7 Prozent der Befragten sprachen sich uneingeschränkt für die Siedlungspolitik der Begin-Regierung aus, nur 19,7 Prozent lehnten sie ab, während 12,6 Prozent sich nicht festlegen wollten<sup>136</sup>.

Und aus dem Ausland kommender Kritik begegnet man mit dem Sicherheitsargument. UNO-Resolutionen werden nicht respektiert, kritische Äußerungen der Amerikaner oder der Europäer werden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des zionistischen Staates abgetan, und seit dem Separat-Friedensvertrag mit Ägypten im Jahre 1979 und dem Beginn der ‚Autonomie-Verhandlungen‘ treibt der Likud-Block trotz aller internationalen Protesterkklärungen seine völkerrechtswidrigen Siedlungsaktionen in einem bis dahin ungekannten Ausmaß weiter voran.

Hatte die Likud-Regierung anfangs noch versucht, die Öffentlichkeit zu

täuschen, indem man Mitglieder der fanatischen Gush Emunim-Siedlerbewegung in Pioniersiedlungen der israelischen Armee einquartierte, damit den Anschein der Neugründung ziviler Siedlungen in der Westbank vermied und schließlich Pioniersiedlungen stillschweigend in zivile israelische Siedlungen verwandelte, so unterzieht man sich heute diesen Mühen nicht mehr. Heute werden zivile israelische Siedlungen überall in den 1967 besetzten Gebieten gegründet.

Selbst die halbherzigen Beschwichtigungsbemühungen der amerikanischen Schutzmacht Israels wurden von Begin und seiner Regierung zurückgewiesen und ironisch umgemünzt, wie die folgende Äußerung von Dr. Elijahu Ben Elissar, Likud-Mitglied und Generaldirektor im Büro des Premierministers, exemplarisch zeigt: „Wenn die Vereinigten Staaten sich gegen Israel wenden und amerikanische Juden wegen ihrer Unterstützung für Israel nicht mehr willkommen sind, wenn sie aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen werden, dann werden wir das wahre Ziel der revolutionären Phase des Zionismus erreicht haben. Die amerikanischen Juden und ihr Kapital werden nach Israel kommen, und ein Israel, das acht Millionen Menschen zählt, wird uns unabhängig machen“<sup>137</sup>.

Qualitativ und quantitativ gehen Charakter und Inhalt der Siedlungspolitik der Likud-Regierung trotz aller internationalen Proteste weit über die Siedlungsaktionen der vorangegangenen Regierungen hinaus. Konsequenter verfolgt der Likud-Block die Siedlungsvorhaben der Zionistischen Weltorganisation, der Gush Emunim inbegriffen, um die letzte Runde der endgültigen Annexion Palästinas in Angriff zu nehmen, bevor die ‚Autonomie-Verhandlungen‘ Gestalt annehmen.

Waren die Siedlungsgründungen des Arbeiterblocks vor allem auf den Gebietsstreifen entlang der Grenze zu Jordanien konzentriert, so begann man 1977 mit der Errichtung von Siedlungen direkt in den Schwerpunktgebieten palästinensischer Besiedlung. Der Gaza-Streifen war bis zum Jahre 1977 unter die Kontrolle Israels gebracht, die Westbank war als großräumige Einheit eingekreist, so daß die Likud-Regierung nun mit der systematischen Parzellierung der Westbank beginnen konnte. Es scheint, als ob nun das Oppenheimersche Prinzip erst richtig umgesetzt wird: die Bildung eines verfeinerten Netzes von israelischen Siedlungen, die die dichtbevölkerten Regionen umspannen und die arabischen Dörfer und Städte umringen sollen.

Noch deutlicher wird unter der Likud-Regierung das Wesentliche an der Siedlungspolitik Israels in den 1967 besetzten Gebieten: die räumliche Einschüderung und Separierung der palästinensischen Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens und eine grundlegende Änderung der demographischen Struktur.

Der Siedlungsplanung von Likud gingen schon vor dem Ende der Arbeiter-

regierung Diskussionen um eine dichtere und forciere Besiedlung voraus, vor allem nach dem Oktoberkrieg 1973. Hauptvertreter einer breiteren jüdischen Existenz in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza waren unter der Rabin-Regierung Israel Galili, der Vorsitzende der Minister-Konferenz für Besiedlung, und Avraham Ofer, Minister für Wohnungswesen, der den Bau eines Ringes von Satellitenstädten um Jerusalem (Quds) herum in einem Kreis von etwa 15 Kilometern vorschlug. Die aktiv treibende Kraft solcher Planungen war aber die Bewegung Gush Emunim, die 1974 gegründet worden war, um „in allen Teilen von Gesamt-Israel“ zu siedeln. Die Gush Emunim agierte mit ihren illegalen Siedlungen bereits im Rahmen eines Planes, nach dem 60 Siedlungen im Gebiet des Zentralmassivs und auf dem westlichen Höhenrücken errichtet werden sollten. 1977 wurde dieser Plan offizielle Grundlage der Siedlungspläne der Zionistischen Weltorganisation in Form des „Drobes-Planes“, des Leiters der Siedlungsabteilung der Zionistischen Organisation, der wiederum Grundlage für die staatliche Planung der Entwicklung der besetzten Gebiete unter dem Landwirtschaftsminister Ariel Sharon war<sup>138</sup>.

Da einzelne Siedlergruppen, die israelischen Behörden in der Westbank, der israelische Staat mit seinen Institutionen für Siedlungsplanung, Wohnungsplanung, Landwirtschaftsprojekte und die Institutionen der Jüdischen Agentur für die Erhaltung und Neugewinnung des Bodens nebeneinander zu arbeiten scheinen, Pläne von der Zionistischen Weltorganisation, von der Regierung und von einzelnen Politikern besprochen, angekündigt und veröffentlicht werden, scheint ein großes Durch- und Nebeneinander von Aktivitäten und Ideen zu existieren, die aber zusammengenommen doch ein planmäßig wirkendes Ergebnis haben: die demographische Umstrukturierung und die territoriale Eroberung palästinensischen Bodens.

Große Schwierigkeiten bestehen aber offenbar darin, das enorme Siedlerpotential zu rekrutieren, mit dem die zahlreichen neuen Siedlungs-Skelette aufgefüllt werden sollen. Schon 1975 hatte der damalige israelische Wohnungsbauminister in einem Interview mit der Zeitung ‚Haaretz‘ erklärt: „Das Problem ist nicht die Errichtung neuer Siedlungen, sondern die Siedler zu finden, die wir dort ansiedeln können“<sup>139</sup>.

Wenn die Likud-Regierung verkündet, die Zahl der Siedler in der Westbank solle bis zum Jahre 1987 auf 100.000 bis 150.000 erhöht werden, um schließlich im Jahre 2010 den Stand von 1,4 Millionen zu erreichen, so müssen diese Äußerungen als realitätsferne Wunschvorstellungen der zionistischen Propaganda gelten. In Israel selber steht ein derartiges Siedlerpotential jedenfalls nicht zur Verfügung, zumal die Menschenreserven der fanatischen Gush Emunim-Siedlerbewegung allmählich aufgebraucht

sind. Und auch die jüdische Einwanderung nach Israel verläuft in letzter Zeit ganz und gar nicht mehr im Sinne der zionistischen Ideologen.

Seit der Gründung des zionistischen Staates im Jahre 1948 sind insgesamt etwa 1,7 Millionen Juden nach Israel eingewandert, davon fast 700.000 in den ersten drei Jahren. Die verbleibende Million verteilt sich somit über einen Zeitraum von 32 Jahren, wobei allerdings in den letzten Jahren eine erhebliche Verringerung der Einwanderungsquote feststellbar ist. Kamen beispielsweise in den ersten zehn Monaten des Jahres 1979 noch 31.660 jüdische Einwanderer ins Land, so sank diese Zahl im Vergleichszeitraum des Jahres 1980 bereits drastisch auf 18.869 ab. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1981 wanderten sogar nur noch 5.307 Juden nach Israel ein, womit ein neuer Tiefstand in der Einwanderungsbewegung erreicht war.

Die Auswanderungsquote dagegen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Gab es in den ersten Jahren nach der Staatsgründung kaum eine nennenswerte Auswanderungstendenz, so hatten bis zum Jahre 1977 bereits etwa 300.000 Juden (rund 10% der Bevölkerung) Israel wieder den Rücken gekehrt. Allein im Jahre 1980 wanderten 32.802 Juden aus Israel aus. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1981 waren es rund 11.000 und damit fast doppelt so viele Auswanderer wie Einwanderer <sup>140</sup>.

Unter Berücksichtigung dieser Tendenzen müßte demnach die israelische Regierung zur Realisierung ihrer hochgesteckten Bevölkerungsziele in der Westbank quasi den gesamten Großraum Tel Aviv evakuieren, um die dort ansässigen 1,5 Millionen Juden in der Westbank anzusiedeln. Und noch nicht einmal dann wäre das bevölkerungspolitische Ziel der Likud-Regierung zu erreichen, denn ein großer Prozentsatz der jüdischen Siedler hat in den vergangenen Jahren die Siedlungen nach einiger Zeit wieder verlassen. Auch heute sind immer weniger Israelis bereit, ihr bequemes Leben in Tel Aviv oder in Haifa gegen ein Pionierdasein in den zumeist recht primitiven und dazu noch abgelegenen jüdischen Siedlungen in der Westbank und im Gaza-Streifen einzutauschen.

So versuchen die israelischen Behörden heute mit einem großangelegten 'Crash-Programm' vor allem die israelische Mittelschicht für die Siedlungsaktivitäten zu begeistern. Schließlich steht die Änderung der Bevölkerungszusammensetzung nach wie vor auf der Tagesordnung. Alle Mittel werden eingesetzt, um die Siedlerzahlen zu erhöhen. Ein bereits in den fünfziger Jahren wirksames Instrument, die Wohnungspolitik, wurde erneut eingesetzt. Billige Wohnungen sollen die Mittelschicht vor allem in die Westbank locken.

Die israelische Regierung hält die Kosten für neue Wohneinheiten extrem gering, indem sie den Siedlungsgesellschaften billigstes Land zur Verfügung stellt und den zukünftigen Siedlern niedrig verzinsten Hypotheken und günstige Kredite zusichert. So berichtet das amerikanische Nachrichten-

magazin 'Time', daß Häuser, deren Kaufpreis in israelischen Städten bei rund 250.000 US-Dollar liegen würde, in der besetzten Westbank für nur 90.000 US-Dollar zum Kauf angeboten werden <sup>141</sup>.

Der überwiegende Teil der neuerrichteten Wohneinheiten ist allerdings noch wesentlich billiger. Mit groß aufgemachten Zeitungsanzeigen unter dem Motto 'Baue Dein Haus in Judäa und Samaria' wirbt die israelische Regierung für neue Siedlungsprojekte und bietet überall in der Westbank kostengünstige Häuser an, wie beispielsweise im Rahmen der Kampagne zur 'Bevölkerung' der israelischen Siedlung Givon, südlich von Jerusalem (Quds). Die Likud-Regierung kündigte im Oktober 1981 an, daß in dieser Siedlung 352 Wohneinheiten neu erbaut werden würden. Die Häuser würden für nur 65.000 US-Dollar verkauft, die Behörden würden spezielle Kredite zur Verfügung stellen und darüberhinaus eine neue Autobahn bauen, um die Verkehrsverbindungen nach Tel Aviv und nach Jerusalem erheblich zu verbessern. Drei Wochen nach der Ankündigung der Regierung waren alle Wohneinheiten verkauft <sup>142</sup>.

Da ein großer Teil der Westbank-Siedler entweder in Jerusalem (Quds) oder in Tel Aviv arbeitet, sind vor allem solche Siedlungen attraktiv, deren Pendlerdistanz zu diesen Städten nicht mehr als 15 bis 20 Minuten beträgt. Eine Zeitungsanzeige für ein neues Siedlungsprojekt verspricht den Interessenten sogar, daß „eine neue Straße gebaut werden wird, die Sie in die Lage versetzt, Tel Aviv zu erreichen, ohne irgendwelche arabischen Städte und Dörfer passieren zu müssen“ <sup>143</sup>.

Die finanziellen Mittel, die zur Realisierung all dieser großmaßstäblichen Pläne und Programme aufgewendet werden, sind erheblich. So wurden nach Schätzungen des Westbank Data Projects von 1968-1983 insgesamt etwa 1,5 Milliarden US-Dollar in die Errichtung von zivilen Siedlungen investiert. Das Wohnungsbudget für das Jahr 1983 betrug rund 690 Millionen US-Dollar, ohne Bodenkosten oder Infrastrukturkosten; für Industrie wurden 328 Mio. Dollar, Elektrizität 15 Mio. und zwischen 1967 und 1977 55 Mio. für Wasserbau <sup>144</sup> ausgegeben.

Im Haushaltsjahr 1980/81 umfaßte das Siedlungsbudget des Landwirtschaftsministeriums, das für die Errichtung aller ländlichen Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten zuständig ist, rund 130 Millionen DM. Das Siedlungsbudget des für den Bau von urbanen Siedlungen verantwortlichen Wohnungsbauministeriums betrug im gleichen Zeitraum etwa 160 Millionen DM. Weitere 260 Millionen DM steuerte die Zionistische Weltorganisation zur 'Unterhaltung von Ausrüstung und temporären Strukturen' in den besetzten Gebieten bei, so daß sich ein Gesamtbetrag von etwa 550 Millionen DM errechnen läßt. Nicht inbegriffen sind in diesen Kalkulationen die israelischen Ausgaben für Straßenbau, Militärverwaltung und Armee-Einrichtungen in den besetzten Gebieten, die das israelische Verteidigungsministerium mit rund 150 Millionen DM finanzierte <sup>145</sup>.

Die tatsächlichen Kosten für den Aufbau einer einzigen israelischen Siedlung in den besetzten Gebieten sind äußerst schwer abzuschätzen, da die israelischen Statistiken hier mit verdeckten Zahlen arbeiten und die Gelder, wie gezeigt, aus verschiedenen Quellen stammen. Während die indirekten Kosten einer Siedlungsgründung, wie beispielsweise die Ausgaben für militärische Bewachung, für Verwaltungsaufwand im Rahmen der Militärverwaltung oder für die zahlreichen vom Staat zur Verfügung gestellten Dienstleistungen, kaum abgeschätzt werden können, lassen sich die direkten Kosten zur Erstellung einzelner Wohneinheiten relativ detailliert errechnen.

So hat Raanan Weitz, Vizepräsident der Siedlungsabteilung der Jüdischen Agentur, auf der Basis der Preise von 1976 kalkuliert, daß die direkten Kosten für den Aufbau einer einzigen Wohneinheit in einer ländlichen israelischen Siedlung in den 1967 besetzten Gebieten umgerechnet rund 225.000 DM betragen. Bei einer Siedlung mit 100 Wohneinheiten würden sich somit die direkten Kosten auf 22,5 Millionen DM belaufen. Benvenisti nennt für 1983 sogar den Betrag von 62.000 US-Dollar an Investition für eine ländliche Hauseinheit<sup>146</sup>. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Detail die Kalkulation von Raanan Weitz:

**Tabelle 18:**  
**Direkte Kosten für den Aufbau einer Wohneinheit in einer ländlichen Siedlung in den 1967 besetzten Gebieten**<sup>147</sup>

Einzelposten	Betrag in DM
Infrastruktur (Geländevorbereitung, Straßenbau, Elektrizität)	15.000
Provisorische Unterkunft während der Bauarbeiten	27.000
Endgültige Unterkunft inkl. öffentlicher Gebäude	60.000
Wasserversorgung	20.000
Produktionsmittel	90.000
Verschiedene Ausgaben	13.000
<b>Gesamtkosten</b>	<b>225.000</b>

Nach neueren amerikanischen Schätzungen subventionieren die israelischen Behörden den Siedlungsbau allein in der Westbank jährlich mit mindestens 100 Millionen US-Dollar, und die geplanten Kapitalinvestitionen für

den Zeitraum von 1983 bis 1987 wurden von der Zionistischen Weltorganisation insgesamt sogar mit 2,5 Milliarden US-Dollar beziffert<sup>148</sup>.

Daß der seit Jahren vor dem ökonomischen Bankrott stehende und nur noch mit massiver amerikanischer Finanzhilfe überhaupt lebensfähige israelische Staat derartige Summen für die Besiedlung der besetzten Gebiete aufbringt, verdeutlicht noch einmal den enormen Stellenwert der Errichtung von Siedlungen in der zionistischen Politik, für die der ‚Judaisierungs‘-Prozeß nicht ins Stocken geraten darf.

Das Instrument zur konkreten, planvollen und systematischen Umsetzung der großmaßstäblichen Besiedlungsprogramme zionistischer Institutionen wurde schließlich als sogenannter Sharon-Plan durch General Ariel Sharon praktisch umgesetzt, der bis zu den Massakern in den libanesischen Palästinenserlagern Sabra und Shattila im Sommer 1982 israelischer Verteidigungsminister und für die Siedlungspolitik der Likud-Regierung verantwortlich zeichnete. Der Sharon-Plan ist die regional-strategische Konzeption der zionistischen Regierung für ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ der 1967 besetzten Gebiete.

#### 4.2.1 Der Sharon-Plan als regional-strategische Siedlungskonzeption des Likud-Blocks für die Westbank

Der Plan von Sharon, der auf den Vorgaben der Zionistischen Weltorganisation aufbaut, wurde seit der Begin-Regierung zum offiziellen Konzept für die Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete erklärt. Als regional-strategische Konzeption stützt sich der Sharon-Plan vor allem auf die Errichtung von drei Haupt-Siedlungsachsen:

- Die erste Achse umfaßt die drei schon von den Vorgängerregierungen errichteten Siedlungsgürtel im Jordantal und auf den Höhen des Jordan-Riffs.
- Die zweite Achse verläuft entlang der westlichen Höhenzüge der Westbank und erstreckt sich von Latrun bis zum nördlichen Teil des besetzten Gebietes.
- Die dritte Achse schließlich verläuft in west-östlicher Richtung zwischen den Städten Nablus und Ramallah.

Die strategischen Funktionen dieser drei Hauptsiedlungsachsen sind unschwer zu erkennen, und wir möchten im folgenden unsere Einschätzungen darüber wiedergeben. Die erste Achse im Jordanbereich soll, wie schon nach dem Allon-Plan, die räumliche Isolation der Westbank vom benachbarten Jordanien sowie die kontrollierende Eingrenzung der arabischen Bevölkerung der Westbank durch die Schließung des Ringes von Osten her bewirken.

Die zweite Siedlungsachse soll die israelische Grenze bis zu den dicht

bevölkerten Regionen der nördlichen Westbank vorschleiben, um eine räumliche Ausdehnung der palästinensischen Existenz von den größeren Städten her nach Westen zu verhindern. Vor allem in der nördlichen Westbank mit den zentralen Städten Jenin, Nablus und Ramallah soll die palästinensische Enklave auf einen schmalen Korridor reduziert werden, der dann im weiteren Verlauf der Kolonisation durch West-Ost-Achsen weiter zersükkelt werden kann, wobei die arabischen Städte endgültig eingekreist werden.

Die dritte Siedlungsachse schließlich dient der Trennung der verbliebenen zusammenhängenden palästinensischen Regionen und damit der Schwächung einer palästinensischen Bevölkerungskonzentration. Mit der Durchtrennung des Gebietes Nablus-Ramallah wird die letzte komplexe Raumeinheit der nördlichen Westbank in zwei Komponenten aufgespalten; der Teilraum um Ramallah wird ebenso eingekreist wie der Teilraum Jenin-Nablus. Die im Allon-Plan vorgesehenen Reservate für die palästinensische Bevölkerung werden somit zu Gettos, womit selbst die Vorstellungen von einer ‚Teilautonomie‘ mit Anschluß an Jordanien allein nach räumlichen Kriterien verunmöglicht werden sollen. Die Realisierung des Sharon-Plans soll die völlige Destruktion jeglicher organisierter palästinensischer Existenz bewirken.

Auch der südliche Teil der Westbank, die Gebietseinheit um die Stadt Hebron (*Khalil*), wird abgekapselt und isoliert. Im Westen und Süden vom Staat Israel umgeben, im Osten durch die erste Siedlungsachse von Jordanien abgetrennt und im Norden durch den Gush Etzion-Block sowie durch die Siedlungsringe um die Stadt Jerusalem (*Quds*) herum eingegrenzt, wird auch für diese Region jegliche räumliche Entwicklung und Lebensfähigkeit blockiert. Es ist nur noch eine Frage der Zeit und des jüdischen Siedlerpotentials, bis schließlich im Rahmen der generalstabsmäßigen Planung auch die letzten noch verbleibenden palästinensischen Gebiete mit israelischen Siedlungen durchsetzt sind.

Jerusalem (*Quds*), dessen Stadtgebiet schon zur Zeit der Arbeiterregierung erheblich ausgedehnt wurde, wird nun nach dem Sharon-Plan verstärkt mit Ringen israelischer Siedlungen umgeben. Die städtische Fläche soll mit neuen jüdischen Wohnvierteln und Industriekomplexen gepflastert werden, um schließlich durch eine durchschlagende Veränderung der demographischen Verhältnisse zugunsten der Juden die Stadt zur Hauptstadt Israels zu machen.

Sharon selbst formulierte es so: „Jerusalem wird nicht die Hauptstadt Israels bleiben, wenn es keine jüdische Mehrheit hat. Die Antwort ist: Satelliten-Städte rund um die arabischen Teile von Jerusalem zu errichten... Innerhalb von 20 bis 30 Jahren müssen wir an den Punkt kommen, wo es in Groß-Jerusalem eine Million Juden gibt, einschließlich der Städte, die es umgeben“<sup>144</sup>.

Neben der Anlage dieser drei Haupt-Siedlungsachsen sieht der Sharon-Plan auch den Bau neuer Verkehrsverbindungen vor, die die okkupierte Westbank mit dem israelischen Staat verbinden sollen<sup>150</sup>. In einem dichten Netz west-östlicher Straßen von der Küstenebene bis zum Jordantal kommt vor allem drei Verbindungen größere Bedeutung zu:

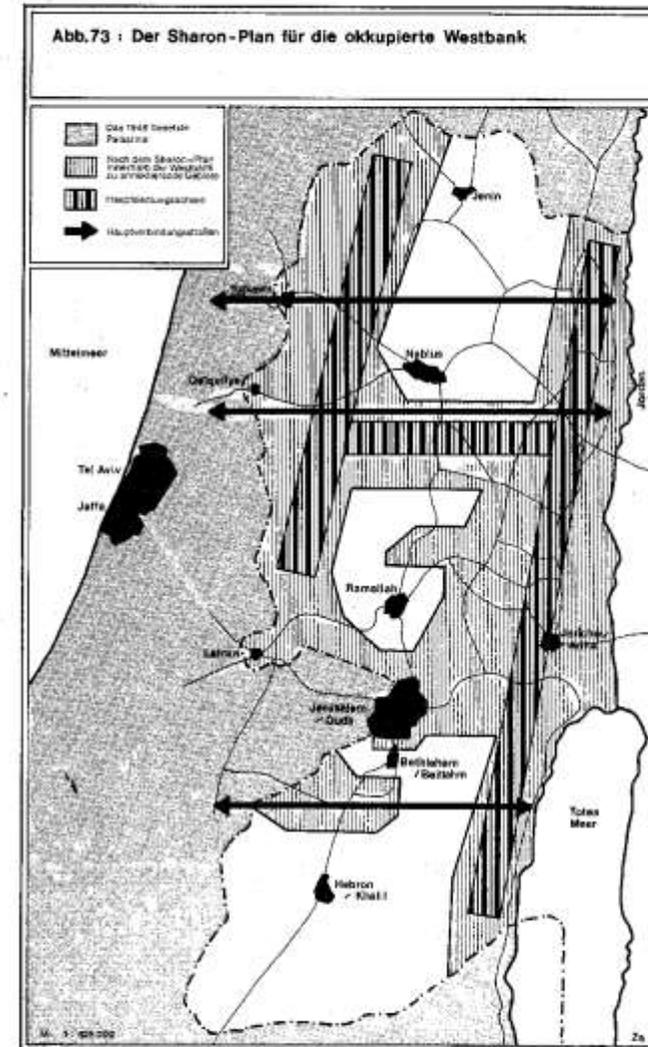
- Die erste Verbindungsstraße soll durch den nördlichen Teil der Westbank verlaufen und das Gebiet zwischen Jenin und Nablus zerschneiden, wodurch der Verlauf einer neuen Siedlungsachse gekennzeichnet wird.
- Die zweite Straße, die sogenannte ‚Trans-Samaria-Autobahn‘, soll die dritte Haupt-Siedlungsachse nach dem Sharon-Plan verkehrlich erschließen.
- Die dritte Straße schließlich durchschneidet den südlichen Teil der Westbank und soll einen Riegel zwischen die Städte Jerusalem (*Quds*) und Hebron (*Khalil*) legen.

Obwohl sich die Annexionspläne des Likud-Blocks in erster Linie auf die Westbank beziehen, ist doch auch die verstärkte Durchsetzung des Gaza-Streifens mit neuen israelischen Siedlungen vorgesehen. Vor allem nach der im Jahre 1979 durch den Separat-Friedensvertrag mit Ägypten erzwungenen Räumung der israelischen Siedlungen auf dem Sinai und der damit verbundenen Auflösung des Siedlungskomplexes Pithat Rafiah, soll nun im Gaza-Streifen zwischen den Städten Gaza und Khan Yunis ein dichter Siedlungsgürtel mit dem Namen Pithat Shalom entstehen. Funktion dieses Siedlungsgürtels ist die räumliche Verschiebung der 15 aufgelösten Siedlungen des Pithat Rafiah-Komplexes.

Die strategischen Ziele der Siedlungspolitik der Likud-Regierung nach dem Sharon-Plan lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Durch die Schaffung verschiedener Haupt-Siedlungsachsen werden die zusammenhängenden, dichtbesiedelten palästinensischen Gebiete zerschnitten und durchsetzt. Die Zentren palästinensischer Bevölkerung, die größeren Städte, werden eingekreist und durch die Abschneidung von ihrem Umland in ihrer räumlichen Entwicklung gehindert. Israelische Siedlungen treten in ländlichen Gebieten in Konkurrenz zu den palästinensisch-arabischen Dörfern und vernichten die Existenzgrundlage der palästinensischen ländlichen Bevölkerung durch gezielte Maßnahmen, wie Abgrabung von Wasser, Enteignung der landwirtschaftlichen Nutzfläche oder Einzäunung von Dorfgebieten. Durch die langsame Unterminierung der palästinensischen Existenzgrundlagen und durch den Aufbau einer überlagerten, jüdisch-zionistischen ökonomischen Struktur sowie durch die räumliche Konzentration der palästinensischen Bevölkerung in eng umgrenzten Gettos sollen die 1967 besetzten Gebiete allmählich ‚enttarabisiert‘ und ‚judaisiert‘ werden. Die Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens soll weitgehend ausgetauscht werden, indem die Palästinenser durch ökonomischen und

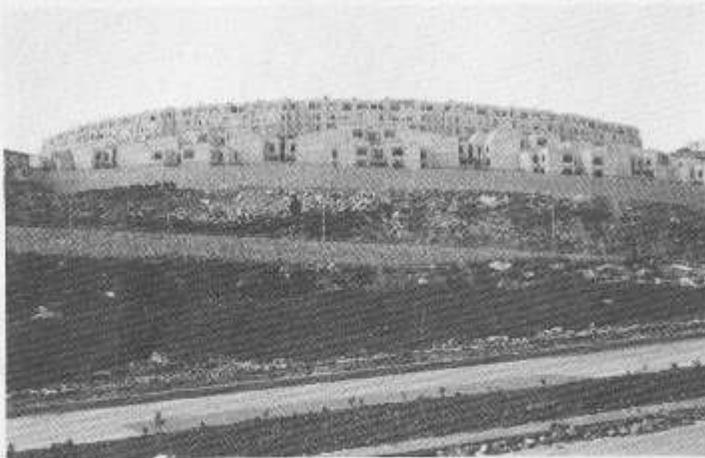
politischen Druck und durch die im Rahmen der faktischen Annexion geschaffenen Tatsachen entweder zur Abwanderung in arabische Nachbarländer oder zur Integration in die zionistische Rassengesellschaft gezwungen werden. Die ihnen zugedachte Rolle ist die einer exotischen Minderheit innerhalb des zionistischen Systems.

Ist die demographische Struktur durch ein Auffüllen mit jüdischen Siedlern ausreichend geändert, kann schließlich die endgültige geographische Ausdehnung des Staates Israel durch die formelle Annexion der 1967 besetzten Gebiete erfolgen. Die Hauptkomponenten des Sharon-Plans werden auf der nachfolgenden Karte verdeutlicht.



Entsprechend den umfangreichen Besiedlungsplänen und Programmen der zionistischen Institutionen und der Likud-Regierung stieg auch die Zahl der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sprunghaft an. Waren bis zum Ende der Regierungszeit des Arbeiterblocks im Jahre 1977 insgesamt 40 israelische Siedlungen in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen errichtet worden, so belief sich im Jahre 1982 die Zahl der Siedlungen allein in der Westbank schon auf 98. Im gleichen Zeitraum stieg in der Westbank die Zahl der jüdischen Siedler von ca. 5.000 auf über 21.000; im besetzten Ost-Jerusalem wurden darüberhinaus mehr als 60.000 Juden angesiedelt <sup>151</sup>.

47.



Ramat Allon

#### 4.2.2 Die Verfeinerung der Siedlungskonzeption durch die Entwicklung von Siedlungsblöcken in der Westbank

Deutlich ist aus der vorangegangenen Aufstellung der rapide Anstieg der Zahl israelischer Siedlungen, vor allem in der Westbank, ablesbar. Doch nicht allein in quantitativer Hinsicht hat die Likud-Regierung das israelische Siedlungsnetz erheblich verdichtet, sie bemühte sich vor allem auch um dessen qualitative Verfeinerung.

Eine solche Verfeinerung der zionistischen Siedlungspolitik ist vor allem der Planung von General Sharon zuzuschreiben, der im Jahre 1977 die Devise

ausgegeben hatte, in fünf Regionen der Westbank <sup>152</sup> statt weiträumig verteilter Siedlungen nun regelrechte Verbundsysteme israelischer Siedlungen anzulegen. Diese Siedlungssysteme sollten die israelischen Siedlungen aus ihrer zumeist isolierten Lage herausbringen, sie in Komplexen mehrerer Siedlungseinheiten organisieren und somit die räumlichen Voraussetzungen für eine Festigung der zionistischen Strukturen in der besetzten Westbank schaffen.

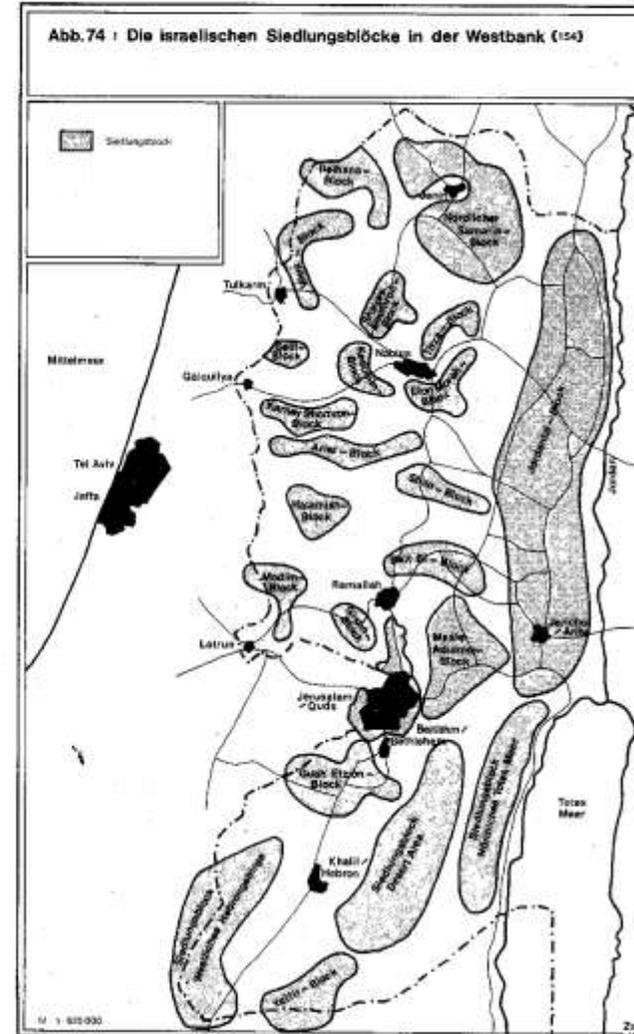
Matitiahu Drobles detaillierte dieses Konzept weiter, indem er ausführte: „Die Erfahrung zeigt, daß die Situation verhindert werden muß, daß irgendeine Siedlung in welcher Region auch immer isoliert gelassen werden wird, in Bezug auf die Notwendigkeit, sich Dienstleistungen mit benachbarten Siedlungen zu teilen, als auch wegen des Sicherheitsaspektes. Deshalb ist es notwendig, neben jeder bereits existierenden Siedlung in Judäa und Samaria zusätzliche Siedlungen zu schaffen und es möglich zu machen, Produktionsmittel und Dienstleistungen gemeinsam zu entwickeln. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß die Expansion und Entwicklung dieser Siedlungen in einigen Fällen möglicherweise in der natürlichen Entscheidung münden wird, eine einzige städtische Siedlung zu bilden, der alle Siedlungen desselben Blocks angehören“ <sup>153</sup>.

Zur praktischen Umsetzung dieser neuen Siedlungskonzeption begann die Likud-Regierung mit der Definition von 22 Siedlungsblöcken auf dem gesamten Territorium der Westbank, wobei sie sich am Beispiel des südwestlich von Bethlehem (*Beitlahm*) gelegenen Gush Etzion-Blocks orientierte, der schon zu Zeiten der Arbeiterregierung als geschlossene Siedlungseinheit betrachtet worden war. Die Pläne der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation und der Likud-Regierung sehen seitdem vorrangig die Errichtung neuer Siedlungen innerhalb der Grenzen dieser Siedlungsblöcke vor.

Durch die Bildung geschlossener räumlicher Einheiten soll die israelische Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten organisatorisch auf eine neue Ebene gehoben und auf Dauer zementiert werden, wobei drei Entwicklungsstufen diesen Prozeß kennzeichnen: In einer ersten Stufe werden die einzelnen Siedlungen zu einheitlichen Siedlungsblöcken verbunden, die an regional-strategisch wichtigen Standorten vorläufig als relativ autarke, israelische Systeme innerhalb der palästinensischen Umwelt fungieren. In einer zweiten Stufe werden dann die verschiedenen Siedlungsblöcke zu großräumigen Verbundsystemen zusammengeschlossen, denen jeweils spezifische Funktionen im Rahmen der räumlichen Kontrolle über die verschiedenen Regionen der Westbank zukommen. Die dritte Stufe bringt schließlich den Zusammenschluß dieser Verbundsysteme zu einem die gesamte Westbank überspannenden Gitternetz, das durch seine Dichte einen großen Teil der Fläche der Westbank okkupiert und durch eine Anbin-

dung an den Staat Israel die endgültige Umwandlung der 1967 besetzten Westbank in jüdisches Territorium vorbereitet.

Die Bildung geschlossener Siedlungseinheiten und deren räumliche Verkoppelung zu Verbundsystemen wird von der israelischen Regierung durch Maßnahmen im infrastrukturellen und im Verwaltungsbereich massiv unterstützt. So schufen die zionistischen Behörden im Jahre 1979 in der Westbank und im Gaza-Streifen wie erwähnt die sogenannten ‚Gebietsräte‘, deren Aufgabe die Organisation einer jüdischen Selbstverwaltung in den einzelnen Siedlungsschwerpunkten ist. Durch ein Netz neuer, gut ausgebauter Straßen werden die Siedlungsblöcke in der Westbank miteinander verbunden. Geplant ist ein gemeinsames Wasserversorgungsnetz für alle Siedlungen sowie die zentrale Energieversorgung der israelischen Siedlungen in der Westbank durch die israelische Elektrizitätsgesellschaft. Die räumliche Lage der einzelnen Siedlungsblöcke zeigt die nachfolgende Abbildung auf:



#### 4.2.3 Die substantielle Festigung der israelischen Besiedlung durch Urbanisierung und Industrialisierung in der Westbank

Neben dem Aufbau komplexer räumlicher Verbundsysteme laufen die zionistischen Bestrebungen auch darauf hinaus, den Charakter der israelischen Besiedlung vor allem der Westbank durch Urbanisierungs- und Industrialisierungsprogramme auf eine definitive Ebene zu heben. Durch die Umwandlung ehemals ländlicher Siedlungen in städtische Zentren wollen die zionistischen Behörden ein großes jüdisches Bevölkerungspotential in strategisch wichtigen Gebieten der Westbank konzentrieren. Darüberhinaus sollen mit der Gründung von neuen israelischen Städten die Voraussetzungen für eine beschleunigte Besiedlung der Westbank und damit einer schnellen Veränderung der demographischen Strukturen geschaffen werden.

So veröffentlichten israelische Parlamentsmitglieder im Jahre 1977 einen Vorschlag, demzufolge in der Westbank in den kommenden Jahren sechs neue Städte gegründet werden sollen. Jede dieser Städte soll in einer ersten Phase für maximal 30.000 jüdische Einwohner ausgelegt werden, wobei jedoch spätere Stadterweiterungen eingeplant sind. In der zionistischen Terminologie als 'Thickening of settlements' verharmlost, erstrecken sich heute einige dieser Städte schon über Distanzen von rund 15 km<sup>155</sup>.

Die frühen Pläne der Likud-Regierung sind heute durch weitergehende Programme ergänzt. Nach Angaben der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation befanden sich bis zum Jahre 1980 schon zehn neue Städte in der Westbank im Bau, eine weitere soll im Zeitraum von 1980 bis 1985 fertiggestellt werden. Lagemäßig konzentrieren sich die neuen städtischen Siedlungen auf die weitere Umgebung von Jerusalem (Quds) sowie auf die strategisch wichtigen Schnittpunkte der im Sharon-Plan festgelegten Haupt-Siedlungsachsen, wobei insbesondere der dichtbesiedelte nördliche Teil der Westbank mit israelischen städtischen Siedlungen durchsetzt wird.

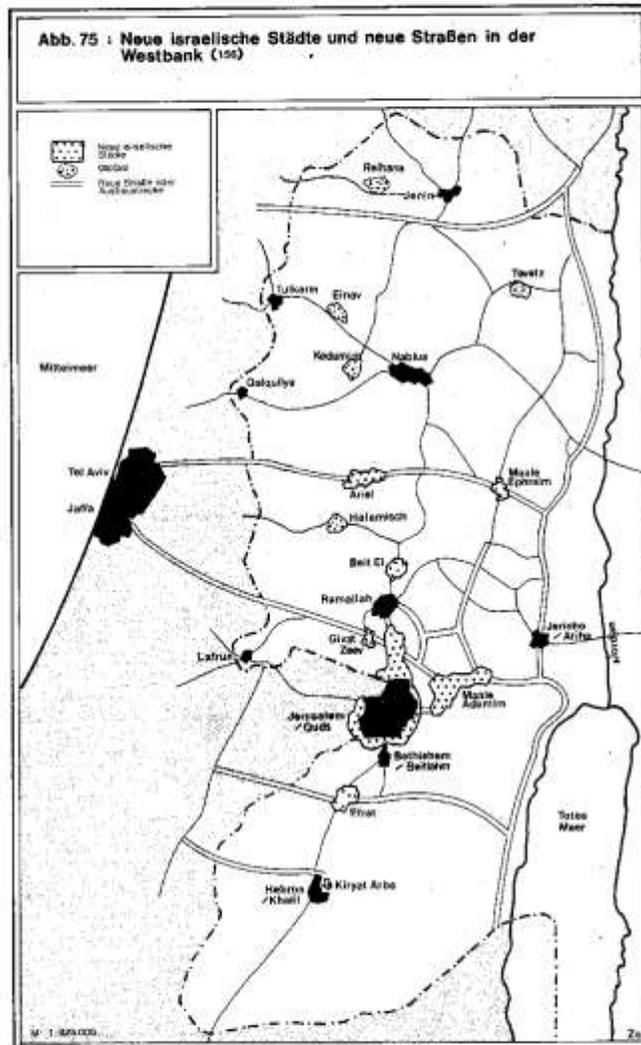
Ihrer Funktion nach sind die neuen Städte für die sie umgebenden ländlichen Siedlungen regionale urbane Zentren und sie markieren die Mittelpunkte der wichtigsten Siedlungsschwerpunkte der zionistischen Planung. Durch die Ansiedlung von Klein- und Mittelindustrie im Bereich der neuen Städte, wie auch durch die Gründung spezifischer industrieller Siedlungseinheiten wird von israelischer Seite der Versuch unternommen, in Konkurrenz zur ökonomischen Basis der einheimischen palästinensischen Bevölkerung nun auch in den 1967 besetzten Gebieten einen unabhängigen, jüdischen ökonomischen Sektor aufzubauen.

Die zehn im Bau befindlichen neuen Städte sind Efrat, Maale Adumin, Givon, Beit El B, Ariel, Elkana, Karney Shomron, Karney Shomron C, Maale

Ephraim und Hargilo. Eine darüberhinaus geplante Stadt trägt den Namen Elkana B. Nicht erwähnt sind in dieser Aufstellung die zahlreichen städtischen Vororte und Stadtteile von Jerusalem (Quds), sowie der jüdische Stadtteil von Hebron (Khalil), Kiryat Arba.

Während die Städte Karney Shomron, Karney Shomron C, Elkana und Ariel, räumlich konzentriert auf das Gebiet südwestlich der Stadt Nablus, auf dem Schnittpunkt der zweiten und der dritten Hauptsiedlungsachse liegen und das geplante Entstehen einer großstädtischen Einheit in diesem Raum vermuten lassen, befinden sich die übrigen städtischen Siedlungen im Großraum Jerusalem (Quds). Beit El B liegt in unmittelbarer Nachbarschaft der arabischen Stadt Ramallah, Givon schließt sich im Nordwesten, Maale Adumin im Osten an die Vororte von Jerusalem (Quds) an. Efrat bildet das urbane Zentrum des Gush Etzion-Blocks zwischen Hebron (Khalil) und Jerusalem (Quds). Nur Maale Ephraim bildet eine Ausnahme. Diese Stadt liegt auf dem Schnittpunkt der ersten und dritten Hauptsiedlungsachse und bildet dort das städtische Zentrum für die israelischen Siedlungen im Jordantal und auf den Höhen des Jordan-Riffs.

Im Zuge der Industrialisierungspolitik haben die israelischen Behörden in verschiedenen Teilen der Westbank neue Industrieansiedlungen errichtet, wobei größere Betriebe überwiegend in der Nachbarschaft der neuen Städte aufgebaut wurden. So befinden sich heute größere Industriegebiete bei Kiryat Arba, in der direkt neben der Stadt Efrat gelegenen Siedlung Elazar, in der Siedlung Atarot im Bezirk Jerusalem (Quds), in der zentralen urbanen Siedlung des Jordanbereichs Maale Ephraim, sowie in der Umgebung der Stadt Maale Adumin, wo mit Mishor Adumin ein industrielles Zentrum entstanden ist. Kleinere Produktionsstätten, die hauptsächlich der Metallverarbeitung dienen, wurden in den Siedlungen Hamra, Mehola und Mekhora (Jordantal) sowie in Kfar Etzion (Etzion-Block) aufgebaut.



#### 4.2.4 Aufbau und Struktur der israelischen Siedlungsblöcke in der Westbank

Wir haben festgestellt, daß die zionistische Regierung die Festigung der israelischen Präsenz in der besetzten Westbank in drei Stufen erreichen will. Die erste Stufe ihrer Konzeption ist die räumlich-organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Siedlungen in einheitlichen Siedlungsblöcken. Insgesamt hat die Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation 22 solcher Siedlungsblöcke definiert, deren Zusammensetzung nachfolgend beschrieben wird (vgl. Abb. 74 und 76).

##### 1. Der ‚Nördliche Samaria-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Malkishua	ländlich	1976
2 Magen Shaul	ländlich	1977
3 Maale Gilboa	ländlich	1978
4 Zafon	ländlich	geplant
5 Zafon B	ländlich	geplant
6 NordA	ländlich	geplant
7 Tel Dotan	ländlich	geplant

Die Siedlung Magen Shaul wurde im Jahre 1977 als militärischer Posten gegründet, im Jahre 1979 aber in eine zivile ländliche Siedlung umgewandelt. Die Siedlung Maale Gilboa liegt außerhalb der Grenzen der Westbank, ist aber trotzdem dem Siedlungsblock zugeordnet.

## 2. Der ‚Reihana-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Reihana	ländlich	1977
2 Reihana B	ländlich	1979
3 Reihana C	ländlich, geplant städtisch	1979
4 Mei Ami	ländlich	1979
5 Mei Ami B	ländlich	1979
6 Dotan	ländlich	1978
7 Birko	ländlich	geplant

Die Siedlung Reihana ist ursprünglich als militärische Nahal-Siedlung gegründet worden, wurde jedoch schon nach einem Jahr in eine zivile ländliche Siedlung umgewandelt. Seit 1978 steht sie unter der Regie der fanatischen Siedlerbewegung Gush Emunim, die die Siedlung direkt um zahlreiche Wohneinheiten vergrößerte. Reihana B und Reihana C entstanden als Erweiterungssiedlungen für Reihana, C als zukünftige städtische Siedlung. Die geplante Siedlung Birko liegt außerhalb der Grenzen der Westbank, ist aber trotzdem dem Reihana-Block zugeordnet.

## 3. Der ‚West-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 West A	ländlich	geplant
2 West B	ländlich	geplant
3 West C	ländlich	geplant
4 Einar	städtisch	geplant

Alle vier Siedlungen des Westblocks sollen bis 1985 fertiggestellt sein. Im Jahre 1981 wurden nach arabischen Angaben 140 Hektar Land umliegender Dörfer beschlagnahmt. Wenige Monate später wurden weitere 700 Hektar palästinensischen Bodens enteignet und zu einem ‚geschlossenen Gebiet‘ erklärt.

## 4. Der ‚Shavey Shomron-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Rimonim	ländlich	1977
2 Silat	ländlich	1978
3 Sanur	ländlich	1978
4 Shomron	ländlich	1978
5 Shavey Shomron	ländlich	1979
6 Maale Nahal	ländlich	1979
7 Maale Nahal A	ländlich	geplant

## 5. Der ‚Tirza-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Tirza A	ländlich	1978
2 Tirza B	ländlich	1979
3 Tirza C	ländlich	1979
4 Tirza D	ländlich	1979

## 6. Der ‚Salit-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Salit	ländlich	1977/78
2 Tzur Nathan	ländlich	1977

Salit wurde im Jahre 1978 von der Gush Emunim-Bewegung übernommen und erheblich vergrößert.

### 7. Der ‚Kedumin-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Kedumin	ländlich, geplant städtisch	1977
2 Kedumin B	ländlich	geplant
3 Kedumin C	ländlich	geplant
4 Kedumin D	ländlich	geplant

Die Gründung der Siedlung Kedumin fiel im Jahre 1977 in die Phase des Regierungswechsels. Der Standort der von Gush Emunim errichteten Siedlung war damals in Israel sehr umstritten, weil er sich im Zentrum eines der am dichtesten von Palästinensern besiedelten Gebiete befindet. Kedumin soll eine recht große ländliche Siedlung werden, die insgesamt rund 600 Siedlerfamilien Platz bieten soll. In der Nähe der neuen israelischen Städte gelegen, soll Kedumin in den nächsten Jahren eine zionistische Hochschule erhalten und zur Stadt weiterentwickelt werden.

### 8. Der ‚Elon Moreh-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Elon Moreh	ländlich	1977
2 Elon Moreh A	ländlich	1979
3 Elon Moreh B	ländlich	1979
4 Elon Moreh C	ländlich	geplant

Elon Moreh wurde im Jahre 1977 von Gush Emunim-Siedlern zuerst an anderer Stelle gegründet, mußte dann jedoch nach einer durch palästinensischen Protest hervorgerufenen Gerichtsentscheidung an den heutigen Standort verlegt werden. Schon acht Monate nach der Gründung von Elon Moreh gab es in dieser Siedlung 41 Häuser, 1 Synagoge, 1 Kindergarten, 1 Supermarkt und verschiedene Verwaltungsbüros. Geplant ist nun die Errichtung einer industriellen Region in unmittelbarer Nachbarschaft der Siedlung. Zur Erschließung der Siedlung wurde 1980 eine breite Straße gebaut; eine andere Straße hat die Funktion, das arabische Dorf Deir al-Hatab zu umschließen. Die Zahl der Siedler von Elon Moreh wird bis heute geheimgehalten. Die Siedlung wird von der Zionistischen Weltorganisation schwerpunktmäßig gefördert: im Juli und August 1979 wurden für den Ausbau der Siedlung rund 4 Millionen DM zur Verfügung gestellt <sup>157</sup>.

### 9. Der ‚Karney Shomron-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Karney Shomron	ländlich	1978
2 Karney Shomron B	ländlich	1979/80
3 Karney Shomron C	ländlich	1979
4 Karney Shomron D	ländlich	1979
5 Karney Shomron E	ländlich	geplant
6 Karney Shomron F	ländlich	geplant

### 10. Der ‚Ariel-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Elkana	städtisch	1977/78
2 Ariel	städtisch	1978
3 Tapuah	ländlich	1979
4 Elkana B	ländlich	geplant
5 Ariel B	ländlich	geplant

Der Ariel-Block stellt zusammen mit dem Karney Shomron-Block den größten Siedlungsschwerpunkt in der besetzten Westbank dar. Es ist zu vermuten, daß die verantwortlichen zionistischen Stellen darauf abzielen, die Siedlungen Ariel, Elkana, Elkana B, Karney Shomron und Karney Shomron C in naher Zukunft zu einem großen Komplex zusammenzuschließen. Dafür spricht auch die Meldung, daß der Siedlung Ariel eine relativ große Industriezone angegliedert werden soll, die auf rund 400 Hektar enteignetem arabischem Boden errichtet werden soll. Das dazu benötigte Land wurde im Jahre 1981 von folgenden arabischen Dörfern beschlagnahmt: Kfar Hareth, Sarta, Salfid, Farkha und Bargin <sup>158</sup>.

Die Siedlung Elkana wurde von der Gush Emunim-Siedlerbewegung gegründet. Die Errichtung der Siedlung wurde schon von der Arbeiterregierung unter Rabin genehmigt; der Likud-Block sah schließlich in seinem 4-Jahres-Plan für den Zeitraum von 1977 bis 1981 den Ausbau Elkanas vor. In einer ersten Phase wurde die Ansiedlung von 250 israelischen Familien in Elkana geplant. 1981 wurde Elkana weiter ausgebaut <sup>159</sup>.

Die Siedlung Ariel wurde 1978 gegründet, indem die zionistischen Behörden dort die ersten 50 Häuser errichteten. Nach dem Aufbau des Kerns der

Siedlung durch die Regierung übernahm die Siedlerbewegung Gush Emunim das Kommando über Ariel. Im Jahre 1978 hatte Ariel schon über 300 Einwohner; 100 neue Wohneinheiten befanden sich im Bau <sup>160</sup>. Durch ihren günstigen Standort ist diese Siedlung hauptsächlich von Pendlern bewohnt, die in dem nur eine halbe Autostunde entfernt liegenden Tel Aviv arbeiten. Billiger Wohnraum und die günstige Distanz zu Tel Aviv kommen vor allem den ökonomischen Interessen der israelischen Mittelschicht entgegen, die demzufolge auch den überwiegenden Teil der heute in Ariel lebenden 400 Familien stellt. Für den weiteren Ausbau der Siedlung sind nach neuesten Informationen 200 Sechs-Zimmer-Villen geplant. Daneben soll Ariel auch ein neues Hotel mit 100 Zimmern erhalten <sup>161</sup>.

#### 11. Der ‚Shilo-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Mevo Shilo	ländlich	1977
2 Shilo	ländlich	1977/78
3 Shilo B	ländlich	geplant
4 Shilo C	ländlich	geplant
5 Shilo D	ländlich	geplant
6 Mevo Shilo B	ländlich	geplant

Wie so viele israelische Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten wurde auch Shilo in einer Nacht- und Nebelaktion errichtet. Im Jahre 1977 kamen Dutzende israelischer Siedler, eskortiert von Militäreinheiten, mit einer Anzahl von Fertighäusern nach Shilo. Kaum waren die Häuser aufgestellt, begannen die israelischen Behörden, die neue Siedlung mit Elektrizität und Wasserpumpen auszustatten <sup>162</sup>.

#### 12. Der ‚Halamish-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Halamish	ländlich, geplant städtisch	1977/78
2 Halamish B	ländlich	1979
3 Halamish C	ländlich	geplant
4 Halamish D	ländlich	geplant
5 Halamish E	ländlich	geplant

Im Halamish-Block ist nach den Plänen Israels die Gründung eines urbanen Komplexes mit Namen Nabi Saleh vorgesehen. Die Siedlung Halamish steht unter der Kontrolle der Gush Emunim-Bewegung.

#### 13. Der ‚Beit El-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Kochav Hashahar	ländlich	1975
2 Ramonim	ländlich	1977
3 Ofra	ländlich	1977
4 Beit El	ländlich	1978
5 Beit El B	städtisch	1979
6 Ramonim B	ländlich	geplant

Die Siedlung Beit El wurde im Jahre 1977 als Militärlager an der wichtigen Straße Ramallah – Nablus errichtet. Im Jahre 1979 übernahm die Gush Emunim-Bewegung das Militärlager und verwandelte es in eine zivile ländliche Siedlung. Die Zahl der heutigen Siedler wird geheimgehalten. Auch die Siedlung Ofra steht unter der Kontrolle der fanatischen Gush Emunim-Bewegung. Ofra war die erste Siedlungsgründung der Gush Emunim. Beit El B ist als städtische Siedlung ausgebaut worden.

#### 14. Der ‚Modim-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Mevo Horon	ländlich	1970
2 Kfar Ruth	ländlich	1977
3 Shilat	ländlich	1977
4 Matityahu	ländlich	1978/79
5 Mevo Modim	ländlich	1978/79
6 Matityahu B	ländlich	geplant

Die Siedlung Mevo Modim liegt außerhalb der Grenzen der Westbank, ist aber trotzdem dem Modim-Block zugeordnet.

#### 15. Der ‚Givon-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Beit Horon	ländlich	1977
2 Givat Zeev	städtisch	1977/78
3 Mitzpe Givon	ländlich	1979
4 Givon B	ländlich	geplant
5 Givon C	ländlich	geplant

Beit Horon ist eine Siedlung der Gush Emunim-Bewegung.

#### 16. Der ‚Maale Adumin-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Maale Adumin	städtisch	1974
2 Mishor Adumin	industriell	1978
3 Maale Adumin B	ländlich	1978/79
4 Micomash	ländlich	1980
5 Mitzpe Jericho	ländlich	1980
6 Maale Adumin C	ländlich	geplant
7 Maale Adumin D	ländlich	geplant

Dem Maale Adumin-Block kommt durch seine strategisch günstige Lage

an der Hauptverbindungsstraße Jerusalem – Jericho – Amman besondere Bedeutung zu. Die Siedlung Maale Adumin wurde schon zu Zeiten der Arbeiterregierung gegründet und bildete damals den Endpunkt des zweiten Siedlungsgürtels im Jordanbereich. Nach der Machtübernahme durch den Likud-Block entwarf das israelische Ministerium für Wohnungsbau und Bauwesen Pläne, nach denen in einem Sofortprogramm mehr als 1.000 neue Wohneinheiten in dieser Siedlung fertiggestellt werden sollten. Die Regierung erklärte sich bereit, die gesamte erforderliche Infrastruktur bereitzustellen <sup>163</sup>.

Der Bereich Maale Adumin/Mishor Adumin soll nach Regierungsplänen in eine militärisch-industrielle Zone umgewandelt werden. In Mishor Adumin ist die Ansiedlung großer militärischer Fabriken im Gange, in denen jeweils 200 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Die Wohngebiete in Maale Adumin sollen stark erweitert werden <sup>164</sup>.

Insgesamt soll allein Maale Adumin einmal 50.000 Einwohner aufweisen. Heute befinden sich dort schon über 750 Wohneinheiten in großen, vierstöckigen Betonblocks. Die Wohneinheiten sind recht kostengünstig, so daß sich hier vor allem orientalische Juden (Sephardim) aus den Armenvierteln Jerusalems (*Quds*) angesiedelt haben <sup>165</sup>.

### 17. Der ‚Jordantal-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Mehola	ländlich	1968
2 Mehola B	ländlich	1979
3 Sheloh	ländlich	1979
4 Ro'1	ländlich	1976
5 Ro'1 B	ländlich	1979
6 Ro'1 C	ländlich	1979
7 Beqa'ot	ländlich	1972
8 Beqa'ot B	ländlich	1979
9 Hamra	ländlich	1971
10 Argaman	ländlich	1968
11 Mekhora	ländlich	1973
12 Mekhora B	ländlich	1979
13 Massua	ländlich	1970
14 Neve Massua	ländlich	1979
15 Gitit	ländlich	1972
16 Maale Ephraim	städtisch	1972
17 Yatit	ländlich	1979
18 Phatzael	ländlich	1970
19 Phatzael B	ländlich	1977
20 Phatzael C	ländlich	1978
21 Phatzael D	ländlich	1979
22 Tomer	ländlich	1976
23 Gilgal	ländlich	1970
24 Netiv Hagdud	ländlich	1977
25 Naaran	ländlich	1970
26 Yativ	ländlich	1970
27 Nueima	ländlich	1979
28 Mitzpe Jericho B	ländlich	1980
29 Beit Haarava	ländlich	1979
30 Almogh	ländlich	1977
31 Almogh B	ländlich	1979
32 Beit Arba B	ländlich	1981
33 Mehola D	ländlich	geplant
34 Nueima A	ländlich	geplant
35 Nueima B	ländlich	geplant
36 Nueima C	ländlich	geplant

Die Siedlung Maale Ephraim bildet das regionale städtische Zentrum für alle Siedlungen des Jordantal-Blocks. Zahlreiche andere Meldungen über weitere Siedlungsgründungen in den 80er Jahren liegen vor, können jedoch wegen fehlender Angaben zu Standort und Namen der Siedlung nicht auf-

geführt werden. Die Siedlung Tevetz, außerhalb des Jordan-Blocks, aber zu ihm dazu zu rechnen, soll städtisches Zentrum werden.

### 18. Der ‚Gush Etzion-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Kfar Etzion	ländlich	1967
2 Rosh Zurim	ländlich	1969
3 Alon Shevot	ländlich	1969
4 Elazar	ländlich	1975
5 Tekoah	ländlich	1975
6 Tekoah B	ländlich	1980
7 Hargilo	ländlich	1977/78
8 Migdal Oz	ländlich	1977/78
9 Efrat	städtisch	1977/78
10 Etzion B	ländlich	1981
11 Mehalin	ländlich	geplant
12 Mafurin	ländlich	geplant

Der Gush Etzion-Block bestand schon zu Zeiten der Arbeiterregierung als geschlossene Einheit. Nach der Regierungsübernahme durch den Likud-Block wurde der verstärkte Ausbau der Siedlungen dieses Blocks beschlossen. Man plante die Errichtung von 500 neuen Häusern in den Siedlungen dieses Blocks und die Ansiedlung von jüdischen Siedlern aus den USA und vor allem aus Südafrika <sup>166</sup>. Die Siedlung Alon Shevot gilt als regionales Zentrum des Blocks und umfaßte schon im Jahre 1979 über 250 israelische Familien <sup>167</sup>.

Im Jahre 1979 faßte die israelische Regierung den Beschluß, die Siedlung Efrat zu einer Stadt auszubauen. 100 jüdische Familien amerikanischen Ursprungs bekundeten ihre Absicht, als erste Siedler in dieser neuen Stadt zu wohnen. Die Planung für Efrat sieht unter anderem den Bau von religiösen Zentren, von Ausbildungsstätten für jüdische Studenten aus dem Ausland sowie die Errichtung von Hunderten von Wohneinheiten vor. Im Jahre 1981 wurde beschlossen, Efrat zu einer großen Stadt auszuweiten <sup>168</sup>. In der Siedlung Kfar Etzion soll 1983 ein neues Hotel mit 100 Zimmern entstehen <sup>169</sup>.

### 19. Der Siedlungsblock ‚Westliches Hebrongebirge‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Shekef	ländlich	1979
2 Amitya	ländlich	?
3 Lahav	ländlich	?
4 Karamim	ländlich	?
5 Tirat Horesh	ländlich	1981/82
6 Adoraim	ländlich	geplant
7 Eiton	ländlich	geplant
8 Rave	ländlich	geplant
9 Shekef C	ländlich	geplant
10 Shekef D	ländlich	geplant

Die Siedlungen Amitya, Lahav und Karamin liegen außerhalb der Grenzen der Westbank. Sie zählen jedoch zum Siedlungsblock Westliches Hebrongebirge.

### 20. Der Siedlungsblock ‚Desert Area‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Ziv	ländlich	1979
2 Amos	ländlich	geplant

### 21. Der Siedlungsblock ‚Nördliches Totes Meer‘

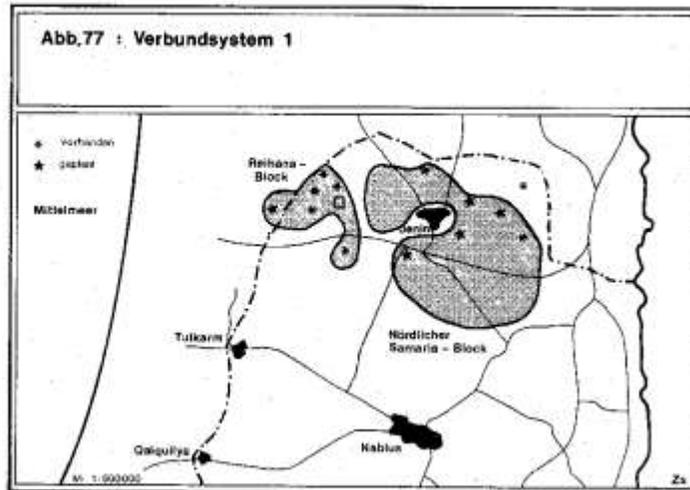
Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Qalya	ländlich	1968
2 Mitzpe Shalem	ländlich	1970
3 Horkania	ländlich	1979

### 22. Der ‚Yattir-Block‘

Siedlungen	Charakter der Siedlung	Gründungsjahr
1 Yattir	ländlich	1977
2 Yattir B	ländlich	1980
3 Luzifer	ländlich	1979
4 Ma'on Carmel B	ländlich	1979
5 Ma'on Carmel	ländlich	geplant
6 Susta	ländlich	geplant
7 Yattir C	ländlich	geplant
8 Yattir D	ländlich	geplant

Die Siedlung Yattir liegt außerhalb der Grenzen der Westbank. Sie wird jedoch zum Yattir-Block gerechnet. Diese Siedlung wurde im Jahre 1977 von der Gush Emunim-Bewegung gegen den Willen der Arbeiterregierung gegründet. Der Likud-Block ‚legalisierte‘ schließlich die Siedlung Yattir.

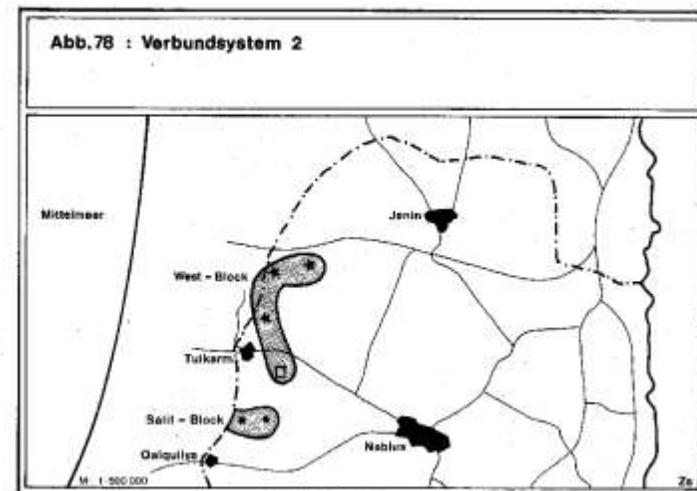




Im ersten Verbundsystem sind zwei Siedlungsblöcke zusammengefaßt, nämlich der ‚Nördliche Samaria-Block‘ und der ‚Reihana-Block‘. Die Anzahl der in diesen Blöcken bestehenden und geplanten Siedlungen beläuft sich auf 14.

Dieses Verbundsystem hat zwei Funktionen. Zum einen soll die Stadt Jenin vollständig eingekreist und von den übrigen palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkten im Gebiet von Nablus und im Gebiet von Tulkarm abgeschnitten werden. Die Siedlungen im ‚Nördlichen Samaria-Block‘ übernehmen dabei die Aufgabe der Umschließung Jenins von Osten, Norden und Süden her; die Siedlungen im ‚Reihana-Block‘ bilden einen Riegel im Westen der Stadt. Für eine räumliche Ausdehnung der Stadt Jenin verbleibt nur noch ein schmaler Korridor im Südwesten der Stadt. Die landwirtschaftlich gut nutzbaren Flächen im Norden Jenins werden zu israelischem Siedlungsgebiet erklärt.

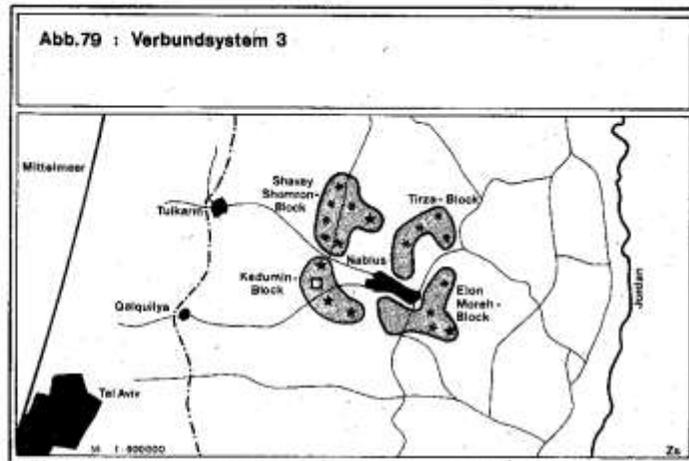
Zum anderen nehmen die beiden Siedlungsblöcke dieses Verbundsystems einen großen Teil der nördlichen Westbank ein, womit die zionistischen ‚Ansprüche‘ auf diesen Teil Palästinas dokumentiert werden. Ein Rückblick in die Zeit des britischen Mandats über Palästina zeigt, zu welchen Resultaten eine solche Absteckung ‚jüdischer Gebiete‘ führt.



Das zweite Verbundsystem umfaßt ebenfalls zwei Siedlungsblöcke, nämlich den ‚West-Block‘ und den ‚Salit-Block‘ mit insgesamt sechs bestehenden und geplanten Siedlungen.

Auch dieses Verbundsystem hat verschiedene Funktionen. Erstens dient es den Zionisten zur Abkapselung der Stadt Tulkarm. Der ‚West-Block‘ kontrolliert im Osten von Tulkarm die Hauptstraße nach Nablus und hindert Tulkarm an der Ausdehnung seiner städtischen Fläche nach Norden und Osten. Im Westen schon vom israelischen Territorium bedrängt, kann die Stadt sich nur noch in südlicher Richtung vergrößern, wo ihr jedoch durch den ‚Salit-Block‘ ein weiterer Riegel vorgeschoben wird. Damit würde auch die Verbindung zur Nachbarstadt Qalqilya unterbrochen.

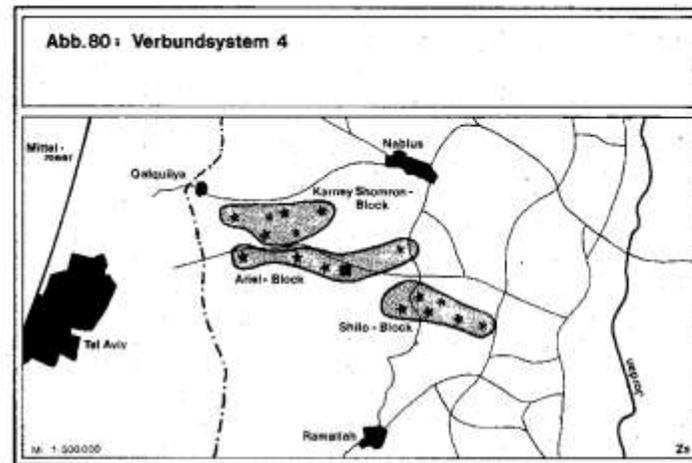
Zweitens sollen die Siedlungsblöcke dieses Verbundsystems die israelischen Grenzen weiter nach Osten verschieben, um so den schon zu Zeiten der Arbeiterregierung gehegten Wunsch der Einverleibung von Gebieten um Tulkarm in den israelischen Staat zu realisieren.



Dem dritten Verbundsystem gehören vier Siedlungsblöcke mit insgesamt 19 bestehenden und geplanten Siedlungen an. Es handelt sich um den ‚Shavey Shomron-Block‘, den ‚Kedumin-Block‘, den ‚Elon Moreh-Block‘ und um den ‚Tirza-Block‘.

Dieses große Verbundsystem hat nur eine einzige, aber zentrale Aufgabe: die Einkesselung der größten palästinensisch-arabischen Stadt in der nördlichen Westbank. Der ‚Shavey Shomron-Block‘ schirmt Nablus in nord-westlicher Richtung ab und kontrolliert die Ausfallstraßen nach Jenin und nach Tulkarm. Der ‚Kedumin-Block‘ umgibt Nablus im Westen und im Südwesten und kontrolliert somit die Ausfallstraße nach Qalqilya. Der ‚Elon Moreh-Block‘ umschließt Nablus im Süden und im Osten und sichert die Kontrolle über die Ausfallstraße nach Ramallah und Jerusalem sowie die nördliche Ausfallstraße nach Jenin und das Jordantal. Der ‚Tirza-Block‘ schließt den Kreis durch seine Lage im Norden von Nablus. Er kontrolliert ebenfalls die wichtige nördliche Ausfallstraße.

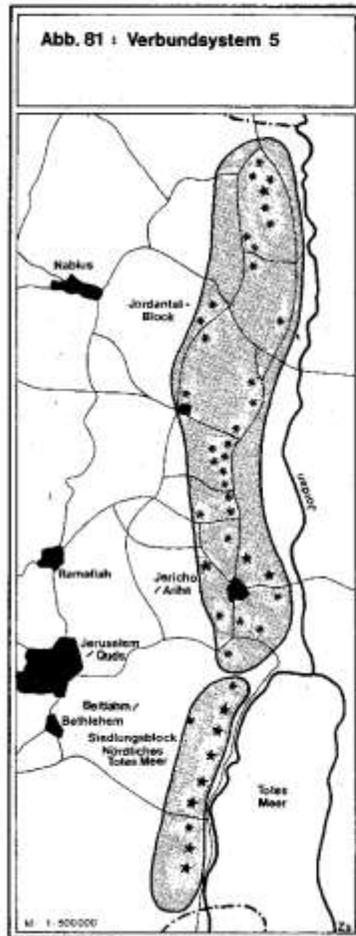
Durch dieses Verbundsystem ist Nablus wie belagert und wird langfristig von seinem Umland abgeschnitten. Es bestehen keine Möglichkeiten mehr, die Stadtfläche von Nablus auszuweiten; im Gegenteil: durch zionistische Siedlungsaktivitäten innerhalb des Stadtgebietes, sowie auf den die Stadt beherrschenden Hügeln wird der Lebensraum der palästinensischen Bevölkerung immer weiter eingeschränkt.



Zum vierten Verbundsystem sind drei Siedlungsblöcke zusammengekoppelt: der ‚Karney Shomron-Block‘, der ‚Ariel-Block‘ und der ‚Shilo-Block‘. In ihnen befinden sich insgesamt 17 bestehende und geplante israelische Siedlungen.

Im Gegensatz zu den vorgenannten Verbundsystemen geht es den Zionisten hier jedoch nicht um die Einkesselung oder Behinderung einer palästinensisch-arabischen Stadt, sondern vielmehr um die großräumige Zerschneidung der nördlichen Westbank in zwei Sektoren. Die palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkte im Bereich Jerusalem (Quds)/Ramallah/Ai-Bireh sollen von denen im Bereich Nablus/Jenin/Tulkarm abgetrennt werden. Damit entspricht dieses Verbundsystem der dritten Haupt-Siedlungsachse, die im Sharon-Plan definiert wurde. Mit dem Aufbau eines städtischen Komplexes im Westen, zwischen Tel Aviv und Nablus, wird der geo-demographische Aspekt dieses Verbundsystems noch weiter unterstrichen. Die Städte Karney Shomron, Elkana und Ariel sollen ein großes jüdisches Bevölkerungspotential aufnehmen, so daß der nördliche Sektor der nördlichen Westbank von dem südlichen Sektor nicht allein durch die Präsenz von Siedlungen, sondern vor allem durch eine massive Bevölkerungsbarriere abgeschnitten werden wird.

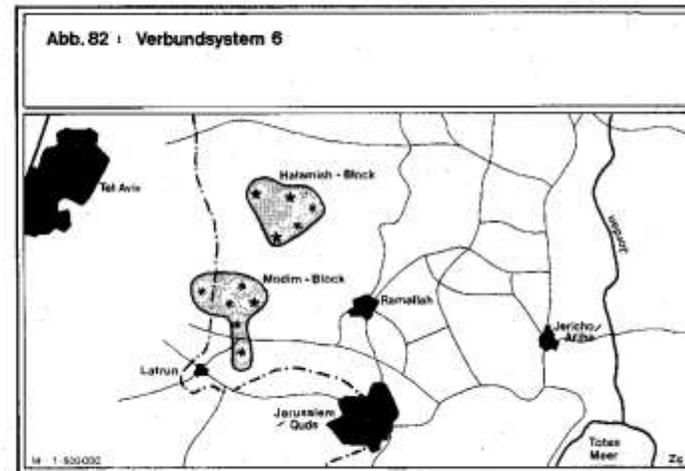
Verstärkt wird die Unterteilung der nördlichen Westbank in zwei Sektoren noch durch die ‚Trans-Samaria-Autobahn‘, die von Tel Aviv/Jaffa über den Ariel-Block und den Shilo-Block bis zum Jordantal führt.



Dieses fünfte Verbundsystem umfaßt den ‚Jordantal-Block‘ und den Siedlungsblock ‚Nördliches Totes Meer‘. Insgesamt gehören 46 bestehende und geplante Siedlungen in den Bereich dieser beiden Siedlungsblöcke. Die regional-strategische Funktion dieses Verbundsystems ist letztendlich die völlige Unterbindung von Kontakten zwischen der Westbank und dem benachbarten Jordanien sowie die Bedrängung der palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkte von Osten her.

Das Verbundsystem dieser beiden Siedlungsblöcke ist deckungsgleich mit den Hauptsiedlungsachsen im Jordantal, die schon im Allon-Plan und im Sharon-Plan definiert wurden.

Die beiden Siedlungsgürtel im Jordantal und am Ufer des Toten Meeres sowie auf den Höhen des Jordan-Riffs bilden eine feste israelische Barriere und schließen den Kreis um die gesamte Westbank. Durch den oft paramilitärischen Charakter seiner Siedlungen bildet dieses Verbundsystem auch ein Sprungbrett für eine mögliche weitere israelische Expansion nach Osten.

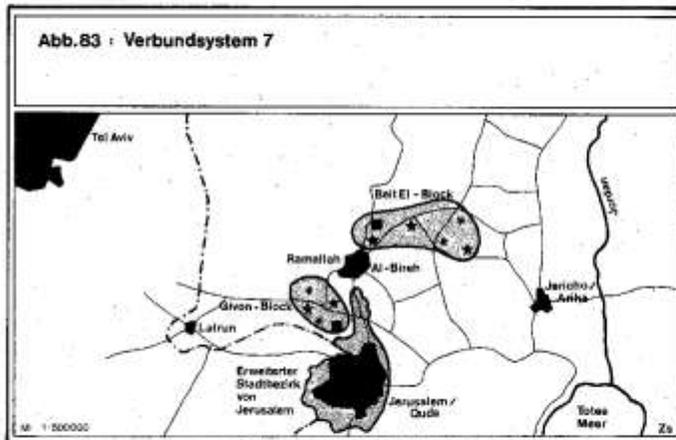


Das sechste Verbundsystem besteht aus zwei Siedlungsblöcken, nämlich aus dem ‚Halamish-Block‘ und dem ‚Modim-Block‘. Die Anzahl der in diesen Siedlungsblöcken existierenden und geplanten israelischen Siedlungen beläuft sich auf 11.

Dieses Verbundsystem soll drei Funktionen erfüllen. Erstens soll es den südwestlichen Teil der nördlichen Westbank mit jüdischen Siedlungen auffüllen, um dort die israelische Präsenz zu dokumentieren und damit ‚Besitzansprüche‘ auf dieses Gebiet anzumelden.

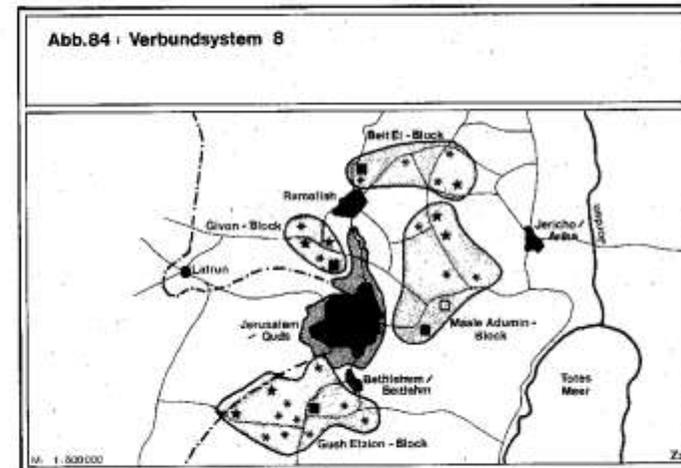
Zweitens sollen auf der strategisch wichtigen Bergkette, die die palästinensische Küstenebene und damit auch die Großstadt Tel Aviv kontrolliert, in größerem Umfang israelische Siedler stützpunktartig angesiedelt werden. Ursprünglich war sogar geplant, im ‚Halamish-Block‘ eine größere urbane Siedlungszone zu schaffen. Dieses Vorhaben wurde jedoch später zugunsten der Stadtgründungen im ‚Ariel-Block‘ und im ‚Karney Shomron-Block‘ aufgegeben.

Drittens verschafft der ‚Modim-Block‘ Israel und den zionistischen Siedlern die direkte Kontrolle über die Latrun-Enklave. Die Stadt Latrun ist damit bis auf einen schmalen Korridor von israelischem Siedlungsgebiet umgeben.



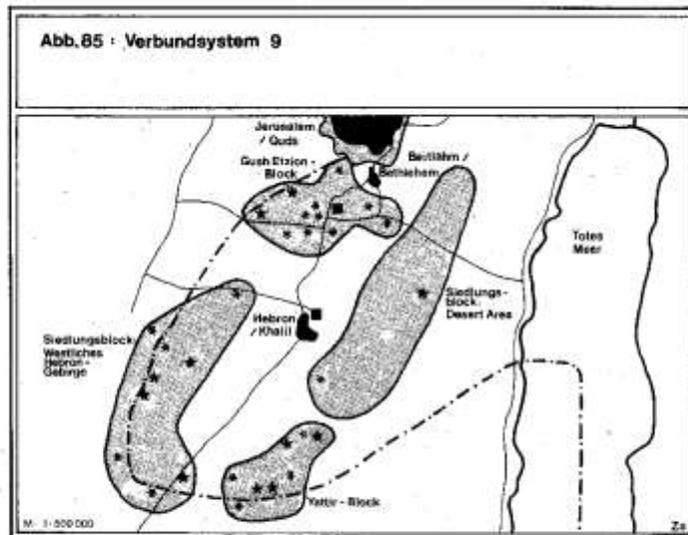
Dem siebten Verbundsystem gehören zwei Siedlungsblöcke mit insgesamt 11 bestehenden und geplanten israelischen Siedlungen an. Es handelt sich um den ‚Givon-Block‘ und um den ‚Beit El-Block‘. Dieses Verbundsystem hat nur eine Funktion, nämlich die Einkreisung von Ramallah und Al-Bireh. Der ‚Beit El-Block‘ übernimmt dabei die Aufgabe, Ramallah und Al-Bireh von Norden her abzublocken und die beiden wichtigen Ausfallstraßen nach Nablus und ins Jordantal zu kontrollieren. Als Folge der Einschnürung durch den ‚Beit El-Block‘ mußten beispielsweise drei größere kommunale Wohnungsbauprojekte für die palästinensischen Einwohner von Al-Bireh aufgegeben werden, die rund 500 palästinensischen Familien neuen Wohnraum geschaffen hätten. Das für diese Projekte vorgesehene Gemeindefeld wurde von den zionistischen Behörden einfach zu ‚geschlossenem Gebiet‘ erklärt, auf dem keine palästinensischen Bautätigkeiten mehr stattfinden durften. Wenig später entstanden dann dort die beiden Gush Emunim-Siedlungen Beit El und Beit El B.

Im Südwesten wird die räumliche Ausdehnung der einwohnerstarken Stadt Ramallah durch die Existenz des ‚Givon-Blocks‘ verhindert, der auch die Ausfallstraße nach Latrun kontrolliert. Im Süden schließlich wird eine mögliche Entwicklung Ramallahs durch den erweiterten Stadtbezirk von Jerusalem (Quds) verunmöglicht, wo sich in unmittelbarer Nähe von Ramallah mehrere ‚israelische‘ Vororte befinden.



Im achten Verbundsystem sind vier Siedlungsblöcke zu einer Einheit zusammengefaßt, nämlich der ‚Givon-Block‘, der ‚Beit El-Block‘, der ‚Maale Adumin-Block‘ und der ‚Gush Etzion-Block‘. 23 israelische Siedlungen existieren bis heute auf dem Gebiet dieser Siedlungsblöcke, 7 weitere sind für die nahe Zukunft geplant.

Die Hauptfunktion dieses Verbundsystems liegt in der weiträumigen Einkreisung der Stadt Jerusalem (Quds). Neben der inneren Umzingelung der arabischen Wohnquartiere durch neu errichtete jüdische Stadtviertel und Vororte, auf die wir noch detailliert eingehen werden, soll auch der Großraum Jerusalem (Quds) durch einen weitgefächerten Ring jüdischer Siedlungen unter israelische Kontrolle gebracht werden. Während der ‚Givon-Block‘ und der ‚Beit El-Block‘ Jerusalem im Nordwesten und im Norden umgeben, ist der ‚Maale Adumin-Block‘ mit seiner ausgedehnten städtisch-industriellen Zone der Stadt von Osten her vorgelagert. Im Süden schließt sich dann der Kreis mit dem ‚Gush Etzion-Block‘, der einen Sperrriegel zwischen Jerusalem (Quds) und Hebron (Khalil) legen und gleichzeitig auch noch die Stadt Bethleem (Bethlehem) in ihrer räumlichen Entwicklung hindern wird. Mit dem ‚Maale Adumin-Block‘ wird darüberhinaus die nördliche Westbank von ihrem südlichen Teil abgetrennt. Wie schon beim Verbundsystem 4 wird auch hier ein flächenmäßig weit ausgedehnter städtischer Komplex errichtet, der vor allem durch die Präsenz einer zahlenmäßig starken jüdischen Bevölkerung die Barriere verfestigen soll.



Das neunte Verbundsystem umfaßt wiederum vier Siedlungsblöcke, und zwar den ‚Gush Etzion-Block‘, den Siedlungsblock ‚Westliches Hebrongebirge‘, den Siedlungsblock ‚Desert Area‘ und den ‚Yattir-Block‘. Diese vier Siedlungsblöcke beinhalten insgesamt 31 bestehende und geplante israelische Siedlungen.

Dieses letzte Verbundsystem hat eine doppelte Funktion. Einerseits ist beabsichtigt, die Stadt Hebron (*Khalil*) mit ihrer erheblichen palästinensischen Bevölkerung weiträumig einzukreisen. Deutlich ist auf der Karte zu erkennen, daß die vier Siedlungsblöcke dieses Verbundsystems einen geschlossenen Ring um Hebron (*Khalil*) und Umgebung bilden. Andererseits dient auch hier in der südlichen Westbank die Absteckung jüdischer Siedlungsgebiete der Dokumentation der zionistischen ‚Ansprüche‘ auf diesen Teil Palästinas.

## 5. Vorläufige Ergebnisse der Kolonisierungspolitik

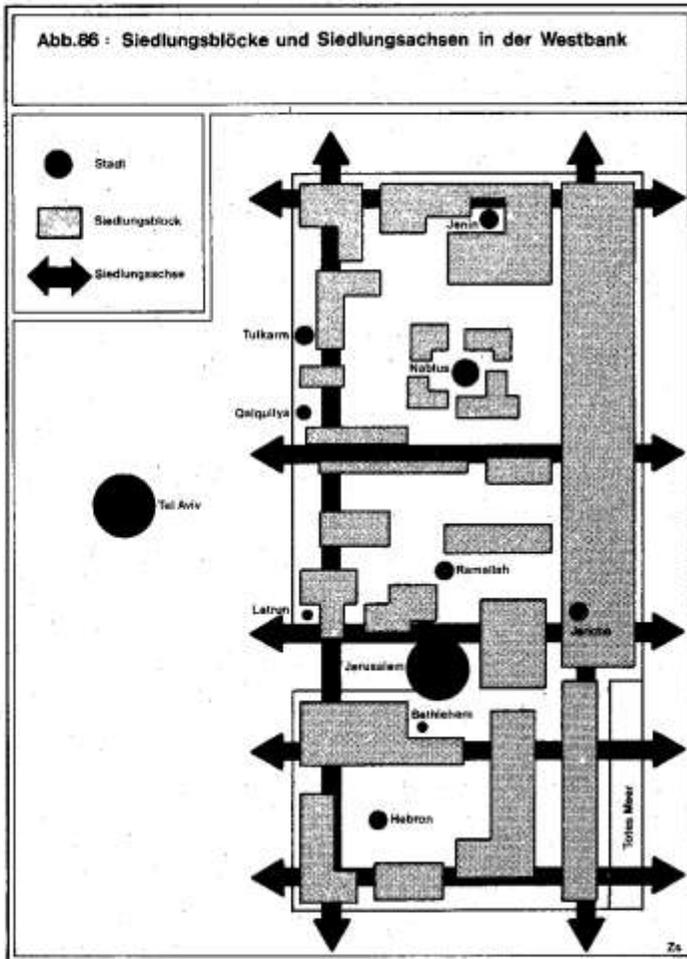
### 5.1 Ergebnisse der zionistischen Siedlungspolitik

Die regional-strategische Konzeption der zionistischen Weltorganisation und deren praktische Umsetzung durch die Likud-Regierung zielt einerseits auf die Zerstörung der palästinensisch-arabischen Raumstrukturen und damit auf die Verhinderung einer territorialen und politischen Kontinuität des palästinensischen Volkes ab, andererseits will sie zur Dokumentation zionistischer ‚Besitzansprüche‘ möglichst weite Teile der **Westbank** und des **Gaza-Streifens** in jüdisches Siedlungsgebiet verwandeln. Wichtigste raumplanerische Maßnahme zur Realisierung dieser Ziele ist die Begrenzung und Einengung des Lebensraumes der einheimischen palästinensischen Bevölkerung und damit zwangsläufig die Schaffung von ‚Freiraum‘ für die zionistischen Siedlungsaktivitäten.

Durch den Zusammenschluß der israelischen Siedlungen in der **Westbank** zu Siedlungsblöcken sollten bessere organisatorische Mittel geschaffen werden, um die destruktiven Ziele effektiver in die Praxis umsetzen zu können. Neue Siedlungen sollen schwerpunktmäßig noch innerhalb dieser Siedlungsblöcke an strategisch wichtigen Standorten errichtet werden. Die innere Entwicklung der Siedlungsblöcke im Sinne der Vorgaben der Zionistischen Weltorganisation soll durch die Bildung von Gebietsräten verwaltungsmäßig zentralisiert werden.

Die Verkoppelung einzelner Siedlungsblöcke zu regionalen Verbundsystemen schafft die räumlichen Voraussetzungen, um die wichtigsten palästinensisch-arabischen Zentren einzukesseln und sie an ihrer weiteren Entwicklung zu hindern. Die Einkreisung aller wichtigen palästinensischen Städte und extensive Durchsetzung aller Teilräume der Westbank mit israelischen Siedlungskomplexen zeigt, daß jede einzelne Siedlung neben ihrer lokal begrenzten Funktion auch ihre besondere Rolle im Rahmen der regionalen Verbundsysteme spielt.

Bei einer Betrachtung aller Siedlungsblöcke im Zusammenhang wird das Ziel der zionistischen Strategen deutlich: Die einzelnen Siedlungsblöcke beschränken sich nicht darauf, im Rahmen der Verbundsysteme ihre jeweilige regionale Funktion zu erfüllen, sie sind auch so angelegt, daß sie im Gesamtzusammenhang das ganze Territorium der Westbank weiträumig einkreisen und es dazu noch in verschiedene Sektoren zerschneiden. Ein regelrechtes Gitternetz von Siedlungsachsen wird über die gesamte Westbank gelegt, wobei die einzelnen palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkte nun innerhalb der Maschen dieses Netzes gefangen sind.



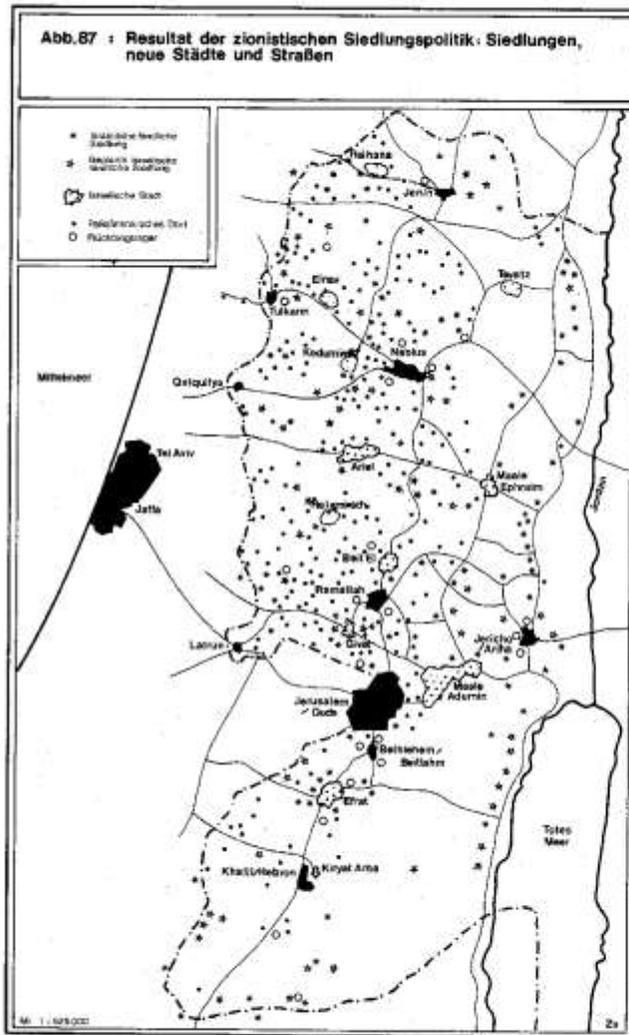
Der nördliche Teil der Westbank ist von deren südlichem Teil durch eine west-östliche Siedlungsachse geteilt, die von Latrun über Jerusalem (*Quds*) bis ins Jordantal verläuft. Sie bildet nicht nur räumlich, sondern vor allem auch vom Bevölkerungsaspekt her eine massive Barriere, befinden sich doch auf dieser Achse unter anderem die neuen israelischen Städte Maale Adumim und Givon sowie die dicht besiedelten jüdischen Vororte und Stadtteile im Norden Jerusalems (*Quds*). Zur Verstärkung dieser Siedlungsachse sowie zu deren Anbindung an Tel Aviv wurde von den Zionisten eine neue Schnellstraße von Maale Adumim bis zum westlichen Rand der Westbank gebaut.

Durch eine weitere, in west-östlicher Richtung verlaufende Siedlungsachse wird der nördliche Teil der Westbank in zwei Sektoren unterteilt. Auch diese Siedlungsachse wird sowohl räumlich als auch bevölkerungsmäßig eine starke Barriere bilden, da sich in ihrem Verlauf die neuen israelischen Städte Karney Shamron, Elkana, Ariel und Maale Ephraim befinden. Auch diese Siedlungsachse wird durch eine neue Schnellstraße, die ‚Trans-Samaria-Autobahn‘ verstärkt, die das Jordantal über Maale Ephraim, Ariel und Elkana mit Tel Aviv verbindet.

Der südliche Teil der Westbank schließlich wird durch eine dritte Siedlungsachse zerschnitten, die zwischen Jerusalem (*Quds*) und Hebron (*Khalil*) liegt und bis zum Toten Meer reicht. Auch auf dieser Achse wird eine große jüdische Bevölkerungszahl angesiedelt werden, bildet doch der ‚Gush Etzion-Block‘ mit seinen zahlreichen israelischen Siedlungen und der neuen Stadt Efrat einen Schwerpunkt im Verlauf dieser Siedlungsbarriere. Die Verbindung zum Toten Meer wird durch eine neue Schnellstraße durch die Wüstenregion hergestellt.

Lage und Verlauf dieser Siedlungsachsen sind natürlich nicht zufällig. Die gesamte Westbank ist damit in vier überschaubare und leicht kontrollierbare Sektoren aufgesplittet, die jeweils von einem Ring jüdischer Siedlungen umschlossen werden. Jeder der vier Sektoren beinhaltet einen der großen palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkte Nablus, Ramallah, Jerusalem (*Quds*) und Hebron (*Khalil*). Die palästinensischen Städte werden, wie schon gezeigt, von weiteren Siedlungsblöcken engmaschiger eingekreist und damit nicht mehr entwicklungsfähig. Denn gleichzeitig mit der Besiedlung durch jüdische Siedler ist langfristig eine Siedlungsausdehnung der palästinensischen Bevölkerung durch Bauverbot, Genehmigungsverfahren und einschränkende Gesetze sowie durch das Errichten von Sperrgebieten verunmöglicht.

Im **Gaza-Streifen**, in dem heute rund 450.000 Palästinenser leben, wurde die Errichtung von israelischen Siedlungen auch unter der Likud-Regierung fortgesetzt. Die Besiedlung dieser Region läßt sich in zwei Etappen untergliedern. Bis zum Separat-Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel



und der damit verbundenen Rückgabe der Sinai-Halbinsel im April 1979 lief die Siedlungspolitik in erster Linie darauf hinaus, den schon von der Arbeiterregierung errichteten Siedlungskomplex 'Pithat Rafiah' auf dem nördlichen Sinai weiter auszubauen, um damit einen dauerhaften und massiven Sperrgürtel zwischen Ägypten und dem palästinensischen Gazastreifen zu schaffen. Vor allem dem Ausbau der Siedlung Yamit zu einer neuen israelischen Hafenstadt mit zentraler Funktion für die sie umgebenden Siedlungen wurde ein besonderer Stellenwert beigemessen.

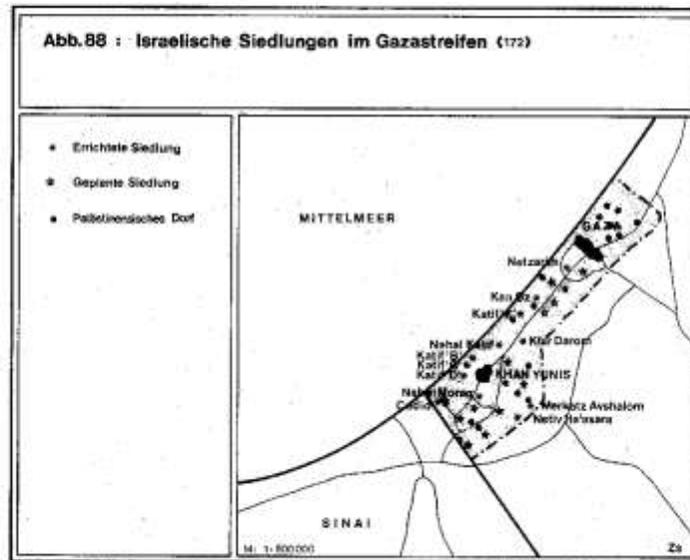
Hatte Moshe Dayan noch die Vision gehabt, mit Yamit eine Stadt für 250.000 jüdische Einwohner auf dem Sinai aufzubauen, so beschränkten sich die offiziellen Ausbaupläne erst einmal auf 30.000 Einwohner. Die Siedler für Yamit rekrutierte man hauptsächlich aus der Sowjetunion und aus den USA, wo die Zionistische Bewegung mit dem Versprechen günstiger Investitionsbedingungen zahlreiche Juden in den Sinai locken konnte. Mit dem Ausbau von Yamit zu einem regionalen Zentrum wuchsen auch die benachbarten ländlichen israelischen Siedlungen wie Sadot oder Neot Sinai, ein vorgeschobener Siedlungs-Stützpunkt.

Im Gaza-Streifen selber entstanden dagegen in diesem Zeitraum keine neuen israelischen Siedlungen, da sich alle Aktivitäten der zionistischen Regierung auf die Region 'Pithat Rafiah' konzentrierten.

Mit der Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten veränderte sich die Situation jedoch schlagartig. In einer theatralischen Aktion räumten die zionistischen Siedler schließlich widerwillig und gegen den massiven Protest verschiedener fanatischer Gruppen die Siedlungen des nördlichen Sinai, nicht ohne dabei aller Welt zu verdeutlichen, daß sich ein solcher Rückzug aus einmal okkupiertem Gebiet etwa in der Westbank oder im Gaza-Streifen nicht wiederholen wird. „Für dieses Ziel ketteten sich die Männer mit Handschellen an Telegrafmasten. Ihre Frauen vergraben die dazugehörigen Schlüssel mit dramatischer Geste im Wüstensand. Den anrückenden Soldaten schickten die wilden Siedler heulende Kinder entgegen, mit Bündelchen beladen auf den Weg in die angebliche Heimatlosigkeit. Ganze Familien treten in den Hungerstreik, Selbstverbrennungen werden angekündigt ... Das ganze Land spielt mit im Rührstück über jüdisches Gefühl und jüdisches Leid“, so schildert das Nachrichtenmagazin 'stern' die Szenerie 17). Zum gleichen Zeitpunkt gab die Siedlungsabteilung der Jüdischen Agentur die neuen Besiedlungspläne für den Gazastreifen bekannt. In einem Siedlungsgürtel mit dem wohlklingenden Namen 'Friedenskorridor' (Pithat Shalom) sollen demnach 20 neue israelische Siedlungen zwischen den Städten Gaza und Khan Yunis errichtet werden, 15 von ihnen als Ersatz für die geräumten Sinai-Siedlungen.

Durch die Intensivierung zionistischer Siedlungsaktivitäten wird nun auch der Gaza-Streifen mit seinem hohen palästinensischen Bevölkerungsanteil

mit einem Netz israelischer Siedlungen überzogen. Die Intention der zionistischen Regierung ist offensichtlich: Genau wie die Westbank soll auch der Gaza-Streifen in israelisches Territorium verwandelt werden. Die bis Ende 1979 errichteten israelischen Siedlungen auf dem Gaza-Streifen zeigt die nachfolgende Abbildung:



## 5.2 Strukturelle Veränderungen in den 1967 besetzten Gebieten

Im Gaza-Streifen und vor allem in der Westbank sind die strukturellen Veränderungen durch die Politik der ‚vollendeten Tatsachen‘ nicht mehr zu übersehen. Den Ende 1984 etwa 1,5 Millionen palästinensischen Bewohnern der Westbank und des Gaza-Streifens stehen etwa 129.000 jüdische zionistische Siedler gegenüber, und zwar 42.000 in der Westbank, 2.000 in Gaza und 85.000 im annektierten Jerusalem (*Quds*). Das gesamte Territorium ist inzwischen von einem Netz Siedlungen durchzogen und von neu gebauten Verbindungsstraßen durchschnitten. Die Landnahme ist ebenso fortgeschritten: 41% des Bodens in der Westbank genommen, 11% zu

Sperrzonen erklärt, ein Drittel des Bodens in Gaza und 30% im annektierten Jerusalem (*Quds*) enteignet<sup>173</sup>. Dort, wo ehemals die Felder arabischer Bauern blühten, befinden sich nun die Siedlungen der Besatzer, nicht selten auf den Trümmern zerstörter palästinensischer Häuser und Felder. Sind die neuen Siedlungen heute noch Fremdkörper in einer palästinensisch-arabischen Umwelt, so sollen sie doch bald zur Umwelt selber werden, in der sich punktuell noch vereinzelte palästinensische Dörfer und Städte enklavengleich befinden.

Schon heute ist fast jedes palästinensische Dorf und jede palästinensische Stadt von Siedlungskomplexen der Besatzer, von militärischen Anlagen oder von Sperrgebieten umgeben, die die physische Ausdehnung der palästinensischen Siedlungen verhindern sollen. Ziel solcher Umzingelungsmaßnahmen ist die Verhinderung einer weiteren Bautätigkeit der arabischen Gemeinden, der unter sozialen, ökonomischen und symbolischen Aspekten große Bedeutung für die palästinensische Bevölkerung zukommt. Denn nach sozialen Kriterien ist die Schaffung gerade neuen Wohnraums ein vordringliches Ziel der palästinensischen Gemeinden in den 1967 besetzten Gebieten. Nicht nur ist der Wohnungsbau eine notwendige soziale Aufgabe für die großen Familien – die Geburtenrate bei den Palästinensern dort gilt als die höchste der Welt – er schafft zudem Arbeitsplätze, die außerhalb der stagnierenden Landwirtschaft noch unabhängig vom israelischen Arbeitsmarkt für Einkommen palästinensischer Arbeitskräfte zu sorgen vermögen. Hinzu kommt, daß die Errichtung neuer Häuser angesichts der starken Inflation der israelischen Währung zur sichersten Investitionsform und damit zu einem ebenso bedeutenden ökonomischen Faktor geworden ist. Der symbolische Aspekt besteht schließlich darin, daß die Erweiterung der palästinensischen Dörfer und Städte durch die Errichtung von Neubauten zu einer Manifestation der Verbundenheit der Palästinenser mit ihrem Land und zu einer Dokumentation ihres Willens geworden ist, trotz aller zionistischer Willkürmaßnahmen Palästina niemals zu verlassen.

Die Siedlungen der Besatzer sind jedoch nicht allein um die palästinensischen Gemeinden herum konzentriert, sie säumen auch die Hauptverkehrsverbindungen in den besetzten Gebieten und kontrollieren alle bedeutenden Verkehrsknotenpunkte. Durch die Schaffung von Siedlungsgürteln entlang der Grenze zu arabischen Nachbarstaaten werden die Gebiete isoliert; die Planung und Errichtung neuer, strategisch wichtiger Straßen ermöglicht die Kontrolle über das gesamte Territorium. Dabei spielt auch die Auseinandersetzung mit den Bewohnern der Flüchtlingslager eine Rolle. Im Süden von Bethlehem (*Baitlahm*) werden eigene Straßen entwickelt, die den Siedlern ‚störungsfreien‘ Verkehr zwischen den Siedlungen ermöglichen<sup>174</sup>.

Die Besiedlung von Westbank und Gaza-Streifen läßt sich grob in zwei

Etappen untergliedern. Während die ersten zehn Jahre der Besetzung von 1967 bis 1977 durch die Siedlungspolitik des Arbeiterblocks bestimmt waren, zeichnet seit 1977 der Likud-Block für den Aufbau von Siedlungen verantwortlich. Trotz der schon beschriebenen graduellen Unterschiede in den politischen Aussagen beider Fraktionen verlief die Besiedlung von Westbank und Gazastreifen bis auf den heutigen Tag durchgehend nach einem klaren und einheitlichen Konzept, hinter dem die planende Hand der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation als dirigierender Faktor ständig deutlich spürbar blieb. Bestimmende Elemente der Siedlungspolitik in den beiden Etappen waren die genannten Generalpläne: der ‚Allon-Plan‘ und der ‚Sharon-Plan‘.

Es ist von Bedeutung, hier noch einmal festzustellen, daß beide im Endeffekt keine grundlegenden Unterschiede aufweisen. Vielmehr sind sie im Rahmen der zionistischen Ideologie zwei konsequent aufeinanderfolgende Komponenten, die auf die aktuellen Erfordernisse der jeweiligen Situation abgestimmt sind.

Daß es für die Situation der Palästinenser keinen Unterschied bedeutet, ob der Likud-Block mit Menachim Begin oder der Arbeiterblock mit Shimon Peres die Siedlungspolitik bestimmen, verdeutlichte der Bürgermeister von Nablus, Bessam Shaka'a, im Jahre 1981. Für ihn besteht der einzige Unterschied darin, daß Begin ‚die Westbank zu seinem Haus machen‘ möchte, während Peres ‚die Westbank als Hotel mit israelischem Management‘ bevorzuge<sup>175</sup>.

Erinnern wir uns noch einmal an die Maxime Franz Oppenheims auf dem VI. Zionistenkongreß im Jahre 1902: "Nun, meine Freunde, wir wollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannt, schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischenwirken feinerer Maschen gestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen"<sup>176</sup>.

Zur Schaffung des groben Maschenwerkes war der Allon-Plan das angemessene Mittel. Der Sharon-Plan dient der Verfeinerung der Maschen und der Vervollständigung des Netzes. Der Allon-Plan ist damit in der Gesamtstrategie der Zionistischen Weltorganisation als eine Vorstufe zum Sharon-Plan aufzufassen.

Das Planungsschema der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation orientiert sich exakt an der Maxime Oppenheims, indem es die folgenden Punkte umfaßt:

- Nach der militärischen Okkupation von Westbank und Gaza-Streifen werden als erster Schritt äußere Eckpunkte zur Sicherung vorläufiger Grenzen abgesteckt.

- Im Inneren des besetzten Territoriums werden Stützpunkte geschaffen, von denen aus später die innere Kolonisierung ihren Anfang nehmen soll.
- Durch die Verbindung der äußeren Eckpunkte untereinander spannt man die starken Stricke, die das besetzte Territorium einkreisen und es von jeglichem Kontakt nach außen isolieren sollen.
- Stärkere Fäden werden durch die Verbindung der äußeren Eckpunkte mit den inneren Stützpunkten gespannt, bis ein grobmaschiges Siedlungsnetz entstanden ist, das die dicht besiedelten Regionen im Inneren der besetzten Gebiete voneinander abtrennt.
- Nun wird mit dem Spinnen feinerer Fäden begonnen, indem die arabischen Städte und Dörfer allmählich durch Siedlungsringe eingekreist und in ihrer räumlichen Entwicklung behindert werden. Die inneren Stützpunkte werden vergrößert und zu Siedlungssystemen erweitert, die teils urbane, teils ländliche Strukturen erhalten.
- In einem letzten Schritt werden dann schließlich die verbliebenen Löcher im Siedlungsnetz geschlossen, indem nun auch in den von den Palästinensern am dichtesten besiedelten Regionen jüdische Konkurrenzsiedlungen entstehen, womit ein einheitlicher Teppich von Siedlungen das gesamte okkupierte Territorium überdeckt.

Das Endziel wäre damit erreicht: die Schaffung eines komplexen Raumsystems, das den zionistischen Besatzern die Voraussetzung dafür schafft, die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft nachhaltig zu behindern und schließlich die nationale Identität des palästinensischen Volkes zu zerstören. Der Schritt zur formellen Annexion der 1967 besetzten Gebiete wäre nur noch eine Kleinigkeit.

Die Siedlungspolitik der Arbeiterblock-Regierung auf der Grundlage des Allon-Plans beinhaltete in erster Linie die ersten vier Phasen des Planungsschemas der Zionistischen Weltorganisation, konnte doch mit der Schaffung eines grobmaschigen Siedlungsnetzes das Ziel der räumlichen Segregation der Palästinenser in eng umgrenzten Teilräumen erreicht werden.

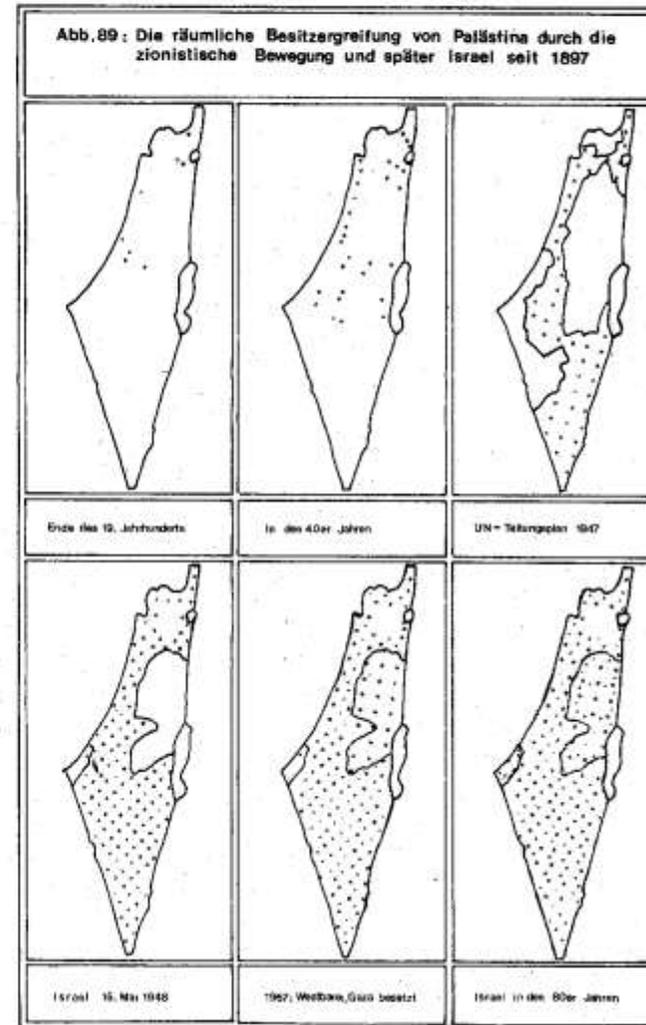
Für die Ideologen der Zionistischen Weltorganisation ist damit das endgültige Ziel allerdings noch nicht erreicht. Für die Umwandlung Palästinas in ‚Erez Israel‘ soll die faktische Annexion der gesamten Fläche der besetzten Gebiete vollzogen werden, einschließlich der von den Palästinensern dicht besiedelten Regionen. Zur Weiterführung der Siedlungspolitik in Sinne der Zionistischen Weltorganisation bot sich die Likud-Fraktion an. Der Sharon-Plan soll seitdem die Realisierung der letzten beiden Phasen des allgemeinen Planungsschemas übernehmen.

Die neuere Entwicklung zeigt einen weiteren, hinzugekommenen Zweig der Siedlungspolitik: Suburbanisation im Bereich der dicht besiedelten palästinensischen Hügelregion. Benvenisti stellt fest, daß der Siedlungsplan der

Zionistischen Weltorganisation für 1986 die prozentual höchsten Investitionen in den Randbereichen der Großstädte vorsieht. Er zitiert aus diesem Plan: „Der Siedlungsplan verlegt das Zentrum der Schwerpunktsiedlung weg von den subventionierten ländlichen Gemeinschaftsdörfern, hinein in die notwendig gewordenen und zu forzierenden halbstädtischen Siedlungen mit hoher Ausstattungsqualität in den Zonen mit besonderer Priorität“<sup>177</sup>. Nach Benvenistis Einschätzung ist dieser Trend erstens zurückzuführen auf gestiegene Wohnansprüche in Israel selbst und andererseits eine Reaktion auf Finanzierungsprobleme und auch das Problem, Siedlungswillige zu finden. Die „Schlafstädte“ am Rande der größeren Städte sollen sich auf die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen der alten Städte stützen. Zusätzlich wird diese Entwicklung auch noch politisch verkauft; man möchte auch die neuen „bourgeois pioneers“ für die Besetzung der Westbank gewinnen<sup>178</sup>.

Hand in Hand mit dieser halbstädtischen Entwicklung soll eine neue Straßenplanung gehen, die das vorhandene Straßennetz an den Stellen erweitert, wo die Auseinandersetzungen mit der palästinensischen Bevölkerung größere Ausmaße angenommen haben: entlang der Straßen, die die großen Flüchtlingslager passieren. Neben dem Versuch, die Lagerbewohner, die zumeist Flüchtlinge von 1948 sind und damit auch permanente Zeugen des bereits damals geschehenen Unrechts an ihrem Recht auf Boden und ihre Heimat, auszusiedeln bis in das Jordantal, werden Umgehungsstraßen gebaut, wie z.B. im Süden Bethlehems (*Beitlahm*), um tätliche Auseinandersetzungen mit den Bewohnern z.B. des Dehesche-Lagers zu vermeiden<sup>179</sup>.

So läßt sich die bisher geschilderte Entwicklung in der Besiedlungs- und damit Annexionstrategie für die Westbank noch ergänzen durch eine verstärkte halbstädtische Siedlungsbewegung zwischen den Zentren palästinensischer Besiedlung entlang der Nord-Süd-Hügelregion im Einzugsgebiet von Jerusalem (*Quds*) und Tel Aviv/Jaffa<sup>180</sup>.



## Kapitel V

---

### Die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ palästinensisch- arabischer Städte in den 1967 besetzten Gebieten

### Die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ palästinensisch- arabischer Städte in den 1967 besetzten Gebieten

Neben der Zerstörung der regionalen Raumstrukturen in der Westbank steht auch die Zersetzung der alten arabischen Städte und deren Umfunktionierung in Zentren jüdischer Besiedlung auf dem Programm zionistischer Politik. Unter der politischen Devise, eine rapide Veränderung der demographischen Verhältnisse zugunsten der israelischen Siedler zu erreichen, wird versucht, durch den Aufbau jüdischer Stadtviertel und kompletter Satellitenstädte nun auch in den palästinensischen Bevölkerungsschwerpunkten tiefgreifende Veränderungen vorzunehmen. Im Rahmen von ‚Säpierungsprogrammen‘ werden die Häuser der Palästinenser dem Erdboden gleichgemacht und durch israelische Wohntürme ersetzt. Unter dem Begriff der ‚Stadtentwicklung‘ werden nicht bebaute städtische Flächen zu ‚geschlossenen Gebieten‘ deklariert und auf ihnen mit dem Bau jüdischer Wohnquartiere, vorzugsweise auf Hügeln, die die Stadtzentren überblicken, begonnen. Das Ziel ist die Kontrolle der dort lebenden arabischen Bevölkerung und die Vermittlung eines Gefühls des Lebens im Getto. Die rassistische Komponente der zionistischen Stadtplanung liegt in der planmäßigen Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung aus den alten arabischen Städten durch Vertreibung mit Mitteln physischen und psychischen Drucks, sowie in der jüdischen Exklusivität der neugeplanten Wohnviertel und Satellitenstädte.

Die Politik des langsamen Einschnürens und Aufrollens der arabischen Städte ist nicht neu, wie die Beispiele von Nazareth (*Nasira*) und Akko (*Akka*) zeigen, wo auf den die Stadt umgebenden Hügeln die israelischen Konkurrenzstädte Nazareth Ilyit und im Norden von Akko Neu-Akko errichtet wurden.

In der Westbank begann Israel im Jahre 1979 damit, am Hang des Berges Jirzir in Nablus einen exklusiven jüdischen Stadtteil zu errichten. Im Jahre 1978 wurde auf einem Hügel oberhalb von Ramallah der israelische Stadtteil Bsajoun gegründet. Im gleichen Jahr begann man mit den Gründungsarbeiten für einen jüdischen Stadtteil in der Stadt Bir Zeit, wo sich die palästinensische Universität befindet. Ebenso wird heute Jericho (*Ariha*) durch die Errichtung israelischer Siedlungen in Stadtnähe bedroht. Die Umwandlung Jerusalems (*Quds*) von einer arabischen Metropole in die von den zionistischen Ideologen angestrebte ‚ewige und unteilbare Hauptstadt Israels‘ schreitet durch den ständigen Ausbau der bestehenden israelischen Stadtviertel und Vororte, sowie durch die Gründung neuer jüdischer Satellitenstädte weiter voran, und auch in Hebron (*Khalil*) versucht Hand in Hand mit zionistischen Siedlergruppen die israelische Regierung, durch die Errichtung eines Siedlungsringes um die Stadt und durch den Aufbau eines ‚jüdischen Viertels‘ im Herzen von Hebron (*Khalil*) ihre Politik der ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ in die Tat umzusetzen.

Anhand der Beispiele von Hebron (*Khalil*) und Jerusalem (*Quds*) soll nun nachfolgend der Prozeß der zionistischen Besitzergreifung von palästinensischen Städten aufgezeigt werden. Leider waren wir bei der Bearbeitung dieses Teils der Untersuchung zum großen Teil auf Zeitschriften und Aufsätze angewiesen, denn entsprechende Aufarbeitungen des komplexen Änderungsprozesses in den beiden Städten stehen noch aus.

48.

Hebron (*Khalil*), um 1925

49.



Hebron Straßenbild, um 1925

## 1. Hebron (*Khalil*): Der zionistische Versuch der Überfremdung einer Stadt

Rund 30 Kilometer südlich von Jerusalem (*Quds*) gelegen, ist Hebron (*Khalil*) heute mit seinen circa 70.000 palästinensischen Einwohnern die zweitgrößte Stadt der besetzten Westbank. Sie fungiert als regionales Zentrum für den gesamten südlichen Teil der Westbank, womit rund 200 palästinensische Dörfer und etwa 70.000 Menschen in ihrem weiteren Einzugsbereich liegen.

Durch ihre regional-strategisch wichtige Lage und auch wegen ihrer besonderen Bedeutung als heilige Stadt für den Islam und für das Judentum erhielt Hebron (*Khalil*) im Rahmen der zionistischen Siedlungspolitik eine Schlüsselfunktion. Hatten sich die zionistischen Planer bisher darauf beschränkt, die palästinensisch-arabischen Westbank-Städte wie Nablus, Jericho (*Ariha*) oder Jenin durch die Anlage von Siedlungsblöcken einzukreisen und sie somit in ihrer räumlichen Ausdehnung und Entwicklung zu behindern, so zielte vor allem die ‚Vorhut‘ zionistischer Planung, wie die Gush Emunim-Bewegung, im Falle von Hebron (*Khalil*) darüber hinaus erstmals auch darauf ab, jüdische Siedler direkt im Herzen der Stadt einzuquartieren und die ursprünglich arabische Struktur der Stadt auch von innen her aufzurollen.

Zur Legitimation der territorialen ‚Ansprüche‘ der Zionisten auf Hebron und Umgebung mußte auch hier, wie schon so oft, die Bibel herhalten. So rechtefertigte der israelische UN-Delegierte Herzog im Jahre 1976 die Gründung der zionistischen Siedlung Kiryat Arba nachträglich vor der UNO mit einem Verweis auf die Schöpfungsgeschichte, in der beschrieben wird, wie Abraham vor 4.000 Jahren zum Preis von 400 Schekeln Silber die Höhle Machpelah und ihre Umgebung käuflich erwarb, um dort seine Frau begraben zu können. Unbestreitbar ist Hebron (*Khalil*) für Juden und Moslems gleichermaßen eine heilige Stadt, liegt doch hier Abraham, der Stammvater beider Religionen, begraben. Unbestreitbar ist jedoch auch der arabische Charakter der Stadt. Im Jahre 1929 wurde im Rahmen der landesweiten Aufstände gegen die jüdische Landnahme die bis dahin noch bestehende kleine, jüdische Gemeinde von Hebron (*Khalil*) mit etwa 700 Menschen vertrieben. 67 Menschen wurden ermordet. Die übrigen konnten fliehen. Bis dahin aber war Hebron (*Khalil*) ein Beispiel für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionsgruppen gewesen.

Im Juni 1967 wurde auch die Stadt Hebron (*Khalil*) durch israelische Militärs erobert und besetzt. Es war für diese Stadt nicht die erste Fremdherrschaft, im Verlauf ihrer langen Geschichte stand sie als eine der ältesten durchgehend besiedelten Städte der Welt schon unter der Verwaltung der Ägypter,

der Römer, der Kreuzritter, der Mamelucken und Türken, später dann der Briten und schließlich der Jordanier. Doch durch den besonderen Charakter des zionistischen Kolonialismus stand Hebron (*Khalil*) nicht nur vor einer weiteren Periode fremder Herrschaft mit all ihren negativen Auswirkungen auf die ansässige Bevölkerung. Seit 1967 bedrohen die ‚Judaisierungspläne‘ der zionistischen Politiker und der Siedler die Stadt als solche in ihrer gesamten Existenz. Sie beabsichtigen letztendlich die arabischen Charaktermerkmale der Stadt auszulöschen, sie mit jüdischen Strukturen zu überlagern, die einheimische palästinensische Bevölkerung zu einer Minderheit zu degradieren und durch die gezielte Ansiedlung von Juden die Stadt in einen integralen Bestandteil des zionistischen Systems zu verwandeln. Diese Absicht wird in der Äußerung von Yuval Neeman, einem Mitglied der rechtsextremen zionistischen ‚Tekhiva-Partei‘ in Kiryat Arba, deutlich, der erklärte, daß „Hebron wieder in eine Stadt mit jüdischer Mehrheit verwandelt werden muß wie Jaffa“, das heute nur noch einen Teil von Tel Aviv darstellt <sup>1</sup>.

Das zionistische Vorgehen bei der ‚Judaisierung‘ Hebrons (*Khalils*) ist exemplarisch für die gesamte Kolonisation der palästinensischen Westbank. Im April 1968, nur zehn Monate nach der militärischen Okkupation der Stadt, setzten sich achtzig zionistische Extremisten unter der Führung des Rabbiners Moshe Levinger im ‚Parkhotel‘ in einem nördlichen Außenbezirk von Hebron (*Khalil*) fest. Getarnt als schweizerische Touristen gaben sie vor, zum Gebet an der Grabstätte Abrahams angereist zu sein. Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, daß sie für immer in Hebron (*Khalil*) zu bleiben gedachten. Sie versuchten, Häuser, Geschäfte und Grundstücke zu mieten, wurden jedoch von der einheimischen Bevölkerung abgewiesen. Die zionistischen Extremisten weigerten sich, das von ihnen okkupierte Hotel wieder zu verlassen und bekundeten, daß ihr Verbleiben in Hebron als ein ‚Akt der Erlösung des heiligen Landes‘ aufzufassen sei. Die israelische Regierung verhielt sich zunächst passiv gegenüber dieser Aktion, brachte dann aber schließlich die zionistischen Siedler in einer Militärgarnison in Hebron (*Khalil*) unter, wo sie mehrere Monate lang blieben. Energisch protestierte der arabische Bürgermeister Hebrons (*Khalils*) damals beim israelischen Premierminister gegen diese zionistische Aktion und forderte die israelische Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die extremistische Gruppe die Stadt Hebron (*Khalil*) wieder verläßt. Die israelische Regierung bezeichnete die Besetzung des ‚Parkhotels‘ jedoch nur als eine Bagatelle, wie in folgender offizieller Stellungnahme zum Ausdruck kommt: „Eine kleine Gruppe gläubiger Juden und ihre Familien haben spontan in eigener Initiative ihre Wohnsitze nach Hebron verlegt, eine Stadt, die eine ehrenvolle jüdische-religiöse Vergangenheit hat. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb Nachbarn nicht auf friedlichem und freundlichem Fuß miteinander in Hebron leben sollten“ <sup>2</sup>.

## 1.1 Die Gründung des Stadtteils Kiryat Arba durch israelische Siedler

Solchermaßen durch die israelische Regierung gedeckt, verblieben die Extremisten unter der Führung Levingers in Hebron (*Khalil*), wo sie noch im Jahre 1968 den Versuch unternahmen, eine ‚wilde‘ Siedlung auf einem Hügel nordöstlich der Stadt zu gründen. Zwei Jahre später genehmigte die israelische Regierung diese Siedlungsgründung und unterstützte die Siedler, indem sie umfangreiche Landenteignungen zu ‚militärischen Zwecken‘ durchführte. Von militärischen Sicherheitsaspekten kann jedoch in Hinsicht auf die Gründung von Kiryat Arba keine Rede sein. Wie die Fakten zeigen, sahen die Zionisten die Siedlung Kiryat Arba von Anfang an nicht als einen zeitlich befristeten militärischen Besatzungsposten an, sondern als einen dauerhaften jüdischen Stadtteil von Hebron.

1970 wurde die Siedlung Kiryat Arba von der israelischen Regierung als offizielle Siedlung genehmigt. Im gleichen Jahr wurde der Aufbau eines Industriezentrums im Zusammenhang mit der Siedlung angekündigt. Im September 1971 gab der israelische Wohnungsbauminister einen ‚Hebron-Plan‘ bekannt, nach welchem im Bereich Hebron (*Khalil*) in einer ersten Phase Wohnraum für 900 jüdische Familien geschaffen werden sollte. Zu diesem Zweck forderte man die Gemeinde Hebron (*Khalil*) auf, rund 100 Hektar städtischer Fläche zur Verfügung zu stellen<sup>3</sup>.

Anfang 1972 gab der israelische Wohnungsbauminister in der Knesset bekannt, daß weitere 1.000 Wohnungen für jüdische Siedler in der neuen Siedlung Kiryat Arba errichtet werden sollen, wofür ein Budget von 4,3 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt würde<sup>4</sup>.

Im Mai 1972 beschloß das israelische Kabinett die Errichtung weiterer 200 Wohnungen in Hebron (*Khalil*) und bestätigte noch einmal das Vorhaben, 1.000 neue Wohnungen in Kiryat Arba zu errichten<sup>5</sup>.

Im Juni 1972 protestierte der Bürgermeister von Hebron (*Khalil*) bei der israelischen Regierung erneut gegen den Bau von Wohnungen, die ausschließlich für israelische Juden bestimmt waren. Die israelische Regierung ging jedoch auf diesen Protest nicht ein. Verteidigungsminister Moshe Dayan versprach lediglich, daß die israelischen Siedler die arabischen Einwohner der Stadt nicht bedrängen würden<sup>6</sup>.

Im Juli 1972 untersuchte der israelische Einwanderungsminister Nathan Peled die Möglichkeiten, jüdische Emigranten aus der Sowjetunion und aus westeuropäischen Ländern in größerem Umfang in Hebron (*Khalil*) anzusiedeln<sup>7</sup>.

Diese kleine Auswahl an Informationen aus den ersten fünf Jahren der Besatzung zeigt, mit welcher Umsicht und Sorgfalt die zionistischen Behörden daran gingen, einen starken jüdischen Stützpunkt in Hebron (*Khalil*) zu

errichten. Gegen die Praktiken der israelischen Behörden bei der Genehmigung und Errichtung der Siedlung Kiryat Arba wandte sich ganz entschieden ein am 12. 9. 1979 in Genf zusammengetretener UN-Sonderausschuß, der in seiner Presseverlautbarung feststellte: „Unter dem Vorwand israelischer Sicherheit haben die israelischen Behörden arabisches Land abgesperrt. Das Gesetz erlaubt, daß zeitlich begrenzte Militärlager auf diese Weise geschaffen werden können; das Land muß aber an seinen rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden, wenn die Lager aufgehoben werden. Doch das Gesetz wird mißbraucht. Wenn die Armee erscheint, folgen ihr Siedler und besiedeln das Land durch die Errichtung von Häusern und anderen Einrichtungen. Trotz der Bestrebungen, diesen Mißbrauch abzustellen, gehen solche Aktionen weiter. Die Israelis erklären das Land zu israelischem Besitz ... Im April 1970 unternahmen israelische Behörden Maßnahmen, um große Gebiete von Hebron aus Sicherheitsgründen abzusperren. General Moshe Dayan sagte zu diesem Zeitpunkt, das Land werde zur Verteidigung gebraucht. Tatsächlich wurde es zur Errichtung einer Siedlung, Kiryat Arba, verwendet. Dort leben heute mehr als 2.000 Israelis. Das Land gehört arabischen Bürgern, die kein Recht haben, das Gebiet zu betreten. Sie werden am Betreten gehindert. Die Entscheidung, dieses Gebiet von Hebron zu schließen, wurde trotz Protesten der arabischen Bevölkerung und trotz der Tatsache, daß es sich dabei um eine Aggression handelt, gefällt. 1978 bauten die Besatzungsbehörden Drahtzäune um einen Teil des beschlagnahmten Bodens. Aber einige arabische Häuser befanden sich auf diesem Gebiet. Die Hausbesitzer hatten sich danach Sondererlaubnisse vom Militärkommandeur zu besorgen“<sup>8</sup>.

Kiryat Arba wurde inzwischen zu einer großen, rein jüdischen Siedlung ausgebaut. Auf den Hügeln direkt am Stadtrand von Hebron (*Khalil*) gelegen, bildet die Siedlung heute einen immensen Neubaukomplex mit massiven, mehrgeschossigen Steinhäusern, mit einem asphaltierten Straßen- und Wegenetz, sowie mit einer autonomen Strom- und Wasserversorgung. Die autonome Versorgung israelischer Siedler mit Wasser konnten die Zionisten jedoch nur zu Lasten der palästinensischen Bevölkerung Hebrons erreichen, wie das folgende Beispiel zeigt: Mitte 1979 stellte ein Sprecher des Hebron (*Khalil*) Stadtrates in einer öffentlichen Erklärung fest, daß in der Stadt Hebron akuter Wassermangel herrsche, mehrere Stadtteile seien von der Wasserknappheit betroffen, deren Ursache die Stilllegung des Brunnen Beit Fujjar durch die zionistischen Besatzer sei. Dieser Brunnen habe Hebron (*Khalil*) mit dem größten Teil des benötigten Wassers versorgt. Nach der Stilllegung dieses bedeutenden Brunnens hätten die Bewohner Hebrons (*Khalils*) kein Wasser mehr gehabt. Allein die Existenz von Wasserreserven aus dem vergangenen Winter habe eine totale Katastrophe verhindern können<sup>9</sup>.

Bis zum Regierungswechsel im Jahre 1977 hatten sich in Kiryat Arba meh-

rere hundert jüdische Familien, fast ausschließlich Anhänger der fanatischen "Gush Emunim"-Bewegung, niedergelassen. Mit dem Regierungsantritt des Likud-Blocks wurde die Besiedlung von Hebron (*Khalil*) dann drastisch verstärkt, waren doch für Menachem Begin die „wilden“ Siedler von Hebron die „wahren Pioniere“ und ein „leuchtendes Vorbild“ für die gesamte Siedlungsbewegung<sup>10</sup>.

Im Jahre 1977 beschloß die israelische Regierung den Bau von weiteren 2.000 Hauseinheiten in Kiryat Arba<sup>11</sup>. 1978 befanden sich bereits 1.700 jüdische Einwohner in dieser Siedlung<sup>12</sup>. Im gleichen Jahr ordnete das israelische Verteidigungsministerium an, den Boden im Gebiet von Kiryat Arba, der sich im Besitz der Palästinenser befindet, einzuzäunen. Jegliche Bautätigkeit seitens der Palästinenser wurde strikt verboten. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Regierungskommission für Siedlungsangelegenheiten den palästinensischen Boden für die Erweiterung von Kiryat Arba vorgesehen habe. Die Errichtung weiterer 887 Hauseinheiten, sowie eines Einkaufszentrum für die jüdischen Siedler sei geplant<sup>13</sup>. Am 27. 8. 1981 beschlagnahmten die israelischen Besatzungsbehörden per Militärbefehl weitere 16.000 Dunum Land im Gebiet der Gemeinde Hebron. Es handelt sich hierbei um Privatland, das per Beschluß in israelisches „Regierungsland“ umgewandelt wurde. Das beschlagnahmte Land wurde dann der Siedlung Kiryat Arba zugeschlagen. Bis heute wissen die dortigen Siedler jedoch kaum, wie sie diese enorme Landmenge nutzen können. So wird nun erwogen, entweder einen Zoo oder einen Schießplatz anzulegen<sup>14</sup>.

Heute leben in Kiryat Arba schon über 4.000 israelische Siedler. Um Arbeitsplätze für sie zu schaffen, investierte die israelische Regierung große Summen in die Errichtung von Kleinindustrie- und Handwerksbetrieben, von denen bis heute in der Umgebung von Kiryat Arba 200 bestehen. Wie die israelische Behörde die Errichtung industrieller Betriebe unterstützt, beschrieb Eliyahu Atia vom israelischen Handels- und Industrieministerium folgendermaßen: „Wir haben in Kiryat Arba bei Hebron 7 Industriezonen gebaut. Ein Industrieunternehmen im Siedlungsgebiet erhält 40% Investition in Form von langfristigen billigen Anleihen, 35% als Zuschuß, und der Unternehmer braucht bloß 25% selbst beisteuern“<sup>15</sup>.

Von der israelischen Regierung wird die weitere Vergrößerung von Kiryat Arba angestrebt. Immer weiter schiebt sich die israelische Siedlung in das palästinensische Hebron (*Khalil*) hinein. Regelmäßig kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen fanatischen Siedlern und den Bewohnern Hebrons (*Khalils*). Zwar ist das Gebiet der Siedlung Kiryat Arba exakt eingegrenzt und von Stacheldrahtzäunen markiert, doch patrouillieren die israelischen Siedler regelmäßig durch die angrenzenden arabischen Wohnviertel, um zu kontrollieren, ob dort ein „illegaler“ Bau errichtet oder etwas anderes durchgeführt wurde, was den künftigen Entwicklungsplänen für Kiryat Arba

entgegenstehen könnte. „Mal werden Weinstöcke als solches Hindernis betrachtet und ausgerissen, mal sind es Hochspannungsleitungen. Ein Haus hat man bereits zerstört, das angeblich ‚illegal‘ gebaut worden war, einer Witwe hat man mehrmals Handgranaten vor die Tür geworfen, weil sie nicht bereit ist, ihr Haus zu verlassen, das den Siedlern zu nah an Kiryat Arba steht. Schuldige wurden natürlich nie gefunden“<sup>16</sup>. So schildert ein deutscher Journalist die Situation zu Anfang des Jahres 1983.

Die zionistischen Siedlungspläne für Hebron (*Khalil*) sind gewaltig. Ende April 1982 wurden elf neue Militärposten in der unmittelbaren Umgebung von Hebron (*Khalil*) errichtet. Erfahrungsgemäß muß man davon ausgehen, daß sie in Kürze in zivile israelische Wohnsiedlungen umgewandelt werden.

Bauarbeiten für weitere Siedlungen auf den Hügeln rund um Hebron (*Khalil*) haben bereits begonnen. Auf insgesamt sechs, die Stadt überschauenden Hügeln wurde Land beschlagnahmt. Es deutet alles darauf hin, daß die Stadt Hebron (*Khalil*), wie schon verschiedene Städte im 1948 besetzten Palästina, in naher Zukunft von einem geschlossenen Ring israelischer Siedlungen eingekreist sein wird.

50.



Blick auf die Altstadt und die Ibrahim-Moschee

51.



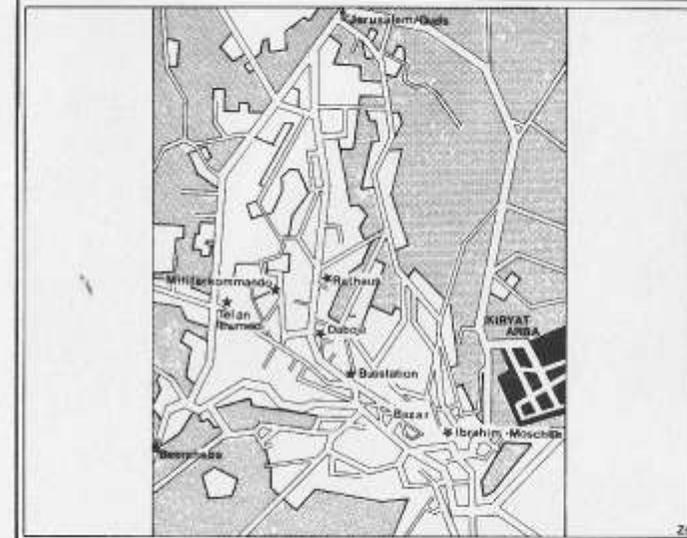
Kiryat Arba

## 1.2 Die zionistischen Siedlungsaktivitäten im Zentrum der arabischen Stadt

Für die Extremisten der Gush Emunim-Bewegung jedoch war die Gründung der Siedlung Kiryat Arba noch kein zufriedenstellendes Ergebnis. Ihnen ging es nicht allein um die Einschnürung Hebrons (*Khalils*) durch die Errichtung einer oder mehrerer israelischer Siedlungen neben der arabischen Stadt, sie wollen die Stadt Hebron (*Khalil*) selber. Rabbi Goren, ein Mitglied der Gush Emunim-Bewegung, formulierte es gegenüber der ‚Jerusalem Post‘ folgendermaßen: „Nicht allein Kiryat Arba, sondern Hebron muß eine jüdische Stadt sein“<sup>17</sup>.

Die ersten Auseinandersetzungen zwischen israelischen Siedlern und den arabischen Einwohnern im Zentrum von Hebron (*Khalil*) betrafen das größte Heiligtum der Stadt, die Ibrahim-Moschee unter der sich die Grab-

Abb. 90: Die Stadt Hebron - Khalil



höhle Abrahams befindet. Fanatische Siedler der Gush Emunim-Bewegung provozierten die gläubigen Moslems, indem sie deren Mittagsgebete in der Ibrahim-Moschee nachhaltig durch eigene Religionsausübung, durch lautes Singen und Tanzen im Inneren der Moschee zu verhindern suchten. Regelmäßig und in immer größeren Gruppen kamen die zionistischen Siedler aus Kiryat Arba in die Moschee, stellten dort ihre Möbel auf, zündeten Kerzen an und tranken Wein. Sie stahlen die von den Moslems vor der Moschee abgestellten Schuhe, provozierten Prügeleien mit den arabischen Gläubigen und zwangen somit das israelische Militär zum Eingreifen. Im Jahre 1976 schließlich zerrissen jüdische Siedler die in der Moschee befindlichen Koranbücher, zündeten sie an und warfen die verkohlten Reste auf den Boden der Moschee. Das heilige Zimmer des Iman wurde völlig verwüstet. Der Bericht der UN-Sonderkommission aus dem Jahre 1979 schildert die Situation folgendermaßen: „Die Ibrahim-Moschee, die vor 3.000 Jahren errichtet wurde und die auch Nicht-Moslems zum Besuch offenstand, wurde 1967 von den Israelis geteilt, und sie erlaubten jüdischen Leuten, in der Moschee zu beten. Die Juden durften Bücher, Instrumente und Möbel in die Moschee mitbringen, die aus einer großen und mehreren kleinen Hallen besteht. Jetzt haben die Israelis die ganze Moschee in Beschlag genommen unter dem Vorwand, daß es damit Juden und Moslems möglich würde, sich zu treffen. Die Moslems haben ohne Erfolg protestiert. Die Situation ist unerträglich. Die Moslems beten, während bewaffnete Soldaten unter ihnen sind“<sup>18</sup>.

Heute ist die Ibrahim-Moschee vollständig von bewaffneten israelischen Posten besetzt. An jedem Eingang der Moschee, sowie auf deren Dach, befinden sich militärische Wachstellungen. Neben dem Haupteingang zur Moschee wurde eine fest mit Stacheldraht gesicherte Stellung errichtet, die von einer hohen Antenne überragt wird und deutlich die israelische Präsenz in diesem moslemischen Heiligtum dokumentiert.

Die Auseinandersetzungen um die Ibrahim-Moschee waren der erste Versuch zionistischer Siedler, in das Herz der Stadt Hebron (*Khalil*) demonstrativ einzudringen. Die zionistischen Provokationen waren jedoch nur der Auftakt zu weiteren Aktionen, mit denen die israelischen Siedler ihre ‚Ansprüche‘ auf Hebron untermauern wollten. Ihr Ziel war und ist die vollständige ‚Judaisierung‘ der Stadt. In einem ersten Schritt wollen sie, wie schon in Jerusalem (*Quds*), das ehemalige jüdische Viertel in der Umgebung der Ibrahim-Moschee wieder aufbauen. Die heute dort lebenden Palästinenser sollen vertrieben und durch israelische Siedler ersetzt werden. Dieses Vorhaben bestätigte aktuell noch einmal der israelische Verteidigungsminister Arens in einer Parlamentsdebatte im Juli 1983, in der er feststellte: „So wie wir das Judenviertel von Jerusalem wieder aufgebaut haben, werden wir das im Jahre 1929 zerstörte Judenviertel von Hebron wieder aufbauen“<sup>19</sup>.

Im Jahre 1979 besetzten drei Frauen, Mitglieder der Gush Emunim-Bewegung aus Kiryat Arba das sogenannte Daboja-Gebäude. Das Dajoba-Gebäude hat seinen Namen aus türkischer Zeit. Es wurde Anfang des Jahrhunderts von einem alteingesessenen jüdischen Bewohner Hebrons (*Khalil*) privat gekauft. Nach dem Krieg 1947-49 hatte auch er die Stadt verlassen und das Haus ging in palästinensische Hände über. Es beherbergte einige Arztpraxen. Der neue Besitzer ging später nach Jordanien – was Anlaß für die israelischen Behörden nach der Besetzung 1967 war, das Haus als ‚Besitz von Abwesenden‘ zu beschlagnahmen – die Nutzer mußten das Haus verlassen. Das Gebäude wird von den Israelis ‚Hadassah‘ genannt, nach der Frauenorganisation, die in den zwanziger Jahren von amerikanischen Zionistinnen für soziale Zwecke gegründet worden war. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Sohn des ehemaligen Besitzers Hayim Bidschajou sich ausdrücklich gegen die zionistische Besetzung des Hauses ausgesprochen hat und in einem Brief an den Bürgermeister der Stadt, Herrn Khawasme, angeboten hat, das Haus der Stadt zu übergeben, denn es sei immer privater und nie zionistischer Besitz gewesen.

Die israelische Regierung gestattete zunächst nur Frauen und Kinder die Anwesenheit in der ‚Daboja‘, genehmigte jedoch später auch männlichen Siedlern, sich in diesem Gebäude niederzulassen. Die Besetzung der ‚Daboja‘ war für die israelischen Siedlern ein rein symbolische Akt. Demonstrativ wollten sie damit die israelische Regierung auffordern, die ‚Judaisierung‘ des Stadtkerns von Hebron (*Khalil*) anzugehen und den arabischen zentralen Markt mit den ihn umgebenden palästinensischen Wohnquartieren in ein jüdisches Viertel umzuwandeln. Die besetzte ‚Daboja‘ diente den zionistischen Siedlern in der Folgezeit als Stützpunkt für die Besetzung weiterer, einstmalig jüdischer Häuser im Zentrum Hebrons. Die Besetzung von Häusern im Stadtkern von Hebron (*Khalil*) sollte der Grundstein für den Aufbau eines neuen jüdischen Viertels werden. Daß die Ziele der zionistischen Siedler jedoch weit über die Errichtung eines jüdischen Viertels hinausgingen, dokumentiert ein Schreiben der Besetzer der ‚Daboja‘ an die israelische Öffentlichkeit, in der es heißt: „Wir kämpfen um Groß-Hebron, ein ausgedehntes städtisches Zentrum für ganz Judäa. Glaube, Hingabe und Ausdauer sind der Schlüssel zum Sieg“<sup>20</sup>.

Kein Wunder, daß die zionistischen Aktionen im Herzen von Hebron (*Khalil*) auf den erbitterten Widerstand der Palästinenser stießen, zumal mit der Besetzung der Häuser auch zahlreiche Repressalien gegen die Einwohner der Stadt einhergingen. So kam es schließlich am 31. 1. 1980 dazu, daß in der Altstadt von Hebron (*Khalil*) ein zionistischer Siedler von einem palästinensischen Kommando erschossen wurde. Die israelische Regierung verfügte daraufhin eine Kollektivstrafe für die Bewohner von Hebron (*Khalil*). Eine zwölf-tägige totale Ausgangssperre, von der rund 35.000 Einwohner betroffen waren, wurde über die gesamte Innenstadt verhängt. Darüber

hinaus beschloß die israelische Regierung die Gründung einer Religions-Schule im Zentrum der Stadt als die angemessene ‚zionistische Antwort‘ auf das Attentat.

In einer weiteren Kommando-Aktion der Palästinenser wurden am 2. 5. 1980 sechs Soldaten erschossen und sechzehn weitere verletzt. Die Reaktion der israelischen Behörden war die sofortige Amtsenthebung und Deportation von Fahd Kawasmeh, dem damaligen Bürgermeister von Hebron (*Khalil*), von Mohammed Milhem, dem damaligen Bürgermeister der Nachbargemeinde Halhul und von Scheich Radschi Bayud al-Tamimi, dem geistlichen Oberhaupt der Moslems in Hebron (*Khalil*). Darüber hinaus sprengten die zionistischen Militärs die Geschäftshäuser gegenüber der ‚Daboja‘ in die Luft und konfiszierten die Nachbargebäude, obwohl den palästinensischen Besitzern keinerlei Beteiligung an der vorangegangenen Kommando-Aktion nachgewiesen werden konnte. 1981 evakuierte die Armee die benachbarte Elementarschule Qusama ben moun kheth, 1983 besetzte sie die Busstation.

Im Juli 1983 wurde ein israelischer Siedler aus Kiryat Arba erschossen, der mit einer Maschinenpistole bewaffnet, auf dem Wege zu jener Theologieschule war, die im Zentrum Hebrons (*Khalils*) errichtet worden war. Als Antwort auf dieses Attentat wurde der gesamte Stadtrat durch den Militärgouverneur der Westbank seiner Ämter enthoben. Darüberhinaus beschloß die israelische Regierung in ihrer Kabinettsitzung vom 10. 7. 1983, den ‚Wiederaufbau‘ des jüdischen Viertels forciert in Angriff zu nehmen. Innerhalb kurzer Zeit sollen im Zentrum von Hebron (*Khalil*) rund 500 jüdische Familien angesiedelt werden <sup>21</sup>.

Für diesen Prozeß spielen die radikal fanatischen Gruppen wie die Gush Emunim eine besondere Vorreiterrolle. Sie haben inzwischen die vom Militär geschlossenen Flächen der Innenstadt besetzt: die Schule und die zentrale Bushaltstelle. In den letzten Augusttagen des Jahres 1984 besetzten neue Siedler ein Stück Boden in der Nähe eines ehemaligen jüdischen Friedhofes Tel an Rhumeidi, und errichteten dort, sowie auf dem Parkplatz vor dem Bazar und der Ibrahim-Moschee mehrere Baracken und setzten etwa zehn Familien hinein. Sind diese nach den Nacht- und Nebelaktionen erst einmal dort, erhalten sie automatisch militärischen Schutz und damit die staatliche Sicherung der Raumeroberung. Die Einwohner von Hebron (*Khalil*) befürchten, daß die Siedler bis zum Ende des Jahres 1985 den großen Bazar genommen haben werden. Das wäre für die Stadt ein blutiger Schnitt, der das Herz der Stadt treffen würde. Schon heute haben die Händler und die Anwohner des Gebiets unter Sperrstunden, Razzien und den täglichen Übergriffen der Zionisengruppen zu leiden, wenn diese abends, vor allem Freitags und Samstags vor dem Feiertag, von ihren Religionsfesten in der Ibrahim-Moschee zurückkehren und völlig aggressiv aufgeladen

durch das Stadtviertel gehen und Opfer suchen. Nach der Ermordung von 2 Soldaten im August 1985 und der Schließung von 2 Eingängen in den Bazar scheint die Schließung des Zentrums bevorzuzustehen.

Mit der Errichtung der Siedlung Kiryat Arba, mit der geplanten Anlage eines geschlossenen Siedlungsringes auf den Hebron (*Khalil*) umgebenden Hügeln, sowie mit der in Angriff genommenen Umwandlung der arabischen Innenstadt Hebrons (*Khalils*) in ein jüdisches Viertel, versuchen die israelische Regierung und zionistische Siedlergruppen die größte und wichtigste Stadt der Palästinenser im Süden der Westbank tiefgreifend zu verändern. Der Griff nach den Städten, den Zentren der organisierten palästinensischen Existenz, stellt quasi die letzte Stufe, stellt die letzte Etappe der zionistischen Kolonisierung Palästinas dar. Die massive Ansiedlung von Juden, und damit ein stetiger Prozeß der Überfremdung in den palästinensischen Städten, soll die angestrebte vollständige Judaisierung einleiten. Dieser Versuch stößt auf Widerstand. Aber auch das provoziert nur die Siedler von Kiryat Arba zu größerer Brutalität. Sie sagen: „Wer heute Hebron aufgibt, der gibt morgen Tel Aviv preis. Je stärker wir Juden sind, desto geringer ist die Gefahr seitens der Araber. Sie kämpfen nicht gegen jene, die ihre Herren sind. Sie kämpfen nur, wenn sie glauben, es gebe keine Herren“ <sup>22</sup>.

52.



Neben der Busstation, Gelände der Talmudschule

53.



Basar gesperrt

54.



Zugeschweißte Basarstraße

348

55.



Dabaja, gegenüber zerstörte Häuser, im Hintergrund der besetzte Busbahnhof

56.



Tell Rumeida

349

## 2. Jerusalem (Quds): Die Umwandlung einer arabischen Metropole in eine jüdische Stadt

Für die zionistische Weltbewegung ist die Kontrolle über Jerusalem (Quds) eines der entscheidenden Momente für die Beherrschung der Westbank und damit ganz Palästinas. Jerusalem (Quds) bildet geographisch den Knotenpunkt des Landes und das Zentrum für die militärische Schneise, die von Jenin im Norden über Nablus und Ramallah nach Hebron (Khalil) führt und die besetzte Westbank von Nord nach Süd zerschneidet. Dazu kommt, daß Jerusalem (Quds) durch seine Geschichte zum politischen und religiösen Mittelpunkt des Landes geworden ist.

Für drei große Weltreligionen gilt Jerusalem (Quds) als heilige Stadt. Für das Christentum ist es die Stadt, in der Christus am Kreuz gestorben ist. Für das Judentum kommt ihr Bedeutung zu, da sich hier vor langer Zeit der Tempel des Königs Salomon befunden hat. Für den Islam ist Jerusalem (Quds), nach Mekka und Medina, die drittheiligste Stadt, da hier der Prophet Mohammed vom ‚heiligen Felsen gen Himmel fuhr‘. Für die Gläubigen dieser drei Religionen war Jerusalem (Quds) jahrtausendlang ein Symbol des ‚gelobten Landes‘. Hier manifestierte sich die geistige Idee der Religionen. Trotz der sehr wechselvollen Geschichte der Stadt, trotz aller Kämpfe und Auseinandersetzungen blieb Jerusalem (Quds) doch immer Wallfahrtsort und Zufluchtsstätte für die Gläubigen aller Religionen. Daß es so blieb, dafür sorgten häufig die arabischen Autoritäten der Stadt. Als Beispiel sei das größte Heiligtum der Christlichen Religion, die Grabeskirche Christi, angeführt, deren Unversehrtheit über Jahrhunderte hinweg islamischer Toleranz zu verdanken ist, wurden doch die Schlüssel zur Grabeskirche von einer moslemischen Familie verwaltet.

Mit der religiösen Toleranz war es allerdings vorbei, als gegen Ende des 19. Jahrhunderts der politische Zionismus entstand. Für die zionistischen Ideologen wurde der traditionelle Neujahrsgruß, „Nächstes Jahr in Jerusalem“, zu einer politischen Parole, die man im Sinne des Wortes zu realisieren gedachte. Für die Zionisten ist Jerusalem (Quds) nicht länger eine heilige Stadt verschiedener Religionen, für sie ist es das alte Zion, das es zurückzuerobern gilt.

Der Zionismus, wie wir gesehen haben, ist eine ausgrenzende Ideologie. Die ‚Judaisierung‘ von Jerusalem (Quds) ist einer ihrer Hauptbestandteile auf dem religiös verbrämten Wege zum ‚Erez Israel‘. In seiner Anmaßung setzt sich der Zionismus jedoch nicht nur über die religiösen Gefühle eines großen Teils der nicht-jüdischen Weltbevölkerung hinweg, er strebt darüber hinaus ganz weltlich die Zerstörung Jerusalems (Quds) als wirtschaft-

liches, soziales und politisches Zentrum der Palästinenser und ihre totale Eingliederung in das zionistische System an. Der religiöse Aspekt dient dabei nur als ein Vorwand zur Umsetzung der expansionistischen Ziele. Das Judentum als Religion wird von den zionistischen Ideologen zur Durchsetzung ihrer Politik mißbraucht.

### 2.1 Die Internationalisierung und Teilung Jerusalems (Quds)

Im Rahmen der Palästina-Teilungsresolution der UNO vom 29. 11. 1947 wurde Jerusalem (Quds) zu einer Stadt unter internationaler Verwaltung erklärt. Dieser Sonderstatus der Stadt unter UNO-Kontrolle sollte offiziell die Autonomie der jüdischen und arabischen Gemeinschaften Jerusalems sichern, sowie dem Schutz der heiligen Stätten dienen, zu denen freier Zugang für alle Religionsgemeinschaften gewährleistet werden sollte. Die Entscheidung der UNO zur Internationalisierung Jerusalems (Quds) muß zumindest als eine sehr zweifelhafte Entscheidung kritisiert werden, wurde doch der Sachverhalt völlig ignoriert, daß die zeitgenössische Geschichte Jerusalems (Quds) die einer arabischen Stadt war. Es ist daher vom rechtlichen Standpunkt her unverständlich, daß eine internationale Verwaltung für diese arabische Stadt, sowie für eine Nation verfügt wurde, deren Souveränität anerkannt war, und deren Einverständnis zur Änderung des Status von Jerusalem (Quds) zwingend erforderlich gewesen wäre. Ein Kolloquium arabischer Juristen über Palästina stellte dazu im Jahre 1967 fest: „Alle Systeme der Internationalisierung, die bekannt sind, setzen die Zustimmung des für das betreffende Territorium zuständigen Staates voraus, der seinen Verzicht auf die Souveränität in einem Vertrag zum Ausdruck bringt, wie das z.B. für Tanger oder Triest der Fall war. Bei dem internationalen Regime für Jerusalem (Quds) ist das in keiner Weise geschehen; die für das Territorium zuständige souveräne Nation ist nicht gefragt worden; es wurde ihr vielmehr ein Status aufgezwungen, wonach die Stadt zum *corpus separatum* gemacht und von den Vereinten Nationen verwaltet wurde“<sup>23</sup>.

Doch die Frage nach der Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung bleibt rhetorisch, wurde doch die Internationalisierung Jerusalems (Quds) niemals realisiert. Direkt nach dem Abzug der britischen Truppen zum Ende der Mandatszeit brach der israelisch-arabische Krieg aus. Die zionistischen Truppen überrannten die palästinensischen Dörfer im Westen und Süden der Stadt, vertrieben die dort ansässige palästinensische Bevölkerung und vereinnahmten den westlichen Teil Jerusalems (Quds). Ein Abkommen über die Waffenruhe vom 30. 11. 1948 und am 3. 4. 1949 dann ein Waffenstillstands-Abkommen führten zu einer de-facto Teilung der Stadt, wobei

Westjerusalem unter die Kontrolle der Zionisten geriet und israelisch wurde, und die östlichen Teile der Stadt, in denen sich die Altstadt mit den heiligen Stätten befindet, unter jordanische Verwaltung gestellt wurden.

Die zionistischen Truppen konnten somit durch die Okkupation von Westjerusalem weitere Gebietsgewinne verzeichnen und sich in der Folgezeit daran begeben, die lange angestrebte und im Verlauf der Operation nach dem ‚Plan Dalet‘ mißglückte weitere Besetzung ganz Jerusalems (*Quds*) vorzubereiten. Seitdem wurde Westjerusalem nach westeuropäischem Muster zu einer jüdisch-israelischen Großstadt ausgebaut.

57.



Blick auf die ‚Alte Stadt‘, um 1925

352

58.

59.

Blick auf ‚Neu‘-Jerusalem von Ramot Allon



353

## 2.2 Die israelische Okkupation von Ostjerusalem und die Zwangsvereinigung der Stadt

Ben Gurion verkündete im Jahre 1948 hinsichtlich der Zukunft der Stadt Jerusalem: „Zehntausende unserer Jugendlichen sind bereit, ihr Leben für Jerusalem zu geben. Alles, was möglich ist, wird für Jerusalem getan werden. Es liegt innerhalb der Grenzen des Staates Israel, genauso wie Tel Aviv“<sup>24</sup>.

Am 7. 6. 1967 eroberten die israelischen Truppen im Rahmen des Juni-Krieges den Ostteil Jerusalems (*Quds*). Drei Wochen später, am 28. 6. 1967, wurde vom israelischem Parlament per Gesetz die Wiedervereinigung der Stadt unter zionistischer Herrschaft festgelegt, wobei die Stadtgrenzen von vormals 38 auf nunmehr 106 Quadratkilometer ausgedehnt wurden<sup>25</sup>. Ziel dieser gesetzlichen Verordnung war die Veränderung der demographischen Verhältnisse in Palästinas Metropole, mit anderen Worten: die ‚Judaisierung‘ ganz Jerusalems (*Quds*). Die Ausdehnung der städtischen Fläche sollte den Besatzern die Errichtung jüdischer Stadtteile und jüdischer Vororte rings um Jerusalem ermöglichen. Um das dazu benötigte Land enteignen und ohne ‚legale‘ Komplikationen bebauen zu können, wurde noch eine zweite Verordnung erlassen, nach der das israelische Gesetz auch für alle annektierten Gebiete gelten sollte, somit auch für den Ostteil Jerusalems (*Quds*)<sup>26</sup>. Verteidigungsminister Moshe Dayan gab damals seiner Befriedigung offen Ausdruck und erklärte: „Ein Volk gewinnt seine Hauptstadt wieder, eine Hauptstadt gewinnt ihr Volk wieder, niemals werden sie wieder getrennt sein“<sup>27</sup>.

Bis auf den heutigen Tag konnten weder die Proteste der Palästinenser, noch der Vereinten Nationen, die über sechzig Resolutionen gegen die zionistische Okkupation Ostjerusalems mit überwältigender Mehrheit gefaßt haben, an der Zwangsvereinigung der Stadt etwas ändern. Im Gegenteil: trotz aller internationaler Proteste ging die israelische Regierung mit aller Gewalt daran, das arabische Jerusalem (*Quds*) in eine jüdische Stadt zu verwandeln. Direkt nach der militärischen Okkupation von Ostjerusalem versuchten die Militärs, mit terroristischen Maßnahmen die arabische Bevölkerung zum Verlassen der Stadt zu zwingen. Wie schon im Jahre 1948 sollte wieder mit Gewaltaktionen der Startschuß zur Veränderung der demographischen Verhältnisse gegeben werden. 300 Zivilisten wurden in Jerusalem (*Quds*) erschossen; 200 Häuser im Niemandsland zwischen beiden Sektoren der Stadt wurden ebenso zerstört wie eine Kunststoff-Fabrik, die Arbeitsplätze für 200 Palästinenser bereitgestellt hatte<sup>28</sup>. Ein weiteres Beispiel für den zionistischen Terror war die Zerstörung von 135 Häusern und zwei Moscheen im Marokkanerviertel Jerusalems, dem sogenannten Maghreb-Viertel. Das Maghreb-Viertel war ein kleines, dicht bewohntes Quartier in unmittelbarer Nähe der Klagemauer. Die Bewohner waren

etwa 700 Marokkaner die seit Generationen in Palästina gelebt hatten. Am ersten Tage nach der Einnahme Ostjerusalems durch die israelischen Militärs wurden alle Bewohner des Maghreb-Viertels per Lautsprecher aufgefordert, ihre Häuser sofort zu verlassen. Kurz nach dieser Ankündigung fuhr ein Bulldozer und Bagger vor, die die Häuser der Marokkaner zum Einsturz brachten, so daß schließlich vor der Klagemauer ein großer freier Platz entstand.

Es waren also die gleichen Methoden wie schon 1948, mit denen die zionistische Regierung im Jahre 1967 wieder versuchte, die Bevölkerung aus ihren Wohnquartieren in Jerusalem (*Quds*) zu vertreiben. Im Vergleich zu 1948 bestand diesmal allerdings der Unterschied, daß die internationale Aufmerksamkeit wesentlich stärker auf die Vorgänge in Jerusalem (*Quds*) gerichtet war, so daß insgesamt ein moderateres Vorgehen an den Tag gelegt werden mußte. Die Konsequenz war, daß durch den zionistischen Terror ‚nur‘ etwa 20 – 30.000 Palästinenser aus Jerusalem vertrieben werden konnten, während rund 70.000 arabische Einwohner in der Stadt verblieben. In israelischen Propagandaschriften wird dieser Umstand heute so beschrieben: „Der Faktor, der in der arabischen Bevölkerung die größte Überraschung hervorrief, war die humane und faire Behandlung, die ihnen durch die Soldaten der israelischen Verteidigungstreitkräfte zuteil wurde ... Furcht schlug um in Erstaunen und Gefühle der Dankbarkeit. Es bestand anfangs eine Atmosphäre des Wohlwollens und der guten Nachbarschaft, die ihren dramatischen Ausdruck am ‚Tag der Wiedervereinigung‘ fand ... Die Atmosphäre von Frieden und Harmonie in der Stadt erschien jenen, die es sahen, unwirklich“<sup>29</sup>. Unwirklich erscheint tatsächlich die Vorstellung, mit welchem Überschwang an Gefühlen der Dankbarkeit die betroffenen Einwohner von Jerusalem (*Quds*) vor ihrem dem Erdboden gleichgemachten Häusern standen. Doch nicht zum ersten Mal fälschten zionistische Kommentatoren die Geschichte.

Allein mit offenem Terror konnte das Ziel der Entarabisierung Jerusalems (*Quds*) nicht erreicht werden. Daher benutzte man in der Folgezeit andere legal erscheinende Methoden, um die angestrebte ‚Judaisierung‘ der Stadt zu realisieren.

So wurde unmittelbar nach der militärischen Okkupation im Jahre 1967 ganz Jerusalem (*Quds*) der Verwaltungshoheit Israels unterworfen. Mit einem vom israelischen Parlament am 22. 6. 1967 verabschiedeten Gesetz wurde der Ostteil der Stadt in den Rahmen der Verwaltung und der öffentlichen Dienste von Westjerusalem eingegliedert. Die gewählte palästinensische Stadtverwaltung von Ostjerusalem wurde aufgelöst, der Bürgermeister der Stadt und ein Teil der Ratsmitglieder wurden nach Jordanien deportiert. Die Verwaltungsgebäude einschließlich ihrer Einrichtungen und Archive wurden von den Verwaltungsbehörden Westjerusalems übernommen. Wenig später wurde die Verlegung von Büros der israelischen Regie-

rung und verschiedener öffentlicher Institutionen nach Jerusalem (*Quds*) eingeleitet, wobei die neuen Verwaltungsstandorte fast ausschließlich im östlichen Teil der Stadt gelegen waren. So wurde beispielsweise auch das israelische Polizeihauptquartier von Tel Aviv nach Ostjerusalem verlegt. Im Rahmen der Zwangsvereinigung der Stadt wurde Ostjerusalem an das Wassernetz Westjerusalems angeschlossen, das bestehende Telefonnetz wurde an das von Tel Aviv gekoppelt. Die palästinensische Elektrizitätsgesellschaft muß seitdem den Strom von Israel zu einem hohen Preis kaufen. 1985 wurde schließlich auch noch das einzige palästinensische Krankenhaus, das „Österreichische Hospiz“ der Altstadt geschlossen.

Im Jahre 1980 wurde dann endgültig der letzte Schritt von der de-facto-Annexion zur de-jure-Annexion Jerusalems (*Quds*) vollzogen, indem am 30. 7. 1980 vom israelischen Parlament ein ‚Grundgesetz‘, also ein Gesetz mit Verfassungsrang, verabschiedet wurde, das das gesamte Jerusalem (*Quds*) zur ‚unteilbaren und ewigen Hauptstadt Israels‘ erklärte. Im Rahmen dieses Gesetzes wurde beschlossen, die Stadtentwicklung Jerusalems (*Quds*) durch besondere staatliche Fördermaßnahmen zu begünstigen und die Stadt zum Amtssitz des Staatspräsidenten, der Regierung, der Knesset und des Obersten Gerichts zu erklären. Dieser Beschluß erfolgte nicht allein aus politischen Beweggründen, sondern daneben auch aus demographischen Motiven, mußte doch das große Heer israelischer Regierungsbeamter nach Jerusalem (*Quds*) ziehen, vor allem in die neuen Satellitenstädte, die Jerusalem (*Quds*) umgeben sollten.

Parallel zur Übernahme der Verwaltung Jerusalems (*Quds*) begann die israelische Regierung schon bald nach dem Krieg auch mit der ‚Judaisierung‘ der Ökonomie des arabischen Jerusalems (*Quds*). Bis zur Annexion durch den zionistischen Staat hatte Ostjerusalem im ökonomischen Bereich die zentrale Funktion für die gesamte Westbank eingenommen. Als größte Stadt der Westbank beherbergte Ostjerusalem eine große Zahl von Finanzinstituten, Produktionsstätten, Handelsunternehmen und Touristik-Agenturen, die der Stadt eine sichere und feste ökonomische Basis verschafften. Die Arbeitslosenquote war mit durchschnittlich 7 bis 8% im Vergleich zu anderen Regionen der Westbank sehr gering <sup>30</sup>.

Nach der Okkupation Ostjerusalems durch die israelischen Truppen kam es jedoch zu einschneidenden Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur der Stadt. Eine der wichtigsten Einnahmequellen der arabischen Wirtschaft, der Jerusalem-Tourismus, war quasi zum Erliegen gekommen, soweit er über palästinensische Agenturen abgewickelt wurde. Damit ergaben sich erste Konsequenzen auch für alle die Wirtschaftsbereiche, die in irgendeiner Form am Tourismus-Geschäft beteiligt gewesen waren. Reisen zu den heiligen Stätten der verschiedenen Religionen wurden nun, als Folge der Zwangsvereinigung Jerusalems (*Quds*), über israelische Büros

gebucht. Die israelische Propaganda beschreibt den Erfolg der ‚Judaisierung‘ dieses Bereichs der Wirtschaft wie folgt: „Die Wiedervereinigung der Stadt brachte eine Wiederbelebung ihrer Ökonomie mit sich. Jerusalem (*Quds*) wurde für den Tourismus der Haupt-Brennpunkt des Landes, und die Zahl der Hotelzimmer, 2.750 am Ende des Sechs-Tage-Kriegs, wurde innerhalb von fünf Jahren um 1.000 erhöht. Sechstausend weitere Zimmer sind in Planung oder im Bau“ <sup>31</sup>.

Die arabischen Handelsbeziehungen zur Westbank waren durch die israelische Verwaltung Jerusalems fast vollständig zum Erliegen gekommen. Die fünf in Ostjerusalem ansässigen palästinensischen Banken mußten schließen, ihre Kapitalien wurden konfisziert. Am 14. 8. 1968 wurde ein neues Gesetz, das ‚Legal und Administrative Matters Regulation Law‘, verabschiedet, das die gesetzliche Grundlage verschaffte, die ökonomische Übernahme des arabischen Jerusalem (*Quds*) endgültig durchzuführen <sup>32</sup>. Das Gesetz besagte, daß alle palästinensischen Unternehmen, unabhängig von ihrer Gesellschaftsform, nach einer Frist von sechs Monaten entweder ihre gesamten Werte und Verbindlichkeiten an eine Gesellschaft ‚registriert in Israel‘, zu übertragen hatten, oder aber, wenn der Ort ihrer Tätigkeit im Anwendungsgebiet des Gesetzes lag und alle Direktoren und Mitglieder des Unternehmens in diesem Gebiet wohnhaft waren, sich an das Distriktsgericht von Jerusalem (*Quds*) zu wenden und die Umwandlung des Unternehmens in eine israelische Gesellschaft zu beantragen. So wurden auf kaltem Wege zahlreiche Firmen, die beispielsweise eine Zweigniederlassung in Amman hatten, als eigenständige Firma aufgelöst und einem israelischen Verwalter unterstellt. Darüber hinaus wurden alle arabischen Bewohner Jerusalems (*Quds*), die zur Ausübung ihres Berufes eine Lizenz benötigten, nun gezwungen, eine israelische Berufsausübungsgenehmigung zu beantragen. Mit all diesen Maßnahmen sicherten sich die israelischen Behörden die Kontrolle über jegliche Aktivitäten im ökonomischen Bereich. Die Wirtschaft Jerusalems (*Quds*) wurde konsequent entarabisiert und in das zionistische System eingegliedert.

Neben der beschriebenen Zerstörung palästinensischen Eigentums, der Vertreibung von Palästinensern aus Jerusalem (*Quds*) und der Sicherung der totalen verwaltungsmäßigen und ökonomischen Kontrolle über die Stadt, trugen auch tiefgreifende Veränderungen im Erziehungswesen und zahlreiche Diskriminierungsmaßnahmen im religiösen Bereich wesentlich zum Prozeß der ‚Judaisierung‘ Jerusalems (*Quds*) bei.

60.



Altstadt 1925

61.



Altstadt heute

62.



Das ‚neue‘ jüdische Viertel

358

### 2.3 Die Veränderung des baulichen Charakters von Jerusalem (*Quds*)

Trotz der totalen verwaltungsmäßigen und ökonomischen Kontrolle über die Stadt, und trotz aller tiefgreifenden Veränderungen im kulturellen, religiösen und Erziehungsbereich war doch das Hauptaugenmerk der zionistischen Planer bei der Umwandlung des arabischen Jerusalem in eine jüdische Stadt von Anfang an auf die Veränderung des baulichen Charakters der Stadt gerichtet, wobei zwei zentrale Aspekte die Stoßrichtung der zionistischen Stadtplanung kennzeichnen:

Auf der einen Seite geht es um die ‚Entarabisierung‘ der Bausubstanz, womit alle Indizien der palästinensisch-arabischen Kultur, Geschichte und Gesellschaft, die sich in Wohnvierteln oder einzelnen Gebäuden manifestieren, zerstört und durch Elemente jüdischer Architektur ersetzt werden sollen<sup>33</sup>. Auf der anderen Seite geht es um die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ der städtischen Bevölkerung Jerusalem (*Quds*), also um einschneidende demographische Veränderungen im städtischen Bereich durch die Ausquartierung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung und die forcierte Ansiedlung jüdischer Siedler im arabischen Stadtkern, sowie in neuerrichteten Stadtteilen und Satellitenvororten rund um Jerusalem (*Quds*).

Zur Realisierung dieser Ziele wurden schon direkt nach der Okkupation Ostjerusalems entsprechende Programme entworfen und verabschiedet. Ein ‚Sanierungsprogramm‘ für die Altstadt von Jerusalem (*Quds*) sollte für die ‚Entarabisierung‘ der städtischen Bausubstanz und die Ausbürgerung der palästinensischen Bewohner aus der Innenstadt sorgen. Ein ‚Stadterweiterungsprogramm‘ zielte darauf ab, durch die Ausdehnung der städtischen Grenzen ein Groß-Jerusalem zu schaffen, dessen neue Stadtteile mit rein jüdischer Bevölkerung zu einer totalen demographischen Überfremdung der Stadt führen sollten. Beide Programme wurden in Angriff genommen und befinden sich heute im Stadium der Realisierung. Durch die gezielte Ansiedlung von Juden, vor allem nun auch in Ostjerusalem, hat sich heute ein Bevölkerungs-Verhältnis von 72 Prozent Juden zu 28 Prozent Araber eingestellt. Die Stadt weist 1981 innerhalb der ‚Grünen Grenze‘ insgesamt rund 430.000 Einwohner auf, die Bevölkerung soll jedoch in den nächsten 25 Jahren auf 650.000 Menschen ansteigen. Um den 72 Prozent-Anteil der Juden an der gesamten Stadtbevölkerung trotz der hohen arabischen Geburtsraten auch weiterhin zu halten, müßte Israel jährlich 5.200 neue Stadtwohnungen in Jerusalem bauen, wie Wohnungsbauminister David Levi im Jahre 1980 erklärte. Zwar konnten diese hochgesteckten Ziele in den letzten Jahren nicht erreicht werden, doch zeigen die Fertigstellungsquoten von 3.500 Neubauwohnungen im Jahre 1979 und 2.500 Neu-

359

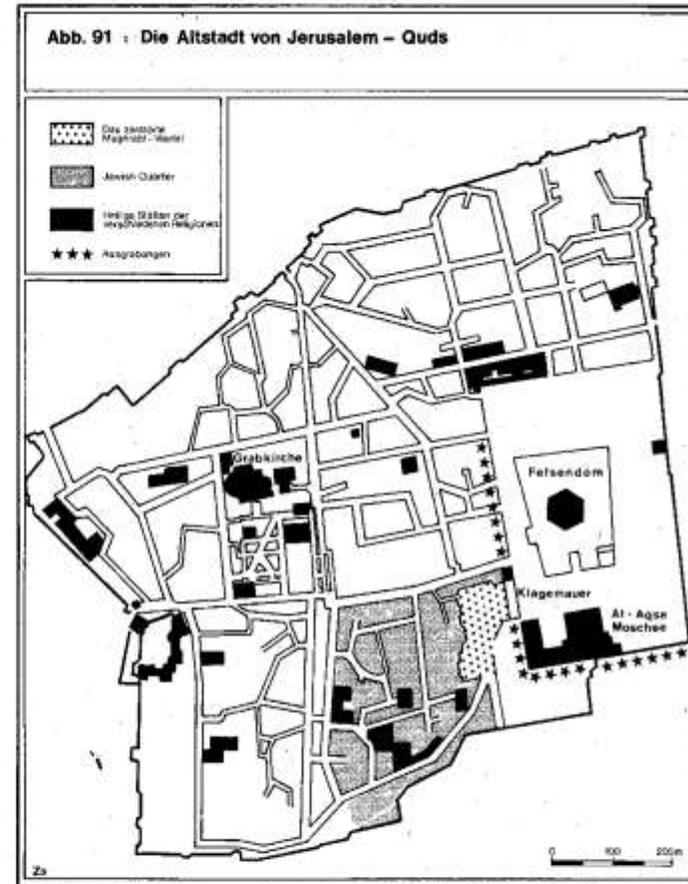
bauwohnungen im Jahre 1980 deutlich auf, in welchem Maße die israelische Bautätigkeit in Jerusalem fortgesetzt wird <sup>34</sup>.

## 2.4 Die ‚Sanierung‘ der Altstadt von Jerusalem (Quds)

Jerusalems (Quds) Altstadt, die die bedeutenden Heiligtümer der christlichen, islamischen und jüdischen Religionen beherbergt, nimmt flächenmäßig nur etwa 6,5 Prozent des eigentlichen Stadtgebiets von Jerusalem (Quds), bzw. nur rund 2 Prozent der im Jahre 1967 erweiterten Fläche der Stadt ein. Schon direkt nach der Okkupation Ostjerusalems waren von israelischen Behörden Pläne zur ‚Sanierung‘ der Altstadt entwickelt worden, um diese von den Strukturelementen weitgehend zu ‚befreien‘ und ihr einen jüdischen Charakter zu verleihen. Im Rahmen der Durchsetzung des ‚Sanierungsprogrammes‘ wurden in der Folgezeit hunderte von palästinensischen Häusern zerstört und tausende palästinensischer Bewohner aus dem Herzen von Jerusalem vertrieben.

Alein im Zeitraum vom 1. 10. 1969 bis zum 1. 3. 1972 wurden nach Angaben des ehemaligen palästinensischen Bürgermeisters von Jerusalem 367 Familien mit 1.971 Personen zwangsevakuert <sup>35</sup>. Ihre Häuser wurden zerstört, sie selber mußten die Altstadt innerhalb kürzester Zeit verlassen und wurden in der Regel weit außerhalb vor den Toren der Stadt wieder angesiedelt. Hier sei noch einmal an die Zerstörung des Maghreb-Viertels erinnert, an dessen Stelle sich heute ein großer freier Platz vor der Klagemauer befindet. In der offiziellen israelischen Propaganda wird dieser Akt der Beseitigung des Maghreb-Viertels folgendermaßen gerechtfertigt: „Unscheinbare Bauten, die den Blick auf die Altstadt behinderten, wurden abgerissen ... Innerhalb der Altstadt wurden Hütten nahe der Klagemauer niedergedrückt. Zwei zusätzliche Reihen ihrer Bruchsteine, verborgen im Schutt, wurden aufgedeckt, und ein weiterer Platz wurde vor ihr freigeräumt, gepflastert und für Gebete nutzbar gemacht“ <sup>36</sup>.

Bereits im Jahre 1978 hatten fanatische Zionisten einen Teil der Al-Aksa Moschee in Brand gesetzt, was zu schweren Beschädigungen an deren Mauern führte. In der Folgezeit fanden weitere Attacken gegen dieses drittgrößte Heiligtum des Islam statt, die schließlich darin gipfelten, daß die israelischen Behörden mit Ausgrabungen an den Fundamenten der Moschee begannen, um die Überreste des mythischen Tempels von König Salomon zutage zu fördern, der sich genau an dieser Stelle befunden haben soll und vor 2.000 Jahren durch die Römer zerstört worden war. Im Jahre 1974 umfaßten die Grabungen bereits einen großen Teil der südlichen und westlichen Mauern des heiligen Platzes und hatten eine Tiefe von 20 Metern erreicht, so daß die Gefahr der Zerstörung der Fundamente der Al-Aksa Moschee bestand. Trotz massiver internationaler Proteste werden die Aus-



grabungen fortgeführt und es besteht nach der Ansicht arabischer Beobachter weiterhin Einsturzgefahr.

Einen weiteren Gipfel erreichten die israelischen Provokationen gegen den islamischen Glauben, als die israelischen Behörden am 19. 1. 1976 eine Regelung verabschiedeten, nach der auch Juden in der Al-Aksa Moschee beten dürfen <sup>37</sup>. Die Folge war, daß schon im Februar des gleichen Jahres eine Gruppe zionistischer Fanatiker die Moschee stürmte, um ihre ‚Rechte in Anspruch‘ zu nehmen.

Die Zionisten beabsichtigen, das gesamte Gebiet zwischen den westlichen und südlichen Mauern des heiligen Platzes zu vereinnahmen und im Endeffekt die islamische Kontrolle über das gesamte Areal zu brechen. Fanatische Zionisten haben gerade in der letzten Zeit immer wieder gefordert, offizielle Regierungsfeiern auf dem heiligen Platz vor dem Felsendom abzuhalten und eine israelische Flagge auf dem Islamischen Heiligtum zu hissen. Das Ziel all dieser Attacken und Provokationen besteht in der Vernichtung aller historisch und religiös bedeutenden arabischen Elemente der Stadt, um ein ‚jüdisches Jerusalem‘ als Hauptstadt eines ‚jüdischen Palästina‘ zu schaffen.

Zur ‚Judaisierung‘ der Altstadt von Jerusalem (*Quds*) wurden im Rahmen der ‚Sanierungsvorhaben‘ allein im Zeitraum von 1967 bis 1978 insgesamt 18.000 Araber aus den islamischen Wohnquartieren rund um den heiligen Platz zwangsevakuiert<sup>38</sup>. Allein für den Wiederaufbau des ehemaligen ‚Jüdischen Viertels‘ wurden die Häuser von rund 6.000 Palästinensern zwangsgeräumt.

Das ‚Jüdische Viertel‘, in dem sich schon kurz nach der Zerstörung Jerusalems (*Quds*), durch die Römer im Jahre 70 religiöse jüdische Familien niedergelassen hatten, war durch die Jahrhunderte hindurch immer von einer schwankenden Zahl von Juden bewohnt gewesen, die in guter Nachbarschaft zu den ebenso dort ansässigen Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften lebten. Während des Krieges 1947/49, bei dem das ‚jüdische Viertel‘ stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, hatten die jüdischen Bewohner das Viertel verlassen und waren in den Westteil Jerusalems gezogen, wie umgekehrt die arabische Bevölkerung aus West-Jerusalem geflohen war. Die jordanische Stadtverwaltung des östlichen Jerusalem (*Quds*) hatte allerdings in den Jahren nach der Teilung der Stadt nur wenig zur Beseitigung der Kriegsschäden in diesem Viertel unternommen.

Nach der Okkupation Ostjerusalems erhob die israelische Regierung den Wiederaufbau des ‚Jüdischen Viertels‘ zu einem nationalen Prestigeobjekt. Die staatseigene ‚Carta-Company‘ wurde mit der Planung für die Sanierung des ‚Jüdischen Viertels‘ beauftragt, um dort durch bauliche Veränderungen ein Milieu zu schaffen, das das ‚Judentum in seiner nationalen, kulturellen, religiösen und historischen Ausprägung deutlich zum Ausdruck bringen sollte‘<sup>39</sup>.

Doch nicht das Judentum in seiner religiösen und kulturellen Ausprägung wurde durch die ‚Sanierungsmaßnahmen‘ im ‚Jüdischen Viertel‘ zum Ausdruck gebracht, sondern vielmehr die ausgrenzende Ideologie des Zionismus, leben doch heute in diesem Viertel der Altstadt nur noch wenige palästinensische Familien in lediglich zwei Häusern, die sich im Besitz islamischer Institutionen befinden. Alle übrigen Anzeichen palästinensischer Existenz wurden beseitigt und schon im Jahre 1977 waren 80 Prozent der 600

neugeplanten Wohnungen erbaut. Insgesamt bietet heute das ‚Jüdische Viertel‘ Wohnraum für 4.500 Menschen, ausschließlich jüdischer Religion, denn die israelische Regierung hat ein Ansiedlungsverbot für arabische Familien ausgesprochen, das von den Gerichten bestätigt wurde.

6.000 Palästinenser hatte die israelische Planung im Rahmen der ‚Sanierung‘ des jüdischen Viertels vertrieben, um 4.500 Juden im Herzen der Altstadt von Jerusalem anzusiedeln. Nicht die Schaffung angemessener Wohnbedingungen war hier das Ziel der israelischen Planung, sondern die Besiedlung dieses Viertels allein nach religiös verbrämten Kriterien.

Was durch die Sanierungspläne der Regierung bisher nicht abgedeckt wurde, wird nun seit einiger Zeit von den zionistischen, fanatisch religiösen Gruppen vorbereitet: die ‚Judaisierung‘ weiterer Teile der Altstadt. An verschiedenen Stellen, in arabischen Wohnblöcken, die an das ‚Jüdische Viertel‘ angrenzen, sorgen sie durch individuellen, täglichen Terror gegenüber den dort ansässigen Menschen, vor allem ihren Kindern gegenüber, dafür, daß das Leben dort zur Hölle wird. Sie sollen hier um jeden Preis verschwinden, um den Raum für die weitere Expansion in Jerusalem und die ‚Judaisierung‘ der palästinensischen Altstadt freizumachen.

63.



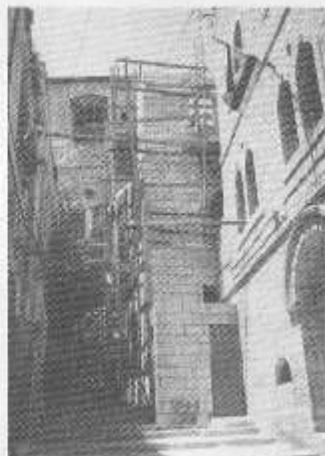
Platz vor der Klagemauer, ‚freigeräumtes‘ Maghrebviertel

64.



Besetzt, inmitten der arabischen Altstadt

65.



66.



„Pittoresques“ im ‚neuen‘ jüdischen Viertel

364

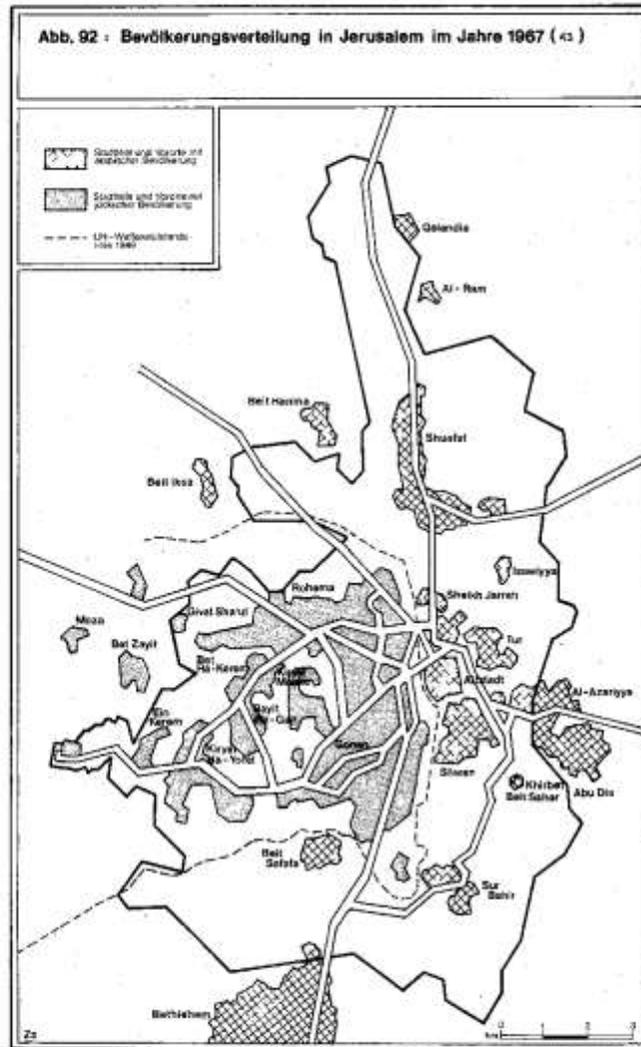
## 2.5 Das ‚Stadtentwicklungsprogramm‘ für Jerusalem (Quds)

Als die israelischen Militärs im Jahre 1967 Ostjerusalem okkupierten und schließlich die Zwangsvereinigung der Stadt unter zionistischer Kontrolle verordneten, wies Jerusalem (Quds) eine Gesamtbevölkerung von 265.000 Einwohnern auf. 199.000 Einwohner (75%) waren Juden, wohingegen der palästinensische Bevölkerungsanteil nur 66.000 Einwohner (25%) umfaßte, die sich in 54.000 Moslems und 11.000 Christen untergliederten.

Während der jüdische Bevölkerungsanteil fast ausschließlich in den westlichen Bezirken der Stadt, und hier vor allem in den nach 1948 gegründeten jüdischen Stadtteilen und Wohnorten Kiryat Moshe, Bet Ha-Kerem, Bayit We-Gan und Kiryat Ha-Yovel konzentriert war, lebten die 66.000 palästinensischen Araber im östlichen Teil der Stadt, und zwar 23.000 (35%) in der Altstadt, 25.000 (38%) in den nördlichen Stadtbezirken und 17.000 (26%) in den südlichen Stadtbezirken<sup>40</sup>.

Nach der Zwangsvereinigung Jerusalems (Quds) liefen die Bestrebungen der zionistischen Planer in erster Linie darauf hinaus, das bestehende Bevölkerungsverhältnis von 75 : 25 unter allen Umständen aufrecht zu halten und somit die Dominanz des jüdischen Bevölkerungselements in Ganz-Jerusalem zu wahren. Ehrgeizige Bevölkerungspläne wurden entworfen, um der hohen Geburtenrate der Palästinenser (3,4%) einen noch höheren Anstieg der jüdischen Bevölkerung Jerusalems entgegensetzen zu können. So sah ein Regierungsplan aus dem Jahre 1967 vor, bis 1975 mindestens 65.000 Juden neu in Ostjerusalem anzusiedeln und schließlich im Jahre 1980 einen Anteil von 400.000 Juden an einer Gesamtbevölkerung von 500.000 Einwohnern zu erreichen, was eine Verdoppelung der im Jahre 1967 in Jerusalem (Quds) lebenden jüdischen Bevölkerung bedeutet hätte. Die neuen Bürger für die Stadt gedachten die zionistischen Planer hauptsächlich durch die Ansiedlung eines Kontingents von 10 bis 15 Prozent der Neueinwanderer zu rekrutieren<sup>41</sup>.

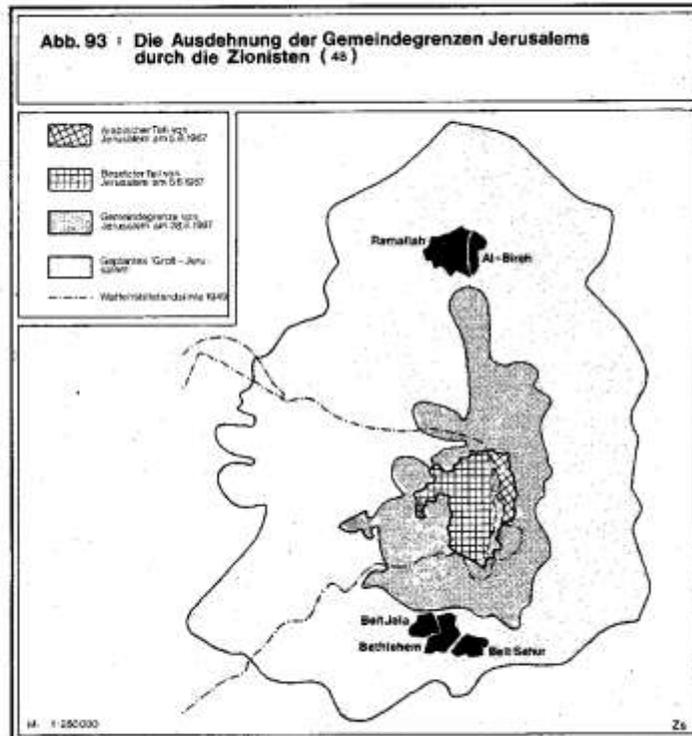
365



Weiterführende Pläne der israelischen Regierung sahen vor, bis zum Jahre 2010 die städtische Bevölkerung Jerusalems (*Quds*) auf rund 900.000 Einwohner, überwiegend Juden, anwachsen zu lassen<sup>43</sup>. Zur Ansiedlung derartiger Massen neuer jüdischer Siedler wurde neuer Siedlungsraum benötigt, den sich die Regierung noch im Jahre 1967 durch die Ausdehnung der städtischen Fläche Jerusalems (*Quds*) auf 108 Quadratkilometer verschaffte, womit die Stadt eine maximale Nord-Süd-Ausdehnung von 19 Kilometern und eine maximale West-Ost-Ausdehnung von 11,5 Kilometern erhielt. Durch diese Ausweitung der städtischen Grenzen und durch die Integration großer Ländereien benachbarter palästinensischer Dörfer in das Gemeindegebiet von Jerusalem (*Quds*) schuf die israelische Regierung nach ihrem Rechtssystem die Grundlagen für großmaßstäbliche Enteignungsprogramme, sollten doch die neu hinzugewonnenen Flächen der ‚städtebaulichen Entwicklung‘ dienen.

In einer ersten Enteignungswelle beschlagnahmten die israelischen Behörden in der Zeit von 1968 bis 1970 im östlichen Teil Jerusalems mehr als 15.000 Dunum Land, auf denen mehrere neue jüdische Wohnviertel entstehen sollten<sup>44</sup>. Eine zweite Enteignungswelle betraf dann in der Zeit von 1973 bis 1976 die Jerusalem (*Quds*) im Norden, Osten und Süden umgebenden Dörfer. Von ihrem Gemeindeland wurden insgesamt fast 90.000 Dunum beschlagnahmt, um darauf weitere jüdische Siedlungen in größerer Distanz zum Stadtkern von Jerusalem anzulegen<sup>45</sup>. Es folgten weitere einzelne Enteignungsaktionen überall im erweiterten Stadtgebiet von Jerusalem, wie beispielsweise im nördlichen Teil der Stadt, wo an der Hauptstraße nach Ramallah im Jahre 1980 etwa 4.000 Dunum arabisches Land für den Bau eines neuen jüdischen Vorortes mit insgesamt 10 – 12.000 Wohneinheiten beschlagnahmt wurden.

Doch reichte den zionistischen Planern die Erweiterung der städtischen Flächen auf 108 Quadratkilometern noch lange nicht zur Realisierung aller Bauvorhaben aus. Im Jahre 1973 wurde ein ‚Groß-Jerusalem-Plan‘ entworfen, der die Gemeindegrenzen der Stadt noch einmal erheblich ausdehnen und zur Vertreibung von rund 130.000 Palästinensern führen würde<sup>46</sup>. Dieser ‚Groß-Jerusalem-Plan‘ befindet sich heute im Stadium der Realisierung. Die Enteignung großer Ländereien wurde schon im Jahre 1981 vorbereitet, indem die israelischen Behörden mehr als 300.000 Dunum Land in der Umgebung von Jerusalem (*Quds*) mit einem umfassenden Bauverbot für Palästinenser belegten und jegliche Bautätigkeit von der Genehmigung der Militärverwaltung abhängig machten<sup>47</sup>.



Deutlich kommen die Konsequenzen der zionistischen Inbesitznahme palästinensischen Bodens in den nachfolgenden Zahlen zum Ausdruck: Befanden sich im Jahre 1918 noch 94 Prozent des Bodens in und um Jerusalem (*Quds*) in palästinensischem Besitz, so schrumpfte dieser Anteil bis zum Jahre 1948 auf 84 Prozent und bis zum Jahre 1980 schließlich auf nur noch 14 Prozent<sup>48</sup>. Auf den enteigneten Flächen errichtete Israel im östlichen Teil Jerusalems (*Quds*) seit 1968 neue jüdische Stadtteile und Vororte, die den neuen Einwohnern der Stadt Wohnraum bieten sollen. Es versteht sich aus der zionistischen Ideologie, daß diese neuen Wohnquartiere exklusiv nur den Juden zur Verfügung stehen werden, Palästinensern dagegen, die durch das Zerstörungswerk der israelischen Behörden in den Jerusa-

lermer Altstadtbezirken zwangsevakuert worden waren, wird hier jede Wohnmöglichkeit verwehrt<sup>50</sup>.

Damit haben die neuen jüdischen Siedlungen in und um Jerusalem (*Quds*) einerseits die Funktion, durch die Zurverfügungstellung von Wohnraum die baulichen und räumlichen Voraussetzungen für die Sicherung der demographischen Verhältnisse in Jerusalem (*Quds*) zu schaffen. Die geplante Ansiedlung von 65.000 israelischen Siedlern im Zeitraum von 1967 bis 1975, beziehungsweise von rund 200.000 Juden bis zum Jahre 1980 läßt erahnen, welchen Umfang die zionistischen Bauvorhaben in den Augen der israelischen Planer einnehmen. Auf der anderen Seite ist jedoch auch beabsichtigt, die räumliche Struktur Jerusalems (*Quds*) dergestalt zu verändern, daß der gesamte städtische Bereich unter die Kontrolle Israels gerät, mit anderen Worten: die arabischen Stadtviertel sollen eingeschnürt werden, bis sie die Gestalt von Gettos in einer ansonsten rein jüdischen Umwelt erhalten, womit die Wohn- und Lebensbedingungen für den palästinensischen Bevölkerungsteil erheblich beeinträchtigt werden. Darüber hinaus soll so schnell wie möglich eine dauerhafte bauliche Verkoppelung von West- und Ostjerusalem erfolgen, um damit eine de-facto-Situation zu schaffen, die durch eventuellen internationalen Druck anfangs nur schwer, schließlich aber gar nicht mehr zu revidieren wäre.

Vor dem Hintergrund dieser Prämisse planten die israelischen Behörden die Errichtung von drei Siedlungsgürteln auf dem erweiterten Stadtgebiet von Jerusalem (*Quds*). Die ersten israelischen Siedlungen innerhalb Ostjerusalems wurden im Zeitraum von 1968 bis 1973 erbaut. Sie wurden als neue Stadtteile auf den bis zum Jahre 1970 im Rahmen der ersten Enteignungswelle beschlagnahmten Ländereien im ehemaligen Niemandsland, auf städtischen Freiflächen und auf den Trümmern zerstörter palästinensischer Wohnquartiere errichtet. Geplant und angelegt wurden sie als ein Ring festungsgleicher Siedlungen auf den Hügeln rund um die Innenstadt Jerusalems (*Quds*), wobei die Ringlage aus politischen, militärischen und demographischen Erwägungen gewählt worden war.

Der politische Aspekt war die Umklammerung des dicht besiedelten arabischen Innenstadtbereiches durch jüdische Wohnsiedlungen, um diesen vom palästinensischen Umland abzuschneiden und ihn dem 'jüdischen Jerusalem' einzuverleiben. Solange die eigentlich angestrebte, vollständige Vertreibung der palästinensischen Bewohner aus der Innenstadt Jerusalems (*Quds*) vor allem wegen der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit nicht möglich ist, zielt die Planung offenbar darauf ab, die arabischen Wohnviertel in eine Art Enklave inmitten der schon judaisierten Teile der Stadt umzufunktionieren. Durch die Verkoppelung von Westjerusalem mit den israelischen Siedlungen in Ostjerusalem kann damit der Stadt ein

geschlossenes, einheitlich jüdisches Bild verliehen werden, um so den 'jüdischen Charakter' Jerusalems (*Quds*) auch nach außen hin zu dokumentieren.

Der militärische Aspekt war die zionistische Kontrolle über die von den Arabern bewohnten Viertel der Innenstadt, was durch die strategisch vorteilhafte Hügellage der neuen Wohnbauprojekte begünstigt wurde. Und nicht zufällig waren es gerade die führenden Militärs der zionistischen Armee, die im Jahre 1967 darauf gedrängt hatten, die arabische Wohnviertel umgebenden Hügel bei der Ausweitung der Gemeindegrenzen Jerusalems (*Quds*) mit zu berücksichtigen<sup>51</sup>.

Der demographische Aspekt schließlich war die Überfremdung der Innenstadtbereiche durch die massenhafte Ansiedlung von Juden, plante man doch, allein in den nördlich und südlich der Altstadt gelegenen jüdischen Siedlungen Wohnraum für rund 60.000 neue israelische Siedler zu schaffen. Darüber hinaus sollte Jerusalem (*Quds*) durch die Errichtung der neuen Stadtteile ein 'einheitliches' Stadtbild erhalten, in dem die auf den Hügeln liegenden israelischen Siedlungen mit der Monotonie ihrer modernen Wohntürme und Geschäftshäuser nun weitgehend den Charakter der Stadt bestimmen und die gewachsenen arabischen Stadtstrukturen überdecken. Die daraus resultierende bauliche Überfremdung Jerusalems (*Quds*) soll den palästinensischen Bewohnern der Stadt die Identifizierung mit ihrer Wohnumgebung erschweren und sie somit zum Verlassen ihrer Stadt bewegen. Was also durch unmittelbaren physischen Druck nicht erreicht werden kann, versuchen die Zionisten nun auf schleichendem Wege: Die 'Judaisierung' der Innenstadt von Jerusalem (*Quds*) durch den allmählichen Austausch der palästinensischen Bewohner gegen jüdische Siedler.

Im zentralen Bereich der Innenstadt von Jerusalem (*Quds*) entstanden seit 1968 an verschiedenen Stellen israelische Geschäfts- und Wohnhochhäuser, die den baulichen Charakter des alten arabischen Stadtkerns allmählich zu verändern begannen, und auch für einen neuen, zentralen Geschäftsbereich wurden Pläne entworfen, die offenbar mit den neuesten Aktivitäten, den zentralen palästinensischen Busbahnhof und den Melonenmarkt zu schließen, stattdessen einen neuen Markt und einen neuen Busbahnhof entlang einer neuen Schnellstraße zu bauen, Gestalt annimmt<sup>52</sup>. Der erste israelische Stadtteil, Ramat Eshkol, wurde bereits im Jahre 1969 fertiggestellt und umfaßte 1.700 Wohneinheiten. In der Folgezeit entstanden dann die Stadtteile Givat Hamivtar, French Hill und Sanhedriyya Extension, die mit Ramat Eshkol eine räumliche Einheit bilden und zusammen weitere 3.000 Wohneinheiten beinhalten. Diese vier Stadtteile kontrollieren durch ihre Hügellage die arabische Innenstadt Jerusalems (*Quds*) und bilden, an der Hauptausfallstraße nach Ramallah gelegen, den zentralen Punkt eines Siedlungsgürtels im Norden von Jerusalem (*Quds*), der als

Sperr-Riegel die arabischen Wohnviertel im Stadtzentrum von den arabischen Vororten im Norden der Stadt abtrennen soll. Dieser Siedlungsgürtel wurde zu Beginn der 70er Jahre nach Osten durch den Aufbau der Hebräischen Universität auf dem Mount Scopus erweitert, die für eine Kapazität von 14.000 Studenten ausgelegt ist. Universitätsgebäude, Studentenwohnheime und Versorgungseinrichtungen verleihen dem Campus die Gestalt einer kompletten Siedlung. Nach Westen hin erweiterten die zionistischen Planer den Siedlungsgürtel im Jahre 1969 durch die Errichtung des Stadtteils Nahlat Dafna mit 250 Wohneinheiten, sowie schließlich im Jahre 1973 durch die Gründung des Satelliten-Vorortes Ramot, der auf einer Fläche von mehr als 30.000 Dunum über 8.000 Wohneinheiten verfügt. Damit bietet dieser Siedlungsgürtel insgesamt Wohnraum für rund 65.000 jüdische Siedler, sowie für ca. 14.000 Studenten der Hebräischen Universität.

Im Jahre 1973 wurde mit der Errichtung eines zweiten Siedlungsgürtel im Süden der Stadt begonnen, dem ebenfalls die Funktion eines Sperr-Riegels zukommt. Auf dem ehemaligen 'Government-House'-Hügel wurde der jüdische Stadtteil East Talpiot angelegt, der 3.000 Wohneinheiten umfaßt und die arabische Innenstadt Jerusalems (*Quds*) von Süden her kontrolliert. Südwestlich der Ortschaft Beit Safafa entstand zur gleichen Zeit die Satelliten-Stadt mit 10.000 Wohneinheiten, so daß der südliche Siedlungsgürtel, ebenso wie der nördliche Gürtel, Wohnraum für insgesamt rund 65.000 jüdische Siedler bietet. Neben der Kontrolle der arabischen Innenstadt kommt ihm die Funktion der Ausgrenzung von Bethlehem (*Beitlahm*) sowie der Einverleibung der palästinensischen Ortschaft Beit Safafa in das 'jüdische Jerusalem' zu. Beide Siedlungsgürtel im Zusammenhang, betrachtet bilden einen Ring jüdischer Stadtteile und Vororte um den Kern von Jerusalem (*Quds*), der die arabischen Stadtviertel, die teilweise auch von jüdischen Gebäuden durchsetzt sind, einschließt und so den Eindruck einer geschlossenen jüdischen städtischen Einheit vermitteln soll.

Ein dritter Siedlungskomplex wurde schließlich für den nördlichsten Teil des erweiterten Jerusalem (*Quds*) vorgesehen. Errichtet, beziehungsweise in Planung sind hier drei Satelliten-Vororte, sowie eine größere Industriezone neben dem Jerusalemer Flughafen. Die Funktion dieser Siedlungen, für die eine jüdische Bevölkerung von insgesamt 80.000 Einwohnern geplant ist, ist die faktische Annexion nun auch dieser Region zwischen Ramallah und Jerusalem (*Quds*). Begonnen hatten die israelischen Siedlungsaktivitäten in diesem Gebiet nördlich von Jerusalem (*Quds*) im Jahre 1973 mit dem Bau der Industriezone Atarot und der Gründung des Vorortes Neve Yaacov, der 2.500 Wohneinheiten aufweist. Eine weitere Satelliten-Siedlung soll im Jahre 1983 östlich des palästinensischen Dorfes Beit Hanina entstehen, doch liegen über Namen und genaue Größe keine detaillierten Angaben vor. Südlich der Siedlung Neve Yaacov jedoch entsteht zur Zeit die Satelliten-



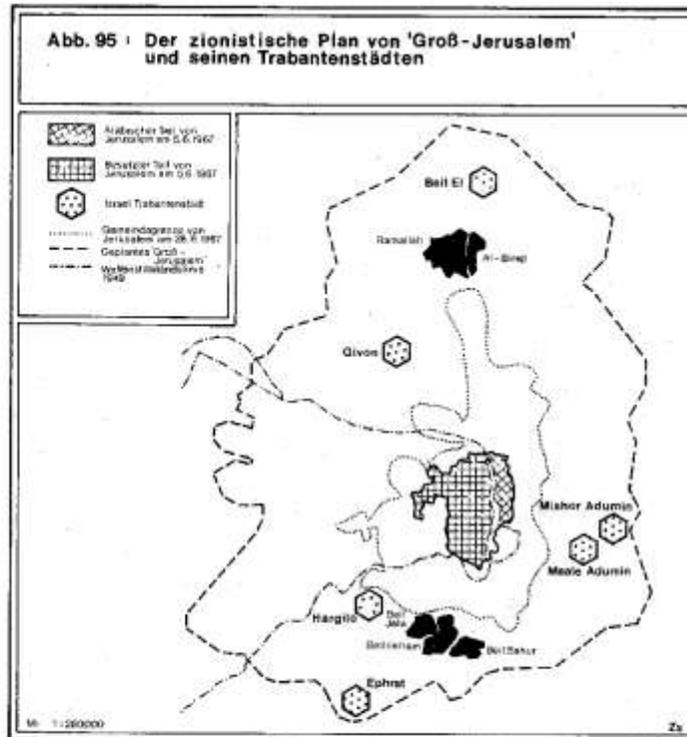
Neben all diesen ‚Judaisierungsaktionen‘ im alten Jerusalem (*Quds*) und innerhalb der erweiterten Stadtgrenzen richtet die israelische Stadtplanung perspektivisch ihre Pläne immer wieder auf eine weitere Ausdehnung des metropolitanen Bereiches von Jerusalem (*Quds*), der schließlich die palästinensischen Städte Ramallah, Al-Bireh, Beit Jala, Bethlehem (*Beitlahm*) und Beit Sahur, sowie insgesamt 60 palästinensische Dörfer umfassen soll, ein Gebiet also, in dem heute rund 120.000 Palästinenser leben <sup>55</sup>. Der Großraum Jerusalem (*Quds*) soll jüdisch werden, denn nach den Vorstellungen zionistischer Politiker sollen bis zum Jahre 2000 im Gebiet von ‚Groß-Jerusalem‘ rund eine Million Juden leben <sup>56</sup>. Die Grundlage für eine derartige Konzentration israelischer Siedler soll durch die Ausdehnung und

Vergrößerung des ökonomischen Umfeldes von Jerusalem (*Quds*) geschaffen werden. Hauptsächlich diesem Zweck dient der Aufbau neuer Städte und Industriekomplexe, Maale Adumim, Mishor Adumim, Beit El, Givon, Hargilo oder Ephrat, allesamt in einer Distanz von 5 bis 15 Kilometern von Jerusalem (*Quds*) gelegen. ‚Groß-Jerusalem‘ soll diese neuen Städte in Zukunft umfassen. Die Siedlungsblöcke ‚Givon-Block‘, ‚Beit El-Block‘, ‚Maale Adumim-Block‘ und ‚Gush Etzion-Block‘, die heute in einem regionalen Verbundsystem die Funktion der Einschränkung und Behinderung der palästinensischen Existenz in diesem Raum wahrnehmen, sollen später planmäßig Bestandteile von ‚Groß-Jerusalem‘ werden.

Mit massiven Bauprogrammen und Stadterweiterungsplänen beabsichtigen die zionistischen Planer ‚Groß-Jerusalem‘ fest unter israelischer Kontrolle zu bringen. Die baulichen Veränderungen der Stadt und die Ansiedlung großer Kontingente israelischer Siedler, die Übernahme der Verwaltung und die totale Kontrolle über den ökonomischen, kulturellen und religiösen Sektor der Stadt sind Aspekte der de-facto-Annexion Jerusalems (*Quds*), die die endgültige Eingliederung der Stadt in das zionistische System durch die de jure-Annexion vorbereiten sollen. Im Jahre 1980 schließlich war die ‚Entarabisierung‘ und ‚Judaisierung‘ der Stadt bereits so weit fortgeschritten, daß sich die zionistische Regierung sicher genug fühlte, nun auch diesen Schritt zu vollziehen. Jerusalem (*Quds*) wurde von der israelischen Regierung formell als Teil Israels annektiert und zur ‚unteilbaren und ewigen Hauptstadt‘ des zionistischen Staates erklärt.

Im gleichen Jahr waren sechs der wichtigsten neuen israelischen Wohnsiedlungen in Ostjerusalem fertiggestellt, die rund 50.000 israelischen Siedlern Wohnraum boten. 1982 lebten bereits über 60.000 Juden in den Grenzen des erweiterten Jerusalem (*Quds*); die israelischen Siedlungsketten schließen langsam aber sicher die 112.000 Palästinenser in den arabischen Stadtvierteln ein und trennen diese von der besetzten Westbank ab.

Doch trotz aller Anstrengungen konnten Israel die hochgesteckten Ziele, bis zum Jahre 1975 insgesamt 65.000 israelische Siedler neu in Ostjerusalem anzusiedeln und im Jahre 1980 einen Anteil von 400.000 Juden an einer Gesamtbevölkerung Jerusalems von 500.000 Einwohnern zu erreichen, nicht verwirklichen. Daß der erwartete Run auf Jerusalem (*Quds*) ausblieb, lag einerseits an den sinkenden Zahlen jüdischer Neueinwanderer in den letzten Jahren, andererseits aber auch daran, daß der überwiegende Teil der neueingewanderten Juden die Städte in Küstennähe einem Leben in Jerusalem vorzog.



**Tabelle 19:**  
**Die Bevölkerungsentwicklung Jerusalems (Quds) von 1844 bis 1980** <sup>57</sup>

Jahr	Juden	Palästinenser	Gesamt	Juden / Palästinenser
1844	7.120	8.390	15.510	45:55
1905	40.000	20.000	60.000	67:33
1931	51.222	39.229	90.451	57:43
1948	100.000	65.000	165.000	60:40
1967	199.000	66.000	265.000	75:25
1970	215.500	73.100	288.600	75:25
1973	224.500	89.000	313.500	71:29
1980	290.000	112.000	402.000	72:28
1981	298.000	117.000	415.000	72:28

Wenn sich die Bevölkerungsrelation zwischen Juden und Arabern in Jerusalem (Quds) seit dem Jahre 1967 trotzdem kaum zugunsten der Palästinenser verändert hat, so sind neben dem großmaßstäblichen ‚Stadtentwicklungsprogramm‘ der Zionisten drei weitere Gründe dafür maßgeblich, nämlich der rückläufige Geburtenüberschuß der palästinensischen Bevölkerung, der in den letzten Jahren von 3,4 Prozent auf 3,0 Prozent abgesunken ist, die mit 1,1 Prozent relativ hohe Auswanderungsquote von Palästinensern aus Jerusalem <sup>58</sup>, sowie ein Zuwanderungsverbot, das die israelischen Behörden für die Bewohner der Westbank ausgesprochen haben. Die im Jahre 1967 erlassene Verordnung besagt, daß jedem arabischen Einwohner von Jerusalem (Quds), der während des Krieges von 1967 nicht in der Stadt anwesend war, die Rückkehr nach Jerusalem (Quds) untersagt ist. Darüber hinaus darf kein Palästinenser der nicht seinen Wohnsitz in Jerusalem (Quds) hat, die Stadt ohne einen durch die zionistischen Behörden ausgestellten Identitätsausweis betreten <sup>59</sup>.

Die Umwandlung Jerusalems (Quds) von einer arabischen Metropole in eine jüdische Stadt schreitet heute durch den ständigen Ausbau der israelischen Stadtviertel und Vororte weiter voran. Ein palästinensischer Einwohner der Stadt beschreibt die Situation Jerusalems wie folgt: „Wir sind in die Zange genommen, schauen sie sich nur an, wie sich die Hochhäuser und die Blocks der Juden von allen vier Winden an unser El Kuds heranschiebt, wie wir gezwungen sind, im Schatten ihrer Wolkenkratzer zu leben... Die meisten dieser Neubauten stehen auf **unserem** Grund und Boden. Man hat ihn uns genommen und zur Entschädigung offeriert man uns Geld – wir wollen es nicht. Wir wollen, was uns gehört ... Wir sind doppelt betrogen. Hier baut man jetzt Wohnungen für Israelis auf arabischem Land, und für

unser Grundeigentum, das wir seit 1948 drüben verloren haben (im israelischen Sektor), bietet man uns erst seit dem Oktoberkrieg so etwas wie eine Entschädigung. Auch die werden wir nicht annehmen. Wir wollen unser Eigentum zurück“ <sup>60</sup>.

67.



Für die geplante Landebahn sollen diese Häuser fallen

68.



Großsiedlung Ramot Alon

## Schlußbetrachtung

---

## Schlußbetrachtung

"Wir wollen unser Eigentum zurück", so lautet der Wunsch und die Forderung der Palästinenser, deren Existenz als Volk im Nahen Osten durch die nun über hundert Jahre währende zionistische Kolonisation immer weiter bedroht wird. Insbesondere die zionistische Siedlungspolitik hat in Palästina Fakten geschaffen, die dem Betrachter heute fast nicht mehr revidierbar erscheinen.

Nach einer langen Phase der von der britischen Mandatsmacht unterstützten jüdischen Einwanderung und Besiedlung der strategisch wichtigsten Gebiete wie des Küstenstreifen mit seinen fruchtbaren Niederungen und Hafenzentren, das Hula-Gebiet mit den Quellflüssen des Jordan, das äußerst fruchtbare Gebiet von Haifa bis zum See Taberiya, das Marj Ibn Amar, der 'Korridor' von Jaffa nach Jerusalem (Quds) und der Nordrand der Negev-Region, wurde schließlich im Jahre 1948 der israelische Staat auf einem großem Teilstück Palästinas ausgerufen. Nach jahrzehntelangen gezielten Bodenkäufen und nach den Landraub- und Vertreibungsaktionen vor und während des Krieges 1947-49 befanden sich zum Zeitpunkt der Gründung des zionistischen Staates rund vier Fünftel des Bodens von Palästina in seiner Ausdehnung während der Mandatszeit in israelischer Hand. Von den ehemals etwa 364 arabischen Dörfern im Staatsgebiet Israels verblieben nach den großen Zerstörungsaktionen gerade noch etwa einhundert.

Hatte Palästina zum Ende der Mandatszeit rund 1,3 Millionen arabische Einwohner, so verblieben nach den ausgedehnten Vertreibungsaktionen nur noch etwa 156.000 Palästinenser im israelischen Staatsgebiet, denen etwa 716.000 jüdische Siedler gegenüberstanden. Rund 80 Prozent der im israelischen Staatsgebiet lebenden Palästinenser hatten fliehen müssen. Damit war die Bevölkerungszusammensetzung im israelischen Staat radikal geändert worden: waren die zionistischen Kolonisatoren im Jahre 1948 noch in der Minderheit gewesen, so hatten sie nach 1948 im zionistischen Staat die Mehrheit inne.

Mit der Gründung des israelischen Staates war für die zionistische Bewegung jedoch das territoriale Problem noch lange nicht gelöst. Das eroberte Gebiet von Palästina mußte auch faktisch in jüdisches Gebiet umgewandelt werden, und so war das erste Ziel des zionistischen Staates, die Bevölkerungsverhältnisse und die Anteile am Bodenbesitz zugunsten der jüdischen Einwanderer zu ändern. Am Vorabend des Junikrieges von 1967 war es schließlich soweit. Die israelische Regierung hatte sämtliche politischen, militärischen und administrativen Mittel erfolgreich eingesetzt und die arabisch-palästinensische Bevölkerung zu einer politisch entmündigten, wirtschaftlich unbedeutenden und kulturell unterdrückten Minderheit degradieren können.

Über 90 Prozent des palästinensischen Bodens in Israel war ‚nationalisiert‘ und darüber hinaus über 90 Prozent der Wasserreserven unter israelische Kontrolle gebracht, womit die israelischen Siedler die Verfügungsgewalt über sie erhielten. Ein enges Netz von jüdischen ländlichen Siedlungen und sogenannten ‚Neuen Städten‘ war in Israel errichtet worden, massive Einwanderungskampagnen lieferten die Siedler. So konnten die demographischen Verhältnisse weiterhin entscheidend zugunsten der fremden Siedler geändert werden. Die jüdische Bevölkerung war vollständig zum dominierenden Element geworden, die palästinensische Bevölkerung stellte kaum mehr als zehn Prozent.

Bis ins Jahr 1967 waren also die wichtigsten Ziele erreicht worden. Es hatte sich in Palästina ein nationaler, ethnisch religiös beschränkter Staat herausgebildet, dessen jüdische Bevölkerung begonnen hatte, sich als Volk und Nation zu verstehen. Der Boden Palästinas war durch Besiedlung und Bearbeitung zu jüdischem Territorium geworden. Damit war für die zionistischen Ideologen die Frage der jüdischen Nation, des jüdischen Staates und des jüdischen Territoriums gelöst, allerdings erst auf einem Teil des in Anspruch genommenen Gebietes von ‚Erez Israel‘.

Der zunächst dritte Schritt in diese Richtung wurde durch die Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens getan. Für alle Etappen der zionistischen Kolonisierung Palästinas, von den Anfängen Ende des 19. Jahrhunderts bis heute, hat Raumplanung als geplantes, strategisches Vorgehen zur Nutzung aller Raumressourcen eine zentrale Rolle gespielt. Die zionistischen Planer, die mit dieser Frage beschäftigt waren, haben die entsprechenden Vorstellungen entworfen und für deren Umsetzung nach strategischen und jeweils taktischen Gesichtspunkten gesorgt. Raumplanung hat sich dabei immer aggressiver Mittel bedient. Der aggressive Charakter der Raumplanung offenbarte sich schließlich beim Vorgehen in den 1967 besetzten Gebieten besonders deutlich.

## 1. Ideologische Aspekte der zionistischen Raumplanung in den besetzten Gebieten

„Mit Waffengewalt wurde Israel 1948 geschaffen. Mit Waffengewalt wurden im Juni-Krieg 1967 Westbank und Gaza, die Golan-Höhen und der Sinai erobert und besetzt. 15 Jahre herrscht die israelische Besatzung nun in Westbank und Gaza. In den ersten Jahren nach 1967 verstand Israel sich selbst durchaus als Besatzungsmacht, wenn auch mit dem selbst verliehenen Prädikat der ‚liberalsten Besatzungsmacht der Welt‘. Das Verständnis hat sich gewandelt. Heute trägt die Westbank im offiziellen israelischen Sprachgebrauch die biblischen Namen ‚Judäa und Samaria‘. Und die einstige Besatzungsmacht ernannte sich selbst zum ‚Befreier‘ dieser Gebiete. Die Konsequenz dieser Befreiung ist die erklärte israelische Absicht, Westbank und Gaza nie wieder zu verlassen“<sup>1</sup>.

1948 hatte die zionistische Organisation die erste Etappe auf ihrem Weg zum ‚Erez Israel‘ erreicht, nachdem ihr durch die UN-Teilungsresolution ein eigenes Territorium für den angestrebten ‚Judenstaat‘ zugesprochen wurde. Wir haben aufgezeigt, daß die Gründung des israelischen Staates die Folge einer von langer Hand geplanten Politik der vollendeten Tatsachen gewesen ist. Durch brutale militärische Aktionen hatten damals die zionistischen Milizen das ihnen zugesprochene Gebiet erheblich vergrößert und es in weiten Teilen von der dort ansässigen palästinensischen Bevölkerung ‚entleert‘. Es war das Ziel von Anfang an gewesen, im geplanten jüdisch-nationalen Staat die Charakteristika einer palästinensisch-arabischen Existenz auszulöschen und das ‚entleerte‘ Territorium mit jüdischer Bevölkerung und einem dichten Netz jüdischer Siedlungen aufzufüllen.

Eine weitere Etappe auf dem zionistischen Weg zum ‚Erez Israel‘ stellte die militärische Okkupation der den Palästinensern noch verbliebenen Gebiete, Westbank und Gaza, im Jahre 1967 dar. Im Gegensatz zu 1948 war jedoch eine sofortige Einverleibung dieser Gebiete in den zionistischen Staat zum damaligen Zeitpunkt unmöglich, galten diese doch nach internationalem Recht als besetzte Gebiete, auf die Israel keinerlei Rechtsanspruch besaß. Dieser Sachverhalt hat die zionistischen Regierungen Israels nicht vom Versuch der Annexion der okkupierten Territorien abgehalten, denn, wie wir gesehen haben, haben sie sich in dieser Frage niemals um internationales Recht oder um die Weltmeinung gekümmert. Es kam jedoch der entscheidende Faktor hinzu, daß die besetzten Gebiete dicht besiedelt waren, blieben doch nach 1967 – im Gegensatz zu 1948, wo die überwiegende Mehrzahl der palästinensischen Einwohner durch die Terroraktionen aus ihren Dörfern vertrieben worden waren – rund 750.000 Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen zurück.

750.000 Menschen konzentriert in einem Gebiet von 5.879 qkm (Westbank) und 363 qkm (Gaza-Streifen), sind ein demographischer Faktor, der nicht zu übersehen ist. Unweigerlich wäre es bei einer sofortigen Einverleibung der 1967 besetzten Gebiete und dem Versuch einer Transformation in einen ‚rein jüdischen Staat‘ zu erheblichen Konflikten für die zionistische Regierung gekommen. Insofern kam eine direkte Annexion der Westbank und des Gaza-Streifens zum damaligen Zeitpunkt nicht in Frage, und so richteten sich die zionistischen Führer darauf ein, die von ihnen angestrebte Einverleibung der besetzten Gebiete schrittweise zu vollziehen. Nach altbekanntem Muster wurden Maßnahmen entworfen, die eine ‚schleichende Annexion‘ von Westbank und Gaza-Streifen zum Ziel hatten – eine Strategie, die von den Zionisten schon in der Zeit des britischen Mandats erfolgreich durchgeführt wurde. So erklärte Moshe Dayan schon unmittelbar nach dem Kriege im Jahre 1967: „Wir müssen, ohne die formale Annexion der besetzten Gebiete zu proklamieren, in diesen befreiten Gebieten Tatsachen schaffen“<sup>2</sup>.

Diese Äußerung verdeutlicht, daß es von Anfang an das erklärte Ziel war, die Westbank und den Gaza-Streifen niemals wieder zu verlassen, denn das ‚Schaffen von Tatsachen‘ bedeutet in der zionistischen Terminologie nicht eine vorübergehende Besatzung. Außerdem sprach Dayan schon im Jahre 1967 von ‚befreiten‘ Gebieten, eine Formulierung, die auf die religiös verbrämten ‚Ansprüche‘ auf ganz Palästina anspielt. Diese Formulierung sollte später von Menachem Begin und seinem Kabinett wieder aufgegriffen werden.

Die Landraub- und Siedlungsoperationen der ersten zehn Jahre zionistischer Herrschaft in den besetzten Gebieten wurden unter sozialdemokratisch geführten Regierungskoalitionen in die Wege geleitet. Mit dem Motto ‚Die Siedlungen dienen der Sicherheit Israels, sie schaffen verteidigungsfähige Grenzen‘ versuchten die Regierungen des Arbeiterblocks ihre Aktivitäten in der Westbank und im Gazastreifen, sowie auf den Golanhöhen und im Sinai zu legitimieren. Und tatsächlich waren die ersten zionistischen Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten militärische Vorposten, Wehrsiedlungen, die an strategisch bedeutenden Standorten, wie beispielsweise im Jordantal an der Grenze zu Jordanien, angelegt wurden.

Was aber bedeuten verteidigungsfähige Grenzen für einen Staat wie Israel, der noch nicht ein einziges Mal seit seiner Gründung verbindlich definiert hat, wo denn nun tatsächlich seine Grenzen liegen sollen? Ein Staat, offen für alle Juden der Welt und daher grenzenlos, von einigen Politikern sogar vague definiert in den Umrissen des alten Königreiches David und Salomon? Verteidigungsfähige Grenzen für eine Vorwärtsverteidigung auf dem Wege zum ‚Erez Israel‘ in seiner Ausdehnung vom Euphrat bis zum Nil? ‚Vorläufige‘ Grenzen also als Sprungbrett für weitere Expansion und damit Absteckung neuer Fronten?

Sicherlich war das Abstecken zukünftiger Grenzen ein wesentlicher Aspekt der zionistischen Siedlungspolitik, auch in den besetzten Gebieten, wie der ehemalige israelische Außenminister Yigal Allon im Jahre 1976 bestätigte: „Wenn sie mich fragen, ob die israelische Regierung jemals eine umfassende Konzeption für die Standorte der Siedlungen verabschiedet hat, dann sage ich ihnen: So ein Plan ist niemals beschlossen worden. Wenn sie jedoch die vielen Entscheidungen der israelischen Regierung über die Standorte von Siedlungen in der Vergangenheit im Zusammenhang betrachten, dann werden sie feststellen, daß sie sich zu einem Konzept summieren. Siedlungen werden in strategisch wichtigen Gebieten errichtet, entlang existierender Grenzen oder in der Nähe von Gebieten, die wahrscheinlich in der Zukunft Grenzlinien werden.“<sup>3</sup>.

Das klingt sehr nach der Absteckung neuer Fronten für eine zukünftige Expansion auf den Wege zum ‚Groß-Israel‘. Bis zum Nil waren die israelischen Soldaten schon vorgedrungen. Dutzende zionistischer Siedlungen befinden sich heute auf den syrischen Golanhöhen, und auch der südliche Libanon ist in israelischer Hand, als sogenannter Sicherheitsstreifen.

Doch es gibt in den 1967 besetzten Gebieten noch einen weiteren Aspekt der zionistischen Siedlungspolitik: die Sicherung der bis heute schon okkupierten Territorien als jüdische Gebiete mit jüdischen Strukturen. Das Ziel der Transformation von Gesamtpalästina in einen ‚rein-jüdischen‘ Staat kann auch hier nur über die Zerstörung der nationalen Identität des palästinensischen Volkes und deren völlige Ersetzung durch die zionistische Gesellschaft erreicht werden. Der Aufbau einer zionistischen Ökonomie, einer zionistischen Kultur und einer zionistischen Verwaltung ist jedoch nur infolge der konkreten Inbesitznahme des Bodens durch Besiedlung möglich. Sehr wohl haben die zionistischen Ideologen erkannt, daß nur mit einer radikalen Veränderung der demographischen Verhältnisse die besetzten Gebiete im Endeffekt dem israelischen Staat einverleibt werden können, wie in den bisher eroberten Gebieten auch. Es mußte also der gleiche Plan in Kraft treten, wie zur Zeit der ersten Kolonisationsaktionen: Eroberung des Bodens, Besiedlung, Schaffung von jüdischen Mehrheiten und die Errichtung von jüdischen Gesellschaftsstrukturen.

Und so begann die Regierung konsequenterweise, nach und nach die bestehenden Wehrsiedlungen in zivile landwirtschaftliche Siedlungen umzuwandeln, bzw. das mit militärischen Stützpunkten begonnene Siedlungs-Skelett allmählich mit zivilen Siedlungen aufzufüllen. Immer größere Scharen von Siedlern zogen in die besetzten Gebiete, teils von der Regierung dorthin verteilt, teils im Rahmen ‚wilder‘ Siedlungsaktionen nationalistisch-religiöser Fanatikergruppen. Allein in der Westbank wurden auf diese Weise bis heute rund 26.000 Juden angesiedelt. Die zionistischen Aktivisten der Gush Emunim hoffen, bis 1986 den jüdischen Bevölkerungsanteil

in der Westbank auf 100.000 bis 150.000 zu steigern. Weitergehende Pläne der zionistischen Einwanderungsbehörde, der jüdischen Agentur, beinhalten die Ansiedlung von „1,5 Millionen jüdischen Einwohnern in Judäa und Samaria vor dem Jahre 2010“<sup>4</sup>.

Das Argument, der Aufbau von Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten diene allein der Sicherheit Israels in seinen Grenzen von 1948, mit dem der damals regierende Arbeiterblock immer wieder versuchte, seine Siedlungspolitik auch international zu rechtfertigen, erweist sich damit eindeutig als ein Scheinargument. Kein anderer bringt das klarer zum Ausdruck als Moshe Dayan, der im Jahre 1968 feststellte: „Was die Sicherheit anbelangt, ist die Errichtung jüdischer Kolonien nicht besonders wichtig. Aber sie ist von außerordentlichem und entscheidendem Gewicht für die Schaffung der politischen vollendeten Tatsachen; denn wir werden uns nicht von einem Fleck rühren, wo wir eine Siedlung eingerichtet haben“<sup>5</sup>.

Unbehelligt von der Weltöffentlichkeit wollte Israel damit beginnen, die Westbank und den Gazastreifen, sowie die Golanhöhen und den Sinai Stück für Stück mit Siedlungen zu durchsetzen, diese Territorien militärisch abzusichern und sie dann mit Siedlern aufzufüllen. Die damals in den besetzten Gebieten zuerst gegründeten Siedlungen waren Nahal-Siedlungen, militärisch-landwirtschaftliche Wehrsiedlungen, die eine solche Doppelfunktion am besten erfüllen konnten. Ein Vertreter des „Jüdischen Nationalfonds“ selber widerlegte in aller Offenheit die scheinheiligen Argumente der Regierungen des Arbeiterblocks in den sechziger Jahren, indem er feststellte: „Heute folgt der Traktor des Jüdischen Nationalfonds dem Tank der Armee. Gebiete, die als Ergebnis des Sechs-Tage-Krieges an Israel zurückgefallen sind, kommen nun unter den Pflug“<sup>6</sup>. Deutlicher läßt sich nicht definieren, wo die tatsächlichen Intentionen der sozialdemokratisch geführten Regierungskoalition in den ersten Jahren der Besetzung lagen.

Eindeutig stand damit die zionistische Siedlungspolitik von Anfang an den internationalen Gesetzen entgegen. Ausdrücklich untersagt die Genfer Konvention von 1949 allen Staaten die Errichtung von zivilen Siedlungen in den von ihnen besetzten Gebieten. Der Paragraph 49 führt im Detail aus, daß ein Staat, der fremdes Territorium besetzt, unter keinen Umständen demographische Veränderungen vornehmen darf. Weder dürfen Teile der in den okkupierten Territorien lebenden Bevölkerung von dort transferiert werden, noch darf der Besetzerstaat einen Teil seiner eigenen Bevölkerung in diesen Gebieten ansiedeln. Die zionistischen Regierungen kümmerten sich jedoch nicht um diese internationalen Regelungen. Sie konfiszierten arabischen Boden und errichteten ihre zivilen Siedlungen darauf. Sie bezeichneten sich ganz offiziell als Erbe des haschemitischen jordanischen Regimes, das bis zum Jahre 1967 die Verwaltungshoheit über die Westbank

innehatte, und deklarierten ihre Politik des Landraubes und der Besiedlung daher als völlig normal.

Der seit 1977 regierende national-religiöse Likud-Block ging unter Ministerpräsident Menachem Begin in seiner Argumentation allerdings noch eine Stufe weiter. Um eine Legitimation der flagranten Verletzung internationalen Rechts bemüht sich die israelische Regierung heute erst gar nicht mehr. Geradeheraus werden die besetzten Gebiete zu „israelischem Boden, der dem jüdischen Volk gehört“<sup>7</sup>, erklärt. Damit wird die Besiedlung des Bodens zur vordringlichsten Aufgabe erklärt, denn „die Besiedlung ist ein Recht und eine Pflicht. Dieses Recht und diese Pflicht müssen und werden wir weiterhin erfüllen“<sup>8</sup>. So jedenfalls charakterisierte Menachem Begin die Siedlungspolitik seiner Regierung. Das ‚Recht‘ und die ‚Pflicht‘ zur Besiedlung der okkupierten Territorien leiten die zionistischen Ideologen schließlich nach wie vor aus der Bibel ab, in der es heißt: „Und ihr sollt das Land in Besitz nehmen und darin wohnen; denn euch habe ich das Land bestimmt, daß ihr es besitzet“ (Moses 33,53).

Waren es bis zum Amtsantritt Begins in erster Linie religiöse Fanatikergruppen, wie die Gush Emunim gewesen, die in vorderster Front die ‚Befreiung‘ der Westbank durch Intensivierung der Besiedlung gefordert hatte, so war ihnen nun mit der Begin-Regierung ein übermächtiger ‚Konkurrent‘ entstanden. Die Likud-Regierung „erklärte sich nunmehr selbst so offen zur Speerspitze der Westbank-Besiedlung, daß die Zeitung ‚Maariv‘ Begin als ‚Premier von Israel und Umgebung‘ bezeichnete“<sup>9</sup>.

Ideologisch auf die Errichtung eines jüdischen Staates fixiert, richten sich heute die ‚historischen Ansprüche‘ der zionistischen Bewegung in erster Linie auf die Westbank, weil diese Region in biblischen Zeiten der Kern des Königreiches von David und Salomon gewesen sei. Zionistische Siedlungspolitik also als praktische Umsetzung göttlicher Verheißung? Folgt man der offiziellen Propaganda der Likud-Regierung, sieht es ganz anders aus.

Jegliche Planung für die Besiedlung Palästinas entstammte den Büros der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation, die gemeinsam mit der jeweiligen israelischen Regierung für die Durchführung und Finanzierung zuständig ist.

Zwar müssen heute alle langfristigen Besiedlungspläne durch einen gemeinsamen Ausschuß von Vertretern der Zionistischen Weltorganisation und der israelischen Regierung bestätigt werden, womit der Einfluß der jeweiligen Regierung auf den Verlauf der Siedlungspolitik garantiert ist. Dementsprechend lassen sich auch, analog zu den Zielen der einzelnen Regierungen, graduelle Unterschiede während der verschiedenen Regierungsperioden feststellen. Doch bleibt durch die kontinuierliche Verantwortung der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation, an deren Spitze je ein Vertreter des Arbeiter- und des Likud-Blocks stehen, die zioni-

stische Siedlungspolitik auch bei Regierungswechsel ihrem Charakter nach relativ konstant.

Wir haben bereits festgestellt, daß das Ziel der zionistischen Siedlungspolitik in Palästina, die Inbesitznahme des arabischen Bodens durch die Besiedlung und Veränderung der geo-demographischen Struktur des Landes, immer auch Zerstörung, Beseitigung und Einschränkung der palästinensischen Strukturen bedeutet hat. Zur Realisierung dieser Ziele, zur Umsetzung der politischen Vorgaben der zionistischen Ideologen, wurde das Instrument räumlicher Planung eingesetzt. In den 1967 besetzten Gebieten wird aber erst richtig deutlich, daß sich die zionistische Raumplanung zutiefst an destruktiven Kriterien orientiert. Es geht ihr nicht um die Nutzung oder Verbesserung, sondern gerade umgekehrt um die Zerstörung bestehender und funktionierender Raumstrukturen. Erst die Zerstörung der arabischen Raumstrukturen ermöglicht den Aufbau der jüdischen. Beispiele, wie die Einkreisung palästinensischer Dörfer und Städte durch jüdische Siedlungsringe, die Sprengung von Häusern und der Abriß ganzer Stadtviertel im Zuge sogenannter ‚Sanierungs- und Modernisierungsprogramme‘, die Erzeugung von Gettosituationen durch bestimmte bauliche Maßnahmen mit dem Ziel der Ausübung psychischen Drucks, oder die Zerschneidung und Durchsetzung zusammenhängender, dicht besiedelter Raumeinheiten durch die Anlage langer Gürtel von jüdischen Siedlungen, existieren genug.

Hinter allem steht die Absicht, mit Hilfe der raumplanerischen Maßnahmen jede räumlich faßbare Form einer palästinensischen Existenz in Palästina zu verhindern. Der Wunsch nach Zerstörung ist das Leitmotiv zionistischer Raumplanung, die damit zum Instrument rassistischer Politik degeneriert.

Der hier aufgezeigte offen sichtbare, und bisher nicht beachtete, destruktive Aspekt der Raumplanung ist nach unserer Meinung die grundlegende Seite der zionistischen Raumplanung in Israel. Daneben besteht der Aufbau einer zionistischen Infrastruktur durch die Errichtung eines Netzes jüdischer Siedlungen und die Schaffung dazugehöriger technischer Einrichtungen. Sie besteht heute noch parallel zur alten palästinensischen Raumstruktur, aber sie soll diese zu gegebener Zeit, im Rahmen der vollständigen Annexion von Gazastreifen und Westbank, ganz ersetzen wie im Raum Israel schon geschehen. Jedoch – selbst wenn es sich hierbei um den Aufbau eines räumlichen Systems handelt, so kann man selbst diese Seite der zionistischen Raumplanung nicht als konstruktiv bezeichnen. Wir möchten sie vielmehr als verdeckt – destruktiv kennzeichnen, was ihrer Funktion am ehesten entspricht. Die Gründung zahlreicher jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten dient nicht, wie jedoch anzunehmen wäre, der Befriedigung von Wohnbedürfnissen der Bevölkerung, sondern vielmehr und vor allem dem zionistischen Staat als Pfand für seine territorialen Ansprüche.

Beste Beweis dafür sind die Anstrengungen, die die israelische Regierung

gerade in der letzten Zeit unternahm, um überhaupt Siedlungswillige für die Auffüllung der in aller Eile errichteten Siedlungen in der Westbank zu finden. Nur durch eine großangelegte Pressekampagne und die Vergabe günstiger Kredite und verlängerter Zuschüsse für den Kauf von Häusern und Wohnungen konnte man jüdische Siedler finden, die bereit sind, ihr Leben in Tel Aviv oder Haifa gegen die Anwesenheit in den 1967 besetzten Gebieten einzutauschen. Der heutige Siedlungsboom ist eindeutig das Resultat einer Kampagne der israelischen Regierung mit dem Ziel, die Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Bevölkerung einzuschränken und offenbart eindeutig seinen destruktiven Charakter.

Der dritte Aspekt der zionistischen Raumplanung ist militärisch-agressiver Natur. Mit der Errichtung von Siedlungen in den besetzten Gebieten übernimmt sie die Funktion des Wegbereiters, Erfüllungsgehilfen und des zivilen Armes der militärisch-strategischen Planung. Durch den Aufbau von Wehrsiedlungen und Siedlungen mit paramilitärischen Charakter sollen neue Grenzen und Fronten abgesteckt werden. Siedlungsschwerpunkte mit militärischen Einrichtungen bilden neue Stützpunkte im besetzten Palästina und sollen der Verteidigung des okkupierten Bodens gegen mögliche Angriffe von außen dienen. Darüberhinaus fungieren die jüdischen Siedlungen im Rahmen der inneren Kolonisation als Instrument der Militärverwaltung zur Kontrolle und politischen Unterdrückung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung. Das Vorgehen in den besetzten Gebieten zeigt deutlich: zionistische Raumplanung ist aggressiv. Sie ist nicht zu trennen von der inneren Kolonisation des Landes. Sie war und ist ein entscheidendes Instrument zur Durchsetzung der zionistischen, rassistisch wirkenden Ideologie und der Transformation Palästinas in ‚Erez Israel‘.

## 2. Das strategische Konzept zionistischer Siedlungspolitik

Das Ziel, eine irreversible de-facto-Situation durch systematische Kolonisierung zu schaffen, bleibt Grundstein zionistischer Planungsstrategie. Wie in der Zeit des Britischen Mandats gehen die Zionistischen Organisationen und die israelische Regierung auch heute daran, in den okkupierten Territorien in allen gesellschaftlichen Bereichen eigene Machtpositionen zu errichten und den Machtapparat auszubauen. Grundlage dieses Prozesses ist die Errichtung von Siedlungen auf dem konfiszierten palästinensischen Boden, denn mit dem massenhaften Aufbau von Siedlungen gedenken sie, den durch die militärische Okkupation geschaffenen starren Raum der Kolonisation aufzufüllen. Der Boden soll nicht nur vom zionistischen Militär, sondern nach der zionistischen Ideologie vom ‚jüdischen Volk‘ an sich in Besitz genommen werden; er soll sich durch die Besiedlung in der Praxis in einen Teil von ‚Erez Israel‘ verwandeln.

Der Beginn der Judaisierung ist gekennzeichnet durch einen Prozeß der permanenten zionistischen Einflußnahme auf alle gesellschaftlichen Sektoren. Das Ziel dieser Strategie ist die Zerstörung der palästinensischen Identität und die Verdrängung der Palästinenser aus ihrem Land. Die Mittel sind die ökonomische Kontrolle über die besetzten Gebiete, sowie die kulturelle und politische Unterdrückung der palästinensischen Einwohner. Diese Phase der strukturellen Veränderung und Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft läßt sich als Prozeß der ‚schleichenden Annexion‘ kennzeichnen.

Der zweite Teil des zionistischen Strategie-Konzeptes beinhaltet einerseits den direkten Zugriff auf die natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete durch umfangreiche Landnahmen und Abgrabungen von Wasser, andererseits die Schaffung eines engmaschigen Netzes jüdischer Siedlungen und den Aufbau einer weitverzweigten zionistischen Infrastruktur. Diese Phase der unmittelbaren Aneignung der natürlichen Ressourcen des Landes und der Umwandlung palästinensisch-arabischer Raumstrukturen in ein großisraelisches Verbundsystem räumlicher Organisation läßt sich unter dem Begriff der ‚faktischen Annexion‘ fassen.

Der dritte und letzte Abschnitt der zionistischen Strategie sieht dann schließlich die endgültige Einverleibung der 1967 besetzten Gebiete in den Staat Israel als ‚Erez Israel‘ vor. Über den Umweg der ‚schleichenden Annexion‘ und der ‚faktischen Annexion‘ soll nun endlich das erreicht werden, was im Jahre 1967 noch unmöglich war: die ‚formelle Annexion‘ von der Westbank und dem Gaza-Streifen.

Für den Prozeß der ‚schleichenden Annexion‘, der direkt nach der militärischen Okkupation von Westbank und Gaza-Streifen eingeleitet wurde, war

man noch nicht auf ein dichtes Netz jüdischer Siedlungen angewiesen. Im Bereich der ökonomischen Kontrolle über die besetzten Gebiete hatte und hat die israelische Zentralregierung die Schlüsselrolle inne, und sie richtet die palästinensische Wirtschaft in der Westbank und im Gaza-Streifen im Verlauf der Besatzungszeit fast vollständig auf den israelischen Bedarf aus. Man transformierte die 1967 besetzten Gebiete ökonomisch in einen Bestandteil eines gemeinsamen israelischen Marktes, wobei allerdings nach klassischem Kolonisations-Schema dem zionistischen Staat Israel die Rolle der mächtigen Metropole zufällt, die besetzten Gebiete dagegen zur Peripherie deformiert werden.

Als Markt für israelische Industrie-Erzeugnisse, als Produzent bestimmter landwirtschaftlicher Produkte für den israelischen Export und als Sitz einer Reservearmee von Arbeitskräften für das israelische Kapital erhalten die besetzten Gebiete ihre klar definierten Funktionen zugeteilt.

Im Bereich der kulturellen und politischen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung gingen alle Aktionen von der zionistischen Militärverwaltung aus. Sie erließ entsprechende Gesetze und Verordnungen, deren Realisierung von militärischen Einheiten kontrolliert wurde. Wichtiges Instrument zur Kontrolle und Überwachung der Umsetzung der zionistischen Politik war in der ersten Phase der Besatzung auch das grobe Netz militärischer und paramilitärischer Siedlungen. Diese ‚Nahal‘-Siedlungen bildeten ein Stützpunkt-System, das vor allem der reibungslosen Durchsetzung der politischen und ökonomischen Richtlinien der israelischen Regierung diente, allein schon durch die Manifestation der Präsenz zionistischer Macht.

Mit welchem Erfolg die Zionisten ihre Strategie der ‚schleichenden Annexion‘ in die Praxis umsetzen, verdeutlichen einige Beispiele:

Die Westbank ist heute ein geradezu idealer Absatzmarkt für israelische Produkte geworden. Fast 90 Prozent der Westbank-Importe im Wert von jährlich rund 500 Millionen US-Dollar kommen aus Israel, das aber nur etwa 65 Prozent der Westbank-Ausfuhr abnimmt <sup>10</sup>.

Wären die besetzten Gebiete bis 1967 ausschließlich mit den arabischen Märkten und über diese mit dem Weltmarkt verbunden, betrug der Import aus den arabischen Ländern 1968 nur noch 25 Millionen israelische Pfund, um in den folgenden 5 Jahren auf 16 Millionen Pfund abzusinken. Gleichzeitig stieg in diesem Zeitraum der Import der besetzten Gebiete aus Israel von 187 Millionen auf 1.121 Millionen israelische Pfund <sup>11</sup>.

Die Agrarproduktion in der Westbank und im Gaza-Streifen hat nach 1967 rapide abgenommen. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten sank von 1969 bis 1977 um ein gutes Drittel. Die Auswanderung stieg an <sup>12</sup>.

Heute sind rund 70.000 Palästinenser aus der Westbank (etwa 10%) darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt als Arbeiter in Israel zu verdienen<sup>13</sup>.

In den 1967 besetzten Gebieten sind heute sämtliche politischen Parteien und andere Formen politischer, kultureller und ökonomischer Organisation verboten. Es existiert kein Streikrecht, Demonstrationen sind nicht erlaubt, und selbst das Schließen der eigenen Geschäfte als Ausdruck des Protestes ist strikt untersagt<sup>14</sup>.

Die Strategie der ‚faktischen Annexion‘ von Westbank und Gaza-Streifen basiert einerseits auf der Besitzergreifung von den natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete, andererseits auf der Errichtung jüdischer Siedlungen und der Schaffung einer zionistischen Infrastruktur. Ganz entscheidend – wie schon in Israel – für den Annexionsprozeß war die systematische Inbesitznahme der Wasserressourcen. Seit dem Juni 1967 haben alle zionistischen Regierungen systematisch die wichtigsten natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete – Boden und Wasser – in Besitz genommen. Bis heute haben die zionistischen Okkupationsbehörden rund 170 Quadratkilometer Land allein in der Westbank beschlagnahmt und unter die Kontrolle der jüdischen Siedlungen gebracht. Das Problem des Bodens ist zum zentralen Punkt der Auseinandersetzungen um die besetzten Gebiete geworden. Das Problem der Wasserressourcen dagegen hat, obwohl von entscheidender Bedeutung für die palästinensische Landwirtschaft, bis zum jetzigen Zeitpunkt in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden. Und doch ist die Kontrolle der Wasserversorgung eines der elementaren Bestandteile der zionistischen Strategie, handelt es sich hierbei doch um einen der Schlüssel zur ökonomischen Herrschaft über die besetzten Gebiete.

Mit der Ausbeutung der Wasservorkommen in der Westbank verfolgt die Regierung drei Ziele: Erstens sollen die bestehenden und geplanten jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ausreichend mit Wasser versorgt werden. Der Wasserbedarf dieser Siedlungen ist außerordentlich hoch, da neben der Trink- und Brauchwasserversorgung der jüdischen Siedler erhebliche Wassermengen für die Bewässerung der landwirtschaftlichen Intensivkulturen benötigt werden. So sind beispielsweise alle jüdischen Siedlungen im Jordantal vollständig von künstlicher Bewässerung abhängig. Zweitens zielt man darauf ab, durch die Ableitung von Wasser aus der Westbank das immer noch erhebliche Wasserdefizit in Israel selber zu kompensieren. Drittens will man durch die Abgrabung von Wasser der einheimischen palästinensischen Bevölkerung die Existenzgrundlage entziehen, denn der überwiegende Teil der Palästinenser in den besetzten Gebieten sind Bauern, die für die Bearbeitung ihrer Felder dringend auf Wasser angewiesen sind.

So bezweckt die zionistische Politik mit der Kontrolle über die Wasserres-

ourcen also einerseits die Zerstörung der palästinensischen Landwirtschaft in den besetzten Gebieten und andererseits deren Ersetzung durch ein gut funktionierendes System jüdischer landwirtschaftlicher Intensivkultur. Israel schafft sich damit ein durchgreifendes Instrument zur Veränderung der ökonomischen Strukturen in der Westbank und gleichzeitig wieder einmal einen ‚Beleg‘ für die israelische Propaganda, daß der Zionismus ‚die Wüste zum Blühen bringt‘. Andererseits dient die Kontrolle über die Wasserressourcen auch als Instrument zur politischen Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung, deren Wasserversorgung in zunehmenden Maße vom ‚guten Willen‘ und von der ‚Großzügigkeit‘ der israelischen Besatzungsbehörden abhängig geworden ist.

Zur Umsetzung der Ziele in die Praxis hat die israelische Regierung direkt im Jahre 1967 einen entsprechenden Weg gefunden, indem sie die Zuständigkeit der israelischen Wasserbehörde ‚Mekorot‘ auch auf die Westbank und den Gaza-Streifen ausdehnte. Unter der Regie dieser Behörde begann Israel schon bald nach dem Krieg von 1967 mit der Ausbeutung des Grundwassers vor allem im Jordantal, wo sich auch die ersten jüdischen Siedlungen befanden. Bis auf den heutigen Tag wurden „mindestens 20 tiefe Bohrlöcher im Jordantal gebohrt, die sie ‚jüdische Quellen‘ (300 - 600 m tief) nennen, und sie pumpen schätzungsweise 15 - 17 Mio. Kubikmeter Wasser pro Jahr ausschließlich für die Bewässerung ihres Landes, das für israelische Ansiedlungen beschlagnahmt worden ist“<sup>15</sup>.

Diese ‚jüdischen Quellen‘ befinden sich in der Regel direkt neben schon bestehenden Brunnen und trocken diese infolge der enormen Bohrtiefe regelrecht aus. „Die Auswirkungen dieser Bohrpraktiken hat man bereits in Jericho gespürt, wo der Salzgehalt des Wassers, das aus arabischen Quellen vor 1967 gepumpt wurde, in den letzten drei Jahren beträchtlich gestiegen ist. Die Auja-Quelle, deren Volumen im Jahr durchschnittlich 11 Mio. Kubikmeter betrug, trocknete im Sommer 1979 aus“<sup>16</sup>. Das Versiegen dieser Quelle war kein Zufall, hatte doch die ‚Mekorot‘ in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft drei neue Brunnen gebohrt. Die Konsequenz dieses Unternehmens für die palästinensische Bevölkerung war schließlich, daß der landwirtschaftliche Anbau in diesem Gebiet durch Wassermangel vollständig zum Erliegen kam.

Zu den Abgrabungen von Grundwasser durch die Bohrung tiefer Brunnen kommt noch die Ableitung von Flußwasser aus dem Jordan, dem Wadi al-Uga und dem Wadi Kelt. Auch dieses Wasser wird in erster Linie den jüdischen Siedlungen zur Verfügung gestellt, so daß die palästinensische Wasserversorgung noch weiter eingeschränkt wird.

Daneben wird den palästinensischen Gemeinden in der Westbank strikt untersagt, eigenständig neue Brunnen zu graben, womit der Doppelcharakter der zionistischen Planung wieder sichtbar wird. Die Bohrung neuer

Brunnen ist allein abhängig von der Zustimmung der ‚Mekorot‘, die jedoch den Palästinensern seit 1967 noch nicht ein einziges Mal einen neuen Brunnen zur Bewässerung der Felder zugestanden hat. Lediglich zum Zweck der Trinkwasserversorgung wurden den palästinensischen Gemeinden bisher einige wenige Brunnenbohrungen genehmigt.

Eine weitere Restriktion besteht darin, daß die ‚Mekorot‘ die Wasserentnahme aus den bestehenden arabischen Brunnen beschränkt hat, indem per Verordnung eine bestimmte Höhe des Wasserspiegels für die Brunnen festgelegt wurde. Zu Kontrollzwecken wurden Wasserzähler installiert, die den täglichen Wasserverbrauch der palästinensischen Gemeinden sorgfältig registrieren. Das Resultat dieser Maßnahme ist, daß „von 34 Brunnen, die in arabischen Besitz sind, lediglich 33 Million Kubikmeter geschöpft werden konnten. Aus den Brunnen, die in israelischen Siedlungen angelegt wurden, insgesamt 17, wurden mehr als 14 Millionen Kubikmeter geschöpft. Über 12 arabische Brunnen sind eingetrocknet“<sup>17</sup>.

Die israelischen Okkupationsbehörden streben die vollständige Integration der palästinensischen Dörfer und Städte in das israelische Wassernetz an, um damit die arabischen Gemeinden auf Gedeih und Verderb von den Maßnahmen der Besatzer abhängig zu machen. Gemeinderäte, die unter großen Schwierigkeiten versucht haben, sich neue Wasserpumpen zu beschaffen und sich aus dem israelischen Wassernetz auszukoppeln, wurden durch den Druck der israelischen Behörden schließlich gezwungen, sich wieder dem Netz der ‚Mekorot‘ anzuschließen.

Die zionistische Besatzungsmacht ergreift also nicht nur Besitz von einer natürlichen Ressource, die ihr nicht gehört, sondern sie hindert auch die einheimische Bevölkerung daran, ihre eigenen Wasservorkommen zu nutzen und zu entwickeln. Die Konsequenz dieser Politik beschreibt Abdallah Frangi folgendermaßen: „Die Wasserversorgung hat sich für die palästinensischen Dörfer und Städte in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Viele Brunnen sind ausgetrocknet. Während die Siedlungen über Swimmingpools und umfangreiche Bewässerungsanlagen verfügen, müssen palästinensische Dörfer und Städte oft notdürftig mit Tankwagen versorgt werden ... Bei einer steigenden Zahl israelischer Siedlungen wird das Wasser für die Palästinenser immer mehr zu einem teuren und knappen Luxusgegenstand“<sup>18</sup>.

Neben der politischen und ökonomischen Kontrolle über die 1967 besetzten Gebiete durch die Aneignung der natürlichen Ressourcen spielt im Rahmen der ‚faktischen Annexion‘ die Errichtung jüdischer Siedlungen, verbunden mit dem Aufbau einer zionistischen Infrastruktur, die Hauptrolle. Im Zusammenhang mit der unmittelbaren Aneignung der natürlichen Ressourcen des Landes beabsichtigt die Besatzungsmacht, die existierenden räumlichen Strukturen – Ausdruck der palästinensischen Gesellschaft – zu

unterminieren, sie zu zerstören und sie dann schließlich durch neue Strukturelemente, – Kennzeichen der zionistischen ‚Rassengesellschaft‘ – zu ersetzen. In diesem Prozess soll sich damit das entscheidende Element zionistischer Strategie vollziehen: die allumfassende Inbesitznahme des palästinensischen Bodens durch die jüdische Besiedlung und die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung.

Die faktische Annexion palästinensischen Bodens ist für den Zionismus demnach nicht allein eine Frage der territorialen Transformation, sondern dazu eine Frage der Umänderung der demographischen Verhältnisse. Zwar schafft die Verfügungsgewalt über den palästinensischen Boden den Zionisten ein Territorium, doch reicht das allein nicht aus, um die letztlich rassistische, die Palästinenser ausgrenzende Ideologie zu realisieren. Erst im Aufbau einer rein jüdisch strukturierten Gesellschaft in Verbindung mit der totalen Beseitigung jeglicher organisierter palästinensischer Existenz sehen die zionistischen Ideologen ihr Ziel: die Errichtung von ‚Erez Israel‘ auf palästinensischem Boden. Wichtiges Mittel dazu ist die Errichtung jüdischer Siedlungen, denn diese schaffen, wie Israel Shahak feststellt, „durch ihr Wesen, durch Enteignung und Diskriminierung ein Apartheid-System. Die Gebiete, die entweder durch Beschlagnahme oder durch Druck und Betrug für Besiedlungszwecke ‚erobert‘ wurden, werden zu solchen Gebieten erklärt, in denen heute wie in Zukunft nur Juden wohnen dürfen. Sie werden aus ihrem natürlichen geographischen Kontext herausgerissen und werden zu typisch imperialistischen Stützpunkten umfunktioniert, die den strategischen Belangen der kolonialen Macht dienen – in diesem Fall Israel“<sup>19</sup>.

All das erinnert stark an die zionistische Politik in der Zeit vor 1948. Auch damals war die Besiedlung palästinensischen Bodens der Ausgangspunkt und das entscheidende Mittel der zionistischen Strategie. Das gleiche Schema findet auch heute in den 1967 besetzten Gebieten Anwendung. Wieder ist es die massive Gründung jüdischer Siedlungen, mit der das fremde Territorium in jüdischen Boden verwandelt werden soll. All diese Fakten zeigen deutlich die planmäßige Organisation der zionistischen Siedlungspolitik, vor allem aber die Intention zur späteren verwaltungsmäßigen Eingliederung der besetzten Gebiete in den Staat Israel im Rahmen der geplanten ‚formellen Annexion‘. Raumplanung steht ganz im Interesse der Transformation Palästinas in einen jüdischen Nationalstaat, der rassistisch segregativ definiert ist und für nicht-jüdische Menschen keinen Raum bietet. Das deutete sich bereits in der ersten Phase zionistischer Besiedlung unter dem Britischen Mandat an, wo neben der Umwandlung des Bodens auch die Umwandlung der Arbeit, der Wirtschaft, der Sozialversorgung, der politischen Verwaltung, ja schließlich sämtlicher gesellschaftlicher Aktivitäten in jüdisch nationale konkreter Inhalt der raumordnenden Maßnahmen waren. Das setzte sich fort nach der Staatsgründung, als sämtliche Ziele

der Raumpläne bei der Stadt-, Dorf- oder Regionalplanung von nichts anderem als dem demographischen Problem bestimmt waren.

Nach Funktion und Charakter pervertiert zionistische Raumplanung zum Erfüllungsgehilfen im Grunde rassistischer Politik und ist durch ihre Zielrichtung auf die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft an destruktiven und aggressiven Kriterien orientiert. Im gesamten Prozess der zionistischen Kolonisierung Palästinas trat Raumplanung entweder anstelle direkter militärischer Maßnahmen auf, wie in der ersten Phase der Kolonisation, oder aber im Verbund mit militärischen Aktionen, wie die Geschichte der inneren Kolonisation nach 1948 zeigt.

Seit 1967 fungierte sie in den besetzten Gebieten als Nachbereiter der militärischen Aktion. In Nordpalästina, ‚Galiläa‘ (Jalil), dagegen diente sie als Vorwand für die Vorbereitung der militärischen Invasion in den südlichen Libanon, war doch eines der Hauptargumente für den bisher letzten Akt der Expansion die ‚Sicherheit‘ für die dicht besiedelten Gebiete in Nordpalästina: ‚Friede in Galiläa‘. Tatsächlich ging es um die Herstellung neuer Grenzen im Norden des Landes und damit auch die Eingrenzung des ‚unsicheren‘, weil palästinensisch dicht besiedelten Norden.

Zionistische Raumplanung war und ist aggressiv – sie steht im Auftrag einer rassistisch ausgerichteten Ideologie. Zionistische Raumplanung war und ist destruktiv – denn sie ist auf die Zerstörung bestehender, der palästinensischen Raumstrukturen und die Zerstörung einer bestehenden, der palästinensischen Gesellschaft ausgerichtet. Hinter diesem Grundmuster stehen alle anderen Aspekte zurück. Destruktivität wird im Rahmen zionistischer Raumplanung zum Selbstzweck, womit letztlich selbst eine an den Interessen der Siedler, sofern es um Wohnungsprobleme und andere soziale Probleme geht, orientierte Raumentwicklung systematisch verunmöglicht wird. Das belegen auch die immensen Schwierigkeiten, die die israelische Regierung mit der Belegung der neu erbauten jüdischen Siedlungen in der Westbank mit Siedlungswilligen hat.

Andere Indizien sind die hohe Auswanderungsrate aus dem ‚Gelobten Land‘ und die katastrophale Lage. Israel kann kaum aus eigener Kraft existieren. Nur mit Hilfe enormer Unterstützungen vor allem aus den USA und über die Zionistische Weltorganisation kann der zionistische Staat überleben. Hundert Prozent Inflation belasten die israelische Bevölkerung, um so mehr die palästinensische. Auch im ‚Kernland‘ können wegen der Finanzknappheit kaum größere Projekte durchgeführt werden. Insofern verschlechtern sich auch die Lebensbedingungen in Israel und für die Siedler in den besetzten Gebieten.

Dennoch wird die Siedlungspolitik in Israel kaum wirklich infrage gestellt. Siedlungen werden weiter forciert, um den expansionistischen Anspruch aufrecht zu erhalten.

Destruktivität anstelle von konstruktivem Aufbau, Ausgrenzung statt gemeinsamer demokratisch bestimmter Entwicklung, Planung für das zionistische System und nicht für die Entwicklung der dort wohnenden, lebenden Menschen – das sind die Kriterien zionistischer Raumentwicklung, wie wir gesehen haben.

## **Anhang**

---

Anmerkungen  
Quellenangaben  
Literaturhinweise  
Abbildungsverzeichnis  
Verzeichnis der Tabellen  
Fotonachweis  
Literaturverzeichnis

## **Anmerkungen Quellenangaben Literaturhinweise**

### Vorwort

1. Darwisch, Mahmoud, Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit. Prosa aus Palästina, Berlin 1978, übersetzt nach der arabischen Originalausgabe Beirut 1973, S.67 ff
2. Department of Information for Olim Ministry of Immigrant Absorption - The Jewish Agency - Immigration and Absorption Department, Information for Olim, No.5, Dezember - Januar 1984/85, S.1
3. „Nature Preservationists Uproot 6.000 Trees“, in Al Fajr, Jerusalem Palestinian Weekly, 10. 1. 1986, Vol.VII, No.296, S.3
4. siehe zum Beispiel Spiegel, Erika, New Towns - Neue Städte in Israel, Stuttgart/Bern 1966, Berler, Alexander, New Towns in Israel, Jerusalem 1970, oder Sharon, Arleh, Kibbutz und Bauhaus, Stuttgart 1976

## 1. Die Entstehung der zionistischen Ideologie und ihre Bedeutung für den Kolonisationsprozeß in Palästina

1. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Zionismus und den verschiedenen Richtungen innerhalb der zionistischen Bewegung, siehe bei:  
Flapan, Simha, *Zionism and the Palestinians*, London 1979, und Laquer, Walter, *Der Weg zum Staat Israel*, Wien 1975  
Wir beziehen uns auf die Darstellung bei:  
Leon, Abraham, *Judenfrage und Kapitalismus*, München 1971, und Weinstock, Nathan, *Das Ende Israels, Nah Ost Konflikt und die Geschichte des Zionismus*, Berlin 1975
2. Leon, A., *Judenfrage ...*, a.a.O., Ausgabe 1973, S.11
3. dgl., S.86, sowie Weinstock, N., *Das Ende ...*, a.a.O., S.48
4. Pinsker, Leo, *Autoemancipation (1882)*, Ausgabe Washington 1944
5. siehe z.B. bei Laqueur, W., *Der Weg ...*, a.a.O., S.92 ff
6. Hess, Moses, *Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätenfrage*, in: Hess, Moses, *Ausgewählte Schriften*, Köln 1962, S.212 ff
7. dgl., S.287
8. dgl., S.288
9. dgl., S.316 f
10. Herzl, Theodor, *Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen, Altneuland, der Judenstaat*, 1.Ausgabe Wien 1896, hier benutzte Ausgabe: Königsstein/Taunus, 1978
11. dgl., S.201
12. dgl., S.201
13. Herzl, Theodor, *Tagebücher*, Bd. I - III, Berlin 1922, hier: Bd. I, S.63, Notiz vom 9. 6. 1895
14. I. Zionistenkongreß in Basel, 29.,30.,31. 8. 1897, officielles Protocoll, Wien 1898, S.144
15. 1895 standen 453.000 Araber 47.000 Juden gegenüber, 1919 stand das Verhältnis 642.000 zu 58.000. Zahlen aus:  
*Palästina-Kalender*, Bonn 1982, S.25 nach: *Gouvernement of Palestine Survey of Palestine 1946*, Jerusalem, Department of Statistics, Jerusalem 1946
16. Herzl, Th., *Wenn Ihr wollt ...*, a.a.O., S.213
17. Herzl, Th., *Tagebücher ...*, a.a.O., Bd.I, S.415, Notiz vom 9. 6. 1896
18. *Protokoll der Verhandlungen auf dem 7. Zionisten Kongress*, Berlin 1905, S.25
19. Herzl, Th., *Tagebücher ...*, a.a.O., Bd.II, S.111, Notiz vom 3. 9. 1898
20. Durch Statuten des Jüdischen National Fonds (JNF) war festgestellt worden, daß der durch Kauf erworbene Boden nicht mehr veräußert werden durfte. Siehe hierzu:  
Granovsky (Granott, d.V.), Abraham, *Probleme der Bodenpolitik in Palästina*, Berlin 1925, S.116 ff
21. Herzl, Th., *Tagebücher ...*, a.a.O., Bd.III, S.513, Notiz vom 5. 9. 1903

22. Sultan, Hamed, *Aus der Palästina-Frage sich ergebende rechtliche Aspekte*, Kairo 1967, S.76 - 77, zit. nach:  
*Die Palästina-Frage*, Kolloquium arabischer Juristen, Algier 1967, Deutsche Ausgabe, Bonn 1969, S.44
23. Beacourfield, Benjamin Disraeli, *Earl of, Tancred or the new Crusade*, London 1847
24. Temperly, Herold, *History of the Conferences*, Bd.IV, S.171, o.O. o.J., zit. nach:  
*Die Palästina-Frage ...*, a.a.O., S.45
25. Text der Balfour-Erklärung zit. nach:  
Holstein, W., *Das Ende ...*, a.a.O., S.89
26. Zangwill, Israel, *The Voice of Jerusalem*, London 1920, S.88, aus einem Gespräch im Jahre 1903, in dem es um die Frage ging, ob Palästina als Territorium geeignet sein könnte, eigene Übersetzung
27. siehe: Borochoy, Ber, *Sozialismus und Zionismus, Ausgewählte Schriften*, Hrsg. M.Singer, Wien 1932
28. Herzl, Th., *Tagebücher ...*, a.a.O., Bd.I, S.98, Notiz vom 2. 6. 1895
29. dgl., S.108/9, Notiz vom 12. 6. 1895
30. Dr. Eder, Vorsitzender der Zionistischen Kommission in Palästina vor dem Untersuchungsausschuß zu den Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und Palästinensern 1921, zit. nach:  
Ziff, Williams, *The Rape of Palestine*, London 1948, S.149, eigene Übersetzung
31. Ben Gurion, *Zionistische Außenpolitik*, Berlin 1937, S.28
32. Oppenheimer, Franz, *Rede auf dem VI. Zionistenkongreß*, in:  
*Stenographisches Protokoll der Verhandlung auf dem VI. Zionistischen Kongreß in Basel, 23.-28.August 1903*, Wien 1903, S.188
33. Weizmann, Chaim, *Memoiren*, Hamburg 1951, S.168
34. Nordau, Max, *Rede auf dem VII. Zionistischen Kongreß 1905*, in:  
Nordau, Max, *Zionistische Schriften*, Köln/Leipzig 1909, S.176
35. Herzl, Th., *Tagebücher ...*, a.a.O., Bd.I, S.150, Notiz vom 13. 6. 1895
36. dgl., S.391, Notiz vom 26. 4. 1896
37. dgl., Bd.II, S.171, Notiz vom 9. 10. 1898
38. dgl., Bd.II, S.160, Notiz vom 9. 10. 1898
39. Karte Nach:  
Gilbert, Martin, *The Arab-Israeli Conflict: Its History in Maps*, London 1976, in:  
*Militärpolitik, Dokumentation*, Heft 28/29, Frankfurt/Main 1983, *Grenzprobleme im Palästina-Konflikt*, Bearbeiter Dan Diner, S.11, sowie:  
Orni, Ephraim, Efrat, E., *Geography of Israel*, Jerusalem, 3.Auflage 1971, S.203/204
40. Wir beziehen uns auch auf die UN-Resolution 3379 vom 10. Nov. 1975, in der die Generalversammlung feststellte, daß „der Zionismus eine Form des Rassismus und rassistischer Diskriminierung ist“, in:  
Hartung, A., Übers., *Die UN-Resolution zum Nahost-Konflikt*, Berlin 1978, S.283, sowie:  
Shahak, Israel, *Le racisme de l'état d'Israel*, Paris 1975

## 2. Die Zionistische Kolonisierung Palästinas bis zum Zeitpunkt der Gründung des Staates Israel

1. Ben Gurion, David, Erinnerung und Vermächtnis, Frankfurt/Main, 1971, S.124
2. Auch die folgenden Karten, sofern nicht anders angegeben, nach:  
Richter, Werner, Israel und seine Nachbarräume, Wiesbaden, 1979
3. vgl. die Untersuchung:  
Schölch, Alexander, European penetration and the economic development of palestine, 1856 - 1882 in:  
Owen, Roger, edit., Studies in the economic and social history of palestine in the nineteenth and twentieth centuries, Oxford 1982, S.10 ff, sowie:  
Granott (Granovsky d.V.), Abraham, The Land System in Palestine, History and Structure, London 1952
4. Richter, W., Israel ..., a.a.O., S.73 ff
5. siehe auch Schölch, A., European ..., a.a.O., S.27
6. auch bei:  
Weinstock, Nathan, Das Ende Israels?, Berlin 1975, S.69 ff
7. siehe auch Schölch, A., European ..., a.a.O., sowie Granott, A., The Land ..., a.a.O.
8. die Aussagen zur Entwicklung des Bodenrechts und der Gesetzgebung sind entnommen:  
Eisenmann, Robert, Islamic Law in Palestine and Israel, Leiden, 1978, S.52 ff und S.136 ff, sowie:  
Goadby, Frederic, Doukhan, Moses, J., The land law of palestine, Tel Aviv 1935
9. siehe hierzu die Untersuchung von:  
Stein, Kenneth, W., The Land Question in Mandatory Palestine, 1929 - 1936, (Vol.I und II), Ann Arbor, Michigan 1981, University Microfilme International 1981
10. dies wird festgestellt von Schölch, A. in European ..., a.a.O., S.24 ff
11. Auhagen, Hubert, Beiträge zur Kenntnis der Landesnatur und der Landwirtschaft Syriens, Berlin 1907, S.52
12. siehe Granott, The Land ..., a.a.O., S.38/39, sowie:  
Richter, W., Israel ..., a.a.O., S.93 ff
13. vgl. Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.74
14. Granott, A., The Land ..., a.a.O., S.34 ff
15. dgl., S.39 und S.80 ff
16. Hartmann, M., Das Bahnnetz Mittelsyriens, in:  
Zeitschrift des Deutschen Palästina Vereins, XVII, 1894, S.57, zit. in: Schölch, A., European ..., a.a.O., S.25
17. Interpretation von Hollstein, in:  
Hollstein, Walter, Kein Frieden um Israel, Frankfurt/Main 1972, S.48
18. nach Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.70 ff
19. Margalith, Israel, Le baron Edmond de Rothschild et la colonisation juive en Palestine 1882 - 1899, Paris 1957, S.91 ff sowie S.139 ff
20. nach Richter, W., Israel ..., a.a.O., Abb. 7
21. Zur Geschichte des Jüdischen National Fonds (JNF) siehe:  
Lehn, Walter, The Jewish National Fund, in:  
Journal of Palestine Studies (JPS), Nr.4, 1974, Vol III, S.74 ff
22. Ruppin, Arthur, Zionistische Kolonisationspolitik, Bericht an den XI. Zionistenkongreß, Berlin 1914, S.8
23. Dan Diner verfolgt diesen Aspekt der Landnahme in:  
Diner, Dan, Israel in Palästina, Königstein/Taunus, 1982, S.42 ff vor allem S.46, Anmerkung Nr.77 und 78
24. Bericht der Royal Factfinding Commission, unter der Leitung von Sir John Hope Simon, vom 24. Okt. 1939, S.53/54, zit. in:  
Hollstein, W., Kein Friede ..., a.a.O., S.117/118
25. Auerbach, Pionier der Verwirklichung, Stuttgart 1969, S.260
26. in Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.89
27. in: Granott, A., The Land ..., a.a.O., S.277
28. Koestler, A., Promise and Fulfillment, Palestine 1919 - 1949, London 1949, S.28, eigene Übersetzung
29. so sieht es Richter in Richter, W., Israel ..., a.a.O., S.105
30. siehe Flapam, Simhar, Zionism and the Palestinians, New York, 1979, S.118 ff
31. zit. in: Das andere Israel, Zum Palästina-Problem, in:  
Sozialistische Politik, Nr.2, Berlin 1969, S.58 ff
32. siehe:  
Ruppin, Arthur, Dreißeig Jahre Aufbau in Palästina, Berlin 1937, S.32, zur Situation der orientalischen Juden heute siehe:  
Ansprenger, Franz, Juden und Araber in einem Land, München 1978, S.57 ff
33. Diesen Zusammenhang behandelt ausführlich Dan Diner in:  
Diner, Dan, Juden und ..., a.a.O., S.46 ff
34. Ansprenger, Franz, Juden und ..., a.a.O., S.293
35. in: Palästina, Illustrierte Geschichten, Bonn 1973, Abb. 13
36. Ruppin, A., Dreißeig Jahre ..., a.a.O., S.10
37. Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.88, sowie:  
Meyer, Egon, Der Moshav Ovidim 1948 - 63, Basel 1967, S.30
38. GouVERNment of Palestie, A Survey on Palestine - prepared in December 1945 and January 1946 for the information of the Anglo-American Committee of Inquiry, Jerusalem 1946, Vol. I, S.141
39. nach Richter, W., Israel und ..., a.a.O., Abb. 7
40. Palästina, Illustrierte ..., a.a.O., Abb. 13
41. siehe Goadby, F., Doukhan, M., The land law ..., a.a.O., S.140 ff
42. siehe Diner, Dan, Israel ..., a.a.O., S.140, besonders Anmerkung 93 zum Thema „jüdische Selbstarbeit“, und „jüdischer Wirtschaftskreislauf“ siehe auch:  
Granovsky (Granott d.V.), Abraham, Probleme der Bodenpolitik in Palästina, Berlin 1925, s.29ff
43. Pruess, Walter, The Labour Movement in Israel, Jerusalem 1965, S.83
44. dgl., S.121 ff

45. die folgende Darstellung über die Selbstverwaltung ist entnommen:  
Burstein, Moshe, *Selfgovernment of the Jewish Palestine since 1900*, Tel Aviv, 1934
46. zit., in *Der Spiegel*, Nr.48, Jhg. 1967, S.138, siehe auch:  
Flapam, S., *Zionism ...*, a.a.O., S.96 ff
47. Zahlen in:  
*Statistica, Abstract of Palestine 1944 – 45*, Jerusalem 1946, S.768, sowie:  
Horowitz, D., *Bermuda and Palestine*, in:  
*Palestine and Middle East*, Mai 1943, S.84 ff
48. Ruppin Arthur, Rede auf dem 15. Welt-Zionistenkongreß, in:  
Protokoll der Verhandlung des XV.Zionisten-Kongresses, Basel  
30. 8. – 11. 9. 1927, London 1927, S.239, deutsche Ausgabe
49. vgl. Horowitz, D., *Industry in Palestine, Achievements and Possibilities*, Tel Aviv 1941
50. Interpretation von:  
Jeffries, Joseph, N., *Palestine; The Reality*, London, New York, Toronto 1939,  
S.439, eigene Übersetzung
51. in: *Hollstein, Kein Friede ...*, a.a.O., S.106
52. in: *Government of Palestine, A Survey ...*, a.a.O., Bd.I, S.158
53. in: *Statistical Abstract of Palestine, 1939*, Jerusalem, 1940, S.13
54. Ansprenger, F., *Araber ...*, a.a.O., S.293
55. Weinstock, N., *Das Ende ...*, a.a.O., S.132 ff
56. Ruppin, Arthur, Rede auf dem XVI. Welt-Zionistenkongreß, in:  
Protokoll der Verhandlungen des XV.Zionistenkongresses, Zürich  
28. 7. – 14. 8. 1929, London 1929, deutsche Ausgabe
57. siehe Eisenmann, R., *Islamic ...*, a.a.O., S.70 ff und  
Goudby, Doukhan, *The Land ...*, a.a.O., S.269 ff
58. vgl. Granott, A., *The Land ...*, a.a.O., S.277
59. Granott (Granovsky, d.V.), *Abraham, Agrarian Reform and the Record of Israel*,  
London 1956, S.28
60. dgl.
61. in: *Government of Palestine, A Survey ...*, a.a.O., Bd.II, S.705
62. siehe Weinstock, *Das Ende ...*, a.a.O., S.174 ff
63. Zum Thema Militarisierung der Zionistischen Bewegung siehe:  
Lebrecht, Hans, *Die Palästinenser, Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/Main  
1982, hier Ausgabe DDR und Berlin 1984, S.96 ff
64. in: *Palästina, Illustrierte ...*, a.a.O., Abb.15
65. in: *Government of Palestine, A Survey ...*, a.a.O., Bd.I, S.244
66. dgl.
67. *Village Statistics 1945, A Classification of Land and Area Ownership in Palestine*,  
Nachdruck Beirut 1970, in:  
Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb.8
68. dgl.
69. Ruppin, A., *Dreißig Jahre ...*, a.a.O., S.86
70. wie wir den genannten Schriften von Granott/Granovsky entnehmen können

71. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.99
72. Ruppin, A., Rede auf dem IX. Welt-Zionistenkongreß, in:  
Protokoll der Verhandlungen des IX.Zionistenkongresses, Luzern 20. 8. – 6. 9.  
1935, Wien 1937, S.168
73. Über diese Erhebung und deren Hintergründe berichtete die von der Mandatsregie-  
rung eingerichtete, sogenannte ‚Peel‘-Kommission, *Palestine, Royal Com-  
mission Report*, London 1937, S.80 ff, sowie:  
Bauer, Jehuda, *The Arab Revolt of 1936*, in:  
*New Outlook (NOL)*, Bd.9, Nr.6, 1966, S.49 ff
74. nach: *Der Spiegel*, Nr.48, Jhg.1967, S.138
75. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.99
76. *A Survey ...*, a.a.O., Bd.I, S.372, sowie:  
*Palestine Royal Commission ...*, a.a.O., S.114
77. *Israel Pocket Library, Immigration and Settlement*, Jerusalem 1973, S.96
78. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb. 7
79. Granott, A., *Agrarian Reform ...*, a.a.O., S.37, eigene Übersetzung
80. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.99, sowie Abb.7
81. zit., nach: Hadawi, S., *Bittere Ernte*, Rastatt 1969, S.112
82. Die UN-Resolution zum Teilungsvorschlag siehe:  
*Die UN-Resolution zum Nahostkonflikt, Völkerrecht und Politik*, Bd.5, Berlin  
1978, S.25 ff
83. *United Nations, Februar 1956, Karte Nr.103*, nach:  
*Palästina, Illustrierte ...*, a.a.O., Abb.20
84. Der „Plan Dalet“ wird dargestellt in:  
*Hollstein, Kein Frieden ...*, a.a.O., S.172/73, sowie:  
Nazzari, Nafez Abdullah, *The Zionist Occupation of West-Galläa, 1948*, in *JPS*,  
III, Nr.3, 1974, S.58 ff
85. die folgenden Angaben und Karten nach:  
Khahidi, Wahid, in:  
*Middle East Forum*, Bd.37, Nr.9, Nov. 1961, *Plan Dalet*, übersetzt in:  
*Palästinensische Revolution, Resistenzia-Schriften*, Frankfurt/Main, Nr.13, 1971,  
S.16 ff
86. Begin, Menachem, *The Revolt*, London 1951, S.165, hier wird auch deutlich, daß  
die Aktionen der IRGUN im Einklang mit den Plänen der HAGANAH standen,  
siehe dgl.S.163
87. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.176
88. Frangie, Abdallah, *PLO und Palästina*, Frankfurt/Main, 1982, S.114
89. dgl., S.115
90. Ansprenger, F., *Juden ...*, a.a.O., S.112
91. Dayan, Moshe, in einer Rede vor Studenten der TH Haifa, in:  
*Haaretz* vom 4. 4. 1969, zit. in:  
Weinstock, N., *Das Ende ...*, a.a.O., S.10

92. auch die folgenden Angaben siehe in:

Perez, Don, *Israel and the Palestine Arabs*, Jerusalem 1956, S.87, sowie:  
*State of Israel, Central Bureau of Statistics (CBS), Demographic Characteristics of the Population, Jerusalem 1962, S.98 ff*  
Zahlen über die außerhalb Israels lebenden Flüchtlinge in:  
Alan, Jean Pierre, *Juden und Araber, 3.000 Jahre Geschichte*, in:  
*Palästina Monographien, Nr.7, Rastatt 1973, S.73*, siehe auch:  
Bopst, Wolf Dieter, *Die arabischen Palästinaflüchtlinge*, in:  
*Münchener Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd.3, Kallmünz/Regensburg 1968*

93. Perez, D., *Israel ...*, a.a.O., S.87 ff

94. Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.130 ff

95. Granott, A., *Agrarian Reform ...*, a.a.O., S.28

96. Perez, D., *Israel ...*, a.a.O., S.87 ff

97. Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., S.130 ff

98. Ansprenger, F., *Juden und ...*, a.a.O., S.75

99. Granott, A., *Agrarian Reform ...*, a.a.O., S.28

100. Ansprenger, F., *Juden und ...*, a.a.O., S.81

101. nach Angaben der UN

### 3. Von der Kolonisation in einem fremden Land zur „Inneren Kolonisation“ in Israel

1. Granovsky (Granott, d.V.), *Abraham, Boden und Siedlung in Palästina*, Berlin 1929, S.58

2. Ben Gurion, David, *Volk und Staat in Israel*, Olten 1960, S.51 ff

3. eine kritische Auseinandersetzung mit der Funktion des Kibbutz für die Landnahme in Palästina und Israel siehe bei:  
Diner, Dan, *Israel in Palästina, Königstein/Taunus 1980, S.45 ff*  
Zur Funktionsbeschreibung der Moshavim siehe z.B.:

Meyer, Egon, *Der Moshav Ovidim, Die Dorfkooperative in Israel, 1956 bis 1963*, Basel 1967

4. *The Executive of the Zionist Organisation and the Executive of the Jewish Agency, Report of the Period January 1956 – March 1960, Jerusalem 1960, S.492*, zit.:

Meyer, E., *Der Moshav ...*, a.a.O., S.27

5. Böhm, Adolf, *Der Jüdische Nationalfonds*, Berlin 1917, S.30 ff

6. *Der Widerspruch zwischen Terra und Territorium wird entwickelt bei Diner, Dan, Israel ...*, a.a.O., S.21 ff

7. Borochov, Ber, *Sozialismus und Zionismus, ausgewählte Schriften*, Hrsg. M. Singer, Wien 1932, S.80

8. Ben Gurion, D., *Volk und ...*, a.a.O., S.61

9. siehe: *Verordnung über die Besitztümer von Abwesenden*, in:  
*Gesetze des Staates Israel, Bd.37, Jerusalem 1960, S.80*

10. Orni, Efraim, *Agrarian Reform and Social Progress in Israel*, Jerusalem 1972, S.61, eigene Übersetzung

11. *State of Israel – Central Bureau of Statistics (CBS), Jerusalem 1948*  
der Begriff „Minorities“ wird in der Regel gegenüber allen nicht jüdischen Bevölkerungsgruppen verwendet

12. Peres, Simon, in der Zeitung *Davar* vom 26.02.1961, zit. in:  
Gres (auch: Gerles, Jiryis, d.V.), *Sabri, Die Araber in Israel*, Bonn o.J., S.42 ff

13. *Ministerium des Inneren des Staates Israel, Nationalplanung für die Neuverteilung der Bevölkerung und die Erbauung neuer Städte, Jerusalem 1964*, zit. in:  
Mayer, Elmar, *Die Wohnungsversorgung der Einwanderer als Sozialproblem des Staates Israel*, Bonn 1969, S.152

14. Spiegel, Erika, *New Towns in Israel/Neue Städte in Israel*, Stuttgart/Bern 1966, S.23

15. Richter, Werner, *Israel und seine Nachbarräume*, Wiesbaden 1979, S.112

16. Meyer, E., *Der Moshav ...*, a.a.O., S.162

17. Sharon, Arie, *Kibbutz und Bauhaus*, Stuttgart 1976, S.78 ff

18. dgl., S.84 ff

19. dgl., vgl. auch Orni, E., *Agrarian Reform ...*, a.a.O.

20. vgl. Orni, Efraim, *Boden, seine Erhaltung und Urbarmachung*, Jerusalem 1966, S.24

21. dgl.

22. dgl.

23. Granott (Granovsky, d.V.), Abraham, Agrarian Reform and the Record of Israel, London 1956, S.99, eigene Übersetzung
24. nach: Richter, W., Israel und ..., a.a.O., S.136 ff
25. dgl.
26. Diner, D., Israel ..., a.a.O., S.52
27. Gres, Sabri, Die Araber ..., a.a.O., S.33 ff und S.48 ff
28. Jiryis (Gres, Gerles), Sabri, The Legal Structure of the Expropriation and the Absorption of Arab Lands in Israel, in: Journal of Palestine Studies, (JPS), Vol.II, Nr.4, 1973, S.82, eigene Übersetzung
29. die folgende Zusammenstellung der Militärgesetzgebung ist ebenfalls entnommen: Jiryis, S., The Legal ..., a.a.O.
30. Peres, Simon, in der Zeitung Davar vom 26. 1. 1962, sowie Ben Gurion in der Knesset, dem israelischem Parlament, am 20. 2. 1963, zit. in: Gres, Sabri, Die Araber ..., a.a.O., S.28
31. Jiryis, S., The Legal ..., a.a.O.
32. Badi, Joseph, Fundamental Laws of the State of Israel, New York 1961, S.129
33. Granott, A., Agrarian Reforms ..., a.a.O., S.89  
Lustick, Jan, Arabs in the Jewish State, Austin/London 1980, S.13  
Schwarz spricht von über 4 Millionen Dunum Land, das enteignet worden sei, d.h. 40% der Fläche Israels, davon über 1 Million Dunum an landwirtschaftlicher Fläche in:  
Schwarz, Walter, The Arabs in Israel, London 1959, S.97
34. Lustick, J., Arabs in ..., a.a.O., S.175
35. zit in: Gres, S., Die Araber ..., a.a.O., S.43
36. siehe z.B.: Gouldman, M.D., Legal Aspects of Town Planing in Israel, Jerusalem 1960
37. siehe: Baker, H.E., The Legal System of Israel, Jerusalem/London/New York 1968, S.143 ff
38. Granott, A., Agrarian Reform ..., a.a.O., S.89
39. Lustick, J., Arabs in ..., a.a.O., S.56
40. nach: Richter, W., Historische Entwicklung und junger Wandel in der Agrargesellschaft Israels, 1969, in: Kölner Geographische Schriften, Heft 21, Köln 1969
41. Lustick, J., Arabs in ..., a.a.O., S.179
42. Yitzhack, Oded, Land Losses among Israels Arab Villages, in: New Outlook (NOL), Jhg.7, 1964, Tel Aviv 1964, S.10 ff
43. Granott, A., Agrarian Reform ..., a.a.O., S.110, sowie:
44. Lustick, J., Arabs in ..., a.a.O., S.167
45. Granott, dgl., S.110
46. siehe: Badi, Fundamental ..., a.a.O., S.285 ff
47. Die Beschreibung zum Nationalplan und die folgenden Abbildungen sind entnommen:  
Sharon, Arieh, Kibbutz ..., a.a.O., S.86 ff, aus der Ausstellung zur Nationalplanung in Tel Aviv, 1950, siehe auch:  
Sharon, A., Physical planing in Israel, Tel Aviv 1951, hebr., engl. Kurzfassung

48. State of Israel, CBS, Demographic Characteristic of the Population, Jerusalem 1962
49. dgl.
50. dgl.
51. dgl.
52. State of Israel, CBS, National Census, Jerusalem 1948
53. vgl.: Fayad, Tawfik, Die Beduinen des Negev zwischen Landenteignung und Grünen Kommandos, in: Palestinian Affairs (PA), 65, 1978, S.155, sowie:  
Goering, Israel and the Bedouins of the Negev, in JPS 33, 1979, S.4, zit. in: Hegazi, Awad, Zionismus und palästinensische Araber, Bremen, S.53 ff
54. zit. in: Schwarz, W., The Arabs ..., a.a.O., S.141, eigene Übersetzung
55. Ben Gurion, David, Israel, a personal History, o.O., o.J., S.304, zit. in: Lustick, J., Arabs in ..., a.a.O., S.56, eigene Übersetzung
56. siehe Sharon, Arieh, Kibbutz ..., a.a.O., S.86
57. nach Angaben: Ministry of Interior, Planning Department, Statistical Abstracts 1957/58, S.12, zit. in: Spiegel, E., New Towns ..., a.a.O., S.16
58. dgl., in Spiegel, dgl., S.15
59. Berler, Alexander, New Towns in Israel, Jerusalem 1970, S.80, eigene Übersetzung
60. dgl.
61. dgl.
62. nach: Richter, W., Israel und ..., a.a.O., Abb.7
63. dgl.
64. dgl.
65. Meyer, E., Der Moshav ..., a.a.O., S.54 ff
66. dgl., S.66
67. Richter, W., Historische Entwicklung ..., a.a.O., S.1
68. Über den Frontcharakter der Kibbutzim und den Zusammenhang von Kibbutz-Aktivitäten und führenden Militärs berichtet Shahak, Israel, in einem Beitrag gehalten auf einem Seminar zum Thema: „The State of Israel and the Palestinian Question“, vom 2. - 4. April 1984, in Oslo, in: JPS, Vol.VIII, Nr.4, 1984, S.177 ff
69. siehe Diner, D., Israel ..., a.a.O., S.77  
Auszüge in: Palästina Nr.5, Juni/Juli 1977, Bonn 1977, S.32 ff
70. nach Richter, W., Israel ..., a.a.O., Abb.7
71. vgl. Meyer, E., Der Moshav ..., a.a.O., S.60
72. vgl. Spiegel, E., New Towns ..., a.a.O., Berler, A., New Towns ..., a.a.O., sowie Sharon, Arieh, Kibbutzim ..., a.a.O.
73. zum Beispiel bei Herzl, Theodor, Tagebücher, Ausgabe Berlin 1923, Bd.I, S.52, Eintragung vom 8. 6. 1895, sowie S.66, Eintragung vom 9. 6. 1895

74. eine Darstellung der ideologischen Auseinandersetzung um den Aufbau von Städten innerhalb der zionistischen Bewegung findet man bei:  
Cohen, Erik, *The City in the Zionist Ideology*, Jerusalem Urban Studies, Jerusalem 1970, siehe auch für die Zeit vor 1948:  
Ruppin, Arthur, *Probleme der Bodenpolitik in Palästina*, Berlin 1925, S.75 ff
75. Hantke, Rede auf dem XIII.Zionisten-Kongreß in:  
Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XIII.Zionistenkongresses vom 6. – 18. August 1923 in Karlsbad, S.105
76. Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.22
77. nach Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., Titelblatt
78. dgl.
79. dgl.
80. dgl., S.22
81. Zahlen in: Louvish, Misha, *Facts about Israel*, in:  
Mollo, Sarah u.a., *Agricultural Extension, A Sociological Appraisal*, Jerusalem 1970
82. dgl.
83. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Planung für Akka, siehe bei:  
Cohen, Erik, *Integration versus seperation in the Planing of a Mixed Jewish – Arab City in Israel*, Jerusalem 1972, die Informationen zur aktuellen Situation entstammen einem Gespräch der Verfasserin mit Bewohnern von Akka am 20. September 1985
84. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb.7, sowie Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., Titelblatt
85. siehe: Gouldman, M., *Legal ...*, a.a.O., S.117 ff
86. siehe: Alterman, Rachel, *Decision Making in urban plan, implementation in Israel*, Haifa 1979, S.1 ff, sowie Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.75 ff und S.86 ff
87. Sharon, Arieh, *Kibbutz ...*, a.a.O., S.86 ff
88. dgl.
89. dgl.
90. Gouldman, M., *Legal ...*, a.a.O., S.117 ff
91. Badi, J., *Fundamental Laws ...*, a.a.O., S.8 ff
92. dgl., S.285 ff
93. siehe: Davis, Uri, Lehn, Walter, *And the Fund still lives, The Role of Jewish National Fund in the Determination of Israel's Land Policies*, in:  
JPS, Vol.III, Nr.4, Sommer 1978, Washington, S.13 ff
94. siehe z.B.: Cohen, Erik, Lesham, E., *Survey of Regional Cooperation in three Regions of Collective Settlements*, Rehovot, o.J., S.16 ff
95. Mayer, Elmar, *die Wohnungsversorgung ...*, a.a.O.
96. Der Bericht bezieht sich auf die Zeit und die Gebiete der 67er Besatzung, gilt jedoch auch für das Gebiet Israels, denn die israelische Wasserbehörde, die ebenfalls von der Jüdischen Agentur kontrolliert wird, folgt in vielem den seit 1948 gemachten Erfahrungen, in:  
*Palestine*, Nr.51, Beirut 1977, eigene Übersetzung

97. Richter, W., *Historische Entwicklung ...*, a.a.O., S.176 ff
98. nach Orni, E., *Geography of Israel*, Jerusalem 1973, S.42 ff, sowie Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb.7
99. dgl.
100. Die Darstellung orientiert sich an:  
Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.97 ff, sowie Richter, W., *Historische Entwicklung ...*, a.a.O., S.176
101. nach Richter, W., *Historische ...*, a.a.O.
102. nach Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.98
103. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb.7
104. nach Spiegel, *New Towns ...*, a.a.O., S.98
105. Die Darstellung orientiert sich an:  
Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.120 ff
106. nach: Ministry of Housing, *Planning in Israel*, Tel Aviv 1964, und Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.122
107. nach Orni, E., *Geography ...*, a.a.O., S.306
108. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O., Abb.7
109. nach Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.121
110. vgl. Spiegel, E., dgl., S.122, sowie Ministry of Housing, *Rural Planning in Israel*, Tel Aviv 1964
111. nach Orni, E., *Geography ...*, a.a.O.
112. Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.122
113. Die Darstellung folgt: Spiegel, E., dgl., S.132 ff
114. nach Richter, W., *Israel ...*, a.a.O. Abb.7
115. nach Spiegel, E., *New Towns ...*, a.a.O., S.132
116. zit. nach: *Al Tahrir*, Nr.14, vom 1. 4. 1977
117. siehe: Maos, O., *The Expansion of Settlements in the Galilee, Israel, Development planning for the mountainous Galilee*, in:  
*International Cooperation Centre, ICC, Tel Aviv, Nr.33, 1980, S.33 ff*
118. nach Berler, *New Towns ...*, a.a.O., sowie Lustick, J., *Arabs in ...*, a.a.O., S.251
119. dgl.
120. Zur Entwicklung der Situation der palästinensischen Arbeitskraft in Israel, siehe:  
Hegazi, A., *Zionismus ...*, a.a.O., S.76 ff
121. zit. nach: *Al Tahrir*, Nr.14, vom 14. 4. 1977, Köln 1977
122. *State of Israel, CBS, Statistical Abstracts of Israel (SAI)*, Jerusalem 1968
123. Richter, W., *Israel ...*, a.a.O.
124. *SAI 1958/59, 1961 – 64, 1967/68/69, 1971/72, 1975, 1977* in:  
Hegazi, A., *Zionismus ...*, a.a.O., S.59
125. dgl., Hegazi, dgl., S.61
126. zit. in: Gres, Sabri, *Die Araber ...*, a.a.O., S.10 ff
127. dgl., vor allem das Kapitel *Militärherrschaft*, S.5 ff

128. zit. nach: Kanafani, Ghassan, Die kulturelle Situation der Araber in den besetzten Gebieten Palästinas, in: Palästina, Heft 5, Bonn 1977, S.23

So lernen die Palästinensischen Schüler in den staatlichen Schulen zwar noch Arabisch, neben Hebräisch, aber zum Beispiel gründlich die jüdische Geschichte und wenig über die arabische Geschichte, kennen sie die Thora aus der sie auswendig lernen müssen, besser als den Koran, und es fehlt manchen Jugendlichen heute bereits die Kenntnis, daß z.B. das Hula-Gebiet vor 1948 von palästinensischen Dörfern besiedelt gewesen ist. (Aus Gesprächen der Autorin mit Lehrern und Schülern in palästinensischen Dörfern nördlich von Nasira/Nazareth im September 1985)

#### 4. Die Defacto-Annexion der im Jahre 1967 von Israel besetzten Gebiete: Westbank und Gazastreifen

1. Boris Plotkin, Siedler in der Westbank, 1976 aus der UdSSR emigriert, in einem Interview mit dem Spiegel, in: Hier liegen die Wurzeln unserer Geschichte, Spiegel-Report, Der Spiegel Nr.3, 1983 vom 17. 1. 1983, S.104
2. Tagebuch, Ben Gurion, Eintragungen vom 27. 2. 1954, bei: Bar Zohar, Michael, Ben Gurion, Bd.II, S.1024 ff, zit. bei: Diner, Dan, Israel in Palästina, Königstein/Taunus, 1982, S.264
3. Palestine Monographs, Nr.16, Beirut 1969
4. die folgende Zusammenstellung wurde entnommen:  
Weinstock, Nathan, Das Ende Israels, Berlin 1975, S.228 ff
5. Jerusalem et le sang des pauvres, 5. bis 8. Juni 1967, Texte und Dokumente von P. Gauthier und der Schwester Marie Therese, S.3, S.41/42, zit. bei: Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.228
6. dgl., S.343/44, bei Weinstock, N., dgl., S.231
7. Lefort Jacques, Israel et les Palestiniens, Le Monde, 19. 8. 1967, zit. bei: Weinstock dgl., ..., a.a.O., S.231
8. dgl.
9. Le Soir vom 9. 12. 1967, zit. bei: Weinstock, ..., a.a.O., S.242
10. Zahlen siehe: Weinstock, Das Ende ..., a.a.O., S.242
11. die folgenden Informationen nach:  
Efra, E., Changes in the Settlement of the Gaza Strip, 1945 - 1975, in: Asian Affairs, London 1976, Jhg.63, Nr.2, S.170 ff, sowie:  
Möller, H.G., Israels Siedlungspolitik, in: Geographische Rundschau, Köln 1981, Nr.33, Heft 5, S.187 ff
12. dgl.
13. dgl.
14. Efrat, E., Changes ..., a.a.O., S.170, S.173
15. Zahlen siehe: United Nations Relief and World Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNWRA, Wien, Bericht vom 30. Juni 1980, sowie:  
Probst, W.D., Die arabischen Palästinaflüchtlinge, in: Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd.3, 1968
16. Großmann, C., Population Growth in Reference to Land Quality in the Case of Samaria, 1922 - 1975, in:  
The Geographical Journal, Vol.1947, Nr.2, Juli 1981, S.188 ff
17. nach: Richter, Werner, Satellitenbild und Karte, Israel und Jordanien, in: Geographische Rundschau, Köln 34, 1982, Heft 7, S.328 ff, sowie:  
Probst, W.D., Die arabischen ..., a.a.O., S.57
18. Probst, dgl.
19. alle Angaben aus einem Interview mit dem jordanischen Wirtschaftsminister Hatem al Zubi, vom 28. 8. 1968 mit der Zeitung Al anwar, zit. in: Geographische Rundschau, Köln 34, 1982, Heft 7, S.328 ff, sowie:  
Palestine Monographs, Nr.55, Beirut 1968

20. Palästina Bulletin, Nr.47, 1981
21. nach: Arkadie, Brian van, Benefits and Burdens, A Report on the Westbank and Gaza Strip Economy since 1967, New York, Washington 1968, S.14
22. Süddeutsche Zeitung vom 14./15. April 1973
23. zit. in: Palästinensische Revolution, Resistencia-Schriften, Nr.13, Frankfurt/Main 1973
24. siehe Ben Gurion, David, Erinnerungen und Vermächtnis, Frankfurt/Main 1971, S.119 ff in dem Kapitel: Unser Vermächtnis ist die Bibel
25. Avnery, Uri, Den Besatzern folgen die Vertreiber und den Vertreibern die Erbflüssigen bis hin zum großen Fluß, in: Haolam, Hazeh (hebr.), vom 4. 8. 1982, zit. in: Pax Hebraica, Klartexte Nr.7, Freiburg 1982, S.38 ff
26. zit. bei: Loshak, David im Daily Telegraph, vom 19. 9. 1968, in: Weinstock, N., Das Ende ..., a.a.O., S.242
27. in: Prime Ministry of Israel, The Westbank, an Economic Survey, Jerusalem 1967, zit. in: Palästina Bulletin, Nr.47, 1981
28. Über die Überlegungen israelischer Politiker zum ökonomischen Nutzen der Besatzung, sowie über die Beziehung zwischen israelischer und palästinensischer Ökonomie findet sich eine kritische Darstellung bei: Arkadie, Brian van, Benefits ..., a.a.O., sowie bei: Mansour, Antoine, Palestine: Une Economie de Resistance en Cisjordanie et a Gaza, Paris 1983, und über die Bedingungen einer zukünftigen Entwicklung: Bull, Vivian, A., The Westbank, is it viable?, London 1975
29. Zahlen in: Prime Ministry of Israel, The Westbank ..., a.a.O.
30. dgl.
31. dgl.
32. dgl. zitiert in Palästinensische Revolution, Nr.13, 1973
33. diesen Gedanken entwickelt auch: Benvenisti, Meron, The Westbank Data Project, Washington/London 1984, S.44
34. Weinstock, N., Le sionisme contre Israel, Paris 1969
35. Dayan, Moshe, zit. in: Weinstock, N., Le sionisme ..., a.a.O.
36. Schaul, Mordechai Avi, zit. in: Palästina Protokolle, Bestandsaufnahme und Analyse, Hannover 1981, S.31 ff
37. Ben Meir, Dov, zit. in: Palästina Protokolle ..., a.a.O., S.130 ff
38. dgl., S.130
39. dgl., S.88
40. Allon, Yigall, in: Le Figaro vom 12. 6. 1967
41. Dulzin, Arye, Leon, in: Palästina Protokolle ..., a.a.O., S.130 ff
42. Drobles, Matitiahn, Strategie, Politik and Planung der Besiedlung von Judäa und Samaria, (engl.) Jerusalem 1980, in: CAABU, Information Service, Organ des Rates für die Verbesserung der arabisch-britischen Verständigung, Nr.6, Dezember 1981
43. Auszug aus dem Verhandlungstext, zit. in: Frangie, Abdallah, PLO und Palästina, Frankfurt/Main 1982, S.236

44. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.43 ff
45. Frangie, A., PLO ..., a.a.O., S.236
46. Begin, Menachem, am 27. 12. 1979, zit. in: Frangie, A., PLO ..., a.a.O., S.236
47. „Nachdem, was praktisch beabsichtigt ist, ist die Annexion von Westbank und Gaza nur eine Frage der Zeit“, resümiert Benvenisti (eigene Übersetzung) in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.68
48. siehe Benvenisti, M., dgl., S.4
49. Der israelische General Yariv bei einem Symposium in der Hebräischen Universität Haifa, zit. in: Haaretz vom 23. 5. 1980
50. siehe hierzu die Untersuchung von: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., vor allem Kapitel III, S.71 ff
51. Tzidkoni, Dani, Colonial Policy in the Territories?, in: New Outlook, Juli/August 1975, S.41, zit. in: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.86 ff
52. dgl., New Outlook, dgl., S.88 ff
53. für die Westbank siehe Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.13, für Gaza siehe: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.142 und S.90
54. Benvenisti, dgl., S.12
55. siehe die FAZ vom 26. 3. 1983, sowie Untersuchungen des Bir Zeit Universität Forschungszentrums, August 1984
56. alle Angaben Benvenisti, dgl., S.13 ff
57. Palästina Bulletin, Nr.47, 1981, sowie Gespräch mit dem Leiter des Bir Zeit Universität Forschungszentrum, August 1984
58. Palestine, engl., Heft Nr.3, Beirut 1979
59. Abu Arateh, Abd Al Rahman, Animal Wealth in West Bank, o.O. 1981, zit. in: Al Fajr, Jerusalem 28. 6. 1985, S.8, AbuKhatar, Maher: West Bank Livestock Farmers Gradually Recouped Post - 1967 Losses
60. dgl.
61. Zum Beispiel zerstörten am 4. Juni 1985 die israelischen Behörden die in Ost-Jerusalem angebotenen Produkte aus den drei Westbank Molkereien und verboten den Geschäftsleuten den Verkauf und forderten sie auf, die entsprechenden Produkte bei der TNUVA, der israelischen Handelsorganisation der zionistischen Gewerkschaft Histadrut zu kaufen. Angeblich seien die palästinensischen Produkte mit Histamin verseucht, siehe: Al Fajr, Jerusalem 14. 6. 1985, S.3: Israel Cracks Down on Arab Dairy Products
62. Kahan, Davis, Agriculture and Water in the Westbank and Gaza, West Bank Data Base Project, May 1983, Tabelle 8, 9, in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.13
63. Benvenist, M., dgl., S.16
64. Mansour, Palestine ..., a.a.O., S.148
65. Mansour bezieht sich auf: Israel, Central Bureau of Statistics (CBS), National Account of Judea and Samaria, the Gaza Strip and Sinai for the decade 1968 - 1977, Special Series, Nr.615, 1979, S.26, für 1970, sowie CBS, Administered Territories Statistics Quarterly (ATSQ) 1980, Nr.1 - 2, S.69, siehe auch: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.15

66. Mansour, M., Palestine ..., a.a.O., S.150 ff, M. bezieht sich auf Israel CBS, Statistical Abstracts of Israel (SAI), 1981, S.743
67. Mansour berichtet aus einem Gespräch mit dem jordanischen Verantwortlichen für die Besetzten Gebiete sogar davon, daß Firmen wie C&A oder Pierre Cardin direkt oder indirekt Auftraggeber für die Textilbetriebe in der Westbank sind und über israelische Firmen die Aufträge erhalten, in dgl. S.93
68. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.16
69. dgl., S.7
70. World Zionist Organisation (WZO), Jewish Industry: A Masterplan and Development Plan for Industrial Estates, Jerusalem 1982, S.8, zit in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.18, eigene Übersetzung
71. nach Gesprächen der Autorin mit dem Leiter des Bir Zeit Universität Forschungszentrum im August 1984
72. Israel CBS, SAI, 1981, zit. in: Norman, Muhammad, (arab.), Zur Unterstützung der Wirtschaft der Besetzten Gebiete und zur Verteidigung der Rechte der Palästinensischen Arbeiterklasse, in: Al Hurriah, Zentralorgan der DFLP vom 29. 4. 1984, S.30, nach eigener Übersetzung
73. Israel CBS, SAI 1980, S.339, 1981, S.732, S.153/54, S.359, sowie CBS, National Accounts for Judea and Samaria, S.33 - 35, sowie CBS ATSQ, a.a.O. 1981, Nr.1, S.153/54, zit. in: Mansour, Palestine ..., a.a.O., S.68 - 70
74. Israel CBS, SAI, 1974, S.705, 1975, S.705, 1977, S.726 ff, 1979, S.356
75. Die folgenden Angaben sind entnommen: Norman, M., Zur Unterstützung ..., a.a.O., dgl.
76. zit. in: Lewan, Kenneth, Die Palästinensischen Wanderarbeiter in Israel, in: Freund, S., Hrag., Gastarbeiter, Integration oder Rückkehr?, Frankfurt/Main 1981
77. Israel, CBS, SAI, 1981, S.318/19, sowie S.713, zit. in: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.63
78. Lewan, K., Die Palästinensischen ..., a.a.O.
79. zit. in: Arkadie, B., Benefits ..., a.a.O., S.14, eigene Übersetzung
80. West Bank Military Government, Collection of Proclamations and Orders, Prot. Nr.2, sec.3, 7. Juni 1967, zit. in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.37, eigene Übersetzung
81. Benvenisti, dgl., S.37/38
82. dgl., S.38
83. in Haaretz vom 19.04.1979, zit. in: Benvenisti, M., dgl., S.38
84. Benvenisti, M., dgl., S.41
85. dgl., S.44
86. siehe: Bericht der Sonderkommission zur Untersuchung der israelischen Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung in den Besetzten Gebieten betreffen, an den Generalsekretär der UNO, New York, vom 25. 2. 1972, Sonderdruck Bonn o.J.
87. Shahak, Israel in Palästina Bulletin Nr.32, 1981, sowie: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.46

88. ASK, Hintergrund Palästina, Sonderheft Frankfurt/Main 1983
89. Palästina Bulletin Nr.5, 1983
90. Der Spiegel Nr.3, 1983, S.104, Spiegel-Report, Hier liegen ... a.a.O.
91. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.47
92. Davon konnte sich die Autorin im August 1984 selber überzeugen
93. Al Ha Mishmar, 7. 9. 1976, S.4 ff, Der Königs-Report, ein Geheim-Dokument, übersetzt in Palästina, Nr.5, Juni/Juli 1977, Bonn 1977, S.32 ff
94. Palästina Bulletin, Nr.6, 1979
95. siehe Bir Zeit, Veröffentlichung der Bir Zeit Universität
96. Sabatello, Eilan, The Population of the Administered Territories, West Bank Data Base Projekt, Juli 1983, zit. in: Benvenisti, M., ..., a.a.O., S.4, Tab.3
97. Dayan Moshe, zit. nach: Shalev, Arie, The Autonomy - Problems and Possible Solutions, Center for Strategic Studies, Tel Aviv Universität, Nr.8, Tel Aviv 1979, S.115, in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.47
98. Benvenisti, M., spricht von 50%
99. nach: Lesch, Ann, M., Israeli Settlement in the Occupied Territories 1967 - 1977 in: Journal of Palestine Studies, Nr.25, Vol.VII, Nr.1, Beirut 1977, S.26 ff
100. dgl.
101. dgl.
102. dgl.
103. siehe hierzu das folgende Kapitel
104. siehe die Kommentierung von Benvenisti zu: WZO, Development Plan 1983 - 1986, Jerusalem 1983, in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.52 ff, sowie: Drobles, M., Settlement in Judea and Samaria, WZO, Jerusalem 1980, nach Benvenisti, M., ..., a.a.O., S.52
105. FAZ vom 26.03.1981
106. nach Lesch, A.M., Israeli ..., a.a.O.
107. dgl.
108. Quiring, Paul, Israelis Settlements and Palestinian Rights, in: Middle East International, Nr.87, September 1978, S.12, Quiring spricht von 70%, sowie: Richardson, David, Government reveals "reals facts" on West Bank Land, Jerusalem Post vom 6. 4. 1981, S.2, beide zit. in: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.39
109. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.32
110. Ruedy, John, Israels land acquisition in occupied territory, 1967 - 1977, in: United States Senate, Committee on the Judiciary, The Colonization of the West Bank Territories by Israel. Hearing before the Subcommittee on Immigration and Naturalization, 17./18. Oktober 1977, United States, Printing Office, Washington 1978, S.126, in: Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.41
111. Drobles, M., Settlement ..., a.a.O., in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.52, eigene Übersetzung, „Minderheitenbevölkerung“ ist für Drobles die palästinensische Bevölkerung, die 1980 in den 1967 besetzten Gebieten ca. 98,5%, in Israel 15% und bezogen auf gesamt Palästina noch immerhin 33% ausmachte.

112. die Militärverordnung Nr.59, nach:  
Rubinstein, Dany, Une nouvelle procédure de confiscation de terres en Cisjordanie, Davar vom 20. 3. 1981, zit. in:  
Mansour, A., Palestine ..., a.a.O., S.38
113. Lustik, Jan, Israel and the West Bank after Elon Moreh, the "mechanics" of the de facto annexion, in: The Middle East Journal, Vol.35, Nr.4, Herbst 1981, S.571, zit. in: Mansour, A., dgl., S.39/40
114. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.30
115. vgl. West Bank Military Gouvernement, Collection ..., a.a.O., sowie: Israel National Section of the International Commission of Jurists, The Rule of Law in Areas administered by Israel, Tel Aviv 1981, in: Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.47
116. Benvenisti, M., dgl., S.31
117. dgl., S.31
118. dgl., S.30, die Daten reichen bis 1983
119. dgl., S.34
120. dgl., S.85, Karte 7
121. Benvenisti spricht vom Gush Emunim- bzw. Drobles-, oder WZO-Plan, während z.B. A.Lesch vom Sharon-Plan spricht, weil Sharon zu der entsprechenden Zeit als Landwirtschaftsminister in Zusammenarbeit mit der jüdischen Agentur (Staatsvertrag) für die Neulanderschließung und Besiedlung verantwortlich war.
122. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.51
123. dgl., Karte Nr.11
124. nach Lesch, A., Israell ..., a.a.O., S.25 ff, sowie Appendix 3, sowie Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., Karte Nr.11
125. Lesch, A., dgl.
126. dgl., Lesch, Appendix 2
127. dgl., Lesch
128. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.51/52, sowie: Lesch, A., ..., a.a.O., S.35
129. dgl., Lesch, S.34
130. siehe Lesch, A., dgl., S.34 ff
131. dgl.
132. dgl.
133. vgl. Frangie, A., ..., a.a.O., S.244 ff
134. vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. 8. 1978
135. zit. in: Palestine (engl.) vom 1./15. 3. 1979, S.27, eigene Übersetzung, die gleiche Interpretation findet man bei Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.62, er spricht von „horse and rider“
136. vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. 8. 1978
137. Ben Elissar, Dr.Eliyahu, in: New Post vom 28. 12. 1973
138. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.52 ff
139. zit. in: Palestine vom 1./15. 11. 1976, Nr.6, eigene Übersetzung

140. vgl. Palestine vom 25. 2. 1980, sowie Palästina Bulletin Nr.29, 1982, und Nr.50, 1980
141. vgl. The Westbank Israel Settles in, The Times, Nr.3, 1983 vom 17. 1. 1983
142. dgl.
143. dgl.
144. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.55 ff
145. Metzger, Orth, Sterzing, Das ist unser Land, Göttingen 1980, S.18
146. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.55
147. Palestine, Nr.4, 1981 vom 1. 2., S.18
148. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.56
149. Sharon, Ariel, in Haaretz vom 20. 2. 1979, zit. in: Metzger u.a., Das ist ..., a.a.O., S.46
150. vgl. Palestine vom 16./30. 9. 1979, S.24 ff
151. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.50 ff und S.60 ff
152. Es handelt sich um die Regionen: ‚Binyamin‘ (Ramallah/Bireh), ‚Har Hebron‘ (Khalil und Umgebung), ‚Gush Etzion‘ (Beitlahm), ‚Shamron‘ (Nablus, Jenin, Tulkarm), ‚Jordantal‘, neben Jerusalem, siehe Karte 9, Benvenisti, a.a.O., S.89
153. Drobles, M., Strategie, Politik ..., a.a.O.
154. Drobles, M., Masterplan for the development of settlements in CAABU, Information service ..., a.a.O., Nr.69, Dezember 1981, London, S.97, siehe auch Karte 1,2,10, bei Benvenisti, die Angaben zu den Blöcken ebenfalls dort, S.74/75, sowie Palästina Bulletin 3,4, 1982
155. z.B. Cohen, Yigal, zit. in: Palestine, Nr.10, 1979 vom 15. 7. 1977, S.35
156. alle Angaben, Drobles, M., Masterplan ..., a.a.O., sowie Palestine Bulletin Nr.3/4, 1982, sowie Benvenistis Karten 1,2,10
157. vgl. Metzger u.a. Das ist ..., a.a.O., S.56 ff
158. vgl. Palestine Bulletin, Nr.4, 1981
159. vgl. Palestine, Nr.13, 1977 vom 15. 7. 1977
160. dgl.
161. Der Spiegel, Nr.3, 1963 a.a.O.
162. vgl. Palestine, Nr.2, 1978 vom 30. 1. 1978
163. vgl. Palestine Bulletin, Nr.34, 1978
164. vgl. Palestine, Nr.10, 1978
165. Der Spiegel, Nr.3, 1983, a.a.O.
166. Palestine Bulletin vom 5. 7. 1979
167. Palestine, Nr.2, 1979 vom 16. 2. 1979
168. Palestine Bulletin Nr.9, 1979, und Palestine vom 16. 2. 1979
169. Der Spiegel, Nr.3, 1983
170. Drobles, M., Strategie, Politik ..., a.a.O.
171. Der Stern, Nr.14, 1982, Wibke Bruhns, Sterben um Geschichte zu verändern, S.200
172. Lesch, A.m., Appendix, Nr.2
173. Stand Dezember 1984, aus einem Gespräch des Leiters des Bethlehemer Presse Büros mit Benvenisti

174. nach einem Gespräch der Autorin mit dem Leiter des Bethlehemer Presse Büros, September 1985
175. Shakaa, Bassam, nach einem Bericht der palästinensischen Nachrichtengentur WAFA, vom 6. 7. 1981
176. Oppenheimer, Franz, Rede auf dem 6. Zionistenkongreß, a.a.O.
177. Benvenisti, M., The Westbank ..., a.a.O., S.58
178. aus einem Gespräch der Autorin mit Vertretern des World Work Comitee, Jerusalem, anlässlich der Besichtigung von Jerusalemer Vorstadtsiedlungen im September 1985
179. aus einem Gespräch mit dem Leiter des Bethlehemer Presse Büros im September 1985
180. siehe Benvenisti, Karte Nr.5, a.a.O.

## 5. Die „Entarabisierung“ und „Judaisierung“ palästinensisch-arabischer Städte in den besetzten Gebieten

1. Neeman, Yuval, zit. n. taz vom 12. 7. 1983
2. Auszug aus einer Stellungnahme der israelischen Regierung an den jordanischen Generalsekretär aus dem Jahre 1969, Aktenzeichen A/7105, Jerusalem 1971
3. vgl. Jerusalem Post vom 28. 9. 1971
4. vgl. Jerusalem Post vom 10. 2. 1972
5. vgl. Jerusalem Post vom 29. 5. 1972
6. vgl. Haaretz vom 5. 6. 1972
7. vgl. Jerusalem Post vom 16. 7. 1972
8. Presseverlautbarung des UN-Sonderausschusses über die israelische Praktiken in den besetzten Gebieten, 12. 9. 1979 in Genf, zit. n. Palästina Bulletin 39/79 vom 28. 9. 1979
9. vgl. Palästina Bulletin 37/79 vom 14. 9. 1979
10. vgl. Zeit-Magazin 25/82 vom 18. 6. 1982
11. vgl. Palestine 10/77 vom 15. 7. 1977
12. vgl. Haaretz vom 19. 4. 1978
13. vgl. Filistin al-Thaura vom 20. 4. 1978
14. vgl. Palästina Bulletin 32/81
15. Atia, Eliyahu, zit. n. Saarbrücker Zeitung vom 6. 4. 1983
16. Kölner Stadtanzeiger vom 19./20. 2. 1983
17. Jerusalem Post, International Edition, vom 30. 12. 1979, S. 1. 1980
18. Presseverlautbarung des UN-Sonderausschusses, a.a.O.
19. Süddeutsche Zeitung vom 15. 7. 1983, die nachfolgende Darstellung stammt von einem Gespräch der Autorin mit dem Leiter des Forschungszentrums der Gesellschaft der Graduierten, Khalil, September 1985
20. Zeit-Magazin 25/82 vom 18. 6. 1982
21. vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. 7. 1983
22. Zeit-Magazin 25/82 vom 18. 6. 1982
23. Kolloquium arabischer Juristen über Palästina, Algier 1967, deutsche Ausgabe, Bonn/J., S.106
24. Ben Gurion, D., zit. n. Joseph, Dov, The Faithful City: The Siege of Jerusalem, 1948, New York 1960, S.218, eigene Übersetzung
25. Municipalities Ordinance, Proclamation of Enlargement of the Municipal Area of Jerusalem, Official Gazette, Kovetz Ha-Takanot, No.2065 vom 28. 6. 1967, S.2694 ff
26. vgl. Law and Administrative Ordinance, ebenda
27. Dayan, Moshe, zit. n. Palestine 19/78 vom 15. 9. 1978
28. vgl. Al-Khatib, Rouhi, The Judaization of Jerusalem, Amman 1970, Bd.1, S.11 ff
29. Israel Pocket Library, Jerusalem 1973, S.210
30. vgl. ebenda, sowie diverse Ausgaben der palästinensischen Zeitschrift: al Fajr, Jerusalem, Jahrgang 1985

31. ebenda
32. vgl. Institute for Palestine Studies, The Judaization of Jerusalem 1967 – 1972, Beirut 1972
33. nach einem Gespräch mit dem Leiter des Arab Research Centers werden Palästinensern keine Baugenehmigungen für die Wiederherstellung der typischen Rundbögen erteilt
34. vgl. Der Spiegel 22/80, vom 11. 8. 1980
35. vgl. Memorandum des ehemaligen Bürgermeisters von Jerusalem, Rouhi Khatib, in: Journal of Palestine Studies, Vol.1, No.4, S.181
36. Israel Pocket Library, Jerusalem, a.a.O., S.228
37. vgl. Palestine 11/76 vom 1. 4. 1976
38. vgl. Palestine 16/78 vom 15. 9. 1978
39. So die Begründung der israelischen Verwaltung lt. Süddeutsche Zeitung vom 13. 5. 1977
40. vgl. Israel Pocket Library, Jerusalem, a.a.O., S.201
41. vgl. Metzger/Orth/Sterzing, Das ist ..., a.a.O., S.60
42. Karte nach: Ansprenger, F., Juden und Araber in einem Land, München/Mainz 1978, S.314
43. vgl. Sunday Times vom 28. 2. 1971
44. vgl. KVZ 29/80 vom 14. 7. 1980
45. dgl.
46. vgl. Palästina Bulletin 13/83 vom 31. 3. 1983
47. vgl. Palästina Bulletin 34/81 vom 21. 8. 1981
48. Karte nach: Hassan Bin Talal, Palestinian Self-Determination, London 1961, S.136
49. vgl. KVZ 29/80 vom 14. 7. 1980
50. nach einem Gespräch mit dem Leiter des Arab Research Center, Jerusalem
51. vgl. Newsweek vom 25. 1. 1971
52. nach einem Gespräch mit dem Leiter des Arab Research Center, Jerusalem
53. Palästina Bulletin 26/81 vom 19. 6. 1981
54. Karte nach: Ansprenger, F., a.a.O., S.314
55. vgl. Palestine 16/78 vom 15. 9. 1978
56. vgl. Aussage von General Sharon aus dem Jahre 1979, in: Palästina Bulletin 23/79 vom 8. 6. 1979
57. vgl. Schatten, F., a.a.O., S.142, sowie: Der Spiegel 22/80, vom 11. 8. 1980 bzw. Benvenisti, a.a.O., S.62
58. vgl. Metzger/Orth/Sterzing, q.a.O., S.61
59. dgl.
60. The Judaization of Jerusalem 1967 – 1972, a.a.O., S.11

## Schlußbetrachtung

1. Frangi, Abdallah, PLO und Palästina, Frankfurt 1982, S.240
2. Dayan, Moshe, in Frangi, A., ..., a.a.O., S.241
3. Allon, Yigal, in Jediot Acharonot vom 14. 5. 1976, hebräisch
4. Droless, Matitiahn, Chef der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation in: Der Spiegel, Nr.03/83, S.105
5. Dayan, Moshe am 27. 12. 1968 in Le Monde vom 22. 12. 1970, eigene Übersetzung
6. nach: Der Spiegel, Nr.53/1970, S.73
7. Begin, Menachem, zit. n.: National Lawyers Guild, Treatment of Palestinians in Israel Occupied Westbank and Gaza. Report of the National Lawyers Guild, 1977 Middle East Delegation, New York, 1978, S.12
8. Begin, Menachem, in: Jerusalem Post, vom 3. 9. und 6. 9. 79
9. Der Spiegel Nr.03/83, a.a.O.
10. vgl. Der Spiegel, Nr.03/83, vgl. auch Mansour, A., a.a.O.
11. dgl.
12. vgl. Frangi, A., a.a.O., S.248
13. vgl. Der Spiegel, Nr.03/83
14. vgl. Shahak, Israel, Worum es mir geht, in: Israel, Dokumentation des ESG, Oktober 1975, Stuttgart
15. CAABU Information Service, Organ des Rates für die Verbesserung der arabisch-britischen Verständigung, London, Dezember 1981, Nr.69, eigene Übersetzung
16. dgl.
17. Bericht der Delegation der PLO auf der internationalen Konferenz für Landreform und Entwicklung, Juli 1979 in Rom, nach Palästina Bulletin Nr.34/1979, S.4
18. Frangi, A., a.a.O., S.248
19. Shahak, Israel ..., a.a.O.

## Verzeichnis der Abbildungen

1. Zionistische Raum- und Grenzvorstellungen
2. Palästina und seine Nachbarländer im Nahen Osten
3. Die vier Teilräume Palästinas
4. Bodenverhältnisse in Palästina
5. Klimazonen in Palästina
6. Vegetationszonen in Palästina
7. Räumliche Lage der jüdischen Siedlungen in Palästina um 1900
8. Räumliche Lage der jüdischen Siedlungen in Palästina im Jahre 1918
9. Verteilung der jüdischen Stadtbevölkerung im Jahre 1931
10. Jüdische Einwanderung nach Palästina in der Zeit von 1919 bis 1948
11. Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina 1919 bis 1945
12. Prozentuale Verteilung des arabischen, jüdischen und sonstigen Grundbesitzes in den verschiedenen Bezirken Palästinas im Jahre 1945
13. Prozentuale Anteile des arabischen, jüdischen und sonstigen Grundbesitzes am kultivierbaren Boden in den verschiedenen Bezirken Palästinas im Jahre 1945
14. Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina vom Beginn der Mandatszeit bis zum Jahre 1929
15. Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina in der Zeit von 1930 bis 1939
16. Räumliche Lage der jüdischen Siedlungen in Palästina im Jahre 1944
17. Räumliche Lage der palästinensischen Dörfer im Jahre 1944
18. Ausdehnung des jüdischen Landbesitzes in Palästina in der Zeit von 1940 bis 1947
19. Teilungsplan der Vereinten Nationen zur Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Teil, 1947
20. Operationen aus dem Plan „Dalet“ zur Okkupation Palästinas
21. Die Operation Jevussi
22. Die Operation Yiftach
23. Räumliche Lage der palästinensischen Dörfer nach 1949
24. Die Verwüstung arabischer Dörfer in den verschiedenen Verwaltungsbezirken Palästinas zwischen 1947 und 1950
25. Veränderungen der demographischen Verhältnisse in Palästina durch die Gründung des Staates Israel
26. Verteilung der Palästinenser nach dem Krieg 1947 – 49
27. Das von den Zionisten okkupierte Palästina am 15. Mai 1948
28. Die räumliche Besitzergreifung von Palästina durch die zionistische Bewegung und später durch Israel seit 1897
29. Räumliche Lage der Regionen in Israel
30. Anteil der Regionen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in %
31. Räumliche Verteilung des Bodens im Besitz des Jüdischen Nationalfonds in Israel/Palästina im Jahre 1958
32. Verteilung der arabischen und jüdischen Einwohner nach Regionen in %, 1948
33. Plan zur Verteilung der Bevölkerung aus dem Jahre 1957
34. Plan zur Verteilung der Bevölkerung aus dem Jahre 1963
35. Verwaltungsgrenzen in Israel/Palästina im Jahre 1967
36. Räumliche Lage der palästinensischen Dörfer in Israel nach 1949
37. Räumliche Lage der jüdischen Siedlungen in Israel/Palästina im Jahre 1956
38. Räumliche Lage der jüdischen Siedlungen in Israel/Palästina bis zum Jahre 1974
39. Lage der „Neuen Städte“
40. „Neue Städte“ bis zum Jahre 1951
41. „Neue Städte“ bis 1957 und 1966
42. Räumliche Lage der ländlichen arabischen und jüdischen Siedlungen und der „Neuen Städte“ in Israel/Palästina im Jahre 1966
43. Bewässerungsanlagen und -projekte in Israel/Palästina bis zum Jahre 1966
44. Lage des Hula-Gebietes
45. Schematischer Längsschnitt des Jordangraben
46. Entwässerungsprojekt Hula-Tal
47. Das Hula-Gebiet im Jahre 1944
48. Das Hula-Gebiet im Jahre 1966
49. Lage des Lakhish-Gebietes
50. Planungsschema für die Lakhish-Region
51. Gruppe von Dörfern in der Lakhish-Region
52. Besiedlung der Lakhish-Region im Jahre 1944
53. Besiedlung der Lakhish-Region im Jahre 1966
54. Der Nord-Negev
55. Besiedlung der Negev-Region im Jahre 1944
56. Besiedlung der Negev-Region im Jahre 1966
57. Verteilung der Bevölkerung in % der Region im Jahre 1970
58. Verteilung der arabischen Bevölkerung nach natürlichen Regionen in % im Jahre 1977
59. Die räumliche Besitzergreifung von Palästina durch die zionistische Bewegung und später Israel seit 1897
60. Palästinensische Ortschaften und Flüchtlingslager im Gazastreifen nach 1948
61. Arabische Ortschaften, Städte und Flüchtlingslager in der Westbank im Jahre 1965
62. Zonen der Landenteignung im Gazastreifen bis zum Jahre 1976
63. Hauptzonen der Bodenenteignung in der Westbank in der Zeit von 1967 bis 1976
64. Zonen der Landenteignung im Gazastreifen seit 1977
65. Zentren der Landenteignung in der Westbank seit 1977

66. Israels Landnahmeplan für die Westbank, Stand 1984
67. Der Allon-Plan für die okkupierten Westbank
68. Der Siedlungsgürtel im Jordan-Tal
69. Standorte der während der Arbeiterblock-Regierung gegründeten israelitischen Siedlungen in der Westbank
70. Flüchtlingslager im Gazastreifen im Jahre 1977
71. Israelische Siedlungen im Gazastreifen und im nördlichen Sinai
72. Geplante Siedlungsschwerpunkte des Arbeiterblocks in der Westbank
73. Der Sharon-Plan für die okkupierte Westbank
74. Die israelischen Siedlungsblöcke in der Westbank
75. Neue israelische Städte und neue Straßen in der Westbank
76. Israelische Siedlungsblöcke in der Westbank
77. Verbundsystem 1
78. Verbundsystem 2
79. Verbundsystem 3
80. Verbundsystem 4
81. Verbundsystem 5
82. Verbundsystem 6
83. Verbundsystem 7
84. Verbundsystem 8
85. Verbundsystem 9
86. Siedlungsblöcke und Siedlungsachsen in der Westbank
87. Resultat der zionistischen Siedlungspolitik: Siedlungen, neue Städte und Straßen
88. Israelische Siedlungen im Gazastreifen
89. Die räumliche Besitzergreifung von Palästina durch die zionistische Bewegung und später Israel seit 1897
90. Die Stadt Hebron (*Khalil*)
91. Die Altstadt von Jerusalem (*Quds*)
92. Bevölkerungsverteilung in Jerusalem im Jahre 1967
93. Die Ausdehnung der Gemeindegrenzen Jerusalems durch die Zionisten
94. Seit 1967 errichtete Siedlungen im okkupierten Jerusalem
95. Der zionistische Plan von „Groß-Jerusalem“ und seinen Trabantenstädten

## Verzeichnis der Tabellen

1. Prozentualer Anteil des Grundeigentums der Fellachen am bearbeiteten Boden verschiedener Regionen Palästinas um die Jahrhundertwende
2. Struktur des arabischen Grundeigentums in Palästina im Jahre 1936
3. Herkunft des jüdischen Grundeigentums nach Art der Verkäufer (1878 – 1914)
4. Herkunft des jüdischen Grundeigentums nach Art der Verkäufer (1920 – 1936)
5. Landerwerb der Zionistischen Organisation in Palästina in der Zeit von 1882 – 1936
6. Landerwerb der Zionistischen Organisation in Palästina in der Zeit von 1939 – 1945
7. Anzahl der ländlichen jüdischen Siedlungen in Palästina (1919 – 1939)
8. Enteignung von palästinensischem Land in ausgewählten Dörfern zwischen 1948 und 1950
9. Bevölkerung nach Regionen, 1948
10. Verteilung der ländlichen jüdischen Siedlungen nach Regionen, 1948
11. Palästinensische und jüdische Bevölkerung nach Art der Beschäftigung im Alter über 14 Jahre, 1967 in %
12. Entwicklung der bewässerten landwirtschaftlichen Fläche in Israel von 1951 bis 1967 nach palästinensischer und jüdischer Landwirtschaft in 1.000 Dunum
13. Entwicklung der Anbauflächen und des Werts der Agrarprodukte von 1950 bis 1967 nach israelisch-jüdischer und palästinensischer Landwirtschaft
14. Anteil der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte in % der Gesamtproduktion in Israel und der Westbank im Jahre 1966
15. Erträge bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in Tonnen per Dunum in Israel und der Westbank im Jahre 1966
16. Monatslöhne nach Berufszweigen in Israel und Jordanien im Jahre 1965 in israelischen Pfund
17. Entwicklung der Arbeitskraft und der Löhne in Israel, der Westbank und im Gazastreifen von 1979 – 1980
18. Direkte Kosten für den Aufbau einer Wohneinheit in einer ländlichen Siedlung in den 1967 besetzten Gebieten
19. Die Bevölkerungsentwicklung von 1844 – 1980 (in den Stadtgrenzen bis 1980)

## Fotonachweis

1. Gaza 1875 – 1880: Palästina-Kalender, Bonn 1982, Zeichnungen aus: Palestine in Perspective, London 1976
2. Getreideernte um 1900: Palestinians and their Society 1880 – 1946, A Photographic Essay, Sarah Graham-Brown, Quartet Books, London/Melbourne/New York 1980, mit freundlicher Genehmigung des Verlages, S.50
3. Orangenverkauf um 1930, dgl., S.79
4. Melonenmarkt um 1940, dgl., S.122
5. Tabakmanufaktur um 1940, dgl., S.117
6. Streichholzfabrik um 1940, dgl., S.116
7. „Stockage and Tower“: Kibbutz und Bauhaus, Arieh Sharon, Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1976, S.65, mit freundlicher Genehmigung des Verlages
8. Überreste des Dorfes Al-Mas'udiya: Die Palästinenser, Geschichte und Gegenwart, Hans Lebrecht, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1982, mit freundlicher Genehmigung des Autors, S.209
9. Überreste des Dorfes Scheich Muwanis, dgl., S.209
10. Überreste des Dorfes Ain Zeitun, dgl., S.208
11. Nationalplan, Verteilung der Bevölkerung: Kibbutz und Bauhaus, Arieh Sharon, a.a.O., S.82
12. dgl.
13. Entballung der Städte: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.84
14. dgl.
15. Verkehr und Freizeit: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.85
16. dgl.
17. Wohnungsverorgung für Neu-Einwanderer: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.82
18. dgl.
19. Nationalplan, Verteilung der Bevölkerung auf Neue Städte: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.86
20. Nationalplan, Verteilung der Industriestandorte: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.86
21. Nationalplan, Industriebezirke in der Nähe der Entwicklungsstädte: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.86
22. Nationalplan, Planung landwirtschaftlicher Gebiete bis herab zum nördlichen Negev: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.87
23. Nationalplan, Wasserbewirtschaftungsplan: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.87
24. Nationalplan, Nationalparks an markanten Punkten und historischen Städten: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.87
25. Provisorische Siedlung und Stadtteil von Yokna'am: Kibbutz und Bauhaus, ..., a.a.O., S.83
26. Siedlung in der Nachbarschaft von Maqar/Gaili: Cornelia Suhan 1985, mit freundlicher Genehmigung der Fotografin
27. Nasira/Neu-Nazareth: Neue Städte – New Towns, E. Spiegel, Karl Krämer Verlag, Stuttgart/Bern 1966, Bildteil V, mit freundlicher Genehmigung des Verlages
28. Beer Sheba 1951: Neue Städte – New Towns, ..., a.a.O., Bildteil II
29. Mustersiedlung in Beer Sheba: Neue Städte – New Towns, ..., a.a.O., Bildteil II
30. Akka, Hafen um 1900: Palästina, Arabien und Syrien, Karl Gröber, Verlag Ernst Wasmuth AG Berlin 1925, S.194, mit freundlicher Genehmigung des Verlages
31. Akka, Moschee um 1900: Palästina, Arabien und Syrien, ..., a.a.O., S.195
32. Akka 1985, „Kaputtsanierung“: Cornelia Suhan 1985
33. dgl.
34. dgl.
35. Projekt Mekorot, Kinneret, bei Maqar/Jaili: Cornelia Suhan 1985
36. Dayan: ohne Angaben
37. Gaza, „Beach-Camp“: Cornelia Suhan 1985
38. Balata-Camp, Nablus: Viktoria Waltz 1985
39. „Besatzung“: The Palestinians, J.Dimbleby, Photograph Donald McCullin, Quartet Books, London/Melbourne/New York 1979, S.144/45, mit freundlicher Genehmigung des Verlages
40. Militärstützpunkt: Cornelia Suhan 1985
41. Besetztes Stadtgebiet von Hebron (Khalil): Cornelia Suhan 1985
42. Eigentumsdokumente nützen nichts: Cornelia Suhan 1985
43. Gush Etzion Block, Siedlung Efrat: Cornelia Suhan 1985
44. dgl., Siedlung Tekoa (Toka): Cornelia Suhan 1985
45. Maale Adumim: Cornelia Suhan 1985
46. Beginn einer Siedlung durch einen Provokateur, westlich Jerusalems (Quds): Cornelia Suhan 1985
47. Ramat Allon: Cornelia Suhan 1985
48. Hebron (Khalil) um 1925: Palästina, Arabien und Syrien, ..., a.a.O., S.116
49. dgl., S.117
50. Blick auf die Altstadt: Viktoria Waltz 1985
51. Kiryat Arba: Viktoria Waltz 1985
52. Hebron (Khalil), neben der Busstation die Talmudschule: Cornelia Suhan 1985
53. Hebron (Khalil), Basar gesperrt: Cornelia Suhan 1985
54. Hebron (Khalil), zugeschweißte Basarstraße: Cornelia Suhan 1985
55. Daboja, zerstörte Häuser gegenüber: Viktoria Waltz 1984
56. Hebron (Khalil), Tel Rumeidi: Helga Hilpert 1984, mit freundlicher Genehmigung der Fotografin
57. Jerusalem (Quds), Blick auf die Altstadt: Palästina, Arabien und Syrien, ..., a.a.O., S.3
58. Blick auf „Neu“-Jerusalem: Viktoria Waltz
59. dgl.
60. Jerusalem (Quds), Altstadt 1925: Palästina, Arabien und Syrien, ..., a.a.O., S.60
61. Altstadt heute: Cornelia Suhan 1985

- 62. Das „Neue jüdische Viertel“: Viktoria Waltz 1984
- 63. Platz vor der Klagemauer: Viktoria Waltz
- 64. Besetzte Altstadt: Viktoria Waltz 1985
- 65. dgl.
- 66. „Pittoresques“ im „Jüdischen Viertel“: Viktoria Waltz 1985
- 67. Startbahn Flughafen Jerusalem (Quds): Cornelia Suhan 1985
- 68. Ramat Allon: Cornelia Suhan 1985

## Literaturverzeichnis

- Al Khatib, Rouhi: The Judaization of Jerusalem, Amman 1970
- Altermann, Rachel: Decision Making in Urban Plan, Implementation in Israel, Haifa 1979
- Amad, Adnan u.a.: Nahostkrise, Strukturen, Probleme, Lösungen, Basel 1976
- Ansprenger, Franz: Juden und Araber in einem Land, München 1978
- Arkadie, Brian van: Benefits and Burdens, A Report on the Westbank and Gaza-strip Economy since 1967, New York/Washington 1968
- ASK: Hintergrund Palästina, Sonderheft, Frankfurt/Main 1983
- Auerbach, Elias: Pionier der Verwirklichung, Stuttgart 1969
- Auhagen, Hubert: Beiträge zur Kenntnis der Landesnatur und der Landwirtschaft, Syrien/Berlin 1967
  
- Badi, Joseph: Fundamental Laws of Israel, New York 1961
- Baker, H.E.: The Legal System of Israel, Jerusalem/London/New York 1968
- Bar Zohar, Michael: Ben Gurion
- Beacourfield, Benjamin Disraeli: Earl of Tancred or the new Crusade, London 1847
- Begin, Menachem: The Revolt, London 1951
- Ben Gurion: Erinnerungen und Vermächtnis, Frankfurt/Main 1971
- Ben Porath, Yoram: The Arab Labour Force in Israel, Jerusalem 1966
- Benvenisti, Meron: The West Bank Data Project, Washington/London 1984
- Berler, Alexander: New Towns in Israel, Jerusalem 1970
- Bin Talal, Hassan: Palestinian Self Determination, London 1981
- Böhm, Adolf: Der jüdische Nationalfond, Berlin 1917
- Bopst, Wolf Dieter: Die arabischen Palästinaflüchtlinge, Münchner Studien zu Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd.3, Kalimütz/Regensburg 1968
- Borochow, Ber: Sozialismus und Zionismus, Ausgewählte Schriften, Hrsg. M.Singer, Wien 1932
- Bull, Vivian: The Westbank, is it viable?, London 1975
- Burstein, Moshe: Selfgouvernement of the Jewish Palestine since 1900, Tel Aviv 1934
  
- Cohen, Erik: The City in the Zionist Ideology, Jerusalem, Urban Studies, Jerusalem 1970
- ders.: Integration versus Separation in the Planning of a Mixed Jewish-Arab City in Israel, Jerusalem 1972
- ders., Leshem, E.: Survey of Regional Cooperation in three Regions of Collective Settlements, Rehovot, o.J.

Darwisch, Mahmud: Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit, Berlin 1978  
 Die Palästinafrage: Kolloquium arabischer Juristen, Algier 1967, deutsche Ausgabe, Bonn 1969  
 Diner, Dan: Israel in Palästina, Königstein/Taunus 1980  
 Efrat, Elisha: Urbanization in Israel, Jerusalem 1984  
 Eisenmann, Robert: Islamic Law in Palestine and Israel, Leiden 1978

Flapan, Simha: Zionism and the Palestinians, London 1979  
 Frangie, Abdallah: PLO und Palästina, Frankfurt/Main 1982  
 Freund, S., Hrsg.: Gastarbeiter, Integration oder Rückkehr?, Frankfurt/Main 1981

Gerles (auch Gres, Yiryis), Sabri: Die Araber in Israel, Bonn o.J.  
 Gesetze des Staates Israel, Jerusalem  
 Goadby, Frederic, Doukhan, Moses, J.: The land law of Palestine, Tel Aviv  
 Gouldman, M.D.: Legal Aspects of Town Planning in Israel, Jerusalem 1960  
 Granott (Granovsky, d.V.), Abraham: Agrarian Reform and the Record of Israel, London 1956  
 Granovsky (Granott, d.V.), Abraham: Probleme der Bodenpolitik in Palästina, Berlin 1925  
 ders.: Boden und Siedlung in Palästina, Berlin 1929  
 ders.: The Land System in Palestine, History and Structure, London 1952

Hadawi, Sami: Bittere Ernte, Rastatt 1969  
 Hartung, Arnold (Übers.): Die UN-Resolution zum Nah-Ost-Konflikt, Berlin 1978  
 Hegazi, Awad: Zionismus und die palästinensischen Arbeiter, Bremen 1962  
 Herzl, Theodor: Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen, Altneuland, der Judenstaat, Erste Ausgabe Wien 1896, Ausgabe Königstein/Taunus 1978  
 ders.: Tagebücher, Bd. I bis III, Berlin 1922  
 ders.: Gesammelte Schriften, Berlin 1920  
 Hess, Moses: Ausgewählte Schriften, Köln 1962  
 Hollstein, Walther: Kein Frieden um Israel, Frankfurt/Main 1972  
 Horowitz, D.: Industry in Palestine, Achievements and Possibilities, Tel Aviv 1941

Irabi, Abdulkader: Sozialgeschichte Palästinas, Basel 1978

Jeffries, Joseph: Palestine, The Reality, London/New York/Toronto 1939  
 Jiryis (auch Gres, Gerles, d.V.), Sabri: Die Araber in Israel, Bonn o.J.  
 Joseph, Dov: The Faithful City: The Siege of Jerusalem 1948, New York 1972

Khalidi, Walid: Das Palästina-Problem: Ursachen und Entwicklung, Rastatt 1972  
 Koestler, Arthur: Promise and Fulfillment, Palestine 1919 - 1949, London 1949  
 Kolloquium arabischer Juristen über Palästina, Algier 1967, deutsche Ausgabe Bonn o.J.

Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel, Wien 1975  
 Lebrecht, Hans: Die Palästinenser, Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/Main 1982  
 Leon, Abraham: Judenfrage und Kapitalismus, München 1971  
 Lustick, Ian Steven: Arabs in the Jewish State, London 1980

Mansour, Antoine: Palestine: Une Economie de Resistance en Cisjordanie et a Gaza, Paris 1983  
 Margalith, Israel: Le baron Edmond de Rothschild et la Colonisation juive en Palestine 1882 - 1899, Paris 1957  
 Mayer, Elmar: Die Wohnungsversorgung der Einwanderer als Sozialproblem des Staates Israel, Bonn 1969  
 Metzger/Orth/Sterzing: Das ist unser Land, Göttingen 1980  
 Meyer, Egon: Der Moshav Ovidim, Die Dorfkoooperative in Israel, 1958 - 1963, Basel 1967  
 Ministry of Housing: Planning in Israel, Tel Aviv 1964  
 ders.: Rural Planning in Israel, Tel Aviv 1964  
 Mollo Sarah, u.a.: Agricultural Extension, A Sociological Appraisal, Jerusalem 1970

National Lawyers Guild: Treatment of Palestinians in Israel Occupied Westbank and Gaza, Report of the National Lawyers Guild, New York 1977  
 Nordau, Max: Zionistische Schriften, Köln/Leipzig 1909

Orni, Ephraim: Boden, seine Erhaltung und Urbarmachung, Jerusalem 1966  
 ders.: Agrarian Reform and Social Progress in Israel, Jerusalem 1972  
 ders., Efrat, Elisha: Geography of Israel, Jerusalem 1973  
 Owen, Roger, Hrsg.: Studies in the economic and social history of Palestine in the nineteenth and twentieth century, Oxford 1962

Palästina: Illustrierte Geschichte, Bonn 1973  
 Pax Hebraica, Klartexte Nr. 1 - 14, Freiburg, div. Jahrgänge  
 Peretz, Don: Israel and the Palestine Arabs, Washington 1958  
 Pinsker, Leo: Autoemancipation 1882, Ausgabe Washington 1944  
 Preuss, Walter: The Labour Movement in Israel, Jerusalem 1956  
 Prime Minister of Israel: The Westbank, an Economic Survey, Jerusalem 1976

Richter Werner: Historische Entwicklung und junger Wandel in der Agrargesellschaft Israels, Kölner Geographische Schriften, Heft 21, Köln 1969  
 ders.: Israel und seine Nachbarräume, Wiesbaden 1979  
 ders.: Satellitenbild und Karte, Israel und Jordanien, Geographische Rundschau Köln 34, Heft 7, Köln 1982  
 Ruedy, John: Israel's land acquisition in occupied territory, 1967 - 1977, Washington 1978  
 Ruppin, Arthur: Probleme der Bodenpolitik in Palästina, Berlin 1925  
 ders.: Dreißig Jahre Aufbau in Palästina, Berlin 1937

Schwarz, Walter: The Arabs in Israel, London 1959  
Shahak, Israel: Le Racisme de l'etat d'Israel, Paris 1975  
ders.: Nicht-Juden im jüdischen Staat, Bonn 1975  
Sharon, Arie: Physical Planning in Israel, Tel Aviv 1951, hebr., engl. Kurzfassung  
ders.: Kibbutz und Bauhaus, Stuttgart 1976  
Spiegel, Erika: Neue Städte/New Towns, Stuttgart/Bern 1966  
Statistical Abstracts of Israel: The Central Bureau of Statistics, Jerusalem, diverse Jahrgänge  
Stein, Kenneth: The Land Question in Mandatory Palestine, 1929 - 1936, Ann Arbor/ Michigan 1981  
Weinstock, Nathan: Le sionisme contre Israel, Paris 1969  
ders.: Das Ende Israels, Nah-Ost Konflikt und die Geschichte des Zionismus, Berlin 1975  
Weizmann, Chaim: Memoiren, Hamburg 1951  
Zangwill, Israel: The Voice of Jerusalem, London 1920  
Ziff, Williams: The Rape of Palestine, London 1948

„Nun, meine Freunde, wir wollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannen will, so schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischenwirken feinerer Fäden zu immer feineren Maschen ausgestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen“ (Rede von F. Oppenheimer auf dem VI. Zionistenkongress in Basel, August 1903).

»Die Erde habt Ihr uns genommen« untersucht den in diesem Zitat angedeuteten Prozeß der Landnahme und Besiedlung Palästinas durch die Zionistische Organisation und später Israel seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Es wird deutlich, daß die heutige Siedlungspolitik Israels in den 1967 besetzten Gebieten Westbank und Gaza die gleichen strategischen Ziele verfolgt wie die ersten Siedlungen zu Beginn dieses Jahrhunderts: Eroberung des Bodens, Eroberung der Macht und demographische Umwälzung durch Enteignung, Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser.